



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

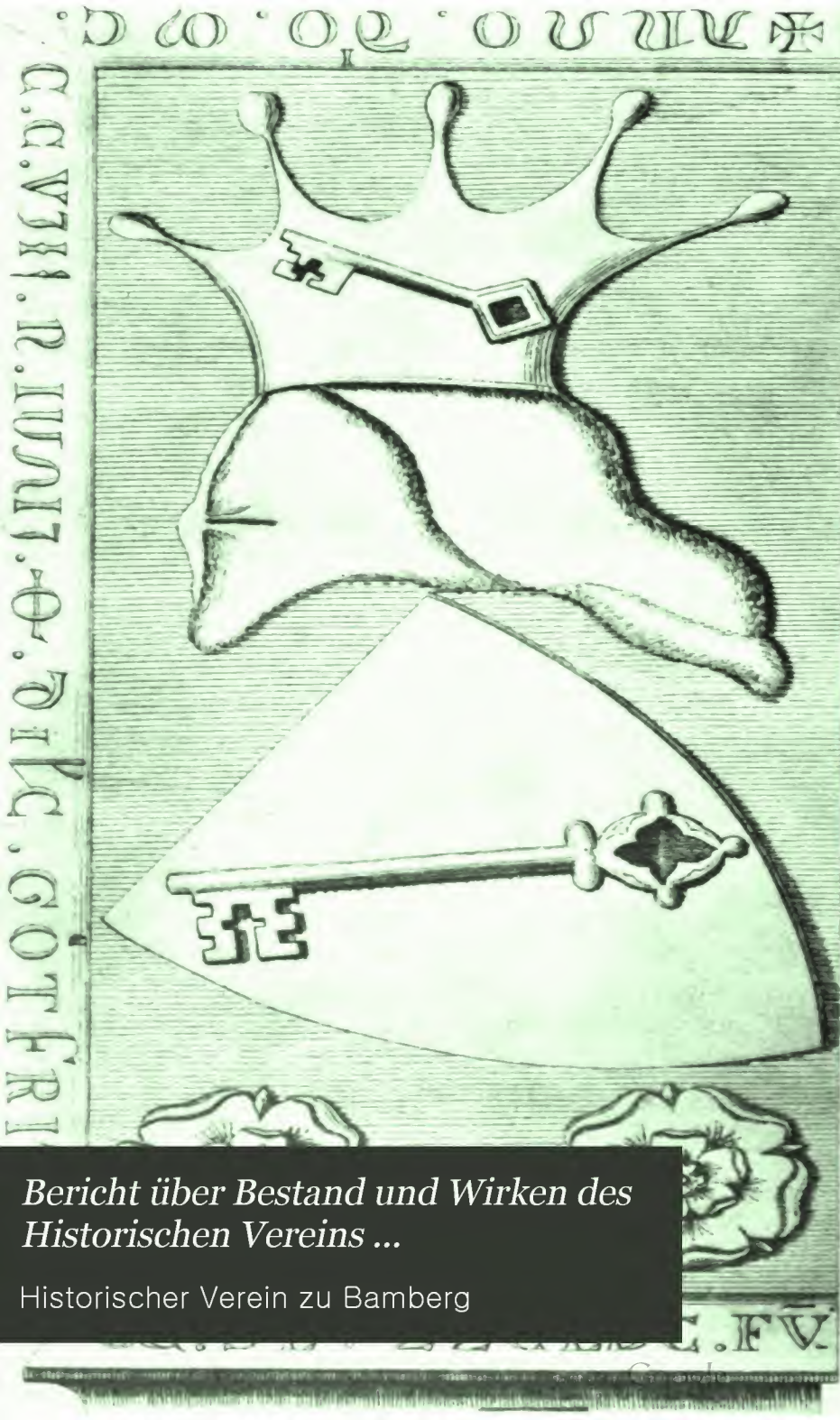
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.



Bericht über Bestand und Wirken des Historischen Vereins ...

Historischer Verein zu Bamberg

Gen 28.2



12 3977

Einundsechzigster Bericht
über
Bestand und Wirken
des
historischen Vereins
(eingeschriebener Verein)
zu
Bamberg
== für das Jahr 1902. ==



Commissions-Verlag der Buchner'schen Sortimentsbuchhandlung.
Gustav Duffstein, in Bamberg.

Druck von J. M. Reindl. (Bamberger Tagblatt.)

Ger 28.2

HARVARD COLLEGE LIBRARY

OCT 28 1905

HOHENZOLLERN COLLECTION
GIFT OF A. C. COOLIDGE

Geschichte

des

K. Lyceums Bamberg

und seiner

≡ ≡ Institution ≡ ≡

unter besonderer Berücksichtigung der allgemeinen Verhältnisse
der bayerischen Lyceen.

Von Dr. **Wilhelm Gehl**, K. o. Lycealprofessor.

I. Teil.



Bamberg.

Druck von J. M. Reindl. (Bamberger Tagblatt.)

1903.

Festschrift

zur feier des

Hundertjährigen Gedenktages

der

Gründung des Vereins.





Vorwort.

Die vorliegende Abhandlung verdankt ihre Entstehung einer eigenartigen Veranlassung. Aus dem physikalischen Kabinet des Lyceums wurde vor einiger Zeit eine Anzahl unterrichtsgeschichtlich und künstlerisch bemerkenswerter Inventarstücke an das K. Nationalmuseum in München abgegeben. Der Unterzeichnete wollte diese Gegenstände anfänglich nicht eher ziehen lassen, als bis er sich über ihre Herkunft und Geschichte genauer informiert gehabt hätte: er mußte indessen alsbald erkennen, daß die Festlegung der genannten Elemente ohne vorherige Skizzierung der Geschichte des bezeichneten Attributs unthunlich und diese wiederum ohne die förmliche Darstellung der Geschichte des Lyceums selbst unmöglich sei. Und er beschloß deshalb — unter vorläufiger Außerachtlaffung des ursprünglichen Zieles — zunächst eine solche und damit die breiteste Grundlage zu schaffen für die spätere gelegentliche Austragung aller Einzel- und Zwischenfragen. In dem Maße aber, als die Arbeit mit der Fülle des zu verwertenden Materials wuchs, wurde sie mehr und mehr Selbstzweck, bis sie endlich die gegenwärtige Form erlangte, in der sie kaum mehr die ursprünglichen Absichten des Verfassers erkennen lassen dürfte.

Da die genannte Bamberger Anstalt nur ein einzelnes Glied in der Kette der bayerischen Lyceen bildet, so kommt natürlich ihre Charakteristik in gewissem Sinne und auf sehr

weite Strecken hinzugleich mit einer Definition dieser Lehrinstitutionen an sich überein. Immerhin bleibt des Abweichenden und Individuellen noch genug bestehen, um ihre Eigenart an den verschiedensten Stellen sehr scharf gegen diejenigen ihrer Schwestern im Königreiche hervortreten zu lassen, und zwar in ähnlicher Weise, wie sich etwa der Werdegang einer deutschen Universität vor jenem einer beliebigen anderen solchen oder der Totalität derselben abzeichnet.

Während übrigens die Darlegung des Wesens und der Entwicklung einer Volkshochschule nur selten notwendig haben wird, auf andere öffentliche Schulorganismen Bedacht zu nehmen, kann der analoge Versuch für ein Lyceum nicht unternommen werden, ohne dabei die jeweils bestehenden Verhältnisse der Hoch- und Mittelschulen einer eingehenden Würdigung und steten Vergleichen zu unterziehen. Der Grund hiefür liegt in der separaten Stellung eben der Lyceen, welche durch fast neun Jahrzehnte hindurch als Zwischengebilde zwischen jene Schulen derart enge eingefügt waren, daß für reichlich die Hälfte dieses Intervalls sogar die weitaus größere Anzahl der über sie ergangenen allgemeinen staatlichen Verordnungen, Entschlüssen, Bekanntmachungen u. s. w. je unter dem Titel der Universitäten und der Gymnasien veröffentlicht wurde, denn unter dem eigenen Rubrum der Lyceen.

Insofern diese und ähnliche Erlasse auch in das lokale Gebiet eingriffen — was insbesondere während des ersten Decenniums des 19. Jahrhunderts der Fall war — wird die vorliegende Studie natürlich an verschiedenen Stellen die Geschichte des Bamberger (Alten) Gymnasiums streifen bzw. eine Reihe von Berührungspunkten mit der Broschüre von Kilian „Chronik der kgl. Studienanstalt Bamberg¹⁾“ auf-

¹⁾ Vgl. des genaueren hierüber das nachfolgende Literaturverzeichnis.

weisen müssen. Letztere Abhandlung kann, wenngleich zeitlich früher entstanden, als eine chronologische Fortsetzung des umfassenden Werkes „Geschichte der gelehrten Schulen im Hochstift Bamberg“¹⁾ des verstorbenen trefflichen Bamberger Lokalhistorikers, weiland Lycealprofessors Dr. Heinrich Weber angesehen werden, indem sie den Faden schulhistorischer Analyse da aufgreift, wo Weber ihn hatte fallen lassen — beim Eintritte der Säkularisation. Indessen verbreitet sie sich fast ausschließlich über die Gehehnisse am Gymnasium und zwar nur bis zum Jahre 1874, während das andere jener denkwürdigen Epoche entsprungene Gewebe des Bamberger höheren Schulwesens, das Lyceum, bis heute noch einer Entwirrung seiner Geschichte harrete.

Dieselbe gelang in der That nicht ohne Mühe. Denn abgesehen von dem im Vorstehenden bereits angedeuteten Zwang der steten Rücksichtnahme auf den Einschlag von Fäden fremder Schulsysteme — machten sich doch bis tief in das neunzehnte Jahrhundert herein sogar noch Einwirkungen der ehemaligen fürstbischöflich Bambergischen Universität geltend! — complicierte sich das Problem in ungeahnter Weise durch die Notwendigkeit einer detaillierten Ausspinnung der Wechselbeziehung zwischen dem Lyceum als eines allgemeinen Bildungskörpers staatlicher Natur und Kompetenz und dem daneben bestehenden Priesterseminar als einer diöcesanen Erziehungs- und Unterweisungsanstalt episcopaler Provenienz und Jurisdiction.

Gerade die Verwandtschaft, welche sich zwischen diesen letzteren beiden Institutionen dadurch kundgibt, daß beide dem gemeinsamen Hauptziele der Heranbildung des katholischen Klerus zustreben, ist es bekanntlich, welche in weiteren Kreisen zu der schwer auszrottbaren Annahme einer förmlichen Identität derselben geführt hat. Und dies nicht nur im größeren Deutschland — allwo nun freilich die für die Zwecke der

Presbyteratscandidaten errichteten Anstalten der bayerischen Lycealstufe fast durchgängig den Inbegriff abgeben von mit entsprechendem Lehrapparat versehenen Bildungs- und Erziehungsstätten der katholischen Geistlichkeit — sondern auch innerhalb der weißblauen Grenzmarken selbst! Hat sich doch beispielsweise gelegentlich einer vor einigen Jahren in Sachen der einheimischen Lyceen entbrannten ausgebreiteten Preßpolemik die eigentümliche Erscheinung herausgestellt, daß die meisten der damaligen Angriffe gegen ein Scheinobjekt gerichtet waren: daß man, während man eine kirchliche Einrichtung zu bekämpfen vermeinte, in der That gegen ein staatliches Element zu Felde gezogen war, gegen ein Element allerdings, dessen Bestand mit tausend Banden an die großen kirchengeschichtlichen Ereignisse der Säkularisation und des bayerischen Concordats und an die diesen sich anreihenden kirchenpolitischen Vorgänge insbesondere der vierziger bis achtziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts gebunden erscheint. Inwiefern dabei auch der Name „Lyceum“ noch zu einer Verwirrung der Begriffe beitrug, mag offen gelassen werden. Thatsache ist indessen, daß die in den verschiedenen Ländern, z. B. in Württemberg, Baden, Frankreich, verschiedene Bedeutung dieses Wortes einer scharfen Fixierung des bayerischen Lycealbegriffs in gewissem Grade hinderlich ist, und daß — zumal seit der deutlicher hervorgetretenen Signatur der Lyceen als Hochschulen d. i. seit reichlich einem Jahrzehnt — die innerlich äquivalenten Bezeichnungen, sei es des in Deutschland heimischen „Akademie“, sei es des französischen „Fakultät“ eine schnellere und sicherere Orientierung hierüber ermöglichen würden.

Da die vorstehend angedeutete Verknüpfung der lycealen Verhältnisse mit gewissen Fragen staatskirchenrechtlicher Natur sich von wesentlichem Einflusse auf die Gestaltung derselben erweist, so wird im Interesse der Vollstän-

lichkeit der Darstellung auch sie in die Abhandlung einbezogen und darin klar gelegt werden müssen. Hierdurch wird freilich der Umfang der letzteren ganz erheblich ausgedehnt, andererseits aber doch auch eine zu grelle lokale Färbung in ihr ebenso hintangehalten, wie eine nicht zu unterschätzende zwanglose Gliederung des ganzen Themas gewonnen.

Dieses nimmt, da das Bamberger Lyceum als der direkte Nachkomme der im früheren kaiserlichen Hochstifte Bamberg existent gewesenen höheren Schulen betrachtet werden kann, seinen Ausgang am besten und natürlichsten mit einer kurzen Beschreibung dieser Schulen — im wesentlichen einem Auszuge aus dem citierten Weber'schen Werke, dessen einschlägige, über einen weiten Kreis zerstreute Resultate hier in einen möglichst engen Raum einzudrängen versucht werden mußte. Die durch den Uebergang der Landeshoheit an die Krone von Pfalzbayern bezw. durch den Fortfall der einheimischen Universität bedingte Gründung des Lyceums in Bamberg, des ältesten jetziger Definition in Bayern, erheischt sodann eine deutliche Erhellung aller auf sie bezüglichen Umstände — um so mehr, als diese Details bislang in völliges Dunkel gehüllt waren. Mit der vollzogenen Errichtung einer solchen mehr oder weniger nach dem Muster der erbländischen Lyceen construierten Anstalt in Franken erscheint weiterhin die natürliche Brücke geschlagen zur didaktischen Würdigung des eingeführten eigenartigen Lehrsystems, sowie aller Wandlungen, welche dasselbe im Laufe der Zeitenerlitten hat. Die Untersuchung verläuft also nunmehr innerhalb eines umfassenderen Rahmens, um nur da, wo die Gemeinsamkeit der betrachteten Elemente fehlt oder nicht nachweisbar ist, zu den Daten der Bamberger Schule zurückzukehren und solche als typische Stützpunkte für die Weiterführung des Problems zu benutzen.

Sie gibt so, nachdem sie durch Berücksichtigung einschlägiger Verhältnisse des am Orte befindlichen geistlichen Seminars noch eine erhebliche Verbreiterung erfahren, die allgemeine Basis ab, auf welcher endlich die spezifischen Eigentümlichkeiten und singulären Vorkommnisse, welche den Inbegriff der engeren Geschichte des Lyceums bilden, reliefartig herausgehoben werden. Damit erscheint aber der Ursprung des Themas wiederum erreicht und das letztere zu einer gewissen Abrundung gebracht.

Die Reichhaltigkeit des zur Verwendung drängenden Stoffes ließ dabei schon von allem Anfange an eine Theilung der Arbeit als notwendig erscheinen. Die besondere Art der Abgrenzung der beiden Teile jedoch war dem Verfasser durch das Ersuchen geboten, den ersten Abschnitt als Festschrift zur hundertjährigen Gedenkfeier der Gründung des Lyceums erscheinen zu lassen. Er glaubte diesem Zwecke nicht besser entsprechen zu können, als wenn er einerseits unter vorläufiger Zurückstellung äußerer und wenig belangreicher Momente eine Darlegung versuchte des Wesens und der wesentlichen Kriterien des lycealen Systems überhaupt, wie es im Königreiche im allgemeinen, in Bamberg im besonderen in die Erscheinung trat — andererseits zur Besprechung der einzelnen bestimmenden Elemente die monographische Form wählte. Er kann sich freilich nicht verhehlen, daß der letztere Weg der Darstellung gewisse Mängel im Gefolge hat: so nicht zum wenigsten eine zur Verflechtung eben der besprochenen Elemente zu einem geschlossenen Ganzen notwendige ständige Bezugnahme auf die verschiedensten communicierenden Stellen der Arbeit. Er hält indessen dafür, daß dieser formale Uebelstand reichlich aufgewogen werde durch den materiellen Nutzen, welcher durch die Einstellung aller auf den nämlichen Gegenstand bezüglichen, durch ein Jahrhundert hindurch angefallenen Vor-

kommnisse in einzelne, separate Abschnitte in einem Grade erwirkt werden muß, wie ihn beispielsweise die sonst gebräuchlichste Art der Darstellung, die chronologische, unmöglich zu bieten vermag.

Als literarische Unterlagen und Behelfe dienten dem Unterzeichneten außer den generellen, in den Gesetzes- und Verordnungen-Sammlungen niedergelegten Signaturen der verschiedensten Art und einer Reihe von kirchen-, schul- und lokalgeschichtlichen, sowie staats- und kirchenrechtlichen Werken und Druckschriften hauptsächlich die zahlreichen, in den Registraturen des R. Lyceumsrektors, der R. Administration der Unmittelbaren Stiftungen, der R. Bibliothek, des R. Kreisarchivs, des Erzbischof. Ordinariats und Erzbischof. Akademiseminars in Bamberg, sowie der R. Kreisregierung von Oberfranken vorhandenen Bestände handschriftlicher Akten.

Es sei ihm darob gestattet, den Vorständen und Mitgliedern dieser verschiedenen Stellen für die Bereitwilligkeit, mit der sie seinen Wünschen entsprochen, seinen wärmsten Dank abzustatten. Auch einer Reihe anderer Personen, dem Vorstande des Bamberger Historischen Vereins, dem Verleger, dem Bamberger Geschichtsfreunde Freiherrn von Marschall &c. gegenüber möchte er in Anerkennung der Förderung, die sie dem Unternehmen in der einen oder anderen Form haben angedeihen lassen, der nämlichen Pflicht hiedurch genügen!

Leider hat sich das zur Verfügung stehende Material nicht in allen Teilen als gleich vollständig und gleich cohärent erwiesen, indessen dürften doch die wenigen vorhandenen Lücken zumeist nur Fragen untergeordneter Art offen lassen, deren mehr oder minder erschöpfende Beantwortung für die Beurteilung des Gesichtsganzen ziemlich irrelevant ist. In Gegenteil, es hätte sogar nach Ansicht des Autors ganz gut noch eine Reihe von Punkten und Bemerkungen außer Ansatz gelassen

werden können, ohne daß der Eindruck des Gesamtbildes dadurch besonders beeinträchtigt worden wäre. Wn jedoch gleichwohl schließlich auf die Anführung solcher Einzelheiten nicht verzichtet wurde, so geschah es vornehmlich aus der Ansicht, daß die letzteren als merkwürdige Streiflichter aus verschiedenen, politisch wie kirchenhistorisch, pädagogisch wie gesellschaftlich interessanten Epochen früherer Zeiten manchem Leser nicht unwillkommen und eventuell berufen sein dürften, bei einer detaillierten Darstellung der Gesamtgeschichte der bayerischen Lyceen wirksame Verwendung zu finden.

Im übrigen hegt er die Hoffnung, daß die vorliegende Studie angesichts des schon sehr alten, in neuerer Zeit jedoch ungleich heftiger entbrannten Streites um „Universitäts- und Seminarbildung“ (in Bayern richtiger um „Universitäts- und Lycealbildung“) der katholischen Presbyteratscandidaten, zu welchem bekanntlich eine große Anzahl hervorragender Theologen Stellung genommen haben — der Verfasser möchte nur an die Bemerkungen und Schriften von Hergentröther, Hettinger, Kraus, Trenäus Themistor, Friedemann, Brück, Schell, Holzammer, Heiner, Erhard erinnern — ein gewisses aktuelles Interesse beanspruchen möchte. Ist doch in ihr beabsichtigt, in durchaus aktenmäßiger und, wenn auch kritischer, doch mehr sachlicher als polemischer Weise eine Bildungsform zu charakterisieren, welche bei der Beurteilung der bezeichneten Streitfrage schon längst als fundamentale Vergleichstypen genauer hätte in Rechnung gezogen werden müssen, wenn anders eben, wie bereits hervorgehoben, sie in engeren wie weiteren Kreisen nicht ziemlich unbekannt geblieben wäre. Und dies trotz des hohen Alters von just hundert Jahren, das sie erreicht, und trotz der paradigmatischen Stellung, die sie als merkwürdiges Regierungsprodukt staatlicher und kirchlicher Bestrebungen während

dieses säkularen Intervalls dadurch eingenommen, daß sie in ihrer ersten Section, der philosophischen, die allgemeine Aufgabe empfangen hatte der Vermittlung einer vorbereitenden wissenschaftlichen Grundlage für den nachmaligen Uebertritt zu irgend welchem Fachstudium der Hochschule oder demjenigen speciell der Theologie am Lyceum, während sie in ihrer zweiten, theologischen Abteilung dem enge begrenzten Zwecke diente der Ausbildung eben der übergetretenen Theologiecandidaten als des natürlichen Nachwuchses der katholischen Weltgeistlichkeit der betreffenden Diöcese.

Es ist bekannt, daß diese eigentümliche Doppelstellung der Lyceen nun allerdings den Beifall der auf dem Boden des strengen kanonischen Rechtes stehenden Kreise nicht findet und den Wünschen insbesondere der Hierarchie nicht entspricht. Immerhin stand man, nachdem einmal diese Lehranstalten in der bestehenden Weise als staatliche Schulen ausgerichtet worden waren, ihrem Systeme und ihrem Zwecke kirchlicherseits keineswegs in unfruchtbarer Mißachtung gegenüber, wie man sich ja auch beispielsweise durch den offensbaren Widerspruch zwischen gewissen Artikeln des bayerischen Concordats und einer Reihe von Paragraphen der II. Beilage zur bayerischen Verfassungsurkunde nicht hindern ließ, im concreten Einzelfall den zwischen beiden staatsgesetzlichen Akten liegenden gangbarsten Weg einzuschlagen. Ja es hatte sich in Sachen der praktischen Auffassung des lycealen Problems allmählich ein *modus vivendi* herausgebildet, der während des verstrichenen Säculums des öfteren geradehin zu einer förmlichen *entente cordiale* führte, wogegen freilich auch der principiell gegenteilige Standpunkt des Episcopats von Zeit zu Zeit wiederum deutlichst zur Geltung gebracht wurde.

Obue diejem Standpunkte irgendwie Eintrag zu thun, wird

man übrigens zugestehen müssen, daß sich der bayerische Staat im Laufe der hundert Jahre des Bestandes des Lycealwesens um dasselbe erhebliche Verdienste erworben hat. Und es wäre ebenso ungerecht wie undankbar, insbesondere die vor etwas mehr denn einem Decennium unter der Regierung des gegenwärtigen Regenten Bayerns, **Seiner Königlichen Hoheit Prinzen Luitpold**, erfolgte sichtbare Höherlegung der geistigen und materiellen Interessen der Lyceen verkennen oder unterschätzen zu wollen.

Auch die Bamberger Alma Mater hat alle Ursache, sich dessen bewußt zu bleiben und mit freudigem Klange in die Erweise ehrerbietigsten, ehrfurchtsvollsten Dankes gegen den Erlauchten Sprossen des Königlichen Hauses einzustimmen, welche ihren sinnigsten und lautersten Ausdruck allezeit in dem tiefempfundenen Wunsche finden:

Gott segne den Regenten für und für!

Bamberg, im Sommersemester 1903.

Der Verfasser.

Inhalts-Verzeichnis.

| | Seite |
|--|-------|
| Vorwort | V |
| Literaturübersicht | XIX |
| A. Handschriftliche Quellen | XIX |
| B. Bücher und Druckschriften | XIX |
| Abkürzungen | XXIV |
| Druckfehler und Verbesserungen | XXV |

| | |
|--|----|
| I. Die Vorläufer des Bamberger Lyceums | 1 |
| § 1. Seminar- und Jesuitenschule. | 1 |
| § 2. Die Akademie | 3 |
| § 3. Die Universität | 4 |
| II. Der Einfluß der Säkularisation auf das höhere Schulwesen in Bamberg | 11 |
| § 4. Aufhebung der Universität | 11 |
| § 5. Die medizinisch-chirurgische Schule | 16 |
| § 6. Die Hebammenschule und Entbindungsanstalt | 19 |
| § 7. Die provisorische Gründung des Lyceums | 21 |
| § 8. Die getroffene Organisation und ihre einstweilige Bestätigung | 33 |
| § 9. Die definitive Gründung des Lyceums | 40 |
| § 10. Die Frage der Wiederherstellung der Universität | 48 |
| III. Die Institution der Lyceen und ihre Wand- lungen bis zur Gegenwart | 52 |
| § 11. Einleitung | 52 |
| A. Lehraufgabe | 55 |
| § 12. Die Zeit von 1804 bis 1808 | 55 |
| § 13. Die Zeit von 1808 bis 1833 | 60 |
| § 14. Die Zeit von 1833 bis 1849 | 69 |
| § 15. Die Zeit von 1849 bis zur Gegenwart | 74 |

| | Seite |
|--|-------|
| B. Die Lehrgegenstände beider Sectionen | 90 |
| § 16. In den ersten 3 Decennien des 19. Jahrhunderts | 90 |
| § 17. Im Intervall zwischen 1833 und 1849 | 99 |
| § 18. Seit der Einführung des einjährigen Studiums der Philosophie. | 106 |
| C. Confessionelle und staatskirchenrechtliche Ver- hältnisse | 111 |
| § 19. Bezüglich der Studierenden | 111 |
| § 20. Bezüglich der Lehrer | 115 |
| D. Oberbehörden und Aufsichtsorgane | 126 |
| § 21. Während des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts | 126 |
| § 22. Seit dem Jahre 1833 | 133 |
| E. Die wechselnde Anzahl der Lyceen | 140 |
| § 23. Von der Säkularisation bis zur Reformation der Lyceen im Jahre 1833 | 140 |
| § 24. Von der Reformation im Jahre 1833 bis zur Gegenwart | 151 |
| IV. Die inneren Verhältnisse der Lycealstudie- renden | 162 |
| A. Der philosophischen Section | 162 |
| § 25. Eintrittsbedingungen | 162 |
| § 26. Intersemestrale Prüfungen | 175 |
| § 27. Semestral- und Finalprüfungen | 181 |
| a. Während der Zeit von der Säkularisation bis zur Reformation der Lyceen im Jahre 1833 | 181 |
| b. Während der folgenden 16 Jahre | 189 |
| § 28. Vorrückungsverhältnisse innerhalb der philoso- phischen Jahreskurse | 201 |
| § 29. Bedingungen für den Uebertritt aus der philo- sophischen Section zur Universität | 206 |
| a. Die Epoche der Ungleichheit der philosophischen Studienzeit für Lyceum und Universität, 1804 bis 1827 | 207 |
| b. Die Zeit des gemeinsamen biennium philoso- phicum, 1827 bis 1849 | 219 |
| c. Vom Studienjahr 1849/50 ab bis zur Gegenwart | 230 |
| § 30. Uebertritte von der Universität zur philosophischen Lycealsection | 231 |

| | Seite |
|--|-------|
| B. Der theologischen Section | 239 |
| § 31. Einleitung | 239 |
| § 32. Eintritt aus der philosophischen Lycealsection — die Admissio ad Theologiam für die Philoso- phieandidaten des Lyceums | 242 |
| § 33. Prüfungs- und Vorrückungsverhältnisse innerhalb der theologischen Kurse | 249 |
| a. Zwischenprüfungen | 250 |
| b. Semestralprüfungen | 251 |
| c. Finalprüfungen | 266 |
| § 34. Das Absolutorium aus der Theologie | 268 |
| § 35. Uebertritte zur theologischen Fakultät der Uni- versität | 280 |
| § 36. Uebertritte von der Universität | 285 |
| C. In ihren Beziehungen zum Klerikalseminar und zu den höheren Weihen | 290 |
| § 37. Die Admissio ad Seminarium | 290 |
| a. Einleitung | 290 |
| b. Die Zeit von der Säkularisation bis zur stabilen Inauguration staatlicher Hoheits- rechte, 1803 bis 1822 | 292 |
| c. Die Zeit der unwiderprochenen Ausübung des jus supremæ inspectionis, 1822 bis 1844 | 319 |
| d. Die Zeit des Kampfes um Abschaffung der staatlichen Controle, 1844 bis 1849 | 340 |
| e. Von der provisorischen bis zur definitiven Auf- lassung der staatlichen Controle, 1849 bis 1854 | 352 |
| f. Von der definitiven Auflassung der staatlichen Controle bis zur ersten Ausgabe einheitlicher Lycealsatzungen, 1854 bis 1891 | 365 |
| g. Stand der Frage in der Gegenwart | 380 |
| § 38. Die Admissio ad Clericatum und der Tischtitel | 388 |
| a. Einleitung | 388 |
| b. Die kirchenrechtlichen und kirchenpolitischen Verhältnisse Bamberg's im unmittelbaren Bollzuge der Säkularisation | 390 |
| c. Der Tischtitelgeber | 392 |
| d. Die Klerikats- und Tischtitelverhältnisse von der Säkularisation bis zum Jahre 1817 | 396 |

| | Seite |
|---|-------|
| α. Die Zeit der ausschließlichen Ueber- tritte säkularisierter Conventualen, 1803 und 1804 | 397 |
| β. Die Zeit der Gemeinsamkeit der Prüfungen <i>pro admissione ad se- minarium</i> und <i>pro admissione ad clericatum</i> , 1804 bis 1817 . . . | 402 |
| γ. Die im übrigen Bayern gültigen Eischittelbestimmungen | 408 |
| ε. Die Zeit von 1817 bis 1824 | 412 |
| φ. Die Zeit von 1824 bis zur Gegenwart | 420 |
| § 39. Die internen Prüfungen der Alumnen und deren Aufenthalt im Seminar. | 427 |



Literaturübersicht.

A. Handschriftliche Quellen.

- Acten der Fürstbischöflichen Universität Bamberg. Abgekürzt: Univ. Acten.
- Acten des Churf. bezw. R. Generallandeskommissariats in Franken; des R. Generalkreiskommissariats des Mainkreises; der R. Kreisregierungen des Obermainkreises resp. von Oberfranken — in Betreff allgemeiner und Schulverhältnisse: Gen. Acten.
- Analog — in Betreff seminaristischer und klerikaler Verhältnisse: Gen. Sem. Acten.
- Acten des Churf. bezw. R. Lyceumsrektorates Bamberg: Lyc. Acten.
- Acten der R. Administration der Unmittelbaren Stiftungen in Bamberg: Adm. Acten.
- Acten des Bisch. Generalvikariats und Erzbisch. Ordinariats in Bamberg: Ord. Acten.
- Acten des Bisch. bezw. Erzb. Klerikalseminars ebenda: Sem. Acten.
- Acten des R. Kreisarchivs zu Bamberg: Arch. Acten.
-

B. Bücher und Druckschriften.

- Bamberger Intelligenzblatt. Bamberg 1802 ff: Bam b. Intellig. Bl.
- Täglicher Anzeiger. — Tag(s)blatt der Stadt Bamberg. — Bamberger Tagblatt. Bamberg 1834 ff: B. T.
- Bag, Joh. Friedr. Nachrichten über die Neue Organisation des Lyceums zu Bamberg. Bamberg 1804: Bag.
- Braun, E. Geschichte der Heranbildung des Klerus in der Diocese Würzburg seit ihrer Gründung bis zur Gegenwart. II. Band. Mainz 1897: Braun.
- Braun, Placidus. Geschichte des Collegiums der Jesuiten in Augsburg. München 1822: P. Braun.

- Brüd, Petrich. Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland im neunzehnten Jahrhundert. I., II., III. Band. Mainz 1887, 1889, 1896: Brüd I, II, III.
- (Strobl). Das Recht der Kirche und die Staatsgewalt in Bayern seit dem Abschluß des Concordats. Schaffhausen 1852: Das Recht der Kirche.
- Denkschrift der vom 1—20sten October 1850 zu Freising versammelten Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns. München 1850: Denkschr.
- Döllinger, G. Sammlung der im Gebiete der inneren Staats-Verwaltung des Königreichs Bayern bestehenden Verordnungen, zc. München 1835—39. — Strauß, Friedr. Freiherr von. Fortgesetzte Sammlung der München 1853 und 54: Döllinger.
- Fid, R. Auf Deutschlands hohen Schulen. Berlin und Leipzig 1900: Fid.
- Fisch, Joseph. Geschichte des höheren Unterrichts in Passau bis zur Aufhebung des Jesuiten-Ordens im Jahre 1773. Passau 1861: Fisch.
- Regierungsblatt für die kurbayrischen Fürstenthümer in Franken. Würzburg 1801 bis 1805: Fränk. Reg. Bl.
- (Frey). Bemerkungen zu der Schrift: Ideen zu der Organisation der deutschen Kirche. zc. Germanien 1815: (Frey).
- Gaas, Nikol. Geschichte der Pfarrei St. Martin zu Bamberg und sämtlicher milden Stiftungen der Stadt. Bamberg 1845: Gaas.
- Hapold, Karl. Geschichtliches und Statistisches über das allgemeine Krankenhaus zu Bamberg. Bamberg 1889: Hapold.
- Hef, Wilhelm. Ueber den im zweiten Decennium des neunzehnten Jahrhunderts in Bayern fühlbar gewordenen Seelsorgermangel — nebst einem staatlichen und kirchlichen Altensstücke hierüber. Archiv für katholisches Kirchenrecht, zc. LXXXIII, 1903. Hef.
- Hinschius, Paul. System des katholischen Kirchenrechts mit besonderer Rücksicht auf Deutschland. I. Band. Berlin 1869: Hinschius I. — Dasselbe, IV. Band. Berlin 1888: Hinschius.
- (Höfler). Concordat und Constitutionseid der Katholiken in Bayern. zc. Augsburg 1847: (Höfler).
- Hollwed, Joseph. Das Bischöfliche Seminar in Eichstätt. Eichstätt 1888: Hollwed.
- Hoffmann, Joh. Jos. Ign. von. Biographische Skizze. Aschaffenburg 1863: Hoffmann.

- Gutter, Joh. Baptist. Die Hauptmomente der Schulgeschichte des alten Gymnasiums zu München. 2c. München 1860: Gutter.
- Jäd, Joachim Heinrich. Pantheon der Literaten und Künstler Bamberg's. Bamberg 1812: Jäd I.
- Jäd. Bamberg, wie es einst war und wie es jetzt ist. Bamberg und Erlangen 1819: Jäd II.
- Jäd, Joachim Heinrich. Das Königreich Bayern, historisch, statistisch, topographisch und geographisch beschrieben. 2c. I. Band. Obermainkreis. Augsburg 1830: Jäd III.
- Jäd, Joachim Heinrich. Bamberg'sche Jahrbücher von 741 bis 1833. Bamberg 1833: Jäd IV.
- Jäd, Heinrich Joachim. Zweites Pantheon der Literaten und Künstler Bamberg's. Bamberg 1844: Jäd V.
- Jäd, J. H. Lehrbuch der Geschichte Bamberg's vom Jahre 1007 bis auf unsere Zeiten. Erlangen 1820: Jäd VI.
- Jäger, Georg. Ueber das Schul- und Erziehungswesen im f. bayr. Rheinkreise vom Jahre 1817 bis 1827. Speyer 1827: Jäger.
- Jahresberichte über die Churf. bezw. Königl. Studienanstalten Bamberg (Lyceum, Gymnasium und teilweise lateinische Schule umfassend). Bamberg 1805 bis 1879. — Jahresberichte des R. Lyceums. Bamberg 1880 ff: Jahresher.
- Kilian, Bened. Chronik der kgl. Studien-Anstalt Bamberg. Bamberg 1879: Kilian.
- Kleinstäuber, Chr. H. Ausführliche Geschichte der Studien-Anstalten in Regensburg. Stadtmhof u. Regensburg 1881: Kleinstäuber.
- Lehrplan für alle kurpfalz-bayerischen Wittel-Schulen, oder für die sogenannten Real-Klassen (Prinzipien), Gymnasien und Lyceen-München 1804: Lehrplan.
- Loch, Val. Geschichte der Pfarrei zu H. L. Fr. in Bamberg 2c. Bamberg 1888: Loch.
- Marshall, E. Freiherr von. Hervorragende verstorbene Bamberger Juristen der neueren Zeit. Bamberg 1900: v. Marshall.
- Marcus, Adalbert. Darstellung der mediz.-chirurgischen Schule zu Bamberg 2c. Bamberg 1804: Marcus.
- Nederer. Annales Almae Literarum Universitatis Ingolstadtii 2c. Fortgesetzt von Permaneder, Michael. München 1859: Nederer-Permaneder.
- Memorandum betreffend die Oberhirtlichen Studien-Berordnungen für die Erzbischofe Bamberg v. J. 1850, 1853, 1862 und 1876 und deren Verhältnis zu den Satzungen f. d. Studierenden an

- den l. b. Lyceen v. 1. Juni 1891. (Hektographiert). Bamberg 1901: Memorandum.
- Megner, Joseph. Geschichte des C:nestinums und Ottonianums zu Bamberg. 2c. Bamberg. 1885: Megner.
- Meurer, Christian. Bayerisches Pf:ründerecht. Stuttgart 1901: Meurer.
- Milster, Aug. Ferd. Geschichte der Studienanstalt zu Speier. Speier 1830: Milster.
- Wöchentlicher Anzeiger für die katholische Geistlichkeit. Bamberg 1832 ff.
— Bamberger Diöcesanblatt. Bamberg 1844 ff. — Pastoral-
Blatt für die Erzdiöcese Bamberg. Bamberg 1858 ff: Past. Bl.
- Pfister, Michael. Auszug aus den Bamberger Dom-Kustorei-Rechnungen der Jahre 1464—1801 2c. Bamberg 1896: Pfister.
- Punkes, Joseph. Freising's höhere Lehranstalten zur Heranbildung von Geistlichen in der nachtribentischen Zeit. Freising 1885: Punkes.
- Rapinger, Ignaz. Versuch einer Geschichte der Studien-Anstalt in Neuburg a. D. Neuburg 1851: Rapinger.
- Churbaierisches Regierungsblatt. München 1803. — Churpfaßbaierisches Regierungsblatt. München 1804 und 1805. — Königlich bayrisches Regierungsblatt. München 1806 bis 1817. — Allgemeines Intelligenzblatt. München 1818 bis 1820. Regierungs- und Intelligenz-Blatt für das Königreich Bayern. München 1821 bis 1825. — Regierungsblatt für das Königreich Bayern. München 1826 bis 1872: Reg. Bl.
- Reichlin-Meldegg, Karl Alexander Freiherr von. Heinrich Eberhard Gottlob Paulus und seine Zeit, 2c. Erster Band. Stuttgart 1833: v. Reichlin-Meldegg.
- Reindl, Magnus Anton. Das Studiengenossen-Fest in Dillingen am 22. und 23. August 1865, 2c. Dillingen 1865: Reindl.
- Remling, Franz Xaver. Geschichte der Bischöfe zu Speyer. Zweiter Band. Mainz 1854. — Neuere Geschichte der Bischöfe zu Speyer samt Urkundenbuche. Speyer: Remling II, III.
- Rigner, Thaddäus Anselm. Geschichte der Studien-Anstalt zu Amberg. Sulzbach 1832: Rigner.
- Roth, Friedrich. Dr. Adalbert Marcus, der erste dirigirende Arzt des allgemeinen Krankenhauses zu Bamberg. Bamberg 1889: Roth.

- Notermundt, Joseph Alois.** Kurzer Bericht über die vormaligen höheren Lehr-Anstalten in Passau. Passau 1834: Notermundt.
- Gesetze und Vorschriften für die Schüler auf dem Churfürstlichen Lyceum zu Bamberg.** Bamberg 1801. — Statuten und Disciplinar-Gesetze für das Königl. Lyceum zu Bamberg. Bamberg 184. — Satzungen für die Studierenden am R. Lyceum zu Bamberg. Bamberg 1851, 1867, 1883. — Satzungen für die Studierenden an den Königlich Bayerischen Lyceen. München: Satzungen.
- (Kalender und) Schematism' der Diözesan-Geistlichkeit des Bisthums Bamberg.** Bamberg 1811 bis 1821. — Schematismus der Geistlichkeit des Erzbisthums Bamberg u. Bamberg 1827 ff: Schem.
- Schmitt, Leonard Clemens.** Geschichte des Ernestinischen Alexikal-Seminars zu Bamberg. Bamberg 1857.
- Seydel, Max von.** Bayerisches Staatsrecht. I. und III. Band. Freiburg i. B. und Leipzig 1896: v. Seydel I, III.
- Sicherer, Herman von.** Staat und Kirche in Bayern vom Regierungsantritt des Kurfürsten Maximilian Joseph IV. bis zur Erklärung von Tegernsee 1799—1821. München 1874: v. Sicherer.
- Siebangartner, Markus.** Schriften und Einrichtungen zur Bildung der Geistlichen u. Freiburg i. B. 1902: Siebangartner.
- Silbernagl, Isidor.** Verfassung und Verwaltung sämtlicher Religionsgenossenschaften in Bayern u. Regensburg 1900: Silbernagl.
- (Strobl).** Kirche und Staat in Bayern unter dem Minister Abel und seinen Nachfolgern. Schaffhausen 1849: (Strobl).
- Suttner, Joseph Georg.** Geschichte des bischöflichen Seminars in Eichstätt. Eichstätt 1859: Suttner.
- Weber Heinrich.** Geschichte der gelehrten Schulen im Hochstift Bamberg von 1007 bis 1803: H. Weber I.
- Weber, Heinrich.** Das Freiherrl. von Aufsees'sche Studien-Seminar in Bamberg. Bamberg 1880: H. Weber II.
- Weber, Karl.** Neue Gesetz- und Verordnungs-Sammlung für das Königreich Bayern mit Einschluß der Reichsgesetzgebung. u. Nördlingen bezw. München 1880 bis 1901: K. Weber.
- Wegele, Franz X. von.** Geschichte der Universität Würzburg. I. und II. Teil. Würzburg 1882: Wegele I, II.
- Weber und Welte's Kirchenlexikon u.** Freiburg i. B. 1882 bis 1901; Weber und Welte.

Abkürzungen.

Von denselben mögen nur die ungewöhnlicheren hier Platz finden.

| | | |
|-----------|---|----------------------------|
| Ach. | = | Auerhöchst. |
| B. | = | Bischof. |
| Bisch. | = | Bischöflich. |
| Churf. | = | Churfürstlich. |
| D.D. | = | Disciplinarordnung. |
| D.G. | = | Disciplinarfügungen. |
| E. | = | Entschliebung. |
| Erzb. | = | Erzbischöflich. |
| G. Kr. K. | = | Generalkreiskommissariat. |
| G. L. K. | = | Generallandeskommissariat. |
| K. | = | Königlich. |
| L.D. | = | Landesdirektion. |
| M.E. | = | Ministerialentschliebung. |
| P.D. | = | Prüfungsordnung. |
| R. | = | Rescript. |
| Reg.E. | = | Regierungsentschliebung. |
| Sch.D. | = | Schulordnung. |
| V.D. | = | Verordnung. |



I. Die Vorläufer des Bamberger Lyceums.

§ 1. Seminar- und Jesuitenschule.

Das Bamberger Lyceum kann als der direkte Abkömmling der im früheren Hochstifte Bamberg bestandenen fürstbischöflichen höheren Schulen betrachtet werden.

Als erste dieser Schulen erscheint die unterm 23. Juni 1586 von dem Fürstbischöfe Ernst von Mengersdorf (1583—91) eröffnete Seminarische, welche den Verordnungen des Tridentinischen Concils zufolge errichtet ward, um der Heranbildung der künftigen Diöcesanpriester zu dienen. Doch war B. Ernst insoferne über die Ziele der Tridentinischen Vorschriften hinausgegangen, als er nicht bloß ein Internat für seine Alumnus gegründet, sondern auch die unteren Abteilungen des Collegiums allen nach höherer Bildung strebenden Jünglingen zugänglich gemacht hatte. Das Professoren-collegium setzte sich theils aus Klerikern, theils aus Laien zusammen, zumeist Männern, die auf ausländischen Hochschulen studiert und vielfach auch promoviert hatten. Gegliedert war die Schule in eine Unterstufe, welche mit ihren 5 Jahrgängen als Mittelschule im heutigen Sinne figurirte, in eine Oberstufe, welche ein zweijähriges Studium der Philosophie umfaßte, und endlich in den 3jährigen Kurs der Theologie. Der Lehrstoff wurde insbesondere unter des

Bischofs Ernst Nachfolger Reithard von Thüngen (1591–98) Gegenstand eingehender Vorschriften. Im übrigen konnte die Seminarschule ebensowenig, wie es das heutige Lyceum kann, die Doktormürde verleihen und Juristen und Mediziner ausbilden. Die Interessenten waren daher mangels einer im Hochstifte existierenden Universität gehalten, auswärtige Hochschulen aufzusuchen. Verschiedene Umstände, insbesondere der Wunsch nach einer einheitlicheren Lehrweise und strengerer Disziplin, ließen bereits in B. Ernst den Gedanken keimen, die Leitung und die Lehrstühle seiner Seminarschule einer Ordensgenossenschaft zu übertragen. Er wählte die Jesuiten, konnte aber seinen Plan gegenüber dem energischen Widerspruch einiger einflußreicher Kleriker nicht ins Werk setzen. Auch sein Nachfolger Reithard war infolge seines vorzeitigen Todes hiezu außer stande, er hinterließ jedoch mit einer letztwilligen Verfügung eine bedeutende Summe für eben jenen Zweck, so daß es dem nächsten Bischofe Johann Gottfried von Aschhausen (1609–22) un schwer fiel, die Wünsche seiner beiden Vorgänger zu realisieren. Er that dies unterm 16. Mai 1611.

Von da ab datiert die sogenannte Jesuitenschule. Sie unterschied sich von der vorigen im wesentlichen nur durch die den Jesuiten eigentümliche Lehrmethode. Die Dreiteilung in Gymnasial-, in philosophisches und theologisches Studium wurde beibehalten, nur wurde die Anzahl der Jahre für die beiden letzteren Studien auf 3 bzw. 4 erhöht. Das Seminar „Ernestinum“ bestand als eigene Anstalt fort, jedoch ebenfalls unter der geistlichen Leitung der Jesuiten. An der Spitze der letzteren stand der Rektor, der zugleich Rektor der Akademie war, und dem also die Professoren sowohl als Mitglieder des Lehrkörpers wie als Ordensmänner untergeordnet waren. Die theologische Section setzte sich gewöhnlich aus 5, die philosophische aus 4 Professoren zusammen. Doch war genaue Anzahl eben-

sowenig wie die Lehraufgabe durch Vertrag festgesetzt worden; beide beruhten vielmehr auf der Möglichkeit der oberrheinischen Jesuitenprovinz — welcher die Bamberger Niederlassung zugewiesen war — geeignete Patres in hinreichender Zahl abzustellen. Die Schule nahm unter der neuen Leitung alsbald einen gewaltigen Aufschwung und zählte, trotzdem ihrem Gedeihen die schweren Zeiten des 30jährigen Krieges nicht günstig waren, jährlich durchschnittlich 350 Studierende.

Im nämlichen Jahre der mit dem westfälischen Friedensschlusse erfolgten Beendigung jener traurigsten Epoche deutscher Geschichte wurde auch sie einer Neugestaltung unterzogen.

§ 2. Die Akademie.

Hatte schon 1643 der Fürstbischof Melchior Otto Voit von Salzburg¹⁾ (1642 – 53) sowohl der philosophischen als theologischen Abteilung neue Lehrstände zugewiesen, so erhob er mit päpstlicher Approbation die Lehranstalt 1648 zu einer förmlichen Akademie mit dem Range, dem Charakter und den Rechten²⁾ einer öffentlichen Hochschule, bestehend aus 2 Fakultäten. Die philosophische zählte 3, die theologische 4 Jahreskurse von Studierenden. Für erstere waren 4 Professuren vorgesehen, je eine für Logik, Metaphysik, Physik und Mathematik nebst Ethik; für letztere 5, zwei für Dogmatik, je eine für Exegese, Moral und Kirchenrecht. Als Professoren wurden wiederum Jesuiten gewählt, insbesondere aber sollten den letzteren die Würden des Rektors und des Kanzlers der Akademie für ewige Zeiten vorbehalten bleiben. Die Frequenz der neuen Hochschule war während der fünfviertel Jahrhunderte ihres Bestehens eine

¹⁾ Salzburg bei Neustadt a. d. fränkischen Saale, einer der Kürnbergurgen Karls des Großen.

²⁾ Insbesondere dem Rechte der Verleihung der akademischen Würden.

recht erfreuliche: sie betrug im Mittel für die philosophische Fakultät 135, für die theologische 85 Studierende jährlich. Promotionen wurden zahlreiche erwirkt, durchschnittlich 42 bzw. 35 im Jahre. In der Philosophie waren es die beiden akademischen Grade des Baccalaureats und des Magisteriums, welche nach dem ersten bzw. zweiten Jahre zur Verleihung kamen. In der Theologie, für deren Studium der Besitz dieser Grade primäre Bedingung war, begegnen wir dagegen nur einzelnen Promotionen. Hierin bildete das Baccalaureat den ersten, das Doktorat²⁾ den zweiten und das Vicentiat den höchsten der Grade; letzteres wurde jedoch erst in der späteren Zeit der Akademie ausgerichtet. Als eine Art akademischer Senat figurirte ein Collegium, welches aus dem Rektor magnificus, dem Kanzler, den beiden Dekanen der Fakultäten und den 2 ältesten Professoren der Theologie zusammengesetzt war. Natürlich waren die unruhigen Zeitläufe des spanischen Erbfolgekrieges der Entfaltung und Blüte der Akademie sehr hinderlich. Indessen war diese doch zu festgefügt und lebenskräftig, als daß sie nicht allen Stürmen ungebrochen hätte Trotz bieten können. Im Gegenteil wuchs sie, einem Zeitbedürfnisse und der Willensrichtung hochsinniger Fürsten folgend, allmählich zur Universität heran.

§ 3. Die Universität.

Die Umwandlung vollzog sich formell im Jahre 1773, sie war jedoch, wie angedeutet, nicht von heute auf morgen erfolgt. Bereits im Jahre 1735 hatte der Fürstbischof Friedrich Karl von Schönborn (1729—46) durch Errichtung zweier juristischer Professuren¹⁾ den ersten Schritt gethan zur Umgestaltung der Academia Ottoniana zur Universitas

²⁾ Der Titel „Doktor“ selbst kam erst 1787 auf; vor dieser Zeit bezeichnete man den zweiten theologischen Grad als *baccalaureatus formatus*.

¹⁾ Darunter einer Professur für deutsches Staatsrecht als ersten auf einer deutschen Hochschule.

Ottoniana-Fridericiana; im Jahre 1745 ließ er die dritte Professur folgen. Der erste Professor der Medizin dagegen wurde 1749 unter B. Philipp Anton von Frankenstein (1746—53) angestellt,²⁾ nachdem eine 1735 bereits erfolgte Berufung nur kurze Zeit Bestand gehabt hatte. 1770 folgten unter dem Fürstbischöfe Adam Friedrich von Seinsheim (1757—79) als weitere Collegen ein zweiter Professor und ein Demonstrator (Professor) der Anatomie. Diese sämtlichen Dozenten waren weltlichen Standes.

Natürlich war die Hochschule, nachdem sie tatsächlich bereits seit dem Jahre 1749 vier Fakultäten besaß, mit diesem Jahre *de facto* in die Zahl der vollständigen Hochschulen eingetreten. Sie wurde denn auch in amtlichen Ausschreiben als „Universität“ bezeichnet, freilich ohne ausdrückliche Zustimmung ihres Landesherrn, des Fürstbischöfs von Bamberg, Herzogs von Ostfranken. Im Gegenteil entschied der Fürst 1764 in einem concreten Falle, daß der Name „Akademie“ auch ferner beibehalten werden solle. Veranlaßt war diese Entscheidung durch den Widerstand der juristischen Fakultät, den Rektor sowie den Kanzler der Akademie als auch über ihr stehend anzuerkennen, und durch die ihrerseits eingereichten schriftlichen Vorschläge, nach der Uebung der anderen deutschen Hochschulen Rektorat und Kanzleramt an je eine außerhalb des Lehrkörpers stehende Persönlichkeit zu übertragen. Diktirt war sie durch den offenbaren Willen des Bischofs, nicht an der Stiftungsurkunde zu rütteln, wonach den Jesuiten Rektor- und Kanzlerstelle der „Akademie“ in perpetuum erhalten bleiben sollte.

Diese Willensäußerung verlor natürlich in dem Augenblicke ihre Wirkung, in welchem die durch Breve des Papstes Clemens XIV. vom 21. Juli 1773 beschlossene Aufhebung des Jesuitenordens für Bamberg perfekt wurde, was mit

²⁾ Er ward zunächst der philosophischen Fakultät zugerechnet.

dem 9. September j8. J8. eintrat. Schon am 25. Oktober wurde bezüglich der freigewordenen Stellen des Rectors und Kanzlers verfügt, daß der jeweilige fürstbischöfliche Dompropst fürderhin zugleich Cancellarius sein, der Rector dagegen alle zwei Jahre von einer der Fakultäten gewählt werden solle, und zwar in dem Turnus: theologische, juristische, philosophisch-medizinische Fakultät. Als dritter Dignitär wurde ein Prokanzler aufgestellt, der aus der Reihe der Weltgeistlichen genommen und vom Kanzler ernannt werden sollte. Der akademische Senat und die Fakultätsdekanate waren, was ihre Zusammensetzungen und Funktionen betraf, ganz nach dem Muster der anderen deutschen Universitäten gebildet worden. Es kann also füglich das letztgenannte Datum als Gründungstag der Bamberger Universität bezeichnet werden. Die feierliche Eröffnung fand freilich erst 2 Monate später, unter dem 17. Dezember 1773, statt.

Das Verzeichniß der Hochschullehrer in dem Eröffnungsjahre 1773/74 weist in der theologischen Fakultät 5 ordentliche Professoren auf, in der philosophischen deren 2, in der juristischen 3 ordentliche und 1 außerordentlichen Professor, endlich in der medizinischen Fakultät 2 ordentliche Professoren und 1 Demonstrator der Anatomie. Der früher schon ausgesprochene Grundsatz, wonach die Professoren graduiert sein sollten, wurde neuerdings sehr scharf betont. Außerordentliche Professuren waren bereits mit dem Jahre 1754 in's Leben gerufen worden. Die junge Alma Mater präsentierte sich also genau in dem nämlichen äußeren Gewande wie ihre übrigen Schwestern im deutschen Reiche. Jedoch waltete über ihrem Wirken anfänglich kein guter Stern. Fortgesetzte Reibereien amtlicher und persönlicher Natur der Dozenten der juristischen und medizinischen Fakultät theils unter sich, theils mit den Professoren der übrigen Fakultäten ließen die Kräfte, statt sie zu gemeinsamer Arbeit scharf zu halten, abstumpfen und zersplittern. Es bedurfte

jahrelanger Verfügungen und Verordnungen, um die einzelnen Kompetenzkonflikte zu schlichten und den Wirkungsbereich eines jeden Lehrers und Lehrkörpers genau abzugrenzen.

Während aber diese Absicht, wenn auch erst nach Jahren, so doch thatsächlich gelang, konnte man sich merkwürdigerweise zur Aufstellung eigener „Satzungen“ für die Studierenden der Bamberger Hochschule nicht emporzuschwingen. Als solche waren vielmehr schon seit dem Jahre 1741 jene der Würzburger Universität im Gebrauche, und sie schienen es auch bis zur Aufhebung der Hochschule in Bamberg geblieben zu sein. Wenigstens wurden die zweckmäßigen reformatorischen Vorschläge, welche in den Jahren 1791 bis 93 von einer ad hoc niedergesetzten Kommission dem Universitätskanzler bezw. dem Landesherrn unterbreitet worden waren, nicht sanctioniert, jedenfalls in Folge eines starren Widerspruchs der in der Minorität gebliebenen Kommissionsmitglieder der juristischen Fakultät: zu der gewünschten Wiedervorlage aber scheint es der kriegerischen Zeiten halber nicht mehr gekommen zu sein. Nur an Einem Sonderparagraphen wurde auf ausdrücklichen fürstbischöflichen Befehl auch ferner festgehalten — an der aus dem Jahre 1754 stammenden Verordnung, wonach ein Candidat auch für das juristische und medizinische Fachstudium nur dann inscribiert werden konnte, wenn er das Philosophicum ganz absolviert hatte. Die gleiche Bestimmung galt für die Theologen bereits seit den Zeiten der Anfänge der Akademie. Uebrigens war für alle Studierende das philosophische Studium im Jahre 1749 von 3 Jahren auf 2 Jahre herabgesetzt worden.

Was nun die an der *Universitas Ottoniana-Fridericiana* entwickelte Lehrthätigkeit betrifft, so wurde in der theologischen Fakultät gelesen: Dogmatik; Exegese des alten Testaments und orientalische Sprachen; Exegese des neuen Testaments; Kirchengeschichte; Moral. Doch traten im Laufe der Zeit in den einzelnen Fächern mehrfache

Verschiebungen auf. Neu gegründet wurde 1792 eine Lehrstelle für Pädagogik und nachmals wiedererrichtet im Jahre 1802, nachdem sie längere Zeit verwaist gewesen.

Die philosophische Fakultät sollte stiftungsgemäß folgende Professuren aufweisen: eine für Logik, eine für Metaphysik, eine für allgemeine und specielle Physik, endlich eine für Mathematik und Ethik. Doch war diese Norm fast nie aufrecht erhalten worden. Mangel an geeigneten Lehrkräften ließ 20 Jahre lang, von 1773—93, nur drei Professoren entstehen; erst im Jahre 1794 wurde endlich der vierte angestellt, und zwar zunächst als Substitut des Mathematikers. So kam es, daß das Fach der Physik in manchen Jahren gar nicht vertreten, in andern mit der Mathematik verbunden war, daß Logik und Metaphysik bald getrennt, bald von demselben Professor gelesen wurden u. s. w. Befähigung und Laune mögen zu diesem Geschehnis einen guten Teil beigetragen haben. Indessen darf man nicht übersehen, daß mehrere der Professoren noch aus der „Jesuitenzeit“ stammten, zu welcher Zeit es Gebrauch war, daß die Dozenten der philosophischen Fakultät alle Jahre ihre Fächer wechselten, und daß sie an dieser Gepflogenheit Geschmack finden mochten. Auf eine relativ bedeutende Höhe erhob sich die Fakultät in den Jahren 1794—96, in welchen unter dem thatkräftigen Fürstbischöfe Franz Ludwig von Erthal (1779—95) und seinem Nachfolger, dem letzten Bamberger Souverän Christoph Franz von Wusel (1795—1803), zu den 4 ordentlichen Professuren noch hinzukamen: eine solche für Zeichnen und Ingenieurwissenschaften, eine solche für Naturgeschichte und eine Honorarprofessur für die drei neueren Sprachen.

Die juristische Fakultät umfaßte 4 Ordinaria, je eines für Institutionen, Pandekten, deutsches Staatsrecht und Kirchenrecht. Im Jahre 1795 trat als fünftes hinzu ein solches für Bamberger Landrecht, im Jahre 1802 ferner je

ein Extraordinarium für Strafrecht und juridische Encyclopädie. Auch wurden abwechselungsweise von dem einen oder andern der Ordinarien Polizei-, Cameral- und Forstwissenschaft vorgetragen.

Die medizinische Fakultät war bei der Gründung der Universität nur mit 2 ordentlichen Professuren dotiert worden, einer für praktische Medizin und klinische Arbeiten und einer weiteren für Physiologie und Krankheitslehre. Daneben kam noch der Demonstrator der Anatomie in Betracht, welcher als „Angehöriger der Universität“ zugleich die niedere Chirurgie lehrte. Im Jahre 1792 erfolgte die Errichtung eines dritten ordentlichen Lehrstuhls für Pathologie und (höhere) Chirurgie. Doch schienen auch in dieser Fakultät die Lehraufgaben der einzelnen Professoren keineswegs genau fixiert gewesen zu sein, denn die letzteren wechselten ziemlich häufig die Nominalfächer, für die sie eigentlich berufen waren, wie sie auch anderweitige Vorlesungen — gerichtliche Medizin, Geschichte der Medizin, specielle Therapie zc. — ankündigten. Botanik und Chemie waren ebenfalls der medizinischen Fakultät zugeordnet und wurden lange Zeit von dem Professor für interne Medizin gelesen, das erstere Fach sogar bis zur Aufhebung der Universität. 1794 wurde dagegen ein eigener Lehrer für Chemie und Pharmazie bestellt und dessen Nachfolger zum außerordentlichen Professor befördert. Thierarzneikunde war durch eine besondere Lehrkraft seit 1791 vertreten, Wundarzneilehre und Geburtshilfe durch eine solche von 1769 ab: die beiden Dozenten wurden jedoch erst später zu Ordinariern dieser Fächer ernannt. Sieben Monate vor Auflösung der Hochschule errichtete B. Christoph Franz von Buseck noch eine außerordentliche Professur für Nosologie und Patrologie. Uebrigens muß man auch in den Rahmen akademischer Thätigkeit die klinischen Vorträge rechnen, welche der fürstliche Leibarzt, Hofrat Dr. Marcus, der allerdings

selbst nie in einen Verband mit der Universität getreten war, in dem seit 1789 eröffneten allgemeinen Krankenhause abhielt, Vorträge, welche von den Medizinstudierenden sehr stark besucht zu werden pflegten.

Genaue Angaben über die Frequenz in den einzelnen Fakultäten liegen eigentlich nur bezüglich der Philosophen und Theologen vor; die Durchschnittszahlen betragen 100 bezw. 75 Studierende für das Jahr. In der juristischen Fakultät, welche es von jeher mit der Inscription nicht genau genommen hatte, kann die Zahl der Frequentanten nur auf Grund einzelner zufällig überkommener Inscriptiionstabellen geschätzt werden; sie betrug bei den beliebteren Professoren zwischen 40 und 80 p. a. Noch ungenauer erscheint das Bild der numerischen Beteiligung in der medizinischen Fakultät, zumal sich letztere am allerwenigsten an die Verordnung von 1754 hielt, sondern die Inscriptiionslisten auch jungen Leuten öffnete, welche der Bedingung der Absolvierung eines 2jährigen Philosophicum absolut nicht genügt hatten. Bekannt ist, daß Marcus in der blühendsten Epoche des medizinischen Studiums über 100 Zuhörer zählte, darunter sehr viele Ausländer.

Gerade die relative Stärke des letzteren Elementes aber pflegt gewöhnlich als der beste Gradmesser für die Bedeutung einer Hochschule angesehen zu werden — und für die Zeit der Territorial-Universitäten sicherlich mit noch größerem Rechte als heute. Sie allein dürfte daher schon zur Genüge erweisen, daß die Bamberger *Alma Friderico-Ottoniana* während der 30 Jahre ihres engeren Bestehens keineswegs zu der Bedeutungslosigkeit verurteilt war, wie man solche, dem in dem Vorworte citierten eingehenden Werke des Professors Weber zum Troste, in der breiten Oeffentlichkeit zu vermuten scheint.³⁾

³⁾ So sind z. B. in dem bekannten Buche von Fied — s. Literaturverzeichnis — der Bamberger Universität ganze zwei Zeilen gewidmet worden!

II. Der Einfluß der Säkularisation auf das höhere Schulwesen in Bamberg.

§ 4. Aufhebung der Universität.

Die im Frieden von Luneville am 9. Februar 1801 beschlossene Säkularisation bereitete auch der Selbständigkeit des kaiserlichen Hochstifts Bamberg ein Ende. Mit Patent vom 22. November 1802 ergriff Churfürst¹⁾ Maximilian Joseph von Pfalzbayern Besitz von den beiden ihm zugewiesenen geistlichen Fürstentümern Bamberg und Würzburg, und alsbald entfaltete eine eigene, für die angefallenen Lande niedergesetzte Regierung, das „churfürstliche General-Landes-Kommissariat in Franken“²⁾, eine emsige reformatorsche

¹⁾ Der Verf. glaubte, die amtlichen Schreibweisen „Churfürst“ und „churfürstlich“ durchgehends beibehalten zu sollen.

²⁾ Ober-„General-Kommissariat“, wie es sich selbst häufig — Bamb. Intellig. Bl. 1802 — bezeichnete. Es umfaßte auf Grund der Organisation vom 14. Mai 1803 — Reg. Bl. 1803, 322 — zwei Landesdirektionen, je eine in Bamberg und Würzburg, unter einem gemeinsamen „Präsidenten“, dessen Sitz formell in Würzburg stand, woselbst auch das Regierungsblatt erschien, in Wirklichkeit aber zwischen den beiden Städten wechselte. Erster Präsident war Frh. v. Hompesch, dem zunächst Frh. v. Asbeck und alsbald Graf v. Thürrheim folgte. Unter dem Präsidium des letzteren wurde der Amtstitel mit Allh. B. O. vom 15. Okt. 1804 in „Generallandeskommissär“ umgeändert. Beide Landesdirektionen waren in je 3 „Deputationen“ gegliedert, deren jede mit 1 Direktor und 5—7 Räten besetzt war. Einer der Direktoren war zugleich Stellvertreter des Präsidenten bezw. Generallandeskommissärs, als welcher er den Titel „Vizepräsident“ bezw. „Präsident“ führte — in Bamberg Frh. v. Stengel. Die Schulen

Thätigkeit, um auf fast allen Gebieten des öffentlichen Lebens die für die Erblande bestehenden Regierungsgrundsätze zur Geltung zu bringen. Zu den ersten Amtshandlungen der neuen Regierung zählte die Sistierung der für das Wintersemester 1802/3 angekündigten Vorlesungen der juristischen und medizinischen Fakultät, wogegen man noch einzelne akademische Akte — so unterm 2. April 1803 z. B. eine Promotion in der medizinischen Fakultät — sich vollführen ließ. Nur die philosophische Fakultät durfte ihre Vorträge während des Studienjahres 1802/3 fortsetzen und am Schlusse desselben die übliche öffentliche Defension der (17) Kandidaten des Oberkurses der Philosophie noch einmal dem Herkommen gemäß sich abwickeln lassen. In München war man nämlich bereits übereingekommen, für die beiden fränkischen Herzogtümer nur eine von den beiden angefallenen Universitäten Bamberg und Würzburg bestehen zu lassen — man schien nur ernstlich noch zu schwanken^{*)}, ob diese oder jene. Während reffortierten in allen die Organisation und den Unterricht betreffenden Fragen zur Deputation 1, in finanziellen und vermögensrechtlichen Angelegenheiten zur Deputation 3. Ein Rat der ersteren Deputation war zum ständigen Referenten in Schulsachen ernannt — in Bamberg Melchior Ignaz Stenglein, bis mit Allh. Rescript am 29. Juli 1804 — Fränk. Reg. Bl. 1804, 264 — eine eigene der Landesdirektion unmittelbar untergeordnete Provinzialschulstelle für die beiden fränkischen Herzogtümer mit dem Sitze in Bamberg geschaffen wurde, das „Ober-Schul- und Studien-Kommissariat in Franken“, dessen Vorstand unterm 14. Nov. 1804 der seit 30. Juli js. Js. bereits hiezu designierte Landshuter Universitätsprofessor Joh. Bapt. Grazer wurde. (Ueber die Personalien der zum Lyceum in nähere Beziehung getretenen Persönlichkeiten s. gelegentlich). Die Generallandeskommissariate wurden durch Allh. B. O. vom 17. Juli 1808, der Territorialeinteilung des Königreichs vom 21. Juni 1808 entsprechend, in 15 General-Kreis-Kommissariate umgewandelt, gelegentlich der Neuformation desselben in 9 Kreise mit B. O. vom 23. Sept. und 7. Okt. 1810 aber wieder reduziert und teilweise auch transferiert. Unter letzterem Datum verlor Bamberg seinen Regierungssitz, um ihn an Bayreuth abzutreten. Weiteres s. in § 7.

*) Vgl. neben dem Folgenden auch Wegele I, 489.

aber von Schritten, so aus Bamberg geschehen wären, um die Hochschule zu halten, nichts verlautet, nahmen unterm 6. Dezember 1802 die Angehörigen des Würzburger Lehrkörpers, der Rektor, die Dekane, Professoren und Doktoren sämtlicher Fakultäten, Veranlassung, in einer Immediateingabe⁴⁾ den neuen Landesherren der unwandelbaren Gefühle der Verehrung und Treue zu versichern und ihm die Erhaltung, sowie den weiteren Ausbau der Alma Julia dringend ans Herz zu legen. Schon nach 10 Tagen erfolgte denn auch als Antwort auf diese Eingabe ein Allh. Rescript⁵⁾, worin den Petenten der Fortbestand und die Erweiterung der Universität zugesagt wurde. Freilich mußte wohl erst die Bestätigung der Einverleibung der beiden fränkischen Bistümer durch den Regensburger Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 abgewartet werden, ehe durch einen förmlichen Regierungsakt über die Verhältnisse der beiden Hochschulen genauer entschieden werden konnte. Dieser vollzog sich unterm 5. September 1803, unter welchem Datum laut Bekanntmachung des Generallandeskommissariats die Auflösung der Bamberger Hochschule verfügt wurde⁶⁾. Damit waren die Würfel zu Gunsten der Mainstadt gefallen — wohl mehr in Rücksicht auf das ehrwürdigere Alter, die zahlreichere Frequenz und die reichlichere Dotation der dortigen Universität als im Hinblick auf deren zweckmäßigere geographische Lage oder deren größere Leistungsfähigkeit oder Berühmtheit. Denn die Entschließung des churfürstl.

⁴⁾ Begele II, 458.

⁵⁾ *ibid.* 459.

⁶⁾ Diese Bekanntmachung ist sowohl bei Kilian, 16, als auch S. Weber I, 155, erwähnt, nicht aber, ob sie eine öffentliche war, und wo sie publiziert wurde. Welche Autoren suchten wahrscheinlich auf Zäd IV, 604. Ein Originalrescript, zunächst für die Bewohner des Universitätshauses bestimmt und vom 5. Sept. 1803 datiert, befindet sich bei den Gen. Akten, wohin es mit Bericht der „Lyceums-Verwaltung“ vom 6. April 1807 abgeführt wurde.

Generallandeskommissariats über die Neuorganisation der Universität Würzburg vom 5. Oktober 1803⁷⁾ erkennt ausdrücklich nur der juristischen und medizinischen Fakultät derselben ein unanfechtbares Recht auf diese letzteren Eigenschaften zu.⁸⁾ Nun besaßen aber gerade die nämlichen beiden Fakultäten der Bamberger Hochschule zu Ausgang des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts vorzügliche Vertreter: die Juristen Gönner, Weber und von Reider, die Mediziner

⁷⁾ Fränk. Reg. Bl. 1803, 243.

⁸⁾ Das wegwerfende Urteil über die theol. Fak. der Univ. Würzburg dürfte Namen wie Onymus, Berg und Oberthür gegenüber denn doch zu wenig motiviert und zu tendenziös erscheinen. Tendenziös allerdings nicht in dem Sinne, als ob hier Graf v. Thürheim die in der bisherigen bischöflichen i. e. katholischen Universität zu Tage getretene Geistesrichtung durch Blossstellung der theolog. Fakultät habe treffen wollen: denn diese Richtung hatte seit den Zeiten des Fürstbischofs Franz Ludwig von Erthal bereits so ziemlich jede Schranke durchbrochen und gerade die 3. genannten Professoren vom strengkirchlichen Standpunkt mehr oder minder weit weggeführt. Vielmehr scheint es, als ob sich in das Urteil des Präsidenten ein Zug persönlichen Antigonismus gemischt hätte, wie er leicht durch das dringliche Liebeswerben Oberthürs und Bergs um seine Gunst — Braun, 356 — veranlaßt sein konnte. Ueber die kirchengeschichtliche Würdigung des Triumvirats s. Braun, 346 ff. Brüd I, 390, 391, 491 ff. — Graf v. Thürheim, ehemaliger Schüler der Karlschule in Stuttgart, war nach Begele (I, 490) das richtige Werkzeug zur Ausführung der Grundsätze der Montgelas'schen Politik in Franken. Durch die Abtretung Würzburgs im Jahre 1806 in seiner Thätigkeit auf die Lande des ehemaligen Bamberger Hochstiftes beschränkt wurde er 1810 Präsident des Generallandeskommissariates des Mainkreises in Bayreuth und nach Montgelas' Sturze Minister des Innern in München. Am bekanntesten dürfte er durch seine Anteilnahme an den Verhandlungen des Concordats geworden sein, in denen er zusammen mit dem Minister des Auswärtigen Grafen v. Rechberg die Politik der Nachgiebigkeit und der „stillen Vorbehalte“ vertrat gegenüber den zum Bruche drängenden Anschauungen des Ministerpräsidenten, Justizministers Grafen v. Reigersberg und des Finanzministers Frhru. v. Lerchensfeld. Vgl. v. Sacherer 222 ff.

Döllinger und Röschlaub, sowie den zwar nicht dem Universitätsverbande angehörigen, aber als klinischen Lehrer sehr begehrten Krankenhausdirektor Marcus — so daß diese Epoche, die ein internationales Studentenpublikum⁹⁾ in den Mauern der alten Baba versammelte, unbedingt als die Blütezeit der Hochschule bezeichnet werden muß. Der Generallandeskommissär Graf von Thürheim soll sich denn auch nachträglich bedauernd darüber ausgesprochen haben¹⁰⁾, von seinem Referenten, dem Universitätsprofessor Michael Weber, bezüglich dieser Verhältnisse nicht genauer informiert worden zu sein, so daß er dieselben zu Gunsten Bamberg's beschwerend hätte in die Wagschale werfen können. Diese Bemerkung, welche fürs erste als einem bloßen Aste der Courtoisie des weltläufigen Grafen entsprungen sich anhört, scheint in der That nicht ohne festeren Untergrund gewesen zu sein: denn das Gerücht, die Universität solle dem Aufhebungsakte vom 5. September zum Troge dennoch erhalten bleiben, verbreitete sich so intensiv in der Stadt Bamberg, daß der in der Zwischenzeit über das Lyceum ausgearbeitete, unterm 19. September 1803 bereits vollendete Schulplan — f. § 7 — von der Landesdirektion bis auf weiteres zurückgehalten und erst auf direkts Drängen unterm 6. Dezember nach München ausgefertigt wurde, mit der Motivierung, man habe zunächst die in Betreff der Verlegung der Universität aufgetauchten „Anstände“ sich erledigen lassen wollen, ehe man in der Frage einer Neuorganisation des Schulwesens Schritte that, die bei Belassung der Bamberger Hochschule thatsächlich zwecklos gewesen wären.

⁹⁾ S. Weber I, 417 ff.

¹⁰⁾ Jäd III, 75. An anderer Stelle — I, 49 — läßt Jäd entgegen der obigen Ansicht die Aufhebung der Universität doch in Konsequenz erfolgt sein der „politischen Erhebung“ einiger „wesentlicher“ Professoren, besonders von Gönner und Röschlaub. (Gönner hatte 1799 einen Ruf an die Univ. Ingolstadt, Röschlaub 1802 einen solchen nach Landshut angenommen).

An dem fait accompli der Auflösung der letzteren wurde freilich nichts mehr geändert.¹¹⁾ Immerhin kann der spontane Wille der Provinzialregierung oder richtiger vielleicht des Grafen, die Universität doch noch aufrecht zu erhalten, die spätere Geneigtheit verstehen lassen, der durch die Zeitwendungen schwer geschädigten ehemaligen bischöflichen Residenz- und Universitätsstadt wenigstens einige Surrogate hiefür zu bieten. Als solche erscheinen die „churf. bayr. medizinisch-chirurgische Schule“, die „churf. bayr. Hebammen- und Entbindungsanstalt“ und das „churf. bayr. Neue Lyceum“.¹²⁾ Bei der zeitweiligen Verührung dieser 3 Schulen mag auch auf die Geschichte der beiden ersteren ganz kurz eingegangen werden.

§ 5. Die medizinisch-chirurgische Schule.

Ihrer Gründung nach war diese Schule zunächst nichts anderes, als die isolierte Nachfolgerin der medizinischen Fakultät der Bamberger Universität, von der sie in der That fast alle ihre Professoren herübergenommen hatte. Ihr Charakter war derjenige einer Hochschule, ihr Zweck die praktische Unterweisung der auf einer Universität bereits theoretisch ausgebildeten Mediziner. Direktor der Schule wurde der dirigierende Arzt des allgemeinen Krankenhauses zu Bamberg, der schon öfter genannte ehemalige fürstbischöfliche Leibarzt, nunmehr churf. bayr. Hofrat Dr. Marcus, dem wir auch eine kurze programmatische Abhandlung über

¹¹⁾ Ueber weitere Geschehnisse, welche der Wiederherstellung der Univ. günstig schienen, s. § 10.

¹²⁾ Auch die Errichtung der obersten Justizstelle für die beiden säkularisierten fränkischen Bistümer mit 1 Präsidenten, 1 Direktor und 10 Räten in Bamberg, sowie die Verschmelzung des Würzburger Schullehrerfeminars mit dem Bamberger — s. § 7 — dürften vielleicht für ein vorhanden gewesenes Gefühl der Entschädigungspflicht gegenüber der herabgewürdigten Stadt sprechen.

die Schule verdanken¹⁾). Eine lange Lebensdauer war freilich der neuen Schöpfung nicht beschieden. Sie wurde, nachdem ihre Organisation schon bei der provisorischen Bestätigung als zu ausgedehnt und zu stark den Universitätscharakter hervorkehrend bezeichnet worden war²⁾, mit Allh. E. vom 29. Juni 1808 von Ostern 1809 ab wieder aufgehoben und durch eine landärztliche Schule ersetzt³⁾, mit dem ausgesprochenen Ziele, für die Bedürfnisse der Landbevölkerung genügend zahlreiches und genügend geschultes ärztliches Personal auszubilden. Der Lehrkörper, dessen Haupt Dr. Marcus blieb, war durch Versetzungen, Quiescierungen und Todesfälle teilweise umgestaltet worden und wies nur zur Hälfte noch die alten Akademiker auf. Die Schule, in Bamberg unterm 14. Dez. 1809 eröffnet, zeigte auch in der neuen Gestalt den Charakter einer Hochschule insoferne, als die Aufnahme in sie von der Absolvierung des Gymnasiums und des philosophischen Studiums am Lyceum⁴⁾ abhängig gemacht wurde. Sie erfreute sich einer regen Frequenz und einer ungeteilten Popularität in den bambergschen Landen, doch auch ihre Stunde hatte geschlagen. Sie wurde unterm 25. Jan. 1823 zunächst in eine Chirurg-

¹⁾ S. Literaturverzeichnis.

²⁾ In dem im § 7 näher beschriebenen kurf. Dekret vom 18. April 1804. Die gewöhnlichere Bezeichnung auch in officiellen Aktenstücken war „klinische Schule“.

³⁾ Das gleiche Schicksal widerfuhr unter dem genannten Datum den med.-chir. Schulen zu München und Innsbruck, deren letztere gelegentlich der Aufhebung der Innsbrucker Universität unterm 25. Nov. 1810 gegründet worden war. Eine vierte landärztliche Schule wurde unterm 14. Nov. 1811 zu Salzburg errichtet.

⁴⁾ Ein Akt der Connivenz gegen die Lyceen, wohl durch die Erwägungen veranlaßt, daß die landärztlichen Schulen mehr lokalen Charakter besaßen und daß an deren Seiten sich durchweg Lyceen befanden. S. § 23.

gische Schule umgewandelt⁵⁾, als welche sie junge Leute, die die lateinische Vorbereitungsschule zum Gymnasium durchlaufen oder einen gleichwertigen Privatunterricht genossen hatten, sowie Gymnasialabiturienten, welche einzig Chirurgie studieren wollten, der niederen ärztlichen Ausbildung in diesem Fache zuführen sollte. Damit war ihr ein Platz zwischen Mittel- und Hochschule angewiesen worden, ein Platz, der durch die Bestimmungen der M. E. vom 22. Aug. 1823 noch genauer dahin abgegrenzt wurde, daß ihren Absolventen bei dem späteren Besuche einer Universität nur das Recht auf Privatinscription zustehen sollte, wogegen umgekehrt alle auf der Vollschohlschule sich ausschließlich der Chirurgie widmenden Candidaten in die chirurgischen Schulen zu dirigieren waren. Nachdem die so construierte Anstalt durch die V. D. vom 28. Juni 1836 zu einer bloßen Waderschule herabgesunken⁶⁾ und endlich die letztere mit V. D. vom 21. Juni 1843 vom 1. Oktober eben dieses Jahres ab

⁵⁾ Zugleich mit der in München nach Wiederabtretung von Tirol und Salzburg noch allein verbliebenen landärztlichen Schule. Diese nunmehr chirurgische Schule wurde bei der Verlegung der Universität Landshut nach München unterm 3. Okt. 1826 nach ersterer Stadt transferiert. In München selbst war in der Zwischenzeit, vom 1. Jan. 1823 ab, in Anlehnung an die Akademie der Wissenschaften eine höhere ärztliche Schule, die medizinisch-praktische Lehranstalt, ungefähr nach dem Schema der 1809 aufgelösten Specialschulen zu Bamberg, München und Innsbruck ins Leben gerufen worden. Auf ihr hatten die Mediziner des Königreichs nach Absolvierung ihrer Universitätsstudien ein *bionniam practicum* durchzumachen, bevor sie ihre Approbation erhielten. Auch konnten sie daselbst laut M. E. vom 6. Okt. 1825 promovieren. Kurze Zeit nach der Verlegung der Landshuter Universität nach München wurde diese Anstalt wieder aufgelöst.

⁶⁾ Zugleich mit der Landshuter chirurgischen Schule. Bereits im Jahre 1833 war der Zugang zu den beiden chirurgischen Schulen teilweise sistiert worden.

aufgehoben worden war⁷⁾), war auch der letzte Rest der ehemaligen medizinischen Fakultät der Universitas Friderico-Ottoniana definitiv verschwunden.

§ 6. Die Hebammenschule und Entbindungsanstalt.

Die Hebammenschule war wie so manche andere, dem Wohle der Unterthanen im Hochstifte Bamberg gewidmete Anstalt das Werk des edelsinnigen Fürstbischofs Franz Ludwig. Sie wurde im Oktober 1789 ins Leben gerufen und sollte alsbald durch eine gynäkologische Klinik ergänzt werden. Doch konnte das letztere Projekt bei dem plötzlich erfolgten Ableben des Fürstbischofs nicht mehr realisiert werden, es gelangte vielmehr erst unter der durchfürstlich bayerischen Regierung zur Ausführung, und zwar auf Grundlage einer Allh. B.O. vom 27. Januar 1804, vorbereitet durch Entschl. der Bamberger Landesdirektion vom 7. Dez. 1803. Darnach wurde die Klinik in didaktischer Hinsicht der medizinisch-chirurgischen Lehranstalt angeschlossen, in vermögens- und verwaltungsrechtlicher Beziehung aber bildete sie mit der Hebammenanstalt zusammen ein festgefügttes Doppelinstitut, das zwar im Intervalle von 1804 bis 1808 in einiger Abhängigkeit vom allgemeinen Krankenhause erschien, von da ab aber als relativ selbständiger Körper weiter lebte. Die Betriebsmittel, über deren vermutliche Höhe Marcus einige gutachtliche Berichte geliefert hatte¹⁾), bestanden in Zuwendungen von Stiftungsverträgnissen²⁾ und

7) Im Vereine mit der Landshuter Waderschule.

1) Gen. Akten, 1804. Marcus bezeichnete als betriebsnotwendigen Mindesteigenschaftsbetrag wiederholt die Summe von 2000 fl.

2) Cf. Hapold, 37, wo die Stiftungen, die zur Dedung herangezogen wurden, näher verzeichnet sind.

Zuschüssen der Staatskasse^{a)}, waren aber allmählich nicht mehr zureichend, die Exigenzansprüche zu bestreiten. Im Jahre 1812 erfolgte daher, trotz des Widerspruchs des Direktors der landärztlichen Schule, eine vorläufige, 4 Jahre andauernde Schließung der Anstalt. Jedoch wurde von dieser Maßregel praktisch eigentlich nur die Hebammenschule getroffen, während die geburtshilfliche Klinik auch unter der landärztlichen Schule, in welche die medizinisch-chirurgische umgewandelt worden war, noch fortbestand und wegen Fortdauer der Vorlesungen und Uebungen in der Gynäkologie als eines Nominalfaches der Schule auch fortbestehen mußte. Mit Allh. Rescript vom 7. Juni 1816 neuerdings in seiner früheren Form ins Leben gerufen, hat das Institut, Hebammenschule und Entbindungsanstalt umfassend, bis auf den heutigen Tag seine Lebensfähigkeit unter Aufrechterhaltung seines Stiftungscharakters^{b)} und damit das Recht auf seine Existenz in der Stadt seiner Gründung bewiesen und im ernstesten „Kampf ums Dasein“, mannigfacher Transfrierungsversuche^{c)} zum Troste, seinen Platz in dieser behauptet.

^{a)} Anfangs schien eine Geneigtheit vorhanden, die Anstalt vollständig aus Staatsmitteln zu erhalten, wenigstens genehmigte das im nächsten Paragraphen wiederholt citierte kurfürstl. Rescript vom 18. April 1804 (Gen. Akten, 1804) die in diesem Sinne vom Landesdirektionsrate Stenglein als Referenten begutachteten Vorschläge. Ein an die Landesdirektion ergangener Allh. Erlaß vom 19. Juli 1805 (ibid., 1805) jedoch verlangte nochmaligen Bericht über alle einschlägigen Verhältnisse, mit dem zwischen den Beilen zu lesenden Wunsche, die Staatskasse möglichst entlastet zu sehen.

^{b)} Derselbe kommt äußerlich schon durch die Thatsache zum Ausdruck, daß die Anstalt in ökonomischer und verwaltungsmäßiger Hinsicht alsbald der R. Administration der unmittelbaren Stiftungen in Bamberg zugeordnet wurde.

^{c)} Hapold, 38 und 39.

§ 7. Die provisorische Gründung des Lyceums.

Ebenso ausdauernd, aber weit mehr den Wechselfällen einer stetig sich ändernden Organisation unterworfen erwies sich das dritte auf den Trümmern der Bamberger Universität errichtete Lehrgebäude, das Lyceum.

Als man allgemein kaum mehr im Zweifel sein konnte, daß die Aufhebung der Bamberger Universität eine beschlossene Sache war, ließ der depossedierte¹⁾ Fürstbischof Christoph Franz von Buseck, in Sorge um die künftige Ausbildung des Diöcesanflerers²⁾, unterm 19. Juni 1803 bei dem Generallandeskommissär Grafen von Thürrheim eine Vorstellung einreichen, um wenigstens die für jenen Zweck benötigte philosophische und theologische Fakultät zu retten³⁾. Ob dieser Schritt es war, welcher das Fortbestehen beider Fakultäten nach sich zog, oder ob man sich staatlicherseits zur Weiterführung derselben *motu proprio* entschlossen hatte, kann mangels einer greifbaren Antwort auf die ergangene Vorstellung nicht zweifellos entschieden werden. Doch scheint fast das letztere wahrscheinlicher. Besaß doch der bayerische Staat zu jener Zeit noch an 2 Orten, in München und Amberg, solche singuläre, aus je einer philosophischen und theologischen Section bestehende Akademien. Sie bildeten die Ueberbleibsel von 7 im Laufe des 16., 17. und 18. Jahrhunderts als Jesuiten- und Benediktinerschulen gegründeten „Lyceen“⁴⁾, welche nach Aufhebung des Jesuitenordens 1773 als kurpfalz-bayerische Anstalten in den Jahren 1773, 1777, 1782, 1783 und 1799 wiederholt reformiert, im Jahre

¹⁾ Die Depossidierung bezog sich nur auf die weltliche Stellung, die geistliche war durch den Reichsrecess intact gehalten worden. Genauerer bei Brüd I, 111 ff.

²⁾ S. Weber I, 154.

³⁾ Als Schreibweisen aus dieser Zeit finden sich die 6 Variationen: Lyceum, Lyzeum, Lycäum, Lyzäum, Licäum und Lizäum.

1800 aber um 5 reducirt worden waren⁴⁾. Ihre philosophischen und theologischen Sectionen bestanden aus je 2 Jahreskursen.

Man brauchte also zur Ausbildung der Theologen des Bamberger Bistums nicht erst eine unbekannte Institution nach zu rufen, sondern hatte im Gegentheil Gelegenheit, einen erst jüngst (1799) ins Leben getretenen Lehrplan, der durch eine Neuauflage der Disciplinarsatzungen unterm 1. Jan. 1803 ergänzt worden war, durch Errichtung einer derartigen dritten Anstalt noch besser zu erproben. Daß die Lage der Universitätsstadt Würzburg, wohin man allenfalls die Bamberger Theologen hätte dirigieren können, in Rücksicht auf die ferngestreckten Gegenden des Frankenwaldes und des fränkischen Jura eine ebenso wenig günstige war, wie etwa diejenige der Universitätsstädte Ingolstadt und nachmalig Landshut gegenüber dem bayerischen Voralpenlande und der säkularisirten Freising'schen Grafschaft Werdenfels, konnte nicht bezweifelt werden. Wie hier war dort der Raum zu groß, als daß er nicht selbst die Ausfüllung durch eine Schwesterakademie gebieterisch gefordert hätte, selbst zu einer Zeit, in der man entschlossen war, mit dem System der Duodez-Hochschulen endgiltig aufzuräumen. Rechnet man zu der Wahrscheinlichkeit derartiger Erwägungen noch ein Gefühl der Pietät gegen eine glorreiche Vergangenheit, wie es wenigstens bezüglich des höheren Schulwesens aus mancherlei später näher erörterten Maßnahmen des churf. Generallandeskommissariates hervorzuleuchten scheint, und den regierungsseitig empfundenen Wunsch, die Sympathieen der eingegliederten Bevölkerung für die jetzige Ordnung der

⁴⁾ Ein kurzer Bericht über die hauptsächlichsten Geschehnisse der einzelnen Thecalanstalten findet sich im Abschnitte III E dieser Abhandlung.

der Dinge zu erwerben⁵⁾, so wird der spontane Wille der maßgebenden Faktoren, in Bamberg an Stelle der Universität ein Lyceum zu errichten, verständlicher, um so mehr, als eben auch mit anderen an Bayern gekommenen Hochschulen genau in der gleichen Weise verfahren wurde. So wurden die Universitäten zu Dillingen, Innsbruck und Salzburg resp. nach Einverleibung des Bistums Augsburg unterm 25. Febr. 1803, der Grafschaft Tirol mit den geistlichen Fürstentümern Brigen und Trient unterm 25. Mai 1806 und der Fürstentümer Salzburg und Berchtesgaden unterm 19. September 1810 alsbald aufgelöst und durch vollständige Lyceen, Lyceen mit philosophischer und theologischer Section, ersetzt.⁶⁾

Ueberhaupt war die bayerische Regierung in damaliger Zeit mit der Ausstreuerung von Lyceen auch nach Orten, an denen sich vorher keine Universität befand, sehr freigiebig. Sie errichtete oder unterhielt solche außer in den 6 oben genannten Städten, und zwar teils als „vollständige“, teils als „unvollständige“ d. h. nur mit philosophischer Section versehene Lyceen, noch in Brigen, Meran, Trient, Eichstätt und Passau⁷⁾. Nur das mit der Säkularisation des Bistums Freising angefallene Lyceum der gleichnamigen Bischofsstadt ließ sie (zugleich mit dem Gymnasium daselbst) unterm 24. August 1803 eingehen, aber doch wohl mehr aus dem Opportunitätsgrunde, weil dasselbe, halbwegs zwischen der Ludwig-Maximilians-Universität Landshut und dem Lyceum München gelegen, seine Existenzberechtigung als bayerische Anstalt eingebüßt haben mochte.

⁵⁾ Ein, wie es scheint, officiöser Neujahrsgruß im „Bamberger Intelligenzblatt“ 1804 erwähnt in panegyrischer Weise die Wohlthaten, welche dem ehemaligen Hochstifte unter der Regierung des neuen Herrschers, des Churfürsten Max Joseph, bereits zugeflossen seien und demnächst noch zufließen würden. Darin ist ausdrücklich auf die Erhaltung der höheren Schulen hingewiesen.

⁶⁾ Näheres hierüber im § 23.

Wie dem nun auch sei, ob das Vorhaben, in Bamberg eine philosophisch-theologische Schule zu errichten, bereits im Willen der neuen Regierung begründet oder dieser durch Einflüsse von außen her suggeriert war — unterm 13. Aug. 1803, also wenige Wochen vor der definitiven Entscheidung über die Auflassung der Universität, wurde seitens der hurfürstl. Landesdirektion in Bamberg der bisherige Universitätshausdirektor Dr. Friedrich Johann Bay beauftragt⁷⁾, ein Gutachten über die Umgestaltung des höheren Schulwesens in Bamberg auszuarbeiten.⁷⁾

Daß gerade Bay gewählt wurde, erklärt sich zum Teile aus der enthusiastisierten Gesinnung, die er ungeschont der Neuordnung der Dinge entgegenbrachte, zum Teile aus seiner Thätigkeit als akademischer Lehrer, zumeist aber wohl aus seiner gewichtigen Stellung als bisheriger Universitätshausdirektor⁸⁾. Als einzig greifbares

7) Das Original des Auftrags befindet sich bei den Gen. Akten, 1803. Bay sollte auch die Meinungen der bisherigen Professoren (der Philosophie zweifelsohne) einholen: er zog es jedoch vor, ganz selbständig zu referieren.

8) Das Amt eines Universitätshausdirektors war unterm 24. Okt. 1773 ins Leben gerufen worden, als mit der Aufhebung des Jesuitenordens die geistlichen Professoren der philosophischen Fakultät (zugleich mit 4 geistlichen Gymnasialprofessoren und dem Universitätsbibliothekar) im Universitätsgebäude an Stelle der Ordensleute Wohnung nahmen. Es war stets mit der Moralprofessur verknüpft und bedeutete eine sehr bevorzugte Stellung: der Universitätshausdirektor hatte als designierter Stellvertreter des Rector magnificus die Immatrikulation der Philosophen und Theologen vorzunehmen und über deren Resultat an die hochfürstliche Schulkommission als Centralbehörde des gesamten Schulwesens zu berichten, das Verzeichnis der Vorlesungen für das kommende Universitätssemester zu redigieren und sowohl über die Einhaltung des Lehrplanes in der philosophischen und theologischen Fakultät seitens der Professoren, als auch über den Fleiß und das Betragen der Studierenden eben dieser beiden Fakul-

Resultat seiner Vorschläge wurde bisher das von ihm im Drucke herausgegebene Programm⁹⁾ angesehen, das, durchaus an die Schulordnung der beiden bereits bestehenden churpfälzbayerischen Lyceen sich anlehnend, an Ostern 1804 publiciert wurde, also zu einer Zeit, zu welcher, wie wir sehen werden, die Eröffnung des Lyceums bereits erfolgt war. Die näheren Umstände aber, welche diese Gründung begleiteten, galten als völlig unaufgeklärt. Kilian und nach ihm H. Weber beklagen es, daß ein auf die Errichtung der neuen Lehranstalt bezügliches Dokument sich weder in der Repositur des Lyceums noch jener des (damals damit verbundenen) Gymnasiums¹⁰⁾ zu finden sei, und vermuten, daß die bequeme gleichzeitige Anwesenheit der Landesdirektion und des Schulreferenten in Bamberg zu mündlichen Verhandlungen und Vereinbarungen mit dem Direktor Wap geführt habe¹¹⁾. Dieser Auffassung steht die Thatsache entgegen, daß in den allgemeinen Rectoratsakten des Lyceums Bamberg sich mancherlei Belege finden, aus denen auf eine ziemlich ausgedehnte schriftliche Correspondenz zwischen den interessierten Kreisen geschlossen werden kann.

Das Rätsel löst sich denn auch einfach dahin, daß eben die grundlegenden Akten der ehemaligen Landesdirektion von dem Generallandeskommissariate bezw. dem späteren Generalkreiskommissariate des Mainkreises zurückbehalten und

täten zu wachen. Des weiteren waren ihm übertragen das Rechnungswesen über die Einkünfte und Ausgaben der Universität, die Controle über die Bediensteten derselben und eine Art Clausur über die sämtlichen Insassen des Universitätshauses mit Einschluß der Professoren. Endlich war er zugleich Rektor des Gymnasiums.

⁹⁾ S. d. Literaturverzeichnis. Der Titel klingt etwas wunderlich, denn das Lyceum sollte als „neue Anstalt“ erst gegründet werden bezw. war vor dem Erscheinen der Wap'schen Publikation gerade gegründet worden, und war daher keineswegs neu zu organisieren.

¹⁰⁾ Des jetzigen „alten“ Gymnasiums.

¹¹⁾ Kilian, 17; H. Weber I, 155.

im Jahre 1810 bei dem Wechsel des Regierungssitzes nach Bayreuth mitgeführt worden waren, wo sie sich in der Repositur der R. Regierung von Oberfranken als der Nachfolgerin des Generalkreiskommissariates und späteren Regierung des Obermainkreises¹²⁾ zur Zeit noch befinden, und woher sie dem Verfasser in der entgegenkommendsten Weise zur Verfügung gestellt worden waren.

Darnach hatte Baz, dem Auftrage vom 13. August entsprechend, bis zum 19. September 1803 ein ziemlich umfangreiches, 44 Foliosseiten in Reinschrift führendes Exposé über die neue Schule ausgearbeitet, das aber trotz seines apothetischen Eingangs den Eindruck des Unfertigen macht und thatsächlich auch, nachdem es von Baz mit eigener Hand mehrfach überarbeitet worden war, erst durch den oben bereits erwähnten Schulreferenten und Direktionsrat der 1. Deputation, Melchior Ignaz Stenglein¹³⁾, zum Abschlusse gebracht wurde. Dasselbe erörtert zunächst in allgemeinsten Weise, ohne jedoch der bereits bestehenden altbayerischen Schulen zu gedenken, die charakteristischen Ansprüche eines Lyceums, und zwar hinsichtlich der Lehrfächer, Lehrattribute,

¹²⁾ Aus den 9 Generalkreiskommissariaten der Einteilung vom 23. Sept. 1810 — s. Fußnote 1 des § 4 — wurden mit B. D. v. 27. März 1817 8 Kreis-Regierungen, gemäß der Einteilung Bayerns in 8 Kreise durch die B. D. v. 20. Febr. 1817. Eine Umänderung der Benennung dieser Kreise erfolgte durch die Allh. B. D. v. 29. Nov. 1837, zugleich wurde der bisherige Titel des Regierungsvorstands aus „Generalkommissär“ in „Regierungspräsident“ umgeformt. — Im Folgenden ist manchmal das längere Wort „Generalkommissariat“ durch das synonyme und kürzere „Regierung“ ersetzt worden.

¹³⁾ Melchior Ignaz Stenglein, geb. 1745 zu Lichtenfels, studierte zu Bamberg, wurde 1764 Jesuit, nach der Auflösung des Ordens Weltgeistlicher und 1777 Prof. in der theol. Fak. der Univ., 1791 fürstbisch. Hofkaplan und Hofmeister der Edelknaben, 1803 kurf. bayer. Landesdirektionsrat. Als solcher 1811 pensioniert, erhielt er bei der Organisation des Domkapitels 1821 die Stelle des Domdefens, in welcher er 1827 starb. Jäb I, 1094 und V, 135.

Lehrmethoden, Lehrlokale und Lehrkräfte, um sodann speciell die Bedürfnisse einer in Bamberg zu gründenden solchen Anstalt zur Sprache zu bringen. Als wünschenswerteste Einrichtung, ja als eine förmliche Lebensfrage der letzteren bezeichnet der Verfasser dabei die Aufrechthaltung des theologischen Studiums in wenigstens 2 Jahreskursen, für dessen Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit er folgende 6 Punkte ins Treffen führt: die Schädigung der Gewerbetreibenden der Stadt Bamberg durch die Auflassung der Universität; die Möglichkeit der einheimischen Familienväter, ihre Söhne mit geringen Opfern dem Priesterstand zuzuführen oder sie (als sogen. Stadttheologen) in eigener Beköstigung und unter Aufsicht zu haben; die Halbheit und Unrentabilität bloßer philosophischer Collegien; die Unnehmlichkeit, den Klerus der Diocese am Bischofssitze erziehen zu können, und endlich den andernfalls drohenden Seelsorgermangel. Alle diese Vorstellungen sind dabei in so eindringlichem, halb wehmütigem Tone gehalten, daß man sich beim Lesen derselben des Gedankens nicht erwehren kann, als habe gegen die Belassung der theologischen Kurse an zuständiger Stelle von vorneherein ein starkes Bedenken bestanden, ja als habe Bag selbst auf die Realisierung seiner Wünsche nur geringes Vertrauen gesetzt. Er hat denn auch für den Eventualfall, daß nur das Studium der philosophischen Wissenschaften in Bamberg verbleiben solle, es möchte dann für die zum Besuche auswärtiger Bildungsanstalten gezwungenen Theologen jährlich eine Anzahl von Stipendien bereit gestellt, das in Bamberg errichtete unvollständige Lyceum aber zum „Landeslyceum in Franken“ erklärt werden, analog wie die Würzburger Universität für die fränkischen Lande als Landeshochschule¹⁴⁾ erklärt worden sei. Auch beschränkte

¹⁴⁾ Die Freizügigkeit der Studierenden an den Universitäten war in damaliger Zeit nicht allgemein gestattet, der Landesherr behielt sich vielmehr vor, die Erlaubnis zum Besuche einer „ausländi-

er seine Vorschläge geeigneter Professoren für die am Lyceum zu errichtenden Lehrstühle ausschließlich auf die philosophische Section, für welche er die bisherigen Universitätsprofessoren Georg Nüßlein — Nüßlein d. Ä. genannt — Dthmar Frank und (seinen Bruder) Philipp Joseph Waz der philosophischen Fakultät, den Gymnasialprofessor Franz Anton Nüßlein — Nüßlein d. J. — und den Kaplan an der Pfarrkirche zu U. L. Fr. Michael Köberlein¹⁵⁾ in Empfehlung brachte. Die Fortsetzung der Liste erfolgte durch die Hand Stengleins, welcher die Anstellung von noch wei-

schen“ d. h. einer jeden nicht einheimischen Hochschule von einer besonderen Würdigung und Entschließung abhängig zu machen. So hatte für die Bamberger Universität ein dahin zielendes Verbot Fürstbischof Franz Ludwig 1790 erlassen.

Bei der Erwerbung der Würzburger Hochschule war diese den Studierenden aus den beiden fränkischen Fürstentümern Bamberg und Würzburg als Zwangshochschule vorgeschrieben worden. Cf. Reg. Bl. 1804, 159. Daß wollte also für das Bamberger Lyceum damaliger Auffassung d. i. das Gymnasium und die philosophischen Kurse eine ähnliche diktatorische Bestimmung getroffen wissen, wie sie übrigens auch später für die landärztlichen Schulen — s. Reg. Bl. 1810, 1132 — und sogar in neuerer Zeit dann und wann für Gymnasien Platz gegriffen hatte.

Außerlich wurde auch seinem Wunsche durch die Allh. E. vom 29. Juli 1804 — Fränk. Reg. Bl. 1804, 264 — entsprochen, das Lyceum als „fränkisches Lyceum“ bezeichnet. Daß indessen mit diesem Begriff keine territoriale Abgrenzung der Interessensphäre verbunden war, beweisen die Immatrikulationen von Candidaten auch aus den altbayerischen Provinzen am Bamberger Lyceum, die in jener Zeit sogar relativ zahlreich betthätigt wurden.

¹⁵⁾ Die Personalverhältnisse der Professoren sollen hier nur soweit zur Sprache gebracht werden, als es für die Zwecke der näheren Beschreibung der Gründungsmomente unumgänglich notwendig erscheint. Die Verfolgung der Geschichte der einzelnen Persönlichkeiten mag dagegen einem späteren Teile der Abhandlung vorbehalten bleiben.

teren Lehrkräften in der philosophischen Section anregte, nämlich der bisherigen Professoren der philosophischen Fakultät der Bamberger Universität Roppelt und Konrad Frey — Frey d. J. — des Professors der theologischen Fakultät Gros und endlich des Professors der medizinischen Fakultät Rumpf, während er als Direktor der gesamten, aus der philosophischen Schule und dem Gymnasium bestehenden Lehranstalt des „Neuen Lyceums“ eben den Direktor Friedrich Wag begutachtend vorschlug. Mit einer Nominierung der Candidaten für die Lehrstühle der theologischen Section hielt aber auch er zurück, was wohl als weiterer Beweis dafür gelten kann, daß man in den Kreisen der Oberschulbehörde selbst für den Ausbau des Lyceums durch eine theologische Abteilung ernstlich Zweifel hegte.

Die Frage nach der Höhe der Personalexistenz der neuen Schule und nach deren Deckung wurde gleichfalls vom Referenten Stenglein angeschnitten. Unter Zugrundelegung der für die Professoren an den altbairischen Lyceen und Gymnasien geltenden Anfangsbezüge von 700 fl. Gehalt sowie einer ziemlich willkürlichen Skala für die Remunerationen der Hilfskräfte berechnete er eine Jahresausgabe von 12800 fl., zu deren Aufbringung er vorschlug, die Fonds des Universitätshauses¹⁹⁾, des Universitätsrecep-

¹⁹⁾ Das Vermögen des „Universitätshauses“ bestand in den Liegenschaften, welche dem an der Bamberger „Jesuitenschule“ wirkenden Orden der Gesellschaft Jesu 1639 zur Dotation überwiesen worden waren, samt den in der Zwischenzeit zugewachsenen Realitäten. Es wurde bei Auflösung des Ordens 1773 unter eine neue Verwaltung gestellt, die Universitätshausverwaltung, bestehend aus den Dekanen der 4 Fakultäten, dem Universitätshausdirektor, dem Fiskal und einem Administrator. Der Name ist, wie eine Notiz in den Adm. Akten von 1807 vermutet, von dem Hause als der vornehmsten Liegenschaft, als dem *principale*, abgeleitet worden.

torats¹⁷⁾, des Marianischen Armen Studentenheims¹⁸⁾ und der Aufsees'schen Stiftung¹⁹⁾ in erster Linie heranzuziehen, bezüglich des dann noch verbleibenden Defizits von einigen tausend Gulden aber sich an die „geistlichen Stiftungen“, insbesondere an die Seminarstiftung²⁰⁾ zu halten. Seine Vorschläge schlossen mit einer kurzen Darlegung der Geschichte und der Verhältnisse des Aufseesianums²¹⁾ und des Armen Studentenheims und mit einer Kennzeichnung der Wege, auf welchen man am ehesten eine Steigerung der

¹⁷⁾ Die „Universitätsreceptoratskasse“ enthielt mehrere, meist von dem Fürstbischöfe Friedrich Karl von Schönborn zu dem speziellen Zwecke gestiftete Kapitalien, aus den Zinsen die Bezahlung besonderer Lehrkräfte und andere der Blüte der Universität dienende Ausgaben zu bestreiten. Das erste von dem genannten Fürsten gestiftete Kapital wurde mit 4000 fl. am 1. Januar 1735 hinterlegt. Weiteres s. b. H. Weber I, 456 ff.

¹⁸⁾ Das *Hospitium Marianum*, unterm 4. Nov. 1755 errichtet, hatte den Zweck, armen Studenten der unteren Klassen unentgeltlich volle Pension zu bieten. Es verdankte sein übriges nur geringes Vermögen zumeist Zuwendungen und Schenkungen der Jesuiten und wohlthätiger Privater. *ibid.* 551 ff. oder Kilian, 14.

¹⁹⁾ Das „Aufseesianum“ wurde durch Testament des Bamberger Domherrn Jobst (Jobocus) von Aufsees vom 17. Febr. 1738 gegründet und unterm 5. Aug. 1741 erstmalig bezogen. Es sollte armen Studierenden durch vollständige Verpflegung die Mittel gewähren, die höheren Schulen einschließlich der philosophischen Klassen zu durchlaufen, nahm aber auch zahlende Zöglinge auf. Stiftungsgemäß fielen die Freiplätze zu $\frac{1}{3}$ Angehörigen des ehemaligen Hofstiftes Bamberg, zu $\frac{1}{3}$ solchen des ehemaligen Hochstiftes Würzburg zu. Weiterer kurzer Orientierung dienen H. Weber I. 523 ff. oder Kilian, 13 ff., einer eingehenderen H. Weber II.

²⁰⁾ Die Dotation des Klerikalseminars bestand aus dem ihm unterm 28. Sept. 1642 vom Fürstbischof Melchior Otto von Salzburg überwiesenen ehemaligen Klostergut Neunkirchen am Brand als Grundstock und einer Reihe von Zuweisungen und Legaten von Bischöfen und Privaten. Cf. Schmitt, 120 ff.

²¹⁾ Diese, allerdings sekundäre Quelle scheint von den Chronisten des Seminars, Kilian, H. Weber u. A. nicht benutzt worden zu sein.

für Schulzwecke verwendbaren Ertragsüberschüsse insbesondere der ersteren Stiftung erzielen könne. Als einfachstes Mittel bezeichnete er hiebei die Auflösung der Selbstverwaltung derselben, die Veretzung des Stiftungsvorstandes auf eine entsprechende Stelle im Staats- oder Kirchendienste und die Umwandlung der den Studierenden durch vollständige Verpflegung bisher gewährten Unterstützung in eine solche mittels Stipendien²²⁾.

Das eben analysierte umfangreiche Baz-Stenglein'sche Elaborat, dem als Beilagen noch zwei gutachtliche Berichte von Baz, „Entwurf einer Instruction für die auf dem Lyceum angestellten Direktor und Professoren“, sowie „Entwurf bestimmter Vorschriften in Beziehung auf die bey dem Lyceum angestellten Privatlehrer“, angeschlossen worden waren, sollte nach Ausweis des Begleitberichtes unterm 3. Nov. 1803 nach München zur Abienung gelangen, um Sr. Churf. Durchlaucht zur Information und Bestätigung vorgelegt zu werden. Es wurde jedoch bei der Landesdirektion in Bamberg einstweilen zurückbehalten, und zwar, wie die nachträglichen Rechtfertigungsschriften der Direktion an die Allerhöchste Stelle vom 6. Dezember 1803 und an den damals in Würzburg befindlichen Präsidenten des Generalkommissariats, Grafen von Thürheim, vom 24. Juni

²²⁾ Bisher waren 36 Schüler frei verpflegt worden, 24 Bamberger, 12 Würzburger Theile. Stenglein schlug statt dessen vor, 18 Stipendien auszugeben und zwar im Betrage von je 200 fl. für die unteren, von je 250–300 fl. für die höheren Klassen und für Universitätsstudierende. Mit E. des General-Schulen- und Studien-direktoriums in München — s. hierüber § 21 — vom 20. Aug. 1805 (Gen. Akten) wurde je 24 Stipendien zu 150 fl. genehmigt, und zwar in Befolgung eines churf. Direktivs v. 11. Juli 1804 — S. Weber II, 26. Die später eingetretene anderweitige Verwendung des Aufseerianischen Hauses war ebenfalls bereits von Stenglein angeregt worden: er wollte es für die klinischen Schulen adaptiert wissen.

1804 berichten, einzig und allein aus dem schon oben angegebenen Grunde, weil sich in der Zwischenzeit über die Aufhebung der Bamberger Universität „Anstände“ ergeben hätten, deren Entwirrung man abwarten wollte, um das bei Belassung der Hochschule vollständig unnütze Reformationsprogramm über das höhere Schulwesen nicht unnötigerweise absenden zu müssen.

In diese Zeit des Zauberns und Zuhaltens fiel nun der für die Eröffnung der gelehrten Schulen übliche Termin des 2. November. Als dieser schon um einige Wochen überschritten worden war, ohne daß die Universitätsangelegenheit aus dem Rahmen eines bloßen on dit herausgetreten wäre, entschloß sich endlich die Landesdirektion, in eigener Zuständigkeit vorerst, jedoch im Vertrauen auf die nachträgliche landesherrliche Bestätigung²³⁾, mit Rescr. vom 23. Nov. 1803 das Lyceum im weiteren Sinne für eröffnet zu erklären und den Professoren und Hilfslehrern provisorische Dekrete auszustellen. Und zwar hatte sie in Befolgung einer in der Zwischenzeit aus München eingekommenen, übrigens nicht näher bezeichneten und auch nicht bei den Akten befindlichen kurf. Anordnung²⁴⁾, bei Aufstellung des Lehrprogrammes auf das theologische Studium ebenfalls Rücksicht zu nehmen, neben den 7 bisher erwähnten Professoren der philosophischen Klassen Nüßlein d. Ä., Frank, Wag d. J., Nüßlein d. J., Köberlein, Roppelt und Frey d. J., sowie den 5 Gymnasialprofessoren Karl Resch — Resch d. Ä. — Gängler, Döring, Wunder und Georg Resch — Resch d. J. —

²³⁾ Diese Klausel findet sich in dem Akte selbst nicht vor, sie wurde nur in der erstgenannten Rechtfertigungsschrift vom 8. Dez. 1803 in denselben als „selbstverständlich“ „hineininterpretiert.“

²⁴⁾ Diese Anordnung bezweckte offenbar nur die einstweilige Instruierung der Schulorganisation und die Aufstellung bestimmter Vorschläge, war aber keineswegs identisch mit der Erteilung eines *plein pouvoir*, wie es sich die Landesdirektion mißverständlich herausgenommen hatte.

auch auf 4 Professoren der Theologie Bedacht genommen. Als solche wurden erwählt Baz der A., der designierte Vorstand der Anstalt, sodann die 3 Professoren der verschwundenen theologischen Fakultät der Bamberger Universität, Andreas Frey — Frey d. A. — Groß und Wagner. Als Funktionär zählte zum Körper des Schulganges der als Custos an die nunmehrige „Lyceumbibliothek²⁵⁾“, die seitherige Universitätsbibliothek, berufene Erkapuziner Schmöger. Zur Auszahlung der vom 1. Dezember an bereit gestellten Gehalte aller Vorgenannten war seitens der Landesdirektion unterm 2. Dezember an die churf. (der dritten Deputation zugeteilte) Provinzialhauptkasse Anweisung erlassen worden, mit dem Beifügen, alle anderen den Professoren bisher gewährten Bezüge, gleichgiltig, auf welchen Titel und aus welchen Quellen sie geschöpft wurden, einzuziehen.

Eine zweite, etwas spätere Tabelle vervollständigte die Angaben durch die Einbeziehung der Professoren der medizinisch-chirurgischen Schule Marcus, Kilian, Walther, Gottfried d. J., Dorn, Rösch und Rumpf, des Custos des Naturalienkabinetts Linder und der beiden Lehrer an der lateinischen Vorbereitungsschule Nepf und Winkler, unter Zugrundelegung einer besonderen Gehaltsliste für alle diese Beteiligten.

§ 8. Die getroffene Organisation und ihre einstweilige Bestätigung.

Was die Organisation selbst angeht, so vereinigte sie unter dem Namen „Lyceum“ nach dem Muster der bereits erwähnten churf. bayerischen Lyceen der Erblande die philosophischen und theologischen Jahreskurse zusammen mit den 4 Klassen des Gymnasiums und den zweimal 2 Klassen der

²⁵⁾ Altenmäßiger Ausdruck, Gen.-Akten 1803. Ueber den Begriff und die Geschichte dieser Bibliothek s. in einem späteren Abschnitte.

lateinischen Vorbereitungsschule zu einer einzigen Lehrinstitution, die nur insoferne von der in Amberg und München eingefessenen abwich, als sie in Fortsetzung der an der Bamberger Universität üblichen Einrichtung das theologische Studium auf 3 statt auf 2 Jahrgänge festgelegt hatte. Zwischen dem Gymnasium und dem 1. philosophischen Jahrgang wurde — vielleicht in Voraussicht der kommenden Schulordnung vom 27. August 1804¹⁾, vielleicht auch in Anlehnung an die unter der ehemaligen fürstbischöflichen Regierung im Oktober 1802 getroffene analoge Einrichtung²⁾ — ein philosophischer Vorbereitungskursus eingeschoben, der die Anzahl der philosophischen Kurse auf 3 erhöhend bald zum niederen, bald zum höheren Studium gerechnet wurde.

An der Spitze des Ganzen war, wie erwähnt, der Direktor Bax als „Schulendirektor“ gestellt und ihm zugleich auch die Aufsicht auf die Sonn- und Feiertagschulen der Stadt Bamberg übertragen worden.³⁾ Doch wurde der Name Lyceum in seinem nunmehrigen Sinne keineswegs allgemein adoptiert, am wenigsten von Seite derjenigen Stellen, von denen man es im Interesse der Eindeutigkeit und der Repräsentation am ersten hätte erwarten sollen. Vielmehr erscheint er in den amtlichen Schriftstücken fast ebenso oft in der ersten Bedeutung gebraucht der Zusam-

¹⁾ Nach Jäd I, 53 hatte Bax von dem in Schwabe befindlichen v. Fraunberg'schen Schulplan des 27. Aug. 1804 — s. Literaturverzeichnis — bereits zu Beginn des Jahres 1804 Kenntnis erlangt, während derselbe der Allgemeinheit nach verborgen war. Die Bekanntgabe in Bamberg erfolgte erst unterm 3. Okt. js. J8. S. Jäd IV, 614.

²⁾ S. Weber I, 203. Die nämliche als Verbindungsbrücke zwischen Gymnasium und Universität in Würzburg errichtete philos. Vorbereitungs-klasse fiel jedoch der durch die Säkularisation veranlaßten Reformation der dortigen Hochschule unterm 11. Nov. 1803 zum Opfer. Vergl. Pözl. Bl. 1863, Nr. 9 ff.

³⁾ Der Sonn- und Feiertagsunterricht wurde in Bayern durch

mengehörigkeit des Gymnasiums und der 3 philosophischen Klassen, als auch in der zweiten des Inbegriffes der 2 philosophischen und der 3 theologischen Jahrgänge d. i. also genau in dem heutigen Sinne, seltener dagegen in der noch weiter möglichen dritten Bedeutung der Zusammenfassung des Gymnasiums, der 3 philosophischen und der 3 theologischen Jahresklassen.

Daß unter den geschilderten Umständen in Bamberg ins Leben getretene Lyceum der zweiten Definition figurirt zunächst als eine Zwitteranstalt, als ein Mittelglied zwischen Gymnasium und Universität. Inwiefern es diese Bezeichnung wirklich verdiente, und welcher Art die Wandlungen waren, welche es im Laufe eines Säkulums über sich hatte ergehen lassen müssen, mag in den folgenden Hauptabschnitten untersucht werden. Hier sollen zunächst nur die auf die Gründung — wenn man den von der Bamberger Landesdirektion unterm 23. November 1803 bethätigten Akt also nennen will — unmittelbar folgenden Ereignisse zur Projektion gebracht werden.

Im offenbaren Einklange mit der vorgesetzten Behörde hatte der Direktor Bag, in der Gewißheit, daß die ihm unterstellten höheren Schulen bis zum üblichen Termine des 2. November nicht eröffnet werden konnten, unterm 21. Oktober 1803 im Bamberger Intelligenzblatt eine Bekanntmachung publicirt, worin er als Zeitpunkt der Eröffnung den 1. Dezember bezeichnete. In dem so gewonnenen Zeitraum hoffte man, über die schon öfter erwähnte, rege ven-

K. B. D. vom 12. Sept. 1808 — v. Seydel II, 148 — für obligat erklärt. Die Unterthanen des ehemaligen Hochstifts Bamberg waren auf die Neuerung jedoch bereits durch ein unterm 26. Juli j. J. erlassenes Memorandum vorbereitet worden — Jäd IV, 593. In seinem öfter charakterisirten Schulentwurf hatte auch Bag diese Idee lebhaft begrüßt und sich zur Uebernahme der Leitung der Schulen förmlich zur Verfügung gestellt.

tilierte Frage der Belassung oder Aufhebung der heimischen Universität⁴⁾ endgiltig unterrichtet zu sein, um hiernach die zur Einrichtung des philosophischen und theologischen Studiums notwendigen Maßnahmen treffen oder die bereits getroffenen ehestens wieder rückgängig machen zu können. Dagegen war die Frage nach der Etablierung des niederen Lehrkurses, das Gymnasium und die Vorbereitungsschule umfassend, kaum zweifelhaft gewesen: ob nun die Universität blieb oder durch ein unvollständiges oder vollständiges Lyceum im engeren Sinne ersetzt wurde — das Gymnasium samt Vorschule mußte als notwendige Unterstufe wie bisher, so auch fernerhin vorhanden sein. Deshalb hatte Bag bereits unterm 3. September 1803 in dem citierten amtlichen Blatte eine relativ bestimmtere Ankündigung über die „demnächst“ erfolgenden Prüfungen zur Aufnahme in die untersten Klassen erlassen können. Und in der That erhielt er unterm 7. Nov. von der Landesdirektion die Weisung, für die alsbaldige Wiedereröffnung eben dieser Abteilungen ungesäumt Vorkehrungen zu treffen⁵⁾.

Der abschließende Bericht der letzteren Stelle an das kurf. Kabinet nach München erging, wie bereits hervorgehoben wurde, unterm 6. Dezember 1803. Er wich insofern von dem unterm 23. November erlassenen Entwurfe der (Deputation 1 der) Landesdirektion ab, als in ihn bereits eine Reihe von Korrekturen, veranlaßt durch Änderungen im Lehrkörper, aufgenommen worden war. Es hatte nämlich bereits Professor Frank einen ihm in seinem provisorischen Dekrete vom 23. November halb aufgezwungenen Urlaub angetreten, um, ohne zunächst aus seinem Lehrverhältnis zum Lyceum auszuschcheiden, sich an der Universität Würzburg

⁴⁾ Vgl. die §§ 4 und 10. Die Frage beschäftigte übrigens auch die offiziellen Kreise auf das ernstlichste. Begele I, 489.

⁵⁾ Millan, 17.

in Naturphilosophie weiter auszubilden und insbesondere den von Jena dorthin berufenen Philosophen Schelling zu hören. Professor Frey d. J. wurde zugleich zum „Bibliothekar der Lyceumbibliothek“, an welche als Custos bereits Schmöger berufen worden war, Professor Roppelt aber unter teilweiser Entbindung von seiner Lehraufgabe zum Conservator der im Lyceum befindlichen Münzen- und Kupferstichsammlung⁹⁾ ernannt. In die klinische Schule endlich fand der pensionierte Universitätsprofessor Gotthard d. A., der sich verpflichtet hatte, ohne Gehalt zu dozieren, Aufnahme als öffentlicher Lehrer. Die Personalexigenz beider Anstalten, des Lyceums im ausgedehntesten Sinne und der klinischen Schule, wurden zusammengeworfen und mit Einschluß einer für die Sammlungen am Lyceum aufgestellten Realexigenz von 3050 fl. auf insgesamt 22000 fl. berechnet — gegenüber den vormalig für die Personalexigenz des Lyceums ganzen beehrten 12800 fl. Zur Deckung dieser wesentlich höheren Summe, welche natürlich noch viel weniger als der letztere Betrag aus Stiftungsmitteln bestritten werden konnte, war dabei die Leistung ausgiebiger Zuschüsse aus der Staatskasse als das einzig Thunliche vorgeschlagen worden.

Um aber diese Forderung weniger befremdlich erscheinen zu lassen, hatte der vorwürfige, von Stenglein gearbeitete Bericht der Landesdirektion einestheils Bezug genommen auf ein churfürstliches Dekret vom 27. Oktober

⁹⁾ Dieser Sammlung wurde als eines besonderen Lycealattributes späterhin nie mehr gedacht, ebenso wenig geben über ihren Verbleib irgend welche Akten in den Repositoren des Lyc. Rektorats und der L. Bibliothek Kunde. Am nächsten liegt die Vermutung, daß sie nach der alsbald, noch während des Jahres 1804, erfolgten Pensionierung Roppelts kurzerhand der „Lyceumbibliothek“ überwiesen worden sei, welcher ohnedies aus den säkularisierten Klöstern mannigfache kunsthistorische Gegenstände zugeflossen waren.

1803⁷⁾), worin der Staat für verpflichtet erklärt worden war, aus dem durch die Säkularisation erworbenen Vermögen u. a. die Aufwände für die Schulen zu bestreiten, andernteils aber auch ziemlich freimütig auf die Thatsache hingewiesen, daß die Einkünfte der Abteien Bang und Langheim, welche früher zum guten Teile der Wissenschaft und subsidiär auch der Vorgängerin des Lyceums zugeflossen wären, nunmehr dem Fiskus anheimgefallen seien.

Auf diesen Bericht erschien unterm 18. April 1804 ein churfürstliches Dekret, welches unter lebhaftem Tadel, daß die Vorschläge so verspätet eingereicht und inzwischen sogar bindende Kundmachungen in öffentlichen Blättern ohne churfürstliche Genehmigung erlassen worden seien, zunächst für das Studienjahr 1803|4 die Einwilligung der Allerb. Stelle⁸⁾ zur Errichtung des Lyceums⁹⁾ und der medizinisch-chirurgischen Schule nachträglich erbrachte, es jedoch weiterhin stark mißbilligte, daß man beiden Anstalten eine zu große Ausdehnung gegeben habe. Insbesondere sei es durchaus nicht der Wille des Churfürsten¹⁰⁾ gewesen, die Bamberger klinische Schule auf der hier gewählten breiten, hochschulmäßigen Basis aufzurichten — ein bloßes Praktikum

⁷⁾ Dasselbe mag einen speciellen und vertraulichen Charakter getragen haben, da es weder in die Döllinger'sche Sammlung noch in die damaligen Regierungsblätter für die churbayer. Fürstentümer in Franken Aufnahme fand, noch auch in den bekannten Lehrbüchern des Staats- und Kirchenrechts registriert wird. Sein Tenor scheint übrigens bereits durch die Bestimmungen des Luneviller Friedens bzw. des Regensburger Reichsrecesses festgestellt.

⁸⁾ Nach heutiger Bezeichnungsweise. Die damalige Formel lautete „höchste Stelle“.

⁹⁾ Als Eröffnungstermin für dasselbe war nach einer weiteren Allh. E. vom 29. Juli 1804 — Fränk. Reg. Bl. 1804, 264 — eigentlich der 15. Nov. des genannten Jahres in Aussicht genommen gewesen.

¹⁰⁾ Der Verf. adoptierte durchgehends die seinerzeit übliche amtliche Schreibweise „Churfürst“ und „churfürstlich“.

für theoretisch gebildete Aerzte und ein Gebärhaus hätten vollauf genügt. Für beide Schulen wurden besondere Vorschriften in Aussicht gestellt und als Mittel zum Unterhalte zunächst des Lyceums in erster Linie die Erträgnisse aus den Universitätsgütern genannt. Falls dieselben nicht zureichten, sollten die Professoren der Theologie, und zwar im Einvernehmen mit dem bischöflichen Ordinariate zu Bamberg, aus dem Seminarfonde bezahlt, zur Ausgleichung der etwa fortbestehenden Deficits sodann die Erträgnisse der Aufseesianischen und Armen Studentenhausstiftung, jedoch ohne Aenderung deren Stiftungsscharakters, herangezogen und endlich die hierauf noch verbleibenden Passivreste durch Zuschüsse aus der Staatskasse gedeckt werden. Diese Gesichtspunkte sollten jedoch nur für die Bestreitung der Exigenz des Lyceums ganzen gelten: bezüglich der Regelung der Verhältnisse des „Alumniums“ dagegen wurden nochmalige Vorschläge, insbesondere solche über die Besoldung der Lehrkräfte gewärtigt.

In ihrer durch das G. L. N. in Franken unterm 18. Juni 1804 eingereichten, oben bereits erwähnten Rechtfertigungsschrift über die Verspätung der Vorlage erklärte nun die L. D. gegenüber der auf den Erlaß geeigneter Vorschriften für die Studierenden zielenden Allerh. Absicht, daß für das neu gegründete Bamberger Lyceum durchaus die Einrichtungen, Lehrpläne und Disciplinargesetze der bereits bestehenden (altbayerischen) Lyceen zum Muster gedient hätten¹¹⁾. In der That lassen nicht nur die unterm 27. März 1804 von der Bamberger L. D. für die einheimische Anstalt erlassenen Disciplinargesetze — s. §. 41 — und die unterm 1. Jan. 1803 verausgabten allgemeinen „Gesetze und Vorschriften zur äußeren, intellectuellen und sittlichen Bildung der Studierenden in den churpfälzbayerischen Lyceen“¹²⁾ eine

¹¹⁾ Ein spätes Geständnis! Vgl. die F. N. 1 dieses Paragraphen.

¹²⁾ Reg. Bl. 1803, 244 ff.

fast vollständige Identität erkennen: auch das zu Ostern 1804 erschienene gedruckte Programm des Direktors Bag über das neu organisierte Lyceum¹³⁾ war kaum etwas anders, als die in einen barocken Rahmen gebrachte Copie der in den Erblanden für die Lyceen bestehenden originalen Verfassung, wenn es auch der letzteren ebensowenig Erwähnung that, wie der handschriftliche Bag'sche Organisationsentwurf des 19. September 1803 selbst, mit dem es übrigens, von einigen untergeordneten Punkten abgesehen, merkwürdigerweise nicht mehr die geringste äußere Ähnlichkeit besaß¹⁴⁾.

§ 9. Die definitive Gründung des Lyceums.

Noch im Jahre 1804 war von München aus eine besondere, durch Allh. Signat vom 29. Juli js. Frs. formierte¹⁾ Kommission zwecks Studiums der Schulverhältnisse in den angefallenen Provinzen abgesandt worden, die „Churpfalz-bayerische zur Organisierung der Studien und Schulen in Franken und Schwaben außerordentlich abgeordnete Kommission“, bestehend aus dem Schulen- und Studien-Generaldirektor²⁾ Freiherrn von Fraunberg³⁾ und dem

¹³⁾ S. Literaturverzeichnis.

¹⁴⁾ Ein dem publicierten Programm zu Grunde liegendes speciell Bag'sches Manuscript konnte von dem Verf. nirgends aufgefunden werden.

¹⁾ Fränk. Reg. Bl. 1803, 264.

²⁾ Ueber die Schulbehörden I. § 21.

³⁾ Joseph Maria Frhr. v. Fraunberg, geb. den 10. Oktober 1768 zu Alt-Fraunberg, studierte in Eichstätt und Regensburg und wurde 1798 Domkapitular zu Regensburg. Von da aus 1802 durch Churfürst Max Joseph zur Uebernahme der obersten Leitung des bayerischen Schulwesens nach München berufen, zog er sich jedoch bereits im Jahre 1807 von seinem verantwortungsvollen Posten in's Privatleben zurück. Er wurde in Ausführung des Concordats bayerischerseits der Curie als Bischof von Würzburg vorgeschlagen, von letzterer abgelehnt, späterhin jedoch — unterm 6. Dez. 1819 — als Bischof von Augsburg bestätigt. Unterm 4. März 1824 auf den erzbischöflichen

Studienrate Wismayer.⁴⁾ Diese bestätigte in einem aus Bamberg an die Landesdirektion daselbst gerichteten Erlasse vom 6. November 1804⁵⁾ die bisher gepflogenen, das höhere Schulwesen berührenden Maßregeln, unter neuerlicher ausdrücklicher Betonung, daß die Gehalte der Theologieprofessoren aus den Renten des Seminarfonds bestritten und demgemäß „Verfügungen“ über denselben getroffen werden sollten.

Die notwendige churfürstliche Genehmigung erfolgte sodann in 2 Rescripten, das eine vom 14., das andere vom 31. Dezember 1804 datiert.

Das erstere, welches sich mehr mit der finanziellen Seite des Unternehmens beschäftigte, bestätigte das vorerst nur in provisorischer Weise angestellte Lehrpersonal in definitiver Eigenschaft und setzte für das Finanzjahr 1804/5 zur Befriedigung der Bedürfnisse des Lycenms im weitesten

Thron von Bamberg erhoben, starb er nach fast 18jähriger Regierung am 17. Jan. 1842. Während er weder durch seine Thätigkeit als Bischof noch als Mitglied der Münchener Akademie der Wissenschaften noch als 2. Präsident der bayerischen Reichsrathskammer prägnant in die Erscheinung trat, hat er als Generaldirektor des Schulwesens und als Unterhändler bei den Concordatsverhandlungen — v. Sicherer, 31, 58, 261, 271 bis 276 u. a. a. D. — eine regere, aber sehr geteilte Beurteilung erfahren. Nach Brüd — I, 262 ff. u. a. a. St. — eifriger Febronianer und Illuminate erscheint er in älteren Biographien teilweise im Lichte vollständiger Harmlosigkeit und Einfalt. Merkwürdigerweise wird seiner typischen, in einer kirchenpolitisch-istürmischen Zeit markant hervorgetretenen Persönlichkeit in neueren Encyclopädien, so z. B. bei Weber und Welte, gar nicht gedacht.

*) Die Schreibweise des Namens ist schwankend, die vorstehende wurde den Gen. Akten entnommen.

*) Jüd III, 76 läßt irrthümlicherweise die Reform des höheren Schulwesens in Bamberg erst im November 1805 — statt 1804 — erfolgt sein und nennt als Mitarbeiter v. Fraunberg's den Bamberger Ober-Schulen- und Studienkommissär Grafer. Der letztere trat in dessen sein Amt im November 1804 erst an, als die a. o. Kommission

Sinne d. i. des Gymnasiums mit der Vorbereitungsschule, des Philosophicums und des Theologicums, eine erstmalige Etatsumme aus von 17000 fl. Genannter Betrag sollte einer neu zu gründenden Schulkasse entnommen und auf diese verrechnet werden. Als Einnahmen zur Kasse waren gedacht die Reinerträgnisse der vormaligen Universitätsgüter und des Receptorats, sowie die Renten des Marianischen Armen Studienheims und der Ruffesianischen Stiftung und endlich ein jeweils variabler Betrag aus der Staatskasse bzw. der Provinzialhauptkasse zu Bamberg in einer zur Deckung der entstandenen Unterbilanz gerade hinreichenden Höhe.

Mit dieser Entschliebung war ein von der Deputation 3 der Landesdirektion ausgearbeiteter und vom General-

bereits abgereift war. — Johann Baptist Graier wurde geboren am 11. Juli 1766 zu Eltmann und studierte anfangs in Bamberg, sodann in Würzburg, woselbst er zum kath. Priester geweiht wurde. Bald darauf an die adelige Pagenanstalt in Salzburg berufen erhielt er 1804 eine Theologie-Professur an der Universität Landshut und noch im nämlichen Jahre die Stelle eines Ober-Schulen- und Studienkommissärs in Bamberg, von wo er im Jahre 1810 als Kreis-Schulrat nach Bayreuth übersiedelte. Mit der Aufhebung der Institution der Kreis-Schulräte 1825 pensioniert, lebte er bis zu seinem am 28. Februar 1841 erfolgten Tode in letzterer Stadt, mit der Herausgabe verschiedener pädagogischer Schriften beschäftigt. Seine Verdienste um die Organisation des höheren Schulwesens speciell in Bamberg und um den wissenschaftlichen Ausbau der Pädagogik sind unbestreitbar. Dagegen erregte seine antireligiöse Gesinnung (er schrieb u. a. in ärgernisserregender Weise gegen die Liturgie der hl. Messe, vertrat das Princip einer möglichsten Abstraction vom „Confessionalismus“ auch für die Religionsstunde u. dgl.) sowie sein Privatleben (trotz seiner Priestereigenschaft heiratete er in Bamberg) in den kirchlichen Kreisen, wie nicht minder beim größeren Publikum lebhaften Anstoß. Vgl. Wegner u. Welte 5, 1030, ferner Brück I, 440 und Braun, 384 und 393. In der Hauptsache ungenau oder absichtlich entstellend charakterisierte Jüd I, 340 und V, 49, versöhnend der kurze Nekrolog Past. Bl. 1841, Nr. 10.

Landeskommissariat als der Provinzial-Stat-Curatel an das kurf. geheime Ministerial-Finanzdepartement unterm 18. Dez. 1804 abgefertigter Bericht bereits überholt und der darin enthaltene Vorschlag, a conto des Lyceums und Gymnasiums auch die „Einnahmen“ der Scholasterie, Custoderie und des Beneficiums der Oberpfarrei⁹⁾ mit zusammen 3662 fl. Reinertrag heranzuziehen, außer Ansatz gelassen worden. Die Summe von 17000 fl. war bestimmt zur Bestreitung von 3891 fl. Regieausgaben für die Gesamtanstalt, sowie zur Besoldung der Professoren und Hilfslehrer an der letzteren, der Custoden der dieser aggregierten Attribute und endlich des niederen Personals — im Anschlage von rund 12800 fl. Die Höhe dieses Betrags kam also vollständig mit der von dem Landesdirektionsrath Stenglein erstmalig unterm 19. Sept. 1803 berechneten überein. Trotzdem waren in den einzelnen Posten gegenüber dem Stenglein'schen Entwurfe bereits manche Verschiebungen vorgenommen worden. Es fiel eben in das 14monatliche Intervall zwischen Vorschlag und Genehmigung der neue Schulplan vom 27. Aug. 1804, dessen Vollzug diese Verschiebungen und Veränderungen bedingte. So wurden die Professoren Koppelt des Lyceums und Resch d. J. des Gymnasiums mit dem Nominalgehalte (700 fl.) der wirklichen Professoren pensioniert. Die übrigen durch Verfügung der Landesdirektion vom

⁹⁾ Unter den beiden ersteren Elementen war zweifellos die nach damaliger Sitte — Weber und Welte 3, 1958 und 1262 — den Metropolitankirchen angezweigten Attribute gleichen Namens zu verstehen; deren Fonds wie anderwärts so auch in Bamberg der Säkularisation anheimgefallen waren; unter dem Beneficium der Oberpfarrei wohl das einzige unter den verschiednen dortselbst bestehenden Beneficien; dessen Dotation zur Bestreitung der Exigenz des Inhabers ausreichte — das Frühmehrbeneficium. Ueber das letztere orientiert Koch, 83 ff., über die „Domkustorei“ brachte Pfister — a. a. O. — einige statistische Notizen, dagegen scheinen über die Schicksale der Domicholastei gedruckte Daten nicht vorzuliegen.

23. Nov. 1803 bezw. mit churfürstlichem Dekret vom 18. April 1804 provisorisch angestellten Professoren des Lyceums i. e. S. und des Gymnasiums aber wurden „in Ansehung der bei den übrigen Gymnasien und Lyceen überhaupt bestimmten Verhältnisse“ mit dem ordnungsmäßigen Gehalte von je 700 fl. definitiv. Für den Direktor Bag, dem in der soeben angezogenen ersteren Verfügung ein Gehalt von 1200 fl. ausgesetzt worden war — eine Summe, welche auch in der tabellarischen Uebersicht der Provinzial-Etat-Curatel vom 18. Dezember 1804 noch figurirte — waren bloß 800 fl. vorgesehen worden. Analog waren dessen Bruder Joseph Bag die als Vergütung für persönliche Auslagen beim Experimentieren ansatzweise zugemessenen und als Gehaltsbestandteil designierten 100 fl. gestrichen worden. Hingegen wurden dem in Ausführung des Schulnormativs vom 27. Aug. 1804 ans Lyceum i. e. S. neu berufenen Professor Deuber 900 fl. als Anfangsbesoldung zugebilligt, sowie den 2 Lehrern an der lateinischen Vorbereitungsschule Feldbauer und Winkler je 600 fl. Die Remunerationen für die Hilfslehrer und Conservatoren — für den Religionslehrer am Gymnasium Stephan, die Zeichenlehrer Baghofer und Priem, den Schreiblehrer Dorn und den Lehrer für Französisch Professor Gley ebenda, weiter für den Professor der Chemie am Lyceum Rumpf und endlich für die Custoden der Bibliothek resp. des Naturalienkabinetts, Schmölzer resp. Linder — betrugen zwischen 150 und 300 fl. Zwischen 50 und 400 fl. endlich bewegten sich die ebenfalls der Schulkasse zu Last geschriebenen Bezüge für den Anstaltspedell und zugleich Bibliothekschreiber Scheller, den Lyceumskirchner Arnold und die 3 nicht näher genannten Bediensteten, den Lyceumsorganisten, den Kaskanten und den Hausdiener.

Für die Bibliothek war ein zweiter Custos, Zäd, vorgesehen und in den Etat mit 100 fl. Funktionsbezug ein-

gereicht worden.⁷⁾ Dagegen fehlten in dem letzteren außer den schon erwähnten Mehrbezügen für die Brüder Bag zu 400 und 100 fl. folgende Beträge vollständig: je 700 fl. für die mit Verfügung der Landesdirektion unterm 23. November 1803 angestellten Professoren Frank und Frey d. J., deren erster mit 1jährigem Urlaub nach Würzburg gesandt und deren letzter neben Schmöker mit Wahrung der Bibliotheksgeschäfte beauftragt worden war, sowie ein Aversum von 50 fl. für den Professor der klinischen Schule Rösch, das dieser bisher in Fortsetzung eines Titels an die frühere Universitätshausverwaltung von der nunmehrigen Lyceumsverwaltung bezogen hatte. Die sämtlichen 5 Differenzpunkte ergaben in der Folgezeit noch Anlaß zu verschiedenen Weiterungen⁸⁾, wurden aber auch in dem zweiten der erwähnten kurfürstlichen Erlasse, betreffend die Genehmigung der in Bamberg errichteten höheren Schulen, und zwar offenbar gleichfalls in unwissentlicher Weise negiert.

Der letztere erschien nämlich bereits unterm 31. Dez. 1804, also in viel zu kurzem Abstände vom ersten, als daß er in eine Würdigung jener differierenden Momente hätte eintreten können. Er wurde den Bamberger interessierten Stellen durch Entschließung des Generallandeskom-

⁷⁾ Jäd, Exconventual des Klosters Langheim, der bekannte Polshistor, findet sich als zweiter Custos der „Lyceumsbibliothek“ weder in dem Bag-Stenglein'schen Organisationsentwurfe vom 19. Sept. 1803 noch in der Entschließung der L.D. vom 23. Nov. js. Js. erwähnt. Er selbst bezeichnet sich als im Juni 1803 provisorisch und unterm 9. Sept. 1803 definitiv angestellt, und zwar zugleich mit Schmöker und Frey d. J., welcher letzterer unterm 8. Aug. js. Js. das bis dahin innegehabte Amt des Vorstandes des Naturalienkabinetts an den Bamberger Exconventualen Linder abgetreten hatte. Außer den 3 nunmehrigen Bibliothekaren waren im Mai und Juni 1803 bei den Einrichtungs- und Uebernahmearbeiten der Bibliothek noch 5 weitere Designierte betheiligt gewesen. Vgl. Jäd I, 511; III, 62 und IV, 602.

⁸⁾ Vgl. hierüber den II. Teil dieser Arbeit.

missariat, d.d. Würzburg den 11. Jan. 1805⁹⁾, bekannt gegeben und enthielt im wesentlichen nichts anderes als eine Wiederholung des Rescriptes vom 14. Dezember. Nur bezüglich zweier Punkte erbrachte er eine Neuerung: einmal gab er die Genehmigung zu der von der General-Schulen- und Studienkommission beschlossenen Verlegung des Würzburger Schullehrer-Seminars nach Bamberg und zu dessen Verschmelzung mit dem daselbst befindlichen¹⁰⁾, sodann überließ er es einer besonderen Erwägung des Generallandeskommissariats, in wie weit dasselbe zur Besserung der Lage der Custoden Säck der Bibliothek und Binder des Naturalienkabinetts, welche um „Schaltserhöhung“¹¹⁾, und des quiescierten Gymnasialprofessors Resch d. J., welcher um Reactivierung auf irgend einen passenden anderen Posten gebeten hatte, seinerseits etwas beitragen könne.

Auffallend ist, daß die beiden kurf. Dekrete der medizinisch-chirurgischen *alias* klinischen Schule, welche bislang stets mit dem Gymnasium und dem Lyceum i. e. S. zusammen genannt zu werden pflegte, mit keiner Silbe gedenken. Man wird nicht fehl gehen, wenn man diese vorläufige Nichtachtung auf Kosten der Schwierigkeit setzt, für die wenigstens teilweise Deckung der Exigenz dieser Schule in ähnlicher Weise, wie es für die beiden genannten andern Bildungsanstalten geschah, Stiftungsmittel mobil zu machen. In der That erging noch einmal unterm 19. Juli 1805 eine Allerh. Aufforderung an das Generallandeskommissariat

⁹⁾ Unter dem nämlichen Datum des 11. Jan. auch im Fränk. Reg. Bl. 1805, 29 publiciert.

¹⁰⁾ Vgl. F. R. 12 des § 4. Das auf diese Weise in Bamberg gegründete „Schullehrerseminar von ganz Franken“ behielt seinen universalen Charakter bis zum Jahre 1828, in welchem die Zöglinge protestantischer Confession nach Altdorf verwiesen wurden. Koch, 149.

¹¹⁾ Beide bezogen außer den ihnen zuerkannten Remunerationen für ihre nunmehrigen activen Dienstleistungen die jährlich auf nur 400 fl. nominirte Pension der säkularisierten Klosterangehörigen.

als Provinzial-Stat-Curatel um genaue Angabe der für die Klinische Schule notwendigen Beträge, um sie bei dem Mangel solcher Mittel eventuell doch samt und sonders auf die Staatskasse übernehmen zu können. Die daraufhin vorgelegte Uebersicht vom 1. Aug. d. nämlichen Jahres wich nun aber von den früheren Aufstellungen insoferne erst recht bedeutend ab, als sie auch eine Realeigensumme im Betrage von 300 fl. und für einzelne Professoren weientlich höhere Gehalte — für Rösch und die beiden Gotthard z. B. je 200 fl. mehr — beanspruchte. Eine Antwort auf diesen Voranschlag findet sich nicht bei den diesseitigen Akten des Generallandeskommissariats, wie denn nunmehr die Frage nach der medizinischen Schule aus denselben vollständig ausscheidet, indem die letztere und das Lyceum vielmehr ihre Wege von jetzt ab getrennt weiter wandeln¹²⁾.

Für eben das Lyceum dürfte nach den im Vorstehenden gepflogenen Ausführungen, je nachdem man mehr Gewicht auf die thatsächliche Eröffnung der Schule oder auf die definitive Bestätigung derselben zu legen gewillt ist, entweder das Datum der Entschließung der hurfürstlichen Landesdirektion vom 23. November 1803 oder jenes der hurfürstlichen Entschließung vom 14. Dezember 1804 als der lange gesuchte Gründungstag angesehen werden.

Und zwar weniger des Lyceums im damaligen weiteren Sinne, mit Einschluß des Gymnasiums und der Vorbereitungsschulen, sondern des Lyceums in der heutigen Bedeutung als des Inbegriffes der philosophischen und theologischen Jahreskurse. Denn über die Errichtung oder, vielleicht richtiger, Fortführung eines Gymnasiums mit der

¹²⁾ Ueber die Weiterentwicklung der medizinisch-chirurgischen Schule vgl. Roth, woselbst sich auch mannigfache Citationen aus den nun separiert geführten Akten des Generallandeskommissariats über die Schule vorfinden.

ihm eigenen Unterstufe in Bamberg war, wie ja auch die früher erwähnten vorbereitenden Maßnahmen für die Eröffnung erwiesen, wohl niemand ernstlich im Zweifel gewesen. Diese Schulen waren als die einzigen im Fürstentume Bamberg, wie zur fürstbischöflichen Zeit notwendig zur Bevölkerung der einheimischen Hochschule, so nach der Säkularisation unentbehrlich als Rekrutierungsbezirke für jedwede höhere Lehranstalt in Franken, mochte diese in der Universität Würzburg allein bestehen oder nicht.

§ 10. Die Frage der Wiederherstellung der Universität.

Es scheint ziemlich gewiß, daß in Bamberg selbst die neugegründete höhere Schule des Lyceums als nichts anders betrachtet wurde, denn als die bloße Zusammenfassung der bisherigen philosophischen und theologischen Fakultät der Universität. Diese Annahme erschien um so natürlicher, als unter den 4 Fakultäten von jeher die beiden genannten es waren, welche im engsten historischen und organischen Contacte gestanden hatten¹⁾, und als weiterhin die frühere Professorenschaft fast vollständig auch an der neuen Schule figurierte. Ja man trug sich, nachdem auch die medizinische Fakultät mit ihren Lehrkräften, wenn auch unter dem anderen Namen einer medizinisch-chirurgischen Schule, noch fortbestand und also nur die juristische Fakultät verloren gegangen war, mit dem natürlichen oder doch sehr verzeihlichen Gedanken, es müsse eines Tages durch Wiederaufrichtung der letzteren die ehemalige Wollhochschule aufs neue erstehen.

Diese Erwartungen gewannen alsbald durch verschiedene Umstände neue Nahrung. In Würzburg konnten sich die an die dortige neu gegründete protestantisch-theologische, sowie an die philosophische Fakultät berufenen fremden Pro-

¹⁾ S. Weber I, a. v. D.

fefforen nicht heimisch fühlen²⁾. Zugleich waren daselbst zwischen der geistlichen und weltlichen Behörde um die Erziehung des Klerus der Diöcese heftige Kämpfe entbrannt, so daß der Würzburger Weihbischof Zirkel selbst die Befürchtung aussprach³⁾, es könnten diese Umstände thatsächlich zu einer Auflöfung der Julius-Maximilians-Universität und zu einer Reaktivierung der aufgehobenen Bamberger Hochschule führen. Diese Befürchtung des Bischofs stellte sich nun zwar als grundlos heraus, in Bamberg aber wuchsen die Hoffnungen nur noch mehr durch die infolge des Preßburger Friedens vom 26. Dezember 1805 erfolgte Abtretung der fränkischen Nachbarprovinz an den Großherzog Ferdinand von Toskana, indem nunmehr die Gründe gefallen schienen, welche 3 Jahre vorher zur Auflösung der Bamberger Universität zu Gunsten der Würzburger geführt hatten⁴⁾. Freilich erwies sich auch diese Ansicht als trügerisch. Selbst wenn regierungseitig eine Geneigtheit vorhanden gewesen wäre, einen aus administrativen und politischen Erwägungen unternommenen, tief einschneidenden Akt schon nach 3 Jahren wieder rückgängig zu machen — was billig bezweifelt werden darf — so war

²⁾ Paulus besaß fürs erste nicht einen einzigen Theologen seiner Confession als Zuhörer — Brüd I, 355 — der Versuch aber, die katholischen Theologen zum Besuche seiner Vorlesungen anzuhalten, führte eben zu den im Texte berührten Kämpfen zwischen Bischof, Weihbischof u. Seminarregens einerseits und der Universität bezw. Landesdirektion und eines Theiles der Theologiecandidaten andererseits. Braun 255ff. Auch die privaten Verhältnisse ließen zu wünschen übrig. Ibid. 359.

³⁾ Braun, 366.

⁴⁾ Die Universität Heidelberg war als churpfälzbayerische Universität 1802 zugleich mit den Besitzungen auf dem rechten Rheinufer in Folge des Luneviller Friedens verloren gegangen, die mit Nsh. C. vom 17. Mai 1800 von Ingolstadt nach Landshut verlegte Universität sonach einzige Landeshochschule geworden. Eine zweite Universität im nordwestlichen Gebiete des Churfürstentums schien daher dringendes Bedürfnis.

doch die Zeit der napoleonischen Kriege eine der friedlichen Sorge um die gedeihliche Entwicklung der Musen höchst ungünstige. Zudem war eine vom Fürstbischof Friedrich Karl von Schönborn (1729–46) ausgeworfene Summe von 8000 fl., deren Zinsen für die Zwecke der Personalexistenz der juristischen Fakultät bestimmt war, wogegen das Kapital selbst bei einer eventuell erfolgenden Auflösung der Fakultät an die gräfliche Familie Schönborn zurückfallen sollte, im Jahre 1805 dieser Familie wirklich ausbezahlt worden und sohin der Universität dauernd verloren gegangen⁵⁾. Endlich erhielt das Königreich Bayern schon sehr bald, in den Jahren 1806, 1809 und 1810 nicht weniger als 4 neue Hochschulen zugeführt: Altdorf, Innsbruck, Salzburg und Erlangen.

Von diesen wurden, wie oben bereits erwähnt, die beiden mittleren alsbald durch Lyceen ersetzt. Die Nürnbergsche Universität Altdorf wäre wohl ebenfalls sogleich nach ihrer unterm 3. September 1806 erfolgten Einverleibung der Auflösung verfallen, wenn sie nicht nach dem Verluste der Würzburger Hochschule, an die man bei der Neuorganisation im Jahre 1803 eine protestantisch-theologische Fakultät angefügt hatte, berufen gewesen wäre, nunmehr die Studierenden der protestantischen Theologie in Bayern aufzunehmen⁶⁾. Nachdem man sich freilich mit dem Jahre 1807 über die althergebrachte und allgemein bethätigte Gepflogenheit, den studierenden Landeskindern den Besuch aus-

⁵⁾ Jüd III, 74. An anderer Stelle — IV, 422 — verzeichnet Jüd, ein leider keineswegs immer zuverlässiger und noch weniger objectiver Gewährsmann, das Jahr 1804 als dasjenige der Rückzahlung. Uebrigens findet der Genannte — I, 50 — auch mit der Säkularisierung der beiden Studentenhäuser des Aufseesianums und Marianums einen für die Universität wichtigen fundus verschwunden.

⁶⁾ Reg. Bl. 1807, 1652.

wärtiger Universitäten generell zu verbieten⁷⁾, zu Gunsten der beiden für Bayern „auswärtigen“ Hochschulen Würzburg und Erlangen hinweggesetzt hatte⁸⁾, war auch das Schicksal der Altdorfer hohen Schule besiegelt: sie wurde durch Allh. E. vom 24. Sept. 1809 aufgehoben. Dagegen behielt die markgräfllich bayreuthische Universitätsstadt Erlangen diesen Charakter auch unter der neuen Aera, die unterm 7. April 1810 in ihre Thore eingezogen war. Als endlich im Jahre 1816 das Großherzogtum Würzburg mit seiner Alma Julia an die Krone Bayerns zurückgefallen war, schien für das Hochschulbedürfnis innerhalb der weißblauen Grenzpfähle derart ausreichend gesorgt, daß die Träume von einer Universitas Rediviva in Bamberg nun endgiltig als unerfüllbar erkannt werden mußten⁹⁾.

⁷⁾ Noch im Jahre 1804 zog, wie oben bereits berührt, die kurpfälzb. Reg. den Begriff „auswärtig“ so enge, daß sie die Universität Würzburg den (alt-)bayerischen, die Universität Landshut den fränkischen Stipendiaten gegenüber als *quasi* fremd bezeichnete, indem sie dieselben aufforderte, die „Universität ihrer Heimat“ zu beziehen. Nur die Interessenten aus Schwaben hatten zwischen beiden Hochschulen freie Wahl. Reg. Bl. 1804, 159. S. auch F. N. 14 im § 7.

⁸⁾ Reg. Bl. 1807, 44.

⁹⁾ Soweit sie wenigstens eine staatliche Universität betrafen. Als in den 60er Jahren der Gedanke an die Wiedererweckung einer katholischen deutschen Hochschule, deren es zur Zeit der Säkularisation 18 gab, deutlicher auftauchte, war es auch Bamberg, auf das man die Aufmerksamkeit der interessierten Kreise zu lenken suchte, teilweise gestützt auf einen Ausspruch Olen's, nach welchem für ein derartiges Projekt nur 2 deutsche Städte, Freiburg i. B. und Bamberg, in Betracht kommen könnten. Pst. Bl. 1866, Nr. 10 u. 11. Nicht uninteressant dürfte die Thatsache sein, daß unter den angeführten Gründen sich auch der Hinweis findet auf die der Errichtung einer Sternwarte günstige topographische Lage. — Ueber die auf die Gründung einer katholischen Universität hinzieselnden Tendenzen vgl. Brüd II, 413 ff.

III. Die Institution der Lyceen und ihre Wandlungen bis zur Gegenwart.

§ 11. Einleitung.

Es ist im vorigen Abschnitte gelegentlich der Untersuchung über die Installation des Bamberger Lyceums die Behauptung gefallen, daß dasselbe auf eine Zwischenstufe zwischen Mittel- und Hochschule erhoben worden sei. Diese Bemerkung gilt nicht nur für die Zeit der Gründung, sie läßt sich auch so ziemlich auf die 9 Decennien anwenden, welche auf diese Gründung folgten und weiterhin, da das Bamberger Lyceum hinsichtlich seiner allgemeinen Lehraufgaben keinen speciellen Typus der bayerischen Lyceen repräsentiert, auf die Institution dieser Schulen überhaupt und deren Wandlungen innerhalb der genannten Epoche. In der That dürfte es kaum eine öffentliche Einrichtung geben, deren Wesen zu irgend einer Zeit so wenig definierbar erschien wie dasjenige der genannten Specialanstalten für das Studium der Philosophie und der katholischen Theologie. Eingeklemmt zwischen Universität und Gymnasium waren diese Schöpfungen in Hinsicht auf ihren Zweck, ihre Einrichtungen und ihre Attribute, auf die Stellung der Professoren und auf die Rechte und Pflichten der Studierenden nicht selten durch eine Reihe von Akten der Hochschule asymptotisch genähert worden, um bald darauf durch eine

neue Verfügung plötzlich wieder zur Mittelschule zurückgeschickt zu werden. Erst das Jahr 1892 setzte durch Fixierung der akademischen Stellung der Lehrer eine scharfe untere Grenze fest, während, wie bekannt, seit dieser Zeit die maßgebenden staatlichen und kirchlichen Kreise ihr Augenmerk unentwegt darauf gerichtet halten, die Lyceen auch der oberen Linie ihrer Hauptbestimmung — der Vermittlung einer mit dem Universitätsstudium gleichwertigen philosophisch-theologischen Durchbildung der Candidaten für das katholische Priesteramt — zuzuführen.

Wenn nun im Folgenden der historische Beweis für die Richtigkeit der obigen Definition erbracht werden soll, so ist damit keineswegs beabsichtigt, die Beweisführung in eine förmliche Geschichte der Gesamtheit aller bayerischen Lyceen ausarten zu lassen. So dankenswert auch eine möglichst umfassende solche Behandlung wäre, so würde sie doch auf Wege leiten, welche von dem Ziele dieser Abhandlung viel zu weit entfernen und außerdem so lange fast ungangbar bleiben, als sie nicht bereits in den ausführlichen Geschichten der Einzelanstalten ein festes Fundament finden. Ebenjowenig soll jetzt schon die Frage zur genaueren Erörterung¹⁾ gelangen, in welcher Weise von Seite der an dem Bestande der Lyceen interessierten Hierarchie gegen die Instituirung derselben als staatliche Bildungskörper Kritik geübt, noch auf welche Rechtstitel hin und mit welchen Motiven für die Auslösung dieser Schulen aus dem staatlichen Unterrichtsmonopol und für deren Rückgabe an die katholische Kirche plaidiert wurde. Vielmehr soll der derzeitige

¹⁾ Zur eingehenderen Besprechung eignen sich besser die Paragraphen des späteren Abschnittes IV C, welche von der Bildung und Erziehung des Klerus handeln. Thatsächlich war es ja auch den Bischöfen bei ihren noch zu würdigenden Reklamationen zumeist nur um die Candidaten und Aspiranten der Theologie resp. des geistlichen Standes zu thun, weniger um die übrigen der philosophischen Lycealsection angehörigen Studierenden, welche sich den Profanwissenschaften zu widmen gedachten.

Charakter des Lycealsystems, wie er durch die Säkularisation²⁾ hervorgerufen und wie er weder durch das Concordat³⁾ noch durch die Bestrebungen⁴⁾ um ungeschmälerte Ausföhrung desselben zu Fall gebracht wurde, als eine „vollzogene Thatfache“ zu Grunde gelegt werden. Auf eben dieser Basis mögen dann Zweck und Einrichtung der Lyceen insoweit ausführlicher besprochen werden, als damit einerseits dem notwendigsten Aufklärungsbedürfnisse weitester Kreise, andererseits dem besseren Verständnisse für die nachfolgende Darstellung der Geschichte des Lyceum Bambergense gedient erscheint.

Um aber diese Absicht möglichst vollkommen zu erreichen, dürfte es sich empfehlen, über alle jene Elemente, welche als Ausgangspunkte für die Beurteilung einer Lehrinstitution überhaupt in Betracht kommen, geordnet zu referieren.

²⁾ Der staatsrechtliche Akt, durch welchen die Schulen ihres kirchlichen Charakters entkleidet wurden, ist in der Churf. E. v. 26. Nov. 1804 zu suchen. v. Söcherer, 29.

³⁾ Das Concordat wäre seinerzeit in der vorliegenden Form kaum zu Stande gekommen, wenn seitens der Kirche auf der auch nur theilweisen Entstaatlischung der höheren Schulen strikte bestanden worden wäre. Die bayer. Unterhändler bei den Concordatsverhandlungen, der Gesandte am päpstlichen Stuhle Bischof Frhr. v. Häffelin und der in außerordentlicher Mission nach Rom beordnete Kanonikus Graf v. Rechberg, gaben sich alle Mühe, der Curie jeden Zweifel hierüber zu benehmen. Andererseits aber hätte selbst ein in das Concordat aufgenommenes staatliche Schulmonopol beschneidender Passus eine effektive Wirkung kaum hervorgebracht, da der Staat, was freilich nur den beteiligten Diplomaten bekannt war, das ganze Concordat „unter dem stillschweigenden Vorbehalte der ländesherrlichen Rechte“ — also auch des Gesetzgebungsrechtes — abgeschlossen hatte. Vgl. (Höfler), 84 u. 103 ff.; v. Söcherer, 255, 256; Brück II, 38.

⁴⁾ Hierher sind insbesondere zu zählen die Denkschriften des bayer. Gesamtepiscopats, welche im Anschlusse an die Versammlungen desselben zu Würzburg 1848, Freising 1850, Würzburg 1853, Augsburg 1854 und wiederum zu Freising 1888 an die Krone ergingen. Eine Cumulativeingabe der bayer. Bischöfe und Bistumsvorstände in dem nämlichen Betreffe aus der Zeit vor der Errichtung des Concordats war bereits im Jahre 1816 erfolgt.

A. Lehraufgabe.

§ 12. Die Zeit von 1804 bis 1808.

Die im vorhergehenden Hauptabschnitte eingehender gewürdigte Reformation des höheren Schulwesens in Bamberg hatte mit der Errichtung einer Einheitschule geendigt. Dieselbe umfaßte unter der dehnbaren Bezeichnung „Lyceum“¹⁾ einen niederen Lehrkurs, bestehend aus 4 Gymnasialklassen, und einen höheren, dargestellt durch die philosophische Vorbereitungsklasse und die beiden Jahrgänge der Philosophie, an die sich sodann der 3jährige Cötus der Theologie anreichte. Außerhalb des Rahmens stand die als Unterstufe notwendige „Vorbereitungsschule“ mit 2 mal 2 Kursen. Deren Besuch war für alle zum Eintritte in das „Lyceum“ abspirierenden Jünglinge obligatorisch. Dagegen stand merkwürdigerweise die bloße Teilnahme am Unterrichte in den „Realfächern“ d. h. den nicht sprachlichen und nicht philosophischen Fächern des niederen Lehrkurses (des Gymnasiums) jedermann als Hospitanten offen, gleichgiltig, ob und welche Vorbereitung er genossen hatte²⁾.

Die so getroffene Organisation hatte ihre Wurzeln teils in den kurf. Sch.D. vom 1. Sept. 1777 und 30. Aug.

¹⁾ Vgl. über die mehrfache Bedeutung dieses Begriffes § 8.

²⁾ Gemäß dem Vorschlage von Direktor Bap, welcher in seinem vom 19. Sept. 1803 datierten schriftlichen Organisationsentwurf diese Einrichtung als für Bamberg dringend wünschenswert bezeichnet hatte und mit ihm als einem der wenigen Punkte seiner originalen Forderungen durchgedrungen war. Bap' Absicht wird verständlicher, wenn man bedenkt, daß er als Direktor des Schulganzen zugleich die Oberaufsicht über die Sonn- und Feiertagschulen der Stadt Bamberg erhalten hatte. Auch mochte ihm als gutem Kenner der altbayerischen Schulverhältnisse die kurf. B. D. vom 24. Sept. 1799 — v. Seydel I, 149 — nicht unbekannt gewesen sein, wonach die *humaniora* zu Gunsten einer allgemeineren realen Bildung zurückgedrängt werden sollten. Vgl. Bap, 7, 8 u. 11.

1782, um so gewisser aber auch in den Grundzügen des v. Fraunberg'schen Schulnormativs des 27. Aug. 1804^{*)}, als sie bereits auch auf dessen einschneidendste Neuerung auf schultechnischem Gebiete, auf die Einführung des Fachlehrsystems, Bedacht genommen hatte⁴⁾. Immerhin wurde sie durch die Inkraftsetzung des genannten Normativs, welches unter dem 15. November 1804 in Wirksamkeit trat, in einigen Punkten modifiziert. Nach demselben wurden nämlich unter dem gemeinsamen Namen der „Mittelschule“ 3 Triennialkurse gebildet: ein erster, ungefähr das Pensum der bisherigen Vorbereitungsschule umfassend — für die Zwecke des niederen Bürgertums; ein zweiter, ungefähr die Aufgabe des früheren Gymnasiums umschließend — für die Bedürfnisse des höheren Bürgerstandes; und endlich ein dritter, den alten philosophischen Vorbereitungskurs und die 2 philosophischen Jahre umspannend — für die Ziele der Gelehrten und insbesondere als „Vorschule zur Universität“⁵⁾. An den 3. Triennialkurs schloß sich endlich an der Kursum der Theologie.

Dieser war dem Wortlaute des § 15 der neuen Sch.D. nach nicht mehr zur Mittelschule zu rechnen, sondern als „besondere Bildungsschule“ zu betrachten, deren Einrichtung durch eine „demnächstige“ Allh. Entschließung näher dar-

*) Dasselbe ist auch unter dem Namen des Wislmayer'schen bzw. Montgelas'schen Normativs bekannt geworden. — Obgleich v. Fraunberg zusammen mit Wislmayer die Einrichtung der Schulen in Bamberg — vgl. § 9 — gerade im November 1804 persönlich betrieb, ließ er eine deutliche Signierung der Abkunft des Normativs doch nirgends in die Erscheinung treten.

⁴⁾ Bag, 8 u. 9.

⁵⁾ Mit dieser Fusion der niederen und höheren Schulen zu einem einzigen Lehrganzen war man eigentlich wieder zu dem Princip der Ordensschule zurückgekehrt, das man durch die Trennung des Gymnasiums von den philosophischen Klassen der Hochschule, wie sie an der Wende des 18. Jahrhunderts — in Würzburg z. B. 1790, in Bamberg 1802 — erfolgt war, deutlich perhorresciert hatte.

gelegt werden sollte. Er war jedoch von alters her mit dem nunmehr als Teile des neuen „Lyceums“ figurierenden beiden philosophischen Klassen unter dem nämlichen charakteristischen Namen zusammengebaut gewesen, indem er diese Klassen als Stufe und Stütze zugleich beansprucht hatte. Daher konnte es nicht ausbleiben, daß noch immer, allerdings nur einige Jahre hindurch andauernd, mit dem Ausdrücke „Lyceum“ die bereits charakterisierte mehrfache Bedeutung^{o)} verbunden blieb, indem man behördlicherseits zumeist an der neuen, umfassenderen Definition festhielt, während die Allgemeinheit und sogar die Rektorate selbst gewöhnlich den älteren und engeren Begriff hervorkehrten.

Natürlich waren im Sinne des soeben eingeführten Schulnormativs, das unterm 12. Nov. 1805 noch einen „Nachtrag“ erfuhr, alle Studienanstalten mit weniger als 3 Triennialkursen unvollständige Anstalten. Nun hielt man aber laut § 41 desselben, an dem „allgemein verbindenden Gesetze“ fest, den Uebergang sowohl zur 2. Klasse des 3. Triennialkursus (zum früheren 1. philosophischen Kurs) als auch direkt zur Universität abhängig zu machen von dem „erfolgreichen“ Besuche der 1. Klasse eben dieses Triennialkurses (des weiland philosoph. Vorbereitungskurses). Man war daher, um die unvollständigen Schulen mit dem natürlichen Abschlusse zu versehen, gezwungen, an dieselben die letztgenannte Klasse als oberste anzufügen oder wenigstens deren Anschluß in Aussicht zu stellen und damit eine Maßnahme zu bethätigen oder zu erstreben, welche schon aus formalen Gründen mit der Idee der Triennialkurse nicht gut in Einklang zu bringen war. Die unvollständigen Schulen, für welche der Name „Gymnasium“ beibehalten blieb,

^{o)} Vgl. § 8. Neben der Bezeichnung „Lyceum“, wie sie für den Inbegriff des Gymnasiums und Philosophicums adoptiert worden war, begegnet man auch — Reg. Bl. 1803, 174; 1804, 155 — dem im nämlichen Sinne gebrauchten Ausdrucke „lateinische Schule“.

wurden der Leitung eines Gymnasialrektors anvertraut, die vollständigen dagegen, die „Lyceen“, einem Lycealrektor unterstellt. Nur für sehr stark frequentierte Lyceen war neben diesem, und zwar für die unteren Triennialkurse, auch noch ein Gymnasialrektor in Anschlag genommen worden.

Der von Fraunberg'sche Schulplan wurde in Bamberg übrigens nach 1 Jahre schon modificiert, indem man die zwei unteren Triennialkurse doch wieder, und zwar in zwei untere oder Real- und 4 obere oder Gymnasialklassen spaltete, den 3. Triennialkurs in die alte Form des Vorbereitungskurses und des biennium philosophicum umgoß und in den 3 Kursen des 1. Trienniums das Fachlehrerprincip zu Gunsten des Klassenlehrersystems redressierte.

Nach zwei weit ren Jahren wurden sodann die Bezeichnungen „Realklassen“ fallen gelassen und diese letzteren mit den bisherigen 4 Klassen des Gymnasiums zu 6 Gymnasialklassen vereinigt. Während aber derlei Umformungen mehr äußerlicher Natur waren, der nämlichen Art etwa, wie sie der von Fraunberg'sche Schulplan an dem im Säkularisationjahre original gegründeten Bamberger Lyceum verursacht hatte, brachte die neue Sch.O. v. 3. Nov. 1803 einschneidende organische Aenderungen.

Die wesentlichste derselben war die Auflösung der Einheitsschule für die höheren Klassen. Nur für die 4 untersten Jahrgänge, welche nunmehr unter den Namen der „Primärschule“ zusammengefaßt wurden, blieb der Unterricht gemeinsam; die „Sekundärschule“ teilte sich in das „Progymnasium“ und die „Realschule“ mit je 2 Jahreskursen, während die dritte Stufe, das „Studieninstitut“, diese Bifurkation in dem „Gymnasium“ und dem „Realinstitut“⁷⁾

⁷⁾ Bayern besaß zu jener Zeit 2 Realinstitute, je 1 in Augsburg und Nürnberg. — Der Name „Studieninstitut“ kam übrigens damals auch in anderer Bedeutung vor, nämlich zur Bezeichnung von Lyceum und Gymnasium als Einzellörper des höheren Schulwesens.

(„polytechnische Schule“) mit je 4 Klassen weiter fortsetzte. Von den beiden letzteren Anstalten erfolgte dann der Uebertritt auf Grund bestandener Absolutorialprüfung direkt an das Lyceum oder die Universität. Der bisherige philosophische Vorbereitungskurs wurde aufgehoben, mit der Wirkung, daß die in ihm behandelten mathematischen und philosophischen Disciplinen dem Gymnasium überwiesen wurden. Das materielle Facit der Neuordnung der Mittelschulstudien bedeutete sonach eine Ausdehnung derselben von 9 Jahren auf ein volles Decennium.

Dem Begriffe „Lyceum“ wurde von nun ab wieder die ältere Definition unterlegt einer aus je einer philosophischen und theologischen Abteilung bestehenden Lehranstalt, und letztere ausdrücklich als der Universität parallel stehend und diese surrogierend bezeichnet^{*)}. Hiemit war aber deren Scheidung von dem Gymnasium definitiv und officiell vollzogen,

*) Es wird im Nachstehenden erwiesen werden, daß der Parallelismus nur bezüglich weniger Momente vollkommen vorhanden, im allgemeinen aber durch eine förmliche Divergenz ersetzt war. Die Losschälung des Lyceums vom Gymnasium hatte keineswegs eine wesentliche Annäherung des ersteren an die Universität zur Folge. Das Haupthindernis für eine solche bestand darin, daß dem Candidaten des Lyceums 2 Jahre Philosophiestudium vorgeschrieben waren, wogegen der Universitätsstudierende nur 1 Jahr Philosophie zu hören hatte. Und nicht genug dieser „inferioren“ Behandlung des Lyceums suchte man, wie in den §§ 29 a u. b näher auseinandergelegt werden wird, die ihm trotzdem verbliebenen Philosophiecandidaten durch Erleichterung der Uebertrittsbedingungen, durch Befreiung von Prüfungen u. s. w. zur Universität herüberzuziehen. Ungeachtet dieser übermächtigen Concurrenz war es den Lyceen jedoch nicht nur gegönnt, ihre beiden philosophischen Kurse zu behaupten, sondern sogar der Einrichtung des 2jährigen Philosophicums zu einem allgemeinen Siege zu verhelfen, und schließlich, allerdings getragen durch besondere Erweise königlicher Gunst, ihr System als Prototyp gewürdigt zu sehen für den in den 40er Jahren geplanten Ausbau des höheren Schulwesens in Bayern. Vgl. außer den citierten §§ noch die §§ 20, 23 und 24.

nachdem sie bereits durch das organisatorische Edikt vom 15. Sept. 1808 über die Trennung und Neuconstruierung der Rektorate vorbereitet worden war.

Die Rektorate selbst wurden dabei durch das letztere in Form je eines Dreikörperssystems aufgerichtet: der Rektor, der Vorstand des Rektorats, wurde regierungsseitig ernannt, dagegen unterlagen die beiden „Rektoratsassistenten“ in 2jährigem Turnus der freien Wahl der Professoren. Die Formierung der Rektorate und Lehrkörper der beiden Bamberger Anstalten erfolgte mit Allh. Signat vom 4. Nov. 1808.

§ 13. Die Zeit von 1808 bis 1833.

Durch diese unterm 2. Jan. 1809 in Wirksamkeit getretene — Nietthammer'sche — Neuorganisation bestanden die beiden Schulsysteme des Gymnasiums und des Lyceums i. e. S. nunmehr nicht nur, wie es nach der v. Fraunberg'schen Sch.D. von 1804 zuweilen gestattet war, aus Opportunitätsrückichten, sondern dem Wesen nach getrennt neben einander. Doch erinnerte in der Folge noch eine ganze Kette von Gevlogenheiten und Thatsachen an die gemeinsame Abstammung, so die Verleihung des Gymnasialrektorats als Nebenfunktion an einen Lycealprofessor¹⁾, die gelegentliche Wiedervereinigung beider Rektorate, unter Einer Direction²⁾, die gemeinsame Ausgabe der Jahresberichte³⁾, die

¹⁾ So wurde unterm 29. Sept. 1821 das erledigte Rektorat des Gymnasiums Bamberg dem Lycealprofessor Dr. Steinrud daselbst übertragen, der es unter Beibehaltung des Titels „Lycealprofessor“ gewissermaßen *à la suite* des Lyceums weiterführte, um neben demselben in dem Decennium von 1824 bis 1834 seine frühere Lehrthätigkeit an letzterer Anstalt wieder aufzunehmen.

²⁾ Aus der Bamberger Schulgeschichte ist hier einschlägig das Intervall zwischen 1840 und 1847, innerhalb dessen Lycealrektor Dr. Rüttinger zugleich das Gymnasialrektorat inne hatte. Weitere Beispiele bieten die Einzelgeschichten wohl aller Lyceen. Derartige Ernennungen hatten zur rechtlichen Grundlage die im Folgenden noch

gemeinschaftliche Abhaltung der Gottesdienste und Schulfeierlichkeiten, die Gleichheit der Embleme der Uniformen je der Rektoren und Professoren, der sogenannte Programmzwang für die Lehrer, die Uebereinstimmung oder doch Ähnlichkeit der Disciplinar- und Prüfungsvorschriften und der Qualifikations- und Lokationsysteme für die Schüler, die beiderseitige Unterordnung der Schulen unter die R. Kreisregierungen u. s. w.⁴⁾, endlich die Wiederherstellung einer förmlichen Brücke zwischen beiden Bildungsstätten von der beiläufigen Bedeutung des ci-devant philosophischen Vorbereitungskurses, wie er bis zum Studienjahr 1808/9 existiert hatte, durch den die Niethammer'sche Ordnung umstoßenden sogen. Mieg'schen Schulplan vom 10. Oktober 1824.

Die Einführung des letzteren war die natürliche Folge der durch das Niethammer'sche Regulativ geschaffenen ab-

zu besprechende Allg. E. vom 30. Nov. 1833 über den Fortbestand der 4. Gymnasialklasse, wonach die Rektoren der Gymnasien aus der Reihe entweder der Professoren oder „sonstiger, mit akademischen Studien und entsprechenden Kenntnissen versehener Männer“ gewählt werden konnten. Vgl. hierüber auch den Abschnitt VII dieser Abhandlung.

⁴⁾ Diese Gemeinsamkeit erstreckte sich für Bamberg bis zum Ende des Studienjahres 1878/79, für andere Lyceen, z. B. Dillingen, bis zur neuesten Organisation zu Beginn der 90er Jahre. Sie bietet einen um so merkwürdigeren Beleg für die noch erhaltene Erinnerung historischer Association, als ihr die Ungleichheit der Ferien, die Unbequemlichkeit der Redaction und ähnliche äußere Umstände durchaus hinderlich sein mußten. Sie fand ihr officiellcs Begräbniß durch eine M. E. vom 8. Okt. 1891.

⁴⁾ Diese Elemente gelangen alle im einzelnen in den §§ 41, 44, 46, 50, 51 u. 59 bis 62 zur Würdigung. Einen weiteren sprechenden Beleg für die auch später noch fortdauernde Auffassung einer Art natürlicher Zusammengehörigkeit von Lyceen und Gymnasien erbrachte eine M. E. vom 3. Febr. 1845, worin gelegentlich der concreten Festsetzung eines Rangverhältnisses die genannten Anstalten neuerdings als ein „organisch verbundenes Ganze“ definiert wurden — Döllinger 24, 409.

normen Steigerung der Ansprüche an die Mittelschule und der hieraus resultierenden Reaktion. So wenig nämlich das Normativ aus den in F. N. 8 des vorhergehenden Paragraphen angegebenen Ursachen die Lyceen auf die von ihm selbst bezeichnete hohe Stufe zu heben vermochte, so wenig errang es sich bei allen jenen Beifall, welche an der Einrichtung des Gymnasiums und dessen Vorkurse interessiert waren: setzte es doch die gesamte Studienzeit eines Universitätsabiturienten auf 14, jene eines Lycealabiturienten sogar auf 15 Jahre fest! Vergebens versuchten 2 Nachträge von höchster Stelle, vom 25. Juli 1810 bezw. vom 21. Jan. 1813 datiert, ihm Stütze zu verleihen: es fiel im wesentlichen mit der Allh. B.D. vom 28. Sept. 1816. Die letztere verwies nämlich die philosophischen Elementarfächer vom Gymnasium wieder zum Lyceum und zur Universität zurück und reducierte durch Kürzung der Primärschule um 2 Klassen das Mittelschulstudium um ebensovielen Jahre. Durch diese Maßnahmen, von denen die erstere die vollständige Auflassung des Fachlehrersystems bewirkte, entzog sie einer Reihe von Klagen den Boden, welche wohl ihren prägnantesten Ausdruck in einem unterm 30. Juli 1816 erfolgten Gutachten der theologischen Fakultät der Universität Landshut über den Priester-mangel⁵⁾ gefunden hatten.

Freilich war der Sprung nach rückwärts zu unvermittelt und zu groß gewesen! Schon nach 1 Jahr sah man sich daher — mit höchstem Erlaß vom 9. Nov. — gezwungen, an die 2 übrig gebliebenen Klassen der Primärschulen wieder eine 3. anzuhängen. Aber auch oben mußte reformiert, es mußte insbesondere der philosophische Kursus an der Universität, dem man soeben auch den Unterricht in den philosophischen Vorbereitungs-wissenschaften zugeeignet hatte, notwendig wieder entlastet werden. Und dieses eben sollte durch

⁵⁾ Dieses Gutachtens wird noch öfter gedacht werden, und zwar hauptsächlich in den §§ 24,32 und 37 b.

die bereits citierte Sch.D. vom 10. Okt. 1824 bezweckt werden, welche sich bescheiden nur als „Ergänzung“ der Riethammer'schen Ordnung bezeichnete, aber aus dieser doch wesentlich neue Formen erstehen ließ.

Die für das Lyceum bemerkenswerteste gründete in der Bestimmung, daß fernerhin der Uebergang vom Gymnasium zur Universität nicht mehr direkt erfolgen solle, sondern durch das Lyceum bezw. dessen ersten philosophischen Kurs hindurch⁶⁾. Der letztere erschien also als Uebergangsstufe zwischen Mittel- und Hochschule. Er hatte organisch das Gymnasium zu vervollständigen⁷⁾ und sollte darum an allen Orten, an denen sich neben dem Gymnasium ein Lyceum nicht befand, neu geschaffen und dem ersteren als eine förmliche Oberklasse unter dem Namen „Lycealklasse“ angefügt werden⁸⁾, und zwar unter der Jurisdiktion des Gymnasialrektorats, welches in diesem Falle sich zum Studienrektorat erweiterte⁹⁾. Dafür wurden die bisherigen vier

*) Nur den Abiturienten von 1823/24 war die Wahl noch gelassen worden, entweder sogleich zur Universität überzutreten und dort 4 Jahre zu studieren oder die Lycealkasse bezw. den 1. philos. Lyceumskurs und darnach 3 Jahre die Hochschule zu besuchen.

*) So bezeichnete ihn eine M. E. vom 6. Mai 1832 als „Fortsetzung des Gymnasiums“. Döllinger 9, 332.

*) Der Erlaß sprach von der Gründung „wenigstens Einer“ Lycealkasse, stellte also den Interessenten d. i. den Städten die eventuelle Errichtung zweier Lycealklassen in dem nämlichen Sinne frei, in welchem die spätere B. D. und E. vom 30. Nov. 1833 und 3. Febr. 1834 über die Neueinrichtung der Lyceen hiezu aufforderten. Der Grund, warum der Rat nirgends befolgt wurde, dürfte einerseits in dem Mißverhältnisse zu suchen sein zwischen den großen Kosten und dem geringen Nutzen, welchen die 2 Klassen im Gefolge hatten, andererseits aber gewiß auch in der Instabilität des Schulwesens jener Epoche. Die schleunigste Anfügung der Einen Klasse jedoch wurde den verantwortlichen Organen durch die Ausführungsbestimmungen zur Sch. D. zur unverweigerlichen Pflicht gemacht. Vgl. übrigens die nachfolgende F. N. 11.

*) Laut M. E. v. 22. Juli 1825. Die Constatierung der Reise zum Uebertritt in die Lycealkasse oder das Lyceum erfolgte durch ein Gymnasial-, zum Uebertritte auf die Universität durch ein „Lyceal-Absolutorium.“

Gymnasialklassen mit den 2 Klassen des Progymnasiums unter Aufhebung dieses Instituts zu' dem Gymnasium im weiteren Sinne mit 5 Klassen vereinigt. Das gymnasiale Gesamtstudium blieb also unter Einbeziehung der wieder 2klassig gewordenen Vorbereitungsschule neuerdings auf 8 Jahre beschränkt.

Eine lange Lebensdauer war freilich der Lycealklasse nicht beschieden¹⁰⁾. Der Thiersch'sche Schulplan vom 8. Febr. 1829 brachte sie definitiv zu Fall¹¹⁾, indem er die direkte Brücke vom Gymnasium zur Universität wiederher-

¹⁰⁾ Die Institution war nicht Fisch und nicht Fleisch. Die Lehrweise war teilweise der Hochschule, teilweise dem Gymnasium entlehnt, ebenso das Lehrpensum. Neben Religion, Geschichte und Mathematik figurierte als einziges rein philosophisches Fach Logik. Trotzdem sollten die Schüler, den Wünschen zweier M. E. — vom 30. Okt. 1824 und 30. Okt. 1825 — entsprechend, in den „philosophischen Fächern“ soweit gebracht werden, daß sie ohne Anstand in den 2. philos. Kurs der Lyceen oder die philosophische Fakultät der Universitäten eintreten könnten — eine Vorstufe, welche nach Vorstehendem ebenso schwer verständlich ist, als die förmliche Gleichstellung der Lycealklasse mit ihren 4 Nominalfächern und 3 Professoren gegenüber dem 1. philos. Jahrgang des Lyceums, der eine weit größere Anzahl von Lehrsparten und meist auch von Professoren aufwies. Dieser Auffassung gab in der That eine Vorstellung des Lyceumsrektors Bamberg vom 29. Nov. 1825 zur höchsten Stelle bewerkenswerten Ausdruck. S. auch die folgende F. N. 16.

¹¹⁾ Lycealklassen bestanden an folgenden Orten und für folgende Zeitintervalle: Ansbach 1824—29; Augsburg, Simultangymnasium, 1824—28; Augsburg, St. Stephan, 1828—29; Bayreuth 1824—29; Erlangen 1825—26; Rempten 1824—26; Neuburg a. D. 1824—26; Nürnberg 1825—27; Passau 1824—29; Speier 1824—29; Würzburg 1824—26 und Zweibrücken 1824—29. Die Professoren führten den Titel „Lycealprofessor“. Dieser wurde ihnen auch nach Auflösung der Klassen laut Mh. E. vom 8. Febr. 1829 weiter belassen. — Aus der vorstehenden Aufzählung ist ersichtlich, daß nicht einmal der in F. N. 8 bezeichneten Aufforderung zur Gründung wenigstens 1 Lycealklasse allwärts entsprochen wurde bezw. entsprochen werden konnte.

stellte. An die Stätte der Lycealklasse trat dabei eine weitere, neugegründete Gymnasialklasse, welche nach dem Mieg'schen Normativ die Nummer VI zu tragen gehabt hätte, aber als IV. Klasse bezeichnet wurde, nachdem man die zwei untersten der bisherigen 5 Gymnasialklassen an die Vorstufe verwies und mit den zwei bereits vorhandenen Jahrgängen der letzteren zu einem 4klassigen besonderen Lernkörper vereinigt hatte. Der Uebergang von der alten zu der neuen Studienordnung sollte übrigens ganz allmählich erfolgen. Es sollten nämlich die bisherigen Gymnasialklassen I und II förmlich ausfallen, sobald sie durch Vorrücken ihrer Schüler leer geworden, die unterste vom Schuljahre 1829|30, die folgende von 1830|31 ab. Dafür hatten die Schüler der seitherigen 2klassigen Vorbereitungsschule in die dritte bezw. vierte neugebildete Klasse dieser Schule einzurücken, so daß im Jahre 1831|32 die neu errichtete I. Gymnasialklasse ins Leben treten und beide Schulen in Verbindung setzen konnte. Im Jahre 1833|34 hätten ihre Zöglinge in die III., im Jahre 1834|35 in die IV. Gymnasialklasse jetziger Formation gelangen müssen.

Diese letztere Klasse war aber thatsächlich schon früher errichtet worden, und zwar erstmalig im Jahre 1830|31, nachdem man in dem Uebergangsjahre 1829|30 noch einmal den Schülern der bisherigen Oberklasse (V alt) den direkten Eintritt zum Lyceum oder zur Universität auf Wunsch ihrer Eltern und Vormünder gestattet hatte, allerdings mit der Zulage eines um 1 Jahr längeren philosophischen Studiums an diesen Bildungsstätten. Sie diente sonach als Interimsklasse für die Gymnasialisten älterer Ordnung und mußte naturgemäß — da das philosophische Lycealstudium auf 2 Jahre fixiert blieb, das philosophische Universitätsstudium aber ebenfalls von einem Jahre auf ein biennium ausgedehnt

wurde¹²⁾ — auf ein Jahr zu jener Zeitepoche fixiert werden, zu welcher der letzte Cötus dieser Kategorie das Gymnasium verlassen hatte, was sich im Jahre 1833|34 ereignete. Und wirklich erlitten die Lyceen, welche ja von jeher auf die heimischen Gymnasien als natürliche Rekrutierungsbezirke angewiesen waren, einen vollständigen Ausfall des 1. philos. Kurses im Studienjahre 1834|35. Für Bamberg speciell setzte sich dieser Ausfall auch für die 4 nächsten Jahre fort, indem für die Zeit von 1835|36 bis 1838|39 nach einander sowohl der 2. philos. Kurs wie jeder der 3 theologischen Jahrgänge aus natürlichem Mangel an Hörern suspendiert werden mußte.

Merkwürdigerweise aber war die Sistierung der Interimsoberklasse nicht auf das Jahr 1834|35 allein beschränkt: es mußte vielmehr an zahlreichen Orten diese Klasse für das ganze Uebergangsintervall von 1830|31 bis 1833|34 aufgelassen werden. Freilich nicht infolge der Ausführung irgend welcher in der Sch. D. vom 8. Febr. 1829 begründeter organisatorischer Maßnahmen, sondern gleichfalls aus Mangel an Schülern — in Konsequenz einer den Gymnasialisten älterer Ordnung anheimgegebenen freien Wahl. Es wurde nämlich der Thiersch'sche Schulplan, nachdem sich „hochachtbare Stimmen“ gegen ihn erhoben hatten¹³⁾, bereits unterm 13. März

¹²⁾ Durch die in jene Zeit fallende Neuausgabe der Universitätsstatuten vom 26. Nov. 1827. Vgl. §§ 29 a und b.

¹³⁾ Ein Hauptbedenken, wenigstens in Lycealkreisen, richtete sich gegen die Bestimmung der Sch. D., wonach nicht mehr als 40 Schüler in eine Gymnasialklasse aufgenommen werden sollten. Man fürchtete eine starke natürliche Reduktion dieser Zahl für die Oberklasse und demgemäß nicht nur eine Abnahme der Zahl der Theologiestudierenden, sondern auch eine mißliche Concentration der Ärmern, auf Stipendien angewiesenen Gymnasialisten in der philos. Section des Lyceums. In diesem Sinne hatte das Bamberger Lyceumsrektorat Allerhöchsten Orts mittels Eingabe vom 27. Oktober 1824 dringliche Vorstellung erhoben.

1830 einer umfassenden Revision unterzogen, die zum Theile mit einer direkten Verfehrung seiner Bestimmungen gleichbedeutend war. So wurde trotz der Aufrichtung der neuen Oberklasse als einstweiliger Interimsklasse und Uebergangsstufe zur Universität den Schülern der nächstniedrigen, der nunmehrigen III., der früheren V. Gymnasialklasse gestattet, nach bestandener „Schlußprüfung“, wenn auch nicht zur Universität, so doch an das Lyceum überzutreten, dessen erster philosophischer Kurs in diesem Falle die Interimsklasse ebenso ersetzte, wie er früher die Lycealklasse vertreten hatte.

Daß von dieser Erleichterung an vielen Orten die Mehrzahl, an anderen die Totalzahl der Schüler Gebrauch machte, ist wohl nicht wundernswert. Im Schoße des Ministeriums regte sich daher — vgl. die M. E. vom 11. Juli 1833 — der Gedanke, ob es nicht besser sei, das Gymnasium mit der III. Klasse abzuschließen¹⁴⁾. In der That blieb auch nur entweder dieser Weg übrig, oder aber die direkte Aufhebung des betreffenden Paragraphen der revidierten Sch. O. vom 13. März 1830 und damit die Wiederherstellung des status quo ante 1824. Die letztere Ansicht drang durch. Nachdem bereits die Allh. E. vom 23. Nov. 1832 über die Prüfung an den Universitäten durch eine vorbereitende Bestimmung über das Gymnasialabsolutorium die baldige Wiederaufrichtung der IV. Gymnasialklasse hatte

¹⁴⁾ Für diesen Fall sollten von den Absolventen der III. Gymnasialklasse die Katholiken zum Lyceum oder zur Universität, die Protestanten zur Universität übertreten dürfen. Den im Besitze vollständiger Gymnasien künftiger Ordnung befindlichen Stadtgemeinden aber sollte die Errichtung je eines philosophischen Kurses identisch dem ersten philosophischen Jahrgang der Lyceen auf ihre Kosten gestattet sein. — Dieses Projekt, das aus den im Texte angegebenen Gründen nicht zu Stande kam, bedeutete eigentlich nichts anderes als eine Umformung des paritätischen Charakters der philosophischen Abteilungen der Lyceen in den specifisch katholischen. Ueber die confess. Verh. s. Abschn. III C.

vermuten lassen, erfolgte solche durch die Allh. E. vom 30. Nov. 1833 über eben diesen Gegenstand, indem der Besuch genannter Klasse wieder als obligat, als erste Bedingung vorgeschrieben wurde für den Uebertritt zum Lyceum oder zur Universität.

Zu dieser Reconstruction, welche allein geeignet war, dem im Vorstehenden geschilderten Wirrwarr ein definitives Ende zu bereiten, mag nicht zum wenigsten eine Darlegung des Regensburger Bischofs Michael v. Sailer beigetragen haben, welche derselbe im Jahre 1829 in einem Briefe¹⁹⁾ an den mit ihm befreundeten damaligen Minister des Innern Ed. v. Schenk gerichtet hatte. Der Bischof schien darnach gefürchtet zu haben, daß mit Auflassung der Lycealklassen, deren Bedeutung übrigens als vollgiltiges Surrogat für den ersten philosophischen Lycealkurs wohl nirgendwo anerkannt wurde²⁰⁾, das philosophische Studium an den Lyceen auf 1 Jahr beschränkt werden würde. Er bat deshalb den Minister in eindringlichen Worten, bei der absoluten Nothwendigkeit der Lyceen als Pflanzstätten des katholischen Priestertums diese für das philosophische Studium der Theologen unheilvolle Kürzung hintanzuhalten und den Mißstand, welchen die Vernachlässigung des Studiums der allgemeinen Wissenschaften nach sich ziehen müßte, abzuwenden. In der That gaben, wie wir gesehen, die Bestimmungen des Thiersch'schen Schulplanes nur allzubald kund, daß diese Befürchtungen des Bischofs nicht unbegründet waren. Formell allerdings nicht, denn der Bestand eines 2jährigen Philosophicums an den

¹⁹⁾ Dieser Brief findet sich, von der Hand des Erzbischofs v. Deinlein copiert, als Beilage in einem immediaten, im § 37 f. gewürdigten erz. Erlaß vom 12. Mai 1862 — Ord. Akten; er ist abgedruckt im Past. Bl. 1862, Nr. 32.

²⁰⁾ Vgl. die Bemerkung in F. N. 10. Das Ziel der Lycealklasse erreichte nicht einmal jenes der während des Intervalls von 1804 bis 1808 errichtet gewesenen philosophischen Vorbereitungs-Klasse, wie ein Blick auf das im § 16 dargestellte Lehrprogramm der letzteren ersehen läßt.

Lyceen war nicht angetastet worden — wohl aber dem Wesen nach, indem ja der eben genannte Schulplan den Uebtritt vom Gymnasium zum Lyceum bereits nach Beendigung der III. Gymnasialklasse gestattet hatte. Nachdem allersorts von dieser Erlaubnis der unumschränkste Gebrauch gemacht wurde, war freilich der erste philosophische Jahrgang des Lyceums zur bloßen (IV.) Gymnasialklasse herabgedrückt und eine fruchtbare philosophische Durchbildung der übertretenden jungen Leute unmöglich geworden. Immerhin dauerte es noch einige Jahre, bis man sich von der Unzulänglichkeit, ja Widersinnigkeit dieser Einrichtungen und von der Richtigkeit der Argumente Sailer's genugsam überzeugt hatte, um durch die oben erwähnte E. des 30. Nov. 1833 die getroffene Organisation wieder rückgängig zu machen.

§ 14. Die Zeit von 1833 bis 1849.

Das gleiche Datum des 30. November 1833 trägt eine Allh. B.O. über den Fortbestand der Lyceen, eine Verordnung, welche zusammen mit einer unterm 3. Februar 1834 erlassenen Reihe von Ausführungs- und Erweiterungsbestimmungen diesen Anstalten das Fundament verlieh, auf welchem bis in unsere Tage herein sämtliche Um- und Weiterbauten am Lehrgebäude derselben vorgenommen wurden. Nach ihr waren (und blieben) die Lyceen „Specialschulen für das philosophische und das katholisch-theologische Studium.“ Sie wurden als solche „hinsichtlich der Lehrgegenstände“ auf gleiche Stufe gestellt mit den betreffenden Fakultäten der Landesuniversitäten und in unvollständige und vollständige Lyceen unterschieden, je nachdem sie bloß eine philosophische oder auch eine theologische Section ihr eigen nannten. Beide Sectionen sollten je 2 Jahreskurse umfassen — eine Bestimmung, welche bezüglich der philosophischen Section ohne weiteres verständlich ist, hinsichtlich der theologischen Section aber insoferne zu einer Erklärung

herausfordert, als sie im Widerspruche zu stehen scheint mit eben der die B.D. des 30. Nov. 1833 ergänzenden und erläuternden M.E. vom 3. Febr. des darauffolgenden Jahres, welche ausdrücklich Anordnung trifft für die Verteilung des theologischen Lehrstoffes nicht auf 2, sondern auf 3 Studienjahre.

Der Gegensatz löst sich durch die Berücksichtigung der eigenartigen staatlichen Definition des Begriffes „theologisches Fachstudium“ in jener Epoche. Die beiden in Altbayern eingesessenen Lyceen Amberg und München besaßen nämlich wirklich nur 2 vollständige theologische Jahrgänge. Der vorgeschriebene 3. Jahrgang aber pflegte von den Theologiecandidaten an einem anderen Lyceum oder innerhalb eines geistlichen Seminars durchlaufen zu werden: von den Oberpfälzern in den bischöflichen Seminarien zu Regensburg oder Eichstätt, von den Ober- und Niederbayern zumeist im Georgianum zu Ingolstadt (später Landshut), teilweise auch am bischöflichen (damals mit 4 Jahreskursen ausgestatteten¹⁾) Lyceum zu Freising bezw. den Seminarien zu Eichstätt und Passau. Dieser dritte Jahrgang war es nun, welcher vom Staate als außerhalb eines engeren organischen Contactes mit den höheren Schulen — der Universität und dem Lyceum — stehend betrachtet und demgemäß als besonderer Kurs, als „Seminarkurs“, bezeichnet wurde.

Diese Josephinische²⁾ Auffassung, welche in der Ansicht wurzelte, daß zur ascetischen und pastorellen Erziehung der jungen Kleriker ein 1jähriger Seminarbesuch vollständig ausreiche, hatte gegen die Wende des 18. Jahrhunderts auch im Churfürstentume Bayern Eingang gefunden und in der Zeit der Säkularisation volles staatliches Bürgerrecht erstrebt. Sie begegnete aber hier teilweise dem alsbaldigen entschiedenen Widerspruche der kirchlichen Hierarchie³⁾ und blieb

¹⁾ Punks, 42.

²⁾ (Frey), 87.

³⁾ Am schärfsten spitzten sich die Verhältnisse in der Diocese Würzburg zu. Vgl. Braun, 346 ff.

denn auch thatsächlich für die neugegründeten Gyceen Vamberg und Dillingen außer Wirksamkeit, wenngleich vielleicht bei der Errichtung dieser Anstalten eine unwillkürliche Rücksichtnahme auf die dortselbst bereits bestandenen 3 theologischen Universitätskurse die Belassung des triennium theologicum noch besser gefördert haben mochte.

Da, wo das letztere freilich einmal rito instituiert war, übte der Staat umgekehrt zu gunsten der striktesten Einhaltung desselben scharfe Controle. So wurde, wie in den §§ 37 a bis c noch näher aneinandergesetzt werden wird, gerade in Vamberg die ministerielle Vorschrift, zur Aufnahme in das Klerikalseminar niemanden zuzulassen, der nicht die 3 vollen Studienjahre der theologischen Section des Gyceums (oder einer Hochschule) zurückgelegt habe, oft stärkstens urgirt. Abgesehen von allen durch diese Vorschrift erstandenen Zwistigkeiten und Weiterungen⁴⁾ bedeutete natürlich ihre bloße Aufrihtung eine schneidende Inconsequenz insoferne, als man eben einerseits mit der Anerkennung der Existenz eines 3. theologischen Kurses officiell zurückhielt und denselben höchstens unter der Flagge des „Seminarurses“ passieren ließ, andererseits den Eintritt in das Seminar aber oder doch die Erwirkung des landesherrlichen Tischtittels⁵⁾ hinwiederum von der vollständigen Absolvierung eines 3jährigen Studiums der Theologie abhängig machte, wie es eine über diesen Gegenstand abschließende Allh. B.D. des Jahres 1824⁶⁾, in Vamberg mitgeteilt durch Bekanntmachung der Regierung des Obermainkreises vom 13. Sept. jß. Jß., neuerdings bekräftigte.

⁴⁾ Hierüber in den §§ 37 a bis c.

⁵⁾ Cf. § 38.

⁶⁾ Der Verf. vermutet in dieser aus den Sem. Akten angezogenen B.D., deren genauere Signatur allerdings aus diesen Akten ebenso wenig erhoben werden kann, wie der Wortlaut der regierungsseitigen begleitenden Mitteilung, die in den §§ 37 c und 38 verzeichnete Allh. B.D. vom 26. Juli 1824. Dieselbe ließ die Bedingung des Nach-

Nach dem Gefagten kann also die Einteilung des *Lycealstudiums* in 2 mal 2 Jahreskurse durch die *Fundamentalverordnung* vom 30. Nov. 1833 nur so verstanden werden, daß der Begriff eines vollständigen *Lyceums* eine mindestens 2 Jahresklassen umfassende theologische Abtheilung voraussetzte. Das 3. Jahr, das vorher genannte „Seminarjahr“, oder, wie es auch noch genannt zu werden pflegte, das „Jahr der praktischen Ausbildung“, war dann in einem entweder separiert gelegenen oder aber an dem Orte eines mehrkurfigen *Lyceums* oder einer Universität befindlichen Seminar zuzubringen, in welch' letzteren Fällen die Seminaristen eben die theologischen Hörsäle der genannten Bildungsstätten zu besuchen pflegten.

Die vollständigen *Lyceen* waren für diejenigen Regierungskreise bestimmt, welche einen erzbischöflichen oder bischöflichen Sitz umschlossen, und sollten womöglich an diesem Orte forterhalten oder neu errichtet werden. Unvollständige *Lyceen* sollten an Orten, wo sie bereits bestanden, auch für die Zukunft bestehen bleiben, vorausgesetzt, daß die aus *Centralfonds* zu leistenden Mittel fernerhin noch für diesen Zweck verfügbar gemacht werden konnten. Dagegen wurde überall da, wo diese Mittel hinsichtlich der Personal- und Realeigengut eines *Lyceums* und seiner Attribute städtischerseits geleistet werden wollten, die Neueinrichtung eines solchen in Aussicht gestellt. Ein bloß 1jähriger philosophischer Kurs sollte nirgends geduldet werden, wie denn auch ein nur 1jähriger theologischer Jahrgang als Anhängsel an die philosophische Section verpönt war. Das Minimum

weist eines vollständigen *Absolutoriums* der 3 Theologiekurse behufs Erlangung der Seminaradmission fallen und bestand nur auf der Erbringung des genannten *Absolutoriums* zwecks Einholung des R. Titels. Für die im Texte gerügte Inconsequenz ist die eine oder andere Zweckbestimmung gleichgiltig, blieb doch die Thatsache der Forderung eines *triennium perfectum* bestehen!

der Zahl der Professoren wurde für die philosophische Abteilung auf 5, für die theologische auf 4 festgelegt.

Diese Grundsätze konnten freilich nicht allgemein in Pragis gesetzt werden. Bis heute ermangelten und ermangeln 2 Regierungsbezirke, Mittelfranken und die Rheinpfalz, des Besizes eines Lyceums der vorbesprochenen Art. Die Schuld hieran trug jedoch nicht etwa ein ausgeprägter Widerwille der Regierung gegen die eine oder andere derartige Neugründung, sondern der principiell ablehnende Standpunkt, auf den sich die Bischöfe von Eichstätt und Speyer, Graf v. Reischach und v. Weiss, der seinerzeitigen Bereitwilligkeit der Regierung gegenüber mit Berufung auf den Art. V des Concordats zurückgezogen hatten⁷⁾, nachdem die letztere als Bedingung für die Errichtung und Dotierung je eines Volllyceums das Ernennungsrecht der Professoren, wenn auch unter Zusagehung eines *placetum episcopale*, gefordert hatte.

Die Aufnahme in die übrigen nach den Motiven der B.D. vom 30. Nov. 1833 organisierten oder reorganisierten Schulen war bedingt durch mindestens die 2. Note im Gymnasialabsolutorium⁸⁾, der Uebergang von da zur Universität durch ein „Lycealabsolutorium“ mit der 1. Fleiß- und der 1. oder 2. Fortgangsnote⁹⁾. Der letztere konnte jedoch nur erst nach Vollendung des 2. philosophischen Kurses des Lyceums erwirkt werden; frühere Uebertritte von Lycealstudierenden zur Hochschule waren ausgeschlossen.

⁷⁾ Genauerer hierüber im § 24.

⁸⁾ Diese Bedingung war freilich keineswegs, wie man vermuten könnte, eine „melliorierende“ Maßnahme: die 2. Absolutorialnote war zugleich auch die letzte. Vgl. über die Bedingungen für den Eintritt in das Lyceum und über die gültigen Notensysteme die §§ 25 und 47.

⁹⁾ Näheres bezüglich dieses Ueberganges und der Noten s. §§. 29 b und 47.

Dieses Princip einer 2jährigen Carenzzeit wurde, nachdem es eine sehr geteilte Beurteilung erfahren hatte¹⁰⁾ und sowohl von den Studierenden als auch von den Schulbehörden in praxi vielfach durchlöchert worden war, mit Allh. E. vom 20. Juli 1840 zu Gunsten der Uebertrittsmöglichkeit nach Semestern wieder aufgelassen¹¹⁾. Dagegen blieben die übrigen Verfügungen zum größten Teile in Kraft, bis sie nach 16jähriger Dauer zumeist in jenem Augenblicke hinfällig wurden, in welchem das philosophische Vorstudium von 2 Jahren auf 1 Jahr herabgesetzt und der Nachweis des Bestehens staatlich angeordneter regelmäßiger Prüfungen auch aus diesem einjährigen Kursus den Studierenden gemeinhin erlassen worden war.

§ 15. Die Zeit von 1849 bis zur Gegenwart.

Den vorermähnten Zeitpunkt fixierte, nachdem eine vorbereitende M. E. vom 28. Sept. 1849 bereits die wichtigsten reformatorischen Verfügungen hatte ersehen lassen, die M. E. vom 13. November j. J. 33.¹⁾, welche, indem sie in die althergebrachte Gewohnheit des Prüfungs- und Studienzwinges eine breite Brezche legte, wohl als der markanteste Akt in der Geschichte der bayerischen Lyceen betrachtet werden muß. Erst durch die in ihr proklamirte größere Lehr- und Lernfreiheit wurde diesen Bildungsanstalten ein deutlicherer Stempel ihres Hochschulcharakters aufgeprägt,

¹⁰⁾ So sehr dasselbe geeignet war, die Zahl der Philosophie-studierenden der Lyceen effektiv zu vergrößern, indem es die einmal Immatrikulirten zu einem 2jährigen Aufenthalte zwang, so leicht mochte es durch diesen Zwang viele Gymnasialabiturienten vom Lyceum *a priori* fernhalten und zur Universität treiben. Ein sehr geringschätziges Urtheil über diese Lyceal-Organisation s. b. Reindl, 34.

¹¹⁾ Vgl. § 29b.

¹⁾ Häufig, jedoch zu Unrecht als R.V.D. bezeichnet. Vgl. den der F. N. 12 im § 17 unterliegenden Text.

freilich auf Kosten des intellektuellen Gewinnes der Studierenden, für deren allgemeine philosophische Durchbildung nur mehr ein einziges Jahr zur Verfügung gestellt wurde²⁾).

Eine förmliche Freigabe der Studien und der Studierenden im Sinne eines *laissez faire, laissez aller* erfolgte übrigens keineswegs. Den Philosophieandidaten, welche nicht Theologen werden wollten, waren zwar die Prüfungen zum Uebertritt in das Fachstudium erlassen worden, zur Inscription aber auf mindestens 4 ordentliche — 4 bis 6 wochenstündige — philosophische Collegien für das Semester, sowie zum „ununterbrochenen Hören“ derselben hatte man sie auch für die Zukunft verpflichtet. Allerdings war ihnen dabei die Wahl dieser 4 Pflichtfächer vollständig überlassen worden, während sie früher gehalten gewesen waren, alle in der

²⁾ Der Klagen über diese Minderung und ihre Konsequenzen — ausschließlich wie es scheint, kirchlichen und Lyceal-Kreisen entstammend — waren es sehr viele. Sie bewegten sich zumeist in dem Gedankengange des im § 13 erwähnten Briefes des Bischofs v. Sailer. Aber auch die Lernfreiheit wurde sowohl zur kritischen Zeit der Wende der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts, als auch späterhin, wo man deren für den Zugang zur Theologie nachteiligen Folgen besser zu überblicken vermochte, sehr abfällig kritisiert. — Zur Illustration dieser Behauptungen können u. a. dienen: der in J. N. 16 des § 27 b besprochene Widerstand eines Theils des Lehrerrats des Lyceums Regensburg; eine Vorstellung des erzö. Ordinariats Bamberg vom 5. Sept. 1849 zur K. Kreisregierung — Ord. Akten — worin besonders die Kürzung der philosophischen Studienzeit um die Hälfte beklagt, gleichwohl aber doch für die durchaus gleiche Behandlung von Lyceisten und Universitätsstudierenden plaidiert wird; ein Urtheil des Lycealrektors Gengler in Bamberg, niedergelegt in einem Berichte vom 5. Sept. 1850 an die oberkirchliche Stelle im nämlichen Sinne — *ibidem*; ein unterm 26. Okt. 1856 vom Ref. orat und Lehrerrat des Lyceums Dillingen erfolgter Anstoß — Lyc. Akten — zur Wiederherstellung sowohl des *biennium philosophicum* als der Uebertrittsprüfungen zu den Fachstudien in der Weise der 30er Jahre; eine Serie von Artikeln im Bamb. Post. Bl. 1849, Nr. 20; 1862 Nr. Nr. 11, 32, 3; 1863, Nr. Nr. 3, 9, 11, 34; 1865, Nr. Nr. 17 u. 18; 1866, Nr. 52. U. f. w.

philosophischen Section überhaupt statthabenden, nicht ausdrücklich als „fakultativ“ erklärten Vorlesungen ohne Ausnahme zu frequentieren.

Des ferneren fielen mit der nämlichen M. E. des 13. Nov. 1849 die bisher aufrecht erhaltenen Schranken des Prüfungszwanges und der Vorschriften für den Uebertritt der Lycealstudierenden (insbesondere der philosophischen Section) zur Universität, indem der letztere nunmehr ohne die einschränkende Bedingung der Erbringung des speciellen „Befähigungsnachweises“ beliebig am Schlusse eines jeden Semesters bewerkstelligt werden konnte.

Die Jahresberichte des Bamberger Lyceums bezeugen, daß weitaus der größere Procentsatz der Interessenten es vorzog, ein volles Jahr auf dem Lyceum zu verbleiben. Nachgerade aber ist es fast allen denjenigen Studierenden, welche nicht zur Theologie übertreten wollen, trotz des Wortlautes der allgemeinen Bestimmungen über die volle Einrechnung der Lycealsemester in das Universitätsstudium, unmöglich geworden, fernerhin noch 2 Semester Philosophie am Lyceum zu hören, indem die Sonderverordnungen über die Zulassung zu den medizinischen, juristischen und teilweise auch zu den Lehramts-Prüfungen die Gültigkeit der allgemeinen Normen geradezu aufheben oder doch wenigstens in Frage stellen.

So wurde durch Bundesratsbeschluß laut Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 2. Juli 1883 die Zulassung zur medizinischen Vorprüfung abhängig gemacht von dem Nachweise eines medizinischen Studiums von mindestens 9 Halbjahren auf Universitäten des deutschen Reiches. Nur denjenigen Medizinern, welche vor dem Sommersemester 1885 sich an einem bayerischen Lyceum immatrikuliert hatten, wurde laut nachträglicher analoger Bekanntmachung vom 2. April 1885 die an ihm durchlaufene Zeit noch für voll angerechnet. Von dem genannten Zeitpunkt ab entschwand aus den Matrikelbüchern der Lyceen

der cand. med., der sich bislang auf diesen Anstalten dem Studium eines Theiles der zum tentamen physicum benötigten Fächer³⁾ hatte unterziehen können, nunmehr vollständig⁴⁾.

Auch die „Juristen“, welche wenigstens auf dem Bamberger Lyceum von jeher ein relativ großes Contingent zu den Philosophiestudierenden zu stellen pflegten, ziehen es seit der ministeriellen Bekanntmachung vom 3. Mai 1897 bezw. der Allh. B.O. vom 4. Juli 1899, betreffend die Prüfungen für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst und die Vorbereitungen für diese Prüfungen, entschieden vor, sogleich vom Gymnasium zur Universität überzutreten. Die Ursache liegt in der Neueinführung einer in die Universitätszeit fallenden „Zwischenprüfung“, welche bereits nach 3 Semestern abgelegt werden kann, unter der nunmehrigen Voraussetzung, daß unter diesen Semestern 2 dem juristischen Fachstudium zugewendet worden waren. Diese Prüfung baldmöglichst hinter sich zu haben, wird der begreifliche Wunsch der meisten Rechtsandidaten sein. Darum hat es praktisch wenig Wert, wenn der Abs. 2 des § 9 der vom 6. Juli 1899 datierten ausführenden Bestimmungen zu der allegierten B.O. bezüglich der Anrechnung der am Lyceum zugebrachten Studienzeit in seiner Interpretation des conjugierten Abfages der B.O. selbst sich auf die §§ 29 und 30 der Universitätsstatuten vom

³⁾ Bezüglich des Admissionsexamens der Mediziner war unterm 30. Mai 1843 eine Allh. B.O. erschienen, welche von den Lycealstudierenden teilweise außer acht gelassen worden war, weil sie nicht ganz im Einklange stand mit den bisher geltenden Vorschriften über die am Lyceum zu hörenden Pflichtfächer. Daher wurden die letzteren mit M.E. vom 16. März 1845 in der Weise abgeändert, daß nunmehr den Candidaten der Medizin am Lyceum ausdrücklich Anthropologie und Psychologie vorgeschrieben, dagegen Archäologie, Aesthetik und Kunstgeschichte erlassen wurde. Lyc. Akten 1845.

⁴⁾ Auch die Studierenden der Zahnheilkunde und Pharmacie sind ausschließlich der Universität zugewiesen. M.E. vom 10. Juni 1891, betr. den Vollzug der Lycealsatzen vom 1. Juni ejd. a.

22. Febr. 1891 beruft und jene Anrechnung voll gewährleistet. Der junge Jurist wird sich mit Rücksicht auf die Zwischenprüfung höchstens herbeilassen können, 1 Semester Philosophie am Lyceum zu hören. Aber auch dieses dem letzteren indirekt noch gewährte Zugeständnis droht durch den Abs. 3 des nämlichen § 9 der besprochenen neuen Prüfungsordnung praktisch irrelevant zu werden, indem es nach demselben dem Jurisprudenzstudierenden gestattet ist, die 8 ihm vorgeschriebenen philosophischen Collegien in beliebigen Zwischensemestern, also auch nach der Ablegung der „Zwischenprüfung“ zu absolvieren^{*)}. Damit scheint der Standpunkt, wonach die Philosophie eine vorbereitende, einführende und grundlegende Wissenschaft bilden soll, de facto verlassen, und zwar zu Ungunsten der Frequenz der philosophischen Sectionen der Lyceen, die durch diese Positionsveränderung die traditionell überkommenen Studierenden des ersten Jahrgangs vielfach verlieren müssen, während sie von den „älteren Semestern“ überhaupt nicht mehr frequentiert zu werden pflegen^{*)}.

Weniger exclusiv dagegen verfahren mit den Lyceen die Bestimmungen, welche in der Allh. B.D. vom 21. Jan. 1895, betr. die Prüfungsordnung für das Lehramt an den humanistischen und technischen Unterrichtsanstalten, insbesondere aus den philologisch-historischen Fächern, der Mathematik und Physik, den neueren Sprachen, der deutschen Sprache, Geschichte und Geographie und endlich aus der Chemie und den beschreibenden Naturwissenschaften niedergelegt sind. Und doch sind auch einige der in dieser B.D. enthaltenen Paragraphen geeignet, in Lyceal-

*) Die allgemeine Grundlage für dieses Entgegenkommen bietet eigentlich der § 27 der Universitätsstatuten vom 22. Febr. 1891, wonach die 8 Philosophica innerhalb der 3 ersten Jahre des akademischen Studiums gehört werden dürfen.

*) Wenigstens nicht in deren Eigenschaft als Studierende mit voller Matrikel.

kreisen Bedenken oder doch wenigstens Zweifel aufkommen zu lassen. So insbesondere der Passus über den von dem Studierenden geforderten Nachweis des Besuches der „einschlägigen Seminare“. Wenngleich nun nirgends gesagt wird, daß ein solcher Seminarbesuch für alle Semester notwendig ist, und bislang ein Anstand gegen den Besuch der Lyceen seitens der Lehramtskandidaten von competenten Seite nicht erhoben wurde, so werden die letzteren Anstalten immerhin gut thun, falls sie auf die Frequenz von Nichttheologen Rücksicht nehmen wollen, ihrerseits durch Abhaltung und Errichtung von Colloquien und Seminarien in der philosophischen Section das Nötigste zu ergreifen, um auf dem Wege der Selbsthilfe einer übermächtigen Concurrenz gegenüber sich in diesem Punkte noch behaupten zu können.

Für die zur Theologie übertretenden Lycealstudierenden war zwar in der M.G. vom 13. Nov. 1849 eine Prüfung aus den philosophischen Fächern ebenfalls nicht mehr vorgesehen, sondern nur der Nachweis einer Mindestfrequenz von 8 philosophischen Collegien, indessen wurde es in das Belieben der Bischöfe gestellt, von den Reflektanten vor deren Eintritt in das Klerikalseminar die Unterordnung unter ein Examen beliebigen Umfangs zu verlangen — eine Befugniß, welche besondere oberhirtliche Classe für die einzelnen Lyceen zeitigte, für die Bamberger Anstalt einen erstmaligen solchen vom 21. März 1850⁷⁾.

Damit schien zunächst der staatliche Standpunkt, welcher sich in einer Betonung der Nothwendigkeit eines Absolutoralexamens für jedweden aus der Philosophie zum („Staats-“ oder) „Kirchendienst“ Ubertretenden gefallen hatte, principiell zu Gunsten der kirchenrechtlichen Reklama-

⁷⁾ Ueber die verschiedenen hier angezogenen Akte, sowie die einschlägigen kirchenrechtlichen und kirchenpolitischen Verhältnisse vgl. die besonderen Paragraphen des nachfolgenden Abschn. IV C.

tionen um den genauen Vollzug der Art. V. und XIII des Concordats gegenüber den in den §§ 76d, 77 und 78 des Religionsedikts niedergelegten Klauseln aufgelassen. Und somit eigentlich auch der bisherige Unterschied zwischen der *admissio ad theologiam* und der *admissio ad seminarium*, indem nunmehr der Erweis der Befähigung zum Eintritt in das Seminar gewöhnlich die Berechtigung zum Theologiestudium als selbstverständlich voraussetzte oder auch nach sich zog.

Eine noch stärkere Durchsetzung des Lycealsystems mit episcopalen Kompetenzen erfolgte sodann durch die in Beantwortung der bekannten Freisinger Denkschrift der bayerischen Bischöfe vom 20. Okt. 1850⁷⁾ und anderer bischöflicher Vorstellungen⁷⁾ erlassenen zwei M.E. vom 8. April 1852 und vom 9. Okt. 1854⁷⁾, welche beide geeignet waren, die bereits inaugurierten, der oberhirtlichen Jurisdiktion unterstellten Linien der klerikal-n Erziehung der Lycealtheologen erheblich zu verstärken.

Nachdem deren Grundzüge in Bamberg mehr denn 40 Jahre hindurch in Geltung verblieben waren, wurden sie teilweise modifiziert durch die generelle Revision der Lycealsatzungen vom 1. Juni 1891, welcher Akt den Lyceen neuerdings die Stellung von „Specialschulen für das philosophische und das katholisch-theologische Studium“ zuerkannte, wogegen allerdings eine schon citierte, leider nicht für die Öffentlichkeit bestimmte M.E. vom 10. Juni 1891⁸⁾ den Ausdruck „Specialhochschulen“ gebrauchte.

Die neuen Statuten ersehen nämlich wieder die Frage der Zulassung zum Klerikalseminar durch eine solche primär des Uebertritts zum theologischen Fachstudium. Der Unterschied zwischen beiden Begriffen ist in die Augen springend. Ob er freilich in seiner ganzen Schärfe so augenfällig hat stipuliert werden wollen, erscheint fraglich, um

⁷⁾ Lye. Akten 1891.

so fraglicher, als die Ziffer 2 des § 37 eben der genannten Satzungen für die Uebertrittsprüfungen zum letzteren Studium die „einschlägigen besonderen Bestimmungen“ maßgebend sein läßt, solche Bestimmungen aber — von der allgemeinen Vorschrift der Mindestfrequenz von 8 Philosophicis abgesehen — während der hier ausschließlich in Betracht kommenden 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts in Bamberg weder generell noch lokal für die Aufnahme in das theologische Fachstudium, sondern einzig und allein für die Aufnahme in das Seminar oder aber den durch den Empfang der höheren Weihen bedingten „geistlichen Stand“ erlassen wurden. Vielmehr dürfte auch hier eines der verschiedenen quid pro quo vorliegen, an denen die im Abschnitte IVC genauer zu besprechende Geschichte der Beziehungen zwischen Lyceum und Klerikalseminar und der Erziehung der Theologiecandidaten innerhalb des letzteren so reich ist: indem eben die „Seminaraufnahme“ mit der Aufnahme in das „theologische Fachstudium“ oder in die „Theologie“ kurzweg, oder endlich in den „theologischen“, wohl auch „geistlichen Stand“ u. s. w.⁹⁾ als völlig gleichbedeutend erachtet wurde, wie sie es ja auch in praxi vielfach gewesen sein mag.

Unter dieser Annahme hätten dann freilich die Lycealsatzungen des 1. Juni 1891 wenigstens formell die Aufgabe vollständig gelöst, für alle Lyceen des Königreichs

⁹⁾ In Wirklichkeit war der fälschliche Gebrauch der Synonymität ein noch viel ausgedehnterer. Zu den 5 im Texte angeführten Bezeichnungen gesellten sich weiter die Ausdrücke: Aufnahme in das „Internat“, . . . „Alumnat“, . . . „Klerikat“ und . . . „klerikalen Stand“. Ferner sprach man von „Theologiecandidaten“, wo man nur — der philosophischen Lycealsection angehörige — „Theologieaspiranten“ im Auge hatte, unterschob dem Begriffe „Theologiecandidaten“ ausnahmslos die Bedeutung „Candidaten des katholischen Priesteramtes“, obgleich durch denselben auch für „höhere Semester“

gleichheitliche Normen darzustellen. Durch die Befräftigung der andauernden Gültigkeit der bestehenden „besonderen Bestimmungen“ würden nämlich da, wo die (definitive) Aufnahme in das Seminar das ausschlaggebende Moment für die *admissio ad theologiam* bedeutete, eben die seitherigen Bestimmungen für diese Aufnahme sich fortsetzen dürfen; während dort, wo etwa der Uebertritt aus der philosophischen zur theologischen *Hycealsection* oder die Einreihung unter die Theologie- (Presbyterats-) Candidaten an eigene, von der Seminarfrage unabhängige Bedingungen als primäre gebunden war, das Recht auf Weiterexistenz auch der letzteren garantiert wäre.

Unter dieser Voraussetzung spizen sich alle weiteren Erörterungen auf die Cardinalfrage zu, welche Bestimmungen im genaueren denn eigentlich als die „einschlägigen besonderen“ definiert werden wollten. Die Frage ist durch die bereits genannte ministerielle Vollzugsinstruction vom 10. Juni 1891 dahin beantwortet worden, daß darunter die „einschlägigen verfassungsmäßigen Bestimmungen und die hiezu ergangenen Vollzugsverordnungen“ zu verstehen seien.

Diese neue Wendung ist zwar wesentlich weiter als die in den Text der *Hycealsatzungen* vom 1. Juni 1891 aufgenommene, sie erscheint aber keineswegs eindeutiger. So hat sie anlässlich einer im vergangenen Jahre zwischen dem *Hyceumsrektorate* und der erzbisch. Regentie des *Klerikalseminars* in Bamberg ausgebrochenen Meinungsverschiedenheit die Ansicht erweckt¹⁰⁾, als ob sie mit ihren Ausdrücken „verfassungs-

ciell ein Fall in Bamberg am Ende der 50er Jahre erweist) die Laieneigenschaft ebensowenig ausgeschlossen erscheint, als es früher principiell untunlich war, daß ein Laie ein theologisches Lehrfach doctierte (vergl. den Fall „Baader“ bei Brüd II, 459).

¹⁰⁾ Memorandum, 5.

mäßige Bestimmungen“ und „Vollzugsverordnungen“ ausschließlich staatliche Akte habe bezeichnen wollen, und zwar mit dem ersteren etwa die grundlegenden Art. V und XIIb des Concordats, mit dem letzteren sodann die auf deren Basis erlassenen M.E. vom 8. Dez. 1847, vom 13. Nov. 1849 und vom 8. Apr. 1852¹¹⁾).

Der Verfasser möchte dieser Ansicht nicht in allen Teilen beipflichten. Er hält vielmehr dafür, daß eine jede der Verfassung mit Einschluß des Concordats und der Beilage II zur Verfassungsurkunde unmittelbar oder mittelbar entsprossene staatliche Bestimmung als eine „verfassungsmäßige“ bezeichnet werden könne, wogegen dann allerdings eine jede bevollmächtigte dritte Person oder Behörde wie z. B. der Ordinarius einer Diocese oder dessen Ordinariat (Generalvikariat) „Vollzugsverordnungen“ zu diesen Bestimmungen zu erlassen berechtigt wäre, falls eben den Genannten die Inkraftsetzung oder der „Vollzug“ irgend einer ihrer Kompetenz anheimgegebenen Maßnahme wünschenswert erschiene.

Die Wahrscheinlichkeit dieser Auffassung findet eine Reihe von Stützen in der Geschichte sowohl der Bildung und Erziehung des Klerus der Erzdiocese Bamberg, wie nicht minder der kirchenpolitischen Verhältnisse in Bayern überhaupt.

So trägt, um nur einiges anzuführen, die im § 37f noch näher zu erörternde Anordnung des Bamberger Erzbischofs von Schreiber vom 18. Oktober 1876 das Rubrum „Vollzug der Allh. V.D.¹²⁾ vom 13. Nov. 1849“. Als weiter im Jahre 1873, mit M.E. vom 20. November¹³⁾,

¹¹⁾ Wohl auch jene des 9. Okt. 1854. S. §§ 20 u. 37 dieser Abh.

¹²⁾ Vgl. §. 1 dieses Paragraphen. Die M.E. des 13. Nov. 1849 mußte sich öfter gefallen lassen, ihrer Wichtigkeit halber als R. B. D. citiert zu werden.

¹³⁾ R. Weber I, 165. S. auch v. Seydel III, 461 u. 462.

die Wirksamkeit der für die rechtliche Abgrenzung der episcopalen Befugnisse weitaus wichtigsten beiden M.E. des 8. April 1852 und 9. Okt. 1854 teilweise wieder aufgehoben wurde, fielen auch die sämtlichen auf die außer Kurs gesetzten Paragraphen dieser E. fundierten bischöflichen Kompetenzen, so z. B. das Recht der Abgabe eines *placetum episcopale* für die Anstellung der *Lycealprofessoren*. Dagegen blieben alle auf die nicht gestürzten „Bestimmungen“ der zwei M.E. oder auch auf die in Gültigkeit belassene M.E. vom 13. Nov. 1849 sich aufbauenden *Bamberger erzbischöflichen „Vollzugsverordnungen“* — insbesondere jene des 21. März 1850, des 29. Sept. 1853 und des 12. Mai 1862 über die Prüfungen und Bedingungen zur Seminaradmission — intact. Natürlich konnten da, wo staatlischerseits keine (näheren) verfassungsmäßigen „Bestimmungen“ über die Art und Weise der Inkraftsetzung der Zugeständnisse des Concordats getroffen wurden, auch keine „Vollzugsverordnungen“ wirksam werden. Dies dürfte der Konflikt in der sogen. *Speyerer Seminarfrage* im Jahre 1864¹⁴⁾ mit genau derselben Deutlichkeit dargethan haben, mit der umgekehrt die ganz gleich gelagerte Frage der Errichtung eines bischöflichen *Gyceums* in Eichstätt im Jahre 1843¹⁵⁾ durch „Vollzugsverordnungen“ des dortigen Bischofs gelöst wurde, nachdem eben bereits die Grundzüge für diese Lösungen in den beiden M.E. vom 14. Juni und 16. Nov. 1843¹⁶⁾ als den „verfassungsmäßigen (staatlischen) Bestimmungen“ niedergelegt worden waren.

Uebrigens erstreckt sich der Hinweis auf die „einschlägigen Bestimmungen“, genauer auf die „einschlägigen verfassungsmäßigen Bestimmungen und die hiezu ergangenen

¹⁴⁾ Vgl. § 24.

¹⁵⁾ Ibid.

¹⁶⁾ Ebenda.

Vollzugsverordnungen“, nicht nur über die Regulierung der Aufnahme in das „theologische Fachstudium“ — bezw.¹⁷⁾ das Priesterseminar — sondern auch über die weiteren, in die §§ 28 und 37² der neuen Hycealsatzungen eingestellten Probleme der Reihenfolge der Frequentierung der theologischen Lehrdisziplinen, sowie der Vornahme von Fachprüfungen aus der Theologie. Es werden also für die Würdigung dieser beiden Momente die nämlichen Gesichtspunkte maßgebend sein, wie sie für die Beurteilung der *admissio ad theologiam* bezw. der *admissio ad seminarium* geltend gemacht werden können. Dagegen erfordert der erste Absatz des § 37 der Disciplinarstatuten vom 1. Juni 1891 noch eine nähere Darlegung, insoferne als auch er von einer Mehrdeutigkeit nicht frei ist.

Seiner Bestimmung, „Prüfungen aus den philosophischen Disciplinen finden statt zum Behufe des Uebertrittes in das theologische Fachstudium . . .“, kann nämlich in zwangloser Weise ebensowohl eine diktatorische wie eine conditionale Form beigemessen werden. Man kann dieselbe ebensowohl dahin interpretieren, als ob solche Prüfungen unbedingt „statt haben“ d. h. statt haben müssen, oder auch, daß sie nur bedingungsweise „statt haben“ d. h. statt haben dürfen — sobald nämlich die zu ihrer Anberaumung kompetente episcopale Behörde es für zweckmäßig findet, sie anzuordnen.

Seitens des Hyceumsrektorates Bamberg wurde seinerzeit die erstere Deutung bevorzugt und kein Candidat als in der theologischen Section befindlich betrachtet, der sich nicht diesen Prüfungen *de jure* und mit günstigem Erfolge un-

¹⁷⁾ Vgl. die obige F. N. 9 und die sie stützenden textlichen Ausführungen.

terzogen hatte. Diese Auffassungsweise war nicht ohne festeren Untergrund: sie fußte auf dem Gedanken, daß durch den §. 37 Abs. 1 für die — während der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts in Bamberg unbekannte — *admissio ad theologiam* in ihrer eigensten Bedeutung ein notwendiges Substrat geschaffen werden wollte. Allerdings hätte hierbei der besondere Umstand der staatlichen Festlegung eines solchen zu einer Zeit, zu der die Beziehungen zwischen Staat und Kirche durchaus ungetrübte waren, stützig machen sollen: wäre doch die neuerliche unvermutete und auffällige Inanspruchnahme eines *jus circa sacra* für den concreten Fall der Handhabung der klerikalen Erziehung mit der Wiedererweckung eines seit längerer Zeit schon begrabenen Principienstreites gleichbedeutend gewesen! Andererseits aber läßt sich eine gewisse historische Berechtigung der Ansicht des Rectorates insoferne nicht bestreiten, als aus der speciellen Auffassung des staatlichen *jus supremacie inspectionis* in Sachen der Heranbildung der Theologiecandidaten durch die mehrfach bereits angeführten ministeriellen Entschlüssen der 40er und 50er Jahre eben doch nicht allerwärts die äußersten Consequenzen gezogen worden waren. So bestanden z. B. die im Jahre 1833 vom Staate aufgerichteten Semestral- und Finalprüfungen innerhalb der theologischen Section¹⁸⁾ in Bamberg in genau der alten Form bis zum Jahre 1891 weiter, und zwar unbestritten unter der bisherigen Flagge¹⁹⁾ — sei es, daß man die letztere kirchlicherseits stillschweigend anerkannt oder sei es, was vielleicht

¹⁸⁾ Cf. §§ 33 b u. c.

¹⁹⁾ Diese Semestralprüfungen werden wohl in den beiden oberhirtlichen Rundgebungen des 21. März 1850 und 29. Sept. 1853 gelegentlich berührt, aber nur um sie gewissermaßen als *faits accomplis* den Zwecken der Seminaradmissionsfrage dienstbar zu machen. Auch das Referat hierüber im Schem. läßt nicht mehr erkennen.

treffender erscheint, daß man die Gelegenheit zu deren Niederholung versäumt hatte.

Daß ein von der zuständigen oberhirtlichen Stelle ausgehender energischer Protest auch dieses landesherrliche Hoheitszeichen beseitigt haben würde, scheint dem Verf. auf Grund der im späteren dargestellten kirchenpolitischen und schulgeschichtlichen Verhältnisse zweifellos. Ebenso sicher dünkt ihm die Richtigkeit der zweiten oben angeführten Interpretation der strittigen Formel des § 37 Abs. 1 der neuesten Dycealsatzungen, wonach die Zulässigkeit von Prüfungen für Abmittenden zur Theologie — entgegen der berührten ehemaligen Ansicht des Dyceal-rectorates — einzig und allein an die Willensäußerung des Diöcesanbischofs gebunden ist²⁰⁾. Dagegen wäre immerhin noch die Frage zu erörtern, ob die der letzteren entstammenden bestimmten Direktiven und Prüfungsnormen, i. e. die vorher genannten „Vollzugsanordnungen“, der landesherrlichen Genehmigung zu unterbreiten seien oder nicht.

Vom strengen kirchenrechtlichen Standpunkte aus wird diese Frage verneint: seien dem Bischofe einmal die Befugnisse eingeräumt worden, den Zugang zu seinem Diöcesanseminar oder zum geistlichen Stand i. e. S. durch Schranken zu sichern, so müsse ihm selbstverständlich die Wahl überlassen bleiben, in welcher Weise er solche construieren oder abändern wolle, und nicht zum wenigsten die Erwägung, unter welchen Umständen er dieselben etwa wieder einzulegen für

²⁰⁾ Ein während des Druckes dieser Darlegungen eingekommener M. Entscheid vom 27. Febr. 1902 kann nicht gegen dieselben verwertet werden, indem er nur den Zeitpunkt für die Semestralprüfungen festsetzt — unter der Voraussetzung eben, daß solche Prüfungen wirklich statt haben.

gut finde. Dem gegenüber machten sich jedoch auch andere Stimmen geltend, welche in diesen wie in anderen Dingen²¹⁾ aus dem Bereiche der „Angelegenheiten gemischter Natur“ im Sinne des § 76 der II. Beilage z. Verf.-Urkunde die Einholung der landesherrlichen Bestätigung für nicht unangebracht hielten.

In Bamberger kirchlichen Kreisen bewegte man sich in Verfolgung dieses Punktes, wie im Abschnitte IV C ausführlicher dargethan werden wird, bald auf der Diagonale, bald aber auch in der einen oder anderen der beiden divergenten Richtungen: so bezeichnete man beispielsweise die über die 2 erzbischöflichen B.D. vom 21. März 1850 und 29. Sept. 1853 erlassenen höchsten Akte des 12. April 1850 und 10. Dez. 1853 bald als bloße „Constatierungen der Kenntnissnahme“, bald als förmliche „Genehmigungen“, ja man berief sich, um die Wirkung einer späteren staatlichen Vorschrift irrelevant zu gestalten, von hierarchischer Seite geradezu auf diese „Genehmigung“ als einer vollzogenen Thatsache. Allmählich gewann freilich die erstere Ansicht die Oberhand, bis sie heute, da ihr staatlicherseits anscheinend nirgends mehr widersprochen werden will, nunmehr zur allgemeinen Geltung gekommen sein dürfte.

Weitere Erörterungen über das Wechselverhältnis, welches zwischen dem bischöflichen Clerikalseminar und dem königlichen Lyceum — bezw. dessen theologischer Section — darin besteht, daß beide dem gemeinsamen Endziel der Ausbildung der katholischen Presbyteratscandidaten zustreben,

²¹⁾ Vgl. z. B. die Bemerkung über das Allg. Bestätigungsrecht in Sachen der Ernennung der Professoren des Eichstätter Lyceums bei Silbernagel, 114. Ebenso die Erklärungen des Bischofs Frhrn. v. Häffelin über die stillschweigende Anerkennung des *placetum regium* von Seite der Hierarchie — (Höfler), 84 zc. II. d. m.

oder, wenn man will, über die zwei Naturen, welche in einem Studierenden der katholischen Theologie durch dessen Zugehörigkeit sowohl zum Alumnat als zum Lyceum innewohnen, sollen, wie gesagt, in dem schon öfter genannten Abschnitte IVC nachfolgen. Hier möge zum Schlusse nur auf das Verlangen Gewicht gelegt werden, daß die Lyceen, nachdem sie lange Zeit als allgemeine philosophische Vorbereitungsstätten für jedes akademische Fachstudium gedient hatten, materiell durch die im Vorstehenden beschriebenen allmähliche Entziehung eines großen Theils der eine solche Bildung anstrebenden studierenden Elemente, sowie durch die ebendasselbst besprochene Unterordnung immer weiterer Gebiete unter die bischöfliche Jurisdiktion, und formell durch die neuerliche Definition des Jahres 1891 die ursprünglichste Signatur als Specialhochschulen für das katholisch-theologische Fachstudium nunmehr so stark aufgeprägt wurde, wie es während der 9 ersten Decennien des zu Ende gegangenen Jahrhunderts niemals geschehen war.

B. Die Lehrgegenstände beider Sectionen.

§ 16. In den ersten 3 Decennien des 19. Jahrhunderts.

Der schon öfter genannte und im § 7 eingehender gewürdigte, unterm 19. Sept. 1803 fertig gestellte handschriftliche Entwurf des Direktors Bag über die Organisation des Lyceums zu Bamberg berührte die Frage nach den Lehrgegenständen nur oberhin. Auch die Gesichtspunkte, unter denen das von diesem Plane fast gänzlich abweichende, am Schlusse des § 8 charakterisierte gedruckte Programm des nämlichen Verfassers eben dieses Problem einbezieht, sind mehr allgemeiner Natur. Hingegen lagen dem erstmaligen Vorlesungskatalog des besagten Lyceums für das Sommersemester 1804 fast ausschließlich bereits diejenigen Fächer zu Grunde, welche einige Monate später durch den v. Fraunberg'schen „Lehrplan“¹⁾ für die 3 Jahrgänge des „3. Triennialkurses“, und zwar generell für alle kurpfälzbayerischen Anstalten, nominiert wurden.

Darnach reichten sich die Lehrsparten in folgender Ordnung an einander. Für den philosophischen Vorbereitungskurs: 1) Philosophisches Studium der römischen und griechischen Klassiker²⁾; 2) Biographien edler Menschen; 3) Mathematik; 4) Naturgeschichte; 5) Geschichte der Menschheit; 6) Philosophisches Studium der neueren, besonders der deutschen Klassiker; 7) Kosmographie; 8) Praktische Logik. — Für den 1. Lycealkurs im e. S.: 1) Philosophische Tugendlehre; 2) Naturgeschichte; 3) Naturlehre; 4) Mathematik; 5) Pädagogik; 6) Fortsetzung des philoso-

¹⁾ S. Literaturverzeichnis.

phischen Studiums der Klassiker²⁾; 7) Reine Logik; 8) Philosophische Rechts-, Religions- und Klugheitslehre; 9) Aesthetik. — Für den 2. Lycealkurs im e. S.: 1) Philosophie; 2) Naturgeschichte; 3) Naturlehre; 4) Mathematik; 5) Landwirtschaft; 6) Encyclopädie.

Wie ersichtlich, nahm diese Tabelle, welche auch über die Einteilung des Lehrstoffes und die einzuführenden Lehrbücher Direktiven erteilte, auf zwei Lehrfächer keine Rücksicht, obgleich das erstere derselben mit kurf. Rescript vom 27. Oktober 1802, also erst vor 2 Jahren, für alle höheren Lehranstalten als obligat erklärt worden, das andere eigentliche elementare Forderung war: auf die Fächer der französischen Sprache³⁾ und der bayerischen Geschichte⁴⁾. Auch war ihr eine entsprechende Uebersicht über die für die theologischen Kurse notwendigen Lehrsparten nicht beigelegt wor-

²⁾ Die Klassiker wurden in einer Anmerkung zur Tabelle einzeln angegeben. Lehrplan, 20—22.

³⁾ Ueber die wechselvollen Schicksale, denen dieses Lehrfach am Bamberger Lyceum nachmalig unterworfen war, s. den die Lehr- und Personalverhältnisse besprechenden Abschnitt des II. Theiles dieser Abhandlung.

⁴⁾ Daß das Schulnormativ des 27. Aug. 1804 an dieser Stelle der vaterländischen Geschichte mit keiner Silbe Erwähnung that, eines Faches, das man wohl zu den fundamentalsten auch der höheren Klassen einer Mittel- oder Zwischenschule zu zählen berechtigt ist, scheint immerhin auffallend. Das Lyceum i. e. S. beziehentlich dessen philosophische Section hätte selner um so dringender bedurft, als es gemäß der Disciplinarordnung für die Universität Landshut vom 26. Jan. 1804 für alle einstigen Staats- und Kirchendiener (vgl. die folgenden F. N. 6) geradezu als Pflichtfach vorgezeichnet worden war. Am Bamberger Lyceum wurde das Versäumnis erst vom Jahre 1808 ab durch den Professor Deuber — vgl. § 9 und die einschlägigen Erörterungen im II. Theile — nachgeholt und zwar in offenkundiger Befolgung der nachstehend im Texte berührten beiden Normative des Jahres 1807.

den, und zwar um dessentwillen eben nicht, weil der Schulplan sich nur mit den Verhältnissen des „Lyceums“ in der Bedeutung der Zusammengehörigkeit des Gymnasiums und der 3 philosophischen Jahrgänge befassen wollte, wogegen bezüglich der Verhältnisse speciell der theologischen Lehrsection auf einen „demnächst“ erfolgenden Akt verwiesen wurde.

Der letztere vollzog sich allerdings erst mit dem Erscheinen der R. V.D. vom 30. Okt. 1807⁵⁾, welche in teilweiser Abänderung der Disciplinarvorschriften der Universität Landshut vom 26. Januar 1804 diejenigen Doctrinen bezeichnete, welche der auf eine Anstellung im Staats- oder Kirchendienste⁶⁾ reflektierende Candidat notwendig frequentiert haben mußte. Die V.D. richtete sich formell an die Adresse der Universitäten, sie mußte aber natürlich ebenso gut als für die Lyceen maßgebend erachtet werden. Denn abgesehen davon, daß sie in ihren Ausführungen auch auf die von den letzteren Bildungskörpern übertretenden Studierenden und das Studium der allgemeinen Wissenschaften überhaupt ausdrücklich Bedacht genommen hatte, hatte sie schon durch die bloße Aufstellung von allgemeinen Normen für die Staats- und Kirchendienstaspiranten intentionaliter zugleich die Verhältnisse derjenigen unter diesen Abspiranten mitberührt, welche ihre Ausbildung ganz oder zum Teile an einem Lyceum genossen hatten.

Aus dem Schema, welches hiebei speciell für die theologischen Lehrfächer und für deren chronologische und Zweckmäßigkeitseinteilung abfiel, läßt sich sehr deutlich der gewichtige Einfluß herauslesen, den die seinerzeitigen Bestimmungen über das Theologiestudium in Oesterreich, insbesondere

⁵⁾ Meber-Permaneder, 570.

⁶⁾ Vgl. über die Verquickung dieser beiden Begriffe in damaliger Zeit F. N. 4 des § 27 a.

des Rautenstrauch'schen Unterrichtsplanes⁷⁾, auf die Neugestaltung der einschlägigen Elemente in Bayern ausübten — ein Einfluß, der sich noch über Jahrzehnte hinaus erstreckend durch die verschiedensten späteren Umlagerungen in der Nominierung und Gruppierung der genannten Disciplinen hindurch genau verfolgt werden kann.

Als allgemeine Lehrfächer wurden in der citirten B.D. des 30. Okt. bezeichnet: 1) Philosophie; 2) Literaturgeschichte; 3) Naturgeschichte; 4) Physik; 5) Allgemeine Weltgeschichte; 6) Mathematik; 7) Deutsche und lateinische Klassiker nebst Stilübungen; 8) Vaterländische Geschichte. Für die Theologie dagegen wurden Unterscheidungen getroffen zwischen A) Hilfs- und B) Theologische Wissenschaften, ferner für jede dieser beiden Kategorien noch einmal zwischen a) notwendigen und b) nützlichen Wissenschaften, und demgemäß nachfolgende Gruppen aufgerichtet. Aa: 1) Pädagogik und Didaktik; 2) Religionslehre; 3) Geschichte der philosophischen Systeme; 4) Psychologische Anthropologie; 5) Chemie; 6) Landwirthschaft; 7) Aesthetik; 8) Vaterländische Geschichte⁸⁾. — Ab: 1) Physikalische Geographie; 2) Meteorologie; 3) Neuere Geschichte; 4) Statistik; 5) Höhere Mathematik; 6) Medizinische Anthropologie; 7) Allgemeine Wissenschaftskunde. — Ba: 1) Theologische Encyclopädie und Methodologie; 2) Einleitung in das alte und neue Testament; 3) Biblische Hermeneutik; 4) Hebräische Sprache; 5) Philologie; 6) Patrologie; 7) Kirchengeschichte.

⁷⁾ Vgl. hierüber etwa Siebengartner, 160 ff.

⁸⁾ S. d. vorhergehende S. N. 4. Dieser Lehrgegenstand durfte trotz seiner Zugehörigkeit zur Philosophie an der Universität, aber nur an dieser, ausnahmsweise auch während der Zeit des Fachstudiums gehört werden. Dagegen war der Besuch anderer Disciplinen aus dem Bereiche der allgemeinen Wissenschaften seitens der Angehörigen der Fachfakultäten, wie die nachfolgenden Ausführungen im Texte darthun, um jene Zeit ebenso verpönt, wie die Gepflogenheiten *vice versa*.

schichte; 8) Gegeße des alten und neuen Testaments; 9) Dogmatik und Dogmengeschichte; 10) Christliche Moral; 11) Kirchenrecht; 12) Pastoral; 13) Katechetik; 14) Homiletik; 15) Liturgie. — Bb: 1) Theologische Literaturgeschichte; 2) Die mit der hebräischen Sprache verwandten Dialekte.

Ein Vergleich dieser Tabelle mit der im Schulregulativ vom 27. August 1804 speciell für die philosophischen Wissenschaften an den Lyceen etablierten dürfte zu ihren Gunsten ausfallen, insoferne sie durch die unter Hingeweglassung untergeordneter Einzelheiten erreichte compactere Gruppierung der allgemeinen Wissenschaften und die hierdurch indirekt gewährte größere Lehrfreiheit den akademischen Charakter weit besser herauskehrte, als eben jene des Jahres 1804. An unterscheidenden Merkmalen sind außerdem noch hervorzuheben: die nunmehrige Außerachtlassung der griechischen Klassiker, die Aufrichtung des Studiums der vaterländischen Geschichte und die Ueberweisung des Lehrfaches der Landwirthschaft nebst der aus der Naturlehre ausgelösten Chemie zur Theologie, wogegen der andere Zweig dieser Lehre, die Physik für die allgemeine Abtheilung zurückbehalten wurde — eine Maßnahme, welche wohl wiederum österreichischen Mustern entlehnt auf das deutlichste die damalige Auffassung der „nützlichen Lehrfächer“ und insbesondere der nur in losem Grenzverbande befindlich gewesenen beiden Lehrsparten der Chemie als eines vorwiegend „praktischen“, der Physik als eines mehr „theoretischen“ Gegenstandes widerspiegelt.

Doch sollte die Wirksamkeit der neuen B.D. nur wenige Monate umfassen oder, richtiger vielleicht, praktisch überhaupt nicht zur Geltung kommen. Schon unterm 25. Dez. des Jahres 1807 erschien nämlich eine zweite R.B.D.^{*)}, welche eine andere Liste der für die Staats- resp. Kirchen-

^{*)} Reg. Bl. 1808, 119 ff.

bienstäbspiranten notwendigen und nützlichen Lehrfächer veröffentlichte. Da dieselbe die einzelnen Disciplinen teilweise nach neuen Gesichtspunkten gruppiert und damit zur eigenartigen und rasch wechselnden Auffassung der Bedeutung und Zusammengehörigkeit der verschiedenen Wissenschaften in damaliger Zeit einen nicht uninteressanten Beleg bietet, so mag auch sie in extenso veröffentlicht werden, natürlich nur soweit sie die philosophischen und theologischen Lehrgegenstände umfaßt, welche hier allein interessieren.

a. Allgemeiner Lehrkurs. A. Notwendige Fächer: 1) Mathematik; 2) Deutsche, lateinische und griechische Klassiker nebst Stilübungen; 3) Theoretische Philosophie; 4) Praktische Philosophie; 5) Universal-Geschichte; 6) Allgemeine Literaturgeschichte; 7) Vaterländische Geschichte; 8) Naturlehre; 9) Naturgeschichte. — B. Nützliche Lehrfächer: Ohne detaillierte Angabe. — **b. Specieller Lehrkurs der Theologie.** A. Notwendige Fächer:

a) Hauptwissenschaften: 1) Encyclopädie und Methodologie des theologischen Studiums; 2) Einleitung in das alte Testament; 3) Einleitung in das neue Testament; 4) Exegese des alten Testaments; 5) Exegese des neuen Testaments; 6) Patrologie; 7) Kirchengeschichte; 8) Dogmatik mit Dogmengeschichte; 9) Christliche Moral; 10) Kirchenrecht; 11) Pastoral und Liturgie; 12) Katechetik und 13) Homiletik, beide mit praktischen Uebungen. — b) Hilfswissenschaften: 14) Religionsphilosophie; 15) Philologie; 16) Geschichte der Philosophie; 17) Pädagogik und Didaktik; 18) Psychologische Anthropologie; 19) Aesthetik; 20) Landwirtschaftslehre. — B. Nützliche Lehrfächer: 1) Hermeneutik; 2) Die mit der hebräischen Sprache verwandten Dialekte; 3) Theologische Literaturgeschichte; 4) Allgemeine Wissenschaftskunde; 5) Höhere Mathematik; 6) Physische Geographie; 7) Europäische Staatengeschichte; 8) Statistik; 9) Medicinische Anthropologie und Diätetik.

Die markantesten Momente des neuen Reglements bestanden sonach in der Wiedervereinigung von Chemie und Physik zu einem Lehrganzen und in dessen naturgemäßer Einteilung bei der Philosophie, in der Wiederzulassung auch der griechischen Klassiker zum philosophischen Lehr-Apparat, in der Verweisung der vaterländischen Geschichte und der Hermeneutik von der Kategorie der notwendigen theologischen Wissenschaften — erstere zur Philosophie, letztere zu den nützlichen theologischen Fächern, und endlich in der Streichung der Meteorologie von dem Repertoire der Theologie (und zugleich von der Liste der Hycealfächer).

War die B.D. vom 30. Okt. 1807 formell nur an die Adresse der Volkshochschule gerichtet gewesen, wenn sie auch aus den oben dargelegten Erwägungen zweifellos für die Hyceen volle Gültigkeit befehlen hatte, so ging schon aus der diesmaligen Art der Publikation der Lehrfächer-Schemen im allgemeinen Regierungsorgan¹⁰⁾ der universelle Charakter

¹⁰⁾ Das „Regierungsblatt“ hatte sich als amtliches Blatt aus der mit B.D. vom 5. Okt. 1799 bewirkten Umänderung des Münchener Intelligenzblattes entwickelt, von welchem es durch die beiden kurf. B.D. vom 17. Okt. und 23. Nov. 1801 getrennt worden war. Zur Zeit der Säkularisation wurde es ausschließlich für die Bekanntmachung von Gesetzen und Verordnungen allgemeiner Gültigkeit reserviert, während man gleichzeitig in den einzelnen Provinzen gesonderte offizielle Organe zur Ausgabe brachte. Schon nach 3 Jahren aber, mit B.D. vom 1. Jan. 1806, wurden die letzteren mit ihm zu einem einzigen Blatte, eben dem „R. Bayer. Regierungsblatt“, verschmolzen. Eine Allh. B.D. vom 29. Dez. 1817 spaltete letzteres in 2 Teile, in das „Gesetzblatt für das Königreich Bayern“ und in das „Allgemeine Intelligenzblatt“, eine ebensolche vom 29. Okt. 1873 vollzog jedoch wieder deren Vereinigung unter dem Titel „Gesetz- und Verordnungsblatt . . .“, nachdem bereits einige Jahre vorher durch die Gründung eigener Blätter für die Ressorts der einzelnen Ministerien eine Entlastung der beiden Centralorgane erfolgt war. Die Ausgabe speciell eines Ministerialblattes des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten bethiätigte sich zufolge der ministeriellen Bekanntmachung des

der neuen Vorschriften deutlich hervor. Dieselben blieben jedoch allgemein nicht viel über ein Sezennium in Kraft — die Stufenreihe sowohl der philosophischen als der theologischen Wissenschaften wurde mit der Revision der Landeshuter Universitätsstatuten vom 6. März 1814 wiederum abgeändert. Während diese Aenderungen in der Theologie freilich materiell wenig bedeuten wollten, fielen sie für die Philosophie um so gewichtiger aus, indem die Literaturgeschichte, die vaterländische Geschichte und die von der Mathematik ausgezweigte höhere Mathematik zusammen mit dem von der Theologie abgegebenen Lehrfach der Geschichte der Philosophie zu bloßen wünschenswerten philosophischen Wissenschaften gestempelt wurden¹¹⁾.

Die auf diese Weise modifickierten Anordnungen galten zunächst wieder für die Hochschule, sie konnten aber wohl

6. Dez. 1864 vom Jahre 1865 ab. „Kreis-Intelligenzblätter“ wurden durch die Allh. B.O. vom 7. März 1814 begründet; sie hatten zufolge der M.E. vom 24. Nov. 1853 vom 1. Jan. 1854 ab den Namen „Kreisamtsblätter“ zu führen. Endlich erscheinen als in die Interessensphäre der höheren Schulen öfter direkt eingreifend das durch die Verfassung des deutschen Reiches vom 16. April 1871 ins Leben gerufene „Reichsgesetzblatt“, das seit 1. Jan. 1873 vom Reichskanzleramte herausgegebene „Centralblatt für das deutsche Reich“ sowie der „Deutsche Reichsanzeiger.“

¹¹⁾ Es mag an dieser Stelle als erwähnenswert hervorgehoben werden, daß keine der in die berührte Zeit eingefallenen Lehrfächertabellen die Doctrin der Astronomie ausdrücklich hervorhob — abgesehen von der von Fraunberg'schen des Jahres 1804, welche wenigstens für die unterste philosophische Klasse Kosmographie eingesetzt hatte. Und doch feierte die astronomische Wissenschaft gerade in den beiden ersten Decennien des 18. Jhrhds. bemerkenswerte Triumphe! Diese officiële Nichtachtung setzte sich fort bis zum Jahre 1831, in welchem Jahre die M.E. vom 3. Febr. die Astronomie zusammen mit der mathematisch-physikalischen Geographie als ein notwendiges Zweigfach der Mathematik darstellte (wogegen die M.E. des 13. Nov. 1849 derselben nur mehr wieder als eines Eventualfaches gedachte). Am Bamberger Lyceum freilich wurde Astronomie als besondere Disciplin neben der Mathematik bereits seit dem Jahre 1810 gelesen.

mit ähnlichem Rechte, wie es mit denjenigen des 25. Dez. 1807 geschehen war, auf die Lyceen übertragen werden. Und doch waren die letzteren diesmal nicht allgemein gewillt, die eben genannte V.D. aufzulassen: vielmehr hielten sie teilweise, wie die Bamberger Anstalt, an derselben bis zur fundamentalen Neuformation der Lyceen i. e. bis zum Erscheinen der Allh. V.D. vom 30. Nov. 1833 und der M.E. vom 3. Febr. 1834 unentwegt fest, indem sie sich hierin weder durch die Einführung der Lycealklassen bezw. des Schulnormativs vom 10. Okt. 1824 noch durch die Publikation der Universitäts-Satzungen vom 26. Nov. 1827 stören ließen. Daß in der That die Lycealklassen mit ihrem geringen Bestand an philosophischen Fächern — Logik, Philologie, Geschichte und Mathematik — eine Rückwirkung auf die Lehrgegenstände der philosophischen Vollection eines Lyceums keineswegs äußern konnten¹²⁾, war deutlich, war auch in concreten Fällen bejaht worden. Die Hochschulvorschriften des Jahres 1827 aber beschränkten sich auf eine einzige Abänderung in den philosophischen Fächern, indem sie die in den Satzungen des Jahres 1814 angeführten Lehrsparten auf Philosophie, Mathematik, Philologie, Geschichte und Naturwissenschaften normierten, während sie eine Reform der theologischen Disciplinen trotz der notorischen Unzweckmäßigkeit¹³⁾ der Einteilung vom 6. März 1814 nicht erbracht zu haben schienen.

¹²⁾ Die einzige Neuerung, welche die Einführung dieses Lehrsystems rücksichtlich der Lehrsparten im Gefolge hatte, bestand in der Errichtung des Lehrfaches der „Religionslehre“ als obligatorisch für den 1. philosophischen Kurs der Lyceen. Dessen Dauer war jedoch auf das Duinquennium der Lycealklassen beschränkt. Siehe auch F.R. 3 des § 17.

¹³⁾ Ein ministerielles Schreiben an den Erzbischof v. Fraunberg von Bamberg d.d. 20. Okt. 1827 — Ord. Alten — beklagt die Ueberlastung der in den Universitäts-Statuten vom 6. März 1814 niedergelegten Lehrfächertabelle mit theologischen Doctrinen und ersucht

§ 17. Im Intervall zwischen 1833 und 1849.

Um so schärfer stach von jedweden Reductionsbestreben die breite Form ab, in welcher die im Vorstehenden besprochene M.E. vom 3. Febr. 1834 die für die Lyceen als notwendig erklärten philosophischen Disciplinen zum Vortrag brachte und mit Commentaren und Corrollaren begleitete, während sie die alljährliche genaue Festsetzung der Anzahl und der Reihenfolge der theologischen Fächer teilweise¹⁾ einem Consilium der beteiligten Professoren²⁾ überantwortete. Dagegen trug sie, während man bisher an einer starren Scheidung der beiden Sectionen und deren Studierenden festgehalten hatte, nunmehr erstmalig der Idee einer organischen Zusammengehörigkeit dieser Elemente insoferne Rechnung, als sie den Philosophiecandidaten verstattete, auch eine theologische Vorlesung, nämlich jene über hebräische Sprache, zu besuchen.

Die Lehrfächer selbst, wie sie durch die genannte M.E. festgesetzt wurden, bestanden in folgenden. Für die philo-

denselben, wohl weniger als Erzbischof, denn als ehemaligen General-Schulen- und Studiendirektor — s. F. N. 3 des § 9 — um Abgabe geeigneter Gegenvorschläge. Als Antwort erfolgte unterm 8. Nov. js. 33. ein Bericht des erzbischöfl. Ordinariats, der jedoch positiv Greifbares nicht producierte.

¹⁾ Allgemein normiert wurde nur, daß die Candidaten der Theologie das Studium der Exegese durch 3, dasjenige der Dogmatik, der Moral und der Kirchengeschichte je durch 2 Jahre hindurch und jenes der Landwirtschaft im 3. Jahre zu betreiben hätten.

²⁾ Dieser Beratung pflog man in Bamberg während der Jahre von 1834 bis 1850 — Jahresber. — sehr gewissenhaft, indem man jeweils während des Sommersemesters das Programm der theologischen Vorlesungen für das kommende Studienjahr fertig stellte. Weniger genau aber konnte oder wollte man sich an die höchsterseits gegebenen, in vorstehender F. N. 1 dargestellten Regeln halten. So überwies man gewöhnlich dem Lehrpensum der Moral nur ein einziges Studienjahr, las Landwirtschaft für den 2. und 3. Kurs zusammen u. dgl.

phische Section in: 1) Allgemeiner Encyclopädie des akademischen Studiums überhaupt und des philosophischen insbesondere als Einleitung in die Vorträge der Philosophie; 2) Anthropologie und Psychologie; 3) Logik; 4) Metaphysik; 5) Aesthetik; 6) Philosophischer Religionslehre³⁾; 7) Moralphilosophie in Verbindung mit einer kurzen, aber genauen Entwicklung des Rechtsbegriffs überhaupt; 8) Pädagogik⁴⁾; 9) Geschichte der Philosophie; 10) Naturwissenschaft; 11) Physik; 12) Chemie; 13) Naturgeschichte und 14) Mathe-

³⁾ Das in gewissem Sinne reciproke Fach der Religionsphilosophie war als Lehrgegenstand den Universitäten und Lyceen gleichheitlich bereits durch die Allh. E. vom 26. Juni 1824 vorgeschrieben worden. — Neben ihm sollte von nun ab für die Zwecke der Philosophiecandidaten an jedem Lyceum ein „Religionscollegium“ errichtet werden, wie es früher schon an der Universität Ingolstadt bezw. Landshut bestanden hatte. Dieses — wissenschaftliche — Collegium wurde in der That auch am Bamberger Lyceum instituiert, es erfreute sich aber nur einer 1jährigen Dauer, da seine Weiterführung an der Personalfrage — s. d. II. Teil der Abhandlung — scheiterte. Auch war sein eigentlicher Zweck, nachdem die sonntags- und feiertäglichen, in einem Hörsaal abgehaltenen Religionsvorträge immer mehr apologetischen Charakter angenommen hatten — vgl. § 44 — ziemlich überdeckt und überflüssig geworden. Erst die Verlegung der letzten Vorträge auf die Kanzel zeitigte wieder eine Strömung zu Gunsten seiner Reaktivierung als einer wünschenswerten wissenschaftlichen Ergänzung der Predigt. Ihr trug in den 50er Jahren der Lycealprofessor der Dogmatik Mayer einige Rechnung, und zwar offenbar in Realisierung der in der „Freisinger Denkschrift“ von 1850 geäußerten bischöflichen Wünsche; spätere Bestrebungen — Past. Bl. 1865, Nr. 17 und 18 — hatten indessen keinen Erfolg mehr.

⁴⁾ Pädagogik und Didaktik wurden mit den im Folgenden erwähnten Lehrfächern der Encyclopädie und Methodologie der Gymnasialstudien den zum höheren Lehramte abspirierenden Philosophiecandidaten der Lyceen nochmals ausdrücklich als Pflichtfächer vorgezeichnet. Aus dieser Betonung glaubten die anderen Candidaten den Schluß ziehen zu dürfen, daß für sie die beiden Disciplinen nur fakultativen Charakter besäßen. Eine M. E. vom 3. Juni 1834 stellte indessen diese Ansicht als irrtümlich dar.

matik⁶⁾. — Für die theologische Section in: 1) Einleitung in die Schriften des alten und neuen Testaments nebst biblischer Archäologie und Hermeneutik; 2) Exegese des alten und neuen Testaments; 3) Dogmatik; 4) Moraltheologie; 5) Kirchenrecht und Kirchengeschichte; 6) Biblischer Philologie; 7) Pastoral mit ihren Nebenzweigen, Homiletik, Katechetik, Liturgik⁷⁾; 8) Patristik; 9) Anleitung zum geistlichen Geschäftsstil und 10) Landwirtschaft⁸⁾).

Was ferner die erwähnte Zulassung der Philosophiecandidaten zu einer theologischen Vorlesung anlangt, so bedeutete diese Maßnahme einen ersten Anfang zur Beseitigung einer zwischen den Lyceen und den Universitäten bestehenden Ungleichheit auch auf diesem Gebiete. Den Hochschulstudierenden war nämlich mit dem Erscheinen der Satzungen vom 26. Nov. 1827 vollständig freie Wahl darüber gelassen worden, in welcher Zeitfolge und Ordnung sie sich die zum Staatsexamen notwendigen Kenntnisse erwerben wollten⁹⁾. Die nachfolgende P.D. vom 23. Nov. 1832, sowie die späteren Satzungen vom 18. Mai 1835 engten

⁶⁾ Einschließlich der Astronomie und der physikalisch-mathematischen Geographie. S. d. F.N. 11 des vorhergehenden Paragraphen.

⁷⁾ Das Fach der Liturgik war vor fast 9 Jahren als Lycealfach im eigentlichen Sinne „abgewürdigt“ und mit A.H. E. laut Reg.N. vom 27. Dez. 1824 den Vorständen der geistlichen Seminare zum Vortrage innerhalb der letzteren überwiesen worden. Ord. Akten. Ueber die im Clerikalseminar separiert vorgetragenen Lehrfächer cf. Schmitt, sowie Wegner a. a. O.

⁸⁾ Die neuerliche Einstellung dieses Lehrfaches in die Liste der obligatorischen Disciplinen entsprach einem dringenden Wunsche der oberhirtlichen Stellen. Es war in Bamberg den Aummen des Priesterseminars bereits mit Ord. Erlaß vom 22. März 1832 angelegentlichst zum Studium empfohlen worden, und zwar in Weiterführung einer M.E. vom 7. Febr. 1832, die ihrerseits auf das organische Statut für die Universität Ingolstadt vom 25. Nov. 1799 zurückgegriffen zu haben schien.

⁹⁾ Schon 20 Jahre früher hatte eine ähnliche Freigabe, aber nur für einzelne Sparten, stattgefunden: die A.H. E. vom 30. Okt. 1807

allerdings die hiedurch auch dem Studierenden der allgemeinen Wissenschaften gewährte Freiheit wieder ein, indem erstere ausschließlich von „einleitenden Fach-Collegien“ sprach, letztere nur eine beschränkte Auswahl derjenigen Fächer des künftigen Berufsstudiums zuließ, welche der auf eine spätere Anstellung im Staats- oder Kirchendienste reflectierende Philosophiestudierende während seiner philosophischen Studienzeit hören durfte. Immerhin hob sich deren Mehrzahl⁹⁾ — für die Theologieaspiranten waren genannt: 1) Encyclopädie und Methodologie der theologischen Wissenschaften; 2) Hebräische Sprache; 3) Einleitung in die Theologie; 4) Einleitung in die biblischen Wissenschaften; 5) Patrologie — wesentlich ab gegenüber dem einzigen den in der philosophischen Section des Lyceums immatrikulierten Theologieaspiranten zugänglichen Lehrfache der hebräischen Sprache.

Bei dieser Sachlage und bei dem Mangel einer einheitlichen, für beide Bildungsanstalten giltigen Vorschrift über die notwendigen philosophischen und theologischen Lehrfächer — die Universitäten mußten sich im wesentlichen noch an die Einteilung vom 6. März 1814 halten — konnte von einer Verwirklichung der in Ziffer I der Allh. B.O. vom 30. Nov. 1833 über den Fortbestand der Lyceen ausgedrückten Absicht einer völligen Gleichstellung der letzteren und der Universitäten hinsichtlich der Lehrgegenstände noch lange nicht die Rede sein, wenngleich einzelne spätere Entschließungen auf

über die Einteilung der Lehrfächer an den Universitäten hatte bereits gestattet, daß die den allgemeinen Wissenschaften zugerechnete Disciplin der bayerischen Geschichte auch während der Jahre des Fachstudiums gehört werden durfte. Vgl. F. N. 8 des vorigen Paragraphen.

⁹⁾ Auf dieses den Universitätsstudierenden zustehende Privilegium hatte eine in den §§ 30 und 36 näher zu würdigende höchste E. vom 16. Mai 1835 ausdrücklich noch einmal jene Aspiranten der Theologie der Lyceen aufmerksam gemacht, welche zwecks Studiums der philosophischen Fächer die Universität bezogen.

die Verwirklichung dieser Absicht hinarbeiteten¹⁰⁾. Auch die Disciplinargesetze für die Studierenden der Universität vom 18. Mai 1835 halfen durchaus nicht dazu, eine Annäherung herbeizuführen, wie denn überhaupt ihre Bestimmungen den Lyceen keineswegs günstig lauteten: sie ließen es vielmehr bezüglich der allgemeinen Wissenschaften an den Universitäten bei der Aufstellung von nur 6 Pflicht- (d. h. Prüfungs-)Fächern, nämlich von Logik, Allgemeiner Geschichte, Philologie, Mathematik, Naturgeschichte und Physik, bewenden. Ebenso wenig boten die im Jahre 1836¹¹⁾ erschienenen „Belehrungen über die Studien“ der Hochschüler ihres einseitigen Zieles wegen irgend welche Haltepunkte für die Einhängung gemeinschaftlicher Interessen.

Dagegen wurde zum ersten Male, wenn auch zunächst nur in formeller Weise, die erhoffte Congruenz perfekt durch die 3 Forderungen in der Prüfungsordnung für die Universitäten vom 10. Mai 1838, daß erstens die Lehrfächer für beide Bildungskörper die nämlichen, zweitens für jedes Semester durchaus gleich eingeteilt und drittens mit den Prüfungsfächern identisch sein sollten. Die nähere Präcisierung der Disciplinen erfolgte durch eine an die Universitäten und Lyceen gleichheitlich gerichtete M.E. vom 15.

¹⁰⁾ So lautete z. B. die die Einführung der Lehr- und Prüfungsfächer der Encyclopädie und Methodologie der Gymnasialstudien speciell für Lehramtsandidaten als obligat erklärende M.E. vom 21. Dez. 1833 für Universitäten und Lyceen völlig gleich. Diese Fächer hielten sich am Lyceum Bamberg 18 Jahre, nachdem die R. Regierung von Oberfranken im Jahre 1849 vergebens versucht hatte, sie einzuziehen. — Einen concreten Beweis für die ärgerliche Empfindung über die Einschränkung der Hörfreiheit an den Lyceen erbringt F.N. 3 des § 19.

¹¹⁾ In Döllinger 9, 358 als *sine dato* bezeichnet, nach der M.E. vom 31. Okt. 1847 — *ibid.* 24, 140 — unterm 3. Juli 1836 erlassen.

Nov. 1838¹²⁾. Indessen hielt die hiedurch bewerkstelligte Acquilibration nur wenige Jahre an, indem eine M.E. vom 7. Nov. 1839, sowie die Neuauflage der Hochschulsatzungen vom 13. Februar 1842 wieder je eine andere Tabelle für die dem allgemeinen Lehrkurs zugerechneten Pflichtfächer aufrichteten.

Die letztere insbesondere umfaßte nachstehende Disciplinen in folgender Einteilung. I. Jahreskurs. A. Erstes Semester: 1) Encyclopädie des akademischen Studiums; 2) Logik und Metaphysik; 3) Anthropologie und Psychologie; 4) Philologie; 5) Elementarmathematik (Algebra und Geometrie); 6) Länder- und Völkerkunde. — B. Zweites Semester: 1) Moralphilosophie mit Rechtsphilosophie; 2) Philologie; 3) Allgemeine Geschichte älterer Zeit; 4) Allgemeine Naturgeschichte. — Entsprechend II A: 1) Allgemeine Geschichte mittlerer Zeit; 2) Physik und Chemie; 3) Archäologie; 4) Vaterländische Geschichte. — II B: 1) Religionsphilosophie¹³⁾; 2) Physik mit Chemie; 3) Allgemeine Geschichte neuerer Zeit; 4) Aesthetik mit neuerer Kunstgeschichte; 5) Physikalisch-mathematische Geographie.

Diese Liste wurde von den Lyceen trotz der deutlichen Nivellierungstendenz der Hochschulsatzungen von 1842 gar nicht oder wenigstens nicht durchgängig adoptiert, da in den letzteren ein deutlicher Hinweis darauf, daß die M.E. vom 15. Nov. 1838 außer Gültigkeit gesetzt sei, nicht vorhanden war. In Folge der Verschiedenheit in der Reihenfolge der Lehr- (und somit auch der Prüfungs-) Fächer der beiden Normative mußten sich aber alsbald für die

¹²⁾ Diese fundamentale E., welche da und dort auch als unterm 19. Nov. 1838 erschienen bezeichnet wird, ist in die Döllinger'sche Gesetzes- und Verordnungsammlung nicht aufgenommen worden. Sie fand eine Ergänzung durch die M.E. vom 12. Dez. 1838, welche das Lehrfach der mathem. Geographie vom Gymnasium weg an die Universität und das Lyceum verwies.

¹³⁾ Von einem Professor der Theologie vorzutragen.

das Studium der allgemeinen Wissenschaften überwachenden Organe, insbesondere die Ephorate¹⁴⁾, ernstliche Differenzen ergeben. Und in der That lag einer der gewöhnlichsten Klagen der Umstand zu Grunde, daß die Absolventen des 1. philosophischen Lycealkurses auf der Hochschule im 2. philosophischen Jahre zufolge der Wirksamkeit der vorstehenden Tabelle vom Jahre 1842¹⁵⁾ noch einmal Lehrfächer zu frequentieren hatten, die sie zufolge der Bestimmungen vom 15. Nov. 1838 während ihres Lycealjahres bereits zu hören gezwungen gewesen waren. Trotz mannigfacher Versuche¹⁶⁾ scheint eine Einigung hierüber nicht stattgefunden zu haben.

Als dann mit der M.E. vom 31. Oktober 1847 die Normen des 10. Mai 1838, auf welcher die fictive Gleichbehandlung der Lyceen und Universitäten hinsichtlich der Lehr- und Prüfungsgegenstände gesuht hatte, mit all' ihren Consequenzen wieder aufgehoben und die Prüfungsbestimmungen der Disciplinargesetze vom 10. Mai 1835 neuerdings zur Geltung gebracht worden waren, fielen natürlich auch die entsprechenden Anordnungen für die Lyceen in ihr früheres Niveau zurück. Gegen diese Niederlegung aber suchten sowohl die Professoren als die Studierenden der Lyceen anzukämpfen, indem sie in verschiedenen, im späteren

¹⁴⁾ Vgl. hierüber insbesondere § 45.

¹⁵⁾ Bezw. einer in Vorbereitung darauf erlassenen M.E. vom 6. Okt. 1841.

¹⁶⁾ In einer zwischen dem Prorektorate der Univ. Würzburg und dem Rektorate des Lyceums Bamberg teilweise durch die Kreisregierung von Oberfranken hindurch in den Jahren 1844 und 1846 gepflogenen Correspondenz erklärte das Rektorat wiederholt sein striktes Festhalten an der E. des 15. Nov. 1838. Dadurch hatte, wenigstens für dieses Lyceum, auch die Abänderung keinerlei Bedeutung, welche späterhin die M.E. vom 13. Okt. 1848 bezüglich der Prüfungsfächer an den Universitäten proklamirte. S. Döllinger 24, 115 ff.

noch näher zu besprechenden Eingaben vom 18. März, 1. April u. 5. Aug. 1848 unter anderen Wünschen auch die 2 folgenden erhoben: es wolle neuerdings wieder die vollständige Gleichheit (des Prüfungsmodus und) der Prüfungsgegenstände mit denjenigen der Universitäten erwirkt und insbesondere das Lehrfach der Mathematik, welches nach den Hochschul-Satzungen vom 13. Febr. 1842 auf 1 Semester reducirt worden war, nach der jetzigen Umgestaltung an den Lyceen aber durch 2 Semester hindurch zu behandeln gewesen wäre, auch nur durch 1 Semester hindurch geführt werden.

§ 18. Seit der Einführung des einjährigen Studiums der Philosophie.

Die gestellten Gesuche fanden ihre natürliche Erledigung durch die M.E. vom 28. Sept. 1849, welche als Vorläuferin der beiden M.E. vom 1. Okt. und vom 13. Nov. 1849 das Philosophiestudium auf 1 Jahr herabsetzte, den Studierenden die Wahl der Lehrfächer innerhalb gewisser Grenzen anheimgab und jeglichen Prüfungszwang aufhob. Damit war denn auch, wenigleich in ganz anderem Sinne, dem Wunsche nach einer identischen Behandlung der Lyceal- und Hochschul-Studierenden in Sachen der Prüfungsangelegenheiten Rechnung getragen worden. Auch der Bitte um Herabsetzung des Mathematikstudiums auf 1 Semester wurde indirekt entsprochen, und zwar durch die in Ziffer VI der M.E. vom 13. Nov. 1849 niedergelegte Verfügung, wonach jedes Lehrfach in der philosophischen Section des Lyceums mit Ausnahme desjenigen der Geschichte, welches durch 2 Semester hindurch gelesen werden durfte, auf den Bereich eines einzigen Semesters beschränkt wurde. Ferner lautete der den Philosophiestudierenden hier und dort gegebene Rat, aus den 6 Hauptsparten der allgemeinen Wissenschaften, der Philosophie, Philologie, Geschichte, Mathe-

matik, Physik und Naturgeschichte, überall wenigstens 1 Collegium zu hören, vollständig gleich. Einzig bezüglich der Aufzählung der Hauptlehrgegenstände der Philosophie erfolgte eine Abweichung, und zwar dahin, daß, während die M.E. vom 1. Okt. 1849 eine solche für die Universitäten nicht erbrachte, die weitergenannte E. vom 13. Nov. j. S. dieselbe für die Lyceen als notwendig erachtete, und zwar durch Einpassung in das folgende Schema: 1) Logik (allenfalls mit Metaphysik) nach vorgängiger Einleitung in das philosophische Studium; 2) Geschichte der Philosophie; 3) Anthropologie und Psychologie; 4) Römische und griechische Altertümer; 5) Allgemeine Geschichte (mit besonderer Rücksicht auf Staatenbildung); 6) Physik mit Chemie (allenfalls ohne Mechanik); 7) Mathematisch-physikalische Geographie (allenfalls mit Astronomie¹⁾ und Mechanik); 8) Mathematik mit Trigonometrie; 9) Allgemeine Naturgeschichte.

Nicht einbezogen in diese Uebersicht, aber in Ziffer III der in Rede stehenden höchsten Entschließung implicite als philosophische Lehrfächer bezeichnet wurden die beiden in der M.E. vom 3. Febr. 1834 genannten Disciplinen der Pädagogik und der Landwirtschaft, deren letztere damals der Theologie zugerechnet worden war. Dagegen wurde das Fach der hebräischen Sprache, welches in der Zwischenzeit, mit M.E. vom 15. Sept. 1843, in Weiterführung einer schon für die Gymnasien getroffenen Organisation als (fakultatives) philosophisches Fach in die erste Section der Lyceen eingestellt worden war, außer Aniaß gelassen. Dies alles hatte dabei um so leichter geschehen können, als durch die nunmehrigen Bestimmungen den Lycealcandidaten der einen Section das Hospitieren in der anderen vollständig erschlossen worden war²⁾, so daß eine strenge Scheidung

¹⁾ Vgl. F.N. 11 des § 16.

²⁾ Für die Universitätsstudierenden war diese Erlaubniß bereits 1 Jahr früher, mit höchster E. vom 13. Okt. 1848, gewährt worden.

der den Grenzgebieten beider Sectionen zugehörigen Wissenschaften kaum mehr veranlaßt schien, wie denn auch die einzelnen Lyceen, aus dieser Auffassung die Consequenz ziehend, die genannten Lehrsparten von nun an bald der philosophischen, bald der theologischen Abtheilung zuzuzählen pflegten.

Nicht minder wurde die Tabelle der philosophischen Fächer im engeren Sinne in praxi verschiedener Deutung und Dehnung unterzogen, das Lehrfach der vaterländischen Geschichte z. B., welches in der Uebersicht fehlte³⁾, als zum eisernen Bestand des Repertoires gehörig kurzerhand in seine bisherigen Rechte wieder eingesetzt u. ä. m.⁴⁾. Dagegen hatte natürlich die Doctrin des bayerischen Verfassungs- und Verwaltungsrechts, welche bereits mit Allh. B.O. vom 8. Dec. 1847 bezw. mit M.E. vom 13. Oct. 1848 den Universitäten und Lyceen als Vorlesungs- und Prüfungsdisciplin vom 1. Oct. 1850 ab in Aussicht gestellt worden war, mit dem Eintritte der Reform des Studiums der allgemeinen Wissenschaften und des Prüfungswesens durch die oben genannten M.E. vom 28. Sept., vom 1. Oct. und 13. Nov. 1849 ihre Berechtigung als Prüfungsfach eingebüßt und nur noch ihre Einbürgerung als Lehrfach zu vollziehen.

Ihrem Rubrum getreu hatte sich die letzterwähnte höchste E. betr. die Lyceen bloß über die philosophischen Dis-

³⁾ Erst eine 14 Monate später, unterm 13. Jan. 1851 erschienene generelle M.E. stellte diesen Mangel ab, indem sie sich über die Art und Weise ausließ, in welcher an den zu den K. Kreisregierungen ressortierenden höheren Schulen bayerische Geschichte vorzutragen sei, und damit auch für die Lyceen die Pflichtigkeit dieses Faches zur Reihe der obligaten Gegenstände aussprach.

⁴⁾ Eine gewisse Bewegungsfreiheit war nämlich den einzelnen Professoren durch die Bestimmungen der Ziff. V Abs. 2 der M.E. des 13. Nov. 1849 insoferne gelassen worden, als sie auf Wunsch ihrer Zuhörer auch andere, nicht in das officiële Schema eingepaßte Disciplinen, wie Literaturgeschichte zc., vortragen durften.

ciplinen geäußert, die theologischen Lehrfächer aber vollständig außer acht gelassen. Es konnte daher kaum einem Zweifel unterliegen, daß für die Behandlung der letzteren im großen und ganzen noch immer diejenigen Gesichtspunkte maßgebend wären, welche in den beiden Akten über die Neuconstituierung der Lyceen vom 13. Nov. 1833 und vom 3. Febr. 1834 aufgerichtet worden waren. Und doch glaubte man den Abs. 3 des § 69 der soeben ausgegebenen revidierten Satzungen für die Universitäten vom 1. Okt. 1849, wonach jeder Hochschulprofessor zum alljährlichen vollständigen Vortrag seines Nominalfaches verpflichtet worden war, um so zwangloser als auch für die Theologieprofessoren der Lyceen gültig betrachten zu können, als ja zumeist über das, was sich an den letzteren Anstalten gezieme, die Hochschulbestimmungen *mutatis mutandis* Auskunft zu erteilen pflegten. Einem dahin zielenden gelegentlichen Antrag des bischöfl. Ordinariats Augsburg wurde denn auch mit M.E. vom 31. Jan. 1850 ohne weiteres stattgegeben, freilich mit der formalen Beschränkung der Wirksamkeit der Anordnung zunächst auf das Lyceum Dillingen. Die Unmöglichkeit jedoch, die umfangreichen Lehrgegenstände der Dogmatik, der Kirchengeschichte und der Moral im Laufe je eines einzigen Studienjahres vollständig zu bewältigen, ließ auch dort die getroffene Verfügung nach 7 Jahren wieder, mit M.N. vom 19. Mai 1857⁵⁾, außer Kraft treten.

⁵⁾ Reindl, 37. Dorthselbst ist die Meinung ausgesprochen, als ob die Einhaltung eines derartigen einjährigen Turnus bereits in der fundamentalen E. des 13. Nov. 1849 begründet gewesen sei. Diese Ansicht ist, wie die Existenz der oben genannten Sonderentschließung über diesen Gegenstand d.d. 31. Januar 1850 darthut, eine irrtümliche. Die von der letzteren E. nicht berührten Lyceen, wie z. B. das Bamberger, beließen es vielmehr faktisch bei der seit 1834 höchsterseits veranlaßten und durch das langjährige Herkommen fest gefügten Ordnung einer mehrjährigen Dauer der Vorlesungen über einzelne theologische Fächer.

Dagegen verschwanden fürderhin, mit Wirkung der grundlegenden höchsten G. des 13. Nov. 1849, alle staatl. licherseits bisher getroffenen Unterscheidungen zwischen der Nothwendigkeit oder Nützlichkeit der einzelnen Lehrsparten für die eine oder andere Kategorie der Studierenden vollständig aus den Dycealakten. An ihre Stelle traten vielmehr, fußend auf Ziffer VII Abj. 1 der genannten G. bezw. auf Ziffer VI Abj. 2. der Vorläuferin derselben vom 28. Sept. 1849 und auf den im nachfolgenden Abschnitte IV C noch näher zu besprechenden kirchenpolitischen Akten, episcopale Bestimmungen.

Da die letzteren ausschließlich die Studierenden der Theologie oder die zu dieser Wissenschaft adspirierenden Philosophieandidaten betreffen und weniger die Errichtung neuer Lehrsparten, als vielmehr die Ausbeute des an dem Einzelyceum unter Berücksichtigung der Personalverhältnisse Möglichen und den Nachweis hierüber zum Gegenstand ihrer Erörterung haben, so werden sie mit besserem Rechte erst gelegentlich der Besprechung der einschlägigen Daten, sonach in dem Abschnitte IV C, sowie in dem zweiten Teile dieser Abhandlung zur Darstellung gelangen.

C. Confessionelle und staatskirchenrechtliche Verhältnisse.

§ 19. Bezüglich der Studierenden.

Bezüglich des religiösen Bekenntnisses der Studierenden an den höheren Schulen des Churfürstentums Bayern hatte eine bekannte, vom 26. Nov. 1804 datierte Allh. E. das Princip der Simultaneität ausgesprochen. Nach dem Wortlaut ihrer Ziffer 4 nämlich sollten „die Schulen nicht ferner nach Confessionen getrennt werden“. Dieser Grundsatz kam denn auch für die philosophische Section des Lyceums — für die theologische liegt die ganze Frage natürlich absurd — sofort und unentwegt zur Geltung.

Die Disciplinargesetze¹⁾ für die Studierenden der churbayerischen Lyceen vom 1. Jan. 1803 freilich, sowie die ihnen nachgebildeten Sonderstatuten für das Bamberger Lyceum vom 27. März 1804 und nicht minder auch die Sch.D. vom 27. Aug. 1804, welche die philosophische Section mit dem Gymnasium zusammen zu einem Tripel-Triennialsystem vereinigte, konnten als zeitlich frühere Akte einen derartigen auf das Religionsbekenntnis der Studierenden bezüglichen Absatz noch nicht enthalten. Dagegen erscheint es in gewissem Grade auffallend, daß auch das Schulnormativ vom 3. Nov. 1808 der religiösen Verhältnisse der Schüler mit keiner Silbe gedachte. Die hierin bestehende Lücke wurde vielmehr erst nach 2 Jahren ausgefüllt, und zwar durch eine höchste

¹⁾ Ueber die verschiedenen Disciplinargesetze s. § 41.

£. vom 25. Juli 1810, welche für die protestantischen Schüler der (Gymnasien und) Lyceen als Pendant zu dem den katholischen Böglingen damals vorgeschriebenen regelmäßigen Besuch der hl. Messe die Vornahme einer täglichen Morgensandacht anordnete²⁾. Eine zweite, in dem nämlichen Sinne gehaltene solche £. erschien unter dem 11. April 1812.

Allerdings nahmen auch, trotz dieser beiden inzwischen liegenden ministeriellen Aeußerungen, die späteren Disciplinarvorschriften¹⁾ der Bamberger Lycealanstalt je vom Jahre 1816, 1824 und 1834 nur auf die religiösen Bedürfnisse der katholischen Studierenden Bezug. Sicherlich aber nicht aus Mangel an paritätischem Gefühl oder aus Obstruction gegen Anordnungen der Oberschulbehörde bezw. der höchsten Stelle, sondern wohl aus dem Grunde, weil man bei der naturgemäß geringen Frequenz des Lyceums durch Katholiken die Einschlebung eines eigenen, die religiösen Pflichten derselben regelnden Paragraphen für überflüssig erachten, für die Protestanten zum mindesten die vorgenannten beiden M. £. als vollkommen ausreichend erkennen mochte.

Dagegen mußte die 5jährige Epoche der „Lycealklasse“ selbstredend eine erhebliche Verdeutlichung und Verstärkung des paritätischen Charakters der philosophischen Lycealsection, deren ersten Kurs man als förmliche Uebergangsbrücke zur Universität bestimmt hatte, erbringen, indem nun auch die protestantischen und israelitischen Gymnasialabiturienten, wollten sie die vorgeschriebene Lycealklasse nicht an einem auswärtigen, mit einer solchen Klasse versehenen Gymnasium besuchen, gehalten waren, das in loco befindliche Lyceum zu frequentieren³⁾. Und daß in der That ein solcher Besuch

¹⁾ Die genauere Würdigung der religiösen Verhältnisse der Lyceisten wird im § 44 erfolgen.

²⁾ Um den durch die allgemeine Einführung des Lycealstudiums auch für die meisten protestantischen Gymnasiasten Bamberg's obligat gewordenen Besuch des einheimischen Lyceums möglichst nutzbar zu gestal-

statt hatte, bezw. daß man mit ihm höhererseits rechnete, beweist eine Reihe von generellen und speciellen hohen, höchsten und Allerhöchsten Entschließungen und Verfügungen, welche in verschiedenen diesen Punkt berührenden Betreffen an die Adresse der Lyceen gerichtet wurden, so u. a. eine E. der Regierung des Oberdonaufkreises vom 24. Dez. 1828 über den Nutzen des Lehrfachs der Landwirtschaft für (Gymnasialen und) Lyceisten, welche sich später dem Studium der protestantischen Theologie widmen wollten, zwei E. der Regierung von Oberfranken vom 24. Juni und 17. Okt. 1833, betreffend den Vollzug der Allh. B.O. vom 30. Mai 1833 über den zwangsweisen Besuch der Universität Erlangen seitens der bayerischen protestantischen Theologiekandidaten und Theologiaspiranten, eine ministerielle E. vom 19. Sept. 1834 über die Ausdehnung der durch ebensolche E. vom 19. Febr. 1834 begründeten Anzeigepflicht der Gymnasialrektorate dem Ephorate⁴⁾ der Universität Erlangen gegenüber auch auf die Lycealrektorate u. ä. m.

ten, wandte sich das R. protest. Dekanat Bamberg unterm 29. Okt. 1824 mit dem Ersuchen an die R. Regierung, man möge denjenigen Lyceisten, welche später protest. Theologie zu studieren beabsichtigten, Zutritt zu den hebräischen Vorlesungen und Uebungen an der theol. Lyceal-Section gewähren. Die Genehmigung scheiterte jedoch an dem Gutachten des Lycealrektorats, welches — bei voller Anerkennung der Zweckmäßigkeit des Antrages und der Unvoreingenommenheit des Petenten — sich auf die allgemeine Bestimmung berief, wonach Philosophiestudierende zu Vorlesungen in der theologischen Section nicht zugelassen werden konnten. Diese Vergünstigung trat erst mit der M. E. vom 8. Febr. 1834 in Kraft. Vgl. § 17.

⁴⁾ Dieses Ephorat wurde mit M.E. vom 9. Jan. 1834 ins Leben gerufen. Es war eine dem Ministerium des Innern unmittelbar untergeordnete Behörde, welche über das wissenschaftliche Streben und das sittliche Verhalten der Studierenden der protestantischen Theologie wachen sollte, und bestand aus einem Theologieprofessor als Ephorus und 4 Repetenten. Ueber die Institutionierung einer analogen Einrichtung am Bamberger Lyceum s. § 45.

Auch die die fundamentale B.D. über die Lyceen vom 30. Nov. 1833 erläuternde M.E. vom 3. Febr. 1834 nahm auf die protestantischen Studierenden an denselben ausdrücklich Bezug, indem sie neuerdings hinsichtlich der Abhaltung von Morgenandachten und der Erfüllung der übrigen religiösen Pflichten besondere Verfügungen traf. Sie mußte es wohl auch, nachdem eben die Allh. B.D. vom 30. Nov. 1833 die zum Lyceum Uebergetretenen ohne Unterschied des Bekenntnisses an die Absolvierung eines 2jährigen philosophischenurses gebunden hatte⁵⁾. Die höchste E. vom 13. Nov. 1849 hingegen, welche die hauptsächlichsten Schranken der akademischen Beengung der Lyceisten niederriß, brachte natürlich auch die Bestimmungen religiöser Sondergesetze zu Fall. Von da ab wurde der confessionellen Zugehörigkeit der Philosophiestudierenden der Lyceen überhaupt nicht mehr gedacht, vielmehr steht die philosophische Section dieser Anstalten nach wie vor einem jeden ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses offen, welcher sich nach Maßgabe der einschlägigen Verordnungen daselbst immatriculieren kann und immatriculieren will⁶⁾.

⁵⁾ Für die paritätische Behandlung der Lycealstudierenden spricht sehr deutlich eine M.E. vom 2. Dez. 1834, die einem am Aschaffener Lyceum immatriculierten Philosophiecandidaten israelitischer Confession, welcher zur Universität übertreten wollte, um israelitische Theologie zu studieren, die Examatrikulation vor Ablauf des 4. Semesters verweigerte, mit dem Hinweise, daß er die zu seiner philosophischen und linguistischen Durchbildung nötigen Kenntnisse sich sehr wohl am Lyceum erwerben könne.

⁶⁾ Die Matrikelbücher des Bamberger Lyceums bezeugen in der That die fortlaufende Anwesenheit von Candidaten akatholischer Confession. Dem Lyceumsrektorate erwuchs hieraus eine rege Correspondenz mit dem protestantischen Stadtpfarramte zu Bamberg, dem protestantischen Consistorium zu Bayreuth, dem Ephorate dem Dekanate und der theologischen Fakultät zu Erlangen, dem israelitischen Rabbinat zu Bamberg u. s. w. Lyc. Akten.

§ 20. Bezüglich der Lehrer.

Ungleich schwieriger liegt die Prüfung der Accreditive des religiösen Bekenntnisses der Professoren der Lyceen¹⁾.

Daß die theologische Section der letzteren zu Lehrern nur Katholiken, speciell katholische Priester²⁾ zählen kann, muß als eine im Wesen einer katholisch-theologischen Fachschule begründete originale Forderung so elementarer Art angesehen werden, daß sie bei der noch näher zu charakterisierenden Divergenz zwischen den staatlichen und kirchlichen Ansprüchen auf das Ernennungsrecht der Professoren einen principiellen Richtpunkt in der That nicht hätte sollen bilden können. Daß der Uebertritt eines Lehrers dieser Section zu einer anderen Religionsgenossenschaft den Verlust der Professur nach sich ziehen müßte, sollte als natürliche Consequenz dieser Auffassung eo ipso verständlich erscheinen. Und doch ist in der Geschichte der bayerischen Lyceen wenigstens Ein Fall bekannt, wonach ein zum Protestantismus übergetretener Professor der Theologie noch 1 Jahr auf seiner Stelle belassen wurde, bis durch seine Entfernung aus dieser dem verletzten Princip wieder Geltung verschafft wurde³⁾.

Dagegen hatten, wie im Abschnitte III A auseinander gesetzt ward, die Institution und die Lehraufgabe der philosophischen Section der Lyceen im Laufe des 19. Jahrhunderts mannigfachen Wechsel erfahren. Die eingangs des vorigen Paragraphen erwähnte Allh. B.O. v. 26. Nov. 1804 sprach, fußend auf dem speciellen Religionsedikt vom 10. Jan.

¹⁾ Ueber andere charakteristische Verhältnisse der Professoren s. Abschn. VII.

²⁾ Vgl. übrigens die Bemerkung in J.W. 9 des § 15.

³⁾ Es war der Theologieprofessor Eisenschmied am Lyceum Aschaffenburg. Dieser hatte den Confessionswechsel im Jahre 1828 zu Eschau im Speßart vollzogen und sich gleichzeitig daselbst trauen lassen. Er wurde durch König Ludwig I. im Jahre 1829 amoviert. Braun, 413.

1803, den Grundsatz aus, daß bei der Besetzung einer Lehrsparte an einer höheren Schule mit Ausnahme derjenigen der Religion die Confession des anzustellenden Lehrers eine Rolle nicht spielen solle, indem sie gleichzeitig, wie schon erwähnt, die Schulen insgesamt nicht als „kirchliche“, sondern als „Polizeianstalten“ erklärte.

Um die Berechtigung dieser Bestimmungen und insbesondere um die Gültigkeit der letzteren Definition entbrannte zwischen Kirche und Staat ein mehrjähriger Kampf, dessen Phasen⁴⁾ und Chancen um so mehr wechselten, je mehr man sich dem Abschlusse des Concordats näherte, und dessen erstes vorläufiges Ende mit dem Vollzuge dieses denkwürdigen Geschehnisses zusammenfiel, nachdem sich freilich inzwischen die Pointe des Streites allgemach mehr auf andere Gebiete des kirchenpolitischen Lebens hinübergezogen hatte.

Insoferne nämlich im letzten Stadium der Dissidien kirchlicherseits mehr die Freigabe der Erziehung des Klerus nach den Wünschen der Hierarchie in Anlehnung an die Vorschriften des Tridentinischen Concils und die Befugnis zur Errichtung von selbständigen episcopalen Lehranstalten im strikten Zusammenhange mit den Klerikalseminarien verlangt worden war, war die fundamentale Frage, ob die öffentlichen Schulen den staatlichen oder kirchlichen Institutionen beizuzählen wären, mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Zudem war der Staat sofort im Anschlusse an die kurf. B. D. des 26. Nov. 1804 daran gegangen, die in derselben ausgesprochenen Grundsätze dadurch in die Wirklichkeit zu übersetzen, daß er vorläufig auf die Gymnasien i. e. S. d. h. auf die Unter- und Mittelstufe des erst vor einem Vierteljahre geschaffenen Triennialsystems

⁴⁾ Ueber diese orientieren ausführlich (Höfer) und v. Sacherer, a. a. D.

die Lehrer der beiden hauptsächlichsten Confectionen mischweise verteilte, während er sie dem nämlichen Würfelungsbestreben zugleich auch hinsichtlich ihrer landsmännchaftlichen Abstammung unterwarf, indem er Altbayern, Oberpfälzer, Franken, Schwaben und später auch Tiroler — zumeist ohne ihr Zuthun und nicht selten gegen ihren Willen — in die extremen Gegenden des bayerischen Churfürstentums^{*)} bzw. Königreichs versetzte⁵⁾.

Natürlich hätten die gleichen staatspolitischen Erwägungen der Nichtachtung des religiösen Bekenntnisses der Professoren auch auf die philosophische Section des Gyceums Anwendung finden können. War doch diese Section von der theologischen, mit der sie bis zur Säkularisation verknüpft gewesen, vollständig losgelöst und durch den v. Fraunberg'schen Schulplan des Jahres 1804 mit dem Gymnasium zusammenge schmiedet, sozusagen laiiert, ihr Lehrzweck sodann bei der Wiedertrennung durch das Niethammer'sche Schulnormativ von 1808 keineswegs mehr präcise definiert und ihr erster Kursus endlich neuerdings während des Quinquenniums von 1824 bis 1829 zu dem Gymnasium als eine Art Ergänzungs klasse hinübergezogen worden!

Wenn trotzdem ein Fall der Anstellung eines Katholiken als wirklichen⁶⁾ Lehrers auch in jener Epoche kaum verzeichnet werden kann, so dürfte der Grund hiefür weniger in der Beachtung eines formalen staatsrechtlichen Paragraphen oder in dem Verzicht auf die Ausführung eines solchen zu suchen sein, als vielmehr in einer vielleicht ab-

^{*)} Kilian, 34.

⁵⁾ Im Gegensatz zu einer zur vorübergehenden Aushilfe beigezogenen Persönlichkeit, deren Confection allerdings anscheinend nicht in Frage kam. Aus der im II. Teile dieser Abhandlung eingehender behandelten Personalgeschichte des Gyceums Bamberg sind die 2 Fälle einschlägig der im Wintersemester 1877/78 bewirkten Vertretung des Physikprofessors Dr. Hoh durch den damaligen Bamberger Realschulrektor Rudel, sowie der während des Wintersemesters 1821/22 durch

sichtlichen, vielleicht unwillkürlichen Rücksichtnahme⁷⁾ auf die historische Bedeutung der philosophischen Dycealsection, welche als organischer Teil einer in den bayerischen Erblanden alleingefessenen Lehrinstitution dem besonderen Ziele der Vorbildung des katholischen Klerus diene, einem Ziele, welchem die weitaus größere Zahl der Besucher auch zur gegenwärtigen Zeit noch zustrebt.

Als dann freilich weiterhin durch König Ludwig I. in der grundlegenden B.D. vom 30. Nov. 1833 die Dyceen wieder als Specialschulen für das philosophische und theologische Studium bezeichnet worden waren, verstand man sich regierungsseitig nicht nur zu einem wärmeren Entgegenkommen den Wünschen der bayerischen Bischöfe gegenüber, indem man letztere von da ab bei der Anstellung der Dycealprofessoren beider Sectionen dann und wann um ihre Zustimmung zu befragen pflegte⁸⁾ — man hatte auch durch die officiell erneuerte Signatur der philosophischen Section als der natürlichen Vorstufe für die Bildung der Theologiecandidaten die

den seinerzeitigen Gymnasialprofessor Füscher bethätigten Dozentur für klassische Philologie. Rudel und Füscher waren Protestanten. Die späterhin strittig gewordene Frage, ob die letztere Docentur den Charakter einer bloßen „Aushilfe“ oder bereits in نحو denjenigen einer ständigen Lehrstelle getragen habe, ist für die hier vorwürfige Untersuchung wohl gegenstandslos, da sie nur 1 Semester hindurch Bestand hatte.

⁷⁾ Eine ähnliche Observanz war auch bei der Besetzung anderer Lehrstellen lange Zeit hindurch aufrecht erhalten worden. So begegnete man von alters her bis in die 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts an den 3 Münchener Gymnasien keinem definitiven Lehrer protestantischer, an manchen Gymnasien der Provinz, z. B. dem Nürnberger (jetztigen alten) Gymnasium, keinem solchen katholischer Confession. Die Begriffe „katholisches“, „protestantisches“ und „confessionell gemischtes“ Gymnasium waren dabei officiell durch die M. G. vom 13. Aug. 1841 geschaffen worden, welche alle Gymnasien des Königreichs in dieser Weise ausgeschieden hatte.

⁸⁾ Das Recht der Kirche, 291.

Förderung des katholischen Bekenntnisses der Dozenten in derselben implicite ausgesprochen. Und es gab wohl kein anderes Mittel, einem etwaigen Durchbruch des Paritätsgedankens nach dieser Richtung Raum zu schaffen, als dasjenige der Neugründung von Lyceen mit ausgesprochen nichtkatholischem oder zunächst wenigstens simultanem Charakter⁹⁾.

In der That begründete eine unterm 5. Sept. 1839 erlassene Allg. E. die sofortige Eröffnung eines confessionell gemischten unvollständigen Lyceums mit 2 philosophischen Jahrgängen in Speyer, in der ausgesprochenen Absicht, sowohl den katholischen, als den protestantischen Theologiecandidaten der Pfalz Gelegenheit zur Absolvierung ihrer philosophischen Studien zu bieten. Die effektive Errichtung desselben wurde freilich von keiner Seite sympathisch begrüßt. Die katholische Hierarchie des Speyerer Bistums erblickte in dieser Gründung nur ein Verlegenheitsmittel, mit dem der Staat sich ihres ständigen Drängens um die Lösung der Frage¹⁰⁾ der Bildung und Erziehung des linksrheinischen bayerischen Klerus einstweilen erwehren wollte. Für die protestantischen Theologiecandidaten der Pfalz aber bedeutete die durch die neue Institution veranlaßte neue Ordnung der Studien eine nicht unerhebliche Benachteiligung gegenüber ihren diesseitigen Commilitonen.

Die letzteren hatten nämlich von einer Allerhöchsterseits eingeführten, vom 10. Mai 1838 datierten Prüfungsord-

⁹⁾ Die bereits im Jahre 1817 in Speyer gegründete Eine Lycealklasse, welche simultan war, jedoch bald wieder entstand, zählt nicht hieher, da ihre Formation mit derjenigen eines philosophischen Jahreskurses der Lyceen im rechtsrh. Bayern nicht übereinstimmte. Vgl. hierüber auch § 23.

¹⁰⁾ Vergleiche hierüber den nachfolgenden Abschnitt III E.

nung¹¹⁾, welche für alle Hochschulstudierende des Königreichs ein quinquenniales Gesamtstudium vorgeschrieben hatte, mit M. E. vom 27. Nov. 1839 Dispens in der Weise erhalten daß sie auf der Universität Erlangen ihre Studien bereits, in 4 Jahren vollenden konnten. Diese Vergünstigung sollte freilich nur eine provisorische sein und ihnen nur so lange gewährt werden, bis man für sie protestantische Lyceen mit gleichfalls 5jähriger Studienzeit aufgerichtet haben würde. Sie war jedoch den vom Lyceum Speyer (oder von einer auswärtigen Universität) eintreffenden Theologiecandidaten, welche nur 1 Jahr Philosophie gehört hatten, nicht zu teil geworden. Vielmehr sollte laut M. E. vom 5. Dez. 1839 für diese Zuzügler in Erlangen genau ebenso ein zweiter philosophischer Lehrkurs eingerichtet werden, wie er in München und Würzburg für die Zwecke der katholischen Theologiestudierenden bereits seit anderthalb Jahren bestand.

Mit diesen beiden höchsten Entschlüssen war der Wunsch, Lyceen von ausgesprochen protestantischem Charakter zu besitzen, ebenso deutlich signalisiert worden, wie daraus andererseits auf die bloße interimistische Dauer des simultanen Lyceums Speyer geschlossen werden konnte. Und doch war der Grundgedanke keineswegs neu und keineswegs erst Ende der 30er Jahre gefaßt worden: er findet sich bereits in den beiden schon oft erwähnten grundlegenden Edikten über die Neuformation der (katholischen) Lyceen vom 30. Nov. 1833 und 3. Febr. 1834 niedergelegt — deren letzteres insbesondere für die Prüfung für das Lehramt der Theologie an den „sich bildenden protestantischen Lyceen“ des Königreichs die Absendung eines Mitgliedes „des protestantischen Consistoriums“ vorgesehen hatte — sowie späterhin in der Beilage B zur Discipl.-D.

¹¹⁾ Die Prüfungsverhältnisse werden im folgenden Abschnitte IV in umfassender Weise gewürdigt werden. Zum Teile wurden sie schon in den vorhergehenden Paragraphen gestreift.

für die Universitäten vom 13. Febr. 1842. Doch schien die ganze Angelegenheit erst im Jahre 1843 einen Schritt weiter rücken zu wollen, in welchem Jahre mit ministerieller Bekanntmachung vom 22. Sept. der genauere Wille König Ludwigs I. präcisiert wurde, zur völligen Ausbildung protestantischer Theologen nach Art der katholischen je ein protestantisches Dyceum in Ausbach und Bayreuth zu errichten.

Zu dieser Kundgebung nahmen sowohl das protestantische Oberconsistorium in München, als der Senat der Universität Erlangen mit Eingaben vom 23. Okt. bezw. 3. Okt. jß. 38. Stellung, indem sie beide für die Aufrechterhaltung der bisherigen Bestimmungen eines 4jährigen Gesamtstudiums der Theologiestudierenden der Universität Erlangen petitionierten. Mit M.E. vom 4. Jan. 1844 wurde in der That diesem Ersuchen auch für die Folge stattgegeben, aber unter direkter Betonung der Weiterführung eines bloßen Interimszustandes und unter lebhafter Zurückweisung der vom Erlanger Senate erbrachten Einwürfe, als wenn die beiden einschlägigen R. B. D. vom 10. Mai und vom 2. Nov. 1838 über das Studium der allgemeinen Wissenschaften an den bayerischen Hochschulen mit dem Charakter einer protestantischen Universität unvereinbar wären, endlich unter ausdrücklicher Aufrechterhaltung des 5jährigen Gesamtstudiums für die Erlanger Nichttheologen.

Zur wirklichen Errichtung protestantischer Dyceen kam es nun freilich nicht, und zwar aus dem Grunde, den schon die M. E. vom 22. Sept. 1843 andeutete — aus Mangel an Mitteln. Auch war der Allerh. Absicht, welche wohl hauptsächlich zu der Erwägung der Construction protestantischer Dyceen geführt hatte, der Absicht nämlich, die Ungleichheit in der Studienzeit der katholischen und protestantischen Theologen aus der Welt zu schaffen, alsbald durch die im Jahre 1849 aufgerichtete Norm einer totalen Stu-

dienzeit von 4 Jahren für alle Universitäts- und Lycealstudierende der Boden entzogen worden. Immerhin konnten die bestehenden Lyceen die Anerkennung, die ihrer Institution durch den Allerhöchst kundgegebenen Willen der Neugründung ebensolcher Anstalten protestantischer Signatur gezollt worden war, dankend acceptieren¹²⁾.

Bei der seit der W.D. des 30. Nov. 1833 deutlicher markierten Bestimmung der Lyceen, der vollständigen Anstalten — als Pflanzschulen, der unvollständigen — als Vorschulen für die Heranbildung der katholischen Geistlichkeit stand zu erwarten, daß die Frage nach dem Vollzuge des Artikels V Abs. 2 und 3 des Concordats, welche Frage in der Zwischenzeit niemals eigentlich ganz zur Ruhe gekommen¹³⁾, wohl aber durch andere, „aktuellere“ Ereignisse im kirchenpolitischen Leben der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts (durch die Besetzung der im Concordate geschaffenen Bischofsitze, durch die Inanspruchnahme des Rechtes der nur bedingten Eidesleistung auf die Verfassung, durch die sogen. Tegernieer Erklärung des Königs Maximilian I. u. f. w.¹⁴⁾) übertäubt worden war, nunmehr wieder schärfer sich bemerkbar machen würde. Immerhin gingen, da die spätere, die Lycealverhältnisse reformierende M.E. vom 13. Nov. 1849 dem Episcopate nur bezüglich der freien Anordnung der Prüfungen für die Theologieaspiranten ein Zugeständnis gewährt¹⁵⁾, seine Wünsche bezüglich der Besetzung

¹²⁾ Daß das System der Lyceen in jener Zeit als ein prototypisches auch für andere Lehrinstitutionen genommen wurde, beweist der officiële Ausdruck in der M. Instruction vom 4. April 1836 betr. die technischen Unterrichtsanstalten, wonach die polytechnischen Schulen als „technische Lyceen“ bezeichnet und in Gemäßheit dessen die Professoren derselben den Lycealprofessoren gleichgestellt wurden. Vgl. auch F.R. 8 des § 12, sowie die daselbst angeführten §§.

¹³⁾ Ausführlicher hierüber im Abschn. IV C.

¹⁴⁾ Vgl. etwa v. Sicherer, 261 ff.; 305 ff.; 335 ff.

¹⁵⁾ V. § 37 d. u. o.

der Professuren aber außer Berücksichtigung gelassen hatte, insgesamt fast 20 Jahre in's Land, ehe ein weiterer Schritt zur Verständigung nach dieser Richtung erfolgte.

Es war die durch Breve des Papstes Pius IX. vom 10. Aug. 1849 veranlaßte bekannte Freisinger Denkschrift der bayerischen Bischöfe vom 20. Okt. 1850, Sr. Maj. dem Könige überreicht unterm 2. Nov. jß. 38., welche die hierauf bezüglichen Wünsche in die Formel zusammenfaßte, daß — in Ausführung speciell der Ziff. 2 und 3 des V. Concordatsartikels — die höheren zur Vorbildung der Böglinge für den klerikalen Beruf dienenden Schulen mit den Seminarien zusammen als untrennbares Ganzes figurieren und die Anstellungen der Professoren und Lehrer an denselben der freien bischöflichen Wahl unterliegen sollten. Der Reklamation, welche, um einer anfänglich seitens der Staatsregierung gepflogenen bilatorischen Behandlung ein Ende zu bereiten, nochmals unterm 20. Febr. 1852 in ähnlicher Fassung eingereicht worden war, wurde nun zwar in dieser Ausdehnung eine bejahende Folge nicht gegeben. Wohl aber sah man sich staatlicherseits veranlaßt, den Bischöfen bezüglich der Ernennung der Lycealprofessoren (sowie der Theologieprofessoren der Universität, der Religionslehrer an den Mittelschulen, der Inspektoren und Präfecten der Schullehrerseminare und endlich der Distriktsschulinspektoren) ein förmliches Placet- bzw. Vetorecht einzuräumen. Dieser Entscheidung, begründet durch eine Mh. G. vom 30. März 1852 bzw. eine daraus fließende M. G. vom 8. April jß. 38. fand freilich keineswegs den Beifall des Episcopats, welcher vielmehr in einer Immediateingabe vom 28. April 1852 und in einer Gegenvorstellung zum K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 15. Mai 1853 auf seinem in dem Freisinger Memorandum niedergelegten Standpunkte strikte beharrte. Es verblieb indessen, da die replicierende höchste G. vom 9. Okt.

1854 sich fast ausschließlich in dem Geleise reflectirender Erörterungen bewegte, faktisch bei den Erklärungen und Festsetzungen der citirten E. des 8. April 1852, mit dem einzigen Unterschiede, daß das besprochene, den Bischöfen anheimgegebene Recht der Genehm- oder Nichtgenehmklärung eines designirten Lycealprofessors durch die neue Entscheidung ausdrücklich als auch für die Anstellung eines Professors der philosophischen Section gültig betont worden war. Damit war denn die seit dem Jahre 1833 discontinuirlich geübte Gepflogenheit der Abgabe eines placetum episcopale, welche sich bei der starken Abneigung König Ludwigs I. gegen die Preisgabe eines — anerkannten oder strittigen — Kronrechtes bisher zu einem förmlichen Rechte nicht hatte entfalten können, unter seinem Nachfolger in ein solches legal übergegangen.

Allerdings sollte die Dauer desselben nur solange währen, als S. M. der König es „nicht anders verfügen“ werde. Und in der That erwies sich diese Klausel, wie die stürmischen kirchenpolitischen Vorgänge zu Beginn der 70er Jahre darthun sollten, nichts weniger denn als eine inhaltsleere Phrase. Eine im Allh. Auftrage erschienene M.E. vom 20. Nov. 1873 bestritt direct die Gültigkeit ihrer Vorgängerin vom 8. April 1852 bezw. deren Ziffer 1 unter der Motivierung, daß die darin niedergelegten Intentionen bislang eine unrichtige Auslegung erfahren hätten, und setzte durch Adoption einer neuen Ziffer 1 mit „richtiger Auslegungsregel“ eine Anzahl der früheren Paragraphen außer Kurs, darunter auch das bisherige Zugeständnis betreffs der Einholung der bischöflichen Genehmigung bei der Anstellung der Lycealprofessoren.

Diese Maßnahme rief alsbald eine äußerst heftige Polemik hervor, die, besonders in der Presse tobend, noch dadurch gesteigert wurde, daß die Staatsregierung alsbald ihren Worten die Thaten folgen ließ und an mehre-

ren Lyceen die frei gewordenen Professuren und rektoratlichen Stellen unter Nichteinholung der Wünsche bezw. Nichtachtung des Einspruches der Diöcesanbischöfe besetzte. Erst eine unterm 28. März 1889 ebenfalls im Allh. Auftrage erlassene höchste E. stellte den Frieden auf diesem Gebiete wieder her, indem sie in Beantwortung der kirchenpolitischen Denkschrift der im Jahre 1888 zu Freising versammelt gewesenen bayerischen Bischöfe und deren Vertreter, d.d. 14. Juni jß. Zs.¹⁶⁾ — unter Zurückweisung und Ablehnung anderer in diesem Memorandum vorgebrachter oberhirtlicher Beschwerden und Wünsche — die Giltigkeit der fundamentalen Entschließung des 8. Apr. 1852 in wesentlich dem früheren Umfange neuerdings bestätigte und damit speciell das Recht auf die Abgabe eines *placetum episcopale* für die staatlicherseits beschlossene Ernennung eines Professors einer der beiden Lycealsectionen.

Im strikten Gegensatz zu der nunmehr unbestrittenen Ausübung¹⁷⁾ dieses Rechtes an den königlichen Lyceen figurirt die Handhabung der Modalitäten bei der Besetzung der Professuren und Lehrstellen am bischöflichen Lyceum zu Eichstätt. Ihrer wird im Zusammenhange mit der Institution dieses Lyceums im § 24 näher gedacht werden.

¹⁶⁾ Diese jüngere „Freisinger Denkschrift“ wurde durch päpstliche Encyclica vom 22. Dez. 1887 veranlaßt.

¹⁷⁾ In Wirklichkeit erfolgen die Anfragen des Ministeriums theils affirmativ — ob der Candidat genehm, theils auch negativ — ob gegen denselben etwas einzuwenden sei.

D. Oberbehörden und Aufsichtsorgane.

§ 21. Während des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts.

Als ein unmittelbarer Abschluß der zu Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts in raicher Aufeinanderfolge betriebigten Reformen des höheren Schulwesens in den bayerischen Erblanden kann die Gründung einer Centralstelle für dasselbe betrachtet werden, wie sie sich mit kurf. V.D. vom 6. Okt. 1802 bei dem geistlichen Ministerialdepartement unter dem Namen „General-Schulen- und Studiendirektorium“ vollzog. Mit Allh. R. vom 29. Juli 1804 wurde ihr Wirkungskreis auch auf die neu erworbenen Provinzen — in welchen bislang die Generalkreiskommissariate bezw. die ihnen untergebenen einzelnen Landesdirektionen die Schulaufsicht ziemlich selbständig¹⁾, nur dem kurf. Kabinett verantwortlich geführt hatten — ausgedehnt²⁾, während

¹⁾ So hob die Bamberger Landesdirektion durch Verfügung vom 24. Okt. 1803 die Aufseesianische Stiftung auf — cf. Weber II, 24 — eröffnete unterm 23. Nov. 1823 durch Ausfertigung der Anstellungsdekrete der Professoren des Lyceum — vgl. §§ 7 und 8 — u. f. w.

²⁾ Im engsten Zusammenhange mit dieser Erweiterung — Fränk. Reg. Bl. 1804, 264 — stand die unter dem nämlichen Datum des 29. Juli 1804 angekündigte Reise der Kommission v. Fraunberg-Wismayer, der im § 9 näher gedacht wurde.

allerdings die Generalleitung des Schulwesens in diesen Provinzen dem Ministerialdepartement für auswärtige Angelegenheiten vorbehalten blieb. Als bald aber, schon unterm 6. Sept. 1805, wurde das Direktorium³⁾ durch kurf. E. unter Zurückverweisung eines großen Theiles seiner Geschäfte an die Landesdirektionen wieder aufgehoben und als neue technische Oberbehörde das „Geheime Schulen- und Studien-Bureau“ errichtet, mit 1 Präsidenten als Vorsitzenden und 2 Räten als Referenten, einem für die altbayerischen Lande Bayern, die Oberpfalz und Neuburg, dem andern für die incorporierten Territorien Franken und Schwaben. Das Bureau hatte die Befugniß, alle Schulangelegenheiten im engeren Sinne in eigener Zuständigkeit zu verbescheiden, in Sachen der obersten Leitung jedoch war es, je nachdem Verhältnisse in den eingessenen oder in den angefallenen Provinzen in Frage traten, dem geistlichen⁴⁾ oder aber dem auswärtigen Ministerialdepartement als den beiden obersten Instanzen für das Schulwesen unterworfen, zu welch' letzteren auch die Berichte der einzelnen Landesdirektionen unmittelbar einzulaufen hatten⁵⁾.

Inzwischen waren bei den letztgenannten äußeren Stellen, und zwar ebenfalls durch die schon erwähnte Allh. E. des 29. Juli 1804, neue behördliche Schulorgane, die „Ober-

³⁾ Der erste Schriftwechsel des Lyceumsrektors von Bamberg mit dem General-Schulen- und Studiendirektorium hatte unterm 20. Nov. 1804 stattgefunden. Gen. Akten, 1804.

⁴⁾ Das geistliche Ministerialdepartement war für die kirchlichen Angelegenheiten der Katholiken und Protestanten zugleich errichtet worden. Es besaß zu damaliger Zeit 5 Referenten, 2 (weltliche) Katholiken und 3 Protestanten. Das Recht der Kirche, 21.

⁵⁾ Für die erste Zeit war den Landesdirektionen, und zwar schon mit Allh. R. vom 24. Jan. 1805, die Ablieferung eines monatlichen Referates vorgeschrieben worden. Lyc. Akten, 1805.

Schulen- und Studien-Kommissariate⁶⁾“ als quasi Subdirektionen geschaffen und ihren Vorständen eine wesentlich weitere Wirkungssphäre und eine relativ größere Selbständigkeit eingeräumt worden, als solche die bisher als Schulreferenten verwendeten Räte der Deputation 1 der Landesdirektionen⁷⁾ besessen hatten. Auch diese Institutionen ließen wie die meisten Neugründungen jener Epoche die zur Jahrhundertwende zur Geltung gelangten Principien der Parität und der Simultaneität insoferne recht augenfällig in die Erscheinung treten, als für sie in Provinzen mit confessionell gemischter Bevölkerung 2 Ober-Schulen- und Studienkommissäre vorgesehen worden waren, welche, der eine dem katholischen, der andere dem protestantischen Bekenntnisse⁸⁾ angehörig, laut Allh. E. vom 3. Juli 1807 in allen das

⁶⁾ So lautete der volle Titel. Das angezogene Allh. Rescript gebrauchte auch den Namen „Oberschulkommissariat“. Außerdem kann man lesen: „Ober-Schul- und Studienkommissariat“, „Kreis-Schulen- und Studien-Kommissariat“, wohl auch „General-Schulen-Kommissariat“. Die Formalitäten über den Verkehr der Behörden mit diesem Kommissariate waren durch E. des General-Landes-Kommissariats vom 25. Mai 1805 — cf. Fränk. Reg. Bl. 1805, 193 — geregelt worden. Die einzelnen untergebenen Lehrer durften in „wichtigeren Dingen“ auf Grundlage der citirten Allh. E. v. 29. Juli 1804 mit demselben direkt verkehren, die Antwort erfolgte dagegen zumeist durch die unmittelbar vorgesetzte Stelle des Rektorats. Hatte freilich ein Professor den Begriff „wichtiger“ nicht getroffen, so war ihm, wie verschiedene Vorkommnisse in den Lyc. Akten erweisen, ein scharfer Tadel gewiß.

⁷⁾ Vgl. F. N. 2 des § 4 und die §§ 7 bis 9.

⁸⁾ Als Ober-Schulen- und Studienkommissär protestantischer Confession war unterm 3. März 1807 — v. Reichlin-Meldegg, 392 — (nach Zald I, 842 bereits 1 Jahr früher) der bekannte Professor der Würzburger protestantisch-theologischen Fakultät und Consistorialrat Paulus nach Bamberg berufen und dem in F. N. 5 des § 9 gewürdigten katholischen Oberschulrat Grafer zur Seite gegeben, 1808 aber als Kreisschul- und Consistorialrat wieder nach Nürnberg und 1810 sodann als Kreisschulrat nach Ansbach versetzt worden. Er führte, nachdem das im Jahre 1804 zu Würzburg errichtete protestantische Generalconsistorium bereits im folgenden Jahre aufge-

religiöse Gebiet nicht direkt streifenden Fragen über die Volks- und Studienschulen — die letzteren waren nach damaliger Bezeichnungsweise die Gymnasien und die philosophischen Kurse der Lyceen — collegiale Beratung zu pflegen hatten. Ihr Ressort erstreckte sich unter Umständen auch auf mehrere Provinzen⁹⁾.

Als weitere bei der Etablierung und Reformierung der höheren Schulen interessierte Behörde erschien ferner das unterm 9. Sept. 1803 gegründete Finanzministerium, welches noch im gleichen Jahre als Obercuratelbehörde alle in seinen Arbeitskreis einschlägigen, die Lehranstalten betreffenden Fragen genereller Natur zu sich herübergezogen hatte, wogegen es die Führung der laufenden finanziellen Geschäfte den (staatswirtschaftlichen Deputationen 3 der) einzelnen Landesdirektionen unter Aufsicht der Generallandeskommissariate als Provinzialcuratels überließ — falls nicht, wie es bei der Verwaltung von Stiftungsver-

lassen und Geschäftskreis der Bamberger Landesdirektion überwiesen worden war, in Bamberg neben dem einzigen das höhere Schulwesen berührenden Referate über das Gymnasium Schweinfurt zugleich dasjenige über die protestantischen Religionsangelegenheiten für die beiden fränkischen Fürstentümer. Weiteres über Paulus' Wirksamkeit in Bamberg s. v. Melchlin-Melbegg, 392 ff.

⁹⁾ So war für die beiden säkularisierten Hochstifte Bamberg und Würzburg nur ein einziges Ober-Schulen- und Studienkommissariat in Bamberg, dem Sitz des „fränkischen Lyceums“ — vgl. F. N. 14 des § 7 — errichtet worden, in Würzburg ein bloßes Unterkommissariat, dessen Kompetenz allerdings nicht viel hinter derjenigen des Oberkommissariats zurückstand. — Die in der citierten M. E. des 3. Juli 1807 — Döllinger 9,732 — dem protestantischen Referenten zugeeignete Befugnis der Mitaufsicht auf das (Gymnasium und) Lyceum trat übrigens für die Bamberger Anstalt laut Ausweises der Lyc. Akten niemals in die Erscheinung. Ebenfalls existierte in Bamberg zu irgend welcher Zeit die besondere Lokalschulkommission, deren als eines Appendix des lycealen Systems gelegentlich der Besprechung der Zwischen- und Semestralprüfungen der Philosophiestudierenden des Lyceums in den §§ 26 u. 27a gedacht werden wird.

mögen geschah, eine besondere, dem Generallandeskommissariate als Stiftungscuratel untergebene Administration als relativ selbständige Instanz eben dieselben besorgte.

Die Festerfügung des bayerischen Länderverbandes, die damalige Arbeitsüberhäufung des Ministerialdepartements des Auswärtigen, die Absicht eines möglichst gleichartigen Ausbaues aller Volksinteressen im Königreiche und nicht zum wenigsten endlich der Wunsch nach einer schärferen Trennung der Kirchen- und Schulangelegenheiten bezw. einer deutlicheren Absonderung der letzteren aus dem Bereiche der episcopalen Jurisdiktion drängten zu einer alsbaldigen Verschmelzung der beiden Centralschulleitungen. Dieselbe erfolgte im Anschlusse an die unterm 29. Okt. 1806 bethätigte Reorganisation der Ministerien, indem mit Allh. B.O. vom 31. Jan. 1807 bei dem Ministerium des Innern die Schaffung einer besonderen Section für Schulsachen mit zwei „Centralschulräten“, einem Katholiken und einem Protestanten, als Referenten vor sich ging, während in Consequenz dieser Umgestaltung unterm 17. Juli 1808 eine neue Dienstesinstruction für die (Provinzial-) Ober-Schulen- und Studienkommissariate ausgegeben wurde. Durch die weitere Formation der Staatsministerien auf Grund der beiden Allh. G. vom 2. Febr. und vom 15. Apr. 1817 wurde an dieser Einteilung principiell nichts geändert, es wurde nur eine Vermehrung der Centralschulräte, nunmehr „Oberstudienräte“ genannt, von zwei auf drei in Anschlag genommen.

Bei den in den einzelnen Provinzen errichteten Schulbehörden war jedoch in der Zwischenzeit im Vollzuge der Constitution vom 1. Mai 1808 durch die Allh. B.O. vom 21. Juni des gleichen Jahres eine äußere Veränderung insoweit eingetreten, als mit der Einteilung des Königreichs in 15 Kreise und der Ersetzung der Generallandeskommissariate mit ihren Landesdirektionen durch Generalkreiskommissariate der Titel „Ober-Schulen- und Studienkommissär“

in „Kreis(schul)rat“ umgeformt und die Anzahl dieser Räte entsprechend der größeren Anzahl der Provinzen vermehrt worden war. Bei dieser Organisation war es auch gelegentlich der unterm 23. Sept. 1810 erfolgten Neucinteilung des Landes in 9 Kreise verblieben, abgesehen von der Wirkung, daß sich die Anzahl der nun deutlicher signierten Kreisschulräte — mit B.D. vom 7. Okt. 1810 — ebenfalls auf 9, je einen bei jedem Generalkreiskommissariate, reduziert hatte. Mit der schließlichen Ueberführung der 9 Kreise in 8 durch die Allh. B.D. vom 20. Febr. 1817 und der durch ebensolche E. vom 27. März des nämlichen Jahres begründeten Zusammenfügung der bisher getrennt gewesenen Administrativ- und Finanzverwaltungen der einzelnen Provinzen zu den Kreisregierungen neuerer Ordnung wurde endlich der „Kreis(schul)rat“ principiell¹⁰⁾ aufgelassen und durch einen der Regierungsräte (bezw. -assessoren) als Referenten ersetzt. Bei diesen Bestimmungen beließ es im wesentlichen auch eine spätere, die weitere Gliederung der Regierungsbehörden und -ressorts regelnde Allh. B.D. vom 17. Dez. 1825.

Durch eben die vorgenannte Allh. E. vom 27. März 1817 über die Formation, den Wirkungskreis und den Geschäftsgang der obersten Verwaltungsstellen in den Kreisen erfolgte eine gewaltige Entlastung der bei dem Ministerium des Innern bestehenden Centralstelle für das Schulwesen. Es wurde nämlich die Aufsicht auf die Volks- und Studienschulen einschließlich der Lyceen mit Ausnahme je des in der Haupt- und Residenzstadt München bestehenden Gymnasiums¹¹⁾ und Lyceums den Kreisregierungen, Kammern

¹⁰⁾ Nicht effektiv noch: die zur Zeit als Kreisschulräte fungierenden Persönlichkeiten sollten vielmehr in ihren Stellungen bis auf weiteres noch verbleiben.

¹¹⁾ Dasselbe wurde im Jahre 1824 in 2 und diese mit M. E. vom 12. Mai 1849 in 3 Gymnasien, das Wilhelms-, Ludwigs- und Max-Gymnasium umgewandelt. Von den letzteren gilt das erste als eigentlicher Nachfolger des alten Gymnasiums, das

des Innern, übertragen, während dem Staatsministerium des Innern die Generalleitung des Elementar- und Mittelschulwesens des ganzen Landes, sowie die Curatel über die Universitäten, die Kunstakademie und die beiden genannten Münchener Studienschulen vorbehalten blieb. Dem am Sitz einer jeden Regierung, wie oben bemerkt, unter dem Titel „Regierungsrat“ beigegebenen Schulreferenten wurde ferner — mit höchster E. vom 19. Jan. 1833 — für Kreise mit gemischt=confeSSIONeller Bevölkerung ein Correferent des anderen Bekenntnisses an die Seite gesetzt.

Durch eine neue, mit Allh. B.D. vom 9. Dezember 1825 bewirkte Umlagerung der Ministerien wurde der Machtbereich der bisher bei dem Ministerium des Innern bestehenden Section für das Schulwesen erheblich erweitert, indem dieselbe mit Allh. B.D. vom 17. Dez. jß. 38. zu einer förmlichen Körperschaft für die Angelegenheiten der Schule und der Kirche unter dem Titel „Oberster Kirchen- und Schulrat“ umgeschaffen wurde. Als erste Frucht aus dem Schoße dieser Stelle ging der Schulplan vom 8. Febr. 1829 hervor, welcher auch bezüglich der Aufsicht auf die Lehranstalten sehr einschneidende Neuerungen darbot, indem er speciell für die Gymnasien und lateinischen Schulen das Institut der (Lokal-) Scholarchate¹²⁾ einführte, dem sich dann nach 3 Jahren, vom 1. April 1832 ab, die Einrichtung der Kreis-scholarchate zugesellte. Diese letzteren Organe,

gegen ging dessen bisher bestandene direkte Ressortierung zum K. Staatsministerium des Innern bezw. des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten nunmehr auf das Ludwigsgymnasium über. Uebrigens waren bereits in der Amtsinstruction für die Ober-Schulen- und Studentenkommisäre vom 17. Juli 1808 — Vgl. oben im Texte — die höheren Schulen in München als der unmittelbaren Aufsicht der einschlägigen Ministerialsection unterstehend bezeichnet worden.

¹²⁾ Ueber dieses die Lyceen nicht direkt berührende Institut s. den genannten Schulplan.

aus Pädagogen der Kreishauptstadt oder deren näheren Umgebung zusammengesetzt, hatten den Zweck, für die Kreisregierungen bezw. deren Referenten in allen die Volks-, lateinischen, Gymnasial- und Lycealschulen berührenden Fragen des öffentlichen Unterrichts je einen technischen Beirat zu bilden. Und zwar bestand die Hauptaufgabe der Kreisscholarchen, von denen bei jeder Kreisregierung anfangs 4, später 7 bis 10 bestellt wurden, in der Abhaltung der Semestral- und eventuell Zwischenprüfungen während des Jahres, in der in regelmäßigem Turnus wiederkehrenden Inspektion der Schulen und in einer eingehenden Berichterstattung über deren Zustand, sowie über allenfallsige besondere Vorkommnisse. Die außerordentlichen Visitationen erfolgten dagegen durch einen speciellen Regierungsdelegierten, wie denn auch das Ministerium, fußend auf einer Allh. V.D. vom 30. Nov. 1833, den besonderen Akt der Absendung von außerordentlichen Ministerialkommissären — gewöhnlich Universitätsprofessoren oder Oberstudienräten — sich vorbehalten hatte.

§ 22. Seit dem Jahre 1833.

Die revolutionären Ideen der 30er Jahre, welche auch in den mittleren und höheren Schulen Eingang fanden zeitigten das Allh. Rescript vom 6. Mai 1833¹⁾, welches die Gymnasien, sowie die Lyceen unter die Aufsicht „außerordentlicher Regierungskommissäre“ stellte. Die Funktionen von solchen wurden theils den Stadtkommissären²⁾, theils anderen geeigneten Persönlichkeiten, inaktiven Beamten u. dgl. übertragen. Sie bestanden in einer polizeilichen Ueberwachung der Studierenden in Hinsicht der Disciplin, der

¹⁾ Vgl. auch eine spätere M.E. vom 5. Jan. 1834.

²⁾ Die Einrichtung der Stadtkommissäre existierte seit 1818. Sie besaßen nach der Allh. E. vom 15. Sept. 1818 in Universitäts- und größeren Provinzialstädten den Rang von Appellationsgerichtsräten, in kleineren Städten, zu denen auch Bamberg zählte, jenen der Landrichter. — In Bamberg speciell wurde die in Rede stehende Funktion

öffentlichen Ordnung und der Sittlichkeit, vorzüglich aber auch der politischen Tendenzen. Glaubte der Kommissär letztere vorhanden, so konnte er selbständig, unbekümmert um die Ansicht des Rektors oder Lehrerrats, Maßnahmen treffen und eventuell Strafeinbreitung in Aussicht stellen oder bewerkstelligen. Schwerere der disziplinären Abhandlung unterliegende Fälle waren ihm zur Kenntnissnahme, beabsichtigte Dimissions- oder Exclusionserklärungen zur Genehmigung zu unterbreiten. In allen etwaigen durch solche Angelegenheiten veranlaßten gemeinsamen Sitzungen konnte er dabei laut M.E. vom 2. Juli 1834 den Vorsitz beanspruchen. Endlich hatte er das Recht, von den Lehrvorträgen der Professoren persönlich Kenntniss zu nehmen und jede wahrgenommene staatsgefährliche Doctrin dem Generalkommissär oder dem Regierungspräsidenten oder sogar direkt dem Minister des Innern zur Anzeige zu bringen. Hierdurch wurden die Orts- und Kreisschulreferenten, deren Institution neben derjenigen der a. o. Regierungskommissäre fortbestand, in ihren Kompetenzen nicht unwesentlich beschränkt, wenn nicht gänzlich abgelöst.

Uebrigens hatte man derartige strenge Ueberwachungs-vorschriften den Lyceen und Gymnasien keineswegs allein angedeihen lassen, sondern durch eine das nämliche Datum des 6. Mai 1833 tragende Allh. E. bezw. eine die letztere ergänzende M.E. vom 9. d. gl. Mts. zunächst die Studierenden der Hochschule einer nicht minder rigorosen Respi-

eines a. o. Regierungskommissärs für die Studienanstalten zuerst provisorisch, mit Reg. R. vom 14. Mai 1833, dem aktiven Stadtkommissär Geiger, sodann mit ebensolchem vom 24. Jan. 1834 dem quiescierten Polizeikommissär Sippel und nach dessen unterm 9. Juli 1848 angenommenem Verzicht mit Reg. E. des nämlichen Datums wiederum dem dienstthuenden Stadtkommissär — nunmehr Jhl — übertragen.

cienz der den Universitäten bereits seit dem Jahre 1819³⁾ aggregierten außerordentlichen Ministerialkommissäre untergeordnet⁴⁾. Und wenn auch eben diesen Organen bezüglich der Controle der Universitätsprofessoren eine so weit gehende Befugniß, wie sie in der Beaufsichtigung der Lehrvorträge⁵⁾ am Lyceum ausgesprochen lag, nicht ausdrücklich zugestanden worden war, so konnten dieselben doch jeden Augenblick auf die noch immer zu Recht bestehenden Allh. Instructions vom 11. Nov. und 9. Dez. 1819 zurückgreifen, nach welch' letzterer „kein Staatsdiener sich dadurch gekränkt halten“ durfte, „daß die Gesetze auch bei öffentlichen Beamten die Möglichkeit strafwürdiger Handlungen voraussetzen“, und damit einen etwaigen Akt besonderer Vigilanz auch den Vorle-

*) Das Institut der a. o. Ministerialkommissäre für die 3 Landesuniversitäten gelangte zur Errichtung durch die Ausführung der Bundestagsbeschlüsse vom 20. Sept. 1819, der sogenannten Karlsbader Beschlüsse, zufolge der Allh. B.O. vom 16. Okt. 1819.

*) Den äußeren Anstoß hiezu gaben zweifellos die stürmischen Auftritte des 3. April 1833 zu Frankfurt a. M., an denen sich auch — vgl. eine Allh. vom 15. April j. J. — Würzburger und Erlanger Studenten beteiligt hatten. Als vorbereitende und einleitende Akte können angesehen werden die Disciplinarordnung vom 26. Nov. 1827, die B.O. vom 23. Nov. 1832, sowie die B.O. und E. vom 7. Juni und 31. Juli 1827, vom 4. März 1830, vom 29. Mai, 22. Sept. und 21. Okt. 1832 und endlich vom 7. Jan. 18. März, 22. und 24. Apr. 1833. — Von dieser Zeit ab schien sich bei König Ludwig I. ein gewisses Gefühl des Mißtrauens gegen die Universitäten eingestellt zu haben, von dem sich der Monarch im spätern n.e. mehr ganz frei zu machen vermochte. (Strobl, 90.)

*) Auch nach anderen Richtungen hin wurden in jenem Zeitraume die Lycealprofessoren zusammen mit den öffentlichen Lehrern der übrigen Studienanstalten einer strengen Bevormundung unterworfen. So durften sie z. B. nach einer E. der Kreisregierung von Oberfranken vom 15. Sept. 1841 an keinen Privatstudierenden Unterricht erteilen, der sich nicht im Besitze eines polizeilichen Führungsattestes befand.

sungen der Hochschulprofessoren gegenüber gebührend motiviren^{*)}).

Die politischen Umwälzungen am Ende der 40er Jahre blieben natürlich auch auf das Schulaufsichtswesen nicht ohne Einfluß. Die im Jahre 1825 beim Ministerium des Innern als eigene Section gegründete Centralstelle des Obersten Kirchen- und Schulrates wurde mittels R.B.D. vom 15. Dez. 1846 aufgehoben und unter dem gleichen Datum bezw. unterm 27. Febr. 1847 durch ebensolche B.D. ein eigenes Ministerium für Kirchen- und Schulangelegenheiten errichtet. Im Anschlusse hieran bezw. an das Ausscheidungsgezet vom 23. Mai 1846 erfolgte dann vom 1. Okt. 1849 ab die Ueberweisung der Etats für die Lyceen und die Gymnasien (sowie die lateinischen Schulen) auf Centralfonds, während bislang Real- und Personalexistenz dieser Anstalten den einzelnen Kreisen zur Last gefallen waren.

Daß mit dem größeren Maße der der akademischen Jugend gewährten Freiheit auch die Aufhebung des Instituts der a. o. Aufsichtskommissäre bethätigt werden würde, stand außer Zweifel. Und wirklich erfolgte die Außerkurssetzung für die Hochschulen schon unterm 11. Okt. 1848, also fast um 1 Jahr früher, als sich die Ausgabe der neuen, vom 1. Okt. 1849 datierten Universitätsstatuten bethätigte. An den Gymnasien dagegen wurde die der Entwicklung dieser Lehranstalten durchaus nicht förderliche Institution noch mehrere Jahre beibehalten, nämlich bis zur Bekanntgabe des neuen Schulplans vom 24. Febr. 1854, welcher die Disciplinargewalt wieder in die Hände der natürlichen Schulvorstände, des Rectors und Lehrerrates, zurücklegte.

Dagegen schien man merkwürdigerweise die dritte Kategorie der Anstalten, welche mit dem System der a. o.

^{*)} Welcher Contrast gegen heute, wo — *Fid.* 143 — die Staatsaufsicht auf den akademischen Lehrer „fast unsichtbar“ ist!

Kommissäre beglückt worden war, und welche nach der bisherigen Erfahrung, bei einem Neuarrangement entweder der Universität oder dem Gymnasium angereicht zu werden, hoffen durfte, mit dem einen oder anderen dieser zwei Bildungskörper auch diesmal gleich behandelt zu werden — die Lyceen — vollständig vergessen zu haben. Bezüglich derselben erfolgte nämlich eine besondere Entschließung keineswegs. Man war freilich auch ohne eine solche kaum im Zweifel, daß mit der Aufhebung des Instituts der genannten Kommissäre an den Universitäten und Gymnasien dasselbe an den Lyceen gleichfalls eo ipso dauernd sistiert sei. Diese Anschauung hegte in der That der Bamberger Ablatus, der oben genannte Stadtkommissär Jhl, indem er am Tage der Publikation der Sch.D. vom 24. Febr. 1854 für die Bamberger Anstalten insgesamt sein Amt niederlegte. In um so höherem Grade mußte daher eine unterm 7. Okt. 1854 an die K. Regierung von Oberpfalz und Regensburg ergangene, dem Bamberger Lycealrektorat mit Reg.N. vom 13. Okt. d. nämli. Mts. mitgeteilte ministerielle E. überraschen, welche auf eine zweifellos vom Kgl. Lyceumsrektorat Regensburg aus ergangene Anfrage die Antwort erteilte, daß die Sch. D. vom 24. Februar js. 38. und ihre Bestimmungen nur für die Gymnasien (und lateinischen Schulen) Gültigkeit besäßen, nicht aber für die Lyceen, welche „in der Kategorie der Universitäten“ stünden: aus diesem Grunde werde die Allh. V.D. vom 6. Mai 1833, betreffend die Aufsicht auf die Lyceen durch Regierungskommissäre, durch eben jene Sch.D. nicht alteriert. Da es nicht gut denkbar ist, daß man für die Lyceen — deren „traditionelle Zähmheit“ durch die im folgenden noch näher zu erwähnenden Bestrebungen von Professoren und Studierenden um möglichste Gleichbehandlung der Lyceen mit den Universitäten gewiß nicht in Frage gerückt wurde — einen besonderen Ausnahmezustand aufrecht erhalten wollte, so bleibt

nur die Erklärung übrig, daß man höchsterseits bei der Berufung auf die Universitäten nicht daran dachte, daß für diese die Allh. V.D. vom 6. Mai 1833 bereits seit dem Jahre 1849, also seit 6 Jahren, erloschen war.

In Wirklichkeit blieb das System der a. o. Ministerialkommissäre mit dem Erscheinen der citierten Sch.D. der Gymnasien vom 24. Febr. 1854 auch für die Lyceen begraben. Hätte man sich freilich in Lycealkreisen von der Ausdehnungsfähigkeit der Allh. V.D. vom 11. Okt. 1848 im Sinne der erwähnten ministeriellen E. vom 7. Okt. 1854 träumen lassen, so hätte man sich vor einem Segennum schon in der förmlichsten Weise auch von dem letzten Scheine einer „Errungenschaft“ lösen können, deren Nutzen für die höheren Schulen ein sehr fragwürdiger war, deren Einrichtung eine Quelle beständig sich fortsetzender Dissiden⁷⁾ bildete und deren Fortdauer zu einer Zeit, zu der man an den Universitäten bereits Abstand von ihr genommen, als ein weiteres gewichtiges Moment der anscheinenden Minderwertigkeit⁸⁾ der Lycealanstalten erscheinen mußte.

Auch die mit V. D. vom 22. Nov. 1872 ins Leben gerufene Institution des Obersten Schulrates war, indem sie der Existenz der Lyceen in keiner Weise Rechnung trug, geeignet, das eben bezeichnete Moment in gewissem Sinne

⁷⁾ Der Verkehr des Rektorats und der Professorenschaft des Bamberger Lyceums mit dem Kommissariate war in Folge des von dem letzteren allzeit beliebten selbstbewußten Tones und mancher kleinlich-bureaukratischer Maßnahmen, welche die Abhängigkeit der Lycealanstalt von ihm recht deutlich dokumentieren sollten, kein sehr angenehmer. Doch wußte Direktor Rüttinger, welcher fast während der ganzen in Betracht kommenden Epoche das Rektorat führte, einen leidlichen *modus vivendi* zu wahren.

⁸⁾ Auch der Umstand, daß die Kreisregierung mit dem Lycealrektorat in vielen Fällen nicht mehr direkt, sondern durch Vermittlung des a. o. Regierungskommissärs correspondierte, war dem Ansehen des Lyceums keineswegs förderlich.

zu verstärken. Zwar wurden die Kompetenzen dieses dem K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten an die Seite gegebenen sachverständigen Organes auf die humanistischen und technischen Mittelschulen beschränkt und die Lyceen damit als außerhalb der Mittelschulsphäre liegend deutlich etikettiert: die völlige Außerachtlassung aber der Vertretung des Lehrelements der Lyceen in demselben, der sich bestimmungsgemäß aus Hochschullehrern und Mittelschulrektoren und -professoren zusammen setzen sollte, mußte zu der Schlußfolgerung Veranlassung geben entweder auf eine unzureichende Balanz dieser Bildungskörper als Hochschulen oder auf die Unmöglichkeit der Zuweisung eines bestimmt abgegrenzten Platzes für dieselben innerhalb des Rahmens des höheren bayerischen Schulwesens überhaupt.

Die im Anschlusse an die neuesten Lycealordnungen vom 1. Juni 1891 mit M.-Instruction vom 10. d. s. gl. M. s. erfolgte unzweideutige Signierung der Lyceen als Hochschulen speciellen Charakters schuf bekanntermaßen in Bezug auf diese beiden Ungereimtheiten Wandel. Und es war nur eine weitere Folge dieser Definition, daß unmittelbar hierauf eine Ausschaltung der bisherigen Curatelbehörde, der K. Kreisregierung, aus den meisten^{*)} Verbindungen mit dem Lyceum und eine direkte Unterordnung des letzteren unter das K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vorgenommen und damit eine Centrierung getroffen wurde, welche für die Universitäten bereits mit dem oben verzeichneten Allh. R. vom 27. März 1817 vor sich gegangen war, und in welche nachmalig, mit M. E. vom 18. Jan. 1900, auch die humanistischen und technischen Mittelschulen einbezogen wurden.

^{*)} Nur bezüglich einzelner Punkte, Baufall-, Urlaubsangelegenheiten, Schulhygiene u. s. w. ist die k. Regierung noch direkt zuständig.

E. Die wechselnde Anzahl der Lyceen.

§ 23. Von der Säkularisation bis zur Neu- formation der Lyceen im Jahre 1833.

Gleich der Einrichtung der Lyceen war, wie schon im § 7 bemerkt wurde, auch deren Anzahl einem ungemein häufigen Wechsel unterworfen, und zwar theils in Folge territorialer, organisatorischer und administrativer Veränderungen, theils auch im Ausflusse besonderer staatsrechtlicher oder kirchenpolitischer Erwägungen.

Als im Jahre 1799 Churfürst Max Joseph den bayerischen Thron bestieg, bestanden in den bayerischen Erb-landen 7 Lyceen, von denen im Jahre 1800 nicht weniger denn 5 aufgehoben und nur 2, München und Amberg, aufrecht erhalten wurden¹⁾. Beide Anstalten, welche auf eine reiche Vergangenheit zurückblicken konnten²⁾, waren ausgestattet mit je einem philosophischen und einem theologischen Lehrgang zu 2 Jahresklassen.

¹⁾ Gutter, a. a. O.

²⁾ Beide waren Jesuitengründungen. In München bestand im Anschlusse an das von Albert dem Großmütigen unterm 21. Nov. 1559 gegründete Gymnasium ein philosophischer Jahrskurs erstmalig während des Trienniums von 1572 bis 1575, lehrte aber im letztgenannten Jahre nach Ingolstadt, woher er verlegt worden war, zurück. Aus einem im Jahre 1591 errichteten Lehrstuhl für Casuistik (Moral) entwickelte sich sodann allmählich die Institution eines Lyceums mit je

Im Anschlusse an die Säkularisation wurden im Intervalle von 1803 bis 1807 neu errichtet oder, wenn man will, als Ueberbleibsel ehemaliger Universitäten belassen die Lyceen zu Bamberg und Dillingen³⁾ mit je 2 philosophischen und 3 theologischen Kursen, aufgehoben jene zu Freising⁴⁾ und Passau⁵⁾. Mit Wirkung des Friedens von Preßburg vom 26. Dez. 1805 fielen zugleich mit dem

2 philosophischen und theologischen Jahrgängen. Vgl. Gutter, a. a. O. Das Amberger Lyceum wurde am 29. Okt. 1722 einstweilig eröffnet, jedoch alsbald wieder aufgehoben und erst vom 18. Okt. 1726 an dauernd instauriert. Cf. Rigner, l. c.

³⁾ Die Universität Dillingen wurde aufgehoben mit E. des General-Schulen- und Studien-directoriums vom 22. Okt. 1804 bezw. der kurf. Landesdirektion von Schwaben vom 10. Dez. 1804. Reindl, 27. — Schriftliche Akte über die gleichzeitige Einrichtung der surrogierenden Anstalt eines vollständigen Lyceums sind nach einer freundlichen Aeußerung des Dillinger Lycealrektorates auf der dortigen Repositur ebensowenig vorhanden, wie solche bezüglich des Lyceums Bamberg sich am letzteren Orte befinden. Es liegt der Schluß nahe, daß sie bei der schwäbischen Landesdirektion in Ulm hinterlegt und zur Nachfolgerin dieser Behörde, der jetzigen R. Regierung von Schwaben und Neuburg in Augsburg, ebenso transferiert, worden sein mochten, wie es laut § 7 im Falle Bamberg-Byreuth geschehen war.

⁴⁾ Mit Auerh. E. vom 24. Aug. 1803. Reg. Bl. 1803, 704. Das Lyceum Freising, zugleich das Gymnasium umfassend, war 1697 unter der Leitung der Benediktiner eröffnet und in den Jahren 1709, 1710 und 1713/14 allmählich ausgebaut worden. Püntes, l. c.

⁵⁾ Als Gründungsjahr des Lyceums Passau kann das Jahr 1730 genommen werden, in welchem die Jesuiten dem bereits bestehenden Lehrkurs der Theologie einen 2jährigen philosophischen Kurs ansteteten. Das Jahr 1774 erweiterte durch eine Neuformation der Studien die Lehranstalt zu einer kleinen Akademie mit 2 philosophischen und 3 theologischen Jahrgängen, die auch nach der Trennung des österreichischen Theils der Diocese im Jahre 1783 aufrecht erhalten, aber 1795 wieder zu einem Lyceum heutiger Bedeutung reducirt wurde. Mit der in Consequenz des 1. Reichsdeputationshauptschlusses vom 23. Nov. 1802 erfolgten Aufteilung des Passauer Bistums zwischen Pfalzbayern und

Fürstentum Eichstätt und der freien Reichsstadt Augsburg die beiden gleichnamigen Lyceen an, während die Besitzergreifung von Tirol im Jahre 1806 die Neugründung dreier staatlicher Lyceen⁶⁾ anstalten zu Brigen, Trient und Meran nach sich zog. Von den ersteren wurde mit E. der St. Landesdirektion Neuburg a. D. vom 1. Okt. 1807 das Lyceum Eichstätt⁶⁾ seiner theologischen Abteilung „mangels zureichender Frequenz“ entkleidet, während gleichzeitig seine philosophische Section nach Neuburg transferiert und daselbst — allerdings nur auf 1 Jahr — als Lyceum Neuburg⁷⁾ weitergeführt wurde. Das Augsburger Lyceum⁸⁾ war bereits kurze Zeit vorher, zufolge Allh. E. vom 10. Juli 1807, mit dem Dillinger vereinigt worden. Von den 3 Tiroler Anstalten aber trat nur jene zu Trient in

Salzburg wurde die theologische Section sofort, die philosophische 5 Jahre später aufgehoben. Die letztere besaß am Ende des Studienjahres 1803/4 in ihren beiden Kursen noch die stattliche Zahl von 62 Kandidaten. Notermundt, a. a. O. — Genauere und wohl auch zuverlässigere Daten, die von den Notermundt'schen mehrfach abweichen, bei Fisch, l. c.

⁶⁾ Das Lyceum Eichstätt entwickelte sich aus dem im Jahre 1564 daselbst gegründeten Seminar — dem ersten in Deutschland, welches auf die Basis der Tridentinischen Beschlüsse gestellt worden war — in ähnlicher Weise, wie die weiland Bamberger Akademie sich aus der Ernestinischen Seminarsschule erweitert hatte (v. §§ 1 und 2). Ueber seine wechselvollen Schicksale in früherer Zeit s. b. Suttner, a. a. O.

⁷⁾ Neuburg besaß wenige Jahre vorher, bis zu dem im Texte bereits erwähnten allgemeinen Reductionsjahr 1800, ein vollständiges Lyceum, dessen Anfänge bis zum Jahre 1616 zurückreichten. 1738 hatte es eine philosophische und theologische Section zu je 2 Klassen erhalten, dieselben jedoch vom Studienjahr 1742/43 ab mangels genügender Schülerzahl bis auf 2 Samme kurze wieder auflassen müssen. Im Jahre 1771 endlich war neuerdings die frühere Ausgestaltung auf 4 Jahrgänge erfolgt. Räßinger, a. a. O.

⁸⁾ Das Lyceum bei St. Salvator in Augsburg basierte auf dem 1562 von den Jesuiten gegründeten Gymnasium. Es war nach Aufhebung des Jesuitenordens, dessen Mitglieder als Weltgeistliche die

die Erscheinung: die beiden Lyceen zu Brigen und Meran, welche als Concurrenzunternehmen gegen die bischöflichen philosophisch-theologischen Schulen in den beiden Städten dienen sollten, konnten nur Totgeburten sein, da seit der Eröffnung eines „Generalseminars“⁹⁾ in Innsbruck im Jahre 1784 die episcopalen Schulen selbst sich als kaum mehr lebensfähig erwiesen hatten¹⁰⁾. Einen weiteren intellectuellen Verlust endlich bedeutete die mit E. der K. Landesdirektion von Bayern vom 6. Juni 1807 bethätigte Degradierung des Münchener Lyceums zu einem bloßen Philosophicum mit 2 Jahrgängen.

Daß die Trennung des Gymnasiums vom Lyceum im engeren Sinne vollführende Schlnormativ vom 3. Nov. 1808 konnte also nur noch 5 Lyceen verzeichnen: die vollständigen zu Amberg, Bamberg, Dillingen und Trient, sowie das unvollständige zu München.

Zu den Jahren 1810 und 1811 traten zu diesen als Vollanstalten hinzu die Lyceen zu Innsbruck, Salzburg und Regensburg, die ersteren an Stelle der gleichnamigen Universitäten neu gegründet¹¹⁾, das letztere bereits bestehend¹²⁾, wogegen sich das Lyceum zu Trient mit der im Wiener Frieden von 1809 beschlossenen Abtretung Südtirols verloren

Leitung der Anstalt weiterführten, durch einen Vergleich im Jahre 1786 in die Hände des Magistrats der freien Reichsstadt Augsburg gekommen, während sich der Bischof von Augsburg das placet für die Ernennung der Professoren und das Recht der Mitaufsicht über die Anstalt vorbehalten hatte. P. Braun, a. a. O.

⁹⁾ Ueber diese Josephinische Institution vgl. etwa Siebengartner, 139 oder den in der folgenden F.N. angezogenen Artikel in Weßer und Welte.

¹⁰⁾ Weßer und Welte 11, 1768.

¹¹⁾ V. § 7.

¹²⁾ Das Lyceum Regensburg war 1736 von den Jesuiten mit 2 philosophischen und ebensovielen theologischen Jahrgängen ins Leben gerufen worden. Es wurde nach Auflösung des Ordens der Gesellschaft Jesu 1773 als bischöfliches Lyceum unter säkularisierten Jesuiten

ging¹³⁾. Mit Wirkung des Pariser Vertrags zwischen Bayern und Oesterreich vom 3. Juni 1814 schieden ferner aus die Lyceen Innsbruck und Salzburg, dagegen hatte das zur gleichen Zeit an Bayern gekommene Fürstentum Nischaffenburg ein Lyceum, bestehend aus 2 philosophischen Klassen, und ein relativ selbständiges Priesterseminar mit den entsprechenden theologischen Lehrkursen erbracht¹⁴⁾.

(Paulanern) weitergeführt, unter der kurf. Dalberg'schen Zwischenregierung 1803 *lyceum electorale*, und 1805, in welchem Jahre Churfürst Dalberg die Würde eines Primaserzbischofs von Deutschland erhielt, *lyceum archiepiscopale*. Es fiel mit dem Fürstentum Regensburg in Folge des Pariser Vertrags vom 28. Febr. 1810 an die Krone Bayerns, die es ohne Aenderung seines Umfangs zum K. Lyceum stempelte. — Vorstehende Notizen verdankt der Verf. einer freundl. Mitteilung des Regensburger Lyceumsrektors. Vergl. auch Kleinstäuber, a. a. O.

¹³⁾ Von den 3 tiroler Lyceen sollten die 2 an den Bischofs-sitzen Brixen und Trient errichteten für die Bedürfnisse der gleichnamigen Diöcesen, jenes in Meran für den tiroler, nunmehr bayerischen Anteil der Diöcese Ebur sorgen, man zog sie jedoch aus den oben im Texte angegebenen Gründen auf das einzige Lyceum in Trient zusammen, das als Pendant für Südtirol gegenüber der in Nordtirol gelegenen Universität Innsbruck figurierte. Die Geschichte der nur kurze Zeit unter bayerischer Herrschaft verbliebenen höheren Lehranstalten Tirols spiegelt die politischen, kirchlichen und kriegerischen Ereignisse einer hocherregten Zeit sehr lebhaft wieder. Cf. das Rcht der Kirche, 14 ff.; v. Sacherer, 141 ff.; Brüd I, 232 ff.

¹⁴⁾ Das Lyceum Nischaffenburg wuchs aus den Trümmern der Mainzer Universität heraus, indem sich nach dem Verluste jener Stadt an Frankreich eine große Anzahl der dortigen Hochschuleprofessoren nach dem nahen, mainzisch gebliebenen Nischaffenburg gewandt hatten, um daselbst, anfangs in privater Eigenschaft, ihre Vorlesungen fortzusetzen. Den letzteren gab im Jahre 1804 der Churerzkanzler Karl v. Dalberg ein festeres Gefüge durch förmliche Gründung einer philosophischen Lehranstalt mit 2 Jahrgängen. Sie wurde bei der Gründung der Karlsuniversität im Jahre 1806 deren philosophische Fakultät. Unterm 20. Jan. 1807 folgte ihr eine eigens fundierte und unter besonderer geistlicher Leitung stehende, mit einem Seminar verbundene

Mit der Beendigung der größeren territorialen Umsagerungen und Verschiebungen im Königreiche durch den Münchener Vertrag zwischen Bayern und Oesterreich vom 14. April 1816 betrug sonach die Anzahl der bayrischen Lyceen 6: München, Amberg, Bamberg, Dillingen, Regensburg und Aschaffenburg. Von denselben besaß München nur eine philosophische Section mit 2 Jahresklassen, die 5 übrigen neben einer solchen auch je eine theologische Abteilung mit teils 2, teils 3 Jahrgängen. In Amberg, Bamberg, Dillingen und Regensburg bildeten Philosophicum und Theologicum ein organisches Ganze, in Aschaffenburg standen beide dagegen ohne festeres Gefüge neben einander.

Die sämtlichen Lyceen waren staatliche. Sie dienten teils dem allgemeinen Ziele, den Studierenden jedweder Studientategorie und Confession die zur Ergreifung des Fachstudiums notwendige philosophische Vorbereitung zu gewähren, teils dem Sonderzwecke der wissenschaftlichen Heranbildung der Candidaten der katholischen Theologie. Die Verwirklichung dieser Absicht beanspruchte freilich außer dem officiellen 2- oder 3-jährigen Lycealkursus jeweilig noch die Institution eines geistlichen Seminars, in welchem hauptsächlich die „praktischen Fächer“ der Pastoral, Katechetik, Homiletik und

theologische Lehranstalt als Diöcesaninstitut für die rechtsrheinischen Teile des ehemaligen Churfürstentums Mainz, von denen nur einige Bruchstücke im weltlichen Besitze des Reichserzkanzlers belassen worden waren, während ihre Totalität in hierarchischer Beziehung dem neu geschaffenen Erzbistum Regensburg angegliedert wurde und damit der bischöflichen Jurisdiktion ihres bisherigen Oberhirten, des nunmehrigen Fürstprimas von Deutschland und Metropolen von Regensburg, unterstellt blieb. Vgl. Hoffmann, a. a. O.; Brüd I, 143 ff. — Ueber die Geschichte des höheren Schulwesens in Aschaffenburg erschien 1901 von Spiringer-Aschaffenburg, dem der Verf. für die Mitteilung einschlägiger Notizen ebenfalls zu Dank verpflichtet ist, ein Programm, das aber als erster Teil einer größeren Abhandlung die Zeit um die Wende des 18. Jahrhunderts noch nicht berücksichtigen konnte.

Liturgik gelehrt zu werden pflegten. Im Falle das Lyceum ein bloßes biennium theologicum besaß, mußten, wie schon im § 14 erwähnt worden war, die Abiturienten des 2. theologischen Jahrgangs andernorts mindestens noch ein volles „Jahr der praktischen Ausbildung“ innerhalb eines solchen Seminars zurücklegen. Nannte das Lyceum aber auch einen 3. Jahrgang sein eigen, so konnten die Angehörigen desselben natürlich zugleich auch dem Clerikalseminar — das sich allerwärts am Sitze eines solchen Lyceums befand — angehören, sobald nicht etwa Absolventen des 3.urses, sogenannte *theologi absoluti*, die sämtlichen im Seminar vorhandenen Plätze in Beschlag genommen hatten¹⁵⁾.

Bei dieser natürlichen, wenn auch staatlich als organisch nicht anerkannten¹⁶⁾ Verbindung von Lyceum und Seminar mußte daher jede die erstere Lehranstalt streifende Frage auch die letztere Bildungs- und Erziehungsstätte mehr oder minder enge berühren. Diese Erscheinung kann in der That durch fast alle Stadien der kirchenpolitischen Wirren der ersten 8 Decennien des 19. Jahrhunderts hindurch sichtlich verfolgt werden, ja es bildete gerade die Erziehungsfrage einen der Brennpunkte, in welchem die seit der Säkularisation zwischen Kirche und Staat ständig fortglimmenden Diffidien sich zu lodernernder Flamme entfachten. Und zwar war es neben dem Art. XII der Art. V des Concordats bezw. die Nichterfüllung oder Hintanhaltung des Vollzugs seines ersten Absatzes, welche den kirchlichen Stellen fortgesetzt Ursache zu Klagen und Beschwerden gaben, indem der Staat weder Anlaß genommen hatte, zur Gründung von Clerikalseminarien Fonds bereit zu stellen, noch der bischöf-

¹⁵⁾ Ueber die Seminarverhältnisse orientiert genauer der Abschnitt IV C dieser Abhandlung. Einzelne einschlägige Bemerkungen mußten auch bereits in den Abschnitt IIIA eingestellt werden.

¹⁶⁾ Ueber die staatliche Auffassung des Begriffes „Seminarkurs“, sowie merkwürdige Inconsequenzen derselben s. d. §§. 14 u. 37 b.

lichen Kompetenz die Errichtung solcher Seminarien anheimzugeben. Vornehmlich die Bistümer Speyer und Eichstätt und das Erzbistum München-Freising zogen durch die intensiven Bestrebungen ihrer Ordinarien um Zulassung von Diöcesanseminarien und um deren Ausbau durch vollständige Lycealanstalten die Aufmerksamkeit weitester Kreise auf sich.

Zunächst schien man allerdings den Bedürfnissen der durch den oben genannten Münchener Vertrag von 1816 wieder bayerisch gewordenen Rheinpfalz durch die Gründung eines unvollständigen Lyceums in Speyer unterm 18. bezw. 29. Okt. 1817 wenigstens einigermaßen nachgekommen zu sein. Abgesehen indessen davon, daß dasselbe — in Nichtachtung des im rechtsrheinischen Bayern zwangsweise aufrecht erhaltenen Systems des *biennium philosophicum* — mit nur einem 1-jährigen Lehrgang der Philosophie¹⁷⁾ bedacht worden war, war es auch als Simultananstalt errichtet worden und daher unmöglich in der Lage, als erster Anfang einer katholisch-theologischen Pflanzschule zu gelten. Vielmehr waren die der Speyerer Diözese angehörigen Theologiecandidaten gezwungen, ihre Ausbildung noch immer in Mainz zu suchen, woselbst der erste Bischof der im französischen Concordat vom 15. Juli 1801 neu geschaffenen Diözese gleichen Namens¹⁸⁾, von Colmar, neben einem Klerikalseminar auch

¹⁷⁾ Auch der Lehrgang in diesem philosophischen Kurs fußte keineswegs auf den für den 1. philosophischen Jahrgang der diesseitigen Lyceen gegründeten Normen. So war z. B. das Lehrfach der französischen Sprache für die Speyerer Lyceisten obligatorisch, für die Philosophiestudierenden an den Lyceen des rechtsrheinischen Bayern dagegen nicht. Cf. Müller, sowie Jäger, I. c.

¹⁸⁾ Dieselbe setzte sich zusammen aus den linksrheinischen Defakaten des ehemaligen Churfürstentums Mainz — dessen rechtsrheinische Seite, wie oben schon erwähnt, zur Erzbischofse Diözese Regensburg gezogen worden war — sowie den linksrheinischen Teilen der aufgelösten Fürstbistümer Speyer und Worms.

eine damit in Verbindung befindliche philosophisch-theologische Lehranstalt errichtet hatte¹⁹⁾. Diese Erziehung des Klerus „im Auslande“ brachte natürlicherweise nicht nur verschiedene Unzukömmlichkeiten für den Bischof von Speyer mit sich, indem ja demselben jeder fühlbare Einfluß auf die Erziehung seiner Kleriker entzogen blieb²⁰⁾ — sie war auch keineswegs nach dem Geschmade des bayerischen Staates. Die Bestrebungen des ersten in Wirkung des Concordats ernannten Speyerer Bischofs v. Chandelle um Etablierung eines vollständigen, aus Seminar und Studienschule bestehenden Diöcesaninstituts an seinem Amtssitze schienen deshalb auch von Erfolg gekrönt werden zu wollen. Mit Nrh. E. vom 21. Aug. 1823 wurde sowohl die Errichtung eines Seminars mit 1 Jahreskurs gebilligt, als auch die Ausgestaltung des Lyceums durch Anfügung einer theologischen Abteilung mit 2 Klassen in Anschlag genommen. Die Ausführung des Doppelprojectes scheiterte jedoch laut

¹⁹⁾ Remling III, 134 ff. u. 138 ff. Auch die französische Republik hatte als höhere Lehranstalt zu Mainz, der Hauptstadt des zum größten Teile aus der Rheinpfalz und den Territorien zwischen Rhein und Nahe gegründeten Departements „Donnersberg“, ein Lyceum errichtet. Auf ihm wurden jedoch ebensowenig wie auf den 4 aufrecht erhaltenen linksrheinischen Universitäten Mainz, Bonn, Köln und Trier Theologie und Philosophie gelehrt. Jäger, a. a. O., Remling III, 26 u. 27.

²⁰⁾ Das frühere Bistum Speyer hatte schon 1561 durch die Fürsorge des Domkapitels ein Alumnat erhalten. Dasselbe kam später in die Hände der Jesuiten, unter denen es eine derart hohe Frequenz aufwies, daß der Bischof Philipp Christoph v. Sötern im 2. Decennium des 17. Jahrhunderts beschloß, in Philippsburg ein zweites Seminar zu instituieren, welches jedoch nur kurzen Bestand hatte. Das ältere Seminar wurde 1723 von dem Bischof Damian Hugo von Schönborn nach Bruchsal verlegt. Es fristete in der Zeit des „Ganges und Wanges in schwebender Pein“ zwischen den Friedensschlüssen von Campo Formio und Luneville ein nur kümmerliches Dasein und entschwand mit der Besitzergreifung des rechtsrheinischen Teiles des Fürstbistums Speyer durch den Markgrafen von Baden. Remling II, a. v. O.

Urh. E. vom 21. Okt. 1824 an dem Mangel verfügbarer staatlicher Mittel. Vielmehr wurde den linksrheinischen bayerischen Presbyteratskandidaten das zweite in der Diöcese Würzburg gelegene Lyceum zu Aschaffenburg, die vormals fürstbischöflich v. Dalberg'sche Lehranstalt, zugewiesen, nachdem deren 2 philosophische Kurse bereits im Jahre 1818, als es sich um die eventuelle Designierung von Aschaffenburg zum Sitz des Bistums Speyer gehandelt hatte²¹⁾, zu einem förmlichen R. (unvollständigen) Lyceum organisiert worden waren. Die Neueinrichtung des theologischen Studiums in Aschaffenburg aber erfolgte im mittelbaren Anschlusse an die erstgenannte Urh. E. vom Jahre 1823 mit ebensolcher E. vom 3. Nov. des gleichen Jahres, doch war inzwischen, mit Urh. R. vom 25. Juni 1823, das bislang damit verbundene Seminar zu Gunsten des Würzburger aufgehoben worden.

Natürlich bestand kein Zweifel darüber, daß die Lösung der Frage auf dem hier besprochenen Wege nur eine provisorische sein konnte. Die erneuten Bemühungen des zweiten Speyerer Bischofs Maul, fußend auf der bereits unterm 21. Aug. 1823 principiell erfolgten landesherrlichen Bewilligung, waren denn auch alsbald vom Glücke begünstigt. Unterm 5. Nov. 1827 konnte das erstrebte Klerikalseminar in Speyer endlich eröffnet werden, allerdings mit nur einem einzigen Jahreskurs. In dieser Richtung hatte das die specielle Genehmigung nachträglich erbringende Urh. R. vom 30. Nov. des nämli. Jrs. ausdrücklich an dem im § 14 bereits charakterisierten Josephinischen Standpunkte

²¹⁾ Die treibende Ursache der „Erwägungen“, ob nicht als Sitz für das Bistum Speyer eventuell Aschaffenburg zu wählen sei, war der ernannte Bischof v. Chandelé selbst. Erst im Jahre 1819 gab er dem Minister v. Thürrheim gegenüber seine Bereitwilligkeit, in Speyer zu residieren, brieflich zu erkennen. Remling III, 72—75.

festgehalten: es wollte das Seminar nur solchen Candidaten geöfnet wissen, welche auf einer staatlichen höheren Lehranstalt, mochte sie nun Universität oder Lyceum heißen, (mindestens) 2 Jahre Theologie vollständig absolviert hatten.

Nachdem bereits ein Jahr vorher auch der Erzbischof v. Gebfattel von München-Freising mit seinen Bestrebungen, in Freising ein Clerikalseminar als episcopales Institut ²²⁾ ins Leben zu rufen, einen — wenn auch nicht vollen ²³⁾ — Erfolg erzielt hatte, waren wenigstens einige der dringendsten Wünsche der bayerischen Hierarchie um den Vollzug des Art. V Abs. 1 des Concordats erfüllt.

Unterdessen hatte der Staat in der Organisation und Reorganisation der Lyceen fortgefahren und die ihm gerade thunlich erschienenen Abänderungen an den einzelnen Bildungskörpern kurzer Hand vollzogen. Die in das mittlere und höhere Schulwesen Bayerns tief einschneidende Errichtung der „Lycealklassen“ machte hiebei allerdings keinen unmittelbaren Einfluß geltend. Amberg verlor mit Mh. E. vom 19. Juli 1824 die theologische Section, um jedoch dieselbe schon vom nächsten Jahre ab mit Mh. E. v. 6. Nov. in der alten Verfassung wieder zurückzuerhalten. An die theologische Abteilung des Lyceums Regensburg wurde mit Beginn des Wintersemesters 1824/25 ein 3. theologischer Kurs angehängt, während das unvollständige Lyceum München in Folge der mit Mh. E. vom 3. Okt. 1826 beschlossenen Verlegung der Universität

²²⁾ Das in der Erzdiöcese München-Freising bereits bestehende Priesterseminar, das Georgianum — ehemals zu Ingolstadt, sodann zu Landshut, nunmehr in München domiciliert — unterlag nicht der engeren bischöflichen Jurisdiktion und konnte auch, da es Candidaten aller bayerischen Gaue offen stand, nicht als Diöcesanseminar betrachtet werden.

²³⁾ Die Staatsregierung hatte die episcopale Wahl der Regenten nicht unbedingt frei gegeben, was später zu Konflikten führte. Das Recht der Kirche, 340.

Landshut nach der Haupt- und Residenzstadt unterm 10. Nov. des nämlichen Jahres in die erstere Stadt verlegt wurde. Dagegen zog die Aufhebung der „Lycealklassen“ in Folge des Thiersch'schen Schulnormativs vom 8. Febr. 1829 insofern auch in die lycealen Institutionen ihre Kreise, als das bereits besprochene 1-klassige simultane Lyceum Speyer, das eigentlich niemals etwas anderes denn eine isolierte „Lycealklasse“ vorgestellt hatte, dem allgemeinen Reductionsbestreben zu Beginn des Studienjahres 1829/30 zum Opfer fiel.

§ 24. Von der Neuformation im Jahre 1833 bis zur Gegenwart.

Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß das im vorstehenden Abschnitte und in den §§ 12 und 14 gewürdigte bayerische Lycealsystem sowohl nach der inneren Einrichtung als der äußeren Anzahl seiner Bildungskörper weit davon entfernt war, den Anforderungen zu entsprechen, welche das Tridentinische Concil über die Erziehung des Klerus an die Diöcesanbischöfe gestellt und deren Vollführung das Concordat denselben formell anheimgegeben hatte. Es war weder dem Wunsche Rechnung getragen worden, daß Seminar und Lehranstalt zu einem einzigen, untrennbaren Lehr- und Erziehungsganzen zusammengefügt sein sollten, noch war das weitere Verlangen erfüllt, daß für eine jede Diöcese ein eigenes solches Seminar (nebst Lehranstalt) zu gründen sei. Man gab sich denn wohl auch seitens der beiden Contrahenten des Staates und der Kirche kaum einer Illusion darüber hin, daß die oben besprochenen verschiedenen Zugeständnisse des ersteren, insbesondere jene hinsichtlich der Neugründung der Klerikalseminarien in Speyer und Freising, bloße Abschlagszahlungen darstellten auf den endgiltigen Vollzug des Art. V Abj. 1 des Concordats, und daß der

weltlichen Arm nicht umhin könne, auch seinerseits zur Lösung der Frage beizutragen der Fundierung und Errichtung derartiger Anstalten für eine jede der bayerischen Diöcesen.

In der That schien der Staat auch bereits in der Mitte des 2. Decenniums des verflossenen Jahrhunderts den Wünschen der Hierarchie auf halbem Wege entgegenkommen zu wollen, indem er 1816 in Besorgniß über den zu jener Zeit herrschenden notoriischen Priestertermangel die theologische Fakultät der Universität Landshut beauftragte, ein Gutachten über dessen Ursachen auszuarbeiten, mit dem offenbaren Wunsche, zur Abhilfe der Anomalie beizusteuern. Trotzdem aber der erstattete Bericht als eine der Grundursachen¹⁾ die verminderte²⁾ bzw. zu geringe Anzahl der Lyceen bezeichnete, gelang es damals nicht, in dieser Sache ein tiefer gehendes Interesse bei den maßgebenden Kreisen wachzurufen. Erst das persönliche Wohlwollen König Ludwigs I. für die lycealen Institutionen, gepaart mit einer

¹⁾ Andere Ursachen wurden gefunden, in der Einrichtung des Fachlehrersystems, in dem Rückgang des Betriebes der humanistischen Studien, in der unzureichenden Dauer des Seminaraufenthaltes der Theologiecandidaten, in der durch das Schwinden der kirchlichen Autorität begünstigten Genußsucht und Zügellosigkeit der Jugend, in dem Eingriffe des Staates in rein kirchliche Angelegenheiten und Kompetenzen, in der durch den Bureaukratismus geschaffenen deprimierten Stellung der katholischen Geistlichkeit, in der Entziehung des episcopalen Einflusses rücksichtlich der höheren Schulen und der Besetzung der Lehrstellen u. s. w. (Höfler), 37; v. Sicherer, 209; Brüd I, 343. Vgl. auch F.M. 5 des § 13, sowie § 37b.

²⁾ Vgl. den Eingang des vorigen Paragraphen, wonach die Anzahl der in den bayerischen Erblanden im Jahre 1800 vorhandenen 7 Lyceen um 5 vermindert worden war. Diesen 7 standen trotz der inzwischen erfolgten territorialen Vergrößerung Bayerns im Jahre 1816 nur 5 vollständige und 1 unvollständiges Lyceum gegenüber. — Die im Texte besprochene Empfehlung der Ausdehnung des Lycealsystems seitens einer Universitätsfakultät, verdient immerhin eine gewisse Beachtung.

gewissen Abneigung gegen die freiheitlichen Bestrebungen an den Universitäten³⁾ und unterstützt durch die Bemühungen hervorragender, dem Könige sympathischer Männer⁴⁾, erbrachte neben einer durchgreifenden Neuordnung des Lehrcharakters dieser Anstalten zugleich auch eine Vermehrung derselben.

So wurde mit E. der Allh. Stelle vom 16. Sept. 1833 ein vollständiges Lyceum mit 2 philosophischen und 2 theologischen Kursen zu Passau errichtet und ihm vom Studienjahre 1834/35 ab ein 3. theologischer Kurs zugesellt — mittels ebensolcher E. vom 30. Oktober 1834 ein unvollständiges mit 2 philosophischen Klassen in Augsburg neu gegründet, sowie durch E. der nämlichen Stelle vom 17. August bezw. 30. Oktober 1834 das Landshuter Lyceum nach Freising übergeführt und durch Anfügung zweier theologischer Kurse zu einem vollständigen ausgestaltet, wobei freilich ein großer Teil der Fundationslasten von den Schultern der Kirche und ihrer Organe übernommen werden mußte⁵⁾. Umgekehrt jedoch scheiterte ein Versuch des Speyerer Bischofs Manl. seinem vor 7 Jahren gegründeten Priesterseminar im Jahre 1834 ein Lyceum an die Seite

³⁾ Vgl. etwa die F.N. 8 des § 12, sowie die F.N. 4 des § 22.

⁴⁾ E. hierüber den gegen den Schluß des § 13 charakterisierten Brief des Bischofs v. Sailer.

⁵⁾ Zur Verwirklichung der Bestrebungen um Errichtung eines Lyceums in Freising diente in erster Linie die bereits im Jahre 1831 begründete v. Hedenstaller'sche Stiftung — Reg.Bl. 1831, 217. Ein Jahr nach der tatsächlichen Eröffnung hatte sodann Erzbischof Frhr. v. Gebiattel von München-Freising der Lycealanstalt eine Summe von 30.000 fl. übermacht — Reg.Bl. 1835, 31. Vgl. auch Punks, a. a. O. — In Passau übernahmen zunächst Domcapitulare die Lycealprofessuren ohne Anspruch auf Remuneration bezw. in der Form bloßer Dozenturen. Auf dieses Vorbild bezog sich nachmalig der Speyerer Bischof Manl. bei seinen Bemühungen um die Gründung eines Lyceums an seinem Amtssitze. E. d. nachfolgende F. N. 7.

zu geben, an dem Mangel an Bereitwilligkeit der zu Lehrern eben dieses Lyceums außersehnene Speyerer Domkapitulare, die volle wöchentliche Anzahl der Vorlesungsstunden eines Lycealprofessors⁶⁾ zu übernehmen⁷⁾. Nun wurde zwar nachträglich noch, unterm 5. September 1839, dem Bedürfnisse der Rheinpfalz nach einer höheren Lehranstalt durch die Errichtung eines unvollständigen Lyceums mit 2 philosophischen Klassen Rechnung getragen — für die Ziele der nach den tridentinischen Grundsätzen erstrebten Ausbildung der Candidaten der katholischen Theologie war damit aber nichts gewonnen, da auch die neue Schöpfung analog ihrer 1-klassigen Vorgängerin, wie schon in § 20 vermerkt wurde, ausdrücklich auf die Basis der Simultaneität gestellt worden war.

Diesen Vermehrungen der bayerischen Lyceen stand in der hier in Rede stehenden Epoche der 30er Jahre nur ein einziger Verlust gegenüber. Er betraf die Aschaffenburgische Anstalt, die im Jahre 1838 ihrer theologischen Abteilung entkleidet wurde, und war vielleicht auf Kosten der Bedenken und Einwürfe zu setzen, die man schon im Jahre 1831 seitens vieler Mitglieder der Abgeordnetenkammer⁸⁾ gegen die zu große Anzahl der „Seminarier“ — darunter verstand

⁶⁾ Sie betrug damals 12. Ueber die Dienstesobliegenheiten der Lycealprofessoren s. § 62.

⁷⁾ Remling III, 380 ff. Die neuerliche Bitte des Bischofs von Speyer um die Errichtung eines vollständigen Lyceums daselbst gründete auf einer Allh. Aufforderung vom 8. Nov. 1832, betr. die Bildung der katholischen Geistlichen. Sie wurde Allerhöchsten Orts eingereicht unterm 7. Jan. 1833 und je unterm 12. Aug. 1834 und 11. Febr. 1835 in der gleichen Weise wiederholt, sie scheiterte indessen an der Erklärung der 3 neben den Seminarvorständen zu Lycealprofessoren außersehnene Domkapitulare, sich nur zu 6 bis 7 Wochenstunden, und zwar gegen einen jährlichen Funktionsbezug von je 400 fl. verpflichten zu wollen.

⁸⁾ (Strobl), 94.

man wohl auch, wie es ja heutzutage vielfach geschieht, die Lyceen — erhoben hatte. In der That ließ sich die Existenz zweier geistlicher Lehranstalten wie sie die theologische Fakultät der Universität Würzburg und die theologische Section des Lyceums Aschaffenburg repräsentierten, innerhalb der kleinen unterfränkischen Diöcese kaum mit zureichenden Gründen als notwendig verfechten.

Während des Decenniums, welches dem Reformationsjahre 1849 der Lyceen vorherging, war ein Wechsel ebenso wenig wie in dem Charakter dieser Lehranstalten, so auch in deren Anzahl zu verzeichnen. Dagegen kürzte, wie schon genugsam hervorgehoben, die M.E. vom 13. Nov. des letztgenannten Jahres die sämtlichen philosophischen Sectionen um 1 Jahreskurs. Mit Beginn der durch diese einschneidende Reduction geschaffenen neuen Ära existierten also folgende königliche Lyceen: mit nur je 1 philosophischen Jahreskurs — Aschaffenburg, Augsburg und Speyer; mit je 1 philosophischen und 2 theologischen Klassen — Amberg und Freising; endlich mit je 1 philosophischen und 3 theologischen Jahrgängen — Bamberg, Dillingen, Regensburg und Passau.

Schon mit Beginn des nächstfolgenden Studienjahres 1850/51 wurde auch dem Theologicum in Freising der III. Kurs zugefügt. Dagegen gelang es den Bemühungen des damaligen Erzbischofs von München-Freising, Grafen von Reissach, dem es als Bischof von Eichstätt geglückt war, ein Diöcesanseminar nebst damit organisch verbundener Lehranstalten im Sinne der Vorschriften des Tridentinischen Concils bewilligt zu erhalten⁹⁾, keineswegs, den nämlichen Plan auch in Freising ins Werk zu setzen. Zwar ließen sich die bereits mehrfach¹⁰⁾ gewürdigten beiden M.E. vom 8. April

⁹⁾ S. hierüber die folgenden Ausführungen dieses Paragraphen.

¹⁰⁾ In den §§ 15 u. 20. Eingehender wird sich mit den hier berührten Schriftstücken noch der Abschnitt IV C der Abhandlung beschäftigen.

1852 und 9. Oktober 1854, welche als Antwort auf die Freisinger Denkschrift des bayerischen Episcopats vom 20. Okt. 1850 und auf dessen Duplik vom 15. Mai 1853 eine erste Waffenruhe in den kirchenpolitischen Kämpfen der damaligen Zeit begründet hatten, zu einigen Zugeständnissen herbei: die principielle Forderung der Bischöfe in dessen, die Lyceen als bischöfliche Anstalten erklären und ihre Vereinigung mit den Seminarien zu einem einzigen Organismus gestatten zu wollen, war gänzlich umgegangen d. h. indirekt abgelehnt worden. Die zwischen dem Erzbischof v. Reissach und seinem Nachfolger auf dem erzbischöflichen Stuhl, v. Scherr, einerseits und dem bayerischen Staate andererseits diesferhalb gepflogenen Pourparlers zogen sich eine erkleckliche Zeit hin. Sie endigten damit, daß das vom Staate subventionierte Lyceum zu Freising gänzlich vom Seminar getrennt und der Jurisdiction des Staates unterstellt, während das bislang bestrittene Recht der alleinigen Aufsicht des Erzbischofs auf das Seminar und der freien Ernennung der Seminarregenten anerkannt wurde.

Während sonach in dem südbayerischen Metropolitanebistum die vorhandenen Gegensätze zwischen Staat und Kirche auf dem Gebiete des höheren Schulwesens wenigstens teilweise ausgeglichen worden waren, klangen sie im linksrheinischen Bayern in eine schrille Disharmonie aus. Von dem Wunsche besetzt, die in der Diöcese Speyer unbestreitbar vorhandene Unzulänglichkeit des bloßen Einen seit dem Jahre 1827 bestehenden Seminarkurses abzustellen, und irritiert durch die oben erwähnten mannigfachen fehlgeschlagenen Versuche seiner Vorgänger, den Staat für die Errichtung eines Lyceums zu gewinnen, richtete der Bischof v. Weis von Speyer im April 1862 an den Thron das Ersuchen, es wolle ihm die Möglichkeit der Erfüllung des Art. V. Ziff. 1 des Concordats durch die Genehmigung einer von ihm zu errichtenden theologischen Lehran-

stalt in seiner Residenz gewährt werden. Diesem Vorschlage, auf den eine Antwort nicht ergangen war, ließ er sodann im Januar 1863 und im Mai 1864 je eine Wiederholung und im Anschlusse an die letztere die direkte Mitteilung folgen, daß er, im Besitze der entsprechenden Lehrkräfte und Lehrlokale, bereits mit Beginn des Wintersemesters 1864/65 zur Etablierung der gedachten Lehranstalt schreiten werde. Auf diese energische Erklärung erschien unterm 17. Aug. js. Js. ein ministerieller Bescheid des Inhaltes, daß das geplante Vorgehen als mit den §§ 76 lit d und 77 der II. Verfassungsbeilage unvereinbar nicht geduldet werden würde, daß man indessen, um den anerkannten Uebelständen abzuhelpfen, bereit sei, das aus einer simultanen philosophischen Klasse bestehende Lyceum Speyer durch Errichtung einer theologischen Section „nach den bestehenden Verordnungen“ zu vervollständigen. Drei weitere Entschließungen der höchsten Stelle bewegten sich in dem nämlichen Gedankengange: sie diskutierten die Unvereinbarkeit der bischöflichen Maßnahmen mit den bestehenden Gesetzen, um schließlich das nochmalige Versprechen abzugeben einer — womöglich sofortigen — Errichtung einer vollen theologischen Dycealsection unter thunlichster Rücksichtnahme auf die bischöflichen Wünsche bei Besetzung der Professuren. Dieses Anerbieten wurde jedoch von dem Bischofe mit der Motivierung verworfen, daß er sich nach dem klaren Wortlaute des Concordats nicht genügen lassen könne, statt der festen Befugnis der selbständigen Besetzung der Lehrstühle eine bloße Abgabe von Wünschen zuerkannt zu erhalten, und gleichzeitig von ihm die effektive Eröffnung der theologischen Lehranstalt für den 2. Nov. 1864 angekündigt. Wirklich wurden, nachdem eine sofortige gewaltsame Verhinderung des bischöflichen Planes, wie es scheint, durch das Eingreifen der Münchener Nuntiatur hintangehalten worden war, die Collegien am 14. Nov. eröffnet, unterm 26.

Nov. aber zugleich mit der Anstalt selbst durch einen R. Polizeikommissär wiederum geschlossen¹¹⁾ — eine „abschließende“ Maßnahme, welche eine mächtige Erregung hervorrief und eine ganze Reihe von publicistischen Erörterungen für und wider hinter sich herzog.

Von den Lyceen im rechtsrheinischen Bayern verschwanden im Laufe der folgenden Jahre vollständig: das Lyceum Amberg, dem ein Allh. R. vom 5. Sept. 1863 bereits die theologische Section genommen hatte, durch eben solches R. vom 7. Febr. 1865; das Lyceum Aschaffenburg mit Allh. Verfügung vom 31. Juli 1873 und endlich das Lyceum Speyer, an welchem vom Studienjahre 1879/80 ab sowohl Vorlesungen als Candidatenaufnahme sistiert worden waren, mit Allh. E. vom 23. März 1880¹²⁾. Dagegen wurde gestattet, daß dem Lyceum Regensburg an die 3 üblichen theologischen Kurse mit dem Studienjahre 1866/67 ein vierter¹³⁾ angehängt werde, welcher freilich seit der die Lycealverhältnisse neu und generell regelnden M.E. vom 1. Juni 1891 nicht mehr als zum Inbegriffe des Lyceums gehörig gerechnet, sondern nur noch als bischöflicher „Seminarkurs“ in dem öfter besprochenen Sinne weitergeführt werden darf.

Somit existieren in der Gegenwart 6 königliche Lyceen — das nur mit einem philosophischen Jahreskurs ausgestattete unvollständige Lyceum zu Augsburg, daneben die mit je einem solchen und 3 theologischen Kursen versehenen vollständigen Lyceen zu Bamberg, Dillingen, Regensburg, Passau und Freising.

¹¹⁾ Genauerer über den Verlauf des Konfliktes bei Brüd III, 369—376, auch im Paft. Bl. 1864, Nr. Nr. 34 und 35.

¹²⁾ Bereits im Jahre 1868 hatte man in der bayer. Abgeordneten-kammer unter lebhaften Angriffen auf die lyceale Institution überhaupt für die Aufhebung insbesondere des Speyerer Lyceums plaidiert.

¹³⁾ Die vierten theologischen Kurse waren in Oesterreich seit langer Zeit schon heimisch. Siebengärtner, 143.

Diesen 6 staatlichen Anstalten reiht sich als siebente das bischöfliche Lyceum in Eichstätt an mit 1 philosophischen und 4 theologischen Jahreskursen. Nach Ueberwindung mannigfacher Schwierigkeiten durch den Bischof Grafen von Reissach mit 2 philosophischen und 3 theologischen Jahrgängen gegründet, durch die beiden M. E. vom 14. Juni und 16. Nov. 1843 als öffentliche Lehranstalt proklamiert bezw. näher charakterisiert und unterm 14. Okt. 1843 eröffnet, besitzt es ebenfalls die Eigenschaft einer hohen Schule. Seine Einrichtung ist derjenigen der älteren Schwesteranstalten nachgebildet, doch können zweckmäßig erscheinende Abänderungsmaßnahmen von dem Diöcesanbischofe im Einvernehmen mit der R. Staatsregierung jederzeit getroffen werden, wofür denn in der That u. a. durch die vom Studienjahr 1855/56 ab erfolgte Ausdehnung des theologischen Fachstudiums von 3 Jahren auf 4 Jahre der Beweis geliefert wurde.

Die Professoren werden „in Gemäßheit des Art. V des Concordats“ vom Bischof ernannt, die Ernennung unterliegt jedoch, wie bereits im § 20 gelegentlich bemerkt worden war, gleichfalls der Allh. Bestätigung.

Zur Dotierung dieses Lyceums waren seinerzeit jährlich 4000 fl. vorgeesehen worden, welche laut der citierten höchsten E. des 14. Juni 1843 jeweils den Rentenüberschüssen der katholischen Kirchenstiftungen der Diocese Eichstätt entnommen werden sollten¹⁴⁾. Diese Ueberschüsse flossen jedoch, statt die veranschlagte Höhe zu erreichen, so spärlich und unregelmäßig, daß der Bischof sich zur Erwirkung einer reichlicheren und stabileren Erigenz wiederholt gezwungen sah, an Allh. Stelle unter Berufung auf Art. V Abs. 1 des Concordats mit der Bitte um einen jährlichen Zuschuß

¹⁴⁾ Vgl. hierüber und das Folgende etwa Past. Bl. 1864 Nr. 35; Hölzlwed 60.

einzufließen, dessen Höhe er schließlich im Jahre 1856 auf 6000 fl. normierte. Die Staatsregierung schien auch nicht abgeneigt, auf diesen Wunsch einzugehen. Ja sie beantragte in ihrer an die Volksvertretung ergangene Vorlage sogar eine Summe von 7500 fl. zur Genehmigung, betonte aber gleichzeitig, daß die Gewährung derselben die Verstaatlichung des auf diese Weise subventionierten Lyceums zur Voraussetzung haben müsse. Beide Vorschläge wurden von den Kammern angenommen und dem Bischof von Eichstätt mit Allh. R. vom 11. Nov. 1861 u. a. mit dem Betonen übermittelt, daß allerdings eine „Verpflichtung“ des R. Staatsärars zur Sustentation der fraglichen Schule als einer „kirchlichen Anstalt“ principiell nicht anerkannt werden könne. Daraufhin aber lehnte der Ordinarius im Einverständnisse mit der Curie die angebotene Dotierung ab, mit der Begründung, daß ihm die hieran geknüpften Bedingungen und Bemerkungen die Annahme unmöglich machten.

Hiedurch blieb nun allerdings die Eichstätter Lyceumsfrage auf ihrem alten Standpunkte stehen. Das Lyceum fuhr aber wenigstens fort, zu existieren, ja es konnte sich sogar während der stürmischen Zeiten der 70er und 80er Jahre des verflossenen Jahrhunderts einer bemerkenswerten Blüte rühmen. Auch durfte es die ihm ausdrücklich zuerkannte Eigenschaft einer „kirchlichen Anstalt“ als ein nicht unwichtiges staatliches Zugeständnis an die Forderungen primär des Tridentinischen Concils, secundär der Freisinger Denkschrift des bayerischen Episcopats vom 20. Okt. 1850 registrieren, welche geradezu die Unterstellung der für die Heranbildung des Klerus notwendigen höheren Schulen unter die bischöfliche Jurisdiktion und damit die Signierung derselben als „kirchliche Institute“ reklamiert hatten.

Aber auch nach einer anderen Seite hin können die Eichstätter Verhältnisse als prototypische im Sinne strengkirchlicher Auffassung bezeichnet werden: durch die in Bayern

einzig dastehende organische Verbindung des Lyceums als philosophisch-theologischer Lehrstätte mit dem mit Allh. Genehmigung im Okt. 1838 vom Grafen von Reischach gegründeten bischöflichen Erziehungsinstitut des Klerikal-seminars und dessen Unterstufe, dem seminarium puero-¹⁵⁾ — eine Vereinigung, die insoferne als schon ab ovo bestehend bezeichnet werden kann, als es dem genannten Oberhirten ja überhaupt nur möglich gewesen war, das Lyceum unter der Form einer „Erweiterung des Seminars“ zu errichten¹⁶⁾. Gerade diese Form aber hatte man bekanntlich in den anderen bayerischen Diöcesen, in welchen eine Verschmelzung von Lehr- und Erziehungsanstalt gemäß den Forderungen des Tridentinums zur Erörterung stand, deutlich perhorresciert, am deutlichsten in den oben in kurzen Zügen geschilderten Freisinger und Speyerer „Seminarfragen“.

Während sonach im rechtsrheinischen Bayern ein jedes der 7 Bistümer mindestens 1 philosophisch-theologische Lehranstalt — mag diese durch ein vollständiges Lyceum oder durch den Inbegriff der philosophischen und theologischen Fakultäten der Universitäten München und Würzburg dargestellt sein — und am Sitze derselben ein Priesterseminar aufweist, in welchem die Theologiecandidaten mehrere Jahre verweilen können, harren die Bildungs- und Erziehungsverhältnisse des pfälzischen Klerus noch immer einer ähnlichen Lösung. Noch immer besitzt das Speyerer Klerikal-seminar nur seinen einzigen „Jahreskurs der praktischen Ausbildung“ und noch immer sind die linksrheinischen Theologiecandidaten mangels einer in der Rheinpfalz vorhandenen höheren Bildungsstätte mit Philosophicum und Theologium gehalten, die 3 ersten Jahre ihrer Studienzeit an einem diesseitigen Lyceum oder an einer Universität zurückzulegen.

¹⁵⁾ Dagegen gelang es dem Bischofe nicht, auch die unteren, die Mittelschulklassen, dem Seminar anzugliedern: Lateinschule und Gymnasium waren und blieben staatlich. Hoffwed, 26.

¹⁶⁾ Das Recht der Kirche, 344.

IV. Die inneren Verhältnisse der Lycealstudierenden.

A. Der philosophischen Section.

Um das Maß der Rechte und Pflichten kennen zu lernen, welches dem Philosophieandidaten des Lyceums vermöge der eigenartigen Organisation und des Endzweckes seiner Lehranstalt theils an sich, theils insbesondere gegenüber dem Studierenden der allgemeinen Wissenschaften an der Universität zugeeignet war, scheint es das richtigste, die Bedingungen zu charakterisieren, welche jedem der Repräsentanten dieser 2 verschiedenen Bildungskörper bezüglich seines Eintrittes, Uebertrittes und Austrittes auferlegt worden waren.

§ 25. Eintrittsbedingungen.

Als Bedingniß für den Eintritt in die erste philosophische Klasse des Lyceums sowohl, als in die Klasse der allgemeinen Wissenschaften der Universität war, solange eine philosophische Vorbereitungs- oder 7. Triennialklasse als quasi Oberklasse des Gymnasiums existierte, d. h. bis zur Einführung des Riethammer'schen Schulnormativs vom 3. Nov. 1808¹⁾, ein besonderes Maturitätszeugniß nicht erforderlich gewesen. Vielmehr hatte hiefür der Sch.D. vom 27. Aug. 1804 zu-

¹⁾ Vgl. über die verschiedenen hier folgenden Schulordnungen und anderes Einschlägige auch die §§ 12 bis 15 des Abschn. III A.

folge, welche sich auf ein „von jeher geltendes Gesetz“ berief, der Nachweis eines zureichenden Jahresfortgangs in jener Klasse vollkommen genügt. Dagegen wurde mit der Einziehung der letzteren vom Studienjahre 1808/9 ab für den Zutritt zur Hochschule oder zum Lyceum ein förmliches Absolutorium eines Gymnasiums oder Realinstituts²⁾ vorgeschrieben. Es war am Schlusse des Schuljahres in Form

²⁾ Das Absolutorium eines Realinstituts, einer etwa dem heutigen Realgymnasium entsprechenden Schulform, galt uneingeschränkt, was besonders im Hinblick auf die gegenwärtig aktuelle Frage der Gleichberechtigung der Absolventen der humanistischen und technischen Mittelschulen von Interesse sein dürfte. Freilich scheint diese Norm nur kurze Zeit Bestand gehabt zu haben, denn die vom Jahre 1814 ab erschienenen Universitäts- und Lycealsatzungen erwähnen unter den zum Eintritte in diese Bildungskörper berechtigenden primären Zeugnissen nur mehr das Gymnasialabsolutorium. Erst eine ministerielle E. vom 23. Nov. 1840 erkannte das Maturitätszeugnis einer „polytechnischen Schule“ wieder als demjenigen des humanistischen Gymnasiums ebenbürtig an, jedoch nur für den Zugang zur staatswirtschaftlichen Fakultät. Dagegen fanden die Abiturienten der im Jahre 1864 gegründeten bayerischen Realgymnasien auch in der philosophischen Fakultät Aufnahme. Nach § 4 der neuesten Universitätsstatuten vom 22. Febr. 1891 und dem ihm conformen § 5 der 3. Rt. wirklichen Lycealsatzungen vom 1. Juni d. näml. Jz. gilt für die Immatrikulation eines Angehörigen des deutschen Reiches auf irgend welche Lehrfächer die Vorlage des Reisezeugnisses eines deutschen Realgymnasiums nur dann, wenn es auch zur Zulassung zur Schlussprüfung aus diesen Fächern genügt. Die Bestrebungen der Gegenwart, diese Zulassung auch auf Medizin und Jus auszudehnen, und der bereits teilweise erzielte Erfolg — vgl. die preussischen Erlasse vom 26. Febr. 1901, 1. Febr. 1902 und 4. April 1902 und die diesjährigen einschlägigen Verhandlungen in der bayerischen Abgeordnetenkammer — sind allgemein bekannt. Für die bayerischen Lyceen bleiben sie nach den im § 15 niedergelegten Erörterungen praktisch ebenso irrelevant, als die Kontakte zwischen den genannten Anstalten und den technischen Schulen bisher belanglos waren. Aus diesen Gründen kann darum auch von einer vergleichenden Einbeziehung der letzteren in die Darstellung der Geschichte eines Lyceums Umgang genommen werden.

einer jedermann zugänglichen mündlichen Prüfung abzuhalten, und zwar nach der M.E. vom 15. Sept. 1808 vor dem Rektor und den beiden (neu geschaffenen) Rektoratsassistenten als der Verkörperung des Rektorats, nach der analogen E. vom 7. Aug. 1809 dagegen in solenner Weise vor der Gesamtprofessorenschaft der Anstalt. Der Uebergang speciell zur Universität ward außerdem noch abhängig gemacht von dem Nachweise des zurückgelegten 19. Lebensjahres; andernfalls mußte der Abiturient um Dispens einkommen³⁾. Die Testierung der Befähigung durch Ausstellung eines förmlichen Zeugnisses erfolgte dabei auf Grund eines Allh.N. vom 6. April 1810.

Diese maßgebenden Vorschriften scheinen indessen lange Zeit hindurch weder von Seite der Universitäten noch von Seite der Lyceen sehr strikte gehandhabt worden zu sein, so daß man sich höchster- und allerhöchsterseits zu wiederholten Malen veranlaßt sah, sie der Beachtung auf das dringendste zu empfehlen⁴⁾. Allmählich festhafter geworden und durch eine referierende M.E. vom 22. Okt. 1814 neuerdings in ihrem Bestande und in ihrer bisherigen Form bestätigt blieben sie jedoch 3 Lustren hindurch in ungeschwächter Kraft, bis sie durch die beiden späteren M.E. vom 3. Juli und 6. Aug. 1824 einige nicht unwesentliche Modifikationen erlitten.

Durch diese beiden Akte wurde nämlich neuerdings die Absolutorialprüfung in einen schriftlichen und in einen

³⁾ Eine spätere M.E. vom 20. Aug. 1820 setzte das zulässige Mindestalter der Absolventen auf 15 Jahre fest, was in praxi einem Verzicht auf irgend welche Alterssperre durchaus gleich kam. Der Lehrplan vom 27. Aug. 1804 hatte 18 Jahre als normales Alter angenommen. Ibid., 8.

⁴⁾ So indirekt durch die im Texte angeführte M.E. vom 22. Okt. 1814 und ausdrücklich durch die späteren eben solchen E. vom 15. Dez. 1818, 13. März 1824, 12. Febr. 1825, 23. Febr. und 9. Dez. 1828.

mündlichen Teil gespalten⁵⁾ (und zwar mit dem Abmaße, daß einzelne Lehrfächer teils schriftlich, teils mündlich, andere nur schriftlich, wieder andere nur mündlich geprüft werden sollten) und gleichzeitig die Öffentlichkeit des mündlichen Examens auf die Eltern und Vormünder der Schüler beschränkt. Die Prüfungskommission erfuhr eine neue Zusammensetzung: sie sollte für die Folge bestehen aus den sämtlichen bei dem Prüfungsgeschäfte beteiligten Gymnasialprofessoren, einem Delegierten der R. Kreisregierung als Vorstand — dem aber nur eine entscheidende, keine vetierende Stimme eingeräumt wurde — und je 2 geistlichen und weltlichen Mitgliedern der Ortsbehörde als fakultativen Teilnehmern an der mündlichen Prüfung. Die Erlangung des Absolutorialzeugnisses selbst wurde geknüpft an den Nachweis einer besseren als einer „geringen“ Befähigung d. h. an die Bedingung des Erwerbes der 2. Gesamtnote⁶⁾ als mindestzulässigem Qualifikationsgrade.

⁵⁾ Bezw. es wurde eine schon bestehende Zerteilung officiell gutgeheißen.

⁶⁾ Analoge Bestimmungen über diese 2. Note zogen sich wie ein roter Faden durch die meisten der die Verhältnisse der Universitäten und Lyceen regelnden Vorschriften der 20er und 30er Jahre des 19. Jahrhunderts hindurch, worüber die folgenden Paragraphen noch näheren Aufschluß erteilen. Ihnen wohnte jedoch fast niemals der Charakter einer besonderen Beschränkung inne: sie waren vielmehr nur der — allerdings sehr eigenartige und zu manchen Mißdeutungen Anlaß gebende — Ausdruck der Mindestzulässigkeitsbedingungen. So war speciell die hier berührte 2. „Note der Befähigung“ für das Gymnasialabsolutorium zugleich die letzte Note der Befähigung, die 3. „Note der Befähigung“ — formell eingeführt durch eine M.E. vom 23. Juli 1825 — nichts anderes als die euphemistische Umschreibung der „Note der Nichtbefähigung“. Ein jeder nach der Sch.O. und deren Ergänzungen von 1824, 1829, 1830, 1833 und 1834 geprüfte Abiturient hatte, wenn er für „reif“ erklärt worden war, damit *eo ipso* mindestens die 2. Note erlangt. Die in manchen Universitätsvorschriften oder deren Commentaren — Böllinger, 9, 326 ff. — beliebte Hervorhebung

War aber das Gymnasialabsolutorium, das hiedurch auf eine wesentlich neue Basis gestellt wurde, bislang vollständig gleichberechtigend gewesen für die Immatrikulation sowohl an der Universität als dem Lyceum, so galt es mit der in dem nämlichen Jahre 1824 durch den Wieg'schen Schulplan des 10. Okt. gegründeten Institution der „Lycealklasse“ nur noch für den Eintritt in diese Klasse oder aber in den mit ihr gleichgewerteten ersten philosophischen Kurs eines Lyceums, jedoch keineswegs mehr für den Zugang zur Hochschule. Im Gegenteil wurde der letztere ausnahmslos nur solchen Interessenten geöffnet, welche sich über den erfolgreichen Besuch entweder der Lycealklasse oder des 1. philosophischen Lycealkurses durch ein Absolutorial- bzw. Schlußprüfungszeugnis ausweisen konnten. Die Modalitäten sowohl des Gymnasial- als des Lycealklassenabsolutoriums wurden dabei durch eine M.E. vom 31. Juli 1825 in der Weise geregelt, daß man es bezüglich des ersteren bei den charakterisierten beiden Entschlüssen des 3. Juli und 6. Aug. 1824 über Zerteilung des Examens, Einbeziehung der Öffentlichkeit und Anteilnahme eines Regierungskommissärs beließ, während man für die Absolutorialprüfung aus der Lycealklasse ebenso wie für die Finalprüfung aus dem 1. philosophischen Lycealkurs die breitere Öffentlichkeit ausschloß und — laut Mitteilung des Generalkreiskommissariates des Mainkreises an das Lycealrektorat Bamberg vom 11. Aug. 1826 — nur auf der Spaltung der Prüfung in einen schriftlichen und mündlichen Teil, sowie auf der Entsendung eines Regierungsbelegierten als Leiters derselben beharrte.

eines zweiten Grades im eventuellen Gegensatz zu einer tieferen Note, die gar nicht existierte, war also durchaus absurd und nur geeignet, Verwirrung hervorzurufen. Sie rechtfertigte sich freilich einigermaßen durch die Thatsache, daß auch über das Nichtbestehen der Absolutorialprüfung Zeugnisse ausgegeben wurden, in denen der Mangel des Erfolges durch die 3. „Note der Befähigung“ ausgedrückt wurde.

Trotzdem finden sich, in offenem Widerspruch mit diesen Anordnungen, in den revidierten Satzungen für die Universitätsstudierenden vom 26. Nov. 1827 die alten Bestimmungen über die Beibringung eines „Gymnasialabsolutoriums“ wieder aufgenommen (diesmal jedoch ohne den Passus über das Realinstitut). Dieser Widerspruch scheint schwer lösbar. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die Lycealklasse dem Gymnasium zugerechnet und ihr Absolutorium trotz der spezifischen, in der Sch.D. vom 10. Okt. 1824 und in den obigen Satzungen enthaltenen Bezeichnung „Lycealabsolutorium“ vorübergehend „Gymnasialabsolutorium“ genannt worden sei, so konnte man doch unmöglich das ebenfalls zum Uebertritte an die Universität berechtigende Absolutorium des 1. philosophischen Kurses eines Lyceums mit diesem Namen belegt haben. Wahrscheinlicher ist es, daß der betreffende Abschnitt ohne Erwägung der inzwischen erfolgten Neuorganisation der Mittelschulen aus den früheren Universitätsatzungen einfach übertragen wurde. Der Irrtum mochte dabei um so leichter erfolgt sein, als zwei Jahre vorher, unterm 8. Okt. 1825, ein Allh. R. erschienen war, welches — freilich nur für das Studienjahr 1825/26 giltig — eine Dispens von dem Besuche der Lycealklasse bezw. des 1. philosophischen Jahrgangs eines Lyceums und einen direkten Uebertritt zur Universität für alle jene gestattet hatte, welche sich das am Ende des Studienjahres 1824/25 treffende Gymnasialabsolutorium noch einmal nach der alten Form erwirkt hatten⁷⁾.

⁷⁾ Diese Erleichterung führte für das Studienjahr 1825/26 in Bamberg eine merkliche Abnahme der Frequenz des 1. philos. Lycealkurses herbei. Nur die ärmeren, auf Stipendien angewiesenen Gymnasialabiturienten traten in diesen ein; die besser situierten gingen dagegen direkt zur Universität über, allwo sie noch in 1 Jahre ihre philosophischen Studien vollenden konnten. Da die Angehörigen des 2. philos. Lycealkurses mit diesen Uebertretenden, trotzdem sie 1 Jahr früher das Gymnasium absolviert hatten, zu gleicher Zeit zum Fachstudium gelangt, so nach um 1 Jahr benachteiligt worden wären, wandten sie sich in einer vom

Die Ungereimtheit fiel natürlich nach 2 Jahren, nämlich mit dem Sturze der Lycealklassen, so daß die Bestimmungen über das Gymnasialabsolutorium in der P.D. für die Universitätsstudierenden vom 23. Nov. 1832 und in der Neuauflage der Universitätsstatuten vom 18. Mai 1835 wieder un widersprochen an hervorragender Stelle figurieren konnten.

Inzwischen hatte freilich die Form dieses Absolutoriums wiederum mannigfache Veränderungen erfahren. Nach der Thiersch'schen Sch.D. vom 8. Febr. 1829 hatte nämlich für alle besseren Schüler der Oberklasse ein vom Rektor bewilligtes bloßes „Zeugnis der Befähigung“ für den Zutritt zur Universität oder zum Lyceum genügt, während die nach Ansicht des Schulvorstandes nicht zweifellos reifen Schüler⁸⁾ jeweils einer förmlichen Absolutorialprüfung unterworfen sein sollten, abzuhalten in Gegenwart des Ortscholarchats⁹⁾ von einer Prüfungskommission, welche sich aus dem Rektor und den sämtlichen Gymnasialprofessoren zusammensetzte¹⁰⁾. Durch die revidierte Sch.D. vom 13. März 1830 waren zwar diese Vorschriften zum größten Teile wieder umgestoßen worden, indem durch sie die Prüfungspflichtigkeit wie früher auf alle Schüler ohne Unterschied ausgedehnt und gleichzeitig das Absolutorium neuerdings in der alten

Lycealrektorate unterm 15. Nov. 1825 begutachteten Eingabe an die Allh. Stelle mit der Bitte, ihrerseits ebenfalls sofort zum Fachstudium oder in den ersten theologischen Kurs des Lyceums übertreten zu dürfen — wie es scheint, ohne Erfolg.

⁸⁾ Im § 111 der Sch.D. von 1829 — Döllinger 9, 613 — ist diese Bestimmung sinnstörend abgedruckt worden.

⁹⁾ Vgl. über diesen Begriff den in Rede stehenden Schulplan — Döllinger 9, 602.

¹⁰⁾ Ein hievon verschiedenes, zweites, leichteres Absolutorium fand für solche Schüler der Oberklasse statt, welche diese Klasse verlassen wollten, ohne die Absicht zu hegen, zur Universität oder zum Lyceum überzutreten. Seine Leitung fiel dem Preischolarchate — s. § 21 — zu.

Form der Zerteilung in eine schriftliche und mündliche Hälfte aufgerichtet worden war: durch Festhaltung an der bisherigen Prüfungskommission hatte indessen auch sie dem Absolutorium den förmlichen Charakter einer mehr internen Angelegenheit des Gymnasiums gewahrt.

Nun aber sollte dasselbe, kraft der Allh. B.D. vom 23. Nov. 1832, abgenommen werden vor einem eigenen, aus der Reihe der Universitätsprofessoren ad hoc zu ernennenden R. Ministerialkommissär¹¹⁾, dem zugleich die Auswahl sowohl der schriftlichen als der mündlichen Themata anheimgegeben wurde. Im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kommissär und den Mitgliedern der Prüfungskommission über die Reife des Abiturienten war der letztere zur nochmaligen Prüfung einem Gremium zu überantworten, welches sich aus Professoren der philosophischen Fakultät der von ihm voraus erwählten Universität und aus Gymnasial-, sowie Lyceal-Rektoren und Professoren zusammensetzen sollte¹²⁾. Da die Fassung dieser Bestimmung

¹¹⁾ Die für diese Funktion auserlesenen ordentlichen und außerordentlichen Professoren sollten von den akademischen Senaten dem Ministerium des Innern in Vorschlag gebracht und von diesem sodann ernannt werden. Zu dem Zwecke leichterere Verteilung wurde dabei den 3 Landesuniversitäten je ein bestimmter Rayon von Gymnasien zugewiesen, so der Universität München die Gymnasien des Isar-, Regen-, Ober- und Unterdonaukreises, der Universität Würzburg jene des Obermain-, Untermain- und Rheinkreises, endlich der Universität Erlangen jene des Regatkreises — M.E. vom 5. Juli 1833. Ueber die Einteilung des Königreichs in Kreise vgl. insbesondere § 21.

¹²⁾ Döllinger 9 citiert die Allh. B.D. vom 23. Nov. 1832 in verschiedenen Fassungen. In einer solchen, a. a. O. 326, wird als Bedingnis für den Uebertritt zur Universität von dem Abiturienten mindestens die 2. Note im Absolutorium verlangt, während die andere Fassung, ibid. 443, eine solche Beschränkung nicht enthält. Diese den Lyceen scheinbar ungünstige Klausel — sie hätte diesen Anstalten die weniger brauchbaren Schüler überwiesen — hatte nach den Bemerkungen der F.N. 6 dieses Paragraphen keine spezifische Bedeutung.

kaum eine andere Deutung zuließ, als wenn neben den genannten Hochschulprofessoren außer Gymnasial-Rektoren und -Professoren auch Lyceal-Rektoren und -Professoren zu diesen an der philosophischen Fakultät der Universität stattfindenden Nachprüfungen zugezogen werden sollten, diese Interpretation aber der Allh. Absicht zuwiderlief, so klärte eine unterm 24. Nov. 1832 erlassene M.E. diese Undeutlichkeit dahin auf, daß neben den philosophischen Fakultäten der Universitäten als Berufsinstanzen auch die philosophischen Sectionen der Lyceen als solche zu functionieren hätten, sobald ein Abiturient strittiger Reise seine späteren Studien an einem Lyceum statt an einer Universität zurückerlegen wolle. In diesem Falle sollten eben die Lycealprofessoren der philosophischen Section zusammen mit dem Rektor das Collegium der Philosophieprofessoren der Universität ersetzen, allerdings auch ihrerseits unter der Obergewalt eines als Ministerialkommissärs fungierenden Universitätslehrers¹³⁾.

Unter dem „Gymnasialabsolutorium“ war zunächst dasjenige der damals als Nothbehelf construirten Interimsoberklasse¹⁴⁾ verstanden. Dasselbe gelangte jedoch kaum zu einer besonderen praktischen Geltung, indem laut der inzwischen liegenden revidierten Studienordnung der Gymnasien vom 13. März 1830 die Schüler bereits von der vorhergehenden Klasse (der III. Klasse neu) aus, mit einem „Reifezeugnis“¹⁵⁾ dieser Klasse versehen, wenn auch nicht zur Universität, so

¹³⁾ Die Absicht einer solchen Controle entsprach genau derjenigen, welche das Lycealabsolutorium aus dem 2. philosophischen Jahrgang der Obergewalt eines Universitätsprofessors unterstellt hatte. Beachte hierüber § 29 b.

¹⁴⁾ Vgl. hierüber und die folgenden Zeilen insbesondere auch § 13.

¹⁵⁾ Das Reifezeugnis mußte ausdrücklich die Floskel enthalten „befähigt zum Uebertritt an ein Lyceum“ — andernfalls galt der Schüler nur als reif zum Uebertritt in die IV. Gymnasialklasse. Auf Grund eines in diesem Sinne ungenau abgefaßten Zeugnisses hatte sich im Wintersemester 1832/33 ein Gymnasiast von Münnerstadt die

doch direkt zum Lyceum übertreten konnten¹⁶⁾, freilich mit der Auflage eines Lyceal- und Hochschulstudiums von insgesamt 5 Jahren gegenüber den vorgeschriebenen 4 Jahren, in denen der Abiturient der (Interims-) Oberklasse diese Lehranstalten durchlaufen konnte. Diese Bestimmung führte, wie man ohne besondere Prophetengabe wohl voraussehen konnte, zu einer Hyperämie der Lyceen und zu einer hochgradigen Anämie bezw. vollständigen Sistierung der jetzigen IV. Gymnasialklasse. Die hauptsächlichste oder ausschließliche Thätigkeit der zur Absolutorialprüfung entsandten Ministeria'-kommissäre concentrierte sich daher auf die Vornahme der Schlußprüfungen aus der 3. Gymnasialklasse¹⁷⁾, zu welcher Vornahme sie durch eine besondere M.E. vom 26. Sept. 1833 gleichfalls verpflichtet worden waren.

Immatrikulation am Bamberger Lyceum erschlichen. Die Sache kam aber durch eine Berichtigung des Gymnasialrektorates Mürrenstadt vom 18. Nov. 1832 alsbald auf und führte zu der nachträglichen Zurechenschaftung des Inculpaten.

¹⁶⁾ Für das Uebergangsjahr 1829/30 durften die Schüler der bisherigen Oberklasse, der nunmehrigen zweithöchsten Klasse (III neu) ebenfalls, vorausgesetzt, daß sie die übliche Schlußprüfung bestanden hatten, nach Wahl entweder an das Lyceum direkt übertreten oder aber ausnahmsweise zur Universität, im letzteren Falle gegen die Auflage eines um 1 Jahr längeren Universitätsstudiums. Für beide Fälle war jedoch die Einwilligung der Eltern oder Vormünder zu erbringen. Die in das Lyceum eingetretenen Schüler durften natürlich ebensowenig als die bisherigen Angehörigen der philosophischen Lycealsection je vor Ablauf eines vollen Studienjahres zur Universität übergehen. Diese an und für sich eigentlich selbstverständliche Bestimmung wurde mit M.E. vom 6. Mai 1832 noch einmal ausdrücklich bekräftigt. Ueber den Wechsel der Modalitäten des Uebergangs vom Lyceum zur Hochschule vgl. übrigens die §§ 29 a und b.

¹⁷⁾ Auch die Schlußprüfung aus dieser III. Gymnasialklasse wurde, was die Unklarheit und Vieldeutigkeit der damaligen Begriffe erst recht zu verdichten geeignet war, in der Sch.O. vom 13. März 1830 als „Absolutorialprüfung“ bezeichnet. In dem Sinne, welcher ihr in der obigen F.N. 15 unterlegt ist, hätte man diese Be-

Nachdem übrigens einmal, wie erwähnt, die Allh. E. über die Prüfungsordnung an den Universitäten vom 23. Nov. 1832 mit einer neuen Bestimmung bezüglich des Gymnasialabsolutoriums vorangegangen war, folgte ihr alsbald, unterm 30. Nov. des nächsten Jahres, auch die grundlegende Allh. B.D. über die Neugestaltung der Lyceen mit einer eben solchen. Auch für den Eintritt in die philosophischen Sectionen der Lyceen wurde der Nachweis des mit mindestens der 2. Note bestandenen Gymnasialabsolutoriums vorgeschrieben — eine Anordnung, welche, abgesehen von der Bedeutungslosigkeit der Betonung einer besonderen Note¹⁸⁾, insolange auch hier ohne jeden praktischen Wert sein mußte, als man die gymnasiale Sch.D. des 13. März 1830 mit ihren der eigenen Finalklasse durchaus ungünstigen Paragraphen aufrecht zu erhalten gesonnen war.

Höchstens, daß sie umgekehrt auf eine baldigste Reabilitierung der früheren Rechte des Gymnasialabsolutoriums schließen ließ, welche denn auch formell unter dem gleichen Datum des 30. Nov. 1833, effektiv aber erst mit M.E. vom 3. Febr. 1834 erfolgte, und zwar mit der Reconstruction der IV. Gymnasialklasse, deren Absolvierung wieder als *conditio sine qua non* für den Eintritt in das Lyceum oder die Universität gleichheitlich vorgeschrieben wurde. An dem hiedurch geschaffenen, wie gesagt, eigentlich bereits durch die B.D. vom 23. Nov. 1832 über die Prüfung an den Uni-

zeichnung am Ende gelten lassen können; doch lag bereits die Allh. B.D. vom 23. Nov. 1832 über die Prüfungsordnung an den Universitäten inzwischen, in welcher gleichfalls von dem „Absolutorium“ des Gymnasiums die Rede ist, und zwar in der althergebrachten Bedeutung der Reifeerklärung am Schlusse der Oberklasse, der IV. Gymnasialklasse neu — die nun freilich aus den im Texte angegebenen Gründen entweder gar nicht oder nur in einzelnen Fällen realen Bestand hatte.

¹⁸⁾ Vgl. die beiden F.N. 6 und 12 dieses Paragraphen.

versitäten vorbereiteten Modus des Absolutorialexamens hielten auch die weiteren über die Universitäten erlassenen Allh. B.O. vom 18. Mai 1835 und am 10. Mai 1838 fest. Die letztere brachte jedoch dabei den Anstoß zu der bemerkenswerten Neuerung, daß der zur Abnahme des Examens entsandte Ministerialkommissär auch dem Stande der Lycealprofessoren entnommen werden konnte¹⁹⁾. Im Falle der Nichteinigung des Kommissärs und der Mitglieder der Prüfungskommission über die Reise eines Schülers sollte der letztere wieder an der von ihm erwählten höheren Schule — Universität oder Lyceum — vor einer neuen Kommission nachgeprüft werden, die sich aus Professoren der philosophischen Fakultät der Universität bzw. dem Rektor und der Gesamtprofessorschenschaft der philosophischen Section des Lyceums nebst je hiezu designierten Gymnasialrektoren und -professoren zusammensetzte. Die Thatsache der Zuweisung und die Anzahl der jeweiligen Nachprüflinge sollten dabei seitens der Gymnasialrektorate — laut M.E. vom 3. Aug. 1838 — den betreffenden Universitäts- und Lyceums-Rektoraten ausdrücklich kund gegeben werden.

¹⁹⁾ Die eigentlich ausführende M.E. datiert vom 24. Mai 1838. Nach ihr wurden die Gymnasien nunmehr den einzelnen Universitäten und Lyceen in einer analogen Ordnung zugewiesen, wie sie früher den Universitäten allein zugeeignet worden waren. Die Ordnung ist aus folgender Tabelle ersichtlich. A. Universitäten. 1) München: die beiden Gymnasien in München und das protestantische Gymnasium in Augsburg. 2) Würzburg: Würzburg und Mündenstadt. 3) Erlangen: Ansbach, Nürnberg, Erlangen, Schweinfurt, Bayreuth und Hof. B. Lyceen: 4) Freising: Freising und Landsbut. 5) Passau: Passau und Straubing. 6) Regensburg: Regensburg. 7) Amberg: Amberg. 8) Alschaffenburg: Alschaffenburg, Speyer und Zweibrücken. 9) Augsburg: Rempten und Neuburg. 10) Dillingen: Dillingen und kathol. Gymnasium zu Augsburg. 11) Bamberg: Bamberg. — Lyc. Alten; auch B.E. 1838, Nr. 160, in letzterem jedoch bezüglich der Punkte 9 und 10 abweichend, indem daselbst Neuburg und Dillingen vertauscht sind.

Diese Zuteilung wurde nur 3 Jahre hindurch aufrecht

Nach fast 10jährigem Bestehen wurden die Bestimmungen über das Nachabsolutorium der Gymnasialabsolventen wieder hinfällig, indem die Disziplingesetze für die Universitäten vom 13. Febr. 1842 sich das Absolutorialzeugniß schlechthin als Passepartout für den Zugang zur Section der allgemeinen Wissenschaften genügen ließen, ohne eine Weiterung bezüglich der strittigen Reise daran zu knüpfen — eine Auffassung, die sich sogleich auch die Lyceen in der analogen Frage des Eintrittes in ihren 1. philosophischen Kurs zu eigen machten.

Nach weiteren 12 Jahren erfolgte, mit Wirkung der gymnasialen Schulordnung vom 24. Febr. 1854, eine zeitliche Auseinanderziehung der beiden die Absolutorialprüfung bildenden Abschnitte des schriftlichen und mündlichen Examens. Gleichzeitig wurde verordnet, daß fortan nur zu letzterem eigene Ministerialkommissäre abgeordnet werden sollten, während die schriftlich zu bearbeitenden Aufgaben den Gymnasialrektoren als den Vorständen der Prüfungskommissionen für den ersten Teil der Prüfung vom K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulan gelegenheiten direkt zugeschlossen wurden. Nachdem die Entsendung eines besonderen Kommissärs für die mündliche Prüfung mit M. E. vom 8. Juni 1864 sistiert worden war, wurde sie mit Einführung der Sch. O. des 20. Aug. 1874 wiederum angeordnet, und zugleich der jeweilige Gymnasialrektor mit der eventuellen Stellvertretung des Kommissärs betraut.

erhalten, während vom Jahre 1841 ab die Universitäts- und Lyceallehrer als Ministerialkommissäre durch das ganze Königreich hindurch geschickt zu werden pflegten. In Bamberg waren vom Jahre 1838 ab bis 1853 incl. ausnahmslos Lycealrektoren und -professoren als Kommissäre thätig, vom Jahre 1854 bis 1863 incl. Universitäts- und Lycealprofessoren, seit 1874 ausnahmslos Universitätsprofessoren. S. Kilian, 108. Vgl. auch die folgenden Ausführungen dieses Paragraphen, sowie F. N. 15 des § 29b.

Die neuesten Bestimmungen endlich, niedergelegt in der Allh. V.D. vom 23. Juli 1891, betreffend die Sch.D. für die humanistischen Gymnasien, sowie in einer unterm 19. Juli 1893 hierzu erschienenen „Instruction“, behielten diese Normen principiell bei, gestatteten jedoch durch die Gewährung der Möglichkeit einer Befreiung der Abiturienten von dem mündlichen Tentamen sehr fühlbare Erleichterungen.

§ 26. Intersemestrale Prüfungen.

Prüfungen während des Semesters, Zwischenprüfungen im engeren Sinne, waren für die Studierenden der philosophischen Abtheilung der Lyceen insgesamt durch den § 16 der „Gesetze“ vom 1. Jan. 1803 und für die Philosophie-candidaten speciell des Bamberger Lyceums durch den damit gleichlautenden § 16 dessen lokaler Satzungen vom 27. März 1804 vorgeschrieben worden, und zwar in der Form von schriftlichen Bearbeitungen, wogegen mündliche Prüfungen nur am Schlusse der Semester, in Gegenwart der churfürstl. Lokalschulkommission¹⁾, des Rectors und des prüfenden Fachprofessors statt haben sollten. Diese Anordnung kam ziemlich mit jener überein, welche der Organisator des Bamberger höheren Schulwesens zur Säkularisationszeit, Bag, in seinem die Verhältnisse der Lyceen im allgemeinen und der Bamberger Anstalt im speciellen behandelnden Entwurfe vom 19. Sept. 1803²⁾ im Anschlusse an die Gepflogenheiten der bisherigen hochstiftischen Mittelschule eingeführt wissen wollte. Sie wich jedoch von den letzteren insofern ab, als sie die Resultate der Prüfungen zur Ermittlung des Fortgangs und daran anschließend der Klassifikation der Stu-

¹⁾ Diese Kommission trat, wie schon in § 21 bemerkt wurde, in Bamberg nie ins Leben. An ihrer Stelle fungierte allerwegen der Ober-Schulen- und Studientkommissär. Ueber den letzteren vgl. ebenda.

²⁾ S. § 7.

dierenden nicht gleichheitlich verwertete, vielmehr nur die am Ende eines jeden Quartals anfallenden Ergebnisse zur Festsetzung dieser Elemente heranzug³⁾.

Das vorgeschlagene neue System schien sich denn auch in Bamberg nicht allsogleich eingebürgert zu haben, indem die Candidaten der philosophischen (und mehr noch die Schüler der mit den letzten in damaliger Zeit zu einem Schulganzen verbundenen gymnasialen) Klassen sich direkt weigerten, aus gewissen, früher nur fakultativ betriebenen Lehrfächern wie z. B. demjenigen der französischen Sprache, ein Examen abzulegen: so daß sich Daß gezwungen sah, in zwei, vom 3. und 26. Mai 1805 datierten schriftlichen Anfragen die Ansicht der vorgesetzten Schulbehörde, des Ober-Schulen- und Studienkommissariats zu Bamberg⁴⁾, einzuholen. Dieses aber hielt in seiner unterm 26. Juni ejd. a. erfolgten Erwiderung im Sinne der oben erwähnten §§ 16 der Disciplinarstatuten an den getroffenen Maßnahmen nebst allen ihren Consequenzen fest und erklärte namentlich noch die Stellung schriftlicher Aufgaben während des Semesters sowohl, als auch für die Ferien ohne Ansehung des Grades einer Klasse im Hinblick je auf die §§ 43 und 46 der 2 genannten D. S. für durchaus notwendig.

Der „Anhang“ zur v. Fraunberg'schen Sch.D. vom 27. Aug. 1804 hatte inzwischen die Form und die Anzahl der schriftlichen Elaborate in genereller Weise näher bestimmt⁵⁾. Während die Candidaten der 2 unteren Kurse des 3. Triennials — der philosophischen Vorbereitungsklasse und der 1. philosph. Klasse alten Stils — zum speciellen Erweise ihrer Fortschritte im Lateinischen alle halbe Jahre einen Aufsatz, eine Rede oder dgl. in eben dieser Sprache schriftlich ausarbeiten sollten, hatten die Angehörigen des Ober-

³⁾ Vgl. auch die §§ 28 und 46.

⁴⁾ V. § 21.

⁵⁾ Lehrplan, 30.

kurzes — des vor- und nachmaligen 2. philosophischen Jahrgangs — neben dieser Verpflichtung auch noch die Auflage erhalten, zur speciellen Demonstration ihrer fortgesetzten Befähigung der lateinischen, griechischen und deutschen Klassiker alle zwei Monate ein darauf bezügliches schriftliches Essai einzureichen. Für die beiden unteren philosophischen Kurse hatte man also auf die intersemestralen Prüfungen zu Gunsten der semestralen verzichtet.

Der Verzicht gelangte indessen nicht zur Geltung. Ein bereits in der F.M. 5 des § 21 registriertes Allh. R. vom 24. Jan. 1805 begehrte, daß auch die Schüler des 3. Triennialkurses d. h. der 3 philosophischen Jahreskurse aus den wichtigeren Fächern allmonatlich, aus der Gesamtheit der Lehrdisziplinen alle 2 bis 3 Monate geprüft und klassifiziert werden sollten. Dieser Anordnung kam man in der That in Bamberg um so lieber nach, als man daselbst das System der quartalsweisen Prüfungen und Lokationen schon seit den Zeiten des Bamberger Fürstbischofs Franz Ludwig von Erthal^{*)} gepflogen und von der Abschaffung derselben durch den v. Fraunberg'schen Lehrplan sehr ungerne Kenntnis genommen hatte — jedoch mit dem Abmaße, daß man zunächst nur vierteljährliche Examina und Qualifikationen abhielt, und zwar die Prüfungen am Ende des 1. und 3. Quartals in schriftlicher, jene des 2. und 4. Quartals, welche mit den Semestral-, bezw. Finalprüfungen identisch waren, in der diesen angemessenen mündlichen Weise.

Für die zwei philosophischen Jahrgänge hätten freilich diese beiden Elemente mit Wirkung der Sch.O. vom 3. Nov. 1808 in Wegfall gelangen können, indem der Tit. I § 11 der letzteren die Dyccen ebenso, wie hinsichtlich der

*) Im Anschlusse an diese vierteljährliche Qualifikation gelangen förmliche Schulzeugnisse zur Ausgabe, eine Verfügung, welche durch fürstbischöflichen Erlaß vom 13. Juni 1800 neuerdings in Erinnerung gebracht wurde. S. Weber I, 413.

Aufnahme von Studierenden, auch hinsichtlich anderer organischer Bestimmungen auf die an den Universitäten geltenden Gesetze als Richtpunkte verwiesen hatte, also auf die zu jener Zeit maßgebenden Disciplinurvorschriften für die Studierenden der Universität Landshut⁷⁾, welche ihrerseits die Institution der intersemestralen Examina nicht kannten. Trotz dieses Hinweises aber und der hiedurch auf das formellste vollzogenen Gleichstellung der Prüfungsvorschriften für Lyceum und Universität hielt man in Bamberg an den Vierteljahrsprüfungen — mit Ausschluß aller anderen Zwischententamina — auch nach dem Jahre 1808 unentwegt fest. Offenbar kamen dem Lyceumsvorstande bei Aufrechterhaltung dieser Observanz, welche freilich nicht gänzlich im Einklange mit dem oben citierten Allh. R. vom 24. Jan. 1805 stand, mehrere Umstände durchaus zu statten: die Möglichkeit der Einbeziehung dieser Prüfungen in den engeren Rahmen der örtlichen Disciplinargesetze, deren Instituirung vorbehaltlich der Genehmigung durch die zuständigen Stellen in die Kompetenz des Rektorats gehörte, und ihrer näheren Regelung innerhalb desselben; die direkte Unterordnung des Rektorats unter die Provinzialschulbehörde des Ober-Schulen- und Studienkommissariats mit Umgehung der Centralleitung⁸⁾ und eine hiedurch bewirkte größere lokale Selbständigkeit; die Herausgabe eines neuen Notensystems; die einer indirekten Bestätigung fast gleich kommende Nichtachtung der beliebten Abweichungen durch

⁷⁾ Es mag an dieser Stelle ausdrücklich hervorgehoben werden, daß, soferne Universitätsverhältnisse aus den ersten 3 Lustren des 18. Jahrhunderts in Frage kommen, sich solche durchaus auf die Universität Landshut als einzige oder doch führende bayerische Hochschule beziehen, deren Organisations- und Disciplinargesetze je vom 26. Jan. 1804 und vom 6. März 1814 einen besonders starken rückwirkenden Einfluß auf die Lyceen ausübten.

⁸⁾ V. § 21.

ein im § 47 noch näher zu würdigendes Allh. R. vom 9. Juli 1810 und endlich die einer strikten Aufrechterhaltung, wenn nicht Verschärfung der Satzungen und der Disciplinarmittel der Prüfungen an den höheren Schulen nicht ungünstigen Zeitläufe.

In der That richteten auch die revidierten Satzungen für die Universität Landshut vom 6. März 1814 in ihrem Tit. II § 12 die Bestimmungen über die Anfertigung turnusmäßiger schriftlicher Arbeiten, wenngleich in beschränkter Weise, wieder auf, und zwar in offener Anlehnung an die Disciplinargesetze für die Universität Ingolstadt vom 25. Nov. 1799, welche in ihrem Absätze XXI ebensolche Aufgaben für die Zeitintervalle von je 1 Woche vorgesehen hatten. Und es war nur Consequenz, wenn die im Jahre 1816 erlassene handschriftliche und, wiewohl nicht formell sanctionierte, so doch effektiv gültige Neuauflage der Bamberger Lycealstatuten⁹⁾ ihrerseits diese schriftlichen Zwischenprüfungen nun wieder mit Entschiedenheit als obligat erklärte für alle Studierende. Da man glaubte trotz einer sehr eindringlichen Vorstellung der einheimischen Philosophicandidaten vom Jahre 1818 um Beseitigung dieser als Last empfundenen Vielzahl der Prüfungen derselben keineswegs entbehren zu können, bis sie anscheinend im Jahre 1822 der neuernannte Lycealrektor Regn, ein Mann von minder beengter Auffassung, vom Repertoire absetzte, und zwar auf Kosten der Quartals- und Semestralprüfungen, welche Systeme hiedurch wiederum eine verstärkte Wichtigkeit erfuhren.

Auch die Einführung der Lycealklassen im Jahre 1824 hinderte den Genannten nicht, die Einrichtung dieser unregelmäßigen schriftlichen Prüfungen für begraben zu erklären, trotzdem die Gleichstellung¹⁰⁾ der Lycealklassen mit dem

⁹⁾ Hierüber orientiert näher der § 41.

¹⁰⁾ Diese Gleichstellung galt freilich eigentlich nur bezüglich der Wirkung des Absolutoriums aus der einen oder anderen Klasse als eines

ersten philosophischen Lycealkurs und die Aufrechterhaltung von schriftlichen Probearbeiten in jenen Klassen durch die Sch.D. des 10. Okt. 1824 naturgemäß zu einer Wiedereinführung derselben hätte zwingen müssen.

Wohl aber mußten alle Einwände und autokratischen Maßnahmen erlöschen, als die die Allh. B.D. vom 30. Nov. 1833 erläuternde M.E. vom 3. Febr. 1834 über die Organisation der Lyceen nicht nur wieder in sehr prägnanter Weise die in Rede stehenden intermittierenden schriftlichen Prüfungsarbeiten zur Einführung brachte, sondern zugleich auch Conversatorien und mündliche Repetitorien im Turnus von 14 Tagen¹¹⁾ vorschrieb — Verpflichtungen, welche zwar an der Bamberger Lycealanstalt alsbald wieder zu Gunsten der Fortführung bloßer (mündlicher) Quartalsprüfungen entfielen, von denen aber erst die als Vorläuferin der fundamentalen M.E. vom 13. Nov. 1849 erschienene ebensolche E. vom 28. Sept. j. 33. in officieller Weise überhob, nachdem eine im folgenden Paragraphen noch genauer zu besprechende Immediateneingabe der Bamberger Lycealkandidaten der beiden philosophischen Kurse neben anderen Wünschen auch den auf Aufhebung der intercalaren d. h. hier der quartalen Examina nachdrücklichst zur Geltung gebracht hatte. Uebrigens war den letzteren in der nunmehrigen Form keineswegs mehr die Bedeutung beizumessen gewesen wie früher, da die genannten Normative des

gleichberechtigten Vorweises, die Studien in der philosophischen Fakultät der Universität oder im 2. philosophischen Jahreskurs des Lyceums fortzusetzen, keinesfalls aber, wie schon in § 13 ausgeführt wurde, in Ansehung anderer Momente. Sie wurde auch im letzteren Sinne von dem Bamberger Lycealrektorate beharrlich negiert. Cf. die F.N. F.N. 10 und 16 des § 13.

¹¹⁾ Eine ganz ähnliche Anordnung hatte sich früher auch an der Bamberger Universität eingebürgert. S. Weber I, 208.

30. Nov. 1833 und 3. Febr. 1834 in allgemein durch das Königreich hindurch gültiger Weise die Klassifikation speciell auf Grund der Semestralprüfungen gefordert hatten, wogegen den Zwischenprüfungen nur ein beschränkter Einfluß auf das Ergebnis eingeräumt worden war.

§ 27. Semestral- und Finalprüfungen.

a. Während der Zeit von der Säkularisation bis zur Neuformation der Lyceen im Jahre 1833.

Wie im vorhergehenden Abschnitte bereits bemerkt wurde, führten die Disciplinarvorschriften und Schulnormative der Jahre 1803 und 1804 neben anderen Prüfungen in der philosophischen Section auch insbesondere solche am Schlusse eines jeden Semesters ein, ja die Sch. D. vom 27. Aug. 1804 maß gerade diesen Prüfungen die größere Wichtigkeit bei: sie erließ sogar zu deren Gunsten in den beiden unteren der (damals 3) philosophischen Klassen die Examina während des Semesters. Nach den allgemeinen Disciplinarstatuten für die Lyceen vom 1. Jan. 1803 waren dabei die genannten Semestralprüfungen von dem jeweiligen Professor in Gegenwart des Rektors und der Lokalschulkommission¹⁾ mündlich abzuhalten. Diese Vorschrift ging auch, nachdem der im § 7 eingehender charakterisierte Baz-Stenglein'sche Entwurf über die Organisation des Bamberger Lyceums vom 19. Sept. 1803 sich gleichfalls auf das entschiedenste zu Gunsten regelmäßiger Semestral- wie auch Final- (d. h. Jahres-)prüfungen ausgesprochen hatte, in die Bamberger Lycealvorschriften vom 27. März 1804 über, und zwar bezüglich der beschränkten Öffentlichkeit genau in der obigen für das Churfürstentum allgemein gültigen Anordnung, während ein weitergehender Antrag von Baz auf Zulassung eines größeren Interessentenkreises zu eben diesen

¹⁾ S. F. M. 1 des vorhergehenden Paragraphen.

Prüfungen mit Erlaß des Ober-Schulen- und Studienkommissariats in Franken vom 26. Juni 1805 kurzerhand abgewiesen wurde.

Der Niethammer'sche Schulplan vom 3. Nov. 1808 verwies die Lyceen ebenso bezüglich der Abhaltung der in Rede stehenden Prüfungen, wie bezüglich der Anwendung der Disciplinargesetze überhaupt auf die Gesichtspunkte, welche für die Handhabung der nämlichen Elemente an den Universitäten maßgebend waren. Die aus dieser Anordnung hervorleuchtende Absicht einer größeren Annäherung der Lyceen an die Hochschulen konnte jedoch hiefür ebenso wenig erreicht werden, wie auf so manch' anderem diesen beiden Lehrkörpern gemeinsamen Gebiete. Und zwar lag die Unausführbarkeit nicht sowohl an dem Mangel an gutem Willen des Lyceumsrektors oder dessen unmittelbar vorgesetzter Behörde, sondern einestheils in einer im folgenden Paragraphen noch zu erörternden Ungleichheit in den Vorschriften über die Dauer des philosophischen Studiums, andernteils in der Verschiedenheit des Prüfungszweckes und teilweise auch des Prüfungsmodus an beiden Lehranstalten.

An den Lyceen gipfelten nämlich diese beiden letzteren Momente in dem vor beschränkter Öffentlichkeit zu führenden Nachweis eines jeden Philosophiecandidaten, daß er den Lehrstoff eines Semesters soweit in sich aufgenommen habe, um ohne Bedenken dem nächsten Semester übergeben werden zu können, wobei das Examen nach dem 4. Halbjahr, gewöhnlich in breiterem und feierlicherem Rahmen abgehalten, als Absolutorialexamen aus der Philosophie betrachtet wurde. An der Universität jedoch sollten die Prüfungen nach Maßgabe der Disciplinarbestimmungen vom 26. Jan. 1804 für die Universität Landshut²⁾ am Schlusse eines Collegiums

²⁾ Diese Bestimmungen erschienen zugleich mit den Organisationsakten über die genannte Universität, am nämlichen Tage des 26. Jan. 1804. Vgl. Meder-Permaneder, 532 und 547. Zur Kennt-

(Lehrkurses) — also nicht notwendig Semesters aus den allgemeinen (und Fach-) Wissenschaften vor dem betreffenden Dozenten³⁾ — also privatissime und nur von solchen Studierenden pflichtgemäß abgelegt werden, welche in den bayerischen Staats- oder Kirchendienst⁴⁾ zu treten oder die akademischen Würden zu erlangen beabsichtigen.

Diese Normen erlitten, und zwar vom Standpunkte der Studierenden der Lyceen aus betrachtet, zum Nachteil der letzteren Anstalten eine Abänderung durch die revidierten Universitätsstatuten vom 6. März 1814 dahin, daß die Prüfungen am Schlusse des Collegiums — Semesters oder

nis des Publikums gelangten sie zuerst durch die Veröffentlichung seitens der bay. L.D. unterm 17. Apr. 1804 — im Reg.Bl. 1804, 443 ff. Sie fußten vielfach auf den beiden churf. B.D. vom 1. Dez. 1787 und vom 25. Nov. 1799, betr. die Statuten und die Einrichtung der Universität Ingolstadt. — Vgl. auch F.N. 7 des vorigen Paragraphen

³⁾ Die in der vorstehenden F.N. 2 citierte B.D. vom 25. Nov. 1799 hatte noch die Öffentlichkeit vorgeschrieben.

⁴⁾ Im Anschlusse an die Säkularisation waren nicht nur die Priesterseminare, sowie die Vorbildungs- und Anstellungsverhältnisse des Klerus unter staatliche Aufsicht gestellt — v. §§ 37 und 38 dieser Abhandlung — sondern auch die Kirchendiener unter den Begriff der Staatsdiener subsumiert worden, wie die Ueberschrift und der Inhalt des Tit. VII der Disciplinargesetze der Universität Landshut vom 26. Jan. 1804 — Meider-Permaneder, 554 — deutlich bekunden. In eben diesem Titel, § 1 b, ist von dem katholischen Priester als dem „religiösen Volkslehrer“ die Rede, welchen Ausdruck, wie es scheint, der churf. Erlaß vom 18. März 1802 — Braun, 346 — an den Gesamtklerus Bayerns erstmalig gebraucht hatte. Auch die bei der Neuorganisation der Universität Landshut unterm 26. Jan. 1804 — Meider-Permaneder, 532 ff. — und früher noch der Universität Würzburg unterm 3. Nov. 1803 — Wegele II, 467 ff. — getroffene Einreihung der ehemaligen theologischen Fakultät als der Section „für die Bildung des religiösen Volkslehrers“ unter die „Klasse der besonderen Wissenschaften“ dürfte für die Richtigkeit dieser Auffassung ebenso deutlich sprechen, wie nicht minder die Zusammenlegung der katholisch- und protestantisch-theologischen Fakultät letzterer Universität in diese Eine Section.

Jahres — zum Zwecke der Zulassung zum Staatsdienste durch eine einzige Absolutorialprüfung am Ende der Universitätszeit ersetzt wurden, mit der Wirkung, daß die bisherigen Prüfungszeugnisse nunmehr in bloße Frequenz- (und Sitten-) Zeugnisse übergingen. Nur für Ausnahmefälle, wie etwa zum Ziele besserer Orientierung über Fleiß und Strebbarkeit, blieben die bisherigen Prüfungen auch fürderhin noch bestehen, und zwar formal als Zwischenprüfungen während des Semesters, als welche sie zweifelsohne auch — und hiefür spricht deutlich die unten näher charakterisierte B.D. vom 26. Nov. 1827 — auf den Schluß des Semesters transkribiert werden konnten.

Daß die Einführung der Lycealklasse auf Grund des Wieg'schen Lehrplans vom 10. Okt. 1824 an dem Principe der Semestralprüfungen nicht rüttelte, war, nachdem dieser Plan den 1. philosophischen Lycealkurs teilweise zum bloßen Anhängsel des Gymnasiums degradiert bezw. die Studierenden desselben geradezu auf die Fortdauer der Gültigkeit der „bisherigen Satzungen“ und damit auch der Einzelheiten der Prüfungsbestimmungen verwiesen hatte, ohne weiteres verständlich. Da freilich die lycealen Satzungen^{*)} durch das Königreich hindurch nicht gleichzeitliche waren, so brauchten es natürlich auch nicht die Details der Prüfungen zu sein, vielmehr erschien die Gelegenheit, von dem übernommenen Modus insbesondere der Semestrallexamina abzurücken, gerade zu dieser Epoche der labilen Oscillation des Prüfungswesens am günstigsten. Und so ist es wohl zu erklären, daß sich auch an der Bamberger Anstalt, von einer in F.N. 1 des folgenden Paragraphen 27b zu besprechenden Wandlung in der Definition der „Oeffentlichkeit“ im Sinne der Disciplinarsatzungen des Jahres 1816 abgesehen, im

*) V. § 41, woselbst die Disciplinarordnungen der Bamberger Lycealanstalt einer eingehenderen Besprechung unterstellt sind.

Laufe der 20er Jahre mannigfache Abweichungen von dem anfänglich eingeführten *modus examinandi* einbürgerten, daß insbesondere den mündlichen Prüfungen am Schlusse des 2. und 4. Semesters, den beiden „Finalprüfungen“ (deren letzterer der Charakter einer „Absolutorialprüfung“ inne wohnte), allmählich noch je ein schriftlicher Teil sich zugestellte. Der letztere erstreckte sich für die Absolventen des 2. Semesters über Philosophie und Philologie, für jene des 4. Semesters nur über Philologie und wurde wie die mündliche Prüfung zumeist vom Kreissschulrate⁶⁾ abgehalten, welcher in diesem Falle auch die schriftlichen Themata zu bestimmen pflegte.

War somit die in den vorstehenden Zeilen besprochene differierende Behandlung speciell der Studierenden der Philosophie am Lyceum und der Hochschule, wie sie in Sachen der Semesterprüfungen in den ersten zwei und ein halb Decennien der Existenz der Lyceen churfürstlicher und königlicher Ordnung sich eingestellt hatten, an und für sich schon geeignet, eine gewisse äußere Inferiorität des Lycealcandidaten gegenüber dem Universitätsstudierenden zu bekunden, so wog materiell um so schwerer eine noch zu erläuternde Ungleichheit⁷⁾ in der damaligen Dauer der beiderseits vorgeschriebenen philosophischen Studienzeit. Und man begrüßte es daher in Lycealkreisen auf das freudigste, daß die Neuaußgabe der Universitätsstatuten vom 26. Nov. 1827 diesen Differenzpunkt dadurch aus der Welt schaffte, daß sie die durch Gründung des Lycealklassensystems vorbereitete Ausdehnung des Studiums der allgemeinen Wissenschaften an den Universitäten auf gleichfalls 2 Jahre nun endgiltig zur Norm erhob. Wenn man aber gehofft hatte, aus dieser Gleichsetzung der philosophischen Studienzeit eine Annäherung an die Hochschule auch in Sachen der Prüfungs-

⁶⁾ V. § 21.

⁷⁾ C. d. §§. 29a und b.

ordnung erwirkt zu sehen, so täuschte man sich erkledlich. Denn die nämlichen Universitätsstatuten des 26. Nov. 1827 begründeten sofort wieder eine grundlegende Verschiedenheit zwischen den beiden Bildungsanstalten oder, wenn man will, ein neues Dokument der Minderwertigkeit der Lyceen: dadurch nämlich, daß sie in ihrem § 16/2 auch den letzten seit 1814 noch verbliebenen Rest der Semestralprüfungen für aufgehoben^{*)} erklärten, während solche an den Lyceen allerdings auch weiterhin noch in Kraft blieben.

Freilich schien man mit diesem Verzicht ebensovienig günstige Resultate erzielt zu haben wie mit der nachfolgend unterm 21. Mai 1829 durch M.E. ergangenen Willberung, wonach unter gewissen, noch zu besprechenden Bedingungen von den 5 Jahren der nunmehrigen Gesamtstudienzeit auf den Universitäten 1 Jahr nachgelassen werden konnte. Man sah sich vielmehr, wahrcheinlich auch aus Gründen disciplinärer und politischer Natur, veranlaßt, in die Erwägung einzutreten, wie man wieder eine bessere Controle des Gleißes, des Fortgangs und der Führung der Universitätsstudierenden ausüben könne. Eine M.E. vom 8. Aug. 1832, welche von den Universitätsbehörden ein dahin zielendes Gutachten verlangte, nannte bereits als wirksamstes Mittel die öffentlichen mündlichen Jahresprüfungen, wie sie denn auch thatsächlich durch die weitere Allh. E. vom 23. Nov. j. J. eingeführt wurden. Nach eben dieser Entscheidung sollten nunmehr alle Philosophiestudierenden der Universität, welche vom Gymnasium übergetreten waren^{*)}, entweder nach dem 1. oder 2. philosophischen Jahr, und zwar vor einer besonderen Fakultätskommission, ein 5 Gegenstände umfas-

*) Mit Ausnahme der für Stipendiaten und „in Hinsicht jener besonderen Institute, an welchen solche halbjährliche Prüfungen herkömmlich waren“ vorgesehenen Examina.

*) Ueber die Verpflichtungen solcher, welche von der philosophischen Section eines Lyceums kamen, vgl. § 29 b.

sendes mündliches, den Lehrern und Schülern der Hochschule, sowie den Eltern, Vormündern und Verwandten zugängliches Examen ablegen. Dasselbe galt zugleich auch als Admissionsexamen für den Eintritt in die übrigen, dem Fachstudium gewidmeten Fakultäten, so zwar, daß dieser Eintritt so lange suspendiert blieb, bis der betreffende Candidat eben das genannte Examen wirklich bestanden hatte.

Sollte der Erfolg in dem letzteren zugleich eine Dispens vom 5. Universitätsstudienjahre nach sich ziehen, so mußte, wie eine über die Studienzeit an den Universitäten erflossene M.E. vom 18. Dez. 1833 ergänzend bemerkte¹⁰⁾, das Prüfungsergebnis mindestens die 2. Note¹¹⁾ aufweisen — eine Bestimmung, welche durch die spätere M.E. vom 3. Febr. 1834 und die D. D. vom 18. Mai 1835 dahin gemildert wurde, daß die bloße „Note der Befähigung“ so, wie zum Eintritte in das Fachstudium, so auch

¹⁰⁾ Eigentlich gewährte diese Erleichterung die M.E. vom 18. Dez. 1833 nur für den Bereich der Fachfakultäten der Hochschulen. Die nachstehend allegierte M.E. vom 3. Febr. 1834 dehnte dieselbe indessen auch auf das Studium der allgemeinen Wissenschaften aus.

¹¹⁾ Zu Beginn der 30er Jahre gab es für die Bezeichnung der Prüfungsergebnisse 3 „Noten der Befähigung“ im wahren Sinne des Wortes. Durch die im Texte berührte M.E. vom 3. Febr. 1834, betreffend die Universitätsstudienzeit, wurde jedoch die 3. Note, nachdem sie eben noch in der M.E. vom 18. Dez. 1833 als besonderer Ausdruck eines Grades wirklicher Befähigung gebient hatte, als „Note der Nichtbefähigung“ charakterisiert. Dem entgegen hielt das Lyceum, wenigstens das Bamberger, an den 4 Noten fest, wie sie eine im § 47 noch zu besprechende Allh. B. O. vom 9. Juli 1810 geschaffen hatte, ausgedrückt durch die Prädikate „vollkommen-“, „hinlänglich-“, „notdürftig-“ und „nicht befähigt“. Die nunmehr bestehende Differenz in der Bedeutung der Notengrade an den beiden Bildungskörpern erlitt mit der Neuauflage der Disziplinarstatuten der Universitäten vom 18. Mai 1835 eine weitere Verbreiterung, indem die letztere für gewöhnlich sich mit einem bloßen Zweinotensystem, „befähigt“ und „nicht befähigt“, begnügte. S. auch F. N. 4 des § 27 b. Ueber die Qualifikationsmethode beim Uebertritte vom Gymnasium vgl. die F. N. F. N. 6 und 12 des § 25.

für die Befreiung vom 5. Universitätsjahre als ausreichend angesehen werden sollte¹²⁾).

Ja, sogar die Semestralprüfungen an den Universitäten lebten, allerdings in einer ganz besonderen Form, wieder auf, indem die nämliche M.E. vom 23. Nov. 1832 allen möglichen Interessenten, dem Rektor, den Dekanen, dem Senat und dem außerordentlichen Ministerialkommissär der Universität¹³⁾, wie nicht minder auch den Eltern, Vormündern und Wohlthätern eines Studierenden das Recht verlieh, den letzteren, falls sie gegen dessen Fleiß oder Aufführung Bedenken hegten, einem nicht nur ihnen und den amtlichen Personen, insbesondere den Mitgliedern des obersten Schulrates, sondern nach Thunlichkeit auch dem gebildeten Publikum überhaupt zugänglichen Examen zu Ende eines Semesters unterziehen zu lassen. Bei wiederholt ungünstigem¹⁴⁾ Ausfall dieser „Prüfungen auf Antrag“¹⁵⁾ war, laut ergänzender M.E. vom 24. Nov. 1832, der Studierende durch Senatsbeschluß von der Universität wegzuweisen¹⁶⁾).

¹²⁾ Vgl. hierüber auch die Bemerkungen der vorstehenden Note.

¹³⁾ S. hierüber § 22.

¹⁴⁾ Die Wiederholung konnte zufolge einer die P.D. des 23. Nov. 1832 erläuternde höchste E. vom 9. Febr. 1834 nur am Schlusse des nächsten Studienjahres geschehen. Für die Beurteilung der Leistungen in diesen als Strafmittel figurierenden Semestralprüfungen stellte die nachfolgend citierte M.E. vom 24. Nov. 1832 die drei Grade auf: „ausgezeichnet befähigt“, „genügend befähigt“ und „nicht genügend befähigt“, welsch' letzterer Ausdruck wieder die bloße Umschreibung war des Begriffes „unbefähigt“.

¹⁵⁾ „Ausnahmeprüfungen“ nannte sie das Disciplinarstatut für die Hochschulen vom 18. Mai 1835.

¹⁶⁾ Gegen diese energischen Grundsätze, welche auch für die übrigen Fakultäten Gültigkeit besaßen, wurde sowohl seitens der Studierenden, als auch seitens der Universitätsbehörden vielfach verstoßen, weshalb das K. Staatsministerium des Innern, zu welchem damals die Schulen ressortierten, sich in mehrfachen Erlassen, vom 23. Febr., 18. März, 21. April, 14. Juli 1833 u. a., v.eranlaßt sah, solche wiederholt einzuschärfen.

b) Während der folgenden 16 Jahre.

Hatten sich dementsgegen die in der philosophischen Section des Lyceums üblichen Semestral- (und Final-) Prüfungen bisher im selbstgelegten Geleise ruhig fortbewegt, so sollte nunmehr auch dessen Fundament und Richtung nicht unwesentlich geändert werden. Die maßgebende B.D. über den Fortbestand der Lyceen vom 30. Nov. 1833 zusammen mit der Vollzugsinstruktion vom 3. Febr. 1834 ersetzten nämlich das bisherige Forum, vor welchem die Prüfungen abgehalten zu werden pflegten, in allgemein gültiger Weise¹⁾ durch ein neues, bestehend aus der Gesamtprofessorenschaft der philosophischen Section unter dem Voritze des Lycealrektors, während die breite Oeffentlichkeit, wie sie an den Universitäten als eine Art Strafmittel figurirte, allerdings nicht in Betracht kam. Wohl aber war die rigorose Bestimmung, daß ein zweimaliges Nichtbestehen der Prüfung die Dimission des Examinanden nach sich ziehen sollte, aus der B.D. für die Universitäten vom 23. Nov. 1832 auch hieher übernommen worden. Somit lagen die wesentlichsten Unterschiede zwischen den an den beiden Bildungsstätten gültigen

¹⁾ Einzelne Lyceen schienen allerdings viel früher bereits zu diesem System übergegangen zu sein, so das Bamberger, wie die im Jahre 1816 ausgegebenen handschriftlichen Disciplinarsatzungen erweisen, in oder vor diesem Jahre. Dabei war zur Installirung der größeren Oeffentlichkeit neben der Anwesenheit sämtlicher Professoren der philosophischen Section auch jene der sämtlichen Prüflinge gefordert worden, eine Forderung, die allmählich in Vergessenheit gerathen, aber in der Ausgabe der lokalen Satzungen vom Jahre 1827 und neuestens durch einen Erlaß des a. o. Regierungskommissärs — v. § 22 — vom 7. Aug. 1833 an das Rektorat wieder sehr stark urgirt worden war, um schließlich in die unterm 29. April 1834 im Druck erschienene Neuauflage der Disciplinarsatzungen eingestellt zu werden. — Ueber die in Bamberg beliebte Art zu prüfen richtete das Lyceumsrektorat Dillingen unterm 28. Jan. 1833 eine Anfrage eben dahin.

Prüfungen nur noch in der vermehrten Anzahl und dem ausnahmslosen Zwange derselben für alle Lycealcandidaten der Philosophie gegenüber der nur einmaligen Prüfung pro admissione im Intervalle des biennium philosophicum an der Hochschule speciell für die „inländischen Studierenden“²⁾.

Ob freilich die in dem letzteren Begriffe gelegene Verallgemeinerung gegenüber den Disciplinarvorschriften der Universitäten vom 26. Jan. 1814 und vom 6. März 1814, welche nur für die „Staatsdienst- (und Kirchendienst-) Aspiranten“ Direktiven gaben, eine absichtliche war, oder ob man unter den „Inländern“ noch immer die Kategorie der soeben genannten Studierenden verstand, die ja natürlich die bei weitem größere Mehrzahl der akademischen Bürger umfaßte, scheint zweifelhaft. Für die letztere Auffassung spricht der Wortlaut der alsbald, unterm 18. Mai 1835, erschienenen Neuauflage der Universitätsstatuten, welche den Prüfungszwang für alle jene aufrecht erhielt, die sich „auf ein öffentliches Amt vorbereiten“ — für die erstere Auffassung hinwiederum der Text der Vorschrift in der nachfolgenden Prüfungsordnung vom 10. Mai 1838, welche für die Ablegung der in Rede stehenden Prüfungen überhaupt keine Beschränkungen mehr traf und hiedurch, sowie durch die Ausdehnung der bislang an den Lyceen üblich gewesenen statutarischen Prüfungen auch auf die philosophischen Fakultäten der Universitäten eine Annäherung zwischen beiden Lehrkörpern herbeiführte, wie sie nie zuvor statt hatte.

Die Prüfungen an jeder der Anstalten waren nämlich nunmehr mündlich und öffentlich abzuhalten: jene an den Lyceen wie bisher vor der Gesamtsection unter dem Vorsteher

²⁾ Anderer Ungleichheiten, wie jener bezüglich der Studienzzeit, der Notenskala u. s. w. hier nicht zu gedenken. Vgl. über dieselben außer der F.N. 11 des vorhergehenden Paragraphen insbesondere § 29 b.

des Rektors, jene an den Universitäten vor einer besonderen, aus den Professoren der philosophischen Fakultät zusammengesetzten Prüfungskommission. Die Öffentlichkeit, über deren Charakter und Umfang nähere Definitionen diesmal nicht vorgelegt wurden, beschränkte sich an den Lyceen wieder auf die bloße Anwesenheit der Philosophieprofessoren mit Einschluß des Rektors und des zu prüfenden Cötus der Studierenden³⁾, während an den Universitäten zweifellos an dem Begriffe festgehalten wurde, wie ihn die Disciplinarrvorschriften vom 18. Mai aufgestellt hatten, nämlich an einer durch die eventuelle Anwesenheit der Eltern und Verwandten der Examinanden, sowie auch der sämtlichen Lehrer und Studierenden der Hochschule bedingten Öffentlichkeit.

Das bisherige Admissionsexamen zum Uebertritte von der Klasse der allgemeinen Wissenschaften der Universität zu den Fachfakultäten wurde dabei durch die Semestralprüfung am Schlusse des 4. Semesters ersetzt. Die Prüfungsbestimmungen selbst aber erfuhren, und zwar für die beiden Lehranstalten der Universität und des Lyceums gemeinsam, eine erhebliche Verschärfung. Diejenigen Studierenden nämlich, welche das nunmehrige „Admissionsexamen“ alias Final- oder Absolutorialexamen am Schlusse des 4. Semesters nicht mit wenigstens der 2. Note⁴⁾ bestanden und daneben sich die 1. Fleißesnote gesichert hatten⁵⁾, sollten von der Universität bezw. von dem Lyceum hingewiesen werden; nur ein

³⁾ Dessen Anwesenheit war höchsterseits eigentlich nicht begehrt worden. Vgl. die vorstehende F.N. 1.

⁴⁾ Ueber die Bedeutung dieser Note s. F.N. 11 des § 27a. Hier ist die Bemerkung anzufügen, daß durch die Disciplinargesetze vom 18. Mai 1835 neben den beiden officiellen Unterscheidungen „befähigt“ — „nicht befähigt“ auch noch zur Taxierung festenerer Leistungen das Prädikat „ausgezeichnet befähigt“ angesetzt und dadurch gewissermaßen das 2-Notensystem wieder in ein 3-Notensystem umgewandelt worden war, freilich eben nur für sporadische Fälle.

⁵⁾ Von der Erzielung dieser beiden Noten war auch der Ueber-

Mißerfolg in weniger wichtigen Fächern konnte noch eine, aber nur einmalige, und zwar laut M. E. vom 13. Juli 1839 an einer Lehranstalt des nämlichen Charakters abzuhalten die Wiederholung des Examens rechtfertigen. Dagegen durften Prüflinge, welche in einem Semestralexamen der 3 unteren Semester nicht reussiert hatten, das Examen auf alle Fälle, wenngleich auch da nur ein einziges Mal, wiederholen⁶⁾. Dem zum zweiten Mal hierin gemeinhin für „unbefähigt“ Erklärten wurde die Strafe der Dimission von allen inländischen Hochschulen — und dies konnten dem Sinne der Bestimmung nach nur Universitäten und Lyceen zugleich sein — in Aussicht gestellt⁷⁾. Zugleich wurden die mildernden Paragraphen der M. E. vom 18. Dez. 1833 und vom 3. Februar 1834 über die Universitäten und die Universitätsstatuten vom 18. Mai 1835 über die eventuelle Einsparung eines Universitätsjahres außer Kurs ge-

gang auf eine außerbayerische Universität abhängig gemacht worden, eine Bestimmung, welche durch die späteren Disciplinarstatuten vom 13. Febr. 1842 neuerdings aufrecht erhalten wurde.

⁶⁾ Und zwar laut der oben bereits citierten M. E. vom 13. Juli 1839, dem Lycealrectorate Bamberg mitgeteilt mittels Reg.N. vom 17. Okt. d. nämli. Jz., ebenfalls nur wieder an der gleichen Bildungsanstalt, für die Lyceisten an einem Lyceum, für die Universitätsstudierenden an einer Universität. Als im Jahre 1835/36 der 2. philosophische Jahrgang an den Lyceen ausfiel, wurde mit M. E. vom 7. Okt. 1836 bestimmt, daß die Nachprüfungen für Angehörige dieses Jahrgangs vor den philosophischen Fakultäten der Universitäten stattfinden hätten.

⁷⁾ Die „Strafprüfungen“ („Ausnahmsprüfungen“, „Prüfungen auf Antrag“), welche durch die Allh. B.O. vom 23. Nov. 1832 allgemein eingeführt und nun für die philosophischen Fakultäten der Universitäten überflüssig geworden, bezw. durch die semestralen Pflichtprüfungen ersetzt worden waren, blieben für die Studierenden der anderen Fakultäten in Gültigkeit. Sie wurden später auch in die Statuten des 13. Febr. 1842 als noch in Permanenz stehend aufgenommen.

jetzt: die Annäherung zwischen Lyceum und Universität durch die in Rede stehende Allh. B. O. vom 10. Mai 1838 war also wirklich so enge geworden wie nie zuvor⁹⁾).

Und doch scheint die Waffe, welche diese Allh. B. O. durch die Einführung derartiger Controlprüfungen gegen die Universitätsstudierenden dauernd geschliffen zu haben glaubte, alsbald wieder stumpf geworden zu sein. Nachdem nämlich noch die revidierten Hochschulsatzungen vom 13. Febr. 1842¹⁰⁾ dieser Prüfungen nicht entraten mochten, ja sogar in dem Bestreben nach einer weiteren Annäherung zwischen Universität und Lyceum durch Einführung der nämlichen Prüfungsfächer für beide Anstalten einen erheblichen Schritt¹⁰⁾ vorwärts gethan hatten, regte eine höchste E. vom 25. Sept. 1845 an, in Anbetracht des „zweifelhaften Nutzens“ der philosophischen Semestralprüfungen auf den *status quo ante* 1838 zurückzugehen und sich mit der früheren Admissionsprüfung nach spätestens dem 4 Semester zu genügen; sie forderte demgemäß gutachtliche Berichte von den Senaten und philosophischen Fakultäten der Universitäten und gleichzeitig, da

⁹⁾ Noch in einer anderen Richtung hatte sich diese B. O. dem Lycealsystem in deutlicher Weise genähert, indem sie eine schärfere Trennung der philosophischen Fakultät von der Fachfakultät, wie sie am Lyceum zwischen philosophischer und theologischer Section schon länger statt hatte, nun auch für die Hochschule inaugurierte.

⁹⁾ Oder eigentlich eine Beilage B zu diesen Satzungen, welche, ohne mit der Prüfungsordnung vom 10. Mai 1838 in allen Punkten strikte Congruenz zu zeigen, doch im großen und ganzen mit derselben übereinstimmte. E. auch die folgende F. N.

¹⁰⁾ Dieser anscheinende Fortschritt wurde freilich wieder auf andere Weise formell compensiert: die in den eben citierten Satzungen und ihrer Beilage B niedergelegte Pr. O. wurde wieder auf die Staats- und Kirchendienstaspiranten in der Klasse der allgemeinen Wissenschaften beschränkt, während die am Lyceum gültige Ordnung alle Studierenden der philosophischen Section ausnahmslos umfaßte.

eine identische Behandlung der Frage für die Lyceen in Aussicht genommen wurde, ebensolche von den Lyceumsrektoren¹¹⁾.

Als entferntere Antworten auf die Ergebnisse dieser „Enquête“ dürfen wohl die Allh. E. vom 29. Jan. und die höchsten E. vom 31. Okt. und 22. Nov. 1847, die erste an die Universitäten, die letzte an die Lyceen, die mittlere an die Adresse beider Bildungskörper zugleich gerichtet, angesehen werden. Darnach wurde die Allh. B.D. vom 10. Mai 1838 über die Prüfungen an den Universitäten und die hiedurch bewirkte bisherige Gleichstellung der Lyceen mit den Hochschulen hinsichtlich der Lehr- und Prüfungsgegenstände wieder aufgehoben und die vor dieser B.D. gültigen Normen, der Hauptsache nach also die beiden Allh. B.D. vom 23. Nov. 1832 und vom 18. Mai 1835, sowie die in den „Belehrungen“ vom 3. Juli 1836 niedergelegten Bestimmungen neuerdings in Kraft gesetzt. Namentlich wurden die Semestralprüfungen aus den philosophischen Fächern an den Hochschulen wieder durch eine einzige Endprüfung ersetzt, diesmal jedoch mit dem Abmaße, daß dieselbe, welche früher stets zum Schlusse des 1. oder 2. Universitätsjahres statt zu finden hatte, von den vom Gymnasium übergetretenen Interessenten der Klasse der allgemeinen Wissenschaften nach Wunsch auch am Ende des 3. oder 4. Jahres abgelegt werden konnte. Ferner wurde die Möglichkeit einer Dispensation vom 5. Universitätsjahre neu erweckt und das seitherige System der „Straf-“ oder „Ausnahmeprüfungen“ völlig fallen gelassen.

Diese Neuordnung des Prüfungswesens, wie sie nachträglich auch in den revidierten Hochschulsatzungen vom

¹¹⁾ Die Antwort des Bamberger Lyceumsrektorates fand es bedenklich, einen jungen Mann sich ein oder zwei Jahre selbst zu überlassen und hinterher über ein ausgedehntes Pensum zu examinieren, sie wollte es lieber bei dem bisherigen Ufus bewenden lassen. Einer

13. Okt. 1848 publiciert wurde, bedeutete nun freilich alles andere denn die geürchtete Verschärfung der disciplinären Vorschriften für die Universitätsstudierenden: sie gewährte im Gegenteile eine für die damalige Zeit nicht unbeträchtliche Summe von Freiheiten und Erleichterungen. Den Candidaten der Lyceen dagegen waren derlei Vergünstigungen nicht gewährt worden, vielmehr war es bezüglich der letzteren Anstalten bei dem kurzen Hinweise auf die erneuerte Giltigkeit der ihnen durchaus mißgünstigen Bestimmungen der Disciplinarstatuten für die Hochschulen vom 18. Mai 1835 und der diesen zu Grunde liegenden Prüfungsbestimmungen vom 23. Nov. 1832 verblieben. Es stand aber eben darum auch zu erwarten, daß aus der Reihe der Lyceisten, welche sich seit 9 Jahren mit großer Befriedigung in die Thatsache völliger Gleichbehandlung mit den Hochschülern auf diesem Gebiete eingelebt hatten, gegen solche „Rückfälligkeiten“ energisch Front gemacht werden würde.

In der That wurde speciell in Bamberg die Bewegung alsbald eingeleitet durch eine an die Anh. Stelle gerichtete Eingabe der Studierenden der beiden philosophischen Fächergänge¹²⁾ um die Wiederherstellung besagter Gleichbehandlung, insbesondere¹³⁾ um völlige Aufhebung der — am Lyceum von jeher üblichen, seit dem Jahre 1833 jedoch officiell angeord-

ähnlichen Ansicht war, laut Zuschrift vom 9. Okt. 1845, der Dekan der philosophischen Fakultät der Würzburger Universität bezüglich der Studierenden der Hochschulen.

¹²⁾ Auch die Studierenden der Theologie erklärten in einer Zuschrift an das R. Rektorat, mit den Wünschen und Bestrebungen der „Philosophen“ aufs wärmste zu sympathisiren und die gleichen Freiheiten wie diese für sich in Anspruch zu nehmen. Ihr Promemoria weist jedoch weder Datum noch Namensunterschriften auf, so daß es schwerlich als Ausfluß der Stimmung der gesamten Kategorie der genannten Studierenden gelten kann. Cf. § 33 b.

¹³⁾ Andere Beträge der Eingabe waren: Umwandlung des 2-jährigen Lycealkurses der Philosophie in einen 1-jährigen; Aufhebung

neten — „Zwischenprüfungen“¹⁴⁾ und um Transferierung der 4 Semestraleramina auf gleichfalls eine einzige Endprüfung, abzuhalten nach Ablauf des 2. philosophischen Studienjahres. Die Eingabe vollzog sich nach mehrfachen Verzögerungen unterm 18. März 1848, kurz vor dem Termine der von dem R. Rektorate pflichtgemäß angeordneten Schlußprüfungen für das laufende Wintersemester 1847/48, wie sie durch das spezielle M.R. vom 22. Nov. 1847 als für die Lyceen effektiv fortbestehend charakterisiert worden waren, und wurde, begleitet von den Wünschen sämtlicher Lycealprofessoren und einem empfehlenden Berichte des Lyceumsrektorates zunächst der R. Regierung von Oberfranken unterm 1. April 1848 in Vorlage gebracht. Als ein Bescheid hierauf bis zur Mitte des Sommersemesters noch nicht eingetroffen war, setzte das Rektorat die rückständigen Semestralprüfungen auf den 19. Juni fest, begegnete aber sofort einer heftigen Obstruction der Bittsteller, welche in einer neuen, diesmal an das Rektorat gerichteten Eingabe vom 18. des gl. Mts. ihr Fernbleiben von der Prüfung insolange bethätigen zu wollen erklärten, bis ihr erstes Gesuch Allerhöchsterseits oder doch wenigstens mit im Allerhöchsten Auftrage erflossener M.E. beantwortet sein würde. Diesem offenen Strike und der zu Tage getretenen solidarischen Gemeinschaft der Studierenden gegenüber hilflos wandte sich der (damals bereits kranke) Vorstand der Lycealanstalt, Rüttinger, unterm 20. Juni an seine

der Kokation; unbedingte Zulassung zu allen öffentlichen und bürgerlichen Gesellschaften; Redressierung der neuerlichen Bestimmung über die Absendung eines Ministerialkommissärs zu den Absolutorialprüfungen aus dem Philosophicum der Lyceen und endlich Reduction der Vorlesungen über Mathematik auf den Bereich eines einzigen Semesters. Ueber den letzten Punkt vergl. den Schluß des § 17, über die anderen die §§ 29 b, 42 und 46.

¹⁴⁾ V. § 26.

unmittelbar vorgesetzte Behörde, die K. Regierung, welche denn ihrerseits auch mit K. vom 8. Aug. nicht zögerte, ihren lebhaften Tadel der bewiesenen Energielosigkeit gegenüber auszusprechen, gleichwohl aber eine Art Compromiß vorschlug, wonach die sistierten Prüfungen für das Wintersemester zugleich mit denjenigen für das Sommersemester am Schlusse des letzteren bethätigt werden sollten, in der ausgesprochenen Hoffnung, daß bis dahin eine Antwort aus München eingetroffen sein werde. Wirklich erschien unterm 9. August 1848 eine E. des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, und zwar in Beantwortung einer analogen Eingabe der Freisinger Lyceisten — vorgelegt mit Bericht der Regierung von Oberbayern vom 2. August jß. Js. — des Inhaltes, daß vorerst die Prüfungen des 2. philosophischen Kurses der Lyceen des Königreichs pro 1847/48 nach Maßgabe der Allh. B.O. vom 18. Mai 1835 auf eine Endprüfung am Schlusse des Studienjahres beschränkt werden dürften, welche zugleich als Absolutorium der Philosophie zu gelten habe. Ueber die generelle Regelung der Semestrallexamina, insbesondere über jene des 1. Lycealkurses verlautete nichts, auch über die anderen aktuellen Anliegen der Studierenden war die ministerielle E. stillschweigend hinweggeschritten. Daher versuchte man zunächst, die öffentliche Meinung Bamberg's für die vorwürrige Sache zu interessieren, und dies um so mehr, als sich das Rektorat und die Professorenschaft des Lyceums, scheinbar stutzig gemacht durch das lange Ausbleiben eines direkten Allh. oder höchsten Entscheids, den Forderungen der Studierenden gegenüber nicht mehr so warm verhielten wie noch vor einem halben Jahre¹⁵⁾.

¹⁵⁾ Vgl. hierüber und das im Texte unmittelbar Folgende B. T. 1848, Nr. Nr. 233, 235 (Weilage), 241, 248 und 321, ferner ibid. 1849, Nr. Nr. 277, 312 und 319.

Der Appell sollte in der That nicht ungehört verhallen. Auf eine erste, unterm 25. Aug. veröffentlichte, provozierende Frage erfolgte zwei Tage später aus dem Kreise der Interessenten ein scharfer Artikel über die Inferiorität sowohl der lycealen Institution an sich den neuen erleichternden Bestimmungen für die Hochschüler gegenüber, als insbesondere auch der verschiedenen, an der heimischen Anstalt üblichen, auf dem Boden dieser Institution entsprossenen Modalitäten in der Handhabung der (Disciplin und der) Prüfungen. Der Erfolg war der erwartete: das angeschnittene Thema fand bei den mannigfachen historischen und materiellen Beziehungen der Bürgerschaft zum Lyceum und der Lyceisten eine lebhafte Weiterverarbeitung, insbesondere lehrte die Frage nach einer generellen Neuordnung der Studien und einer Gleichstellung der Lycealcandidaten mit den Hochschulstudierenden durch Reduction des Philosophicums auf 1 Jahr in den Spalten der Tagespresse mit einer gewissen Regelmäßigkeit wieder. Die Ermunterung, die den Obstruenten durch diese moralische Rückenbedeckung wurde, offenbarte sich denn auch alsbald auf das deutlichste, indem sich weder die Candidaten des 2. philosophischen Kurses herbeiliessen, der ministeriellen Aufforderung des 9. Aug. zu entsprechen und die „Absolutorialprüfung“ zum Schlusse des Sommersemesters abzulegen, noch die Candidaten des derzeitigen Unterkurses, sich dem am Ende des Wintersemesters 1848/49 fälligen Examen unterzuordnen — und zwar beide Kategorien unter dem Vorgeben, daß sie noch immer auf das Resultat speciell ihrer Eingabe zur Alth. Stelle warteten. Um diesen permanenten Widerstand zu brechen, sah sich das Lyceumsrectorat schließlich, wenn auch widerwillig, genötigt, die Hilfe des dem Lyceum seit dem Jahre 1833 aggregierten a. o. Aufsichtszorgans, des in F.N. 2 des § 22 genannten Stadtkommissärs und Regierungsrats Thl., anzurufen. Dessen mehrwöchentlichem Wirken gelang

es zuletzt eine Art Vergleich zu stande zu bringen: der Vermittler verzichtete auf die nachträgliche Wornahme der rückständigen Semestralprüfungen, wogegen der 2. philosophische Kurs versprach, das fällige Examen am Ende des Wintersemesters 1848/49 sogleich nach den Osterferien abzugeben, während der 1. Kurs sich verpflichtete, 14 Tage später diesem Beispiele zu folgen.

Am 28. Sept. 1849 endlich erschien die lang ersehnte M.E., welche auf die vorgebrachten Beschwerden und Wünsche reagierte, und zwar weniger in Erledigung der verschiedenen Bittgesuche der Studierenden, als in Beantwortung einer von den Rektoren und Professoren der Lyceen im Jahre 1848 eingereichten Gesamtvorstellung, die sich generell für die völlige Gleichstellung der Lyceen und Universitäten ausgesprochen, daneben aber auch eine Reihe von Detailvorschlägen der Allerhöchsten Stelle unterbreitet hatte. Nach den letzteren sollte die beabsichtigte Gleichstellung des Philosophicums primär durch die Belassung resp. Wiederaufrichtung des biennium auch an den Universitäten bewerkstelligt und nur im äußersten Unthunlichkeitsfalle die Reduction auf 1 Jahr auch an den Lyceen durchgeführt werden¹⁶⁾; an Stelle der Semestralprüfungen sollten Jahresprüfungen, eventuell die philosophischen Absolutorialprüfungen allein treten und die Prüfungsfächer an den Lyceen die gleichen sein wie an den Universitäten, nämlich die in den Universitäts-satzungen vom 18. Mai 1835 vorgezeichneten¹⁷⁾. Die angezogene M.E. des 28. Sept., welche als unmittelbarer Vorläufer

¹⁶⁾ Gegen diese Reduction hatte sich in Regensburg, woher die Cumulativeingabe der Lehrerschaft ihren Ausgang nahm, eine Minorität energisch ausgesprochen. Diese wollte unter allen Umständen dem Lyceum die üblichen 2 Jahre Philosophie gerettet wissen, einerlei ob die Universitäten wieder auf 2 Jahre hinaufgehen wollten oder nicht vgl. auch F.N. 2 des § 15.

¹⁷⁾ Ueber die weiteren Punkte dieser Eingabe vgl. § 17 und

der beiden höchsten G. vom 1. Okt. und vom 13. Nov. 1849 über die Universitäten bezw. Lyceen angesehen werden kann, verbeschied aber diese Wünsche in einem Sinne, welcher den Lyceisten noch viel fühlbarere Erleichterungen bot, als die Eingabe ihrer Lehrer ihnen zugebacht hatte, indem sie die obligaten allgemeinen Prüfungen (während und) am Schlusse der Semester des gleichzeitig auf 1 Jahr herabgesetzten philosophischen Studiums überhaupt aufhob und solche nur für besondere Zwecke¹⁶⁾ noch bestehen ließ.

Waren die bisher besprochenen Semestral- und Jahresprüfungen an den Lyceen obligat für den ganzen Cötus der Philosophiestudierenden gewesen, so gab es, was zur Charakterisierung des Prüfungswesens der damaligen Zeit weiter hervorgehoben zu werden verdient, dem entgegen auch solche Prüfungen, welche nur für eine besondere Klasse von Interessenten pflichtig waren. Dahin gehörten insbesondere die Examina aus dem Gebiete der Encyclopädie und Methodologie der Gymnasialstudien, welche mit M. G. vom 17. Aug. 1835 allen jenen Studierenden der allgemeinen Wissenschaften an den Lyceen (und Universitäten) vorgeschrieben

Abshn. VII, vom letzteren namentlich § 62. Der erste Entwurf derselben, datiert aus Regensburg vom 5. Aug. 1848, war von dem Bamberger Lycealrektor Dr. Rüttinger, obgleich er weniger eingehende und zahlreiche Sondervorschläge erbrachte als das schließliche Original, dennoch schon wegen dieser Eigenschaft sehr energisch bekämpft worden: R. hielt es für viel opportuner und für alle Fälle ausreichend, um „völlige Gleichheit“ der Lyceen mit den Universitäten zu petitionieren, ohne ins Speciell einzugehen. Der sachliche Standpunkt Rüttingers scheint auch höheren Orts gewürdigt worden zu sein, indem der Genannte mit Reg. G. vom 2. Okt. 1849 veranlaßt wurde, einen gutachtlichen Bericht über die in Schwere befindliche Neuordnung der Studien abzugeben, welchem Auftrage er unterm 5. Okt. nachkam.

¹⁶⁾ Für die Privatinteressen des Studierenden nämlich oder auch der Angehörigen desselben, sowie eventuell für die Aspiranten der Theologie. Ueber die Prüfungen der letzteren s. die Abschnitte IV B und IV C.

wurden, welche sich später dem Lehramtsexamen zu unterziehen gedachten. Mit dem Wegfall der allgemeinen Prüfungen aus der Philosophie im Jahre 1849 verschwand auch diese Gepflogenheit ¹⁹⁾.

§ 28. Vorrückungsverhältnisse innerhalb der philosophischen Jahreskurse.

Nach den Erörterungen der beiden unmittelbar vorhergehenden Paragraphen besaßen die Prüfungen am Schlusse des einzelnen Semesters eine erhöhte Bedeutung gegenüber den Prüfungen während desselben, jene am Schlusse des Studienjahres wiederum eine solche gegenüber den Prüfungen am Ende der Winterhalbjahre und endlich speciell das Examen beim Austritt aus der philosophischen Section nochmals eine solche gegenüber der Finalprüfung am Ende des 1. philosophischen Jahres.

Diese Abstufungen, welche in Bamberg von der Gründung des Lyceums d. i. vom Studienjahre 1803/4 an bis zur Publikation der R. V. D. vom 30. Nov. 1833 verfolgt werden können, bezogen sich aber mehr auf die bereits geschilderten äußeren Umstände der Installierung einer größeren Feierlichkeit und einer mehr oder minder beschränkten Öffentlichkeit bei der Vornahme der Prüfungen, denn auf die innere Gleich- oder Ungleichartigkeit derselben in Rücksicht auf die Consequenzen.

Wohl hatte während des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts an der genannten Anstalt der Mißerfolg eines Studierenden in der Semestralprüfung am Schlusse des Winterhalbjahres — 1. oder 3. Semesters des Philosophicums — da und dort die Auflage zur Wiederholung des Examens in einzelnen Fächern oder auch im ganzen zur

¹⁹⁾ Während die beiden singulären Lehrfächer selbst, allerdings erst nach einiger Zeit — am Lyceum Bamberg mit M. E. vom 2 Februar 1851 — dem Einzuge unterstellt wurden.

Folge¹⁾: ein entscheidender Einfluß dagegen auf das Urteil über die Befähigung oder Nichtbefähigung eben des Betreffenden für das kommende Studienjahr stand ihm nicht zu. Und doch war bei dem damaligen nicht sowohl nach Einzelsemestern, als nach dem vollen Jahre zugeschnittenen Lehrgang des Lyceums gerade diese Frage die cardinale. Auch die Finalprüfungen am Schlusse des 2. und 4. Semesters — die letztere unter dem Namen der „Absolutorialprüfung“ besser bekannt — waren in dieser Richtung nicht wesentlich präponderierend, wenngleich das auf sie gestützte Urteil eine Art Stichtscheid im Gefolge haben mochte. Vielmehr waren es die 4 im § 26 erwähnten Quartalprüfungen eines Studienjahres d. h. also die Prüfungen am Schlusse jeden Semesters, welche in gleichheitlicher Weise zur Beurteilung der Befähigung zum Vorrücken in den nächsthöheren Kurs (eventuell aus der philosophischen Section) herangezogen zu werden pflegten.

Diese Beurteilung erfolgte bis zum Jahre 1833/34 durchaus auf Grund der Berechnung des arithmetischen Mittels aus den 4 regelmäßigen Quartalqualifikationen, eventuell, wenn solche aus irgend einem Grunde nicht sämtliche erhalten werden konnten, aus den wirklich vorgetragenen, die Qualifikationen selbst aber im Intervall von 1803/4 bis 1821/22 durch die Angabe des jeweils erlangten Fort-

¹⁾ Anlässlich eines solchen Falles kam es in Bamberg im Jahre 1807 zu Streitigkeiten zwischen dem Lehrercollegium des Lyceums und dem Lycealrektor Wagner, indem das Collegium verlangte, W. möge die Termine für die Nachexamina nicht aus eigener Directive, sondern im Benehmen mit dem Lehrerrate festsetzen. Die angerufene Landesdirektion entschied mit E. vom 2. Dez. 1807, daß allerdings der letztere Modus die Regel bilden, daß aber das Rektorat in einzelnen dringenden Fällen in der selbständigen Ansetzung des Zeitpunktes für die Nachprüfung nicht behindert sein solle. Lyc. Akten. In der Folgezeit wurde hiefür fast ausschließlich der Beginn des nächsten Semesters gewählt.

gangsplatzes, von 1822/23 bis zum Erscheinen der Allh. V.O. vom 30. Nov. 1833 durch die Verzeichnung einer Note. Die letztere wurde dabei dem bereits in F.N. 11 des § 27a besprochenen Regulativ vom 9. Juli 1810 entnommen: für die Beurteilung der Fortschritte in den einzelnen Prüfungsgegenständen diente normal³⁾ eine 5-gliedrige, mit Zwischenabstufungen versehene Skala, für die Bezeichnung des Gesamtfortgangs eine 4-gliedrige, nur Hauptnoten umfassende. Die Zuerkennung der Note 5 in einem Fache oder der Note 4 im ganzen sollte das Wiederholen des Kurses, das Herunterfallen unter den 5. Grad⁴⁾ die Entfernung des Examinanden von der Lycealanstalt zur Folge haben. Doch wurde es in Wirklichkeit mit dem Vollzuge der ersten Anordnung nicht sehr genau genommen: vielmehr griff man in solchen Fällen öfter zu dem Auskunftsmittel der nur bedingten Promotion in den nächsthöheren Kurs, sei es des zweiten philosophischen, sei es auch, nämlich wenn der Studierende am Lyceum verblieb, des ersten theologischen Jahrgangs. Die definitive Entscheidung erfolgte dann gewöhnlich nach dem ersten Quartale des neuen Studienjahrs⁴⁾ oder aber sie wurde — und diese Form erschien späterhin als die allgemein übliche — abhängig gemacht von dem Ausfall einer

³⁾ Zur Bezeichnung ganz hervorragender Leistungen war dabei, wohl in Erinnerung an ein vordem in Geltung befindliches 6-Notensystem noch eine „Uebernote“ officiell gestattet, die Note 1*. Vgl. außer verschiedenen F.N. der unmittelbar vorhergehenden Paragraphen insbesondere § 47.

⁴⁾ Hiemit war also auch die Erteilung einer „Unternote“ in Auswahl gestellt. In der That kam dieselbe als Note 6 in den Quotationslisten für einzelne Fälle zum Ausdruck. Das in vorstehender F.N. charakterisierte 6-Notensystem war also hiedurch bereits in ein 7-Notensystem umgestaltet worden; durch Einfügung von Zwischenstufen konnte es auf eine sehr hohe Notenleiter ausgedehnt werden.

⁴⁾ Auf Grund der zu Weihnachten erfolgten ersten Quartalsprüfung. Lyc. Akten, 1805.

nach den Herbstferien, zu Beginn des neuen Wintersemesters abzulegenden nochmaligen Prüfung. Die Beschlußfassung über die Einzelqualifikationen, sowie über die Befähigung oder Nichtbefähigung unterlag dabei dem Gesamtlehrerrate oder aber *rectore praesidente* der philosophischen Section welche auch zweifellos hiezu, mochte sie von dritter Seite noch besondere Fakultät erhalten haben oder nicht, durchaus kompetent war. Der wirkliche Vollzug der Beschlüsse war in der ersten Zeit des 19. Jahrhunderts an die Genehmigung des Ober-Schulen- und Studienkommissariats⁵⁾ gebunden, wurde aber in der Folge — wie es scheint mit der Trennung des Lyceums heutiger Definition vom Gymnasium, im Jahre 1808 — freigegeben. Die Resultate wurden in Reinschrift in eine besondere Matrikel⁶⁾ eingetragen und auf ihre Richtigkeit von dem Rectorate⁷⁾ beglaubigt.

Mit der Kundgabe der beiden die Verhältnisse der Lyceen neu gestaltenden Akte des 13. Nov. 1833 und 3. Febr. 1834 hätte diese eben beschriebene Methode der Qualifikation ihr natürliches Ende erreichen sollen, indem, wie bereits im vorhergehenden Paragraphen hervorgehoben wurde, an Stelle des Studienjahres das Semester und an Stelle der bisher gleichwertig giltigen Zwischen-, Semestral- und Finalprüfungen lediglich die Semestralprüfung als entscheidender Faktor getreten war. Nichtsdestoweniger wurde am Lyceum Bamberg die bisherige Observanz einer förmlichen Reife- oder Unreife-Erklärung für den Uebertritt in den 2. oder aus dem 2. philosophischen Lehrkurs⁸⁾ nach genau den im Vor-

⁵⁾ S. hierüber § 21.

⁶⁾ Solcher Matrikelbücher besitzt das Bamberger Lyceum 4. Sie tragen als *quasi* Fortsetzungen der Akademie- und Universitätsmatrikeln die fortlaufenden Nummern 14, 15, 16 und 17.

⁷⁾ Ueber die zu verschiedenen Zeiten verschiedene Deutung dieses Begriffes vgl. die §§ 12 und 13.

⁸⁾ Aus dem letzteren nur insoferne, als es sich um Candidaten

stehenden charakterisierten Gesichtspunkten auch weiterhin fortgesetzt, nur mit der einzigen Aenderung, daß Qualifikationen aus den vierteljährlichen Prüfungen ganz in Wegfall gekommen, die 2 Semesterprüfungsnoten vielmehr allein entscheidend geworden waren.

Diese Fortsetzung stand in offenbarem Widerspruch mit der citierten Allh. B.D. des 30. Nov. 1833, wonach das Nichtbestehen einer Semesterprüfung eine einmalige — an einem Lyceum⁹⁾ abzulegende — neue Prüfung, ein Nichtbestehen dieser die unweigerliche Entfernung von der Lycealanstalt, keineswegs aber eine Repetition, zur Folge haben sollte. Sie ließ zu Anfang und Ende der 30er Jahre, welche Epochen einer Strengerhaltung der akademischen Jugend überhaupt günstig waren¹⁰⁾, eine ziemlich rigorose¹¹⁾,

handelte, die in die theologische Section des Lyceums einzutreten beabsichtigten und deren *absolutorium philosophiae* demgemäß — s. § 29 b — nicht der Einwilligung eines Ministerialkommissärs zu unterliegen hatte.

⁹⁾ V. F.R. 6 des § 27 b.

¹⁰⁾ Beachte als hierauf bezüglich außer den Prüfungs- und Zwangsbestimmungen, wie sie in den §§ 26, 27 b und 29 b zur Sprache kamen bzw. kommen werden, insbesondere die Artikel über die Disciplinargesetze, Wirtshausverbote, Post- und Logisangelegenheiten, religiösen Übungen u. s. w. des späteren Hauptabschnittes V.

¹¹⁾ Am rigorosesten kurz vor dem Erscheinen der allegierten B.D. des 30. Nov. 1833, nämlich am Ende des Studienjahres 1832/33, wo man in Bamberg von 60 Besuchern des 1. philosophischen Jahrgangs 17 den Grad der Befähigung zum Vorrücken in den 2. Kurs aberkannte und 16 derselben den Rat erteilte, die Anstalt zu verlassen. Diese Strenge findet wohl ihre befriedigendste Erklärung in dem gering vorgebildeten Schülermaterial, das den Lyceen insbesondere aus der 3. Gymnasialklasse zuströmte — cf. §§ 13 und 25. In dem Bestreben, diese Wildlinge los zu werden, unterließ dem Bamberger Lyceumsrektorate das eigenthümliche Versehen, dieselben als zum Uebertritte an die Universität tauglich zu erklären, wogegen eine R.E. vom 4. Dec. 1833 — Döllinger 9, 344 — energisch Verwahrung einlegte.

in den 40er Jahren eine wesentlich mildere Handhabung erkennen; sie erlosch jedoch erst vollkommen¹²⁾ mit der Abschaffung der Semestraleramina durch die M.E. vom 28. Sept. 1849, nachdem sie zweifellos am meisten dazu beigetragen hatte, die rechtliche Gleichstellung des Philosophie-candidaten des Lyceums mit dem Studierenden der philosophischen Fakultät der Universität hintanzuhalten.

In der That: so ärgerlich auch von dem ersteren die lange bestehende Ungleichheit in Sachen des Zwanges und der Ordnung der Prüfungen, wie sie im vorhergehenden Paragraphen geschildert wurde, empfunden werden mußte, so lag doch das ihn erbitterndste Moment in der vollständigen Divergenz der Consequenzen, wie sie die Prüfungen am Lyceum und der Universität auch dann noch nach sich zogen, als mit R. B.O. vom 10. Mai 1838 in Sachen des Prüfungsmodus vollständige Einheitlichkeit an beiden Lehrstätten erzielt worden war, und wie sie eben ihren weitesten Abstand fanden im Punkte der genannten förmlichen Erklärung der „Befähigung“ zum Vorrücken in einen höheren Lycealkurs, speciell vom 1. in den 2. philosophischen. War doch dieses einzige, von der Mittelschule stammende und an den Lyceen officiell eingebürgerte, an den Universitäten jedoch in dieser Form gänzlich unbekannte Moment mit der ihm innewohnenden permanenten Drohung des eventuellen Verlustes eines vollen Studienjahres vollauf genügend, dem Lycealcandidaten der Philosophie den Stempel als „Mittelschüler“ auf das allerdeutlichste aufzudrücken!

§ 29. Bedingungen für den Uebertritt aus der philosophischen Section zur Universität.

Für den Uebertritt von der philosophischen Section des Lyceums zur Universität war durch die meisten der für

¹²⁾ Noch im Jahre 1848/49 war z. B. ein Candidat des 1. philosophischen Kurses als „unbefähigt zum Uebertritte“ zur Wiederholung des Kurses verurtheilt worden.

diese 2 Lehrinstitute erlassenen Studien- und Disciplinarordnungen, sowie deren Nachträge — und zwar speciell durch die B.D. und E. v. 25. Nov. 1799, 10. Okt. 1824, 26. Nov. 1827, 11. Juli und 30. Nov. 1833, 18. Mai 1835, 10. Mai 1838, 13. Febr. 1842, 28. Sept., 1. Okt. und 13. Nov. 1849, sowie endlich vom 22. Febr. und vom 1. Juni 1891 — den Candidaten der Lyceen die Zusicherung gegeben worden einer vollen Anrechnung der am Lyceum zugebrachten Studienzeit auf die Fortsetzung ihrer Studien sowohl in der philosophischen Fakultät heutiger Bedeutung der Universität, als auch in den anderen Fakultäten, welche die Ausbildung zum Berufsleben bezwecken¹⁾. Natürliche Voraussetzung dieser Zusage war erstens, daß dem Vollzuge dieser Anordnung nicht organische Umlagerungen oder einschränkende Sonderbestimmungen contradictorisch in den Weg traten, und zweitens, daß den besonderen Verpflichtungen, an welche der Uebertritt geknüpft war, seitens der Lycealcandidaten genügt worden war. An Hemmnissen der ersteren Art aber fehlte es ebensowenig, wie an Veränderungen, denen die Uebertrittsbedingungen unterworfen waren. Das Studium beider Elemente führt auf eine natürliche Einteilung des ganzen seit der Säkularisation verstrichenen Jahrhunderts in 3 Zeitabschnitte.

a Die Epoche der Ungleichheit der philosophischen Studienzeit für Lyceum und Universität, 1804–1827.

Die Satzungen für die Studierenden der Universität Landshut vom 26. Jan. 1804¹⁾ forderten für den Eintritt

¹⁾ Auch die in Döllinger 9, 358 als eine dato bezeichnete, in Wirklichkeit unterm 3. Juli 1838 ergangene höchste E., eine „Belehrung“ der Universitätsstudierenden bezüglich der Lehrgegenstände und Prüfungen enthaltend, betonte die gleichheitliche Gültigkeit der Lyceal- und Universitätsstudien der Philosophie.

²⁾ E. d. F.N. F.N. 2 des § 27a. und 7 des § 26.

in die Klasse der allgemeinen Wissenschaften den durch Zeugnisse zu erbringenden Nachweis, daß der Lyceist (im engeren Sinne) „die vorschriftsmäßigen Studien in der vorschriftsmäßigen Zeit und mit Fortschritt gehört“ habe. Ueber den zulässigen Zeitpunkt des Uebertrittes erfahren wir hiebei aus diesen Satzungen ebensowenig etwas Genaueres, wie aus den beiden Sch.D. für die Lyceen vom 27. Aug. 1804 und 3. Nov. 1808. Aus den Matrikelbüchern und Jahresberichten des Bamberger Lyceums aber im Zusammenhange mit einer unterm 31. Dez. 1807 an die Landesdirektion ergangenen Anfrage eines diesem Lyceum angehörigen Intercessenten und einer hierauf erfolgten E. genannter Behörde vom 9. Jan. 1808 leuchtet ebenso unzweifelhaft wie aus der Fassung des Tit. II § 2 Abs. 1 der Disciplinargesetze für die Universität Landshut vom 6. März 1814 hervor, daß der Uebertritt rito nur zum Schlusse des vollen Studienjahres, hier also des 2. oder 4. Semesters, statt haben konnte, wogegen Uebergänge nach einer ungeraden Anzahl von Semestern²⁾, gleichwie denn solche inmitten eines Semesters — von vereinzeltten Fällen abgesehen³⁾ — verpönt waren. Auch die während des ersten Decenniums des 19. Jahrhunderts zu stande gekommene Verschmelzung des Lyceums und Gymnasiums zu einem Schulganzen und und die hiedurch begründete annuelle Einteilung der Stu-

²⁾ Auch an den Universitäten bestand die Halbteilung des Studienjahres noch nicht sehr lange, in Bayern bezw. an der Universität Ingolstadt auf Grund der Churf. B.D. vom 25. Nov. 1799 — Meider-Permaneder, 504 — seit dem Studienjahre 1799/1800.

³⁾ Sporadisch erfolgten auch Uebertritte zur Universität am Ende des Winter- oder während des laufenden Semesters, und zwar legaler Weise, nachdem der Uebertretende sich in Ansehung eines besonderen Umstandes — Domicilwechsels der Eltern u. dgl. — Dispens erwirkt hatte. Der Form der Bemerkungen nach zu schließen, mit denen das Rektorat diese Dispense begleitete, scheint es selbst zu ihrer Erteilung kompetent gewesen zu sein.

bienzeit spricht durchaus für die innere Berechtigung dieser Gepflogenheit, die denn auch eine weitere amtliche Bestätigung in einem Publikandum des Bamberger Lyceumsrektors vom Jahre 1816 fand, worin vor dem „vorzeitigen“ Uebertritt zur Universität sowohl im Hinblick auf den genannten Tit. II § 2 der Landeshuter Satzungen von 1814, als auch auf zwei in dem nämlichen Betreffe erfllossene frühere M.E. vom 22. Jan. 1803 und 2. März 1812⁴⁾ als direkt unstatthaft gewarnt wurde.

Als normale Uebertrittszugnisse galten dabei, von einzelnen noch zu besprechenden Ausnahmen abgesehen, die Semestralzeugnisse über die Prüfungen am Schlusse des 2. und 4. Lycealsemesters, die sogenannten Final- und Absolutorialprüfungen, welche nach den Erörterungen der vorhergehenden Paragraphen, insbesondere der §§ 27 a und b, zweifellos in Rücksicht auf diesen Zweck in breiterer und feierlicherer Weise abgehalten zu werden pflegten, wie die ungeradzahligen Semestralcramina, und zwar der Form und dem Inhalte nach: nicht nur gesellte sich gewöhnlich der ordnungsmäßigen Prüfungskommission⁵⁾ noch ein Mitglied der Oberschulbehörde⁶⁾ bei, entweder der „Oberstudienkommissär“ bezw. „Kreis Schulrat“ selbst oder ein Delegierter desselben — es wurden auch die Themata exenter gewählt. So war von 1804 bis 1808 auf Grund der Sch.O. vom 27. Aug. 1804 allgemein als Beleg für das Zeugnis der Reife am Schlusse des 2. philosophischen Kurses eine kleine schriftliche Abhandlung aus der „Philosophie der Klassiker“ in lateinischer Sprache verlangt, eine Norm, welche vom

⁴⁾ Der Verf. hat den originalen Wortlaut dieser beiden E. nirgends finden können.

⁵⁾ V. die §§ 26 und 27a.

⁶⁾ Des Ober-Schulen- und Studienkommissariats, später der R. Kreisregierung. Cf. § 21.

Schulplan des 3. Nov. 1808 in keiner Weise berührt, in Bamberg bis zum Jahre 1815 erhalten blieb, um nach einem mehrjährigen Intervalle der Nichtachtung in den 20-er Jahren in anderer Form, in Gestalt schriftlicher Bearbeitungen am Schlusse des 2. und 4. Semesters, wieder aufzuleben.

Der im Besitze eines „Absolutoriums aus der Philosophie“ befindliche Lyceist konnte auf der Universität unmittelbar zum Fachstudium schreiten. Dagegen verpflichtete der nur 1-jährige Besuch der philosophischen Lycealsection den Uebertretenden, an der Universität noch weitere philosophische Semester nachzuhören. In dem einen wie in dem anderen Falle aber war der Interessent gegenüber dem Philosophieandidaten der Universität benachtheiligt, dank einer zur damaligen Zeit breit eingelagerten Ungleichheit zwischen den organischen Bestimmungen über das Studium der Philosophie an beiden Lehranstalten, einer Ungleichheit, welche im direktesten Widerspruche stand mit der rechtlichen Gewährleistung der vollen Anrechnung der am Lyceum zurückgelegten philosophischen Studienzeit auf die Universitätsjahre, wie sie noch während der ersten 3 Jahre des 19. Jahrhunderts bestanden hatte und wie sie nach fast einem Vierteljahrhundert wieder zur Einführung gelangte.

An den Lyceen waren nämlich, in Gemäßheit ihrer Gründung als Jesuiten- oder Benediktinerschulen oder ihrer Abkunft von solchen, von jeher 2 Jahre Philosophiestudium vorgesehen gewesen — eine Einrichtung, die man auch bei den verschiedenen Reformationen dieser Anstalten in dem Zeitraume von 1773 bis 1799⁷⁾ und neuerdings wieder bei der jüngsten Gestaltung derselben im Jahre 1803 beibehalten hatte. Die Universität dagegen, an welcher ebenfalls bis zum Schlusse des 18. Jahrhunderts und zwar

⁷⁾ Vgl. hierüber § 7.

noch in den Statuten für die Universität Ingolstadt⁹⁾ vom 25. Nov. 1799, 2 Jahre philosophischen Studiums vorgeschrieben worden waren, verlangte seit dem 26. Jan. 1804, dem gemeinsamen Tage des Erlasses der Organisationsakte und der Disciplinargesetzen der Universität Landshut, behufs Zulassung zum Staats- und Kirchendienste¹⁰⁾ nur noch 1 Jahr philosophischen und 3 Jahre Fachstudiums.

Der Lycealcandidat, welcher sich dieser Prüfung unterziehen wollte, oder auch d. rjenige, welcher beabsichtigte, das katholisch-theologische Studium am Lyceum oder der Universität zu vollenden, gelangte also erst nach einer Gesamtstudienzeit von 5 Jahren zum Ziele, während der Coäve des einen oder andern, welcher vorsorglicher Weise sogleich vom Gymnasium hinweg direkt zur Universität übergetreten war, bereits nach 4 Jahren dasselbe erreichen konnte. Daran änderte auch der im Tit. VII § 3 der Universitätsgesetzen von 1804 enthaltene Passus nichts, wonach ein auf dem Lyceum in den allgemeinen Wissenschaften bereits Vorbildeter seinen Aufenthalt an der Universität „abkürzen“ durfte. Denn wo sollte er abkürzen? An der für das Fachstudium vorgesehenen Zeit? Dies gestattete die ausdrückliche Bestimmung eines 3jährigen solchen Studiums nicht, vielmehr mußten diese 3 Jahre auch von dem Absolventen des 2. philosophischen Kurses eines Lyceums ganz ebenso durchlaufen werden, wie von dem Absolventen des philosophischen Einen Jahrgangs der Universität. Oder an

⁹⁾ An der ehemaligen Bamberger Universität war das biennium philosophicum für alle auf eine Anstellung im fürstlichen Staatsdienste reflektierenden Studierenden gleichfalls vorgeschrieben worden, und zwar in nachdrücklichster Weise durch den Fürstbischof Franz Ludwig von Erthal mit Dekreten vom 3. Nov. 1781, 4. Sept. 1782 und 20. Juli 1783. Univ. Akten. Vgl. auch die B. O. des nämlichen Souverain vom 27. Jan. 1782 bei Wegele II.

¹⁰⁾ Beachte hierüber die F. N. 4 des §§ 27 a.

dem Philosophicum? Dem stand der Wortlaut des Tit. I § 2 Abs. 2 der nämlichen Disciplinurvorschriften im Wege, wonach im Gegenteil der nach Durchlaufung des ersten Lycealkurses der Philosophie zur Universität Uebertretende noch philosophische Collegien „nachzuhören“, noch einige Zeit zu seiner gründlicheren philosophischen Ausbildung daselbst zu verweilen hatte — eine Forderung, die nur die Konsequenz bildete einer schon im Schulnormativ des 27. Aug. 1804 ausgesprochenen Ansicht, als ob eben dem (einjährigen) philosophischen Studium auf dem Lyceum nicht die umfassende Behandlung zu teil werden könnte, wie auf der Hochschule.

Dem Inculpaten wurden also „Straffsemester“ zugelegt. Ihre Anzahl ist in den Landshuter Satzungen vom 26. Jan. 1804 nicht genannt, wohl aber in der bereits im § 16 mehrfach gewürdigten Allh. V.D. vom 30. Okt. 1807 über die Abänderung dieser Satzungen: sie betrug deren 2, ein volles Jahr. Durch die Revision der nämlichen Satzungen vom 6. März 1814 bezw. durch die Bestimmung des neuen Tit. II § 2 Abs. 2 derselben auf die Hälfte, ein einziges Semester, ermäßigt war sie aber auch in dieser Verkürzung für die Praxis völlig bedeutungslos, da sie die Gesamtstudienzeit auf eine ungerade Anzahl von Semestern begrenzte, während die Bedingungen für den Eintritt in den Staats- und Kirchendienst, wie solche im § 27 unter dem besonderen Gesichtspunkte eines Vergleichs mit den lycealen Institutionen besprochen wurden, auf dem Umlauf der vollen Studienjahre d. i. einer geradziffrigen Semesterzahl gründeten. Aber auch noch einer zweiten Unbegreiflichkeit machten sich die Landshuter Satzungen des Jahres 1814 schuldig: sie entbanden von nun an ab implicite alte Lycealcandidaten, welche etwa nach Ablauf des ersten philosophischen Jahres zur Hochschule überzugehen beabsichtigten, von der Ablegung des am Schlusse jeden

Jahres abzuhaltenden Examens, indem sie sich mit dem bloßen Lycealrektoratlichen Zeugnisse über die „wirklich gehörten Lehrgegenstände“ des 1. philosophischenurses begnügen zu wollen erklärten. Diese im Tit. II § 2 Abs. 3 der citierten Satzungen des 6. März niedergelegte neue Festsetzung¹⁰⁾ bedeutete einen, wenn auch legalisierten, so doch immerhin ebenso unberechtigten, als schwer empfundenen Eingriff in das Disciplinarreglement der Lyceen, denen während der Jahre 1804 bis 1808 die Abhaltung solcher Examina verordnungsgemäß zur Pflicht gemacht, nach dem Jahre 1808 aber im Wege gewohnheitsmäßiger Weiterführung verstattet worden war¹¹⁾.

Man konnte versucht sein, in dieser Erleichterung zusammen mit den wesentlich günstigeren Bedingungen für das Studium der Philosophie an den Universitäten, wie sie sich durch die Möglichkeit der Einsparung eines ganzen oder auch in letzter Linie eines halben Jahres zu erkennen gab, eine deutliche Absicht zu erblicken, den Zugang zur Universität auf Kosten der Lyceen zu vergrößern. Der Entwurf der Bamberger Lycealstatuten vom Jahre 1816, welcher, ohne höherenorts eine eigentliche Approbation erlangt zu haben, dennoch 17 Jahre hindurch, die Richtschnur für die Rechte und Pflichten der Lycealcandidaten daselbst bildete¹²⁾, nahm denn auch sofort Stellung zu diesen Fragen. Indem er nämlich die beiden Bestimmungen über das 1. Straßemeister und das nunmehr als Passsepartout erklärte

¹⁰⁾ Die Fassung dieses Absatzes — Weder-Permaneder, 606 — klingt nun allerdings nicht so schroff. Daß man aber in Lycealkreisen aus ihr die effektive Möglichkeit der Substitution der pflichtigen Examina mit all' ihren Folgen durch bloße, harmlose Inscriptions- oder höchstens Frequenzzeugnisse herauslas, beweisen die im nachfolgenden Texte zur Darstellung gebrachten Handlungen des Bamberger Lycealrektorats.

¹¹⁾ S. hierüber § 27 a.

¹²⁾ V. § 41.

rektoratliche Inscriptionszeugnis aufnahm, knüpfte er die Bedingung für die Ausfertigung des letzteren direkt an die primäre Bedingung der Unterordnung der Ermittenden unter die 2 Semestralprüfungen mit allen ihren lyceallüblichen Folgen wie Qualifikation und Klassifikation¹³⁾.

Andererseits war das Lyceumstefektorat keineswegs müßig gewesen, das Seinige zur Beseitigung der schon lange empfundenen ungleichartigen Behandlung der Philosophie-studierenden von Lyceum und Universität bezw. der hierin gründenden Unbilligkeit und Härte gegen die Studierenden der ersteren Kategorie beizutragen. So hatte es schon unterm 23. Sept. 1810 an das Generalkommissariat des Mainfreies in einer darauf bezüglichen wohl motivierten Vorstellung das Ersuchen gerichtet um thunlichste Mitwirkung zur Abkürzung des philosophischen Studiums an den Lyceen auf 1 Jahr oder aber um Ausdehnung desselben an den Universitäten auf 2 Jahre¹⁴⁾. Späterhin stellte es, mit Eingaben vom 6. und 10. Febr. 1818, zur hohen und Allerhöchsten Stelle die Eventualbitte, wenigstens alle am Lyceum sich immatrikulierenden Candidaten der Philosophie zu einem 2jährigen Besuche dieser Lehranstalt verpflichten und Uebertritte zur Universität vor Beendigung dieses biennium philosophicum nicht gestatten zu wollen¹⁵⁾.

Diesen beiden Ansuchen wurde allerdings fürs erste eine bejahende Folge nicht gegeben, wohl aber einige Zeit

¹³⁾ Vgl. über diese Punkte sowohl die vorausgehenden §§ 27 und 28, wie auch spätere Ausführungen, so insbesondere den § 46.

¹⁴⁾ Die Motivierung war um so leichter, als es schließlich an den Universitäten nicht einmal mehr bei der Einhaltung eines 3jährigen Fachstudiums verblieb. Vgl. eine M.E. vom 2. Febr. 1824 u. a.

¹⁵⁾ Eines nochmaligen dahin zielenden Sondergesuches Damberger Lyceisten aus dem Jahre 1825, dem aber ein besonderer äußerer Anlaß zu Grunde lag, wird späterhin noch, im § 32, gedacht werden.

später. Und zwar dem ersteren indirekt durch die im Jahre 1825 bethätigte Einführung des Systems der Lycealklassen, welches ausdrücklich zu dem Behufe geschaffen wurde, die allmählich als unzulänglich erkannte Dauer des 1-jährigen philosophischen Studiums an den Hochschulen effektiv auf das Doppelte zu vergrößern — dem anderen aber in der ausgesprochensten Weise durch die schon oft besprochene R. D. vom 30. Nov. 1833 über die Neuanlage der Lyceen.

In der Zwischenzeit hatten freilich die Lyceumscandidaten der Philosophie die materiellen Vorteile, welche ihnen durch das bereitwillige Entgegenkommen des allegierten Tit. II § 2 Abs. 3 der Universitätsstatuten vom 6. März 1814 geboten worden waren, „durchaus erfaßt“. Bereits vom Jahre 1807 ab waren neben den regulären, durch Final- und Absolutorial-Zeugnisse vermittelten Uebertritten der Studierenden des 1. und 2. Jahrgangs ausnahmsweise, und immer nur sporadisch, auch solche zu Ende des Winterhalbjahres, ja sogar vor Beendigung des Semesters erfolgt — fast durchgehend jedoch in völlig legaler Weise, nach Erfüllung der Bestimmungen über die Zwischen- und Quartalsprüfungen¹⁶⁾ und nach erwirkter Dispens¹⁷⁾. Nun aber mehrten sich die Bestrebungen, die Anstalt vor oder nach beendetem Semester oder Studienjahr ohne Unterordnung unter die fälligen Prüfungen¹⁸⁾ zu verlassen¹⁹⁾. Die Universitätsbehörden ihrerseits schienen dagegen auf die Einholung der einschlägigen Prüfungszeugnisse keineswegs erpicht gewesen zu sein, da ihnen gemäß des Tit. II § 2 Abs. 1 der Statuten des 6. März 1814 nur die Pflicht

¹⁶⁾ S. hierüber die §§ 26 und 28.

¹⁷⁾ Vgl. die F.R. 3 dieses Paragraphen.

¹⁸⁾ Die Zwischen-, Quartal- und Semestralprüfungen, wie sie in den §§ 26 bis 28 besprochen wurden.

¹⁹⁾ „*Insalutato hospite*“, wie die rektoratlichen Akten ingrimmig registrieren.

oblag, auf die Vorlage des Absolutorialzeugnisses aus der Philosophie am Schlusse des 2. philosophischen Jahres zu bringen, während der 3. Abjag des nämlichen Paragraphen für Uebertritte vor Beendigung des *biennium philosophicum* des Lyceums nur auf die Einlieferung von Inscriptions- bzw. Frequenzzeugnissen Gewicht gelegt hatte. Sie waren auch, soweit wenigstens die „Finalprüfungen“ nach dem 1. Jahre in Betracht kamen, in um so vollerm formalen Rechte, als die für sie maßgebenden Normen der Disziplinarstatuten der Hochschule eben des 6. März 1814 den Charakter einer R. V. O. trugen und daher keineswegs durch eine Verfügung des Bamberger Lyceumsrektors, selbst wenn diese die curatelamtliche Genehmigung erhalten hätten, corrigiert oder außer Wirksamkeit gesetzt werden konnten. Das Rektorat machte dann auch schließlich gute Miene zu diesem Spiele und verabsolgte den Austretenden oder Ausgetretenen an Stelle der Prüfungszeugnisse ein bloßes „frequentasse“.

Mitten in diese Zeit eines fortgesetzten, mehr stillen als offenen Konfliktes zweier Schulsysteme fiel nun plötzlich der Mieg'sche Studienplan vom 10. Okt. 1824, welcher einen der markantesten Wendepunkte in der Geschichte des bayerischen höheren Schulwesens dadurch darstellt, daß er das bisherige Gymnasialabsolutorium für unzureichend erklärte für den Eingang zur Hochschule, diesen letzteren vielmehr abhängig sein ließ von dem Durchlaufen der Lycealklasse oder des 1. philosophischen Lycealkurses. Für die durch diese Neuordnung eingeleitete Zeitepoche fällt also der Eintritt in die Universität zugleich mit dem Uebertritt von der Lycealklasse bzw. dem ersten philosophischen Lyceumskurs als den Substituten der IV. Gymnasialklasse zusammen, so daß umgekehrt bezüglich dieses Uebergangs auf das gelegentlich der Untersuchung der Eintrittsmodalitäten im § 25 Gesagte verwiesen werden kann.

Natürlich wurden jetzt die Uebertritte aus diesen beiden Schulkörpern zur Universität vor Ablauf des Ganzjahres vollständig inhibiert, solche vielmehr an den Nachweis des bestandenen „Gycealklassenabsolutoriums“ bezw. der Finalprüfung des 1. philosophischen Jahrgangs eines vollständigen Gyceums gebunden. Die zur Hochschule abgehenden Studierenden beider Kategorien hatten daselbst noch 1 Jahr dem Studium der allgemeinen (philosophischen) Wissenschaften obzuliegen, wogegen die am Ende des 2. philosophischen Gycealjahres übertretenden Candidaten, vorausgesetzt, daß sie sich in Gemäßheit der noch immer giltigen Universitätsjagungen von 1814 das Zeugnis des bestandenen „Gycealabsolutoriums“²⁰⁾ gesichert hatten, an der Universität direkt zur Inscription auf die Fachcollegien schreiten konnten. Uebergänge zur Hochschule aus dem 2. philosophischen Jahrgang während eines Semesters oder nach Beginn des Winterhalbjahres blieben am Bamberger Gyceum als irregulär ebenso perhorresciert wie bisher, wurden aber von den Studierenden in Anlehnung an den oben erwähnten Tit. II § 2 der Universitätsstatuten von 1814, welcher späterhin sogar in die Revision dieser Statuten vom 26. Nov. 1827 neuerdings Aufnahme gefunden hatte, auch weiterhin ebenso erzwungen wie bisher.

Auch die Aufhebung des Systems der „Gycealklasse“ änderte nichts hieran, während allerdings der intercalare Uebertritt zur Universität vom 1. philosophischen Gycealkurs aus schon um dessentwillen auf das strengste untersagt blieb, weil, wie eine M.E. vom 6. Mai 1832 neuerdings in Erinnerung brachte, der genannte Kurs nichts anderes war als ein Substitut für die neu geschaffene IV. Klasse

²⁰⁾ Zum Unterschiede von dem Absolutorium aus dem 1. Gycealkurs oder aus der „Gycealklasse“ eines mit einer solchen versehenen Gymnasiums.

des Gymnasiums²¹⁾. Den Abspirationen auf semestralen oder intersemestralen Austritt aus dem 2. lycealen Jahrgang der Philosophie dagegen schob erst die oft erwähnte Allh. B.D. vom 30. Nov. 1833 über die Neuformation der Lyceen einen festen Niegel vor, indem sie das Princip eines 2-jährigen Verbleibs an diesen Anstalten für alle Philosophieandidaten ohne Unterschied zum Geseze erhob.

Mit der durch die Einführung des Systems der Lycealklassen geschaffenen Neuerung war eigentlich der Wunsch der Lyceen nach thunlichster Gleichstellung mit den Universitäten bezüglich des philosophischen Studiums theoretisch erfüllt. Praktisch freilich hatte diese Gleichsetzung einen Erfolg nicht, und zwar wegen der eigenthümlichen Ausfüh- und Dispensationsbestimmungen, welche, die neue Institution der Lycealklassen begleitend, im § 13 ausführlich zur Darstellung gelangten. Die daselbst erörterten Sonderverfügungen schürzten einen Knoten, zu dessen Entwirrung sich die Allerhöchste Stelle schließlich veranlaßt sah, in einer unterm 26. Nov. 1827 erlassenen Verordnung über die Revision der Universitätsstatuten des Hochschulstudium kategorisch und ausnahmslos auf 5 Jahre festzulegen, von denen 2 dem Studium der allgemeinen Wissenschaften gewidmet sein sollten. Da man gleichzeitig den zur Universität eintretenden Lyceisten 3 Jahre Fachstudium auferlegt hatte, so datiert also der glückliche Vollzug einer ersten Etappe auf dem Wege der Gleichstellung der Studierenden der Philosophie an Lyceum und Universität vom letztgenannten Datum an²²⁾.

²¹⁾ V. § 13.

²²⁾ Eine Ausnahme ergab sich vorerst nur noch bezüglich der in Erlangen studierenden protestantischen Theologen, deren Studienzeit sich über nur 4 Jahre erstreckte — s. § 20.

b. Die Zeit des gemeinsamen *biennium philosophicum*, 1827 — 1849.

Das neue Disciplinarstatut des 26. Nov. 1827 hatte, wie erwähnt, durch die dem Universitätsstudierenden auferlegte Verpflichtung zu einem 2-jährigen Studium der Philosophie eine erhebliche Annäherung zwischen ihm und dem Lycealcondidaten vollzogen. Und dennoch machte auch es sich genau des nämlichen Eingriffes in die Rechte der Lyceen schuldig wie sein Vorgänger von 1814, indem sein § 6 für den Uebertritt aus dem 1. philosophischen Jahrgang des Lyceums zur Hochschule wiederum die Beibringung eines bloßen Zeugnisses des Lyceumsrektors über die bethätigte Frequenz der Lehrfächer dieses Jahrgangs für genügend erachtete, während allerdings für den Uebertritt nach dem Ende des 2. Philosophiekurses das förmliche Attest über das bestandene „Lycealabsolutorium“ durch den nämlichen Paragraphen neuerdings vorgeschrieben wurde. Mag nun die erstere Bestimmung sine ira et studio aus den Universitätsstatuten vom 6. März 1814 übertragen worden sein, oder mag die im § 16 der neuen Disciplinargesetze vollzogene gänzliche Abschaffung¹⁾ der bislang an der Hochschule wenigstens sub conditione bestandenen Admissionsprüfungen aus den allgemeinen Wissenschaften zu der Concilianz bewogen haben, oder mag endlich drittens wieder der Wunsch, den Zugang zur Universität möglichst zu steigern, bei der Neuordnung Pate gestanden haben — auf alle Fälle war der durch die §§ 6 und 16 inscenirte doppelte Widerspruch der neuen Statuten gegenüber den Gepflogenheiten der Lyceen sehr geeignet, die Summe der bisherigen Ungleichartigkeiten um wieder zwei neue Glieder zu vermehren, nachdem man dieselbe soeben durch die Einführung des 2-jährigen Philosophiestudiums um eines vermindert gehabt hatte.

¹⁾ Vgl. hierüber § 27 a.

Ja es trat alsbald sogar ein drittes differirendes Moment auf, hervorgerufen durch eine ministerielle Bestimmung vom 21. Mai 1829, welche in Consequenz des neuen Lehrplans für die Mittelschulen vom 8. Febr. 1829 erfolgt scheinbar im Stande war, die Anordnung über die Studien-dauer in den Universitätsstatuten vom 26. Nov. 1827 wieder rückgängig zu machen, indem sie das quinquennale Hochschulestudium vom Studienjahre 1831/32 ab unter gewissen Bedingungen neuerdings auf 4 Jahre reducierte. Doch handelte es sich in Wirklichkeit nur um eine formale Verschiedenheit, bei welcher die Lyceen keineswegs benachteiligt wurden: insofern nicht, als man die 4 Jahre des Universitätsstudiums abhängig gemacht hatte von dem Durchlaufen der neu gegründeten IV. Gymnasialklasse, während die von der III. Gymnasialklasse durch das Lyceum hindurch zur Hochschule Vorrückenden²⁾ allerdings an die 5 Jahre Gesamtstudium gebunden blieben.

Um so ärgerlicher wurden die durch die beiden ersteren Ungereimtheiten geschaffenen wesentlichen Divergenzpunkte empfunden. Und doch sollten die Verfechter der Lycealsache noch weit schmerzlicher durch die neue Prüfungsordnung berührt werden, welche unterm 23. Nov. 1832 für die Universitäten erlassen wurde. Zwar erhielt durch diese Ordnung der Wunsch nach thunlichster Gleichstellung der Lyceen mit den Universitäten wieder in einem Punkte Realisierung: von den kurz vorher besprochenen, vor nun 5 Jahren in der Klasse der philosophischen Wissenschaften der Universitäten abgeschafften Semestral- und Absolutorialprüfungen wurden die letzteren wieder für uneingeschränkt, die ersteren für bedingt bestehend erklärt³⁾ — dagegen wurde die bisherige Wirksamkeit der am Schlusse des 2. und 4. Semesters an der philosophischen Section der

²⁾ Ausführlicher hievon im § 13.

³⁾ Vgl. § 27 a.

Gyceen statt habenden „Final“- und „Absolutorialprüfungen“ bezüglich des Zugangs zu den Universitäten matt gesetzt, indem den zur Hochschule übertretenden Philosophiecandidaten des 1. und 2. Gycealkurses nunmehr die Auflage gemacht wurde, sich sogleich bei ihrem Eintritte zur Universität⁴⁾ einer den Lehrern und Studierenden der Hochschule und den Eltern und Vormündern der Interessenten zugänglichen (Approbations-)Prüfung vor einer besonderen Kommission der philosophischen Fakultät zu unterwerfen, die zugleich auch mit der Prüfung der eintretenden Gymnasialabturienten und der Abhaltung der Semestral- und Absolutorialegamina der Universitätsstudierenden der Philosophie betraut war. Diese „Zwischenprüfung“ allein entschied über die sofortige bezw. nachmalige ungehinderte Zulassung der Gycealcandidaten des 2. resp. 1. philosophischen Jahrgangs zum Fachstudium der Hochschule oder aber über deren einstweilige Suspension von dem letzteren. Hierdurch waren also die kritischen §§ 6 und 16 der Disziplinargesetze für die Universitätsstudierenden vom 26. Nov. 1827 wieder umgestoßen worden, der § 16 unter neuerlicher stärkster Vernachteiligung der Gyceen.

Es suchten daher auch alsbald sowohl die Rektorate wie die Studentenschaft dieser Anstalten gegen die neuen Anordnungen und deren Konsequenzen anzukämpfen. Seitens der ersteren war durch den Gycealrektor Hoffmann-Alschaffenburg eine wohlmotivierte Eingabe zur Allh. Stelle vorbereitet worden; sie erhielt aber nur 2 Unterschriften⁵⁾ und

⁴⁾ Nach einer Mitteilung des Dekanats der philosophischen Fakultät der Universität Würzburg am Ende der Herbstferien.

⁵⁾ Die Weigerung der einzelnen Rektorate zu unterschreiben erfolgte aus den sonderbarsten Gründen. Gyc. Akten, 1833. Nur der einzige Bamberger Gycealvorstand Dr. Rüttinger gab ein achtenswertes, objektives Motiv für seine Weigerung an: er beanstandete daß der Text der Hoffmann'schen Eingabe die Gyceen als „Zwischen-

wurde deshalb sofort wieder fallen gelassen. Dagegen gingen die Candidaten, wenigstens der Bamberger Anstalt, geschlossener und mutiger vor, indem sie unterm 3. August 1833 von dem Senate der Universität Würzburg in gemeinschaftlicher Eingabe einen Bescheid darüber erbat, ob für diejenigen unter ihnen, welche zur Universität überzutreten beabsichtigten, die für diesen Zweck nunmehr ganz belanglos gewordenen Prüfungen nach dem 2. und 4. Semester am Lyceum noch pflichtig wären oder nicht. Das Gesuch war nun freilich nicht an die kompetente Adresse gerichtet worden, es kennzeichnete aber vortrefflich die augenblickliche „Rechtsunsicherheit“. Es wurde vom Senate mit dem Räte beantwortet, die Petenten möchten unter allen Umständen den Ansprüchen ihrer Mutteranstalt gerecht werden und sich den geforderten Prüfungen an derselben wie bisher ohne Weigerung unterziehen.

Dies geschah denn auch. Ubrigens dauerte es nicht lange, so mußten sich die lycealen Kreise zu der Ueberzeugung bekehren lassen, daß die genannte Art der Controle der Lyceen keineswegs etwa auf eine Malice der Universitätsbehörden^{*)} oder anderer Zwischenorgane zurückzuführen, sondern einem direkten Wunsche der Allh. Stelle entsprungen war, welche in einem durch das Ministerium des Innern ergangenen, sehr ungnädig gehaltenen Erlasse vom 23 Febr. 1833 die Leistungen dieser Lehranstalten von „kompetenter

stufe“ zwischen Gymnasium und Universität bezeichnet hatte, wogegen er energisch für die Betonung des bereits im Jahre 1808 — vgl. § 12 — gewährleisteten vollständigen Parallelismus zwischen Lyceum und Hochschule plaidierte.

*) Im Gegenteil hatte man laut einer Zuschrift des Landshuter Lyceumsrektors an das Bamberger vom 6. März 1833 an der Münchener Universität von der Nachprüfung der während des Studienjahres 1832/43 eingetretenen Lyceisten vollständig Umgang genommen.

Seite gewürdigt“ wissen wollte, nachdem über den pädagogischen und disciplinären Zustand an gewissen Lyceen „besondere Wahrnehmungen vorgelegt“ hätten. Zugleich stellte der Erlaß es als völlig aussichtslos hin, diese Bedingungen reformiert oder aufgehoben sehen zu wollen⁷⁾.

Und dennoch waren dieselben und ihre mißgünstigen Begleiterscheinungen bloße Eintagsfliegen. Sie verschwanden mit der Kundgabe der Allh. B.D. vom 30 Nov. 1833 über die Neuformation der Lyceen. Durch eben diese B.D. in Verbindung mit der sie ergänzenden M.E. vom 3. Febr. 1834 und die spätere B.D. für die Universitäten vom 18. Mai 1835 wurden vielmehr die alten Prüfungsbestimmungen für die Lyceen mit ihren eingeseffenen Rechten wieder zu Tage gerufen, nur mit dem Unterschiede, daß von nun ab der Uebertritt vom Lyceum zur Universität überhaupt nicht mehr vor Beendigung des 4. philosophischen Lycealsemesters gestattet wurde⁸⁾. Wer sich demnach in der philosophischen Section eines Lyceums immatrikuliert hatte, mußte notwendig die beiden philosophischen Jahreskurse desselben durchlaufen. Nach dem 4. Semester war er dann gehalten, ein förmliches „Lycealabsolutorium“ abzulegen. Und nur in dem Falle, daß er solches mit mindestens der 2. Note⁹⁾

⁷⁾ Auch die bereits gewürdigte M.E. vom 6. Mai 1832, welche den Uebergang vom Lyceum zur Universität nach dem 1. philosophischen Semester perhorreszirte, machte sich in gewissem Sinne einer Herabwürdigung des lycealen Charakters schuldig, wenn sie das Lyceum als die Stelle der IV. Gymnasialklasse vertretend bezeichnete. In Wirklichkeit konnte nur von einer Aequivalenz zwischen dieser Klasse und dem 1. philosophischen Lycealkurs die Rede sein.

⁸⁾ Vgl. den der F.N. 15 des § 29a zu Grunde liegenden Text. — Auch der mit Dimission bestrafte Studierende der philosophischen Lycealsection konnte nur wieder an einem Lyceum seine Studien fortsetzen. S. die M.E. vom 3. Febr. 1834 über die Verhältnisse der Lyceen.

⁹⁾ An die Bestimmungen über die 2. Note des Gymnasialabsolutoriums — vgl. die §§ 25 und 47 und insbesondere die F.N. F.N.

bestanden und sich während des Jahres die erste Fleißesnote¹⁰⁾ gesichert hatte, konnte zur Hochschule übergehen. Andernfalls war eine Wiederholung des zweiten philosophischen Lycealkurses unerlässlich.

Die besprochene Absolutorialprüfung wurde dabei vor einer aus den Professoren der philosophischen Lycealsection und dem Lycealrector zusammengesetzten Kommission vorgenommen, bei welcher ein eigens abgeordneter Universitätsprofessor als R. Ministeralkommissär den Vorsitz führte. Die Zahl der voraussichtlichen Abiturienten des 2. philosophischen Jahrgangs hatten zufolge einer M.E. vom 25.

6 und 12 des ersteren — sowie der Admissions- und Ausnahmeprüfungen an den Universitäten cf. außer § 47 die §§ 27a und b im allgemeinen, wie deren F.N. F.N. 11, 14 bezw. 4 im speziellen — reichte sich also auch eine solche über das Lycealabsolutorium. Sie ist insoferne noch weniger klar und eindeutig wie ihre Vorgängerinnen, als sie bei der Fixierung einer 2. Grenznote es vollständig offen ließ ob sie diese dem Qualifikationssysteme der Universitäten oder jenem der Lyceen entnommen wissen wollte. Die beiden Schemen waren, soweit wenigstens das Bamberger Lyceum in Betracht kommt, keineswegs identische: an der Universität existierten höchstens „3 Fortgangsnoten“, von denen aber die 3. zumeist als die „Note der Nichtbefähigung“ charakterisiert wurde; am Lyceum Bamberg maß man mit einer 4-stufigen Scala, umfassend die Abstufungen „vollkommen-“, „hinlänglich-“, „notdürftig-“, und „nicht befähigt“. Die in der Auh. B.O. vom 30. Nov. 1833 über die Lyceen genannte 2. Note ist zweifellos der an diesen Anstalten üblichen Notenleiter entnommen worden dagegen mögen die die Bestimmungen der genannten B.O. copierenden Disciplinarfügungen vom 18. Mai 1835 und andere Hochschulvorschriften jener Epoche bei Betonung der 2. Note das an den Universitäten gültige Dreinotensystem im Auge gehabt haben — die Bamberger Lye. Akten geben hierüber keinerlei Aufschluß. Mit Wirkung der B.O. für die Universitäten vom 10. Mai 1838 fiel die durch die Forderung einer Mindestnote dargestellte Veengung des Eintrittes der Lyceisten in die Volkshochschule wieder hinweg.

¹⁰⁾ Nach der späteren M.E. des 18. Dez. 1833 das Prädikat „rühmlichen Fleißes“.

Juli 1833 die Lyceumrektorate einige Wochen vor dem Prüfungstermine den Landesuniversitäten bekannt zu geben. Zu diesem Behufe waren die einzelnen Lyceen je einer Universität zugeordnet worden, das Lyceum Bamberg der Universität Würzburg. Im Falle der Nichteinigung des Ministerialkommissärs mit den Mitgliedern der Prüfungskommission über die Reise eines Candidaten wurde der letztere einer nochmaligen Prüfung unterworfen, welche an der von ihm gewählten Universität in Gegenwart der Mitglieder der philosophischen Fakultät und mindestens dreier Lycealrektoren und -professoren¹¹⁾ zu vollziehen war. Es fand also für die Lycealabiturienten eine ganz analoge Möglichkeit der Appellation¹²⁾ statt, wie sie für die Gymnasialabiturienten im § 25 dieser Abhandlung verzeichnet wurde.

Der Ausgleich zwischen Lyceum und Hochschule in Sachen des Studiums der allgemeinen Wissenschaften und der Prüfungsbestimmungen erheischte darnach ein sehr bitteres Opfer seitens der erstieren Lehranstalt, eine förmliche Unterordnung ihrer Institution unter die Universitäten, deren Professoren als Ministerialkommissäre in ihren zur höchsten Stelle ergangenen Berichten „über den Befund“ ihr Urteil keineswegs auf das Prüfungsgeheim allein zu beschränken pflegten¹³⁾.

Auch die oben in den §§ 27 a und b bereits gewürdigten und ihrem wesentlichsten Inhalte nach in den § 19 der Universitäts-

¹¹⁾ Nach der D.O. vom 18. Mai 1835 für die Hochschulen dreier „Lyceallehrer“.

¹²⁾ Die hiesigen Lyc.Akten verzeichnen nur Einen Fall einer solchen Appellation, und zwar für das Jahr 1835.

¹³⁾ Für die Bamberger lycealen Verhältnisse ist hier insbesondere einschlägig ein Bericht des zu den Absolutorialprüfungen aus der Philosophie pro 1834/35 entsandten Würzburger Universitätsprofessors. Auf ihn erging unterm 17. Sept. 1835 ministerieller Bescheid.

satzungen vom 18. Mai 1835 aufgenommenen Akte vom 18. Dez. 1833 und 3. Febr. 1834, wonach die Universitätsstudienzeit nun doch wieder unter Umständen auf 4 Jahre abgekürzt werden konnte (wogegen über eine analoge Möglichkeit der Abkürzung der am Lyceum zugebrachten Studienjahre nichts verlautete), mußten als neue, zwischen Lyceum und Volkshochschule eingeleitete, trennende Momente angesehen werden. Dies waren sie sicherlich, doch konnten sich freilich ihre Wirkungen nur auf das Verhältnis der Candidaten der theologischen Section des Lyceums zu den Theologiestudierenden der Universität erstrecken, nicht aber auf die nachmalig zur Universität übertretenden Lycealcandidaten der Philosophie. Für diese hatten vielmehr der Titel II der citirten B.D. des 18. Dez. 1833 und der nach ihm geformte § 20 der D.D. vom 18. Mai 1835 die Möglichkeit einer eventuellen Reduction der Universitätsstudienzeit d. h. der Jahre des Fachstudiums von 4 Jahren auf 3 Jahre ausdrücklich gewahrt — unter der Voraussetzung allerdings, daß sie genau wie die Studierenden der allgemeinen Wissenschaften an der Hochschule ihr *absolutorium philosophiae* mit der 2. Note bestanden hatten¹⁴⁾. Mit der Aenderung der Prüfungsvorschriften durch die R. B.D. vom 10. Mai 1838 wurde sodann die Entsendung von Ministerialkommissären an die Lyceen wieder eingestellt¹⁵⁾ und die Studienzeit der Hochschüler auf ausnahmslos 5 Jahre festgesetzt, worunter 2 Jahre dem Studium der allgemeinen Wissenschaften gewidmet sein sollten.

Die den Lyceen günstigen Bestimmungen der eben genannten Verordnung, welche den bezeichneten Anstalten ein weit

¹⁴⁾ Vgl. die obige F.N. 9.

¹⁵⁾ Diese Anordnung wurde nochmals wiederholt in einer, bereits in F.N. 19 des § 25 registrierten M.G. vom 24. Mai 1838, sowie einer ebensolchen E. über die Absolutorialprüfungen an den Gymnasien d. d. 3. Aug. 1838.

höheres akademisches Niveau zugewiesen hatte, als es die fundamentale B.D. vom 30. Nov. 1833 trotz der Betonung der principiellen Lehrgleichheit schaffen konnte, ließen sowohl in Universitäts- als Lycealkreisen die Meinung entstehen, als ob mit ihrem Eintritte manch' andere als Beschränkung empfundene Vorschrift gefallen sei, insbesondere die in der gedachten B.D. des 30. Nov. 1833 niedergelegte Forderung, daß der Lycealstudierende der Philosophie 2 volle Jahre am Lyceum zu verbleiben habe. Bei der Häufigkeit darauf bezüglicher Anfragen zur hohen und höchsten Stelle und nicht zum wenigsten in dem Wunsche, den vielfachen Verstößen¹⁶⁾ gegen die 2-jährige Carenzzeit ein Ende zu bereiten¹⁷⁾, sah man sich endlich Uth. Orts, obgleich sich sowohl das Ministerium des Innern als die Kreisregierung noch im Jahre 1839¹⁸⁾ sehr energisch für strikte Aufrechterhaltung des verordnungsmäßigen einschlägigen Paragraphen ausgesprochen

¹⁶⁾ Von der Existenz derselben legen die Matrikelbücher des Bamberger Lyceums lebhaftes Zeugnis ab.

¹⁷⁾ Wie wenig Klarheit damals in akademischen Kreisen bezüglich der Deutung der in rascher Folge über die Universitäten und Lyceen ergangenen Akte der Jahre 1827, 1829, 1832, 1833, 1834, 1835 und 1838 herrschte, beweisen einzelne zwischen dem Bamberger Lyceumsrektorate einerseits und den Senaten der Universitäten Würzburg und Erlangen bezw. den Deanen der dortigen philosophischen Fakultäten andererseits auf das schlagendste. So erging unterm 3. Sept. 1832 vom Senate der Universität Erlangen die Anfrage, ob ein Studierender, der den 1. philosophischen Kurs des Lyceums mit Erfolg durchlaufen habe, wirklich berechtigt sei, zum 2. philosophischen Jahrgang der Universität überzugehen. In einem anderen concreten Falle wollte der Würzburger Universitäts-senat wissen, ob ein Studierender, der am Bamberger Lyceum als unfähig zum Uebertritte in den 2. philosophischen Kurs erklärt worden sei, damit auch das Recht verwirkt habe, sein 2. philosophisches Jahr an der Universität zurückzulegen. U. a. m.

¹⁸⁾ In der Repositur des Bamberger Lyceumsrektorates befinden sich hierauf bezüglich eine M.E. vom 13. Juli 1839 und eine E. der Kreisregierung von Oberfranken vom 13. Okt. d. nämli. J8.

hatten, mit E. vom 20. Juli 1840¹⁹⁾ zu der Erklärung veranlaßt, daß fürderhin der Uebertritt der Lyceisten zur allgemeinen Klasse der Wissenschaften der Hochschule bereits nach 1 Semester oder 1 Jahre (und wohl selbsttredend auch nach 3 Semestern) gestattet sei, vorausgesetzt, daß sich die Interessenten der an den Lyceen üblichen Semestral- und Final- (Jahres-) Prüfungen unterworfen hätten. Eine weitere ministerielle E. vom 27. Juni 1842 ergänzte diese Bestimmung, welche merkwürdigerweise ihren Weg in die Neuausgabe der Hochschulsakungen vom 13. Febr. 1842 nicht gefunden hatte, durch die — eigentlich selbstverständliche — Bemerkung, daß der besagte Uebertritt einen Zugang zu den Fachfakultäten keineswegs einschließe, letzterer vielmehr nach wie vor von dem Bestehen der Prüfung pro admissione an der Universität oder des Absolutatoriums am Ende des biennium lyceale abhängig sei.

Natürlich hätte die mit M.N. vom 31. Okt. 1847 bekannt gegebene Aufhebung der P.D. des 10. Mai 1838 und teilweise der D.D. des 13. Febr. 1842 und deren Ersetzung durch die Universitätsstatuten vom 18. Mai 1835 neben anderen beengenden Schranken auch wieder die Unmöglichkeit des semestralen oder sogar des interbiennialen Uebergangs, sowie die Institution der Prüfungskommissäre für das Lycealabsolutorium aufrichten müssen, wenn nicht der lebhafteste Widerstand²⁰⁾ gegen diese Entschließung und die

¹⁹⁾ Diese einschneidende, bereits im § 14 dieser Abhandlung erwähnte Uth. E. fehlt merkwürdigerweise sowohl in der Döllinger'schen als der R. Weber'schen Gesetzes- und Verordnungen-Sammlung gänzlich.

²⁰⁾ Vgl. die im § 27 b besprochene Eingabe der Bamberger Philosophieandidaten vom 18. März 1848 und ihre Ergänzung und Erläuterung im B.Z. 1848, Nr. 285. In letzterer ist u. a. davon die Rede, daß die neuerliche Absendung außerordentlicher Ministerialkommissäre zu den lycealen Absolutorialprüfungen durch ein besonderes Rescript verfügt, dessen Aufhebung aber nachmals „faktisch“ zu-

alsbaldigen, die Verhältnisse der Universitäten und Lyceen völlig umgestaltenden Verfügungen des Jahres 1849 die praktische und rechtliche Bedeutungslosigkeit der getroffenen Redressierung veranlaßt hätten.

Mit der durch die M.E. vom 28. Sept. 1849 vorbereiteten und durch die weiteren solchen E. des 1. Okt., sowie des 13. Nov. des nämli. Js. wirksam gewordenen Beschneidung des Studiums der allgemeinen Wissenschaften auf 1 Jahr und der generellen Auflassung der Zwangsprüfungen aus diesen Wissenschaften wurde auch einer weiteren Klage, zu deren Durchföhtung man sich lycealerseits soeben wiederum anschickte, der Boden entzogen — einer Klage, deren wesentlichstes Substrat die Intentionen der höchsten E. vom 13. Okt. 1848 bildeten, wonach neuerdings eine Entbindung der Universitätsstudierenden vom 5. Studienjahre in Aussicht gestellt und zugleich eine Reduction der philosophischen Prüfungsfächer der Hochschule auf nur 5 vorgenommen worden war, während über die Lyceen in diesen Betreffen wiederum nichts verlautet hatte²¹⁾.

gestanden worden sei. Der Verf. möchte die Nichtigkeit dieser Ansicht bezweifeln. Er hält vielmehr dafür, daß die im Texte citirte M.E. des 31. Okt. 1847 resp. ihre oben im § 27b erwähnte Copie vom 22. Nov. des gl. Js. zur Neuaufriöhtung der Institution der a. o. Prüfungskommissäre vollständig ausreichte, daß aber ihre Unwirksamkeit theils auf die gegen sie hervorgerufene lebhaftc Reaction, theils auch durch die bereits in Erwägung und Vorbereitung begriffene und wahrscheinlich im Principe bereits beschlossene Umgestaltung und Erleichterung der Studienordnung der höheren Schulen veranlaßt wurde.

²¹⁾ Auch über die an den Universitäten, specicll an der Münchener Hochschule, in eigenmäöhtiger Weise bereits früher gewährten Erleichterungen im Absolutorialexamen aus der Philosophie wurde aus Bamberger Interessententreisen öffentlichc Klage geführt — B.L. 1848, Nr. Nr. 233 und 235. Darnach sollten in München die Candidaten der Philosophie, statt das fraglichc Examen mündlich und öffentlich abzulegen, solches durch häusliche Ausarbeitung je einer schriftlichen Einzelaufgabe bethätigt und in dieser durchgehends die Note „ausgezeichnet“ erhalten haben.

c. Vom Studienjahre 1849/50 ab bis zur Gegenwart.

Die im Vorstehenden erwähnte M.E. vom 1. Okt. 1849 über die revidierten Satzungen für die Studierenden an den Hochschulen verlangte in ihrem Tit. I § 8 von dem zur Universität übergehenden Lyceisten, gleichgiltig welcher Section, nur mehr noch ein bloßes Abgangszeugnis des von ihm besuchten Lyceums, während die Möglichkeit des semestralen Uebertrittes aus dem § 2 des gleichen Titels wenigstens indirekt gefolgert werden konnte. Die auf die Basis der fundamentalen höchsten E. vom 13. Nov. 1849 gestellte Neuauflage bezw. der Abdruck und die Revision der Lycealen Satzungen der Bamberger Anstalt je vom 2. Febr. 1851, vom Jahre 1867 und vom 28. Febr. 1883 ergänzten diese Anordnungen wesentlich, indem sie in der That die Zulässigkeit des Uebertritts der Lycealstudierenden an die Hochschule am Schlusse der einzelnen Semester, wie sie bereits durch die M.E. vom 20. Juli 1840 begründet, wie sie aber durch die analoge E. vom 31. Okt. 1847 formell wieder aufgehoben oder zum mindesten stark in Frage gestellt worden war, ausdrücklich dokumentierten und über das „Abgangszeugnis“ die Bestimmung trafen, daß sich solches nicht nur über die vollzogene Inscription der Vorlesungen und das gepflogene sittliche Verhalten, sondern auch über die bethätigte Frequenzierung der ersteren zu äußern habe.

Diese letztere Definition fand in der neuesten Ausgabe der Lycealstatuten vom 1. Juni 1891 anscheinend keine rechtliche Basis mehr, da die einschlägige Ziff. 4 des § 35 derselben nur die Aufnahme der während der Dauer des Aufenthalts am Lyceum „ordnungsmäßig belegten“ Vorlesungen in das beilagte Zeugnis, nicht aber eine Festierung über die Regelmäßigkeit des Besuchs dieser Collegien verlangte. Auf eine vom Lyceumsrektorate Bamberg zur höchsten Stelle ergangene Anfrage wurde jedoch mit E.

vom 21. Febr. 1892 erwidert, daß, obwohl die fragliche Ziffer dem Wortlaute nach genau mit der gleichnamigen Ziff. 4 des § 35 der revidierten Universitätsstatuten vom 22. Febr. 1891 übereinstimme, die Bezeugung der inscribierten Vorlesungen am Lyceum doch jedesmal zugleich auch eine Bezeugung des Grades der Frequenz in sich schließe, während diejenigen Fälle, in welchen Universitätsstudierenden Zeugnisse über den fleißigen Besuch der Collegien ausgestellt würden, in Ziffer 2 des § 37 der genannten Universitätsstatuten im besonderen namhaft gemacht seien.

Die Auslegung wurde motiviert mit der eigenartigen Stellung und der relativ geringen Schülerzahl der Lyceen, welche beiden Momente eine genauere Controle des Fleißes der Studierenden erheischten und auch ermöglichten. Sie war bereits in der die Lycealstatuten vom 1. Juni 1891 commentierenden, u. a. in den §§ 15 und 22 erwähnten M.E. vom 10. Juni des gl. Jz. angebahnt worden, welche ihrerseits nämlich den „ordnungsmäßig belegten“ Vorlesungen der Universität die „ordnungsmäßig gehörten“ am Lyceum gegenübergestellt und so die bis zum Jahre 1891 vorhanden gewesene Identität von Inscriptions- und Frequenzzeugnissen der letzteren Anstalt in novo auch für die Folgezeit gewahrt hatte.

Inwieweit Verordnungen und Verfügungen der jüngsten Zeit, in die Frage des Uebertrittes der Philosophiecandidaten der Lyceen zur Vollhochschule eingegriffen haben, ist bereits in dem soeben citierten § 15 dieser Abhandlung dargestellt worden. Das inverse Thema aber des Uebertrittes von der Universität soll im unmittelbar folgenden Paragraphen erörtert werden.

§ 30. Uebertritte von der Universität zur philosophischen Lycealsection.

Die Untersuchungen des soeben abgeschlossenen Paragraphen haben ergeben lassen, daß die Bedingungen für

den Uebertritt von der philosophischen Section des Lyceums zur Universität im Laufe des 19. Jahrhunderts zwar mannigfachem Wechsel unterworfen, aber immerhin zu allen Zeiten durch mehr oder minder genaue Vorschriften geregelt waren. Dagegen fehlt es merkwürdigerweise während der ersten Hälfte des genannten Zeitraums fast durchgängig an allgemeinen reciproken Bestimmungen bezüglich des Uebergangs von der (Klasse der allgemeinen Wissenschaften der) Universität zur philosophischen Abteilung des Lyceums.

Speciell erwähnte von den generellen Erlassen über die Universitätsstudien und -studierenden vom 26. Jan. 1804, 6. März 1814, 26. Nov. 1827, 23. Nov. 1832, 18. Dez. 1833, 3. und 9. Febr. 1834, 18. Mai 1835, 3. Juli 1836¹⁾, 10. Mai 1838, 13. Febr. 1842, 31. Okt. 1847, 13. Okt. 1848, 28. Sept. und 1. Okt. 1849 und von jenen über die Verhältnisse an den Lyceen vom 1. Jan. 1803, 10. Okt. 1824, 8. Febr. 1829, 30. Nov. 1833, 3. Febr. 1834, 20. Juli 1840, 28. Sept. und 13. Nov. 1849 keiner das in Rede stehende Moment auch nur mit Einer Silbe. Es ist vielmehr eine einzige E. vom 16. Mai 1835, welche, in Beantwortung einer concreten Frage eines Einzellyceums²⁾ erfolgt, über die Art dieser Rückbeziehung Aufschluß erteilte. Für die ganze Zeitfolge von der Säkularisation bis zu dieser Entschliebung blieb also den Lycealrektoraten wohl nichts anderes übrig, als sich entweder einer schon vorhandenen Gepflogenheit in diesem Betreffe observanzmäßig auch weiterhin anzuschließen³⁾ oder in eigener Zuständigkeit besondere Normen einzuführen, zu denen eben die citierten,

¹⁾ Vgl. F.N. 1 der Einleitung des § 29.

²⁾ Des Lyceums Dillingen. E. weiter unten.

³⁾ Eine solche Observanz war insbesondere da vorhanden, wo, wie in Bamberg, eine Universität bestanden hatte, deren Einrichtungen bei der Gründung der Lycealanstalt in mannigfacher Weise nachgebildet worden waren.

im Intervalle der ersten 3 Decennien des 19. Jahrhunderts erschienenen zahlreichen Verfügungen resp. ihre per analogiam bewirkte Umkehrungen die Grundlage abgeben mußten.

Auf alle Fälle charakterisiert der berührte Mangel einer jeglichen Erwähnung dieser für das Wechselverhältnis zwischen Hochschule und *Gymnasium* eminent wichtigen Reciprocitätsfrage so deutlich wie kaum ein zweites Element in der Geschichte der beiden Bildungsstätten die in die Praxis übersehte Consequenz des Superioritätsgedankens der Universität: während man, wenigstens zu gewissen Epochen, dem *Gymnasiasten* genau wie dem Absolventen der Mittelschule behufs Aufnahme in die Universität eine Reihe beschränkender und bedrückender Bedingungen auferlegt hatte — so den Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung durch ein besonderes Examen, die Verbringung einer bestimmten Mindestzahl von Semestern auf dem *Gymnasium* u. u. — schien für den Zutritt des Universitätsstudierenden der ersten Jahre zur philosophischen Section des *Gymnasiums* das bloße Attest des *civis academicus* als selbstverständlicher Freibrief zu gelten.

Der erste Akt der Bamberger *Gymnasial*anstalt, welcher überhaupt von der Möglichkeit eines derartigen Uebertritts Notiz nahm, war das Disciplinarstatut⁴⁾ vom Jahre 1816. Es verlangte, daß jeder von der Hochschule kommende Immatrikuland sich „durch Zeugnisse zu legitimieren“ habe. Da zu jener Zeit unbedingte Pflichtexamina an den Universitäten nicht bestanden, so konnten unter diesen Zeugnissen nur solche über die daselbst stattgehabte Immatrikulation und Inscription oder höchstens über die bethätigte Frequenz gemeint sein. Uebrigens war die ganze Anordnung dem Sinne nach wohl mehr auf die Studierenden der Theologie gemünzt gewesen, denn auf die Philosophiecandidaten.

⁴⁾ Ueber die verschiedenen in diesem Paragraphen erwähnten Disciplinarstatuten s. § 41.

Hatten doch diese letzteren bis zum Jahre 1827 an der Universität nur ein einziges philosophisches Jahr zurückzulegen, um nach Umfluß desselben sogleich zur gewählten Fachfakultät übertreten zu können, während der stud. phil. des Lyceums eine doppelt so lange Zeit nötig hatte, um das gleiche Ziel zu erreichen. Und dies nicht allein! Der Lehrgang an der Vollschole kannte, wie schon öfter hervorgehoben wurde, in jener Zeit keinerlei Prüfungen und natürlich noch weniger speciellc Erwägungen über die Ertheilung oder Verweigerung des Consenses zum Vorrücken auf oder aus der philosophischen Laufbahn, so daß es geradezu als eine Seltenheit verzeichnet werden mußte, wenn ein Universitätsstudierender die kürzere und glattere Weise des Studiums der allgemeinen Wissenschaften an seiner Hochschule aufgab, um auf einem längeren und mit Rücksicht auf die Prüfungsbestimmungen am Lyceum immerhin unsichereren Wege weiter zu wandeln.

Daß indessen solche sporadische Uebergänge dennoch erfolgten, beweisen außer den einschlägigen Paragraphen der oben angezogenen Bamberger D.O. vom Jahre 1816 ebensowohl die Matrikelbücher des Bamberger Lyceums, wie nicht minder die Jahresberichte wohl aller bayerischen Lyceen. Auch die im Jahre 1824 erfolgte Neuauflage⁴⁾ der soeben genannten D.O. hatte aus der letzteren die Bestimmung über die Beibringung von „legitimierenden Zeugnissen“ genau in der gleichen Form wieder aufgenommen.

Dagegen fehlte merkwürdigerweise ein den Uebergang von der Universität zum Lyceum betonender Passus in den Bamberger lokalen „Satzungen“⁴⁾ vom 29. April 1834, welche sich auf die beiden fundamentalen Erlasse vom 30. Nov. 1833 und 3. Febr. 1834 aufbauten, wiederum vollständig. Und doch wäre die Einbeziehung gerade dieser Eventualität bei der allmählich immer enger und mannigfaltiger gewordenen Verührung beider Bildungskörper nicht

nur an sich sehr erwünscht, sondern im Hinblick auf die neue Bestimmung über die ungeteilte Zurücklegung des biennium philosophicum des Lyceums seitens der Candidaten der ersten Section desselben absolut notwendig gewesen! Denn es konnte ebenso gut parallel mit dieser Vorschrift auch an einem 2-jährigen Verbleib in der Klasse der allgemeinen Wissenschaften an der Universität festgehalten werden, wie es gegenteilig nicht minder plausibel erschien, in Rücksicht auf den universelleren Charakter und die superioren Stellung der Volkshochschule eine solche Beschränkung hintanzuhalten. Für diesen letzteren Fall aber konnte man weiterhin, genau wie vor der Einführung des 2-jährigen Philosophiestudiums an den Universitäten i. e. vor dem Erscheinen der Disciplinarstatuten vom 26. Nov. 1827, so auch jetzt und mehr noch während der Zeitdauer der Bestimmungen über eventuelle Dispensation vom 5. Universitätsjahre^{*)} im Zweifel sein, ob der nach 1 Jahre philosophischen Studiums von der Hochschule zum Lyceum Uebertretende an der letzteren Anstalt sogleich zum Fachstudium schreiten könne oder ob er vorerst auch noch den 2. philosophischen Lehrgang des Lyceums absolvieren müsse.

Diese Fragen wurden durch die bereits erwähnte höchste E. vom 16. Mai 1835, gerichtet an das Lyceumsrektorat Dillingen, entschieden. Der Entscheid ging dahin, daß der Interessent — im Gegensatz zu dem einer 2-jährigen Carenzzeit unterworfenen Lycealcandidaten — seine Lehranstalt bereits nach 1 Jahre verlassen und zum Lyceum übertreten durfte, daß er dann jedoch freilich gehalten war, den ganzen 2-jährigen Lycealcurs der Philosophie zu durchlaufen. Diese exemte, mildere Behandlung der Hochschulstudierenden war veranlaßt durch die Rücksichtnahme auf die bestehende schärfere Trennung der philosophischen

*) E. hierüber die unmittelbar vorausgehenden §§ 29a und b.

und theologischen Abteilung des Lyceums, die in der That ihren prägnantesten Ausdruck darin gefunden hatte, daß den Philosophiestudierenden daselbst nicht wie ihren Comilitonen der Universität gestattet worden war, neben den Collegien über die philosophischen Wissenschaften auch bereits einleitende Fachcollegien aus der (hier allein in Betracht kommenden) Theologie zu hören, ausgenommen das Lehrfach der hebräischen Sprache⁹⁾.

Uebrigens konnten die Bestimmungen der in Rede stehenden M.E. des 16. Mai 1835 keineswegs als erschöpfende Lösungen der Uebertrittsfrage gelten. Hatten sie doch verschiedene cardinale Fragepunkte gar nicht in Behandlung genommen: sie gaben z. B. keinen Aufschluß darüber, ob die von der Hochschule zum Lyceum eintretenden Philosophiestudierenden — welche daselbst zu jener Zeit nur einem Approbationsexamen aus den allgemeinen Wissenschaften pro admissione und diesem nur insoweit, als sie Inländer bezw. Staats- und Kirchendienstaspiranten waren, keineswegs aber regelmäßigen Semestralprüfungen unterlagen — diese letzteren am Lyceum nachzuholen hätten, u. s. w. Derlei Probleme fanden vielmehr ihre officielle Erledigung erst nach 3 Jahren, nämlich durch die B.D. für

⁹⁾ Vgl. § 17. Abweichend von dieser Norm waren am Lyceum Bamberg während der drei ersten Lustren seines Bestehens Philosophiecandidaten auch zum Besuche theologischer Collegien, und umgekehrt Theologen zum Nachhören einzelner Fächer aus dem Bereiche der 1. Lycealsection zugelassen worden. S. u. a. Jahresber. 1812, 1813, 1814 und Lyc.-Akten. Auch diese Maßnahmen gehörten in die Kategorie der Eigenmächtigkeiten und Abweichungen, die sich das Lyceumsrektorat Bamberg in jener Epoche nur zu häufig gestattete, sie rechtfertigten sich aber durch die äußerst geringe Schülerzahl in der kritischen Zeit, welche es veranlaßte, sowohl die beiden philosophischen als auch einzeln die theologische Jahrgänge unter sich äußerlich zu je einem einzigen Lehrkurs zusammenzulegen. S. etwa Jahresber. 1811, 1812, 1816, 1818 u. a.

die Universitäten vom 10. Mai 1838, welche Lyceal- und Hochschulstudierende der 4 unteren Semester mit der Auflage zur regelmäßigen Ablegung von Semestralprüfungen gleichheitlich bedachte, so daß eigentlich erst von diesem Datum an die Wirksamkeit der E. des 16. Mai 1835 zur vollen Entfaltung gelangte.

Allerdings währte auch sie nur 2 Jahre. Die des öfteren, auch in diesem Paragraphen bereits gewürdigte einschneidende ministerielle E. vom 20. Juli 1840, welche den Uebertritt vom philosophischen Kurs der Lyceen zur Universität nach jedem Semester gestattete, hatte damit implicite auch der Beschränkung des Uebertritts in der umgekehrten Richtung das Urtheil gesprochen und zugleich den semestralen Verkehr von der einen Bildungsstätte zur andern völlig frei gegeben, allerdings unter der Voraussetzung des erfolgreichen Bestehens der Semestralprüfungen, wie sie am Lyceum schon längst bestanden, wie sie an den Universitäten aber erst durch die kurz vorher erwähnte R. V.D. des 10. Mai 1838 eingeführt worden waren und wie sie nachmalig auch durch die Revision der Universitätsstatuten vom 13. Febr. 1842 noch aufrecht erhalten wurden.

Die breite Kluft, welche sich in Folge der oben, sowie in den §§ 27b und 29b besprochenen ministeriellen Erlasse vom 31. Okt. 1847 und 13. Okt. 1848 bezw. durch das Zurückschrauben der zu jener Zeit giltigen Prüfungsnormen auf den status der D.D. für die Universitäten vom 18. Mai 1835 zwischen den Lyceal- und Hochschulstudierenden zu öffnen im Begriffe stand, hätte natürlich auch die Einheitlichkeit der Uebertrittsbedingungen wieder zerreißen müssen. Sie wurde jedoch, wie in dem citierten Paragraphen bereits erwähnt, nicht wirksam. An ihre Stelle traten vielmehr alsbald die ausgleichenden E. der höchsten Stelle vom 28. Sept., 1. Okt. und 13. Nov. 1849. Diese grundlegenden Akte räumten mit dem Prü-

fängszwange und der Beschränkung der Freizügigkeit der Lyceal- und Universitätsstudierenden vollständig auf und knüpften insbesondere die Legalität des Uebertrittes von der (philosophischen Fakultät der) Universität zum (philosophischen Kurs am) Lyceum nur an die beiden Bedingungen der Vollendung des laufenden Semesters und des durch ein „Abgangszeugniß“ zu erbringenden Nachweises der stattgehabten Immatrikulation und Inscription, sowie der ordnungsmäßigen sittlichen Führung an der Universität. Auch die neuesten Satzungen letzterer Lehranstalt vom 22. Febr. 1891 hielten an dieser Definition des Abgangszeugnisses fest, während allerdings, wie zum Schlusse des § 290 erörtert wurde, für den Uebergang vom Lyceum zur Universität das fragliche Zeugniß zugleich auch den Charakter eines Frequenzzeugnisses besitzt.

B. Der theologischen Section.

§ 31. Einleitung.

Im Abschnitte IIIA dieser Abhandlung ist mit kurzen Strichen die zweifache Bedeutung skizziert worden, welche einem bayerischen Lyceum dadurch innewohnte, daß dasselbe als eine öffentliche höhere Schule in seiner ersten Section die meiste Zeit hindurch ein allgemeines Bindeglied paritätischen Charakters¹⁾ zwischen Mittel- und Hochschule darstellte, während es als Totalanstalt zu allen Zeiten und unter allen Umständen, verhüllt oder unverhüllt, eben doch das Lehr- und Lebensziel verfolgte, dem Studium der katholischen Theologie zu dienen, zu welchem Behufe es freilich dann auch der genannten ersten Hälfte, der philosophischen Section, als natürlichster Vorbereitungsschule auf das dringendste bedurfte.

Insoferne freilich die Heranbildung zum katholischen Priestertum nicht nur wissenschaftlich, sondern auch praktisch und, der künftigen Berufsstellung der Interessenten entsprechend, nicht zum wenigsten auch ascetisch gehandhabt werden soll, tritt als weitere Bildungsstätte neben dem königlichen Lyceum das bischöfliche Seminar auf, mit dem ersteren in coordinirender Weise ein Doppelsystem²⁾ bildend, das als *modus vivendi*-Produkt der kirchenpolitischen Regungen zu

¹⁾ Paritätisch im Sinne der Aufnahme von Studierenden. Vgl. § 19.

²⁾ Ueber die Gründung der einzelnen Lyceen und Seminarien s. die §§ 23 und 24.

Beginn des 19. Jahrhunderts dem bayerischen Schulwesen eigentümlich ist²⁾. Sein Grundgedanke findet sich wohl noch, wenngleich in weit lockerem Gefüge, in einer gewissen Correlation zwischen den katholisch-theologischen Fakultäten der staatlichen Universitäten und den an den Universitätsorten befindlichen episcopalen Diöcesanseminarien dargestellt, nicht aber im System außerbayerischer theologischer Bildungsstätten der Lycealstufe, allwo vielmehr, den allgemeinen Vorschriften des Tridentinischen Concils und den besonderen staatsrechtlichen Vereinbarungen mit dem Episcopate entsprechend, Seminar und Lyceum, Lyceum und Seminar fast durchgängig den Inbegriff abgeben einer mit vollständigem wissenschaftlichem Lehr- und Bildungsapparat versehenen Lehr- und Erziehungsanstalt für die zum katholischen Priestertum abspirierenden Zünglinge gymnasialer Reife der betreffenden Diöcese.

Daß eine derartige Zusammenlegung aller didaktischen und educatorischen Zügel in Eine Hand oder eventuell in zwei Einem Körper angehörigen Hände eine merkliche Vereinfachung des Studienbetriebes im Gefolge haben mag, muß objektiv unbedingt zugegeben werden. Und doch erscheint der gegenteilige, aber naheliegende Schluß, als ob durch die Bifurkation zwischen königlichem Lyceum und bischöflichem Seminar sich notwendigerweise eine erhebliche Weiterung oder Complication des Studienganges und der Studienordnung der Theologen hätte einstellen müssen, direkt unzutreffend. Man vergleiche nur zum Beweise dessen die Anzahl sowohl, als die innere Qualität der über das Theologiestudium an den bayerischen Lyceen während des verfloffenen Jahrhunderts ergangenen, in den folgenden

²⁾ Nur das einzige bayerische Lyceum Eichstätt macht eine Ausnahme, indem es mit dem dortigen Klerikalseminar zusammen ein einheitliches Institut im Sinne der nachfolgenden textlichen Ausführungen bildet. Cf. § 24.

Paragraphen niedergelegten Verfügungen und Erlasse mit den analogen Elementen, wie wir sie bezüglich der philosophischen Section der nämlichen Anstalten in den vorhergehenden Abschnitten IIIA und IVA zur Sprache gebracht haben — und man wird sich überzeugen, daß, ein so reiches Experimentiermaterial auch die Institution der philosophischen Lycealsection den stets wechselnden organisatorischen Bestrebungen des Staates besonders während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts dargeboten hatte, so dürftig hingegen das schulhistorische Material erscheint, das sich im Laufe der nämlichen Epoche im Betreffe der theologischen Abtheilung als einer höheren Behraustalt staatlichen Charakters angesammelt hat.

Insoferne freilich die Theologen nicht bloß dieser Anstalt als Studierende angehörten, sondern auch gezwungen waren, in das Klerikalseminar als Alumnus einzutreten und sich die Aufnahme in den Klerikerstand zu sichern, waren sie Verhältnissen unterworfen, welche als ständige Angriffs- oder Abwehrpunkte staatlicher und curialer Politik eine weit wechselvollere Vergangenheit hinter sich haben, eine Geschichte, gleich interessant für den Pädagogen und Schulhistoriker, wie für den Kirchenpolitiker, den Kirchengeschichts-, Kirchenrechts- oder Staatsrechtslehrer.

Da bei der Fundamentalbestimmung der Lyceen als wissenschaftlicher Fachschulen für den klerikalen Beruf und bei den nahen Beziehungen derselben zu den Seminarien alle die letzteren Institute berührenden Wandlungen auf die ersteren Bildungskörper eine jede einmalige Rückwirkung äußern mußten, so wird natürlich auch ihre Darlegung von sehr wesentlichem Interesse sein. Sie wird zudem keineswegs in aller Kürze vorgenommen werden können. Nicht nur, daß die wünschenswerte angemessene Charakterisierung ihrer einzelnen Phasen an sich schon einen breiteren Raum beansprucht: es waren auch die 3 einschlägigen Hauptbegriffe der *admissio ad theologiam*, der *admissio ad seminarium (alumnatum)* und endlich der

admissio ad clericatum und die entsprechenden Admissionsbedingungen zu den verschiedensten Zeiten, bis zur unmittelbaren Gegenwart herauf, gänzlich oder teilweise so innig verquidelt gewesen, so daß ihre Trennung und Sonderdarstellung ohne die gründliche Ausspinnung ihrer Geschichte in Einzelfäden kaum möglich erscheint. Relativ am deutlichsten hebt sich dabei das erste Moment der Zulassung zum Studium der Theologie heraus, wie es neben anderen auf die theologische Lycealsection bezüglichen Verhältnissen in diesem Abschnitte IV B zur Sprache gebracht werden wird. Dagegen verlangen die Elemente der beiden anderen Admissionen die Einreihung in ein gesondertes Kapitel der Abhandlung, wie es unter IV C erfolgen soll.

§ 32. Eintritt aus der philosophischen Lycealsection — die *Admissio ad Theologiam* für die Philosophiecandidaten des *Lyceums*.

Von der Gründung oder, wenn man will, von der Reformation der bayerischen Lyceen in der Säkularisations-epoche bis zur organischen Neugestaltung derselben im Jahre 1849 bildeten die Candidaten der philosophischen Lycealsection ein untrennbares Ganze. Eine fundamentale Ausecheidung zwischen Theologie- und Nichttheologie-Aspiranten erfolgte keineswegs, es waren vielmehr die sämtlichen Studierenden dieser Section den nämlichen Bestimmungen hinsichtlich der Zwischen-, der Semestral-, Final- und Absolutorialprüfungen, welche in derselben usuell oder dekretiv statt hatten, unweigerlich unterworfen, ähnlich wie z. B. die sämtlichen Schüler der Oberklasse des Gymnasiums ohne Rücksicht auf ihren späteren Lebensberuf von jeher an den Erwerb des Absolutorialzeugnisses gebunden sind, wollen sie nach ihrem Uebertritte zur Hochschule als immatrikulierte akademische Vollbürger derselben gelten.

Im Princip freilich wurden derlei staatliche Verfügungen von der katholischen Kirche als berechtigt niemals anerkannt, die Sorge vielmehr auch für die wissenschaftliche Ausbildung der zum Klerikate inklinierenden Jünglinge, und zwar schon von deren frühester Jugend an, von ihr für sich in Anspruch genommen. Effektiv aber gelangten sie, nachdem der Streit um die Ersetzung des Tridentinischen „pueri“¹⁾ durch die die Altersstufe wesentlich hinaufsetzenden Begriffe „candidati“²⁾ bezw. „adolescentes“³⁾ und um die richtige Definition insbesondere des letzteren Wortes ebenfalls dazu beigetragen hatte, den Abschluß des Concordats längere Zeit hintanzuhalten²⁾, in Ausfluß der damaligen „Politik der stillen Vorbehalte“³⁾ zur vollen Wirksamkeit und zwar, wie es scheint, erstmals unangefochten vom Jahre 1817 ab⁴⁾. Bestanden darum für den Zugang von der philosophischen Abteilung des Lyceums zur theologischen im großen und ganzen die Zwangsanordnungen über die Erbringung des Absolutatoriums der Philosophie überhaupt, wie solche als für die Lycealstudierenden der ersten Section gemeinhin verbindlich in den vorhergehenden §§ 27 bis 29 eingehender gewürdigt wurden, so ist nunmehr noch ergänzend nachzutragen, welche Sondergesetze sich etwa neben den generellen im Laufe der Zeit weiterhin für die hier in Rede stehende specielle *admissio ad theologiam* herausgebildet hatten.

¹⁾ C. etwa Hinschius, 531, Silbernagl 111 ff. sowie die folgende F.N. 2.

²⁾ Cf. das Recht der Kirche, 69; v. Sicherer, 232, 236, 237, 247 u. a. a. St.; auch Past. Bl. 1864, Nr. Nr. 34 und 35.

³⁾ Vgl. etwa F.N. 8 des § 4 und F.N. 3 des § 11 und die daselbst eingefügten Literaturnachweise.

⁴⁾ Ueber die vergeblichen Bemühungen des Erzbischofs von München-Freising und der Bischöfe von Eichstätt und Speyer in späterer Zeit um die Gründung resp. Anerkennung öffentlicher episcopaler Anstalten der Lyceal- und Gymnasialstufe s. hauptsächlich § 24.

Zunächst spiegelte sich der große kirchenpolitische Kampf der ersten 3 Quinquennien nach der Säkularisation um die Erziehung des katholischen Klerus auch an der kleinen Bamberger *alma mater* recht lebhaft wieder. Im allgemeinen freilich wurde seitens der Bamberger Hierarchie an der staatlich festgesetzten lycealen Bestimmung über die Notwendigkeit der Erbringung des Absolutorialzeugnisses der Philosophie zwecks Uebertritts zum theologischen Fachstudium um so weniger gerüttelt, als dasselbe nicht nur an sich als der beste Gradmesser für den Stand der auch von der Kirche begehrten⁵⁾ wissenschaftlichen Reife der Admittenden angesehen, sondern auch überdies in der dem Lyceum Bamberg eigenen Form als bloße Fortführung der an der untergegangenen hochstiftlichen Universität existent gewesenen analogen Einrichtung gelten konnte⁶⁾. Wohl aber griff das dem letzten Fürstbischof Christoph Franz von Buxed⁷⁾ in der Leitung der Diocese succedierende General-

⁵⁾ Vgl. etwa Silbernagl, 114.

⁶⁾ Nach einer fürstbischöflichen E. vom 4. Mai 1781 waren die am Schlusse des (1. und) 2. philosophischen Studienjahrs geprüften Candidaten der Philosophie in 4 Klassen einzuteilen, umfassend die Primatisten, Defendentes, Ascendentes und Remanentes. Die der letzten Gruppe angehörigen Prüflinge mußten den ganzen Jahrgang des (1. bezw.) 2. Kurses repetieren, dagegen durften jene der drei höheren Grade in die (2. philosophische Klasse resp. die) Fachfakultäten vorrücken. Die Primatisten und Defendisten der philosophischen Jahrgänge hatten das Recht, sich durch Defension — am Schlusse des 1. oder 2. philosophischen Jahres — das Doktorat zu erwerben. Den Ascendenten dagegen blieb das Promotionsrecht nur mehr für die höheren Fakultäten vorbehalten. S. Weber I, 218. Die Forderung selbst eines am Schlusse des 1. oder 2. philosophischen Jahres abzulegenden Examen *pro ascensu* war schon vor dem Jahre 1750 erhoben und im Jahre 1754 zu einer förmlichen Verordnung gestempelt worden. *Ibid.*, 208, 274, 301 u. a. a. O. Vgl. auch § 3 dieser Abhandlung.

⁷⁾ Der seiner weltlichen Würde — cf. F. N. 1 des § 7 — entkleidete Kirchenfürst regierte als Bischof von Bamberg nur noch wenige Jahre. Er starb nach Schem. 1821, 13 am 30., nach Schem. 1858, 13 am 28. Sept. 1805.

vikariat⁸⁾ dann und wann selbständig in diese Prüfungsnormen ein, indem es den Philosophieandidaten einzelner Jahrgänge gestattete, schon vor Beendigung der beiden philosophischen Jahreskurse — und damit selbstredend auch ohne Unterordnung unter die philosophischen Semestral- und Absolutorialprüfungen — zur theologischen Section überzutreten.

Diese Verfügung, mochte sie ihren Grund haben in dem Willen, den principiellen Standpunkt der Nichtanerkennung staatlicher Vorschriften in Sachen der klerikalen Erziehung seitens der Kirche zum deutlichen Ausdruck zu bringen, oder in dem Wunsche, in der damaligen Zeit acuten Priestermangels⁹⁾ den Zugang zur Theologie zu erleichtern, stieß jedoch alsbald auf nachhaltigen Widerstand. Während sich anscheinend das Lyceumsrektorat schweigend und neutral verhielt, bot der besprochene Punkt dem mit der Leitung der Aufnahmsprüfung ins Seminar betrauten R. Kommissär¹⁰⁾ M. J. Stenglein um so festeren Anfaß zu einer durch Bericht vom 10. März 1817 zum Generalkreiskommissariate in Bayreuth erstatteten Beschwerde. In einer E. vom 10. Juni js. Jz. stellte denn auch die ange-

⁸⁾ Die Seele desselben war der seit dem 19. Sept. 1812 als Generalvikar fungierende, in den verschiedenen Abschnitten des § 37 noch öfter zu erwähnende ehemalige Kapitular der Bamberger Metropolitankirche Adam Friedrich Freiherr Groß von und zu Trodau, der nachmalige erste in Ausführung des Concordats ernannte Bischof von Würzburg. Er trat in den kirchenpolitischen Kämpfen der ersten Decennien des vorigen Jahrhunderts durch seine Beziehungen zum „Eichstätter Freundschaftskreis“ und als eifriger Verfechter der Rechte der katholischen Kirche und des päpstlichen Stuhles in prägnanter Weise hervor. Vgl. hierüber etwa (Höfler), 39; v. Sacherer, 196, 207 zc. zc.; Brüd I, 147, 303, 304; II, 176, 178 u. a. a. St.; Braun, 396 ff.

⁹⁾ Vgl. F.N. 1 des § 24 und den ihr zu Grunde liegenden Text, sowie die bisher gehörigen Ausführungen des § 37 b.

¹⁰⁾ Ueber die Institution der weltlichen Prüfungskommissäre vgl. die §§ 37 b—d.

rufene Behörde, nachdem das Generalvikariat in einer Gegenvorstellung vom 16. Mai ejd. a. seine Haltung gerade in dieser Angelegenheit entgegenkommender gestaltet hatte, den Grundsatz wieder her, daß kein Candidat der philosophischen Abtheilung des Lyceums zur theologischen übergehen könne, der nicht den vollen 2-jährigen Kursus des philosophischen Studiums rite absolviert habe¹¹⁾.

Bei dieser Festsetzung verblieb es in der That bis in das erste Drittel der 30-er Jahre. Die vielfachen Aenderungen aber in der Organisation, der Studienordnung und dem Studienbetriebe der höheren Lehranstalten in jener Epoche ließen auch eine Diskussion, wenn nicht Umgestaltung der Bedingungen erwarten, unter welchen die Brücke von der philosophischen zur theologischen Lycealsection beschritten und passiert werden durfte.

Als erster hierauf bezüglicher Akt erscheint die M.E. vom 9. Febr. 1834 über den Vollzug der neuen P.D. vom 23. Nov. 1832 für die Universitäten. Sie antwortete speciell auf die Frage, ob angesichts dieser letzteren Ordnung und conform mit ihr auch für das Lyceum eine nochmalige förmliche „Uebtrittsprüfung“ von der philosophischen zur theologischen Section beabsichtigt sei, oder ob das bisherige Absolutorium der Philosophie auch fernerhin als für diesen Uebtritt genügend erachtet werden könne, indem sie die Richtigkeit der letzteren Anschauung bejahte, allerdings unter der Voraussetzung, daß das Absolutorialexamen mit der „Note der Befähigung“ bestanden sei¹²⁾. Eine 2 Jahre

¹¹⁾ Das K. Generalkreiscommissariat, die nunmehrige K. Preisregierung, wollte bezüglich der Vollziehung dieses Beschlusses dem Lyceumsrektorate Bamberg „die nötigen Weisungen“ noch speciell zu-gehen lassen. Ein einschlägiges Schriftstück war jedoch unter den Lyc.Akten nicht aufzufinden.

¹²⁾ Diese Klausel war in Rücksicht auf die damals geltenden verschiedenen Qualifikationssysteme der Universität und des Lyceums keineswegs eindeutig zu verstehen. Ihr Sinn ging dahin, es sollte

später erschienene höchste Entschliebung, vom 27. Mai 1836 datiert, verschärfte jedoch diese Bedingung wieder nach mehreren Richtungen hin: sie erweiterte, während bislang die Absolutorialprüfungen gewöhnlichen Stils vor dem Lehrgremium der philosophischen Section allein abzuhalten waren¹³⁾, nunmehr den Begriff der Oeffentlichkeit durch Zuziehung auch der Professorenschaft der theologischen Section; sie verfügte die Vornahme dieser Prüfungen, die somit nunmehr wirkliche Uebertrittsprüfungen geworden waren, durch den Kreissschulreferenten¹⁴⁾ oder einen Stellvertreter desselben; sie verpflichtete endlich den die Absolutorialprüfungen aus der philosophischen Section zum besondern Zwecke des Uebertritts zur Universität leitenden a. o. Ministerialkommissär¹⁵⁾, auch der in Rede stehenden Approbationsprüfung *pro admissione ad theologiam* beizuwohnen, um, ohne in das Prüfungsgeheimnis selbst irgendwie einzugreifen, von dem Gange der Prüfung genau Kenntnis zu nehmen und die von ihm gemachten Wahrnehmungen in seinem Berichte gleichfalls referierend zur Darstellung zu bringen¹⁶⁾.

die Ausfertigung des Absolutoriums überhaupt an den Besitz einer noch zureichenden Note (der Befähigung) geknüpft sein, und zwar im Gegensatz zu der unmittelbar folgenden „Note der Nichtbefähigung“, nicht etwa im Gegensatz zu einer möglicherweise noch vorhandenen tieferen „Note der Befähigung“, deren Erwerbung die Zulassung zum lycealen Studium der Theologie ausgeschlossen, den Uebertritt in die Fachstudien der Hochschule aber ermöglicht hätte. Vgl. hierüber etwa F. N. 9 des § 29 b.

¹³⁾ V. §§ 29 a und b.

¹⁴⁾ S. hierüber die §§ 21 und 22.

¹⁵⁾ Vgl. § 29 b.

¹⁶⁾ Diese augenfällige Inanspruchnahme des staatlichen *jus supremæ inspectionis* in Sachen der Theologieadmission scheint übrigens die kirchliche Oberbehörde in Bamberg zu einem Proteste nicht bewegen zu haben — im Gegensatz zu der gelegentlich der Seminaradmission bethätigten Entsendung eines weltlichen Kommissärs,

Diese Beschränkungen hatten indessen nur 2 Jahre Bestand. Sie fielen mit dem Erscheinen der P.D. für die Universitäten vom 10. Mai 1838, zugleich mit dem System der a. o. Prüfungskommissäre selbst. Darnach bildete die Finalprüfung des 4. Semesters, nach dem früheren Schema abgehalten, als philosophische Absolutorialprüfung neuerdings wieder die Grundlage für den Uebertritt zu jedweden Fachstudium, also auch zu demjenigen der Theologie am Lyceum. Und sie blieb es, nachdem die durch die beiden M.E. vom 31. Okt. 1847 und vom 13. Okt. 1848 veranlaßte bezw. versuchte Redressierung der Studien- und Prüfungsordnung auf die Basis der D.D. für die Hochschulen vom 18. Mai 1835 sich praktisch als wirkungslos erwiesen hatte¹⁷⁾, bis zur völligen Umgestaltung des Studienwesens an den Lyceen durch die beiden ministeriellen E. vom 28. Sept. und 13. Nov. 1849.

Durch diese beiden Akte wurde für den Uebertritt aus der philosophischen Section des Lyceums zur theologischen eine vollständig neue Basis geschaffen, indem der staatliche Prüfungs- und Absolutorialzwang für die Candidaten der Philosophie principiell fallen gelassen wurde. Hierdurch ging aber die exacte Bedeutung, welche das Problem der Admission zum Studium der Theologie für die Bamberger Anstalt seit deren Gründung d. h. seit der Säkularisation unentwegt befaßt hatte, fast vollständig verloren, und zwar zu Gunsten der freilich ungleich wichtigeren, im Abschnitte IV C genauer zu behandelnden Frage der Aufnahme der Theologieaspiranten in das Clerikalseminar, welche Frage, nachdem

welche, obgleich auch sie nur formaliter geschah, einen lebhaften Einspruch der interessierten Stelle — v. §§ 37 b bis d — hervorgerufen hatte. Man schien sich eben um die kritische Zeit bereits mit dem Gedanken der Berechtigung der Abstellung staatlicher Aufsichts- und Prüfungskommissäre ausgehöhnt zu haben. Vgl. ebenda.

¹⁷⁾ Cf. die §§ 27 b, 29 b und 30.

sie schon seit fast 50 Jahren eine führende Rolle gespielt hatte, nunmehr dazu gelangte, das allgemeine Interesse ungeteilt auf sich zu vereinigen.

Doch erfolgte eine absolute Freigabe aller Bedingungen für den Uebergang zum Theologicum des Lyceums keineswegs. Der Tit. IX der M.E. des 13. Nov. 1849 knüpfte vielmehr denselben ausdrücklich an die Voraussetzung, daß der übertretende Studierende 8 philosophische Collegien „gehört“ — d. h. im Geiste der lycealen Satzungen gesprochen, „frequentiert“ — habe, eine Vorschrift, welche durch die resp. §§ 11, 10 und wiederum 11 der drei Bamberger D.O. vom 2. Febr. 1851, vom Jahre 1867 und vom 28. Febr. 1883 zur Kenntniß der Interessentenkreise gebracht wurde.

In dem zunehmenden Maße freilich, in welchem eine förmliche Vermengung der beiden Begriffe der *admissio ad theologiam* und der *admissio ad seminarium* eintrat, war diese eben genannte staatliche Vorschrift in Gefahr gekommen, mißachtet zu werden, so daß es einer förmlichen Collision bedurfte, um die noch fortdauernde Existenz ihrer Gültigkeit wiederum in Erinnerung zu bringen. Eine solche vollzog sich im Jahre 1881. Ueber die Umstände, welche sie herbeiführten, wird im § 37 f dieser Abhandlung referiert werden, wie denn überhaupt die verschiedenen Abschnitte des genannten § 37 auch noch einige andere auf die Admission zur Theologie bezüglichen Verhältnisse einer Besprechung zu unterwerfen haben werden, da solche erst unter Einbeziehung der Seminarfrage verständlicher erscheinen.

§ 33. Prüfungs- und Vorrückungsverhältnisse innerhalb der theologischen Kurse.

Genau wie in der philosophischen Lycealsection dienten in der theologischen als Mittel zur wissenschaftlichen Aneiferung, zur disciplinären Ueberwachung und endlich

zur classificativen, lokativen und progressiven Beurteilung der Candidaten die Zwischen-, Semestral- und Finalprüfungen.

a. Zwischenprüfungen.

Bezüglich der Zwischenprüfungen während des Semesters, der intersemestralen Prüfungen, waren während der ersten 12 Jahre des Bestehens des Bamberger Lyceums irgend welche geschriebene oder gedruckte Vorschriften nicht erlassen worden — die Wirksamkeit der in den allgemeinen bezw. besonderen Disciplinarsatzungen vom 1. Jan. 1803 bezw. 27. März 1804¹⁾ befindlichen, im § 26 dieser Abhandlung näher erörterten Bestimmungen über solche Prüfungen erstreckte sich vielmehr ausdrücklich nur auf die philosophische Section. Erst die handschriftlichen Statuten der Bamberger Anstalt vom Jahre 1816¹⁾ erbrachten die formelle Ausdehnung derselben auch auf die Studierenden der Theologie, und zwar in offenkundiger Nachbildung des Tit. II § 12 der D.O. der Universität Landshut vom 6. März 1814, welcher Paragraph sich strikte für die Zulässigkeit eben solcher Zwischenexamina in den Fakultäten der Hochschule ausgesprochen hatte. Auch die Neuauflage der Bamberger Statuten vom Jahre 1824¹⁾ verzeichnete wiederum die Pflichtmäßigkeit derselben.

Dagegen steht es — auf Grund der gedruckten Jahresberichte — nur für einen Teil des Intervalls von 1803 bis 1816 aktenmäßig fest, daß die speciellen „Zwischenprüfungen“ in der nämlichen Art von turnusmäßigen Scriptionen, wie wir sie als für die philosophische Section zu Recht bestehend im genannten § 26 registriert haben, auch in der theologischen Abteilung stattfanden, nämlich für die Zeit vom Jahre 1809 ab. Wohl aber ergibt sich mit Sicherheit — aus den Matrikelbüchern des Bamberger Lyceums — für den ganzen gedachten Zeitraum die Existenz wenigstens der quartalweisen

¹⁾ V. § 41.

Specimina, welche genau wie in der philosophischen Section²⁾ die Anhaltspunkte abgaben für die Klassifikation³⁾ und Location der Studierenden und zweifellos auch den gleichen Modus der Mündlichkeit aufwiesen wie jene. Diese Quartalsprüfungen hätten freilich, nachdem ihrer weder die Allh. V.D. vom 30. Nov. 1833 noch die diese ergänzende M.E. vom 3. Febr. 1834 im geringsten Erwähnung gethan hatte, mit dem Eintritte der Wirksamkeit dieser beiden fundamentalen Akte über die Lyceen gänzlich in Wegfall kommen sollen, und zwar eben zu Gunsten der „Zwischenprüfungen“ im engeren Sinne, welche, wie gesagt, mindestens seit dem Studienjahre 1808/9 an der Bamberger Lycealanstalt bestehend, nunmehr officiële Billigung und durch ihre Ausdehnung auf alle Lyceen des Königreichs die schon im § 26 erwähnte einheitliche Form⁴⁾ erfahren hatten. Sie schienen aber ebenso wie in der philosophischen, so auch in der theologischen Abteilung des Bamberger Lyceums umgekehrt die letzteren Prüfungen allmählich vollständig resorbiert zu haben, bis sie durch die mit höchster E. je vom 28. Sept. und 13. Nov. 1849 auch an den Lyceen eingeführte größere Lehr- und Lernfreiheit ihr natürliches Ende erreichten.

b. Semestralprüfungen.

Ungleich wichtiger als die im Vorstehenden charakterisierten Intercalarprüfungen einschließlich der Prüfungen am Schlusse des 1. und 3. Quartals erwiesen sich die regelmäßig am Ende des Studienhalbjahres stattfindenden Ten-

²⁾ Cf. §§ 26 und 28.

³⁾ Ueber diese Elemente beachte außer § 28 insbesondere § 46, sowie die angeführten Jahresber.

⁴⁾ Vorgeschrieben wurden, wie in der philosophischen Abteilung — s. § 26 — monatlich zwei Conversatorien oder Repetitorien und abwechselungsweise damit schriftliche Aufgaben. Günstige Erfolge in denselben sollten bei Ausmessung der normal durch die Semestralprüfungen bedingten Fortgangsnote in Berücksichtigung gezogen werden.

tamina für die einzelnen theologischen Kurse. Sie waren während des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts mit der 2. und 4. Quartalprüfung je eines Jahrgangs identisch, scheinen aber ihrer oft ausschlaggebenden Bedeutung halber auf breiterer Grundlage aufgebaut und mit größerer Feierlichkeit vorgenommen worden zu sein wie die ungeradzahligen Semestralprüfungen¹⁾. Aktenmäßig wurde auch ihrer Pflichtigkeit das erste Mal in den handschriftlichen Disciplinarstatuten des Jahres 1816 Erwähnung gethan, indem sie durch diese von dem Niveau des Herkömmlichen¹⁾ ausdrücklich zur Höhe einer lokalen Vorschrift erhoben wurden, um endlich wieder in Gemäßheit der beiden G. des 30. Nov. 1833 und des 3. Febr. 1834 der Allh. und höchsten Stelle über die Neuordnung der Verhältnisse an den Lyceen Allgemeingefezlichkeit zu erlangen.

Hatten sie aber zugleich mit den übrigen beiden Quar-

¹⁾ Merkwürdigerweise verhalten sich — s. auch die Einleitung zu diesem Hauptabschnitte im § 31 — die Lyc. Akten, welche über die analogen Vorkommnisse in der philosophischen Abteilung sehr redselig sind (vgl. die §§ 26, 27^a und 28), über diese Punkte fast vollständig schweigend. Auch in den Sem.- und Ord. Akten, welche über die Verhältnisse der Theologiecandidaten manche bemerkenswerte Singularitäten erbringen, hat der Verf. nichts darauf Bezügliches finden können. Immerhin wird man bei den nahen Beziehungen zwischen der philosophischen und theologischen Section, wie sie den Ausführungen der vorhergehenden Paragraphen zufolge gerade in Bamberg gepflogen wurden, nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß die äußere Form der Semestralprüfungen da und dort zu allen Zeiten die nämliche war. Für die Zeit von 1816 ab steht dies bezüglich einzelner Punkte aktenuäßig fest, indem die im nachfolgenden Texte erwähnten lokalen Statuten von 1816 als Forum für die Semestralprüfungen in beiden Sectionen die Gesamtprofessorenschaft je der betreffenden Section im Vereine mit dem Gesamtcötus der Prüflinge des betreffenden Jahrgangs benannten, womit auch die mündliche Vornahme dieser Prüfungen ausgesprochen war. Für die Zeit von 1809 bis 1816 stehen dagegen als Belege nur Äußerungen in den Jahresber. zu Gebote. Vgl. ebenda 1809, 1812 u. 2c.

talprüfungen bislang nur den wissenschaftlichen Maßstab abgegeben zur Beurteilung je der Einzel- und Gesamtleistungen der Theologiecandidaten, dargestellt durch ein 5- bzw. ein 3-Notensystem²⁾, sowie zur Bemessung der geheimen Qualifikationen und der öffentlichen Lokationen derselben, so erhielten sie weiterhin durch die beiden erwähnten Akte nunmehr auch noch den Charakter von Strafmitteln. Während bis dahin das Nichtbestehen einer Semestralprüfung genau wie bei den Philosophiecandidaten die Wiederholung derselben in einzelnen oder auch in allen Fächern bis zum endgiltigen Erlolge nach sich gezogen hatte³⁾, sollte mit Wirkung des Absages XII der Allh. B.D. vom 30. Nov. 1833 nunmehr nur ein einziges Mal noch eine Wiederholung der Prüfung gestattet sein, ein neuerdings ungünstiger Ausfall derselben aber die Dimission vom Lyceum im Gefolge haben.

Diese Bestimmung war sicherlich im engeren Anschlusse an die R. B.D. vom 23. Nov. 1832 über die Prüfungen an den Universitäten erfolgt, sie unterschied sich aber doch sehr wesentlich von den daselbst niedergelegten Anordnungen, und zwar sowohl durch ihren Modus, als auch ihren Zweck. Die Semestralprüfungen an den Lyceen nämlich waren für jeden Angehörigen eines der 3 theologischen Kurse ohne Ausnahme verpflichtend, weshalb also auch jeder derselben im Falle zweimaligen Nichtbestehens der Strafe der Entlassung gewärtig sein mußte. Die damals erst eingeführten außerordentlichen Semestralprüfungen⁴⁾ aber an den Hochschulen,

²⁾ Ueber die verschiedenen damals gültigen Notensysteme beachte außer den F.R. F.R. 11 und 14 des § 27 a, 4 des § 27 b, 2 und 3 des § 28 und 9 des § 29 b zusammenfassend noch § 47.

³⁾ Das Maximum für die Anzahl solcher nach Umfluß der Ferien zu betheiligender Nachexamina fällt in die Mitte der 20-er Jahre.

⁴⁾ Auch „Strafprüfungen“ und „Ausnahmeprüfungen“ genannt. V. §§ 27 a und b und 29 b.

welche zunächst für die Fachfakultäten⁶⁾ eingeführt und späterhin erst, durch die D.O. des 18. Mai 1835, auch auf die Klasse der allgemeinen Wissenschaften ausgedehnt worden waren⁶⁾, galten nur für einen — zweifellos höchst unbedeutenden — Bruchteil der Theologiestudierenden, nämlich für diejenigen „unsicheren Kantionisten“, welche aus besonderen Zweckmäßigkeitsgründen auf einen dritterseits gestellten besonderen Antrag hin⁷⁾ einer „Strafprüfung“ unterworfen werden sollten, deren ungünstiger Ausfall auch der kirchlichen Oberbehörde anzuzeigen war⁸⁾. Ein Ausgleich, wie er bezüglich der Philosophiestudierenden von Lyceum und Universität durch die neue P.O. des 10. Mai 1838 hinsichtlich der Ausdehnung dieser Pflichtexamina auch auf die Hochschule inaugurirt wurde⁹⁾, erfolgte dagegen für die Candidaten des theologischen Studiums der beiden Bildungsanstalten keineswegs. Es blieb vielmehr auch nach dieser Ordnung noch bei dem bisherigen Unterschiede unbedingter und bloß bedingter Pflichtigkeit.

Gerade hierin lag aber eine bedeutsame Differenz der Kriterien der Stellung der Theologiestudierenden hier und dort oder, wenn man will, von Lyceum und Universität selbst ausgesprochen. Wohl bedeutete auch der auf Wunsch

⁶⁾ Der Wortlaut des Titels IV der Allg. P.O. vom 23. Nov. 1832 spricht wenigstens für diese Auffassung.

⁶⁾ Vgl. § 72 dieser D.O.

⁷⁾ Der Eltern, Vormünder, Verwandten und Wohlthäter des Studierenden, sowie der beteiligten Professoren, des Dekans, des Rector magnificus und des a. o. Ministerialkommissärs der Universität. Ueber letzteren vgl. § 22 dieser Abhandlung.

⁸⁾ Vgl. den Schluß der P.O. vom 23. Nov. 1832, sowie den § 77 der D.O. vom 18. Mai 1835. Diese Bestimmung wurde in der nämlichen Form auch in den Art. XIV der nachmaligen P.O. vom 10. Mai 1838, sowie in den § 81 der D.O. vom 13. Febr. 1842 aufgenommen.

⁹⁾ Cf. § 27 b.

betheiligter Kreise dem Universitäts-theologen auferlegte Prüfungszwang eine Unterordnung der Person und der Verhältnisse desselben unter die allgemeinen staatlichen Universitätsgesetze. Er besaß aber keineswegs den schroffen Charakter einer unerbittlichen *conditio sine qua non*, wie sie von den Lyceisten der theologischen Section ausnahmslos gefordert wurde.

Freilich waren neben diesen singulären „Straf-“ oder „Ausnahmeprüfungen“ auch an den Hochschulen noch regelmäßige und allgemeine Examina vorgesehen worden: die drei B.D. vom 26. Nov. 1827, vom 23. Nov. 1832, sowie vom 10. Mai 1838 und späterhin noch jene vom 13. Febr. 1842 sprachen ausdrücklich davon, daß in den auf das Studium der allgemeinen Wissenschaften folgenden späteren Semestern Prüfungen gewöhnlich nur für Theologen (und Stipendiaten) stattfinden, und zwar „in der bisher beobachteten Weise“. Dieselben dürften aber, wie aus der letzteren Floskel geschlossen werden kann, kaum mehr staatlicher, sondern episcopaler Anordnung gewesen, und ihre beiläufige Erwähnung nur deshalb erfolgt sein, um in der damaligen kirchenpolitisch erregten Zeit durch den formalen Verzicht *a priori* auf ein singuläres Prüfungsrecht den staatlichen Standpunkt in Sachen des *jus supremæ inspectionis* recht augenfällig zur Darstellung zu bringen. Damit war aber auch hier an Stelle des dem Lyceisten jener Epoche auferlegten starren staatlichen *neccesse est* für den Studierenden der Volkshochschule das um viele Grade mildere staatliche *placet* getreten.

Wenn nun auch das System der Semestral-Examina speciell am Bamberger Lyceum sich während des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts in traditioneller und conservativer Weise forterbt hatte, bis es endlich mit Beginn des 2. Drittels als eisernes Inventarstück in das lyceale System eingefügt worden war, so darf man doch nicht glauben, daß es resp. der ihm innewohnende Zwang von den Lycealstudierenden

der Theologie im Hinblick auf die wesentlich günstigeren Verhältnisse der Universitätsstudierenden des nämlichen Faches nicht ärgerlich empfunden worden wäre. Zwar waren die Candidaten des theologischen Cötus den im § 26 charakterisierten Bestrebungen ihrer Commilitonen aus der Philosophie um Abschaffung der Examina im Jahre 1813 indifferent gegenübergestanden — der freiheitliche Sturm aber, welcher die Studentenschaft zu Ausgang der 40er Jahre durchbrauste, strich auch durch ihre Reihen. Sie schlossen sich, allerdings nur teilweise und — was noch bezeichnender, aber in Rücksicht auf ihre eigenartige Lage verständlich und wohl auch entschuldbar ist — anonym dem Verstoß der Philosophiecandidaten um Abschaffung der Semestral Examina zc. zc.¹⁰⁾ in energischen Worten an, indem sie in einem im Mai des Jahres 1848 dem Rectorate übergebenen „pro memoria“¹¹⁾ allerwärts und besonders in Sachen der Prüfungen die volle Freiheit begehrten des Universitätsstudenten (der Theologie). Es waren freilich dementisprechend durchaus nicht etwa kirchenrechtliche Erwägungen ernster Art, welche von ihnen als Motive in das Petition eingestellt wurden, sondern ausnahmslos Opportunitätsgründe, in dem schließlichen Wunsche gipfelnd, eine drückende Last los zu werden.

Nach dieser Richtung wurde aber ein Erfolg nicht erzielt. Während, wie des öfteren bereits erwähnt wurde, die Philosophiecandidaten des Lyceums, welche nicht zur Theologie übertreten wollten, zugleich mit ihren Commilitonen in der philosophischen Fakultät der Universität von der Verpflichtung zur Ablegung von Semestralprüfungen fürderhin vollständig befreit blieben, wurde die bisherige Gepflogenheit bezüglich der nämlichen Prüfungen in der

¹⁰⁾ S. die §§ 17, 27 b und 29 b.

¹¹⁾ Vgl. Z.N. 12 des § 27 b.

theologischen Section, wenigstens der Bamberger Anstalt, auch für die Zukunft unentwegt beibehalten. Die lokalen Disciplinarstatuten vom 2. Febr. 1851 sowohl, als deren Neuauflage von 1867 und Neuauflage vom 28. Febr. 1883¹²⁾ betonen nämlich in ihren §§ 17 resp. 16 und wieder 17 in der gleichen diktatorischen Form, wie sie sich in der Allh. B.O. vom 30. Nov. 1833 findet, die Verpflichtung der Theologen aller 3 Kurse, sich „scharfen, von Halbjahr zu Halbjahr unter dem Vorfise des Rectors und von (vor?) der gesamten Section vorzunehmenden Prüfungen“ zu unterziehen, um auf Grund derselben einer (im Jahresberichte nun allerdings nicht mehr publicierten) Klassifikation für jedes der beiden Semester unterworfen zu werden, die, bis zum Jahre 1891 — dem Jahre der Begründung einheitlicher Lycealsatzungen — reichend ihren Ausdruck fand in der Angabe entweder der erlangten Notensumme, der hieraus resultierenden Platzziffer, sowie des Grades der „Befähigung“ d. h. der Durchschnittsnote (1854—1876); oder aber nur der beiden ersten Elemente (1877—1888); oder endlich der Notensumme allein (1889 und 1890). Dagegen schienen die im Jahre 1833 vorgesehenen und bis zum Jahre 1849 in unentwegter Gültigkeit verbliebenen Strafmittel der Ahndung unzureichender Prüfungsergebnisse durch Semesterverlust (bezw. Verlust eines vollen Studienjahres) und eventuell durch Dimission in Wegfall gebracht worden zu sein, da sie in den drei kurz vorher erwähnten Ausgaben der lycealen Statuten nicht mehr registriert wurden.

Und doch machte sich die Auffassung der Berechtigung dieser Maßnahme nicht sogleich, sondern erst nach 3 bis 4 Jahren geltend¹³⁾. Nachdem nämlich die Fassung

¹²⁾ Ueber die Disciplinarsatzungen überhaupt cf. § 41 der Abhandlung.

¹³⁾ Vgl. über das Nachfolgende auch die Ausführungen in den zwei letzten Dritteln des § 15 dieser Abhandlung.

und der originale Wortlaut der vorher genannten §§ 17 und 16 es kaum als zweifelhaft erscheinen ließen, daß dieselben in Fortführung einer staatlichen Anordnung in die Disciplinargesetze aufgenommen worden waren, kann es nicht überraschen zu erfahren, daß man die aus ihnen früher geflossenen Consequenzen auch weiterhin zu ziehen bemüht war. In der That wurde in dem Intervall von 1849/50 bis 1853/54 inclusive mehreren dem 1. theologischen Jahrgang angehörigen Candidaten der Consens zum Vorrücken in den 2. Kurs ausdrücklich verweigert. Ob freilich diese Verweigerung ein legaler Akt gewesen, muß nachhaltigst bezweifelt werden. Abgesehen von dem schon erwähnten Umstand der völligen Außerachtlassung der Angabe irgend welcher an das Nichtbestehen der Semestralamina geknüpften Folgen in den curatelamtlich approbierten lycealen Sitzungen der Jahre 1851, 1867 und 1883, ist es äußerst unwahrscheinlich, daß der Staat, nachdem er die für die Ziele der Oheraufsicht treffbeste Waffe der Controle der Admissionsprüfungen für den Eintritt in das Alerikalseminar vollständig aus der Hand gegeben hatte¹⁴⁾, ein besonderes Interesse an dem rigorosen Vollzuge von internen Prüfungen innerhalb der theologischen Section gehabt haben sollte. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte sicherlich eine in die fragliche Zeit fallende, sehr bekannte M. E. vom 9. Dez. 1851¹⁵⁾ über die *admissio ad seminarium*, welche die den bayerischen Bischöfen durch die M. E. des 13. Nov. 1849 gewährten Freiheiten in Sachen der Erziehung des Alerus in diesem singulären Punkte wieder einschränkte, einen darauf bezüglichen Passus aufgenommen, indem ja gerade die Vorschrift der Ablegung von Prüfungen geeignet gewesen wäre, der beabsichtigten Verschärfung der Admissi-

¹⁴⁾ V. §§ 37e und f.

¹⁵⁾ Vgl. hierüber insbesondere § 37e.

onsbedingungen für den gedachten Zweck als wesentliche Handhabe zu dienen.

Andererseits mag die Instabilität der kirchenpolitischen Verhältnisse zu Beginn der 50-er Jahre, wie sie in den §§ 37 d, e und f noch näher charakterisiert werden wird, für die am Lyceum Bamberg beliebte Weiterführung der strengen Observanz betr. den semestralen „Befähigungsnachweis“ der Theologiekandidaten eine gewisse Deckung abgegeben haben. Und es dürfte kaum Zufall gewesen sein, daß mit dem Erscheinen der auf die Freisinger Denkschrift des bayerischen Gesamtepiscopeats antwortenden M.E. vom 8. Apr. 1852¹⁶⁾ und mit der hiedurch bedingten neuen Ära die Inhibierung jener Strenge zeitlich zusammentraf. Vielmehr dürften die der Hierarchie hinsichtlich der Erziehung des Klerus im allgemeinen und im besonderen gemachten Zugeständnisse Rektorat und Lehrkörper der theologischen Section des Lyceums zu der Ueberzeugung bekehrt haben, daß sich mit diesen die Aufrechterhaltung der bisherigen Gepflogenheit nicht mehr vereinbaren lasse. Und nur so möchte es erklärt werden können, daß, trotzdem bis zum Jahre 1876 der Lehrerrat der theologischen Section des Lyceums in besonderer Sitzung über die „Befähigung“ der Theologiestudierenden zum Vorrücken in den nächst höheren Kurs förmlich zu Gerichte saß, das Urteil nach dem Studienjahre 1853/54 in keinem einzigen Falle mehr negativ ausfiel.

Hiedurch verlor natürlich diese Beschlußfassung ihre bisherige Bedeutung vollständig. Sie diente durch die bloße Bezeichnung der Befähigung und des Grades derselben fortan nur mehr dazu, der oberhirtlichen Stelle einen gewissen Maßstab zur Beurteilung des Grades der wissenschaftlichen Reife der geprüften Candidaten an die Hand zu geben. Da dieser aber auch, ohne daß es einer besonderen Festsetzung durch eine collegiale Beratung bedurfte, ohne weiteres durch die

¹⁶⁾ Ueber dieselbe vgl. die §§ 15, 20, 24, 37 e und ff, 38 u. a.

Einzelnoten in den Prüfungsgegenständen und deren arithmetisches Mittel dargeboten wurde, so war die Außerkräftsetzung des seit 22 Jahren bedeutungslos gewordenen, rein formalen Aktes im Jahre 1876 eine vollständig gerechtfertigte.

Aber auch aus anderen Vorgängen läßt sich die den oben citierten §§ 17 und 16 der Bamberger Lycealstatuten von 1851, 1867 und 1883 zum Troste erfolgte allmähliche Ueberführung der staatlich angeordneten Semestralprüfungen in die Geleise episcopaler Bestimmungen ersuchen. Der Verf. hat, wie im Vorstehenden, so schon im § 15 dieser Schrift die Ansicht ausgesprochen, daß es für den Staat, nachdem er durch die beiden M.E. des 13. Nov. 1849 und 8. Apr. 1852 thatsächlich die Erziehung des Klerus im wesentlichen in die Hände der Bischöfe zurückgelegt hatte, wenig oder gar kein Interesse haben konnte, auf der Vornahme theologischer Sonderprüfungen am Schlusse der Studiensemester zu bestehen, und daß die kritischen §§ 17 und 16 der D. S. nur durch die formelle Herübernahme bezw. Copie des Tit. XII der grundlegenden Allh. B.D. vom 30. Nov. 1833¹⁷⁾ betr. die Lyceen construiert worden seien. Er möchte darum auch an dieser Stelle seine bereits früher geäußerte Meinung wiederholen, daß es nur eines Vorstoßes der Bamberger kirchlichen Oberbehörde bedurft hätte, um auf Grund insbesondere der höchsten E. des 8. Apr. 1852 diese Paragraphen wieder zu Fall zu bringen. Eine solche Beschwerde erfolgte indessen nicht. Ihre Unterlassung für das Quadrennium von 1849 bis 1853¹⁸⁾ erscheint allerdings eigentümlich, nachdem eben

¹⁷⁾ Richtiger eigentlich: der ersten Hälfte des Titels. Der Titel selbst spricht allgemein von den Semestralprüfungen der „Lycealschüler“.

¹⁸⁾ Betreffs der Semestral- (und Final-) Prüfungen der Theologiecandidaten kam es im Verlaufe der auf die Säkularisation folgenden 5 Decennien, deren erste Hälfte an Konflikten zwischen staatlichen und kirchlichen Behörden in Sachen der *admissio ad theologiam*, der *admissio ad seminarium* und der *admissio ad clericatum*

für diese Zeit das Vorrücken der Theologiecandidaten von Kurs zu Kurs noch an das Placet des Lehrerrates (der theologischen Section) gebunden war. Sie ist aber verständlich, wenn man die in den §§ 37d und e noch näher zu charakterisierende schwankende Haltung erwägt, welche die Bamberger kirchlichen Kreise ausgangs der 40-er und eingangs der 50-er Jahre der Streitfrage um die Bildung und Erziehung des Klerus gegenüber einnahmen. Nachdem späterhin freilich, wie wir bereits oben erwähnt haben, die Ursache eines eventuellen Einspruches vollständig hinweg gefallen war, hatte man kirchlicherseits nun um so weniger Grund, über die Institution der Semestraleramina ein Wort zu verlieren, als dieselben an sich ja auch der oberhirtlichen Stelle ein sehr willkommenes Mittel sein mußten für die Aneiferung des wissenschaftlichen Strebens und für die Beurteilung des Bildungsstandes der Candidaten der Theologie und des Presbyterats¹⁹⁾.

— vgl. die §§ 32, 37 und 38 — sehr reich war, nur einigemal zu bemerkenswerten einrissigen Akten. Von dem offenbaren Wunsche befeelt, die Unzulässigkeit der staatlichen Anordnung auch solcher Prüfungen darzuthun, untersagte man nämlich hie und da einzelnen Theologen (darunter im Jahre 1805 dem nachmaligen Lycealprofessor und Dombekan Brenner) geradezu, sich prüfen zu lassen — Lyc.Akten. Diese Vorkommnisse schienen übrigens irgend welche Weiterungen nicht herbeigeführt zu haben.

¹⁹⁾ Diese Auffassung kam auch dadurch zum Ausdruck, daß vom Jahre 1853 ab die Bamberger Erzbischöfe häufig den Semestralprüfungen der Theologie beiwohnten — Schem. — während sie sich zu denselben in der ersten Hälfte des Jahrhunderts niemals, und zwar sicherlich aus dem Grunde nicht eingefunden hatten, um nicht durch ihre Beteiligung den staatlichen Anordnungen in Sachen theologischer Prüfungen den Schein einer Billigung zu verleihen. An der ehemaligen Bamberger Universität war die Anwesenheit des Fürstbischofs bei den Semestralprüfungen der Studierenden der theologischen Fakultät förmlich Regel gewesen — Univ.Akten; der damalige Souverain vereinigte eben die Gewalt der landesherrlichen und der kirchlichen Gesetzgebung in sich.

Die maßgebende erzbischöfliche Stelle schien denn auch schon mit Beginn der neuen Epoche einer derartigen Ansicht gehuldigt zu haben. Ausgehend von der Thatsache, daß infolge gesteigerten Zugangs von Seminaraspiranten nicht nur die Candidaten der Philosophie, sondern vielfach, oftmals sogar ausschließlich, Angehörige der 3 theologischen Kurse einer Klassifikation zur Ermittlung der Würdigkeit für den Eintritt in das Klerikalseminar zu unterwerfen waren, kam sie in einem unterm 21. März 1850 erlassenen und höchsterseits unterm 12. April ejd. a. gutgeheißenen²⁰⁾ Erlasse²¹⁾ zu der Forderung, daß der Grad dieser Würdigkeit bedingt sein solle durch die mittlere arithmetische Ordnungszahl der in den verschiedenen semestralen bezw. finalen Prüfungen während der philosophischen und theologischen Jahre erlangten Fortgangsplätze. Und zwar sollten die in steigender Skala geordneten Platzzahlen die Reihenfolge des Eintrittes der Interessenten, ungenügende Leistungen in einzelnen Prüfungsfächern aber eine Wiederholung der betreffenden Prüfungen bedingen, während ein abermaliger ungünstiger Ausfall der letzteren die Zurückweisung von der Schwelle des Seminars im Gefolge haben sollte.

Damit waren, wenngleich zunächst unter dem ausschließlichen Gesichtspunkte der *admissio ad seminarium*, die in der theologischen Lycealsection seit einem halben Jahrhundert üblichen und über das Jahr 1849 hinaus vielleicht zu Unrecht fortgesetzten semestralen Examina der Theologen von nun ab eigentlich auch kirchlicherseits als zu Recht bestehend anerkannt worden. Umgekehrt kam das Bamberger Lyceumsrektorat einem in dem citierten Erlasse des 21. März niedergelegten Wunsche der oberhirtlichen Stelle, betreffend die An-

²⁰⁾ Ueber die strittige Form dieses höchsten Erlasses s. § 370, sowie auch § 15.

²¹⁾ Ueber den Erlaß selbst, der eigentlich zur Regelung der Bedingungen der Seminaradmission erschienen war, *ibid.*

zahl jener Examina und den Zeitpunkt für ihre Abhaltung, ohne Weiterung nach, indem es den Candidaten in Uebereinstimmung mit dem in Rede stehenden erzbischöflichen Erlasse völlig freie Wahl ließ, ob sie lieber „Semestralprüfungen“ aus dem Lehrstoffe des abgelaufenen Semesters oder aber „Finalprüfungen“ aus dem im ganzen Jahre behandelten Pensum ablegen wollten. Dieses Entgegenkommen widersprach freilich an sich der wörtlichen Fassung des § 17 der bereits im folgenden Jahre im Drucke erschienenen Lycealstatuten über die semestrale Institution der Prüfungen. Die Schwierigkeit löste sich indessen sehr bald, indem durch einen neuen ergänzenden Erlaß des erzb. Ordinariats vom 29. Sept. 1853²¹⁾, gutgeheißen mit M.E. vom 10. Dez. 1853²⁰⁾, allgemein der halbjährigen Prüfungsweise wieder der Vorzug gegeben wurde.

Eben diese Semestralprüfungen blieben auch gewohnheitsmäßig erhalten, als im Laufe der Zeit ihr eigentlicher Zweck sich mehr und mehr verflacht und verloren hatte. Die fortschreitende Degradierung konnte man dabei schon an der äußeren Handhabung des Prüfungsmodus erkennen. Zunächst wurde die beschränkte Oeffentlichkeit, vor welcher bisher die Examina abgehalten zu werden pflegten, noch weiter reducirt: nachdem bereits im Jahre 1850 an die Stelle des seit 1833 zum Erscheinen verpflichteten gesamten Cötus der Examinanden des betreffenden Kurses der Einzelexaminand getreten war, wurde nun auch die Gesamtlehrerschaft der theologischen Sektion zuerst durch die in diesem Kurse beschäftigten Professoren und das Gremium dieser letzteren im Jahre 1883 sodann durch den prüfenden Fachprofessor allein ersetzt²²⁾.

²¹⁾ Das Princip der Mündlichkeit war auch nach dem Erscheinen der Allh. B.O. vom 13. Nov. 1849 und dem Erlasse der oben erwähnten specifischen Lycealstatuten durchaus beibehalten worden. Wohl aber fanden die Examina für die zum späteren Eintritte in das Seminar aspirirenden Philosophieandidaten in jener Epoche sowohl schriftlich als mündlich statt, bis späterhin auch für sie die bloße Mündlichkeit durchdrang. Cf. die §§ 37 b bis g.

Ferner ließ man vom Jahre 1876 ab, wie oben schon berührt wurde, die besondere graduelle Darstellung der Reife fallen, begnügte sich vielmehr damit, in die Qualifikationsliste, wie es ja auch bis jetzt schon geschehen war, den Fortgangsplatz einzutragen, den sich die Prüflinge nach Maßgabe der erlangten Notensumme für das Winter- und Sommersemester bzw. das ganze Studienjahr erworben hatten. Vom Jahre 1889 an endlich findet sich nur noch die Angabe der auf das letztere Intervall sich erstreckenden Summe als hinreichenden Ausdruck zur relativen Beurteilung der Concurrenten.'

Als alleiniges Strafmittel für ungenügende Censuren figurierte dabei seit dem Erscheinen des erzb. Erlasses vom 29. Sept. 1853 die Wiederholung der Semestralprüfung in den beanstandeten Einzelsächern nach Umlauf der Ferien oder auch des nächsten Semesters, und zwar bis zum endgiltigen Erfolge.

Was endlich die neueren, generellen Hycealsatzungen vom 1. Juni 1891 anlangt, so unterscheiden sich diese von den bisher für das Bamberger Hyceum giltigen sehr wesentlich dadurch, daß sie detaillierte Vorschriften über die Semestralprüfungen nicht mehr erlassen. Der universellere und hochschulmäßigere Zug, der sie durchweht, tritt auch in dieser Beziehung auffällig in die Erscheinung. Der § 37/2 derselben constatiert nämlich in ganz allgemeiner Weise, daß bezüglich der Prüfungen der Studirenden der Theologie die „einschlägigen besonderen Bestimmungen“ maßgebend seien, und die unterm 10. Juni des näm. Js. zu diesen Satzungen erlassene höchste Vollzugsinstruction ersetzt diese Bemerkung durch den erweiterten Ausdruck, daß jene Prüfungen „sich auf die einschlägigen verfassungsmäßigen Bestimmungen und die hiezu ergangenen Vollzugsverordnungen“ gründen — eine Formel, deren mögliche oder wahrscheinliche Deutung bereits in der zweiten Hälfte des § 15 einer eingehenden Erörter-

rung unterworfen wurde und zu dem Schlusse Veranlassung gab, daß sie eine neue Bestätigung bedeute der völligen Unterordnung des Semestralprüfungswezens unter die Kompetenz der bischöflichen Jurisdiktion.

In der That sollte für die Richtigkeit dieser Auffassung die jüngste Zeit noch einen sichtbaren Beleg erbringen, indem zu Beginn des Wintersemesters 1901, mit oberhirtlichem Begleitschreiben vom 15. Okt. jß. Srß., eine neue erzbischöfliche Studien- und Prüfungsordnung für die (Aspiranten und) Candidaten der Theologie erschien, welche, zunächst für das Studienjahr 1901/02 in provisorischer Weise giltig, in mehreren Punkten von den schon öfter citierten früheren Anordnungen der Jahre 1850, 1853, 1862 und 1876 abweicht. Außer einer Neueinteilung²³⁾ der Lehrdisciplinen in obligatorische und fakultative Fächer, wie solche in dem einschlägigen Paragraphen des II. Teiles dieser Abhandlung über die Lehrverhältnisse noch genauer besprochen werden soll, schuf sie auch eine Aenderung in den Prüfungsfächern, indem sie die Candidaten der Theologie nur zur Ablegung eines Examens aus den obligaten Lehrgegenständen verpflichtete. Eine Direktive über die Behandlung der Frage, wann eine Prüfung als bestanden oder nicht bestanden gelten sollte, und über die für den letzteren Fall weiterhin eintretende Maßregel erfolgte nicht mehr. Dagegen wurde angeordnet, daß die Prüfungstermine, um deren Häufung zum Semester-schlusse hintanzuhalten, teilweise in das Semester hinein vorgeschoben werden könnten. Dieser letzteren Bestimmung geht allerdings eine auf Anfrage des Lyceumrektorates seitens des K. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten unterm 27. Febr. 1902 erfolgter und bereits in F.N. 20 des § 15 registrierten Bescheid nicht

²³⁾ Ueber ältere derartige Einteilungen s. §§ 16 und 17.

conform. Nach ihm sollen vielmehr die Semestralprüfungen thatsächlich in den letzten Tagen des Semesters vorgenommen werden, und zwar ohne daß hiedurch die Vorlesungen einen Ausfall erleiden.

Diese Anordnung scheint auf den ersten Blick, wie schon im § 15 bemerkt wurde, der Schlußfolgerung über die förmliche Hingabe des Prüfungswesens in die Hände des Episcopats zu widersprechen. Sie dürfte sich aber schließlich doch nur als eine Frage der äußeren Ordnung präsentieren und in keiner Weise eine Prädjudiz in dem Sinne schaffen, als ob sie mit der Fixierung eventueller Prüfungstermine auch die unweigerliche Anordnung solcher Prüfungen staatlicherseits habe inaugurieren wollen.

c. Finalprüfungen.

Die Ausführungen des vorstehenden Paragraphen über das für die Dycealtheologen gültige System der Semestralprüfungen und dessen Wandlungen gelten im großen und ganzen auch für die Einrichtung der Final- d. h. der speciell am Schlusse des 2. und 4. theologischen Semesters — jene am Ende des 3. theologischen Jahres zählen als Absolutorialprüfungen der Theologie nicht hieher — stattfindenden Examina. Nur daß diese vor den ungeradzahligem Semestralprüfungen bis zur einschneidenden M.E. vom 13. Nov. 1849 eine wesentlich höhere Bedeutung zu beanspruchen pflegten. Und zwar nicht sowohl durch ihren Modus — denn dafür, daß diese Prüfungen, wie in der philosophischen¹⁾, so auch in der theologischen Section in einem breiteren und feierlicheren Rahmen als die ungeradzahligem Semestralamina abgehalten worden wären, lassen sich keine Belege gewinnen — wohl aber durch ihre in gewissem Sinne entscheidende Wirkung.

¹⁾ V. §§ 27 a und b.

Wie nämlich bereits im Abschnitte IV A und in der Abteilung a unseres jetzigen Paragraphen auseinandergelegt wurde, waren die jährliche Qualifikation und Lokation der Candidaten der Philosophie und der Theologie vom Studienjahre 1803/4 ab bis zum Beginn des Jahres 1833/34 durch die 4 Quartale, von da bis 1849/50 durch die beiden Semestrallexamina eines Jahres festgelegt worden. In allen diesen Fällen mußte wohl der letzten Prüfung dieses Jahres, eben der Finalprüfung, die natürliche Rolle zufallen des Bungleins an der Wage, die Entscheidung nicht nur über den im Katalog zu verzeichnenden Hauptfortgangsort des Jahres²⁾, sondern auch über die Befähigung oder Nichtbefähigung zum Vorrücken in den nächsthöheren Kursus. Die Fortschritte waren dabei, wie in der philosophischen Abteilung, durch die 5 Hauptnoten³⁾ „vorzüglich“, „gut“, „sehr gut“, „mittelmäßig“ und „gering“ gekennzeichnet worden, das Hauptergebnis jedoch durch die 4 Prädikate „vollkommen“, „hinlänglich“, „notdürftig“ und „nicht-befähigt“.

Im Quadrennium von 1849 bis 1853 noch einmal berufen, in Resorption der beiden Semestralprüfungen eines Jahres als Hauptprüfungen zu dienen, wie es des näheren im vorhergehenden Abschnitte 33b bereits besprochen wurde, sanken die Finalprüfungen mit dem letztgenannten Jahre wieder zur Stufe bloßer Semestralprüfungen herunter, als welche sie sich in keiner Weise mehr von den Wintersemestralprüfungen unterschieden.

²⁾ V. § 46.

³⁾ Vgl. über die Noten außer den §§ 27 a und 28 insbesondere noch den späteren § 47.

§ 34. Das Absolutorium aus der Theologie.

Während nach den Untersuchungen des § 32 und der §§ 29 a und b dieser Abhandlung das lyceale Absolutorium der Philosophie für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts — genauer für die Zeit von der Säkularisation im Jahre 1803 bis zur Aufhebung der staatlichen Zwangsprüfungen aus der Philosophie im Jahre 1849 — die Rolle eines förmlichen „Befähigungsnachweises“ und das auf ihm fußende Absolutorialzeugnis das Attest darstellte, welches allein dem Philosophiestudierenden die Pforten, sei es der theologischen Section, sei es einer der (drei) Fachfakultäten der Vollschohlschule zu öffnen vermochte, wogegen die Verweigerung dieses Zeugnisses die Wiederholung des 2. philosophischen Jahrgangs unumstößlich bedingte, besaß das Absolutorium der Theologie, das die Laufbahn des Lycealthologen abzuschließen berufen war, wider Erwarten eine Bedeutung analoger Tragweite nicht, wenigstens nicht, soweit die Beziehungen der Abiturienten zur Lehranstalt des Lyceums in Frage kommen¹⁾. Es war vielmehr, von einzelnen kleinen Abweichungen, wie sie im Folgenden noch zur Sprache kommen werden, abgesehen, mit der Prüfung am Schlusse des Sommersemesters des 3. theologischen Kurses d. h. also der 3. Finalprüfung aus der Theologie identisch und unterlag daher zumeist auch den verschiedenen Wandlungen, wie sie den Untersuchungen der §§ 27 und 33 gemäß das System der Semestral- bzw. der Jahresprüfungen gemeinhin im Laufe der in Rede stehenden Epoche über sich ergehen lassen mußte.

So war das Forum der Oeffentlichkeit, vor welchem das Absolutorialexamen abzuhalten war, zugleich mit den Bestimmungen über die Vornahme der Semestral- und

¹⁾ Ueber weitere Beziehungen vgl. den nachfolgenden Text, sowie den Abschnitt IV C der Abhandlung.

mina der beiden philosophischen und der zwei unteren theologischen Jahrgänge erstmalig durch das schon öfter berührte²⁾ Bamberger Disciplinarstatut vom Jahre 1816 bekannt geworden. Es sollte ebenso wie für die Zwecke der gewöhnlichen theologischen Semestral- und Finalprüfungen bestehen aus dem Lehrgremium der theologischen Section unter dem Vorstehe des Rektors und allen bei der Prüfungen beteiligten Candidaten, den bereits geprüften sowohl, als den noch zu prüfenden. Zwar geriet der letzte Teil eben dieser Vorschrift, wie es scheint, in den 20-er Jahren — sei es durch die in jener Zeit der „Gycealklassen“ allzu häufig bethätigte Umänderung³⁾ im Lehrsystem der Gyceen, sei es durch den damaligen öfteren Wechsel in der Besetzung des Bamberger Gycealrektorates⁴⁾ veranlaßt — allmählich in Verfall, trotzdem die Neuausgabe der Disciplinarsatzungen vom Jahre 1827⁵⁾ ihm neue Wirksamkeit zu verleihen strebte. Er wurde jedoch auf einen Bericht des K. Rektorats an den a. o. Regierungskommissär, welcher dem Gyceum damals vorgelegt war⁶⁾, d. d. 6. August 1833 mit Verfügung des Genannten vom nächsten Tage neuerdings aufs strengste der Darnachachtung empfohlen, und zwar ohne Ansehung der Kurse oder der specifischen Art der semestralen Prüfungen. Diese lokale Anordnung hätte schließlich freilich in allen Punkten durch die generelle R.V.D. des 30. Nov. 1833 über die Neuformation der Gyceen abgelöst und insbesondere, da der einschlägige Artikel XII dieser V.D. den Begriff der Oeffentlichkeit nur an die Anwesenheit der Lehrer der theologischen Section rectore präsidentes knüpfte, in der Richtung, daß sie auch die Zuziehung aller Prüflinge einer und

²⁾ Besonders in den §§ 26, 27a, 29a, 30 und 33a.

³⁾ Vgl. hierüber vornehmlich § 13.

⁴⁾ Cf. § 26, sowie den II. Teil dieser Abhandlung.

⁵⁾ Ueber die V.D. überhaupt s. § 41.

⁶⁾ Hierüber orientiert genauer § 22.

derselben Kategorie forderte, hinfällig werden sollen. Der Uus erwies sich aber auch in diesem Falle stärker als das Gesetz, so daß es bis zum Erscheinen der fundamentalen M.G. des 13. Nov. 1849, welche neben dem Studium der allgemeinen Wissenschaften auch die Prüfungsverhältnisse und insbesondere das Prüfungsrecht auf eine völlig neue Basis stellte, thatsächlich bei der Vorschrift des Kommissärs auch in Bezug auf das *absolutorium theologiae* seinen vollen Verbleib hatte.

Im übrigen hatten weder die fundamentale V.D. des 30. Nov. 1833 noch die sie commentierenden, schon öfter erwähnten höchsten G. vom 9. Febr. 1834 und vom 27. Mai 1836, so vernehmlich sich die drei Akten auch über das *Lycealabsolutorium* der Philosophie ausließen, dem *Absolutorium* der Theologie eine ähnliche Ausscheidung oder Hervorhebung angedeihen lassen. In der hiedurch auf indirektem Wege neuerlich dokumentierten Identität dieses *Absolutoriums* mit einem Semestralexamen gewöhnlichen Stils lag aber — was hervorzuheben hier wohl am Platze sein dürfte — zugleich der permanente Verzicht ausgesprochen auf die Abstellung eines landesherrlichen Prüfungskommissärs zu demselben, während ebensolche Kommissäre zu damaliger Zeit zu nicht weniger denn 3 Prüfungen designiert zu werden pflegten: zu dem *Absolutorialexamen* aus der Philosophie für die Zwecke des Uebergangs der Lyceisten zur Universität — im Intervalle von 1833 bis 1838⁷⁾; zu dem nämlichen Examen für die speciellen Ziele des Eintrittes der *Lycealcandidaten* in die theologische Abteilung des *Lyceums* — im *Biennium* 1836 bis 1838⁸⁾, und endlich zu der *Admissionsprüfung* für diejenigen absolvierten Theologen oder auch Theologiecandidaten und *aspiranten*, welche in das *Klerikalseminar* einzutreten

⁷⁾ V. § 29 b.

⁸⁾ V. § 32.

beabsichtigten — für die 9 auf das Säkularisationsjahr folgenden Quinquennien⁹⁾).

Allerdings vermochte die bloße Thatsache der Nichtentsendung eines landesherrlichen Kommissärs zu den Prüfungen pro absolutorio theologiae den letzteren den Charakter staatlich angeordneter Akte insolange nicht zu rauben, als diese eben mit den Semestral- bezw. Finalprüfungen staatlicher Provenienz und Gesetzmäßigkeit vollständig zusammenlagen. Und doch mußte sich in dem Vollzuge des Prüfungsgeschäftes speciell bei ihnen eine gewisse Singularität dadurch herausstellen, daß, während die aus dem Lycealrektor und den Professoren der theologischen Section bestehende Prüfungskommission über die Befähigung oder Nichtbefähigung der Angehörigen des 1. und 2. theologischen Jahrgangs zur Vorrückung in den nächsthöheren Lycealkurs in förmlicher Weise Beschluß faßte, ein ähnliches apodiktisches Urteil über die Abiturienten der Theologie von ihr um dessentwillen nicht ausgesprochen werden konnte, weil sie zur Beurteilung der Fähigkeiten der letzteren, auf einer Laufbahn voranzuschreiten, welche sich dem Bereiche des Lyceums als wissenschaftlicher Lehranstalt entzog, unmöglich kompetent erschien.

Dieser freilich mehr latente, als offene Widerspruch wurde von der genannten Prüfungskommission der Damberger Lycealanstalt durch eine sehr vorsichtige Handhabung der Prüfungsnormen in nachstehender Weise gelöst. Die Prüfung selbst wurde genau in der für die Semestral- (Final-) Prüfungen gemeinhin¹⁰⁾ staatlich vorgeschriebenen bezw. durch Observanz überkommenen Form in mündlicher Weise und ohne Entfaltung irgend welcher Feierlichkeiten abgehalten und der bei den Prüflingen in dem einzelnen

⁹⁾ V. §§ 37. b bis d.

¹⁰⁾ Vgl. hierüber die §§ 33 b und c.

Fache¹¹⁾ zu Tage getretene Grad von Kenntnissen durch je eine Note gewertet, die dem schon öfter erwähnten 5-gliederigen Notensysteme¹²⁾ des Allh. R. vom 9. Juli 1810 entnommen wurde. Diese Einzelnoten, zu den in den Prüfungen während des Studienjahres — für das Intervall vor 1833 in den Quartals-, nach dieser Zeit in den Semestralprüfungen — angefallenen Noten aus dem nämlichen Fache addiert ergaben eine Summe, deren Höhe, im umgekehrten Verhältnisse genommen, den relativen Fortgangszug der Prüflinge in jenem Fache bestimmte, während hinwiederum die Summe der von jedem Abiturienten erlangten verschiedenen Einzelpunktzahlen den Hauptfortgangszug desselben berechnen ließ. Das arithmetische Mittel aus den sämtlichen Einzelnoten ergab die „Absolutorialnote“. Sie wurde conform den bereits citierten Allh. R. des 9. Juli 1810 in den 4 Abstufungen¹³⁾ ausgedrückt: „vollkommen-“, „hinlänglich-“, „notdürftig-“ und „nicht befähigt“. Während man aber aus dem mathematischen Anfall der Gesamtfortgangsnote für die Angehörigen der philosophischen und der theologischen Kurse¹⁴⁾ die Konsequenz zog und einem mit der 4. Note qualifizierten Candidaten einer dieser Abteilungen ohne Skrupel die Erlaubnis zum Vorrücken, sei es aus dem Philosophicum¹⁵⁾, sei es zum nächsthöheren Kursus entzog, machte die Prüfungskommission für das Ab-

¹¹⁾ Die Prüfung erstreckte sich über alle in dem Oberkurse der Theologie bezw. im Sommersemester vorgetragenen Lehrfächer mit Ausnahme desjenigen der Landwirtschaft, welches, obgleich obligatorisch, nur die Abgabe einer Frequenznote verlangte. Ueber den Wechsel dieser Lehrfächer vgl. den II. Teil der Abhandlung.

¹²⁾ Vgl. den den F.R. F.R. 2 und 3 des § 28 zu Grunde liegenden Text und diese F.R. F.R. selbst.

¹³⁾ S. die zweite Hälfte der F.R. 11 des § 27a.

¹⁴⁾ Vgl. die §§ 28 und 33 a, b.

¹⁵⁾ Soweit dieses Absolutorium nicht der Mitwirkung eines a. o. Prüfungskommissärs unterstellt war. V. § 29 b.

solutorium der Theologie das Urteil über das Maß der Befähigung abhängig von einer förmlichen Beschlußfassung *ad hoc*, wobei sie es eventuell *per vota majora* in der Hand hatte, nach dem Totaleindrucke, den der Prüfling gewährte, zu schätzen oder gegen dessen specielle Leistungen im Absolutorialexamen die während des Jahres registrierten Prüfungsnoten mildernd hervorzutreten. Auf diesem Wege gelang es ihr wirklich, während der ganzen hier vorwürligen Epoche von 46 Jahren nicht einen einzigen der Abiturienten als direkt „nicht befähigt“ bezeichnen zu müssen.

Aber auch nach einer anderen Richtung hin war die Selbsteinschätzung, deren sich die Kommission bezüglich des Umfangs ihrer Befugnisse befleißigte, sehr bemerkenswert. Der von ihr dem einzelnen Abiturienten zuerkannte Befähigungsgrad, welcher also nach den vorstehenden Bemerkungen keineswegs immer mit dem arithmetischen Resultat der Durchschnittsnote congruent zu sein brauchte, sollte nämlich nicht sowohl einen unumstößlichen Ausspruch über die wirkliche Befähigung desselben zum klerikalen Berufe darstellen, sondern nur der kirchlichen Oberbehörde einen Anhaltspunkt abgeben für das von ihr zu sprechende Endurteil in dem gedachten Betreffe. Zu diesem Zwecke wurden der genannten Stelle seitens des St. Lyceumrektors außer einer Tabelle, welche die von den Absolventen im Absolutorialexamen und während des Jahres, sowie auch in den sämtlichen früheren Lycealsemestern erzielten Fortgangsnoten und Fortgangsplätze verzeichnete, noch eine in Worten abgefaßte eingehende Charakteristik über die Geistesanlagen, den Fleiß, den Fortschritt und das sittliche Verhalten derselben übergeben, die „Censur“¹⁰⁾. In dieser nun kamen die Bedenken, welche man gegen

¹⁰⁾ Sie wurde für das Studienjahr von einem der im Oberurse der Theologie beschäftigten Professoren entworfen, welche im Turnus die Rolle von quasi Ordinariern diesesurses übernahmen. Vgl. die §§ 46 und 62 der Abhandlung. In besonders schwingvoller

die Reifeerklärung des einen oder anderen Prüflings trotz der ihm officiell zuerkannten 3. d. h. noch genügenden Note der Befähigung hegte, unverhüllt zum Ausdruck. Während man nämlich den besseren Candidaten oder solchen nichtstrittiger Reife im Absolutorialzeugnisse anerkennende Worte oder Segensprüche auf den Lebensweg mitgab¹⁷⁾, oder die Kirche beglückwünschte, ausgezeichnete oder brauchbare Arbeiter zu erhalten, u. dgl., legte man es in kritischen Fällen dem (bischöflichen resp.) erzbischöflichen Generalvikariate indirekt nahe, seinerseits die erteilte letzte Note der Befähigung gewissermaßen zur Note der „Nichtbefähigung“ degradieren zu wollen: sei es, daß man „billig“ bezweifelte, ob der betreffende junge Mann „bei dem schwachen Stande seiner Kenntnisse“ „in den klerikalen Stand Ausnahme“ finde, oder daß man ihm „Glück“ wünschte, falls es ihn gelänge, die „Lücken in seinem Wissen“ „noch einigermaßen auszufüllen“ u. ä. m. Das Generalvikariat verhielt sich derlei Redewendungen gegenüber denn auch keineswegs schweigend, sondern wies einzelne der betreffenden Theologen an, sich in den Fächern, in denen ihre Prüfungsnote einen tiefen Stand aufwies, sich „im nächsten Jahre“¹⁸⁾ nachprüfen zu lassen und zu diesem Behufe sich seinerzeit bei dem „Directorate des Lyceums“ zu melden.

Durch diesen specifischen Modus war eigentlich die strenge Bestimmung des Titels XII der Allh. V.D. vom 30. Nov. 1833 über die Lyceen, wonach ein einmaliges Nichtbestehen einer jeden Semestralprüfung eine Wiederholung derselben, ein zweimaliger Mißerfolg aber die Dismission von der Anstalt nach sich ziehen sollte, vollständig

Weise censierte der Exeget Dr. Kiegler, indem er stets an Aussprüche der hl. Schrift anknüpfte.

¹⁷⁾ Vgl. den zweiten Teil der vorstehenden F.N.

¹⁸⁾ D. h. zu Beginn des nächsten Studienjahres bezw. Wintersemesters.

negiert worden. Aber abgesehen davon, daß sie — den Untersuchungen der §§ 27, 28 und 33 zufolge — am Lyceum Bamberg auch bei den gewöhnlichen Semestralprüfungen durchaus mißachtet bezw. durch die Fortführung einer schon längst eingebürgerten anderen Gepflogenheit ersetzt zu werden pflegte, konnte ihre Gültigkeit speciell für das Absolutorium der Theologie mit sehr guten Gründen bestritten werden, nicht zum wenigsten mit dem Hinweise auf das Analogon dieses Absolutatoriums mit dem Absolutorium der Philosophie, welches als Finalexamen am Schlusse des letzten philosophischen Jahres durch den Titel XIV der genannten Allh. B.O. aus dem Bereiche der interbiennialen Semestral- und Finalprüfungen ausgezweigt und gleichfalls, besonderen Normen unterworfen worden waren. Der Umstand, daß die letzteren Prüfungen zu gewissen Zeiten an die Mitwirkung eines a. o. Prüfungskommissärs gebunden waren, konnte dabei nach den früheren Ausführungen dieses Paragraphen nicht gewichtig genug in die Waagschale fallen.

Was nämlich den speciellen Zweck des Lycealabsolutatoriums aus der Theologie anlangt, so wurde dasselbe im Vorausgehenden als notwendig charakterisiert für den Uebertritt zum „klerikalen Berufe“. Diese Definition bedarf insoferne einer näheren Erörterung, als sie absichtlich offen ließ, von welchem näheren Geschehnis ab die Zugehörigkeit zu diesem Berufe zu datieren pflegte. Wie bereits im § 31 berührt wurde, kann dieses Faktum gefunden werden entweder in dem Vollzuge der *admissio ad theologiam* d. h. in der Zulassung zur theologischen Lycealsection, oder aber in demjenigen der *admissio ad seminarium* d. h. in dem Eintritte in das geistliche Seminar, oder drittens in jenem der *admissio ad clericatum* d. h. in der Aufnahme in den durch die höheren Weihen bedingten klerikalen Stand i. e. S., welch' letzterer jedoch noch das Problem der Tischtitelverleihung vorherzugehen pflegte. Als weiteres

solches Moment kann aber endlich auch noch die Befruchtung angesehen werden, wie sie von dem Bestehen des Pfarrconcurses abhängig gemacht ist.

In der That gehört — die erste Möglichkeit kommt hier nicht mehr in Betracht — das Absolutorium aus der Theologie als Nachweis, daß der Candidat die vorgeschriebene Studienzeit auf (der Universität oder) dem Lyceum „vollendet“ habe, bis auf den heutigen Tag zu den für das Gesuch um Zulassung zum Pfarrconcurs absolut notwendigen Belegen¹⁹⁾. Dagegen besaß es zu allen Zeiten für die beiden anderen Fälle der Seminar- oder Clerikaladmission den Charakter nur bedingter Pflichtigkeit. Soferne nämlich die Zulassung zu den letzteren Admissionsprüfungen von der Voraussetzung abhängig gemacht ward, daß die Abmittenden *theologi absoluti* seien, war die Vorlage des Absolutorialzeugnisses der Theologie geboten. Insoweit aber auch Theologiecandidaten der unteren Semester oder sogar Philosophiestudierende zur Prüfung *pro admissione ad seminarium* angenommen oder die höheren Weihen auch solchen Theologen erteilt wurden, welche nur den 2. Kurs oder höchstens einen Teil des 3. Kurses zurückgelegt hatten, war diese Vorschrift natürlich hinfällig. In welcher Weise dabei im Einzelnen verfahren werden mußte, um den rasch wechselnden Bestimmungen hierüber jeweils Genüge zu leisten, möge in den §§ 37 und 38 des nachfolgenden Hauptabschnittes IV C dieser Abhandlung erörtert werden. Dagegen soll die Einbeziehung des Pfarrconcurses als eines die Lehranstalt des Lyceums nicht mehr berührenden Elementes außer Betracht bleiben.

Die mit der M.E. vom 13. Nov. 1849 für die zweite Hälfte des verflossenen Jahrhunderts eingeleitete

¹⁹⁾ Vgl. etwa die zwei Allh. B. D. vom 30. Dez. 1806 und vom 27. Aug. 1843 — Döllinger 8, 546 und 23, 156. Die letztere nennt als Befehl für die betheiligte Vollendung direct das Absolutorialzeugnis.

größere Lehr-, Lern- und Prüfungsfreiheit an den Lyceen beobachte das System der theologischen Absolutorialprüfung am Lyceum Bamberg äußerlich nur mit geringen Aenderungen. Während bei den übrigen Semestralprüfungen an Stelle der eine gewisse Oeffentlichkeit bedingenden Anwesenheit sämmtlicher Examinatoren und Examinanden des zu prüfenden Cötus der Studierenden nunmehr der Einzalexaminator und der Einzalexaminand trat, blieb wenigstens für die Zwecke der in Rede stehenden Prüfung die Prüfungskommission in der alten Zusammensetzung auch des ferneren erhalten, und zwar bis zum Jahre 1883, in welchem aus derselben alle jene Professoren der Theologie ausschieden, welche an den Vorlesungen für den 3. theologischen Jahrgang nicht beteiligt waren. Mit der im Jahre 1891 bethätigten weiteren Reduktion auf den prüfenden Einzelprofessor und der hiedurch bewerkstelligten vollständigen Conformität des Prüfungsmodus mit demjenigen der Semestralprüfungen gewöhnlichen Stils entschwand schließlich auch der durch die Thätigkeit eines größeren Prüfungskörpers bisher noch verbliebene Rest von Solemnität vollständig. Auch in der Art der Qualifikation und der Censurierung vollzog sich ein Wechsel. Schon im Quadrennium zwischen 1845 und 1849, welches sich als Uebergangsintervall zu einer freierlicheren Ära durch eine gewisse Stabilität in der Etablierung von Prüfungsbestimmungen auszeichnete²⁰⁾, war man von dem Begriffe der „Befähigung“ zum Uebertritt in den klerikalen Beruf zu jenem der „Würdigkeit“ übergegangen. Späterhin, und zwar in dem Zeitraum, welcher durch die beiden Ausgaben der Lycealstatuten vom 2. Febr. 1851 und vom Jahre 1867 begrenzt ist, ersetzte man die 4 bisher festgehaltenen Grade dieser Befähigung resp. Würdigkeit durch bloße 3 Abstufungen, „vorzüglich

²⁰⁾ Vgl. hierüber vornehmlich die vorausgehenden §§ 27b, 29b, 32 und 33b, sowie den nachfolgenden § 37d.

würdig“, „würdig“ und „hinlänglich würdig“²¹⁾. Die der kirchlichen Oberbehörde früher übermittelten „Censuren“ fielen vollständig hinweg, als alleiniger Ausdruck einer näheren Charakteristik des einzelnen Abiturienten erfolgte vielmehr nur noch die Angabe erstens der Absolutorialnote, als des arithmetischen Mittels aus den Hauptnoten des Absolutorial- und des Wintersemestralexamens, und zweitens des relativen Fortgangsplatzes, wie er durch die Summe der in den einzelnen Prüfungsfächern der beiden Examina erlangten Noten bestimmt wurde, sei es, daß man die Ordnungszahl dieses Platzes besonders hervorhob, sei es auch nur, daß man die bloße Registrierung der Notensumme als Unterlage für denselben als genügend erachtete.

Wesentlich wichtiger aber als diese Modalitäten erwiesen sich die principiellen Fragen, auf welche die neue Ära Antwort erteilte. Nachdem, wie bereits im § 15 erwähnt wurde und wie in den §§ 37 e bis g noch näher dargelegt werden wird, mit Wirkung der grundlegenden M. E. des 13. Nov. 1849 bezw. der nicht minder bekannten M. E. des 8. April 1852 die Aufnahme von Theologiecandidaten und -aspiranten in die Priesterseminare dem bayerischen Episcopate frei überlassen worden war, hatte man in Bamberg sofort dazu gethan, eben dieser *admissio ad seminarium* auch die üblichen Semestral- und Finalprüfungen in der theologischen Section²²⁾ in der Weise dienstbar zu machen, daß man den Abmittenden, soweit sie bereits der theologischen Section angehörten, unter anderen Bedingungen für die Zulassung zum Seminar auch den Nachweis auferlegte des erfolgreichen Bestehens eben dieser Prüfungen. Dadurch aber war den letzteren mit Einschluß der Absolutorialprüfung ein deutliches

²¹⁾ Vgl. die F. R. des § 28 der Disciplinargesetze von 1867. Statt des obigen „hinlänglich würdig“ liest man in den Enc. Akten auch ebensowohl „hinlänglich befähigt“, als „hinlänglich“ schlechthin.

²²⁾ V. § 33 b und c.

Siegel episcopaler Anerkennung aufgedrückt worden, welches auch in der Öffentlichkeit dadurch zur besonderen Geltung kam, daß, während in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die zuständigen kirchlichen Stellen sich von jeder persönlichen Berührung mit den in Rede stehenden Prüfungen einschließlich der Absolutorialprüfung ferne hielten, die nunmehrige Anwesenheit des Erzbischofs bei der Vornahme derselben eine häufige Erscheinung wurde.

Auch eine bereits vorübergehend gestreifte M.E. vom 9. Dez. 1851 kann als ein hier einschlägiger Akt principieller Tragweite gedeutet werden, insoferne sie ausdrücklich davon sprach, daß Candidaten der Theologie einer „theoretischen Endprüfung“ im Sinne des § 26 der unterm 1. Oktober 1849 neu ausgegeben D.D. für die Universitäten nicht unterlägen. Damit war nämlich nicht nur die Bedeutung der bis jetzt weitergeführten Absolutorialprüfungen als bloßer interner Tentamina bezeichnet, sondern auch die eigentliche Quelle derselben als Ausfluß bischöflicher Kompetenzen nicht undeutlich charakterisiert worden, ohne daß man sich freilich, wie gleichfalls bereits im § 15 vermerkt wurde, in Bamberg in der ersten Zeit veranlaßt gesehen hätte, hieraus die richtige Konsequenz zu ziehen. Im Gegenteil hielt man damals, auch nachdem man den Semestral- und Absolutorialprüfungen eine Art kirchlichen Mantel umgehängt hatte, doch an der Idee ihrer eigentlichen staatlichen Abkunft unentwegt fest. So man beschnitt sogar die Wirkung des Absolutorialzeugnisses, wohl um seine Provenienz und Form vom kirchenrechtlichen Standpunkte aus als irrelevant zu kennzeichnen, in erheblicher Weise. Während nämlich daselbe bislang vielfach als Beleg für die wissenschaftliche Reife behufs Zulassung zu den höheren Weihen bezw. zur Erwerbung des Titels gedient hatte, wurde mit dem fundamentalen erzbischöflichen Erlasse vom 21. März 1850²³⁾ verordnet, daß für

²³⁾ Vgl. die §§ 15, 37 und 38.

diese speciellen Zwecke ein eigenes Ordinariats- (Synodal-) Examen abgehalten werden solle — eine Bestimmung, die bis zum Erscheinen eines neuen oberhirtlichen Erlasses d. i. bis zum 27. Jan. 1859²⁴⁾ in Kraft blieb, um erst von da ab der alten Uebung wiederum Platz zu machen. In welcher Weise die neuesten Lycealstatuten vom 1. Juni 1891 bestrebt waren, den Bestimmungen über die Prüfungen am Lyceum ihren allmählich immer deutlicher hervorgetretenen episcopalen Charakter zu wahren, ist wiederum schon im § 15 dieser Abhandlung untersucht worden. Daß insbesondere der dortselbst mehrfach genannte einschlägige § 37/2 jener Statuten unter die Prüfungen auch das Absolutorium der Theologie einbegriff, wurde dabei nachträglich noch durch die in den §§ 29 a und 30 gelegentlich berührte M.E. vom 21. Febr. 1892 ausdrücklich bestätigt.

§ 35. Uebertritte zur theologischen Fakultät der Universität.

Weder die Universitätsstatuten vom 26. Jan. 1804¹⁾, noch ihre Ergänzung vom 30. Okt. 1807¹⁾, noch endlich ihre Neuausgabe vom 6. März 1814¹⁾ gaben, obgleich alle drei Akte den Uebertritt von der theologischen Section des Lyceums zur Klasse der allgemeinen Wissenschaften mehr oder minder beschränkenden, im § 29 a näher besprochenen Bedingnissen unterstellt hatten, irgend eine Direktive bezüglich des analogen Uebergangs von der theologischen Lycealsection zur theologischen Fakultät der Universität. Erst der § 15 Abs. 2 der Disciplinarvorschriften vom 26. Nov. 1827 holte das Versäumnis nach, indem er die Einrechnung des am Lyceum bereits teilweise absolvierten Studiums der Theologie in die

²⁴⁾ Memorandum, 3.

¹⁾ Ueber diese 3 schon öfter genannten Akte vgl. insbesondere die vorausgehenden §§ 16, 26, 27 a und 29 a.

3-jährige theologische Laufbahn an der Universität voll garantierte und damit eine Bestimmung traf, welche in die späteren Universitätsstatuten je vom 18. Mai 1835, 13. Febr. 1842, 1. Oktober 1849 und 22. Febr. 1891, sowie in die die Lyceen betreffenden beiden M.E. vom 13. Nov. 1849 und vom 1. Juni 1891 übergegangen, unzweifelhaft auch schon vor dem Jahre 1827 Bestimmung besessen hatte — freilich mit dem Umfasse, daß für diese Zeitperioche der am Lyceum herangebildete Theologe infolge der ungleich langen Dauer des Philosophiestudiums seinem coaven Commilitonen der Universität gegenüber bezüglich der Gesamtstudienzeit normal einen Verlust zu beklagen hatte, der sich von 1804 bis 1814 auf ein Jahr, von 1814 bis 1827 auf ein Semester bezifferte²⁾.

Die Uebertritte hätten dabei — so kann man wenigstens aus der Fassung des angezogenen § 15/2 und der mit ihm gleichlautenden Paragraphen der späteren Satzungen schließen — zu Beginn des Studienjahres erfolgen sollen, sie vollzogen sich aber ebensowohl zum Schlusse des Wintersemesters, wie nicht minder mitten während des Semesters. Das Bamberger Lyceumsrektorat brachte auch derlei Fällen keineswegs die widerwillige und ablehnende Haltung entgegen, welche es den Ausführungen des § 29a gemäß den einschlägigen Bestrebungen der Philosophiecandidate gegenüber eingenommen hatte, wenngleich es ebenfalls darauf drang, daß sich der scheidende stud. theol. den fälligen Prüfungen, insbesondere den zum Semesterchlusse üblichen,

²⁾ S. § 29a. Die Gründung der „Lycealklassen“ im Jahre 1824, welche die Gesamtstudienzeit auch des Universitätsstudierenden implicite auf 5 Jahre ausdehnte, kam für die hier zu erörternden Verhältnisse der Theologen praktisch nicht in Betracht, weil ihre Wirkung sich erst im Verlaufe von 3 Jahren geltend gemacht hätte, nach welchem Intervall aber eben die Allh. B. D. des 26. Nov. 1827 neubestimmend eingriff.

unterziehen sollte. Da ferner für den Verbleib der Lycealtheologen an ihrer Mutteranstalt die Festsetzung einer Minimalfrist, wie sie die Allh. V.D. vom 30. Nov. 1833 den Candidaten der Philosophie durch Einführung der 2-jährigen Wartezeit³⁾ bescheert hatte, nicht erfolgt war, so beließ man es rücksichtlich des legalen Uebergangstermins für die Theologen auch nach diesem einschneidenden Jahre 1833 noch bei dem bisherigen Modus.

Und doch sollten die ungünstigen und ungnädigen Gesinnungen, die man zu Beginn der 30-er Jahre seitens der Allh. Stelle gegen die Institution der Lyceen hegte⁴⁾, auch alsbald auf dem hier in Rede stehenden Gebiete zur Wirkung gelangen. Wohl war die deprimierende Verfügung der Allh. E. vom 23. Nov. 1832, nach welcher die zur Universität abgehenden Lyceisten daselbst eine förmliche Aufnahmsprüfung — alias „Zwischen-“ oder „Uebertrittsprüfung“⁵⁾ — zu bestehen hatten, in unzweideutiger Weise nur für das Studium der allgemeinen Wissenschaften erlassen worden. Eine erweiternde M.E. vom 23. Febr. des folgenden Jahres aber schien durch eine en passant hingeworfene Bemerkung, daß das theologische Studium in den theologischen Fakultäten der Universitäten „hochachtbare Geistliche der betreffenden Confession als Examinatoren“ fände, der Ausdehnbarkeit eben dieser Prüfungen auch auf die Theologiecandidaten das Wort zu sprechen.

Diese Interpretation galt nun freilich, wie eine spätere, schon im § 32 gewürdigte, übrigens nicht ganz klare und eindeutige⁶⁾ höchste Entschließung d. d. 27. Mai 1836

³⁾ Cf. die §§ 14 und 29 b.

⁴⁾ E. die §§ 13, 14, 27 a und b und 29 a und b.

⁵⁾ Vgl. über dieselben im genaueren § 29 b. Sie fand vor einer besonderen Kommission der philosophischen Fakultät der Hochschule statt.

⁶⁾ Vgl. die unmittelbar folgende F.N. 7.

näher darthat, nur in beschränkter Weise. Nach ihr sollten — so urtheilt wenigstens der Verfasser — alle jene bereits in der theologischen Lycealsection befindlichen Candidaten, welche behufs Eintritts in diese Section das Absolutorium der Philosophie ohne Mitwirkung des mit der P.O. vom 23. Nov. 1832 aufgestellten a. o. Ministerialkommissärs erworben hatten, sich beim Uebergang auf eine der Fachfakultäten⁷⁾ der Universität der kritischen Prüfung nachträglich unweigerlich unterziehen. Dagegen sollten alle zukünftig aus dem Philosophicum des Lyceums zum Theologicum daselbst übertretenden Studierenden einer ähnlichen „Zwischenprüfung“ am Lyceum unterworfen werden, welche sich von der eben genannten, der Leitung des a. o. Prüfungskommissärs unterstellten Absolutorialprüfung jedoch dadurch unterschied, daß sie vor dem Forum der Lehrgremien beider Sectionen unter dem Vorstehe des Kreisschulreferenten⁸⁾ oder eines Mitgliedes des Kreisschularchats⁹⁾, allerdings in Anwesenheit des vorgenannten Absolutorialkommissärs, abgelegt werden sollte.

Unter welchen Gesichtspunkten man nun auch diese beiden, an der Universität und am Lyceum obligatorischen „Zwischenprüfungen“ betrachten mag — auf alle Fälle waren sie geeignet, dem Lehrerrate des Lyceums die Kompetenz zur Beurteilung der lycealen Theologen und Theologicaspiranten in einem sehr wichtigen Punkte vollständig zu ent-

⁷⁾ Die M.E. vom 27. Mai 1836 war durch die Anfrage einer Universitätsbehörde veranlaßt worden. Diese Frage hatte den Fall im Auge, daß der Lycealthologe zur Universität übertreten wolle, um daselbst in einer anderen Fachfakultät als der theologischen weiter zu studieren. Der Absatz 1 der Entschließung spricht aber von einem Uebertritte der Lycealcandidaten der Theologie gemeinhin unter Berufung auf den § 25 der D. S. vom 18. Mai 1835 und nimmt damit zweifellos keine der Fakultäten aus.

⁸⁾ Hierüber orientieren die §§ 21 und 22 dieser Abhandlung.

ziehen. Auch bedeutete ihre Aufrechterhaltung, ja Neuinstallierung durch die M.E. des 27. Mai 1836 im Grunde genommen nichts anderes als die faktische Weiter- oder Neuausübung eines landesherrlichen Kirchenhoheitsrechtes, wie es es auf anderen Gebieten des höheren Schulwesens, so z. B. jenem der Bildung und Erziehung zum klerikalen Stand, von der zuständigen geistlichen Oberbehörde auf das strikteste bekämpft worden war und fernerhin noch bekämpft wurde⁹⁾, während sich allerdings gegen dessen Inaugurierung auf dem hier vorwülfigen Felde der *admissio ad theologiam*, wie schon früher bemerkt¹⁰⁾, eine Stimme nicht erhoben zu haben schien.

Freilich hatten die neu aufgerichteten Uebertrittsnormen nur kurze Dauer. Sie verschwanden zugleich mit dem System der überwachenden Absolutorialprüfungs-kommissionen infolge der Allh. P.D. für die Universitäten vom 10. Mai 1838. Von da ab wurden die Modalitäten für den Zugang zur Hochschule wieder die nämlichen wie früher, bis ihnen mit der Aufhebung der genannten P.D. durch die M.E. vom 31. Okt. 1847 neuerdings zu Gunsten der misslichen Bestimmungen der Universitätsstatuten vom 18. Mai 1835 Redressierung drohte. Aus den schon öfter erörterten Gründen aber, welche eben diese Allh. E. des 31. Okt. nicht wirksam werden ließen¹¹⁾, verblieb es auch bezüglich des Uebertrittes der Lycealtheologen zur Universität bei der bisherigen Gepflogenheit, welche zudem durch die den Philosophieandidaten mit höchster E. vom 20. Juli 1840 gewährte Erleichterung des semestralen Uebertrittes¹²⁾ einen starken legalen Rückhalt erfahren hatte.

Die zu Ende der 40-er Jahre den Studierenden der Lyceen wie der Hochschulen gewährte größere Lern- und Be-

⁹⁾ Cf. die §§ 14, 15, 20, 23, 24, 32, 34, 37 b mit e und 38.

¹⁰⁾ Im § 32.

¹¹⁾ Ueber dieselben vgl. vorzugsweise die §§ 27 b und 29 b.

¹²⁾ V. die §§ 14 und 29 b.

wegungsfreiheit hatte zur Folge, daß mit — dem Vollzuge der Universitätsstatuten vom 1. Okt. 1849 — der Uebertritt der Theologiecandidaten der ersteren Bildungsanstalten zur Universität nur mehr an die Erbringung eines Abgangszeugnisses gebunden ward, ein Grundsatz, welcher auch in die unterm 22. Febr. 1891 revidirten neuesten Hochschul-Vorschriften aufgenommen, sich von dem inversen Gesetz des Uebertrittes von der Universität zum Lyceum nur mehr durch die dem Lyceum eigenthümliche Definition des Begriffes „Uebergangszeugnis“ unterscheidet, wie solche ausführlich im § 29 c zur Besprechung gelangte.

§ 36. Uebertritte von der Universität.

Nach den Darstellungen des § 30 lag es bis zum Jahre 1835 keineswegs auf der flachen Hand, unter welchen Bedingungen ein Universitätsstudierender aus der Klasse der allgemeinen Wissenschaften zur philosophischen Section des Lyceums übergehen konnte. Ebenso wenig läßt sich zunächst in den während der ersten 3 Lustren des 19. Jahrhunderts über die Lyceen und Hochschulen ergangenen allgemeinen Erlassen ein Anhaltspunkt für den speciellen Uebertritt des Universitätsstudenten zum Lyceum auffinden, so daß man hinsichtlich der Entscheidung dieser Frage durchaus wieder auf die Art und Weise der faktischen Handhabung durch das betreffende Lyceumsrektorat resp. auf die Aussage der Matrikeln und anderer schriftlicher Beihilfe der Einzelanstalt angewiesen ist.

Für das Lyceum Bamberg erging eine erste Anordnung in dem in Rede stehenden Betreffe im Jahre 1816 indem die in eben jenem Jahre neu ausgegebenen, des öfteren schon erwähnten lokalen Statuten rücksichtlich aller von der Hochschule kommenden Studierenden, also auch jener der Theologie, die Forderung erhoben einer ausdrücklichen Legitimation durch „Zeugnisse“. Welcher Art diese letzteren sein

sollten, wurde dabei nicht erwähnt: nach den im § 30 gepflogenen Ausführungen waren darunter aber offenbar Frequenz- und Sittenzeugnisse zu verstehen.

Auch über den Zeitpunkt des Uebertrittes verlautete nichts. Der natürlichste wäre der Beginn des Jahres oder eventuell des Semesters gewesen, man nahm aber dann und wann auch einen Studierenden auf, welcher während des Semesters anklopfte — wie es bei den mannigfaltigen, den Studien- und Lebensgang gerade eines Theologen bestimmenden äußeren Umständen in der That völlig richtig erschien. Der von der Universität zum gleichwertigen theologischen Lycealkurs übertretende junge Mann hatte dabei; falls er seine philosophische Ausbildung gänzlich an der ersten Bildungsstätte genossen hatte, wegen der ungleichen Dauer des Philosophicums seinen Coäven am Lyceum gegenüber allerdings an Studienzeit gewonnen¹⁾, und zwar in dem Intervalle von 1804 bis 1814 1 Jahr, in jenem von 1814 bis 1827 1 Semester²⁾. Dieser Vorteil zerfloß erst, nachdem die durch den Wieg'schen Schulplan am 10. Oktober 1824 ins Leb'n gerufene „Lycealklasse“ einen unmittelbaren Einfluß auf die Beziehungen der theologischen Jahrgänge an Lyceum und Universität noch nicht ausüben konnte³⁾, mit der grundsätzlichen Einführung des biennium philosophicum auch an den Universitäten durch die Disciplinargesetze für dieselben vom 26. Nov. 1827. Die Fassung ihres, die gleichheitliche Anrechnung der theologischen Studienzeit proklamierenden Paragraphen 15 läßt es zugleich unzwiselfhaft erscheinen, daß die Uebertritte (von dem einen in den anderen Bildungskörper) rits nur nach Umfluß des Studienjahres vor sich gehen sollten. Nachdem aber dem un-

¹⁾ Inso weit nicht etwa die kirchliche Oberbehörde eingriff, um ihn zur Ordination zurückzustellen.

²⁾ Vgl. die §§ 29 b und § 35.

³⁾ S. F.N. 2 des § 35.

mittelbar vorhergehenden Paragraphen dieser Abhandlung zufolge den am Schlusse des Wintersemesters zur Universität abgehenden Lycealtheologen ein Hindernis nicht in den Weg gelegt wurde, kann unmöglich bezüglich des inversen Uebertritts die vorstehende Anordnung den Charakter eines unerbittlichen Gesetzes getragen haben, und war es wohl eben nur Zufall, daß in die Bamberger theologische Lycealsection bis zum Jahre 1849/50 derlei Emigranten unter dem Jahre nicht eintraten, wodurch allerdings der Absatz 2 des citierten § 15, der auch in die späteren Universitätsstatuten und -prüfungsordnungen je vom 18. Mai 1835, 10. Mai 1838 und 13. Febr. 1842 überging, nach seinem vollen Umfange gewahrt wurde.

Uebrigens mochten die in das Lyceum übergetretenen Universitätsstudierenden der Theologie sich nicht immer rasch und mit Nutzen in die veränderten Verhältnisse ihrer Studienlaufbahn gefunden haben. Waren doch die in den verschiedensten vorausgegangenen Abschnitten dieser Abhandlung gewürdigten Ungleichheiten des Studienbetriebs, der Auftheilung und Gruppierung der Lehr- und Prüfungsfächer, des *modus examinandi* und ähnliche innerhalb des *trienium theologicum* von Universität und Lyceum⁴⁾ statt habende Divergenzen mehr einer sofortigen Assimilierung an das neue Schulsystem ebenso hinderlich, wie andererseits die durch die Allh. E. vom 18. Dez. 1833 eingeleiteten Dispensationsbestimmungen betreffend das 5. Universitätsjahr⁵⁾ bei dem Mangel irgendwelcher analogen Anordnungen für die Lyceen keineswegs geeignet erschienen, zur Förderung der Einheitlichkeit der beiden theologischen Bildungsanstalten beizutragen. In dieser Beziehung gab erst eine schon oben im § 30 citierte, an das Lyceumsrectorat in Dillingen ge-

⁴⁾ Ueber diesen Begriff an den Lyceen beachte u. a. die Ausführungen des § 14.

⁵⁾ Cf. die §§ 27 b und 29 b.

richtete, aber allgemeine Tragweite besitzende M.E. vom 16. Mai 1835 etwas bündigere Direktiven, indem sie den Interessenten den Rat erteilte, eben ihrerseits während der ersten Universitätsjahre alle jene theologischen Lehrfächer bestimmt zu hören, deren Vortrag sich über einen längeren Zeitraum denn jenen eines Jahres erstreckten. Auch die unterm 3. Juli 1836 erschienenen⁶⁾ „Belehrungen“ für die Hochschule erteilten nach dieser Richtung sehr beherzigenswerte Winke.

Obgleich die über das Studium der allgemeinen Wissenschaften an den Lyceen erlassene fundamentale M.E. des 13. Nov. 1849 ihrem Rubrum getreu sich über die Verhältnisse innerhalb der theologischen Section nicht ausgelassen hatte, so konnte es doch als selbstverständlich gelten, daß die den Lycealcandidaten der 1. Section gewährten Vergünstigungen zum Teile auch deren Commilitonen in der theologischen Section zu statten kommen mußten, und dies um so mehr, als ja auch den zur Universität abgehenden Herren der letzteren Kategorie durch die neuen Universitätsvorschriften vom 1. Okt. 1849 eine fühlbare Erleichterung geboten worden war. Diese Auffassung gewann rechtlichen Halt durch zwei M.E. vom Jahre 1850, vom 6. bezw. 14. Juni js. Js., die erstere an die Adresse der beiden Lycealsectionen, die letztere an jene der theologischen Section allein gerichtet. Conform mit ihnen konnten darum die hauptsächlich auf der Basis der citierten höchsten E. vom 13. Nov. 1849 construierten und approbierten lokalen Satzungen des Bamberger Lyceums vom 2. Febr. 1851, sowie ihr Wiederabdruck vom Jahr 1867 und ihre Neuausgabe vom 28. Februar 1883⁷⁾ je in ihren congru-

⁶⁾ S. F.N. 1 der Einleitung zu § 29.

⁷⁾ Ueber die Disciplinarsatzungen des Bamberger Lyceums . § 41.

enten §§ 19 und 20 als bloße Bedingungen für den Eintritt eines Hochschulstudierenden — also auch eines solchen der Theologie — die Immatrikulation zum Semesterbeginn und die Erbringung eines Abgangszeugnisses der Universität normieren. Die generellen Satzungen für die Lycealstudierenden vom 1. Juni 1891 fügten als dritte Bedingung den Besitz des Gymnasialabsolutoriums hinzu, während eine bereits im § 290 citierte, ergänzende M.E. vom 21. Febr. 1892 das Abgangszeugnis der Volkshochschule zum Unterschiede von dem Abgangszeugnis an den Lyceen als bloßes Inscriptionsattest definierte gegenüber der dem letzteren innewohnenden Eigenschaft eines Frequenzzeugnisses^{*)}.

*) Vgl. auch den Schluß des § 34 der Abhandlung.

C. In ihren Beziehungen zum Klerikal-Seminar und zu den höheren Weihen.

§ 37. Die Admissio ad Seminarium.

a. Einleitung.

Es ist im Vorhergehenden beiläufig erwähnt worden, daß kaum eine Streitfrage auf religiös-politischem Gebiete mit so mathematisch scharfer Linie die Geister zu trennen geeignet erscheint, als die Erörterung um die Gleichberechtigung oder den Vorrang des bayerischen Concordats gegenüber der II. Weilage zur bayerischen Verfassungsurkunde. Seit mehr denn 8 Decennien bildet diese Linie die Grenzscheide zwischen staatlicher und kirchlicher Auffassung. Und wenn es auch manchmal das Aussehen hatte, als wenn über sie hinweg eine Verflachung der Gegensätze eingetreten wäre, so sollte alsbald — und diese Wahrnehmung kann bis in die allerjüngste Zeit herein¹⁾ verfolgt werden — eine im concreten Falle veranlaßte Maßnahme nur allzudeutlich die Unmöglichkeit ihrer Verwischung erkennen lassen. Eine der wichtigsten Unterstufen der Diskussion bildete dabei zu allen Zeiten die Frage nach der Erziehung des katholischen Klerus in den Priesterseminarien. Ja, sie darf sich sogar eines wesentlich höheren Alters rühmen, denn viele der übrigen kirchenpolitischen Probleme, insoferne als ihr Ursprung mit

¹⁾ Der Verf. hat hier einige während der jüngsten Landtags-session in die Erscheinung getretene Fälle im Auge.

dem Eintritte der Säkularisation fast vollständig synchron ist, während freilich der legale Untergrund für die verschiedenen im Laufe der Zeit in ihrem Betreffe entsprossenen staats- und kirchenrechtlichen Reklamationen erst durch die besprochenen beiden hochbedeutsamen Akte der Jahre 1817 und 1818 geschaffen wurde. Auch spiegeln sich kaum in einem anderen Geschehnisse ähnlicher Bedeutung die wechselnden Phasen in der Bewegung der conträren Bestrebungen, in der Politik insbesondere „der stillen Vorbehalte“ bezw. „der stillen Zugeständnisse“²⁾, so getreu wieder als gerade in ihr. Aber nur im allgemeinen d. h. unter Betrachtung der Zustände im ganzen bayerischen Lande, nicht etwa derjenigen der einzelnen Diöcese! Im Gegentheil kann auch hiebei die immerhin auffällige Erscheinung registriert werden, daß innerhalb des einen Bistums resp. Erzbistums der Gegenstand der Meinungen ein nur leichtes Kränkeln der bisher ruhigen Fläche des *modus vivendi* verursachte, während er zu gleicher Zeit in den Nachbarzonen die stürmischste Erregung hervorrief.

Als typischste Beispiele in diesen gegensätzlichen Richtungen können wohl die Zustände in den beiden hierarchischen Sprengeln Bamberg und Würzburg genommen werden. Während in dem letzteren über den in rascher Folge vollzogenen dreifachen Wechsel der territorialen Zugehörigkeit hinweg zumeist offener Kriegszustand herrschte, wie er in seinen verschiedenen Stadien durch das bekannte Werk von Braun³⁾ deutlich charakterisiert wurde, zeichnete sich die Entwicklung der Dinge in Bamberg durch einen wesentlich ruhigeren Verlauf aus, wenngleich es an spizen Momenten und überraschenden Situationen auch ihr nicht fehlte. Leider

²⁾ Vgl. etwa F.N. 3 des § 11 und den ihr unterlegten Text, sowie die Abschnitte III C und III E dieser Abhandlung.

³⁾ S. Literaturverzeichnis.

legen, zum Unterschiede gegen die Braun'sche Auffassung, die vorhandenen Darstellungen der Geschichte des Bamberger Seminarium Ernestinum von Schmitt¹⁾ und Mezner²⁾ viel mehr Gewicht auf die Erörterung von Fragen organisatorischer und disciplinärer Natur, als auf die Enthüllung wissenschaftlicher, didaktischer und kirchenpolitischer Elemente — so daß der Verfasser der vorliegenden Abhandlung, weit davon entfernt, sich auf Bekanntes stützen zu können, auch hier zu der Notwendigkeit gebrängt wurde, das Einschlägige dem verschiedensten Aktenmaterial original zu entnehmen und so die mannigfachen Beziehungen zwischen Seminar und Lyceum in eigener Darlegung zum Vortrage zu bringen.

b. Die Zeit von der Säkularisation bis zur stabilen Inauguration staatlicher Hoheitsrechte, 1803 bis 1822.

Zu den Zeiten der Bamberger Universität¹⁾ war die Erlaubnis zum Eintritte in das Priesterseminar der heimischen Diocese u. a. an die Bedingung geknüpft gewesen, daß der Abmittend eine von einer besonderen Kommission abzuhaltende Approbationsprüfung²⁾ bestanden habe. Eine fürstbischöfliche B.D. vom 22. Dez. 1781³⁾, dem Universitäts-hausdirektor⁴⁾ mitgeteilt durch Dekret der hochfürstlichen Schulenkommision⁵⁾ vom 31. Dez. des nämli. Jz.⁶⁾, ergänzte diese Vorschrift durch die Anordnung der gleichzeitigen Vornahme eines *examen morale*, indem sie sämtliche Professoren sowohl der Theologie, als der übrigen Fakultäten⁶⁾, bei welchen der Candidat Collegien gehört hatte,

¹⁾ Vgl. hierüber § 3.

²⁾ H. Weber I, 243.

³⁾ Lpc. Akten.

⁴⁾ V. J. N. 8 des § 7.

⁵⁾ Ueber diesen Begriff s. b. H. Weber I, 169 u. a. v. a. D.

⁶⁾ Sinngemäß wohl nur diejenigen der philosophischen Fakultät. Die „Juristen“ und „Mediziner“ hätten auch als „Seiner hoch-

anhielt, über nicht weniger als 10 verschiedene, in ein eigenes Schema eingepaßte, die Lebensführung desselben betreffende Fragen Auskunft zu erstatten. Um dabei speciell den Theologieprofessoren Gelegenheit zu geben, über ihre Hörer besser urteilen zu können, wurde mit Dekret der nämlichen Behörde vom 9. Dez. 1782¹⁾ weiter verfügt, daß jeder Theologiestudierende des Hochstifts sich an allen von den einzelnen Professoren zu bethätigenden Examinatorien, Conversatorien und Disputatorien zu beteiligen hätte. Diese Verfügungen schienen denn auch in Geltung verblieben zu sein bis zum ereignisvollen Jahre 1803, in welchem der Selbständigkeit des Fürstentums ein definitives Ende bereitet wurde.

Die neue Ära, welche mit diesem Zeitpunkte für das Seminar anbrach, wurde officiell eingeleitet durch einen Churf. Erlaß vom 9. Mai 1803, welcher im Vollzuge der Besitzergreifung der beiden Fürstentümer Bamberg und Würzburg den beiden fränkischen Landesdirektionen „alle geistlichen Regierungsgegenstände“ unterstellte, „welche aus der Territorialhoheit fließen“²⁾. Ein zweiter analoger Erlaß — unterm 3. Nov. des gl. Jrs.³⁾, also zu einer Zeit ergangen, zu der man über die Errichtung einer philosophisch-theologischen Lehranstalt in Bamberg staatlicherseits noch keinen auch nur provisorischen Entscheid getroffen hatte⁴⁾ — ergänzte und erweiterte diesen in seiner Allgemeinheit immerhin unklaren Ausdruck dahin, daß er die Fortdauer der beiden Klerikalseminarien in Bamberg und Würzburg „in ihrer bisherigen Verfassung“ bestätigte und dieselben „in wissenschaftlicher, sittlicher und ökonomischer Hinsicht“ den Bischöfen überlassen zu wollen erklärte. Hier-

fürstlichen Durchlaucht allergetreueste Opposition“ — vgl. § 3 dieser Abhandlung — der Anordnung kaum Folge geleistet.

¹⁾ Fränk. Reg.Bl. 1803, 90.

²⁾ Braun, 374. Vgl. auch § 38.

³⁾ Cf. §§ 7 bis 9.

durch war nicht nur den letzteren die freie Wahl der Aufnahme von Candidaten des geistlichen Standes in eben diese Seminarien auf das formellste anheimgegeben worden, es schien auch die Josephinische Haltung, welche das Generallandeskommissariat in Franken¹⁰⁾ den genannten Erziehungsinstituten gegenüber bislang eigenommen hatte¹¹⁾, ziemlich desavouiert zu sein. In der Wirklichkeit aber verblieb es freilich auch auf diesem Gebiete vorerst unentwegt bei der Fortführung der Grundsätze der Montgelas'schen Politik, einer Politik, welche kirchlicherseits auf das heftigste bekämpft und auch von hervorragenden Lehrern des Staatsrechts als nicht in allen Teilen einwandfrei bezeichnet wurde¹²⁾.

In Bamberg speciell erstreckte sich die Wirkung des in Anspruch genommenen bzw. observanzmäßig weitergepönnenen landesherrlichen Oheraufsichtsrechtes, welches durch die bekannte Churf. B.D. vom 7. Mai 1804 über die Abgrenzung der weltlichen und geistlichen Machtsphäre¹³⁾ eine weitere, wesentliche Stärkung erfahren hatte, sogleich nach mehreren Richtungen hin: das Seminar wurde durch die von der churf. Landesdirektion in Verbindung mit der bischöflichen Behörde vorgenommene, unterm 1. Jan. 1806 wirksam gewordenen Vermehrung der beiden Stadtpfarrsprengel (zu St. Mar-

¹⁰⁾ Vgl. F.N. 2 des § 4.

¹¹⁾ Sie charakterisierte sich insbesondere durch einen Erlaß der genannten Behörde an das Seminar in Würzburg, d. d. 30. Nov. 1802, wonach dasselbe fortan als „Churfürstliches Seminar“, der Vorstand als „Churfürstlicher Regens“ gelten sollte. Braun, 347. Ein analoger, an das Bamberger Seminar adressierter Erlaß war in den einschlägigen Gen.Sem., Sem. und Ord.Akten nicht aufzufinden, doch begegnet man darin ebensowohl den beiden genannten Ausdrücken, wie auch der weiteren Bezeichnung „Churfürstlicher Alumnus“.

¹²⁾ Vgl. etwa v. Seydel 1, 162 und a. v. a. St. v. Söcherer, 46, sowie auch § 38.

¹³⁾ Döllinger 8, 67.

tin und U. V. Frau) um zwei neue (Dom und St. Gangolf) aus seinem historischen Verbaude mit der Pfarrei St. Martin losgelöst und als relativ selbständiger Körper der Direktion eigener Regenten¹⁴⁾ unterstellt, sein Stiftungsfond¹⁵⁾ der (Deputation 3 der) churfürstlichen Landesdirektion¹⁶⁾ definitiv zur Verwaltung übergeben und endlich die Anzahl der Alumnus nicht unwesentlich reduciert.

Diese Anzahl hatte bisher 21 betragen, ungerechnet den als *alumnus supernumerarius* figurierenden sogenannten Baunach'schen Stipendiaten¹⁶⁾, welcher als ehemaliger *primus*, eventuell *secundus*, *tertius*¹⁷⁾ . . . *philosophiae* das

¹⁴⁾ Seit dem Jahre 1738, in welchem das *Seminarium Ernestinum* reformiert worden war, fungierten die Weihbischöfe von Bamberg, die als solche zugleich auch Pfartherren von St. Martin waren, als Präsidien des Seminars, die 2 ersten Kapläne (Curaten) der genannten Pfarrei zugleich als die beiden Regenten desselben. Cf. Haas, 40 und 229, Schmitt, 177 ff., sowie § 38.

¹⁵⁾ V. J. N. 20 des § 7, ferner die §§ 37 c und 38.

¹⁶⁾ Das Stipendium verdankt seine Gründung dem Generalvikar und Dekanten bei St. Stephan in Bamberg, Baunach. Dieser hatte 1657 ein Legat von 800 Reichsthalern ausgesetzt, dessen Zinsen einem Candidaten der Theologie zukommen sollten, der im obersten Kurs der Philosophie sich den ersten Platz errungen hatte, und zwar auf die Dauer seiner theologischen Studien. Im Jahre 1733 mit dem Fonde des Klerikalseminars zu Bauzwecken vereinigt wurde es im Jahre 1764 restituiert. Zugleich wurde in diesem Jahre die Rente letztmalig in der früheren Form einer Unterstützung in Geld ausbezahlt, vom Jahre 1765 dagegen der Nutznießer als *alumnus supernumerarius* in das Seminar aufgenommen. Müßte der Inhaber in die Reihe der regulären Alumen vor, so trat an seine Stelle der nachfolgende *primus philosophiae*. Mit Aufhebung des Jesuitenordens ging das Präsentationsrecht, das letzterer bisher besessen hatte, an das bischöfliche Generalvikariat über. Vgl. Haas, 230; Past. Bl. 1844, Nr. Nr. 25 und 26; Schmitt, 211 ff., sowie die folgende J. N. 21 und § 38.

¹⁷⁾ Wenn nämlich der *Primus* u. gestorben war oder sich einem andern Lebensberuf zugewandt hatte. In diesem Falle genoß der Stipendiat das *Beneficium* jedoch nur 1 Jahr, um nach Umfluß desselben dem neuen *primus philosophiae* Platz zu machen. Schmitt, 214.

Vorrecht genoss, neben den regulären Alumnen im Seminar freie Wohnung und Verpflegung zu erhalten.

Die Bamberger Landesdirektion verfuhr nun in der Weise¹⁸⁾, daß sie, gestützt auf eine Allh. E. v. 28. Jan. 1805, mit E. vom 18. Febr. des nämli. Jz. unter Einbeziehung des Baunach'schen Stipendiaten die Gesamtzahl 22 der Alumnen um 3 zu erniedrigen und die hiedurch erzielten Ersparungen als Sustentationsbeiträge zu dem für die Zwecke der genannten Stadtpfarreien gegründeten „Pfarrfond“ — speciell für den Unterhalt der 4 Kapläne der St. Martinspfarre — abzuführen befahl. Von den so verbliebenen 19 Sizen aber reservierte sie weitere 4 ebensovielen Alumnatspriestern, welche als Stadtpfarrcooperatoren — und zwar 2 in der St. Martins-, je 1 in der Dom- und St. Gangolfspfarre — fungieren und Wohnung und Kleidung im Seminar, die Kost dagegen auf Rechnung des Seminarfonds in den Pfarrhöfen erhalten sollten. Trotzdem gegen diese Verfügungen seitens des bischöflichen Generalvikariats¹⁹⁾ mit Vorstellungen u. a.

¹⁸⁾ Gen.Sem., Sem.- und Ord.Akten, auch teilweise bei Haas, 229 und Schmitt, 207.

¹⁹⁾ An dieser Stelle sei über die hierarchischen Verhältnisse im Bistum Bamberg in Ergänzung der F.N. 7 und 8 des § 32 noch Folgendes bemerkt. Der durch die Säkularisation entthronte Fürstbischof v. Wusel führte das geistliche Amt eines Ordinarius der Diocese bis zu seinem am 28. Sept. 1805 — Ord.Akt., s. F.N. 7 des § 32 — erfolgten Tode, doch hatte er, ernstlich erkrankt, bereits unterm 12. Juni 1805 zur Vornahme wichtigerer Amtshandlungen seinen Neffen und ehemaligen Coadjutor Georg Karl v. Fehrenbach bestellt, den gleichfalls im Jahre 1803 als Landesherrn depostierte Oberhirten des Nachbarbistums Würzburg. Nach dem unterm 9. April 1808 eingetretenen Ableben des Ebengenannten blieb der bischöfliche Stuhl unbesetzt, bis das Bistum Bamberg mit Wirkung des Concordats zum Erzbistum erhoben und unterm 18. Febr. 1818 der Bischof von Eichstätt, Joseph Graf von Stubenberg, zugleich zum ersten Erzbischof in Bamberg ernannt wurde. Diesem folgte unterm 4. März 1824 der in den Abschnitten II und III dieser Abhandlung häufig erwähnte ehemalige Generalschulendirektor Jo-

vom 27. März und 3. Mai 1805, wie nicht minder seitens des Bischofs Freiherrn von Busch selbst mit Immediat-eingabe vom 9. Mai des gl. Jrs. schwere Bedenken geltend gemacht worden waren, verblieb es nach vorausgegangenen replicierenden E. der L.D. vom 8. April, 20. Mai, 19. Juli und 19. Aug. 1805, welch' letzterer schließlich auch — wenn- gleich unter Vorbehalt — Bistumsverweser und General- vikariat mit Resolution vom 13. und Conclusum vom 16. Sept. 1805 zustimmten, zufolge einer Allh. E. vom 7. April 1806 principiell bei den Bestimmungen der Landesdirektion. Nur daß der a conto des Pfarrfonds jährlich abzustellende Betrag auf 1200 fl. ermäßigt wurde, während es bei der ursprünglich angesetzten Summe von 1100 fl. Unterstützungs- beiträge zum Unterhalt der 4 Stadtpfarrcooperatoren unver- ändert seinen Bestand hatte.

Joseph Maria Freiherr v. Fraunberg, diesem unterm 20. Febr. 1842 Bonifatius v. Urban, diesem unterm 15. Juni 1838 Michael v. Dein- lein, diesem unterm 31. Mai 1875 Friedrich v. Schreiber, diesem endlich unterm 26. Aug. 1890 der gegenwärtige Erzbischof Joseph v. Schork. — Das Generalvikariat bestand bei Eintritt der Säkularisation aus einem Präsidenten, dem Domkapitular Freiherrn v. Redwitz, und 15 Räten, ausschließlich bürgerlicher Abkunft, darunter dem Weih- bischof Behr, nach damaliger Sitte zugleich Seminarvorstand (und Pfarrer von St. Martin), dem in den §§ 7 mit 9 und im nachfol- genden Texte dieses Paragraphen öfter genannten nachmaligen Landes- direktionrat Melchior Ignaz Stenglein, sowie den beiden Universitäts- und nachherigen Lycealprofessoren Andreas Frey und Johann Georg Müllein. Im Jahre 1811, dem Jahre der Erstausgabe des Diöcesan- schematismus, war die Anzahl dieser Räte auf 7 zusammengeschmol- zen. Unter ihnen befand sich der erste Regens neuerer Ordnung des Priesterseminars, Stapf. Am 19. Sept. 1812 wurde als Generalvikar der im Vorausgehenden bereits gewürdigte und im Folgenden noch mannig- fach in die Erscheinung tretende Kapitular des säkularisierten Domkapitels, Adam Friedrich Freiherr Groß von und zu Trodau gewählt, der nachma- lige Bischof von Würzburg. Die auf Grundlage des Concordats zu bethä- tigende Formation der erzbischöflichen Stellen vollzog sich in Bamberg am 28. Okt. 1821. Während die eine Zweigbehörde des Ordinariats, der all-

Nur ein Hoffnungserfolg war es dabei, dessen sich das bischöfliche Generalvikariat als einziger Frucht seiner Bemühungen rühmen konnte: der Zusicherung in der eben genannten Allh. E. des 7. April, daß man „nach Maßgabe des Bedürfnisses“, wie es insbesondere der allmähliche Eintritt größerer Abgänge von säkularisierten Klostergeistlichen bedinge, auf die Erreichung einer erhöhten Anzahl Alumnen in das Seminar „Bedacht nehmen“ wolle.

Eine bestimmtere Entscheidung war freilich, nachdem bei der unten noch zu besprechenden, während der 2 ersten Decennien des 19. Jahrhunderts acut gewordene Priisternot mangels einer zureichenden Anzahl von Theologiecandidaten nicht einmal alle 15 Plätze hatten besetzt werden können²⁰⁾, erst nach Ablauf der kritischen Periode zu erwarten. Sie erfolgte, nachdem im Jahre 1818 eine provisorische Mehrung der Sitze von 15 auf 16 vorgenommen worden war, mit Allh. R. vom 14. Dez. 1818. In diesem Schriftstücke wurde insbesondere die grundsätzliche Notwendigkeit der Erhöhung

gemeine geistliche Rat, im Laufe der 8 folgenden Decennien sich fast immer aus der vollzähligen Anzahl der Kanoniker des Metropolitankapitels zusammensetzte, ja durch anderweitige Berufungen dann und wann noch eine stärkere Vergrößerung erfuhr, war die andere Behörde, das Generalvikariat, Jahre lang nur mit einigen wenigen zumeist dem Stadtklerus entnommenen Räten besetzt gewesen, an deren Spitze später — in Beachtung des Art. III des Concordats — ein Kapitular als Generalvikar gestanden hatte. Erst seit neuester Zeit pflegt das Gremium der Domkapitulare den beiden Zweigstellen gleichheitlich anzugehören. Eine schärfere Unterscheidung zwischen dem „Generalvikariat“ und dem „Ordinariat“ nach dem Jahre 1821 zu treffen, war übrigens im folgenden weder Möglichkeit noch Anlaß gegeben, da seit einer Allh. E. vom 7. Mai 1826 — Reg.Bl. 1826, 489 — die weltlichen Behörden in ihren Correspondenzen nur die Bezeichnung „Ordinariat“ zu gebrauchen angehalten sind. Ueber das hier Vorgetragene vgl. auch § 38.

²⁰⁾ Ord. Alten, auch Jahressber. 1811, 1814, 1817 u. a.

der Alumnatsfige betont und die freie Aufnahme des Pannach'schen Stipendiaten, ohne Rücksicht auf die jeweilige Anzahl der regulären Alumnien, in formellster Weise²¹⁾ wieder in ihr altes Recht eingesetzt. Doch dauerte es, während nunmehr diese Zahl im Anschlusse an das genannte Alh. N. auf 21 festgelegt worden war, immerhin noch 6 Jahre, bis man mit 24 Seminaristen den Stand zur Säkularisationszeit wieder erreicht bzw. um ein wenig übertraffen hatte²²⁾.

Die Berechtigung zum Eintritte²³⁾ in das Altorientalsseminar war in der rubricierten Epoche an die Erfüllung von nicht weniger denn 7 Bedingungen geknüpft worden: 1) an den Nachweis der Legitimation als absolvierter Theologe oder als Theologiecandidat bzw. Theologieaspirant²⁴⁾; 2) an die Vorlage des Gymnasialabsolutoriums und der sämtlichen am Lyceum (oder einer Hochschule) erworbenen Prüfungs- und Eittenczeugnisse; 3) und

²¹⁾ In Wirklichkeit war die Erinnerung an den Zweck des Pannach'schen Stipendiums freilich auch in der Zwischenzeit nicht erloschen. Es wurde, nachdem bereits eine Alh. E. v. 5. Nov. 1804 die Intentionen des Stifters — jedoch unter Fortbestand der in F. N. 16 besprochenen, im Jahre 1756 getroffenen Abänderungen — wahrzunehmen erklärt hatte, kontinuierlich durch das Cabinet verliehen. Der Nutznießer figurirte aber nicht mehr als überzähliger Alumnus, sondern nahm den regulären Alumnien einen Platz hinweg. Gen. Sem. Akten.

²²⁾ In's Auge gefaßt sind hier nur die wirklichen Alumnien, nicht die Titulare oder Titulanten bzw. Convictoren des Seminars. Ueber diese vgl. Schmitt 221 ff., auch Schemat. 811 und ff., über die genauere Weiterentwicklung der ganzen hier in Rede stehenden Frage dagegen den folgenden Abschnitt 370 dieser Abhandlung.

²³⁾ Vgl. als hier einschlägig etwa auch die Bestimmungen über das Georgianum zu Ingolstadt bzw. Landshut, insbesondere die beiden Verfügungen der L. D. von Bayern vom 15. März und 5. Aug. 1805 — Döllinger 8, 517 und 518 — sowie nicht minder die Seminarverhältnisse in Würzburg — Braun, 346 ff.

²⁴⁾ Ueber die zeitweilige Unzulässigkeit der Teilnahme bloßer Theologiecandidaten und -aspiranten vgl. jedoch die nachfolgenden textlichen Ausführungen.

4) an den günstigen Ausfall je einer wissenschaftlichen Prüfung und eines *examen morum*; 5) — insoweit die *admissio ad seminarium* mit der *admissio ad clericatum* identisch war resp. die Ausfertigung des landesfürstlichen Titeltels zur Voraussetzung hatte oder nach sich zog²⁵⁾ — an den Besitz des bayerischen Indigenats; 6) an den Vorschlag für die Aufnahme durch den Bischof bezw. Erzbischof oder das bischöfliche Generalvikariat; endlich 7) an die Bestätigung dieser Aufnahme durch den Landesherren.

Was zunächst das Stadium der Studienlaufbahn anlangt, in dem sich Studierende zum Eintritte in das Seminar melden konnten, so galt zu Beginn des 19. Jahrhunderts der Grundsatz, daß Angehörige der 3 theologischen Kurse zu dieser Anmeldung berechtigt sein sollten. Der Umchwung der Dinge aber im Jahre 1803 stellte eine größere Anzahl säkularisierter Klostergeistlicher zur Deckung etwaiger Abgänge im Diöcesanklerus zur Verfügung. Und da man, wie des näheren noch im § 38 ausgeführt werden wird, staatlicherseits an deren Unterkunft in der Seelsorge ein um so dringlicheres Interesse hatte, als man auf diesem Wege die denselben auszumessende Pension ganz oder teilweise einsparen konnte, so ging man auf den Vorschlag der bischöflichen Behörde, von nun ab nur mehr absolvierte Theologen zum Concurse in das Seminar zuzulassen, auf das bereitwilligste ein und erhob ihn mit E. der Landesdirektion vom 25. April 1804 zur Höhe einer förmlichen Verfügung.

Dieser Vorschlag des Generalvikariats erwies sich allerdings als eine stark verfrühte, wenn nicht ganz verkehrte Maßregel. Das Vikariat ahnte nicht, daß auf die kurz währende Hochflut eine desto länger andauernde Ebbe, ja ein förmlicher Priesterangel, folgen sollte. Die Gründe desselben wurden in prägnanter Weise niedergelegt in einem in den §§ 13, 24 und 32 bereits berührten²⁶⁾ Gutachten

²⁵⁾ Cf. § 38.

der theologischen Fakultät der Universität Landshut, erfolgten im Jahre 1816 auf Veranlassung der bayerischen Staatsregierung, welche in dem verminderten Zugange zum geistlichen Studium nicht ohne Sorge eine Gefährdung der vitalsten Interessen des Landes erblickt hatte. Die, wie sie sich selbst nannte, „freimütige Darstellung“ der Landshuter Professoren machte als Ursachen für diese auffällige Erscheinung eine ganze Reihe von Uebelsständen theils direkt, theils indirekt verantwortlich, so u. a. den Rückgang in dem Betriebe der humanistischen Studien und die Aufrichtung des Fachlehrersystems; den Eingriff des Staates in rein kirchliche Angelegenheiten und Kompetenzen; die hiedurch, sowie durch die Aufhebung der Befreiung der Geistlichkeit vom Militärdienste²⁷⁾ und durch die Benützung der Pfarrer als niedere Vollzugsorgane der Regierung und der äußeren staatlichen Stellen²⁷⁾ erzeugte Depression der socialen und autoritativen Stellung des klerikalen Standes; die in Wirkung desselben erfolgte Zucht- und Zügellosigkeit der Jugend; die Entziehung des bischöflichen Einflusses sowohl auf die höheren Schulen im allgemeinen, als auch auf die Besetzung der Lehr- und Erzieherstellen an denselben und an den Klerikalseminarien im besonderen; die Verminderung der Anzahl der Lyceen; die Beeinträchtigung der oberhirtlichen Wahl in der Aufnahme von Theologiestudierenden und Aspiranten in die Alumnate; sowie endlich die unzureichende Dauer des Aufenthaltes der Alumnen im Internate und die hiedurch veranlaßte ungenügende ascetische und pastorelle Durchbildung der letzteren.

Diesen inneren Gründen hätte man als weit tragende Motive der nämlichen Art unbedenklich an die Seite stellen dürfen: die der Ergreifung des geistlichen Berufes keines-

²⁶⁾ Vgl. speciell F.N. 1 des § 24.

²⁷⁾ S. hierüber genauer etwa (Höfler), 37 und 38, oder Strodl, 63 und 64.

wegs günstige allgemeine Geistesrichtung²⁸⁾ zu Beginn und der immer stärker anwachsende religiöse Indifferentismus ebensowohl der gebildeten, als auch der niederen Volkskreise während des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts, die innerkirchlichen Dissidien, wie sie in Deutschland insbesondere im Febronianismus und Wesierbergianismus laut in die Erscheinung traten, und der infolge hiervon im Klerus erzeugte Mangel an Disciplin und Subordinationsgefühl, die teilweise offen zu Schau getragene Befriedigung der bayerischen Staatsregierung der Abnahme des Theologiestudiums gegenüber²⁹⁾ — sowie im engeren: die in Consequenz der Reduction der Freiplätze in den Klerikalseminarien und der Aufhebung der klösterlichen Mittelschulen³⁰⁾ den Interessenten erwachsenen größeren Studienunkosten und die dementsgegen relativ lukrativere staatliche Beamtenkarriere.

Andererseits darf man freilich nicht vergessen, daß auch rein äußere Verhältnisse der damaligen Epoche, wie die kriegerischen Zeitläufe der Napoleonischen Ära und die fortgesetzten Verschiebungen im Ländervertrande des Königreichs nur allzuleicht geeignet sein mußten, einen entsprechenden Zugang zum Studium der Theologie hintanzuhalten.

Im übrigen war das in Rede stehende Gutachten der Landeshuter theologischen Fakultät nicht der einzige größere Akt, welcher in Sachen des Priester mangels bzw. der spe-

²⁸⁾ Ueber ihren Einfluß und ihre Ausbreitung speciell in Franken vgl. etwa S. Weber I, 252 ff, sowie die einschlägigen Abschnitte von Wegele I, Brück I, Braun u. a. Ueber die religiösen und culturellen Zustände Bayerns und Deutschlands während des ganzen hier rubricirten Abschnittes ebenso (Höfler), (Strodl), das Recht der Kirche, v. Sicherer, Brück I und II zc. zc.

²⁹⁾ Man vergleiche zum Beweise dessen z. B. die Redewendungen, in denen das Reg. Bl. 1803, 175 die seinerzeitige Abnahme der Anzahl der Theologiestudierenden mittheilte.

³⁰⁾ Vgl. hierüber etwa das eingangs dieses Paragraphen über die Verminderung der Alumnatsplätze im Seminar zu Bamberg Gesagte, sowie auch Reg. Bl. 1805, 217.

ciellen Frage der Seminaraufnahme und der Seminar-
erziehung dem Staate³¹⁾ erlossen war. Zunächst traf, von
einer noch höheren und autoritativeren Seite ausgehend
mit ihm ziemlich gleichzeitig ein zweites, nicht minder
umfangreiches Schriftstück zusammen, die Er. Maj. dem
Könige von dem Fürstbischofe von Eichstätt — dem oben
schon genannten nachmaligen ersten Erzbischof von Bamberg,
Joseph Grafen von Stubenberg — im Juni 1816 über-
reichte „Denkschrift der bayerischen Bischöfe und Bistums-
verweser“³²⁾, welche, wenngleich sie als quasi Vorarbeit
zur Klärung der Concordatsverhältnisse kirchenpolitische
Probleme umfassenderer Natur zum Vorwurfe brachte, sich
doch auch positiver Vorschläge zur Lösung der beregten
Einzelfragen nicht entgehen ließ. Nach Inhalt und Form
vielsach an die spätere „Freisinger Denkschrift“ des bayeri-
schen Episcopats vom 20. Okt. 1850³³⁾ erinnernd und im
Gedankengange mit dem vorstehend besprochenen Gutachten
der Landeshuter Theologieprofessoren im allgemeinen con-
gruierend beklagte sie vornehmlich noch die Ausschaltung der
freien episcopalen Wahl bei der Aufnahme der Theo-
logieandidaten und -aspiranten in die geistlichen Semi-
narien und die Unterbindung des Einflusses der Kirche auf
die Erziehung der Alumnus unnerhalb derselben, die Säkula-
larisation und Zweckentfremdung des Kirchengutes oder zum

³¹⁾ Als weitere Denkschriften in dem hier vorwüfigen Betrefse,
aber an andere Stellen ergangen, verdienen registriert zu werden: das
„Promemoria“ des dem Eichstättter Freundschaftskreise (vgl. hierüber
in F. M. 8 des § 32) angehörigen Bamberger Kanonisten und Lycealpro-
fessors Dr. Andreas Frey, 1816 auf 17 erschienen, sowie die Denk-
schrift der bayerischen Diöcesanvorstände vom Juli 1816 — beide an
den päpstlichen Stuhl gerichtet; ferner das dem bischöflichen Ordinari-
ate Regensburg erstattete Gutachten des Abtes Kornmann von Prief-
ling. Ueber erstere Akte s. vielleicht (Höfler), 44 ff. und Brüd I, 337 ff.,
über den letzteren Brüd I, 345.

³²⁾ (Höfler), 39 ff.; das Recht der Kirche, 36 ff.

³³⁾ Beachte hierüber vornehmlich die §§ 15, 20, 24 und 37 e.

mindesten die staatliche Aneignung der Verwaltung desselben und insonderheit der Seminarfonds, die Aufhebung der Klöster als der Fortbildungsstätten der Wissenschaften und der schönen Künste für talentiertere Geistliche, die materielle Belastung der Geistlichkeit mit außergewöhnlichen Abgaben u. a. m. Endlich waren auch noch die einzelnen Diöcesen mit M.E. vom 7. Juni 1816 — der nämlichen, welche an die Landshuter theologische Fakultät gerichtet war — um ihr Urteil in Sachen des Priester mangels angegangen worden. Das Gutachten, welches speciell das Bamberger Generalvikariat unterm 27. Juni 1816 hierauf erstattete, förderte indessen wesentlich neue oder originelle Gesichtspunkte nicht zu Tage, so daß es an dieser Stelle füglich überschlagen werden darf. Wohl aber hatte die genannte Behörde schon früher ernstlich Veranlassung genommen, sich mit den Erscheinungen und Wirkungen der Seelsorgernot realiter zu beschäftigen.

24) Die nicht unmittelbar in Folge der Säkularisation zur Weltgeistlichkeit übergetretenen Ordenspriester mußten sich ebenfalls behufs Aufnahme in das Seminar bezw. behufs Umwandlung des *titulus professionis* oder *paupertatis*, auf den sie geweiht waren, in den *titulus principis* der Admissionsprüfung unterziehen — für einen 50-jährigen Mann, wie es der in Rede stehende Franziskaner war, eine keineswegs angenehme Aufgabe! Für derartige Fälle war jedoch die Anordnung getroffen worden, daß die Reflektanten den sämtlichen mitconcurrierenden Theologiekandidaten ohne Rücksicht auf den qualitativen Ausfall der Prüfungsergebnisse jederzeit vorzuziehen waren, soferne sie nur die Prüfung bestanden hatten. Die Zeit ihrer Vorbereitung auf die letztere oder auch bis zur Erledigung eines Alumnatsjahres brachten diese Religiösen als sogenannte Titulanten oder Titulare — vgl. die obige Z.N. 22 — teilweise, und dann zumeist auf Kosten ihrer Kompetenz, im Seminare zu, wie denn überhaupt bereits geprüfte, überschüssige Abmitten den innerhalb des Internats auf den Abgang regulärer Alumnen warteten. S. hierüber etwa Schmitt, 222 u. a. a. O., Schem. 1811 1c. 2c., sowie auch die §§ 38 und 39 dieser Abhandlung.

So hatte sie sich, als im Jahre 1811 neben einem Franziskanerordenspriester²⁴⁾ nur 2 Theologen zum Examen erschienen waren, während für den nächsten Concurſ gar kein Candidat in Ausſicht ſtand, welcher über das *absolutorium theologiae* verfügt hätte²⁵⁾, gezwungen geſehen, mit Vorſtellung vom 12. Nov. 1812 und unter Berufung auf die bereits durch eine E. der Bamberger L.D. vom 2. Dez. 1807 begründete Zuläſſigkeit zum R. Generalkreiskommiſſariate des Mainkreiſes den Antrag zu ſtellen, zum Concurſe um die Seminaradmiſſion auch Studierende der Theologie, und zwar der drei lycealen Kurse, einladen zu dürfen. Dieſem Verlangen war in der That mit E. der angerufenen Stelle d. d. 23. Nov. 1812 entſprochen worden. Auf eine unterm 18. Febr. 1814 erfolgte erneute Eingabe der biſchöflichen Behörde aber zur letzteren war unterm 26. März deſ. näml. Jſ. eine generelle Allh. E. erſchienen, welche die Gewährung einer dergleichen Indulgenz durch die R. Generalkreiskommiſſariate überall da in Ausſicht geſtellt hatte, wo eine geringere Theilnahme von *theologis emeritis* an den projektirten Admiſſionsprüfungen zu erwarten geſtanden.

In Wirklichkeit vermochte ſich freilich die in Bamberg hie-
durch reſtituirte Gepflogenheit der Zulaffung nicht abſolvirter
Theologen zu dieſen Prüfungen, nachdem im Jahre 1815
der angekündigte Concurſ aus Mangel an irgend welchen
Abſpiranten überhaupt nicht ſtatt finden konnte, nur wenige
Jahre hindurch aufrecht zu erhalten, indem das kirchen-
politisch ſo ereignißvolle Jahr 1817 Veranlaſſung nahm,

²⁴⁾ Und voraussichtlich auch keine Ordenspriester mehr. Nach Ausweis des Schem. 1813 waren in der Bamberger Diöcese in jenem Jahre noch 421 ſolcher Priester vorhanden. Als Weltgeiſtliche waren zur Cura übergetreten 36, und zwar vielfach im höheren Alter, ſo daß die Zeit nicht mehr ferne ſein konnte, wo dieſelben faſt alle ausgeſtorben ſein mußten.

auch in Sachen der Seminaraufnahme die principielle Frage der Zuständigkeit in Fluß zu bringen.

Den direkten Anlaß hiezu mochte wohl der bereits im § 32 erwähnte Umstand gegeben haben, daß das bischöfliche Generalvikariat in den unmittelbar vorhergehenden Jahren auch solche Studierende des Lyceums in den Stand der Theologiecandidaten versetzt und zur Teilnahme an den Seminaraufnahmprüfungen eingeladen bezw. zugelassen hatte, welche das *biennium philosophicum* noch nicht zurückgelegt, geschweige denn das vorgeschriebene Absolutorium der Philosophie erlangt hatten und sicherlich auch im Alter unter der früher üblichen Zulässigkeitsgrenze²⁶⁾ standen. Der mit der Leitung der Concursprüfungen betraute R. Kommissär, der in den §§ 7, 38 d_a und 38 e und in F.N. 19 dieses Paragraphen öfter genannte ehemalige Landesdirektionsrat und nachmalige Dombchant M. J. Stenglein, versäumte nicht, diese Thatsache im Zusammenhalte mit anderen Klagepunkten der R. Kreisregierung unterm 10. März 1817 zur Kenntniß zu bringen, und denselben zu empfehlen, „bei dem allmählich wieder schwindenden Priester-mangel“²⁷⁾ zur älteren Ordnung der ausschließlichen

²⁶⁾ Dieselbe war früher — Schmitt, 279 — auf 18 Jahre normiert gewesen, jedoch zur Säkularisationszeit, wo außer den zum Uebertritte in die Cura bereiten Religiösen nur *theologi emeriti* des 6., 5. und 4. Jahrgangs — v. § 38 d_ß — in das Seminar gelangen konnten, völlig außer Betracht gekommen. Eine im § 38 d_γ registrierte Anh. E. vom 20. Febr. 1804 hatte das Grenzalter *pro admissions ad clericatum* auf 21 Jahre normiert.

²⁷⁾ Diese Annahme Stengleins war eine irrtümliche. Wie oben im Texte erwähnt, hatte eine M. E. des 7. Juni 1816 eben noch von den einzelnen Bistümern und Gen. Kr. Kommissariaten gutachtliche Berichte über den vorhandenen Mangel erholt und das Bamberger Generalvikariat in seiner Antwort vom 27. Juni des nämli. J. die Fortdauer eines solchen ausdrücklich constatirt. Und in der That erstreckte sich derselbe in der Diöcese Bamberg bis tief in die 20-er Jahre. E. auch § 38 e.

Anteilnahme absolvierter oder doch schon weiter im Studium vorgeschrittener Theologen zurückzugreifen. Die bischöfliche Behörde erklärte dementsgegen in ihrer unterm 16. Mai abgegebenen Antwort, an dem principiellen Standpunkte der völlig freien Selbstentscheidung in allen die klerikale Erziehung betreffenden Fragen, wie sie durch das Concil von Trient als Norm aufgestellt worden sei, und insbesondere an der Bedeutung des Begriffes „*adolescentes*“²²⁾ durchaus festhalten zu müssen, dem besonderen Antrage auf Ausschluß von Philosophieandidaten von der Seminaradmissionsprüfung jedoch aus Opportunitätsrückichten beipflichten zu können. Die entscheidende Reg. E. vom 10. Juni 1817 griff indessen wesentlich über dieses Zugeständnis hinaus: sie inhibierte die Zulassung von Philosophieandidaten nicht nur zu den in Rede stehenden Admissionsprüfungen — gegen welche sich übrigens bereits die frühere, kurz vorher erwähnte Vorstellung des bischöflichen Generalvikariats vom 18. Febr. 1814 ausgesprochen hatte — sondern auch zur theologischen Lycealsection und machte die Wirkung der eben mitgetheilten Allh. E. des 26. März 1814 über die eventuelle Teilnahme von Theologieandidaten der 3 lycealen Kurse an der Seminaradmission in einschränkender Weise abhängig von einer jeweils einzuholenden besonderen Genehmigung der K. Kreisregierung, welcher es zukomme, über die Anwendbarkeit der Allh. E. auf die einzelnen concreten Fälle zu befinden; sie betonte endlich ihre völlige Uebereinstimmung mit der von Stenglein vertretenen Ansicht, daß, in je höherem Lebensalter die Admittenden zum Eintritte in das Priesterseminar und damit zur priesterlichen Weihe gelangten, desto besser sie sich zur Ausfüllung des Postens eigneten, auf den sie das spätere Berufsleben stelle.

²²⁾ Vgl. hierüber außer dem § 32 dieser Abhandlung und den daselbst citierten Literaturnachweisen insbesondere auch noch die Freisinger Denkschrift vom 20. Okt. 1850. Denkschr., 18.

Ein merkwürdiges Geschieß wollte es übrigens, daß noch in dem nämlichen Jahre 1817 die Rolle des Wächters und des Uebertreters der eben besprochenen G. des Generalkreiskommissariats vom 10. Juni wechselte. Von der genannten Behörde wurde nämlich unterm 28. Aug. 1817 dem Generalvikariate „im höheren Auftrage“ eröffnet, daß ein *Alh. R.* vom 19. Aug. des gl. Jrs. einem Candidaten des 2. philosophischen Kurses zu Bamberg, welcher sich auf Grund des Bestehens der Semestralprüfungen aus der Philosophie zur Aufnahme in das Georgianum in Landshut, und zwar unter thätiger Mitwirkung des Lycealrektorates, gemeldet hatte, statt deren eine solche im geistlichen Seminar zu Bamberg bewilligt habe.

Gegen dieses Geschehniß protestierte sowohl der damalige Generalvikar, der im Vorausgehenden und Nachfolgenden öfter erwähnte *Frhr. v. Groß*, in längerer Ausführung vom 11. Sept., als auch das gesamte Vikariat mit *Conclusum* vom 1. Okt. 1817 in der nachdrücklichsten Weise. Man hob nicht nur die flagrante Verletzung des jüngst erst der bischöflichen Behörde förmlich aufgezwungenen Abkommens über die principielle Nichtzulassung von Philosophiecandidaten zum Seminaradmissionsexamen, geschweige denn zum Seminareintritte, hervor: sondern bezeichnete es auch gerade zu eben- sowohl als eine ökonomische Unmöglichkeit, über die bereits voll besetzte Stellenzahl der Alumnen hinaus einen weiteren Gast in das Internat aufzunehmen, wie nicht minder als eine schreiende Unbilligkeit, 5 überzählige geprüfte Abmiltenden, die bereits die Zusicherung der Aufnahme erhalten hätten, zurückzusetzen zu Gunsten eines Neulings, welcher sich einem Concursexamen noch gar nicht unterzogen habe. Der Protest hatte denn, nachdem auch das Generalkreiskommissariat mit Vorstellung vom 9. Okt. 1817 zur höchsten Stelle sich die Gründe der kirchlichen Behörde voll-

ständig zu eigen gemacht hatte, die Wirkung, daß eine im Allh. Auftrage erlassene M.E. vom 27. Okt. 1817 die Gültigkeit des R. vom 19. Aug. wiederum aufhob und dem in Rede stehenden Studierenden der Philosophie den Eintritt in das Seminar erst dann gestattet wissen wollte, wenn ihn nach Maßgabe der Qualifikation aus weiteren, theologischen Prüfungen, wie sie den wesentlichsten Bestandteil des Admissionsexamens in Bamberg³⁹⁾ bildeten, „ordnungsmäßig“ die Reihe trafe⁴⁰⁾.

Trotz dieses Zugeständnisses an die am letzteren Orte giltige Prüfungs- und Aufnahmeordnung wurde deren Princip wenige Jahre später wiederum durchlöchert, indem mit M.R. vom 13. Sept. 1821 der bischöflichen Behörde neuerdings eröffnet wurde, daß S. Maj. d. R. einem Bamberger, zu Landshut studierenden Diöcesanen die Aufnahme in das Ernestinum bewilligt habe. Diesmal war es jedoch nur die Kreisregierung, welche sich es angelegen sein ließ, gegen die Wirkung der Allh. Willenskundgebung anzukämpfen, indem sie mit Erlaß vom 17. Sept. 1821 verordnete, daß der Admittend vor seinem Eintritte in das Seminar einer Prüfung zu unterwerfen⁴¹⁾ oder andernfalls, sofern er nämlich bereits mit dem R. Tischtitel begnadigt worden, anzuhalten sei, sich hierüber „gehörig“ auszuweisen.

³⁹⁾ Zum Eintritte in das Georgianum genügte es, wenn der Abpstrant Prüfungen aus der Philosophie bestanden hatte.

⁴⁰⁾ Wie sehr das Generalvikariat Anlaß hatte, gegen die Aufnahme eines ungeprüften Admittenden zu protestieren, ersieht sich aus der Thatfache, daß der hier in Rede stehende Candidat beim nächsten Concursexamen durchfiel und auf ein weiteres Jahr zurückgestellt werden mußte.

⁴¹⁾ Diese Anordnung stand, abgesehen von ihrer formalen staatsrechtlichen Unzulässigkeit, sicherlich auch materiell der Allerhöchsten Intention entgegen, nach welcher vielmehr die Aufnahme des Candidaten, wenn sie auch nicht eine sofortige sein konnte, so doch sicher definitiv genehmigt war.

Die näheren Bestimmungen über die Vornahme der wissenschaftlichen Prüfung aus der Theologie behufs Erlangung der Seminaraufnahme waren für den ganzen rubricierten Zeitraum vom Jahre 1804 — dem Jahre des ersten regelrechten Concurres — an bis zum Jahre 1822 bereits durch zwei C. der Bamberger L.D., vom 16. März und 8. Aug. 1804, näher geregelt worden. Nach denselben sollte das Examen für die zur Weltgeistlichkeit übertretenden Religiosen und dasjenige für die *theologi absoluti* getrennt abgehalten werden, und beidesmal Exegese, Kirchengeschichte, Generelle und Specielle Dogmatik, Moral und Pastoral nebst Pädagogik⁴²⁾, und zwar in dem in den Klosterschulen bezw. der ehemaligen Universität und dem nunmehrigen Lyceum behandelten Umfange, in sich schließen. Die genannten Lehrfächer waren dabei — einem Antrage des Generalvikariats, welcher auf bloße Mündlichkeit ging, entgegen — sowohl schriftlich als mündlich zu prüfen, mit einziger Ausnahme der Disciplin der Pädagogik, welche nur schriftlich examinirt wurde. Der schriftliche Teil beanspruchte durchschnittlich eine Dauer von 2—4 Tagen, der mündliche, an den sich ein Predigtvortrag anreichte, eine solche von circa 1½ Stunden für den einzelnen Examinanden. Später, gegen Ende des 2. Decenniums, war man freilich, wie ein Resumé des Generalvikariats vom 13. Dez. 1821 gelegentlich hervorhebt, vollständig zur Mündlichkeit übergegangen.

Auch für die Theologiestudierenden, welche noch einem der 3 Jahreskurse der theologischen Lycealsection angehörten, war dieser *modus examinandi* gültig. Dabei trat

⁴²⁾ Die Reihenfolge der ersten 5 Prüfungsfächer ist einem gutachtlichen Berichte des Bamberger Generalvikariats zur Landesdirektion vom 30. Juli 1804 entnommen. Pädagogik trat als Prüfungsdisciplin erst späterhin auf, dagegen gelangte die Pastoral-Theologie als eigene Lehrpartie in den Prüfungen nicht zur effektiven Geltung.

nur an Stelle des Gesamtpensums der theologischen Disciplinen als Prüfungsmaterie der in den Vorlesungen bis zum Beginn des Admissionsexamens wirklich behandelte Lehrstoff. Hierdurch konnte es freilich kommen, daß bei einem etwa im Monate November abgehaltenen, auch für Candidaten des 1. theologischen Jahrgangs offenen Admissionsexamen über nicht viel mehr denn die erste Einleitung in die theologischen Wissenschaften examiniert wurde — ein Verfahren, das der kurz vorher charakterisierte abfällige Bericht des R. Prüfungskommissärs M. J. Stenglein vom 10. März 1817 wohl nicht ganz mit Unrecht als eine „Herabwürdigung“ des Begriffes „Prüfungen aus der Theologie“ geißelte, wogegen die gleichfalls erwähnte Replik des Generalvikariats vom 16. April des nämL. J. allerdings auf die historische Thatsache verweisen konnte, daß es eben früher, und insbesondere während der beiden vorhergegangenen Concurse der Jahre 1814 und 1816, bei welchen Stenglein wie üblich den Vorsitz geführt habe, auch nicht anders gehalten worden sei.

Die Prüfungskommission i. e. S. wurde ausschließlich vom Bischof ernannt. Sie setzte sich zusammen aus 4 Mitgliedern des Geistlichen Ratscollegiums, von denen eines als wissenschaftlicher oder — *sit venia verbo* — „technischer“ Vorstand derselben fungierte, sowie aus den beiden oder auch nur einem Regenten des Clerikalseminars. Das Lehrelement des Lyceums war nur indirekt durch die Mitgliedschaft des einen oder andern dieser Regenten, soferne dieser eben am Lyceum thätig war, oder höchstens noch insoferne vertreten, als unter den Angehörigen des Geistlichen Ratscollegiums sich zufällig auch ein Lycealprofessor als frequentierender Rat befand, welcher dann fast regelmäßig auch zu der Kommission abgeordnet zu werden pflegte⁴³⁾.

⁴³⁾ So gehörte derselben der bereits in den J. N. J. N. 19 und 31 genannte Kanonist Dr. A. Frey fast unentwegt an. Als im Jahre 1820 er

Die Abnahme und Beurteilung des homiletischen Vortrags oblag jedoch den Seminarvorständen allein bezw., wenn nur einer von ihnen als Mitglied des Prüfungsgremiums figurierte; eben diesem.

Aktiver Vorsitzender der Kommission und Leiter des ganzen Prüfungsgeschäftes war ein eigener *ad hoc* ernannter landesherrlicher Kommissär, welcher jedoch mehr als Repräsentant der staatlichen Oberaufsicht denn als Sachwalter eines materiellen Prüfungsrechtes figurierte. Im Gegenteil hatte er die bestimmteste Weisung erhalten, weder in den Gang der Prüfung selbst irgendwie einzugreifen, noch sich an der Abstimmung über die Reise oder Untreise eines Candidaten persönlich zu beteiligen, die Beurteilung über diesen Punkt vielmehr vollständig den bischöflichen Examinatoren zu überlassen. Desto sorgfältiger sollte er sich vergewissern, ob die Admittenten die sämtlichen der eingangs dieses Paragraphen bezeichneten Vorbedingungen der Zulassung zur Prüfung erfüllt hätten bezw. diese Zulassung von der striktesten Einhaltung der vorgeschriebenen Verpflichtungen abhängig machen und schließlich der oberhirtlichen Stelle eine Liste der von ihm definitiv zugelassenen Prüflinge überreichen. Nicht minder sollte er besondere Wahrnehmungen bei der Prüfung der vorgeordneten Behörde des K. Generalkreiscommissariats (der K. Kreisregierung)

sowohl, als der Regens G. Rat und Lycealprof. Dr. Stapf mit Tod abgegangen waren, ordnete ein Erlaß des damaligen Erzbischofs v. Stubenberg — J. N. 19 dieses Paragraphen — an, daß wiederum zwei Examinatoren ex gremio capituli gewählt werden sollten. Nachdem im Jahre 1821 der neue Regens und Lycealprofessor Dr. Brenner in das Kapitel berufen, der Subregens Sponsel aber mit einem Lehrauftrag für das Lyceum nicht versehen war, so hätte das lyceale Lehrelement in der bischöflichen Kommission um die besagte Zeit überhaupt keinen Vertreter mehr besessen, wenn nicht Domkapitular Dr. Brenner, der seine Professur am Lyceum beibehalten hatte, schließlich doch noch in dieselbe abgeordnet worden wäre.

des Main- (bezw. Obermain-)Kreises zur Kenntniss bringen, welcher ja auch die Verbescheidung etwaiger Dispensgesuche vorbehalten blieb⁴⁴⁾. Für die hier in Betracht gezogene Epoche fungierte als landesfürstlicher Kommissär unentwegt der wiederholt genannte Melchior Ignaz Stenglein, und zwar nicht nur bei den im Turnus von 1 bis 3 Jahren statt habenden regelmäßigen Concursen, sondern auch bei allen Ausnahms- und Einzelprüfungen, wie sie des öfteren aus besondern Gründen — bei Uebertritten nachträglich sich meldender Conventualen oder fremder Diöcesanen, bei Uebernahme von Hauslehrerstellen in der Ferne durch einheimische Theologiecandidaten zc. — veranlaßt waren.

Merkwürdigerweise gab die Aufstellung eines landesfürstlichen Inspektionskommissärs, welche in der Folgezeit eine erkleckliche Menge Staub aufwirbeln sollte, im Anfange durchaus keinen Anlaß zu einem Einspruche der kirchlichen Behörde. Im Gegentheil antwortete das bischöfliche Generalvikariat auf eine E. der L. D. zu Bamberg vom 11. Juli 1803, daß sie veranlaßt wäre, aus ihrer Mitte ein Mitglied zur etwaigen Vornahme von Prüfungen für die Zulassung zum Alexikate abzustellen, unterm 25. des näm. Mts. mit der Versicherung, es würde, falls diese Entschliesung nicht inzwischen eingetroffen wäre, selbst um die Entsendung eines landesherrlichen Kommissärs gebeten haben — so daß die definitive Instituierung eines solchen durch ein schon ge-

⁴⁴⁾ Unter den 7 oben im Texte angeführten Bedingungen der Zulassung zum Admissionsexamen waren es eigentlich nur die Vorschriften über die Erbringung der Absolutorialzeugnisse der Theologie, der Philosophie und des Gymnasiums und eventuell noch über die Vorlage von Semestralprüfungsattesten, von denen dispensiert zu werden pflegte. Bezüglich der Enthebung von den beiden ersten und der letzten Verpflichtung war das K. Generalkreiskommissariat bezw. die K. Kreisregierung zuständig. Dagegen gingen Gesuche um Befreiung von der Bestimmung über den Nachweis eines Gymnasialabsolutoriums an das K. Staatsministerium des Innern.

genanntes. unterm 16. März 1804 von der L.D. bekannt gegebenes Allh. R. ohne jeden Widerspruch erfolgen konnte. Aus dem oben berührten Proteste des Generalvikars Jhrn. v. Groß kann man auch den Grund dieser Passivität herausfinden. Das bischöfliche Generalvikariat betrachtete nämlich anfangs den Kommissär nicht sowohl als Delegaten für die Prüfungen pro admissione ad seminarium, als vielmehr für jene pro admissione ad clericatum⁴⁵⁾; für letztere aber, deren Bestehen die Erteilung des landesherrlichen Tischtitels bezw., hierauf fußend, die Zulassung zu den höheren Weihen nach sich zog, hielt man — späterhin wurde auch diese Ansicht als gegen das kanonische Recht verstößend perhorresziert — die Entsendung eines staatlichen Kommissärs aus dem Grunde nicht für unangebracht, weil in der Bamberger Diözese zu jener Zeit der Landesfürst der einzige Tischtitelverleiher war. In der That schien diese Annahme um so natürlicher, als in den 2 ersten Decennien des 19. Jahrhunderts die beiden oben bezeichneten Admissionsbegriffe wirklich zumeist identisch waren⁴⁶⁾. Auch die amtliche Bezeichnung des Kommissärs als des Vorsitzenden für die „Prüfung zum Klerikate“, wie sie seit jeher gang und gäbe war, schien durchaus geeignet, den differenten Charakter beider Prüfungen vollständig zu verwischen. Als man freilich deren grundsätzliche Verschiedenheit deutlicher erkannte, regte sich sogleich auch die Opposition. Sie kam u. a. zur Antwort in der bereits berührten Replik des bischöflichen Generalvikariats vom 16. Mai 1817, welche ausdrücklich betonte, daß man sich kirchlicherseits auch hierin nur aus opportunen, nicht aber aus principiellen Erwägungen den Forderungen der Staatsregierung gefügt habe⁴⁷⁾.

⁴⁵⁾ Vgl. hiezu die Bemerkungen im § 31.

⁴⁶⁾ Näheres hierüber im § 38 d.ß.

⁴⁷⁾ Um einige Striche energischer, aber kanonisch doch wohl kaum einwandfrei hatte sich der beregten Frage gegenüber im Jahre

Was die Prüfungstermine anlangt, so unterlagen dieselben weder einer festen noch überhaupt einer regelmäßigen Datierung, sie wurden vielmehr von dem Generalvikariate nach Maßgabe des Bedürfnisses einer Neuaufnahme von Alumnus ins Auge gefaßt und im Benehmen mit der Landesdirektion bezw. dem Generalkreiskommissariate (der Kreisregierung) von Fall zu Fall endgültig auswählt, in der Weise, daß die betreffende Behörde von der bischöflichen Stelle ersucht wurde, die von letzterer stilisierte Einladung zum Concurseramen durch Inferierung in den amtlichen „Intelligenzblättern“⁴⁸⁾ des Main- und Regalkreises⁴⁹⁾ auf die in Aussicht genommenen Tage bekannt zu geben und einen Kommissär als Vorsitzenden zu demselben abzustellen. Als Bereich für die besagten Termine erschien dabei zumeist das Wintersemester und zwar gewöhnlich das Intervall weniger Wochen vor oder nach Weihnachten.

Über das Ergebnis der Prüfung hatte, wie bereits erwähnt, die bischöfliche Behörde zu befinden. Dieses Recht gründete formal auf dem oben citierten Allh. R., welches dem G.B. durch Signatur der L.D. vom 16. März 1804 begeben worden war, und wurde nicht nur von dem landesherrlichen Prüfungskommissär, wie ein Bericht des Generalvikariats zum Bischof Frhrn. v. Busch d. d. 17. Sept. 1804 hervor-

1804 der Bischof Freiherr v. Busch verhalten, indem er mit Resolution vom 21. Sept. an sein Vikariat die Ansicht festhielt, daß die Admissionsprüfungen und die Seminaraufnahme rein geistliche Gegenstände seien, über welche dem Landesherrn kein Obergaufsichtsrecht, sondern „höchstens“ ein „jus cavendi“ zustehe. Einzig und allein unter diesem Gesichtspunkte wolle er sich die Entsendung eines Kommissärs gefallen lassen.

⁴⁸⁾ V. F. R. 10 des § 16.

⁴⁹⁾ Der heutigen Regierungsbezirke Ober- und Mittelfranken, innerhalb deren fast das ganze Erzblätum Bamberg gelegen ist. S. auch die F. R. F. R. 2 des § 4 und 12 des § 7.

hebt und wie es weiterhin aus dem oben besprochenen Referate des Kommissärs M. J. Stenglein selbst vom 10. März 1817 ersichtlich ist, auf das peinlichste gewahrt, sondern auch regierungsgemäß, so z. B. in dem auf dieses Referat ergangenen Erlasse vom 10. Juni js. Zs., der fernerer stetigen Berücksichtigung auf das nachdrücklichste empfohlen.

Sedoch unterlag das Urteil der Prüfungskommission bezw. der auf dasselbe gegründete Vorschlag der Aufnahme der Admittenden in das Priesterseminar der Allh. Genehmigung, welcher es definitiv vorbehalten blieb, die getroffenen Vereinbarungen zu bestätigen oder auch gänzlich oder teilweise zu annullieren — eine Maßnahme, welche principiell im unmittelbaren Anschlusse an die Säkularisation des Hochstiftes instituiert und erstmalig mit E. der L.D. vom 17. Dez. 1804 zum Vollzuge gebracht, späterhin noch öfter von der Provinzialregierung als Ausfluß eines für das Bistum Bamberg geltenden landesherrlichen Hoheitsrechtes betont wurde, demzufolge das bischöfliche Generalvikariat ihr über jede bethätigte Concursprüfung protokolларischen Bericht zuzusenden gehalten sei.

Zur qualitativen Ausmittelung der Prüfungsergebnisse diente die Summe der von den Candidaten in den einzelnen Prüfungsfächern erworbenen Noten, ausgedrückt durch Ziffern eines 6-stelligen Systems, wie es in damaliger Zeit, als Normalsystem aus einer früheren Epoche übernommen und durch eine Allh. E. des 9. Juli 1810 neuerdings approbiert, allgemeine Gültigkeit besaß. Bei gleicher Notensumme war gewöhnlich der Fortgang des letzten, eventuell des vorhergehenden Jahres ausschlaggebend, doch kam es nicht selten vor, daß wissenschaftlich gleich gut oder sogar besser eingeschätzte Prüflinge mit Rücksicht auf ihr sittliches Verhalten anderen Admittenden in der Klassifikationsreihe nachgesetzt wurden — ein Verfahren, dem

man Allerhöchsten bezw. höchsten Orts jederzeit volle Billigung widerfahren ließ. Ebenso schien die Beurteilung der Reife oder Nichtreife der Concurrenten nicht ausschließlich durch die mathematische Wägung der Durchschnittsnote bedingt gewesen, sondern mannigfach auch aus dem Totaleindrucke geschöpft worden zu sein, den die Prüfungskommission von ihnen gewonnen hatte. Gegen die Zulassung des einen oder andern gering censierten Aspiranten zum Seminar z. B. sich energisch aussprechend, verstattete das Generalvikariat vielleicht einem weiteren, keineswegs besser qualifizierten Bewerber, und zwar gleichfalls mit Zustimmung der Allerhöchsten oder höchsten Stelle, sich zum nächstjährigen Concurse, eventuell — wenn ein solcher nicht statt hatte — zur Einzelp Prüfung nach Jahresfrist wiederum melden zu dürfen.

Die Hilfsmittel zur näheren Charakterisierung der Petenten hinsichtlich ihres Talentes, Fleißes, Studienfortgangs und Betragens lieferte, soweit ehemalige oder derzeitige Lyceisten in Betracht kamen, auf jeweiliges Ansuchen der bischöflichen Behörde das Lyceumsrektorat, und zwar in einer Tabelle, welche alle von dem Abmittenden auf dem Lyceum zurückgelegten Jahre des Philosophicums und Theologicums umfaßte. Hiedurch wurden nicht nur die einzelnen Lycealprofessoren, welche nach einer Bemerkung am Eingange dieses Paragraphen — in Fortsetzung einer zu Zeiten der Bamberger Universität herrschenden Gepflogenheit — gehalten gewesen waren, Sonderurteile in dieser Richtung abzugeben, wesentlich entlastet: es erhielten auch die hierauf gegründeten Belege an Stelle der subjektiveren und individuelleren Färbung objektiveren und amtlicheren Anstrich. Ja, um den letzteren noch besser hervorzufehren und der besonders gegen Ende des 2. Decenniums rege gewordenen Auffassung, als ob diejen rektoratischen Charak-

teristiken gar keine materielle Bedeutung innewohne⁵⁰⁾, entgegenzutreten, ließ die R. Kreisregierung mit E. vom 10. Okt. 1822 den Interessenten durch das R. Lyceumsrektorat zu wissen thun, daß im Gegenteil bei Ausmessung der Concursresultate auf die in Rede stehenden Zeugnisse erhebliches Gewicht gelegt werde.

Freilich war dieses Eingreifen der Curatelbehörde nur allzuleicht geeignet, den genannten Charakteristiken den Anstrich strikter staatlicher Provenienz zu verleihen. Um auch hiegegen den principiell verneinenden, streng kirchenrechtlichen Standpunkt deutlichst zum Ausdruck zu bringen, wurde von der kirchlichen Oberbehörde nebenbei noch an der Abhaltung des bisherigen 10-punktigen *examen morum*, wie es ebenfalls zu Anfang dieses Paragraphen erwähnt worden war, auch des ferneren festgehalten, nur mit dem Unterschiede — und dieser Wechsel verkündete ersichtlich den damals in kirchlichen Kreisen bestehenden energischen Willen eines scharfen Abrückens von allem, was staatlich hieß — daß an Stelle der R. Professoren des Lyceums die beiden Regenten des geistlichen Seminars als neue Referenten die „Conduitenliste“ anzufertigen hatten. Merkwürdigerweise erhielt sich diese Extravaganz — obgleich die Gegensätze zwischen staatlicher und hierarchischer Politik mit dem Regierungsantritte König Ludwigs I., wie in Bayern überhaupt, so auch in der Bamberger Erzbischofe sich allmählich derartig abzuschleifen begannen, daß man von ihr ohne Schädigung des kirchlichen Prestigesfüglich hätte ablassen können — noch bis zum Jahre 1831, zu

⁵⁰⁾ Zur Verbreitung dieser Auffassung mögen die oben im Texte sowie in den §§ 32 und 33 besprochenen Umstände, daß das Generalvikariat allerdings in einzelnen Fällen von dem Nachweise der zurückgelegten Semestral- und Absolutorialprüfungen der Philosophie abstrahierte, in anderen geradezu die Unterordnung unter die üblichen theologischen Semestralprüfungen untersagte, immerhin nicht unwesentlich beigetragen haben.

welcher Zeit sie dann, wie im folgenden Paragraphen noch näher besprochen werden wird, rückgängig gemacht wurde.

c. Die Zeit der unwidersprochenen Ausübung des *jus supremæ inspectionis*, 1822 bis 1844.

Die vorwürfige Epoche der Geschichte der Seminar- aufnahme oder, wenn man will, der Geschichte des Seminars selbst wurde eingeleitet durch einen staatskirchenrechtlichen Akt, welcher gewissermaßen den Abschluß bildete der verschiedenen, im unmittelbar vorhergehenden Abschnitte b charakterisierten heterogenen Bestrebungen auf kirchenpolitischem Gebiete.

Erstes Acquit zu einer principiellen Um- und Ausgestaltung der seit nun 18 Jahren in leidlicher Cohärenz geführten Modalitäten des Eintrittes in das Ernestinum gab eine Vorstellung des erzbischöflichen Ordinariats vom 13. Dez. 1821, adressiert an den in Eichstätt befindlichen Ordinarius, Erzbischof Joseph von Stubenberg¹⁾. Dieses Schriftstück legte, nachdem es die Totalität der bisherigen Bedingungen für die Aufnahme kurz zusammenfassend dargestellt hatte, dem Oberhirten nahe, die aus dem Artikel XII b des Concordats bezüglich der Heranbildung der katholischen Geistlichkeit fließenden Konsequenzen auch rücksichtlich der genannten Aufnahme zu ziehen, insbesondere das Examen behufs Erlangung der Admision, sowie den Akt der Admision selbst in eigener Jurisdiktion zu bethätigen und der Regierung lediglich von dem Vollzuge beider Handlungen „Nachricht“ zu geben.

¹⁾ V. J. N. 19 des § 37 b. Erzbischof Graf von Stubenberg, zugleich Erzbischof von Eichstätt, ein 80-jähriger Greis, leitete die Regierung der Bamberger Erzdiocese zumeist von Eichstätt aus, wodurch sich der Verkehr zwischen ihm und seinem Ordinate natürlich erheblich complicierte.

In seiner Antwort vom 20. Dez. ejd. a. lehnte der Erzbischof zunächst die letztere Maßnahme ab. Er wollte vielmehr die vorherige Anzeige über die beabsichtigte Abhaltung einer Admissionsprüfung und die projektierte Aufnahme der Admittenden in das Klerikalseminar, wie sie jetzt üblich, mindestens noch solange aufrecht erhalten wissen, bis einerseits die gerade in Schwebе befindliche Extradition des Seminarfonds zur eigenen Verwaltung²⁾ vollführt, andererseits in den principiell sehr einschneidenden Fragen der *admissio ad seminarium* ein Einvernehmen zwischen ihm und den übrigen Bischöfen bezw. Ordinariaten des Königreichs bewerkstelligt worden sei.

Diese Gesichtspunkte waren offenbar bloßen Zweckmäßigkeitsgründen entsprungen und konnten keineswegs dahin gedeutet werden, daß der Autor davor zurückschreckte, grundsätzliche Bestimmungen des kanonischen Rechtes preiszugeben. Ganz abgesehen davon, daß eine derartige Annahme geradezu der Zeichnung widerspräche, welche die Geschichte der kirchenpolitischen Wirren jener Zeit von dem Erzbischof v. Stubenberg als einem ebenso willensstarken wie opfermutigen Kirchenfürsten³⁾ entworfen hat, spricht auch sofort eine in dem erwähnten Dekrete des 20. Dezember weiter bethätigte positive Maßregel des Genannten dagegen. Er beauftragte nämlich den damaligen Sekretär des Ordinariats, Domkapitular Oesterreicher⁴⁾, an Stelle der beiden verstor-

²⁾ Vgl. hierüber außer den F.N. F.N. 20 des § 7 und 15 des § 37 b insbesondere die einschlägigen Ausführungen am Schlusse des jetzigen Abschnittes und im § 38 a.

³⁾ Vgl. über ihn etwa (Höfler), 156, 171, 251, 253, 259; das Recht der Kirche, 87, 91; v. Sicherer, 306, 312, 313; Brüd II, 165, 569, sowie die verschiedenen Darstellungen dieses Abschnittes, die aber zugleich auch von einer bemerkenswerten Vorsicht und Klugheit des Genannten zu erzählen wissen.

⁴⁾ Johann Friedrich Oesterreicher gehörte seit dem 11. Juli 1797

benen Mitglieder Frey und Eapf der Prüfungskommission pro admissione ihm zwei Ersatzmänner vorzuschlagen, „aber ex gremio capituli“. Damit war neuerdings wieder dem K. Lyceum bezw. dessen staatlich angestellten Professoren, die als Vermittler der wissenschaftlichen Bildung der Theologiekandidaten doch wohl am zweckmäßigsten zugleich als Examinatoren hätten Verwendung finden dürfen, die erzbischöfliche Kommission, wie schon in den vorausgegangenen Jahren⁵⁾, auf das markanteste gegenübergestellt und in der letzteren das lyceale Lehrelement nur insoweit geduldet worden, als es sich zufällig durch einen der geistlichen Räte oder der Regenten des Priesterseminars repräsentiert vorfand⁶⁾.

Ob die projektierte erzbischöfliche Umfrage in den bayerischen Diöcesen wirklich statt hatte, und welche Resultate sie erzielte, läßt sich mangels der Existenz darauf bezüglicher Belege nicht angeben. Daß sie aber gegebenen Falls zu einem der Auffassung des Erzbischofs und des Ordinariates günstigen Verbesseide führen mußte, kann nicht nur aus einem 2 Jahre später eingelaufenen Anschreiben der bischöflichen Seminarregentie Dillingen geschlossen werden, wonach

dem engeren geistlichen Räte an und erwies sich als Mitglied der Seminaradmissionskommission von jeher als eifriger Verfechter der kanonischen Gerechtigkeit. — Er wurde im Jahre 1821 Domkapitular und im Jahre 1823 Bischof von Dorpat i. p. i. und Weihbischof zu Bamberg, zwei Jahre darauf Bischof von Eichstätt. Der im Texte besprochene Auftrag des Erzbischofs an ihn, der mit Umgehung der Vorstände des Generalvikariats und der erzbischöflichen Prüfungskommission erfolgte, bedeutete, wenngleich er sich formell auch vielleicht durch die Eigenschaft Oesterreichers als Sekretär des Ordinariats rechtfertigen läßt, zweifellos einen ausgesprochenen Akt oberhirtlichen Vertrauens, wie solches sich später eben durch die Erwählung des Genannten zum Weihbischof v. Stubenbergs noch deutlicher offenbaren sollte. — Vgl. auch Heß, a. a. O.

⁵⁾ V. § 37 b.

⁶⁾ Ebenda.

S. M. der König durch R. vom 14. Nov. 1823 dem Bischof von Augsburg die Aufnahme in das dortige Priesterseminar frei überlassen habe — sondern auch aus den Ergebnissen einer reichlich 20 Jahre später bethätigten, im nachfolgenden Paragraphen noch zu besprechenden zweiten „Enquête“ über diesen Gegenstand, wonach in einigen Diöcesen von einer staatlichen Einmischung in die Frage der *admissio ad seminarium* seit Gedeken nichts bekannt war.

Mochten es nun derartige, ihm vielleicht damals schon mitgeteilte Präcedentien gewesen sein, oder mochte eine völlig freie Erwägung ihn dazu veranlaßt haben — der Erzbischof wich im folgenden Jahre von dem bisher üblichen Modus der Admission in das Seminar in der Weise vollständig ab, daß er dieselbe auf Grund eines ohne R. Kommissär abgehaltenen besonderen Examens 10 Angehörigen des 2. und 3. theologischen Lycealkurses gewährte, ohne die diesen Kategorien notwendige specielle Dispens für die Zulassung zum Admissionsexamen von der Kreisregierung erhält und ohne um die Allh. Bestätigung der von ihm getroffenen Wahl nachgesucht zu haben.

Die Antwort auf diese immerhin auffällige Beiseite-Setzung der bisherigen Regel ist in einem Allh. Erlaß vom 26. Nov. 1822⁷⁾ zu suchen, der auf lange Zeit hinaus die förmliche Grundlage bildete, auf der sich die Aufnahme der Petenten in das geistliche Seminar zu bewerkstelligen hatte. In ihr wurde zunächst der Vollzug dieser Aufnahme an den Vorbehalt geknüpft der jedesmaligen landesherrlichen Bestätigung, zu erwirken durch die R. Kreisregierung hindurch, welcher sowohl die Prüfungsergebnisse, als die einstweilen vom Erzbischofe verfügten — in der Sprache der Regierung „provisorischen“ — Admissionen auch des ferneren strikte angezeigt werden sollten. Zur Vornahme der Con-

⁷⁾ Auch in Döllinger 8, 522 registriert.

cursprüfungen wurde die archiepiscopale Stelle als kompetent erklärt, jedoch unter der Voraussetzung wiederum einer vorherigen Anzeige des Prüfungstermins bei der R. Kreisregierung und der Leitung des Prüfungsgeschäftes durch einen staatlichen Kommissär. Bezüglich der Zeugnisse wurde bestimmt, daß die Concurrenten neben den bisherigen über ihre Studien und ihre sittliche Führung noch solche über ihre Vermögensverhältnisse zu erbringen hätten. Auf Grund der letzteren sollte nämlich von der erzbischöflichen Behörde grundsätzlich und im voraus erwogen werden, ob die Aufnahme in das Klerikalseminar unentgeltlich oder gegen Zahlung zu erfolgen habe. An dem *fait accompli* endlich der bereits vollzogenen Aufnahme der 10 Candidaten sollte für diesmal nicht gerüttelt werden, vorausgesetzt, daß von Seite des Studiendirektorats^{*)} hinsichtlich der wissenschaftlichen und moralischen Qualifikationen derselben eine Erinnerung nicht erhoben würde.

In der That wurde das Lyceumsrektorat über diese Frage mit Reg. E. vom 2. Dez. 1822 nachträglich noch einvernommen^{*)}. Es antwortete mit Bericht vom 10. Dez. in einem für die Admittenden durchaus günstigen Sinne. Und doch schien diese nachträgliche Controle, welche in den kirchlichen Kreisen Bamberg's sehr verstimmt — der nachfolgende Protest des erzbischöflichen Ordinariats vom 6. März 1823 brachte dies sehr deutlich zum Ausdruck — auf einem Mißverständnisse beruht zu haben. Denn das Rektorat hatte, vom Ordinate kurz Zeit vor der Auberäumung des Concurſes in üblicher Weise gebeten, die einzelnen Studien- und Sittenzeugnisse zusammen mit der tabellarischen Übersicht über die bei den Semestral- (bezw.

*) Eine für jene Zeit in einem officiellen Schriftstücke immerhin eigenartige Bezeichnung für das Lyceumsrektorat! Vgl. hierüber die §§ 12 und 13.

*) Lyc. Akten.

Quartal-)Prüfungen¹⁰⁾ jedes Jahres angefallenen Noten nebst den ausführlichen schriftlichen „Censuren“ — den Charakteristiken des ganzen Habitus der Prüflinge¹¹⁾ — bereits im Monat Dezember des Jahres 1821 überschiedt. Das Mißtrauen konnte sich also der erzbischöflichen Stelle gegenüber entweder nur auf die Frage beziehen, ob diese Qualifikationsmittel auch richtig gewürdigt worden waren — was in Anbetracht des günstigen Tenors der Zeugnisse irrelevant erscheint; oder aber auf die äußere Prüfung rücksichtlich ihrer Vollzähligkeit und Hinlänglichkeit — welches Geschäft bisher stets der im vorliegenden concreten Falle umgangene R. Kommissär besorgt hatte. Dritterseits konnte aber aus der kritischen Bemerkung ebenso zwanglos ein Tadel gegen das Gymnasiumsrektorat herausgelesen werden. Und daß in der That auch dieser Auffassung Raum gegeben wurde, beweist eine Anfrage dieses Rektorats an die R. Kreisregierung vom 26. Dez. 1822, ob die von dem erzbischöflichen Ordinariate bisher begehrte¹²⁾ Tabelle über Geistesanlagen, Fleiß, Fortschritte und sittliche Führung der Abmittenden demselben auch fernerhin noch verabsolgt werden solle — eine Anfrage, auf die nach wenigen Tagen allerdings ein bejahender Bescheid erfolgte.

Als Nachtrag zu der R. B.D. des 26. Nov. 1822 erging einen Monat später, unterm 26. Dez., regierungsseitig noch eine ziemlich breite Vollzugsinstruction für den R. Prüfungskommissär¹³⁾. Darnach sollte der Genannte

¹⁰⁾ Cf. die §§ 26, 27 a und b, sowie 33 a bis c.

¹¹⁾ Vgl. hierzu auch § 34, sowie insbesondere den späteren § 46.

¹²⁾ S. den unmittelbar vorhergehenden § 37 b.

¹³⁾ An Stelle des im Jahre 1821 zum Domdechanten promovierten bisherigen Kommissärs M. J. Stenglein — s. J. N. J. N. 13 des § 7 und 19 des § 37 b, sowie die §§ 38 d und e —, welcher seit dem Jahre 1804 ausschließlich als Leiter des Prüfungsgeschäftes fungiert

bei dem Concurse nicht mehr leitende, sondern bloß inspiciende und controlierende Persönlichkeit sein, in den materiellen Gang der Prüfung sich keinesfalls einmischen, sondern hauptsächlich darüber wachen, ob jeder Candidat erstens das bayerische Indigenat besitze, zweitens die philosophischen Studien durchaus vollendet, und drittens, im Falle derselbe nicht absolvierter Theologe wäre, die vorgeschriebene Regierungsdispens behufs Beteiligung am Admissionsexamen eingeholt habe. Etwaige Anstände solle er der Prüfungskommission vermelden, der auftraggebenden Stelle sodann ein Gutachten darüber unterbreiten, welche der Aspiranten als Frei-, welche als Zahlzöglinge in das Alumnat eingereiht werden könnten, und endlich über besondere bei der Prüfung beobachtete Verhältnisse referieren.

Wie man erkennt, wahrten die beiden vorstehend besprochenen staatlichen Akte den früher schon in der Diöcese und Erzdiöcese Bamberg stark betonten oberherrlichen Standpunkt in unbeugsamer Weise. Abgesehen von dem weniger wichtigen Punkte der Freigabe des Entscheidungs- und Verkündigungsrechtes des Erzbischofs bezüglich der Notwendigkeit einer Admissionsprüfung und des Termines derselben war eigentlich nur in der Frage der Auffassung der Stellung des staatlicherseits abzusendenden Kommissärs ein Zugeständnis erfolgt. Und auch dieses kann nur unter der Lupe als ein solches erkannt werden: denn ungeachtet dessen, daß die Instructionen für den Kommissär alle die nämlichen geblieben waren, wie vor dem Jahre 1822, war

hatte, wurde zunächst der mit der Transferierung des Generalkreis-Kommissariats von Bamberg nach Bayreuth im Jahre 1810 pensionierte „erste Rat“ jener Stelle, Kreisrat a. D. Werner in Bamberg, ernannt, nach dessen alsbaldigem Tode aber, mit Reg.-E. vom 28. Jan. 1823, der gleichfalls zur nämlichen Zeit in Quiescenz versetzte ehemalige „zweite Rat“, Kreisrat a. D. Biegler in Bamberg. Weitere Personalnotizen s. auch noch im § 37 d.

sicherlich von dem „Leiter“ des Prüfungsgeschäftes bis zum „Inspektor“ oder „Controleur“ desselben nur eine winzige Distanz!

Ungleich wichtiger dagegen hätte sich als Ausgleichsfaktor das in der Allh. V.D. des 26. Nov. niedergelegte Versprechen erweisen können, die Vermögensverwaltung der Seminarstiftung, welche bereits mit E. der L.D. vom 16. Jan. 1803 zur staatlichen Respicienz reklamirt worden war, der zuständigen erzbischöflichen Stelle anheimzugeben, wenn nicht zur selben Zeit die Gegenätze in einem anderen Punkte wieder sehr schroff auf einander gestoßen wären, in der Angelegenheit nämlich der geplanten Unterscheidung zwischen zahlungsfreien und zahlungsfähigen Alumnen.

Gegen diese Neuerung richtete sich in der That der Haupteinwurf des erzbischöflichen Ordinariats in dem unterm 30. Jan. 1823 an den Erzbischof über die projektierte Neugestaltung der Seminarfrage erstatteten Referate. Nicht mit Unrecht in ihr einen weiteren Versuch erblickend, die zu Gunsten anderer Titel bereits stark belasteten Seminarfondserträge neuerdings zu beschneiden¹⁴⁾, um

¹⁴⁾ Das dem Seminar auferlegte zweifache onus einer regelmäßigen Beitragsleistung von bezw. 1200 und 1100 fl für die Zwecke des Stadtpfarrefonds und des Unterhaltes von 4 als Stadtpfarrcooperatoren functionierenden Seminarpriestern ist bereits im vorigen Abschnitte berührt worden und wird im nachfolgenden Texte dieses Paragraphen noch weiterhin besprochen werden. Uebrigens waren auch in anderer Richtung Versuche unternommen worden, die Renten des genannten Fonds ihrem eigentlichen Zwecke teilweise zu entfremden. So hatte eine E. der Bamberger L.D. vom 8. Aug. 1804, fußend auf der im § 8 citirten Allh. E. vom 18. April 1804 in Betreff der provisorischen Bestätigung des von der L.D. eröffneten Lyceums, für die Zwecke der Personalexistenz von 4 Theologieprofessoren — s. §§ 7 bis 9 — aus den Seminarerträgen eine jährliche Summe von 2800 fl. reklamirt, eine zweite solche E. d. d. 24. Aug. 1804 ferner den Willen kundgegeben, der Universität Würzburg einen

sie. anderen Zielen zuzuführen, verwahrte sich das Ordinariat aus principiellen, historischen und opportunen Gründen energisch gegen ihre Instituirung, indem es u. a. darauf hinwies, daß die unentgeltliche Aufnahme der Candidaten der Theologie in das Priesterseminar im engsten Zusammenhange mit dessen Bedeutung und Organisation stehe, daß nach diesem dem Tridentinischen Concil entlehnten Grundsatz in Bamberg seither ausnahmslos verfahren worden sei, und daß sicherlich der Seminarfond es vermöge, für die Bedürfnisse aller Seminarinsassen aufzukommen — wie man sofort effektiv zu beweisen sich anheischig mache, sobald der besagte Fond nur einmal seiner rechtmäßigen Verwaltungsbehörde übergeben sein würde. Es forderte darum den Oberhirten auf, gegen diese Anordnung ebenso, wie gegen andere Bestimmungen der genannten Allh. B.D. des 26. Nov. 1822 geharnischten Protest einzulegen und sich voll und ganz auf den Standpunkt der freien Vollziehbarkeit des Art. V des Concordats zu stellen, welcher Artikel hinreichend erscheine, einer jeden Einflußnahme weltlicher Behörden auf Seminar Aufnahme und Seminarerziehung „die Thüre zu bieten“.

Diese Vorstellung hatte die Wirkung, daß der Erzbischof umgekehrt mit Auftrag vom 24. Febr. 1823 das Ordinariat mit dem gewünschten Proteste betraute. Der letztere sollte dabei zur Allh. Stelle, aber durch die R. Preisregierung hindurch, erfolgen und principiell zum Ausdruck bringen, daß durch die Instituirung eines weltlichen Prü-

größerer Zuschuß aus dem Lyceumsfonde — *ibid.* — zu übermachen und das hiedurch entstehende Deficit gleichfalls wieder aus der Seminarstiftung zu ersetzen. Die erstere E. wurde jedoch durch das im § 9 registrierte Allh. R. vom 14. Dez. 1804 über die definitive Gestaltung des Lyceums hinfällig, die zweite, wie die Adm. Akten erweisen, ebenfalls nicht wirksam, obgleich der ihr zu Grunde liegende Gedanke im Jahre 1816 noch einmal wiederkehrte.

fungs kommissär's und durch das demselben zugeschlossene Instructionale die Artikel V, XIIb und XVII des Concordats nicht nur eingeschränkt, sondern völlig „cessiert“ seien und daß man gegen eine derartige „Rechtsverletzung“ ebenso wohl gegenwärtige Verwahrung einlege, wie man auch einen entsprechenden Protest bei jeder schicklichen Gelegenheit wiederholen werde. Außerdem möge das Ordinariat den concreten Fall beschwerdeführend zur Sprache bringen, daß die Regierung einen Theologen¹⁵⁾ *motu proprio*, ohne die zuständige erzbischöfliche Stelle überhaupt nur zu fragen, in das Seminar aufgenommen und dadurch auf das gröblichste gegen die Intention und den Wortlaut der Allh. B.O. vom 26. Nov. 1822 insoferne verstoßen habe, als in dieser dem Diöcesanbischöfe wenigstens die Wahl der Aufzunehmenden durchaus freigestellt und nur die Bestätigung dieser Wahl der landesherrlichen Gewalt anheimgegeben worden sei.

Das Ordinariat kam in der That der erzbischöflichen Aufforderung mit Eingabe vom 6. März 1823 nach, mußte sich jedoch von der K. Regierung mit E. vom 5. Mai des nämli. Js. verabschieden lassen, daß man dieselbe als zur Vorlage an S. M. den König „ungeeignet“ befunden habe, da die Vorschrift über die Einholung der Allh. Genehmigung weder eine Rechtsverletzung noch auch nur eine Beschränkung der geistlichen Kompetenzen involviere. In Sachen der strittigen Aufnahme des Alumnus verlautete nichts — ein Verfahren, welches mit Rücksicht auf den erst vor wenigen Jahren, 1817, vorgekommenen analogen Fall¹⁶⁾ und der offenbaren Regelwidrigkeit des Vorgehens natürlich erst recht nicht geeignet war, zur Be-

¹⁵⁾ Es scheint, als ob der Erzbischof hiebei den zweiten der im § 37 b zur Sprache gebrachten Fälle im Auge gehabt habe, der sich dann allerdings etwas anders entwickelt hätte, als man auf Grund des dort erwähnten Vorgehens der Kreisregierung vermuten mußte.

¹⁶⁾ Vgl. ebenfalls § 37 b.

ruhigung der Gemüther beizutragen. Im Gegentheil verriet die dem Ordinariate aus Eichstätt unterm 2. Juli 1823 neuerdings überkommene erzbischöfliche Auflage zur nochmaligen feierlichen Protestation schon durch ihren Wortlaut die tiefere Erregung des Oberhirten, der nunmehr die einzelnen Punkte derselben viel umfassender und eingehender signierte, als er es vor einigen Monaten bethätigt hatte. Aber auch die nunmehrige Beschwerde des Ordinariats, vom 10. Juli 1823 datiert, fand keine willige Aufnahme: sie wurde diesmal zwar der Allh. Stelle unterbreitet, durch einen mit Reg.N. vom 1. Sept. 1823 mitgeteilten Allh. Entscheid vom 28. Aug. js. Js. aber unter der Formel zurückgewiesen, daß es bei der B.O. vom 26. Nov. 1822 und speciell bei der Absendung eines weltlichen Kommissärs „sein Bewenden habe“.

Da unter solchen Umständen eine weitere Fortsetzung des Federstreites völlig nutzlos schien, wandte sich das Ordinariat unterm 25. Sept. 1823 an den Erzbischof mit dem Vorschlage, die Concurssprüfungen nun allerdings unter den von dem Staate vorgeschriebenen Cautelen abhalten zu lassen, aber unter jedesmaliger protokollarischer Beifügung eines Protestes gegen die aufgezwungenen, dem Kirchenrechte durchaus zuwiderlaufenden Forderungen. Der Erzbischof erklärte sich denn auch mit Erlaß vom 30. Sept. js. Js., gerichtet an das Ordinariat, mit dieser Handhabung einverstanden, und zwar unter der ausdrücklichen Motivierung, daß er in Rücksicht auf das Seelenheil der ihm anvertrauten Erzdiöcesanen und den immer noch andauernden Priester-mangel¹⁷⁾ eine weitere Hintanhaltung der Prüfungen nicht

¹⁷⁾ Derselbe machte sich in der Bamberger Diöcese von der Säkularisation an bis gegen die 30-er Jahre hin geltend. Er schwand erst eigentlich mit der durch die Einführung der „Lycealklassen“ und der Reorganisation der Lyceen bedingten erheblichen Steigerung der Frequenz der einheimischen Lehranstalt. Vgl. auch die §§ 37 b und 38 a.

verantworten zu können glaube und sich demnach aus Zweckmäßigkeitsgründen dem staatlichen Zwange unterwerfe. Um aber den principiell ablehnenden Standpunkt mit genügender Schärfe zum Ausdruck zu bringen, solle der besprochene Protest jeweils zwei Male zu Protokoll gegeben werden: einmal bei Beginn der Prüfung in Gegenwart des K. Kommissärs, sodann im Schlußberichte über die Prüfungsergebnisse zur K. Kreisregierung. Im übrigen möge sich das Ordinariat die Betreibung einer Erhöhung der Zahl der Alumnensitze — die bisher 15 bezw. 16 betragen¹⁹⁾ — auf 23 bis 24 anzuwenden lassen, da der Seminarfond der hieraus resultierenden Mehrbelastung vollständig gewachsen sei.

Der zweimalige Protest wurde in der That, nachdem das Ordinariat die vorstehend bezeichneten Punkte der K. Regierung mit Vorstellung vom 9. Okt. 1823 zur Würdigung übermittelt hatte, in Befolgung eines neuen oberhirtlichen Erlasses d. d. 28. Jan. 1824, welcher sich nochmals auf das schärfste für seine jedesmalige Bethätigung ausgesprochen hatte, regelmäßig zu Beginn und zum Schlusse der Prüfung eingehängt. Nachdem es seither im ersten Jahre, gelegentlich einer am 24. Nov. 1823 abgehaltenen vorbereitenden Sitzung, zu einer sehr erregten Debatte zwischen dem Vorsitzenden der bischöflichen Prüfungskommission, G. Rat Fraas, und dem weltlichen Kommissär, dem oben genannten Kreisrat a. D. Ziegler, gekommen war, wurde er später zumeist ohne Erinnerung entgegengenommen und nur hin und wieder der nämlichen Antwort gewürdigt, wie sie seit dem oben registrierten Allh. R. vom 28. Aug. 1823 stereotyp geworden zu sein schien, der Wendung nämlich, daß es bei den Bestimmungen der grundlegenden Allh. B.D. vom 26. Nov. 1822 „seinen Verbleib habe“. Wohnte ihm so nur eine rein formale Bedeutung inne, so verlor er

¹⁹⁾ S. § 37b.

auch diese in dem nämlichen Maße, als sich das Einvernehmen zwischen den Trägern der kirchlichen und der weltlichen Autorität innerhalb der Kommission freundlicher gestaltete¹⁹⁾, ja er mußte — einer im nachfolgenden Teilabschnitte 37d citierten späteren Aeußerung der oberhirtlichen Stelle nach zu schließen — im Laufe der Zeit gänzlich weggefallen sein. Wenigstens wußte dieselbe, obgleich sie sich über einen rückwärtigen Zeitraum von etwa 20 Jahren verbreitete, nichts mehr von den ehemaligen die Admissionsprüfungen betreffenden Dissidien zwischen Staat und Kirche zu berichten.

Um so energischer war man jedoch im Anfange darauf bedacht, das Wenige, das die kritische Allh. B.D. vom 26. Nov. 1822 und das sie begleitende Reg.R. vom 2. Dez. ejd. a. der kirchlichen Behörde überlassen hatten, dekorativ auszugestalten und mit dem deutlichen Siegel der Hierarchie zu versehen. Die öffentlichen Ausschreibungen, welche in den letzten Jahren vollständig unterblieben und durch mündliche Bekanntmachungen — gewöhnlich von dem Regens und Lycealprofessor Dr. Brenner bethätigt — ersetzt worden waren, wurden durch das Ordinariat nunmehr wieder in Schwung gesetzt. Die Examinatoren wurden nicht mehr dauernd, sondern erst kurz vor Beginn jedes Concursees vom Erzbischof ausdrücklich für diesen ernannt und als Prüfungs-

¹⁹⁾ Der Verkehr der Kommissionsmitglieder mit dem Landesdirektionsrate a. D. Stenglein vollzog sich in den concilianten Formen, die schon ein Bericht des Vorstandes der bischöflichen Prüfungskommission an den Bischof v. Busch über die erste Prüfung, d. d. 17. Sept. 1804, rühmend hervorhebt, bis zum Jahre 1816, in welchem der Genannte den im § 37 b bereits besprochenen Vorstoß gegen die kirchliche Behörde unternahm. Zur Abschleifung der Gegensätze in den 20-er Jahren aber dürfte die Jahresfülle des in F.R. 13 erwähnten Kreisrates a. D. Ziegler, der im Jahre 1829 das Amt des landesherrlichen Kommissärs wegen allzu hohen Alters niederlegte, nicht unwesentlich beigetragen haben.

raum ein Saal in dem Kapitelschause²⁰⁾ gewählt. Ferner wurde, während es bezüglich des Prüfungsinhaltes im allgemeinen bei den im vorhergehenden Abschnitte besprochenen Normen verblieb, der Prüfungsmodus verschärft.

Es wurde nämlich der in letzterer Zeit mündlich abgehaltenen Prüfung wiederum ein schriftlicher Teil vorangestellt und zugleich ein strengerer Maßstab an die Leistungen der Prüflinge gelegt. Und zwar äußerte sich die nunmehrige schärfere Censurierung nicht nur formell in der häufigeren Erteilung der unter der normalen 5-stufigen Notenskala gelegenen „Unternote 6“²¹⁾, sondern auch effektiv in der Zunahme der nur „bedingten“ Admissionen in das Seminar²²⁾, sowie in der Erscheinung, daß den Concurrenten nicht selten

²⁰⁾ Die Seminaradmissionsexamina waren bereits zu Zeiten der Bamberger Universität im Seminargebäude, dem damaligen — s. F.N. 14 des 37 b — Pfarrhose von St. Martin abgehalten worden. Sie fanden auch nach der Säkularisation daselbst statt, was um so natürlicher erschien, als schon seit dem Jahre 1800 das Generalvikariat in dem Gebäude Unterkunft gefunden hatte und seine Anwartschaft auf 2 Zimmer daselbst laut Zuschrift der L.D. vom 9. Jan. 1804 Akh. Orts anerkannt worden war. Die im Jahre 1813 erfolgte Uebersiedelung der gedachten Behörde in das Kapitelschhaus schien vorerst eine Aenderung des Prüfungslokals nicht bewirkt zu haben. Cf. Schmitt, 280 und 113, sowie Ord.Akten.

²¹⁾ V. § 37 b, F.N. 3 des § 28 und die verschiedenen Hinweise in F.N. 2 des § 33 b.

²²⁾ So wurden z. B. vom Erzbischof im Jahre 1829 3, im Jahre 1830 2, im Jahre 1838 gar 4 Admittenden nur „bedingt“ aufgenommen. Den genannten ersten 3 Prüflingen wurde dabei in der betreffenden erzbischöflichen Entschliehung eröffnet, daß ihre bedingte Aufnahme Sr. Maj. dem Könige insoweit nicht zur Umwandlung in eine definitive vorgeschlagen werden würde, als sie nicht die in der Admissionsprüfung erzielten geringen Qualifikationen durch Vorlage rektoratlicher Zeugnisse über das erfolgreiche Bestehen der nachfolgenden Semestralprüfungen am Lyceum aufzubessern im Stande wären.

der Rat gegeben wurde, von dem Studium der Theologie abzulassen²³⁾).

Auch die Prüfung der sittlichen Führung wurde einer energischeren Handhabung unterstellt. Nachdem bereits unterm 2. Dez. 1818 und unterm 11. April 1822 — zweifelsohne in der Absicht, Individuen ohne priesterlichen Beruf möglichst ferne und ähnliche Vorkommnisse, wie sie die oben erwähnte unerwartete und unmotivierte Aufnahme von Alumnen durch staatliche Behörden hervorgerufen, thunlichst hintanzuhalten — je ein Schreiben des Ordinariats an das Lyceumsrektorat ergangen war, welches von der Admissionsprüfung einen jeden Theologicaspiranten zurückweisen zu wollen erklärte, der sich von dem Verdachte des Trinkens, Spielens und des leichtfertigen Umgangs mit Personen des anderen Geschlechts nicht genugsam zu reinigen vermöchte: folgte unterm 18. Dez. 1828, ebenfalls zum Zwecke der Promulgation durch das Lyceumsrektorat, eine neue Erklärung des nämlichen Inhalts²⁴⁾. Dieselbe gab denn auch diesem Rektorate Veranlassung, in den amtlichen Sittenzeugnissen das Verhalten gerade in den kritischen Punkten einer eingehenderen Besprechung zu unterziehen, mit dem Erfolge, daß nunmehr, und zwar vom Jahre 1832²⁵⁾ ab, diese Zeugnisse vom erz-

²³⁾ Am zahlreichsten finden sich derartige Ratschläge zu Ende der 20-er und zu Anfang der 30-er Jahre, in jenem Intervalle, welches nicht nur in der Politik, sondern auch in der Schulgeschichte als eines der unruhigsten des 19. Jahrhunderts bezeichnet werden muß. S. auch F.N. 11 des § 28.

²⁴⁾ In Anwendung derselben wurde u. a. einem Interessenten, der das Admissionsexamen bereits bestanden, aber im Zustande der Trunkenheit excediert hatte, mit Ordinariatserlaß vom 2. Jan. 1830 der Zutritt zum Seminar kategorisch verweigert.

²⁵⁾ Der letzte Auftrag zur Vornahme des *examen morum* alten Stils — cf. § 37 b — erfolgte mit Anschreiben des erzbischöflichen Generalvikariats vom 9. Dez. 1831. Schmitt, 283.

bischöflichen Ordinariate als vollwertigen Ersatz angesehen wurden für die — in den letzten Jahren von der Seminarregentie aufgenommenen — Protokolle über das *examen morum*.

Die entgegenkommende Haltung des Ordinariats in dieser Frage im Zusammenhalte mit der in der vorhergehenden Fußnote 22 besprochenen erzbischöflichen Würdigung staatlicher Prüfungszeugnisse kann als eine nicht unwichtige Etappe in der Anbahnung einer Ausböhnung der kirchlichen Stellen mit der Existenz der R. W. D. des 26. Nov. 1822 und der durch sie geschaffenen Grundlagen der Seminaradmission angesehen werden.

Freilich waren die Wege zu einem Ausgleich durch den Eintritt einiger wichtiger Ereignisse bereits geebnet worden. Zu der letzteren sind hauptsächlich zu zählen eine im § 14 bereits gestreifte generelle höchste E. vom 26. Juli 1824, wonach die Vorlage des Absolutorialzeugnisses der Theologie nicht mehr für die Zwecke der Seminaradmission, sondern nur für jene der Erholung des landesfürstlichen Titels als notwendig erachtet wurde, und die durch den Wechsel auf dem erzbischöflichen Stuhle zu Bamberg im Jahre 1824²⁰⁾ bezw. durch die nachgiebigere Haltung des neuen Erzbischofs Freiherrn v. Fraunberg vermittelte Beilegung des größeren Theils der 3 schwebenden materiellen Streitfragen: erstens der Uebergabe des Seminarfonds zur erzbischöflichen Verwaltung, zweitens der ausschließlichen Verwendung der Reichnisse dieses Fonds für die Bestimmungszwecke des Seminars und endlich drittens der Vermehrung der Alumnatsitze.

Was zunächst den ersten der 3 letzteren Punkt angeht, so hatte, dem Auftrage in der Allh. W. D. des 26. Nov. 1822 über die Ausfolgerung des Seminarvermögens ent-

²⁰⁾ E. die F. N. 19 des § 37 b.

sprechend. die K. Kreisregierung des Obermainkreises bereits mit E. vom 15. Dez. jß. 38. dem Ordinariate ihre Geneigtheit zu erkennen gegeben, die notwendigen Uebergabearbeiten sofort in Angriff nehmen zu wollen, jedoch unter den Voraussetzungen, die in eben der Allh. B.D. bereits ausgesprochen seien, der Anerkennung nämlich der Fortdauer der staatlichen Obergewalt im Sinne des Abschnittes III des Allh. Ediktes vom 26. Mai 1818, sowie der Uebernahme des bisherigen staatlichen Verwaltungspersonals seitens der erzbischöflichen Behörde. Diesem Ansinnen war jedoch der damalige Erzbischof Graf v. Stubenberg mit einem von Eichstätt²⁷⁾ aus unterm 9. Jan. 1823 an das Ordinariat gerichteten Erlasse mit Verujung auf den V. Concordatsartikel auf das schärfste entgegen getreten, indem er insbesondere geltend gemacht hatte, daß die Schlußworte in der Ziffer 2 jenes Artikels „... liberoque jure subjectae erunt juxta formas Canonicas“²⁸⁾ durch die Allh. E. des 26. Nov. 1822 wie nicht minder durch die regierungsseitige Interpretation eben des 15. Dez. zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgedrückt worden seien. Er war auch, trotzdem das Ordinariat mit Vorstellung vom 16. Jan. 1823 sich Mühe gegeben hatte, ihn zur Einnahme eines weniger schroffen Standpunktes zu veranlassen, neuerdings mit Erlaß vom 27. Jan. des gen. Jß. bei dieser Willenskundgebung stehen geblieben, und zwar unter der Motivierung, daß nach einer Mitteilung der apostolischen Nuntiaturs in München bei der Regelung der Seminardotationsgeschäfte die Hierarchie des Königreichs überhaupt ausgeschaltet werden sollte, da diese Frage einer direkten Verhandlung zwischen der Curie und der bayerischen Regierung vorbehalten worden sei.

²⁷⁾ V. F. N. 1 dieses Paragraphen.

²⁸⁾ Diese Worte finden sich in dem erzß. Exposé doppelt unterstrichen.

Auf diesen Bescheid hin ruhte denn auch vorläufig die Angelegenheit vollständig, bis der nachfolgende Erzbischof Freiherr von Fraunberg, die Initiative ergreifend, mit R. vom 25. Sept. 1824 dem Ordinariate die Weisung erteilte, die R. Kreisregierung um eine neuerliche Einleitung der Extraditionsgeschäfte ungesäumt anzugehen, indem er die für seine kirchenpolitische Auffassung charakteristischen und in damaliger Zeit doppelt bemerkenswerten Grundsätze verfocht, daß erstens die oberste Staatsaufsicht über die Stiftungen jedweder Art doch niemals mit Erfolg bestritten werden könne, und daß im vorliegenden Falle die Bestimmungen des Artikels V keineswegs beschränkt erschienen, indem man ja gegen wirkliche Beeinträchtigungen jederzeit mit Protest und Vollzugsverweigerung vorgehen könne.

In der That zeigte sich die Regierung — allerdings unter der wiederholten ausdrücklichen, diesmal fast wie eine Entschuldigung klingenden Betonung, daß sie an die Respicienz über die Erfüllung der im Allh. R. des 26. Nov. 1822 niedergelegten Cautelen unweigerlich gebunden sei — dem gestellten Ansuchen gegenüber mit E. vom 3. Jan. 1825 sofort willfährig, so daß bereits unterm 18. Febr. 1825 das Ueberweisungsprotokoll unterzeichnet werden konnte, nachdem man freilich, um schnellstens zum Ziele zu gelangen, die beiden anderen schwebenden Fragen der Entlastung des Seminarfonds und der Erhöhung der Anzahl Alumnae zurückgestellt bezw. einem gesonderten Ausstrag vorbehalten hatte.

Gerade in der Verfolgung dieser letzteren Zielpunkte aber war man hierarchischerseits, wie es bereits der unmittelbar vorhergehende § 37 b beweisen, zu allen Zeiten sehr thätig gewesen. Auch neuestens, nach dem Tode des Erzbischofs v. Stubenberg, hatte sich die nunmehr zuständige Stelle, das Metropolitankapitel *sede vacante*, den oben

citierten Erlass des verstorbenen Ordinarius vom 30. Sept. 1823 zur Richtschnur wählend, in einer Eingabe zur K. Kreisregierung des Obermainkreises vom 30. April 1824 die beiden enge verknüpften Anträge gestellt, erstens die dem Seminarfonde im Jahre 1805 aufgezwungene Pflicht einer Beitragsleistung von 1100 fl. zum Unterhalte der 4 als a. o. Stadtpfarrcooperatoren verwendeten Alumnatpriester zu Gunsten des Fonds erlöschen zu lassen, und zweitens, in Konsequenzen dessen, die Anzahl der Sitze im Seminar um 2 zu erhöhen. Dieses Ansuchen wurde mit dem Hinweis motiviert, daß infolge des Seelsorgermangels²⁹⁾ „schon seit einigen Jahren“³⁰⁾ überhaupt keine Seminarpriester zur Uebernahme der Cooperaturen mehr vorhanden gewesen seien. Es hatte jedoch einen augenblicklichen Erfolg nicht. Vielmehr drückte die Regierung mit K. vom-29. Juni 1824 ihr lebhaftes Befremden über den Antrag aus und legte es dem Kapitel nahe, denselben zurückzuziehen. Diesem Räte

²⁹⁾ Die Klagen über den Mangel an genügendem Nachwuchs für die (Welt-)Geistlichkeit der Diocese resp. Erzdiocese ziehen sich, wie ein Faden durch diesen, den vorigen und die nachfolgenden Paragraphen 38 e und f darthut, gleich einem roten Faden durch die meisten die Heranbildung des Klerus betreffenden Aktenstücke der Bischöfe und Erzbischöfe Bamberg's und ihrer Vikariate reichlich ein volles Vierteljahrhundert hindurch. Gründliche Abhilfe brachte erst die Neuorganisation der Lyceen, wie sie durch die Einrichtung der „Lycealklassen“ vorbereitet und durch den Vollzug der Allh. B.O. vom 30. Nov. 1833 — v. §§ 13 und 14 — wirksam wurde.

³⁰⁾ Im Schem. 1821 figurirt nur noch Ein Alumnatpriester als Assistenzpriester, und zwar in der Pfarrei St. Gangolf. Wenn also der Bericht des Ordinariats von „einigen Jahren“ spricht, seit welchen diese Situation erloschen, so müssen es niedrigstens 2 gewesen sein, und es wäre also das Jahr 1822 dasjenige, von welchem ab die Kategorie der Seminarpriester als definitiv verschwunden zu gelten hätte. Genauer ließ sich die Zeit nicht feststellen, weil Schematismen der Jahre 1823 und 1825 nicht existieren, eine Anfrage bei den betreffenden Pfarreien aber ergebnislos war.

wurde nun allerdings nicht stattgegeben, vielmehr nahm der Referent des Ordinariats, der dem allgemeinen geistlichen Räte angehörige Seminarregens (und nachmalige Domkapitular und Dompfarrer) Sponsel in einem ausführlichen, ebenso energisch wie ironisch gehaltene replizierenden Gutachten in einer Weise Stellung gegen den Regierungsbeschluß, die den vollen Beifall des inzwischen auf den erzbischöflichen Stuhl von Bamberg erhobenen Freiherrn v. Fraunberg fand, welcher mit Erlaß vom 25. Sept. 1824 das Ordinariat nachdrücklichst anwies, sein früheres Gesuch vom 30. April zur R. Kreisregierung ungesäumt zu wiederholen. Dies geschah; das inzwischen vordringlicher gewordene Cardinalproblem der Uebergabe des Seminarfonds zur erzbischöflichen Verwaltung ließ jedoch die Weiterentwicklung aller Zwischen- und Unterfragen einstweilen zurücktreten, so daß erst im Jahre 1826 die beiden hier vorwürfigen Punkte zur nochmaligen Diskussion gestellt werden konnten: mit der nunmehrigen Wirkung, daß die staatliche Oberaufsichtsbehörde auf die Weiterzahlung der besprochenen 1100 fl. Sustainationsbeiträge zum Unterhalt von 4 als Stadtpfarrcooperatoren designierten Alumnatpriestern endgiltig verzichtete und der projektierten Erhöhung der Platzzahl für die Seminaristen auf 24 ihre Zustimmung gab.

Durch diese Vermehrung hatte somit ein über zwei Decennien altes Problem seine endliche Erledigung gefunden. Das Hauptverdienst an der schließlich glücklichen Lösung wird man nach dem Vorausgehenden der Fähigkeit der kirchlichen Stellen zuschreiben müssen. Aber auch die staatlichen Behörden hatten seit der Constatierung des ebenso allgemeinen wie empfindlichen Priestermangels²¹⁾ der Angelegenheit ein lebhafteres Interesse entgegengebracht. So

²¹⁾ Vgl. außer der vorhergehenden F.N. 29 und den daselbst genannten Paragraphen auch noch die F.N. F.N. 5 des § 13, 1 des § 24 und 9 des § 32.

folgte der im unmittelbar vorhergehenden Abschnitte bereits registrierten M.E. vom 7. Juni 1816²¹⁾ über die Ursachen jenes Mangels unterm 27. Okt. 1817 eine weitere solche Entschlieſung, welche die Ermöglichung einer Vergrößerung der Zahl der Alumnensitze der ernstesten Erwägung der R. Kreisregierung unterstellte. Doch gelang es erst dem Drucke der ebenfalls im § 37b bereits besprochenen Allh. E. des 14. Dez. 1818, den größeren Teil der dieser Erhöhung wirklich oder scheinbar entgegenstehenden Hindernisse hinwegzuräumen. Die in dem letzteren Aktenstücke niedergelegten Direktiven veranlaßten nämlich zunächst die R. Regierung des Obermainkreises, mit E. vom 31. Dez. 1818 die Administration der unmittelbaren Stiftungen in Bamberg kategorisch anzuweisen, allen mit Erfolg geprüften und vom Ordinarius der Diöcese bereits approbierten Admittenden, solange sie mangels freier Seminarplätze in der Stadt wohnen müßten, einen baaren Unterstützungsbeitrag in der nämlichen Höhe zu verabsolgen, auf die sich pro rato temporis die Kosten für den Unterhalt eines Seminaristen beliefen — und weiterhin unterm 29. März 1824, die notwendigen Mittel bereit zu stellen, um die Anzahl der Plätze im Ernestinum von 16 auf 18 zu erhöhen. Damit war aber freilich auch der Seminarfond an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt und eine nochmalige Steigerung jener Zahl unter den gegebenen Verhältnissen d. h. für die Dauer der Verbindlichkeit des Fonds, jährlich 1100 und 1200 fl. zu fremden Zwecken zuzuschießen, ausgeschlossen, so daß es erst nach der Sistierung der Zahlungspflichtigkeit des ersteren Betrags gelang, das zweite Duzend der Alumnensitze voll zu bekommen.

Dagegen glückte es der Seminarstiftung bezw. dem Ordinariate als der nunmehrigen Verwaltungsbehörde nicht,

²¹⁾ Vgl. über sie auch § 38e.

auch der anderen Last eines regelmäßigen Sustentationsbeitrages von jährlich 1200 fl. zum Stadtpfarreifonde ledig zu werden. Diese Angelegenheit wurde vielmehr nach einem fast 100-jährigen Kampfe — dessen Schilderung allerdings nicht mehr in den Rahmen der vorliegenden Abhandlung passen dürfte — auf dem Rechtswege entschieden, und zwar mit Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 12. Okt. 1900 zu Ungunsten des Seminarfonds, welcher zur Weiterleistung des gedachten Beitrags verurteilt wurde.

Was nun schließlich die oben als weiteren Versöhnungsakt gekennzeichnete ministerielle E. des 26. Juli 1824²²⁾ anlangt, so konnte die in ihr ausgesprochene Verzichtleistung auf die frühere Vorschrift²⁴⁾, wonach die Zulassung der Concurrenten zu den Admissionsprüfungen *ad seminario* rito an die Vorlage des Zeugnisses über die vollständige Absolvierung der theologischen Studien gebunden war, gleichfalls nur dazu dienen, eine der hauptsächlichsten Quellen beständiger Dissidien²⁵⁾ zwischen weltlicher und geistlicher Kompetenz von Grund aus zu verstopfen.

d. Die Zeit des Kampfes um Abschaffung der staatlichen Controle, 1844 bis 1849.

Das vorbezeichnete Lustrum kann als die eigentliche „Sturm- und Drangperiode“ in der Entwicklungsgeschichte der *admissio ad seminario* während des verflossenen Jahrhunderts bezeichnet werden. Hatten in der That bisher nur einzelne episcopale Stellen gegen die Zulässigkeit der staatlichen Vormundschaft ihre Stimmen erhoben — als typische Illustrationen für die Art und Weise des Vorgehens

²²⁾ Vgl. hierüber außer der Z.N. 6 des § 14 insbesondere auch die §§ 38e und f.

²⁴⁾ V. § 37b.

²⁵⁾ Vgl. über dieselben außer den Erörterungen dieses Paragraphen noch § 37b und § 38e.

Können dabei etwa die in den vorhergehenden Abschnitten b und c dargestellten Bestrebungen in Bamberg genommen werden — so griffen nunmehr fast die gesamte Hierarchie des Königreichs und nicht minder die Curie selbst ein, um das in Rede stehende Problem der principiellen Lösung eines entschiedenen non licet zuzuführen.

Der erste Anstoß erfolgte von Würzburg aus, woselbst, wie in der Einleitung a unseres § 37 bereits angedeutet wurde, die Angelegenheit der Seminaraufnahme in stetiger Gährung verblieben war. Das dortige Ordinariat richtete nämlich unterm 28. Mai 1844 an alle oberhirtlichen Stellen in Bayern eine Umfrage, wie es in den betreffenden Diöcesen mit eben dieser Admision und speciell mit der Entsendung eines weltlichen Kommissärs zu den Prüfungen für dieselbe gehalten werde. Auf diese Frage liefen aus Bamberg und den sämtlichen übrigen 6 Diöcesen Antworten ein, welche in ihrer Gesamtheit ein überraschendes Bild gewähren nicht nur der totalen Verschiedenheit, die in der Auffassung und Ausübung des *jus supremæ inspectionis* in Sachen der Aufnahme in die Klerikalseminarien seitens der nächst zuständigen staatlichen Stellen, der K. Kreisregierungen, obgewaltet hatte, sondern nicht minder auch einer ebenso grundsätzlichen Uneinheitlichkeit in der Beurteilung eben jenes landesherrlich in Anspruch genommenen Oberhoheitsrechtes durch die oberhirtlichen Stellen selbst.

Die Antwort insbesondere¹⁾ des erzbischöflichen Ordinariats Bamberg, d. d. 15. Juni 1844, constatirte, daß zu den Admissionsprüfungen für den Eintritt in das Klerikalseminar der Erzdiocese von jeher ein K. Kommissär durch die Kreisregierung entsendet worden sei und daß der Genannte als Vorsitzender der Prüfungskommission sowohl

¹⁾ Ueber die Berichte der anderen Ordinariate vgl. etwa Braun, 424.

dem mündlichen Teile der Prüfung, als auch der Schlußsitzung beizuhöhen, während er von den schriftlichen Aufgaben Einsicht nähme, daß im übrigen in Bamberg durch ihn die „concordatmäßigen Rechte noch niemals gehemmt“ worden seien, und daß man hieselbst der Staatsregierung in Hinsicht der Seminar Aufnahme ein „Recht der Controlle“ umsomehr zugestehen müsse, als in der Erzdiocese S. M. der König der einzige Tischtitelgeber²⁾ sei³⁾.

Wenige Tage darnach, unterm 25. Juni 1844, ließ das Würzburger Ordinariat an die R. Kreisregierung von Unterfranken und Aschaffenburg die Mitteilung gelangen, daß es von nun ab durchaus concordatmäßig vorgehen und, abweichend von der bisherigen Gepflogenheit, die Seminar-

²⁾ Also auch hier wieder das *quid pro quo*, die schon öfter — f. u. a. Text und F. N. 9 des § 15, sowie die §§ 31, 37b und c — gerügte Verwechslung der Aufnahme in das geistliche Erziehungsinstitut des Seminars mit der Aufnahme in den klerikalen Stand i. e. S., wie man sie nach der aufklärenden M. E. vom 28. Juli 1824 nicht mehr für möglich hätte halten sollen! Vgl. hierüber auch F. N. 2 des folgenden Paragraphen und die §§ 38e und f.

³⁾ Diese Darlegung contrastiert sehr merkwürdig mit der Auffassung, welche man den Ausführungen der beiden unmittelbar vorhergehenden Abschnitte unseres § 37 zufolge seitens der Bamberger Hierarchie während der ersten 2 Decennien des 19. Jahrhunderts über die Anwesenheit eines landesherrlichen Kommissärs bei den Seminaradmissionsprüfungen gehegt hatte. Das seit längerer Zeit schon, seit der Mitte der 20-er Jahre (cf. § 37c), bestehende notorisch gute Einvernehmen zwischen den jeweiligen Mitglieder der erzbischöflichen Prüfungskommission mit den staatlichen Kommissären schien die Erinnerung an die früher zu Tage getretenen Zwistigkeiten verwischt zu haben. Und dies um so vollständiger, als von den derzeitigen Examinatoren kein einziger mehr Zeuge derselben gewesen — den Domdechanten Franz Kaspar Fraas ausgenommen, der aber wegen seines hohen Alters — er starb am 3. Sept. 1844, 78 Jahre alt — kaum mehr berufen schien, in die Ansichten seiner Kollegen corrigierend einzugreifen.

admission ohne Zuziehung eines weltlichen Leiters in eigener Zuständigkeit zum Vollzuge bringen werde. Und unterm 7. April 1845 wiederum konnte es dem Bamberger erzbischöflichen Ordinariate davon Kenntniß geben, daß auf Grund einer M.E. vom 22. März 1845⁴⁾ thatsächlich von der Abstellung eines staatlichen Kommissärs zu den gedachten Admissionsprüfungen Allerhöchsterseits Umgang genommen worden sei, allerdings „vorbehaltlich der Kronrechte“ und „inso lange nicht anders verfügt werden“ würde⁵⁾.

Durch diesen in der Nachbardiöcese unternommenen erfolgreichen Vorstoß ermutigt beabsichtigte nun auch das Ordinariat zu Bamberg, in einem Conclufum vom 8. Mai 1845, seiner im Schreiben vom 15. Juni 1844 niedergelegten Haltung entgegen in der nämlichen Weise zustehendenorts vorstellig zu werden⁶⁾. Aber erst unterm 10. Sept. 1846 gelangte ein dahin zielendes Memorandum zur k. Regierung von Oberfranken behufs Weitergabe zur höchsten Stelle in Vorlage. Da es einer Antwort nicht sogleich gewürdigt wurde, wiederholte man es nochmals unterm 16. Okt. 1846, unterm 17. Dez. des näm. J. und endlich unterm 21. Jan. 1847. Zugleich beschloß man unter dem letzteren Datum im Schooße des erzbischöflichen Ordinariats, den Termin für die Admissionsexamina auf den 3. Febr. 1847 festzusetzen und, falls bis dahin eine Antwort auf die laufenden Fragen aus München noch immer nicht eingekommen sein würde, an diesem Tage auch wirk-

⁴⁾ Auch bei Döllinger 23, 124.

⁵⁾ Ueber andere Punkte der Entschließung s. diese selbst.

⁶⁾ Die internen Bamberger Verhältnisse sind naturgemäß bei Braun, a. a. O., nicht weiter berücksichtigt worden, insbesondere nicht die nachfolgenden Uebergänge zur „schärferen Tonart“. Sie verdienen um so mehr, an die Oeffentlichkeit gebracht zu werden, als ohne ihre Kenntniß die Braun'sche Darstellung einer kirchenpolitisch sehr interessanten Epoche in einzelnen Teilen vielfach unverstanden bleibt.

lich mit den Prüfungen zu beginnen, unbekümmert darum, ob die Absendung eines weltlichen Prüfungskommissärs von der R. Kreisregierung bethätigt werden würde oder nicht.

Der Ausführung dieses Vorhabens trat jedoch eine Reg. E. vom 26. Jan. 1847 mit dem Hinweise entgegen, daß eben im Falle des Nichteintreffens eines positiven Bescheides auf die Eingaben vom 10. Sept. 1846 und deren (drei) Wiederholungen es bei der uneingeschränkten Anwendung der Allh. V.D. des 26. Nov. 1822 „seinen Verbleib habe“ und daß deshalb zu dem in Aussicht genommenen Zeitpunkte — an dessen Festlegung übrigens nicht gerüttelt wurde — Regierungsrat Brand⁷⁾ von Wahrenth als Vorsitzender der Prüfungskommission abgeordnet werden würde.

Und so geschah es auch. Erst einige Monate später, unterm 8. Juni 1847⁸⁾, erfolgte dann der längst ersehnte Erlaß, und zwar in Form eines für alle Diöcesen giltigen ministeriellen Generale, des Inhaltes, daß die auf dem Allh. R. vom 26. Nov. 1822 basierenden, in „Bamberg und anderen Diöcesen“ bis zum Jahre 1843⁹⁾ in „ununter-

⁷⁾ Später Regierungsdirektor in Augsburg und als solcher 1866 pensioniert. Brand ist in Bamberg wohl am bekanntesten durch seinen Konflikt mit der Vorstandschaft des „constitutionellen Volksvereins“ im Jahre 1848 geworden. Vgl. B.Z. 1848, Nr. Nr. 247, 275 u. a.

⁸⁾ Dieser wichtige Erlaß ist weder in die Döllinger'sche noch die R. Weber'sche Gesetzes- und Verordnungsammlung in *extenso* aufgenommen worden. Er findet sich bei Döllinger nur *en passant* — in Citation — erwähnt, und zwar in dem unten noch zu würdigenden Allh. R. vom 8. Dez. 1847, woselbst er aber als unterm 7. Juni 1847 erlassen bezeichnet wird. Döllinger 23, 125. Die in den Bamberger Ord.-Akten befindliche regierungsfertige Abschrift des Erlasses notiert in Uebereinstimmung mit Braun, 424 den 8. Juni.

⁹⁾ Diese Annahme war, soweit sie die Verhältnisse in Bamberg anlangt, insoferne eine irrthümliche, als daselbst nicht nur bis zum Jahre

brochener Uebung“ bestanden den Normen nunmehr allerorts in Wirksamkeit zu treten hätten. Darnach müsse insbesondere der zuständigen R. Kreisregierung zwecks Absendung eines den katholischen¹⁰⁾ Collegialratsmitgliedern zu entnehmenden Prüfungskommissärs von der Anberaumung eines Concurseß durch das Ordinariat jeweils Mitteilung gemacht werden. Der Commissär selbst sei betraut mit der Controle über den Nachweis des richtigen Vollzugs der den Studierenden¹¹⁾ vorgeschriebenen theologischen Studien und über die Zulänglichkeit der in den einzelnen Prüfungsfächern, namentlich im Kirchenrechte und in der Kirchengeschichte, bewiesenen Kenntnisse, damit die Prüflinge „frei von Ueberspannungen“ den Anforderungen genügten, welche man seitens des Staates an die künftigen Seelsorger¹²⁾ zu stellen berechtigt sei. In die Klassifikation der Concurrenten habe sich der Commissär nicht einzumischen, das Ermessen über die Würdigkeit der Admittenden vielmehr und deren Aufnahme in das Seminar dem Diöcesanbischöfe zu überlassen; dagegen solle er die Liste der von letzterem (provisorisch) Aufgenommenen sofort der R. Kreisregierung zur Einholung der Allerhöchsten „Bestätigung“ vorlegen und endlich über das

1843, sondern bis zum unmittelbaren Erscheinen des Allh. R. d. i. bis zum Jahre 1847 die Uebung der Leitung des Admissionsexamens durch einen landesherrlichen Vorsitzenden fortbestanden hatte, wie auch eine weiter unten noch zu würdigende Erklärung des Bamberger erzbischöflichen Ordinariats, d. d. 25. Juni 1847, ausdrücklich constatierte.

¹⁰⁾ Die Voraussetzung bezw. Beifügung dieses Attributes war neu. Bislang stand das religiöse Bekenntnis des Commissärs nie zur Sprache, wenngleich es, nachdem die Referate über die katholischen Bildungsanstalten an den Kreisregierungen principieell Katholiken übertragen wurden — s. Abschnitt III D der Abhandlung — wohl selbstverständlich dächte, daß auch der zu den Admissionsprüfungen abgeordnete Commissär katholischer Confession war.

¹¹⁾ Der Universitäten und Lyceen.

¹²⁾ Vgl. hiezu etwa auch F.R. 4 des § 27 a.

Ergebnis der Prüfung sowohl, als auch über den Grad der speciell in der bayerischen Gesetzgebung und dem Kirchenrechte zu Tage getretenen Leistungen begleitenden Bericht erstatten.

Wie man erkennt, waren die Befugnisse, wie sie dem weltlichen Vorsitzenden der Prüfungskommission durch diese generelle Allh. Entschliebung vorbehalten worden waren und wie sie demselben nachträglich noch einmal mit besonderem Instructionale seitens seiner vorgesetzten Stelle, der K. Kreisregierung, zugeschlössen wurden, gegen früher nicht unerheblich gewachsen. Während sich nämlich bislang die Thätigkeit des Kommissärs, was wenigstens die Verhältnisse in Bamberg anbelangt, auftragsgemäß und ausdrücklich auf die Controle bloßer Neußerlichkeiten erstreckt hatte, bedeutete die nunmehrige strikte Weisung der Berichterstattung über die bei der Prüfung aus gewissen Fächern angefallenen Resultate und die fast eine versteckte Drohung enthaltende Unterstellung der aus den Prüfungsergebnissen zu folgernden individuellen Auffassung und Vortragsweise der Docenten unter das kritische Urteil des Kommissärs eine so wesentliche Ausdehnung der Kompetenzen des letzteren, daß es sich in Wirklichkeit weniger um eine formale Verallgemeinerung bereits bestehender specieller Normen, als vielmehr um eine erhebliche materielle Verbreiterung und Vertiefung von solchen handelte.

Gegen diese Neuerung wie nicht minder gegen ihre Grundlage, die Institution der weltlichen Kommissäre, schien sich denn auch alsbald eine Abwehr des bayerischen Episcopats richten zu wollen, eingeleitet durch eine nunmehr seitens des erzbischöflichen Ordinariats München-Freising unterm 22. Juni 1847 gestellte neuerliche Umfrage über die in den übrigen Diöcesen des Königreichs in Sachen der Seminaradmission üblichen Gepflogenheiten und über

die Ansichten in Betreff der Zweckmäßigkeit eventueller gemeinsamer Schritte. Indessen war auch diesmal eine Einheitlichkeit nicht zu erreichen. Augsburg (dessen Bischof v. Richarz nachmalig die schon öfter erwähnte Freisinger Denkschrift der bayerischen Bischöfe vom 20. Okt. 1850 mit dem besonderen Zusatz¹³⁾ unterschrieben hatte: „für das Concordat, das ganze Concordat, nichts als das Concordat“) verhielt sich zur Zeit vollständig ablehnend. Nur der einzige Bischof von Speyer schloß sich in energischen Worten dem Vorschlage einer zielbewußten Gesamtinitiative an, wogegen die Oberhirten der Diöcesen Eichstätt und Würzburg und der Erzdiöcese Bamberg zwar ihr Einverständnis mit einer Aktion gegen den Vollzug der Allh. E. vom 8. Juni 1847 bekundeten, aber keineswegs mehr in dem vor 3 Jahren angeschlagenen scharfen Tone.

Die Antwort speciell des Bamberger erzb. Ordinariats, erfließen unterm 25. Juni 1847, ging sachlich ziemlich conform mit dessen oben bereits charakterisierten, unterm 15. Juni 1844 an das bisch. Ordinariat Würzburg gerichteten Schreiben. Nachdem sie die bereits in F.N. 9 dieses Paragraphen als irrtümlich charakterisierte Behauptung der Allh. E. des 8. Juni dahin berichtigt hatte, daß in Bamberg die Bestimmungen der Allh. B.D. vom 26. Nov. 1822 in allen ihren Teilen nicht nur bis zum Jahre 1843, sondern sogar bis zur unmittelbaren Gegenwart herauf in Kraft gewesen seien, führte sie aus, daß man sich angesichts der Erfolglosigkeit der früheren, unterm 10. Sept. 1816 und späterhin wiederholt eingereichten diesseitigen Vorstellungen zur höchsten Stelle nicht entschließen könne, in dem Streite eine führende Rolle zu übernehmen, daß man solche vielmehr der erzbischöflichen Stelle von

¹³⁾ Denkschr., 38.

München-Freising überlassen wolle. Bei dieser Willens-
kundgebung verblieb es auch, wie aus einem nachmaligen
„Conclusum“ des Bamberger Ordinariats vom 9. Juli 1847
hervorgeht, einem nunmehrigen Andrängen der Ordinarie
Eichstätt und Würzburg gegenüber, welchen diese Antwort
doch als zu wenig pointiert erschienen sein mochte, und welche
daher versucht hatten, die Bamberger Metropolitanstelle zur
Annahme einer weniger reservierten Haltung zu veranlassen.

Nachdem so der Gedanke einer Collectivvorstellung des
bayerischen Episcopats gescheitert war, sah sich der damalige
Erzbischof von München-Freising, der im § 24 des öfteren
genannte Graf v. Reischach, veranlaßt, unterm 27. Juli 18.
Jh. der A. H. Stelle eine Separateingabe zu unterbreiten
und unter Darlegung seiner Auffassung um die Aufhebung
der M. E. des 8. Juni 1847 zu bitten. Diefem Beispiele
schienen von den sieben übrigen Kirchenfürsten Bayerns nur noch
zwei gefolgt zu sein, der Bischof von Speyer, Nikolaus Weis,
und der Erzbischof von Bamberg, Bonifatius Kaspar von
Urban. Der Protest des letzteren erfolgte unterm 12.
Aug. 1847, und zwar auf Grund der Mitteilung, welche
das erzbischöfliche Ordinariat von München-Freising über
den von seinem Ordinarius unternommenen Schritt mit
Bericht vom 2. Aug. an das Bamberger Ordinariat hatte
gelangen lassen. Er zeichnet sich aus durch eine ebenso
ausführliche als sorgfältige Besprechung aller Rich-
punkte der strittigen Frage der Seminaradmission bezw.
des landesherrlichen Obergewaltrechts und stellt sich schon
durch seine feste Sprache in einen gewissen Gegensatz zu der
in der ganzen Angelegenheit schwach und schwankend her-
vorgetretenen Haltung des einheimischen Ordinariats.

Hatten es aber die drei genannten Petenten gewiß
als mißlich empfunden, daß bei der von ihnen unter-
nommenen Aktion die Mehrzahl ihrer Amtsbrüder still-

schweigend zur Seite stand, so sollten sie einen desto stärkeren Rückhalt an Rom gewinnen, das, wie es früher schon einmal in die Debatte über die vorwürfigen Gegenstände — allerdings in mehr genereller Weise — eingegriffen hatte, diesmal dem Episcopate ziemlich bestimmte Weisungen hierüber zugehen ließ. Ein Schreiben des Cardinalstaatssekretärs Ferretti vom 7. Aug. 1847, dem Erzbischof von Bamberg übermittelt mit Zuschrift der Münchener Nuntiatur vom 21. Aug. js 38., forderte nämlich in Sachen der Aufnahmeprüfungen in die Klerikalseminarien die bayerischen Bischöfe auf, mit aller Entschiedenheit den Eingriffen des Staates in die Freiheit der Kirche zu begegnen und diese Prüfungen eventuell zunächst bis zum November auszusetzen.

Dieser zweiten Vorschrift kam man in Bamberg, nachdem die erste durch die oben erwähnte Immediatvorstellung des Erzbischofs vom 12. Aug. bereits erledigt schien, in der That unverzüglich nach, indem man den Termin des 20. Okt. 1847, auf welchen die Admissionsexamina bereits angesetzt worden waren, annullierte. Als freilich das zweite Drittel des November herangerückt war, ohne daß eine Verbescheidung der Eingaben der drei interessierten Bischöfe in näherer Aussicht stand, wandte sich das Bamberger Ordinariat, voll Sorge über den gerade wieder zu jener Zeit im Erzbistum herrschenden Seelsorgermangel, unterm 11. Nov. 1847 an das erzbischöfliche Ordinariat München-Freising um Information, ob es nicht doch tunlich erschiene, einen Seminaradmissionconcurs, wenn auch in Incongruenz mit den curialerseits gegebenen Direktiven, abzuhalten. Die Antwort, vom 24. Nov. datiert, lautete dahin, daß man in München in der Zwischenzeit eine weitere Weisung aus Rom nicht erhalten und daher im Sinne der früheren beschlossen habe, die Abmittenden ohne jede Prüfung in das Seminar aufzunehmen und die Liste der Aufgenommenen dem R.

Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten einfach „vorzulegen“¹⁴⁾.

Während man nun in Bamberg noch unschlüssig erwog, ob man diesem Beispiele folgen solle oder nicht, erfolgte unterm 8. Dez. 1847 mit Allh. E. die förmliche Zurücknahme des ministeriellen R. vom 8. Juni des gl. Jrs., soweit sie sich auf die Absendung der weltlichen Prüfungskommissäre bezogen hatte, indem diese Absendung „vorbehaltlich der Allh. Kronrechte“ für so lange sistierend erklärt wurde, als es „nicht anders verfügt“ werden würde, und zwar gleichheitlich für alle Diöcesen des Königreichs.

Dagegen ließ die Allh. E. über die Auffassung der landesherrlichen Bestätigung der Seminarannahme, welche Frage gleichfalls im Vordergrund der Diskussion stand, nichts verlauten. Auch die fast 2 Jahre später erschienene allbekannte M. E. des 13. Nov. 1849 über das Studium der allgemeinen Wissenschaften an den Lyceen sprach sich nur über die Bedingungen der Zulassung zur *admissio ad seminarium* aus und nicht über die Abhängigkeit oder Unabhängigkeit der von dem Diöcesanbischöfe vollzogenen Aufnahme neuer Alumnen von der Allh. Genehmigung. So kam es denn aber auch, daß gerade diese Angelegenheit zu einem der Brennpunkte werden mußte in den durch die späteren beiden Denkschriften der bayerischen Bischöfe vom 20. Okt. 1850 und vom 28. April 1852 veranlaßten kirchenpolitischen Controversen, wie sie im nachfolgenden Paragraphen zur Sprache gebracht werden sollen.

Auch noch einige andere auf die Seminaradmission bezüglichen Fragen hatte die schließliche Zuspitzung des ganzen Problems auf den principiellen Kampf um die Entsendung

¹⁴⁾ Zur Weiterbehandlung in Sachen des Titels nämlich. Diese blinde Handhabung scheint auch schon früher häufig angewandt worden zu sein. S. das Recht der Kirche, 291, auch § 38 f.

eines staatlichen Kommissärs völlig in den Hintergrund treten lassen: nämlich die Fragen des Prüfungsrechtes bzw. der Prüfungspflicht und des Prüfungsmodus. In allen diesen Dingen befolgte man daher in Bamberg im wesentlichen noch die Observanz, wie sie vor reichlich 4 Decennien bereits begründet worden war und wie sie durch die R. V.D. vom 26. Nov. 1822 und die M.E. vom 26. Juli 1824¹⁵⁾ weitere stabile Stützen erlangt hatte.

Bei dem kurz vorher bereits berührten Mangel an Seelsorgern überhaupt, wie an theologis absolutis insbesondere waren es fast ausschließlich Angehörige des III. und II. theologischen Kurses, welche um die Seminar Aufnahme concurrirten. Das Examen zerfiel noch immer in einen schriftlichen und einen mündlichen Teil, umfaßte aber eine kleinere Anzahl der Lehrfächer wie ehemals, nämlich nur Dogmatik, Moral, Kirchengeschichte, Kirchenrecht und Exegese. Es wurde in dem rubricierten Quinquennium nur dreimal abgehalten, und zwar im Jahre 1845 ausnahmsweise — unzweifelhaft veranlaßt durch die in jenem Jahre im Metropolitankapitel und hiedurch in der erzbischöflichen Prüfungskommission verursachten Verschiebungen — während des Sommersemesters, in den Jahren 1847 und 1848 wie von jeher üblich während des Winterhalbjahres. Die genannte Kommission setzte sich zusammen aus dem Domdekan Dr. Brenner als Vorsitzendem, dem Generalvikar Deinlein, dem Regens des Priesterseminars Dr. Schmitt und dem Domkapitular und früheren Regens Ed. Als weltliche Kommissäre und Leiter des Prüfungsgeschäftes figurirten successive die Schulreferenten der R. Regierung, Regierungsrat Brand¹⁶⁾ und Regierungsassessor Pfeufer¹⁷⁾ von Bay-

¹⁵⁾ Vgl. hierüber besonders die §§ 37 c, 38 e und f.

¹⁶⁾ S. oben S. 7.

¹⁷⁾ Benno Heinrich Pfeufer, später R. bayer. Staatsrat im a.

reuth. Die bereits seit dem Jahre 1822 inaugurierte und besonders während der 30-er Jahre förmlich festhaft gewordene Gepflogenheit einer strengeren Censurierung von Prüfungsarbeiten war auch für die hier einschlägigen Concursexamina beibehalten worden. Sie hatten zur Wirkung, daß nicht zureichend qualifizierte Prüflinge entweder bis zum erfolgreichen Bestehen des nächstfolgenden Concursexamens oder einer einige Monate später anberaumten Separatprüfung von der Schwelle des Seminars zurückgewiesen oder aber in das Seminar nur bedingungsweise und mit der Auflage aufgenommen wurden, sich nach Umfluß einiger Wochen durch günstige Zeugnisse der Seminarregentie und des Dycealrektorats als der definitiven Aufnahme würdig zu legitimieren.

e. Von der provisorischen bis zur definitiven Auflassung der staatlichen Controle, 1849 bis 1854.

Raum hatte die vorher genannte M.E. des 13. Nov. 1849 den bayerischen Bischöfen nunmehr in officiellster Weise die Befugnis anheimgegeben, von den Aspiranten der Theologie vor ihrem Eintritte in das Priesterseminar Prüfungen über die philosophischen Studien zu verlangen, als man in Bamberg auch sofort begann, die Admissionsbedingungen in neuer Weise zu regeln. Das Resultat der ersten Erwägungen kann in einem Ordinariatsverlaß vom 21. März 1850¹⁾ gefunden werden, dessen Hauptzüge bis auf den heutigen Tag in Geltung verblieben, indem sie allen späteren ergänzenden oder abändernden Bestimmungen die Stütze boten.

Durch ihn wurde zum ersten Male seit fast 50 Jahren eine schärfere Unterscheidung der beiden Begriffe der *admissio*

o. Dienste, als solcher gestorben am 10. Febr. 1871. S. v. Marschall, 12.

¹⁾ S. auch die §§ 15 und 33 b.

ad seminarium und der *admissio ad clericatum*²⁾ vorgenommen und das Maß der Bedingungen für die Gewährung der ersteren in nachfolgenden Anordnungen niedergelegt:

1. Jeder Admittend sollte sich über die Frequentierung von 8 ordentlichen philosophischen Collegien³⁾ ausweisen können, nämlich von a. Logik und Metaphysik nebst Geschichte der Philosophie und Psychologie; b. Klassische Literatur der Griechen und Römer, verbunden mit griechischer und römischer Altertumskunde; c. Allgemeine Geschichte; d. Physik; e. Chemie; f. Mathematisch-physikalische Geographie; g. Naturgeschichte; h. Mathematik⁴⁾. — Aus diesen

²⁾ Cf. außer der F.N. 9 des § 15 und dem ihr unterliegenden Texte, sowie die §§ 31, 34 und 37b bis d einschließlich der F.N. 2 des vorhergehenden Paragraphen auch die verschiedenen Abtheilungen des § 38.

³⁾ Diese Zahl dürfte in den fraglichen Erlaß kaum absichtslos, sondern vielmehr in bewußter Weise congruent mit der in der M.E. vom 13. Nov. 1849 genannten 8-Zahl, an deren Frequenz der Uebertritt in die theologische Theol.-Section geknüpft wurde, eingestellt worden sein, um für die Seminaradmittenden zugleich auch den glatten Vollzug der *admissio ad theologiam* — v. § 32 — sicher zu stellen. In der That gab, wie am Schlusse des eben genannten Paragraphen angedeutet wurde und im § 37f noch näher besprochen werden wird, auch nur ein einziges Mal ein concreter Fall der veräumten Uebereinstimmung Anlaß zu einer Differenz. Wohl aber war anderwärts, so z. B. in der Erzbischöfliche München-Freising — laut eines unten noch zu erörternden Entwurfes einer Immediateingabe des dortigen Erzbischofs Grafen v. Reissach d. d. 10. Febr. 1852 — die Identität der 8-Zahl der philosophischen Collegien eine rein zufällige.

⁴⁾ Das vorwürfliche Repertoire stimmt im wesentlichen mit jenem überein, welches die ministerielle U. des 13. Nov. 1849 in ihrem Artikel IV aufgestellt hatte, ohne daß sie indessen mit dieser Aufstellung einen Zwang ausüben wollte. Vielmehr blieb, wie schon zum Schlusse des § 17 hervorgehoben worden war, von nun ab die Detaillierung der von den Theologiecandidaten und -aspiranten verlangten philosophischen Fächer der bischöflichen Kompetenz vorbehalten.

Disciplinen sollten am Ende eines jeden Jahres oder auch Semesters Prüfungen abgenommen und deren Ergebnisse in einer Klassifikationstabelle registriert werden, enthaltend die Angabe der Note der wissenschaftlichen Befähigung in den Einzelfächern und die Nummer des hieraus resultierenden Fortgangsplazes. — 3. Nur das „mit gutem Erfolge“ prädicirte Prüfungsergebnis gab Anwartschaft auf den Seminareintritt. Und zwar sollte der letztere nach Maßgabe der frei werdenden Plätze in der Reihe der Ordnungszahlen der erlangten Fortgangsplätze vor sich gehen — nur dem primus war als designiertem Baunach'schen Stipendiaten⁵⁾ unter allen Umständen das Recht vorbehalten worden, sogleich eintreten zu dürfen. — 4. Bei verzögerter Aufnahme sollten die inzwischen zur Theologie übergetretenen Candidaten⁶⁾ sich analogen Prüfungen auch aus den theologischen Fächern unterziehen, die angefallenen Noten aber mit den aus der philosophischen Prüfung erworbenen nach dem arithmetischen Mittel zu einer Gesamtqualifikation verschmolzen werden. — 5. Wer sich in einzelnen Prüfungsdoctrinen keine hinreichende Note gesichert hatte, war zur Nachprüfung aus denselben dem im nächsten Jahre bezw. nächsten Semester stattfindenden Examen zu überantworten. Fielen auch diesmal die Ergebnisse ungünstig aus, so war der Candidat von der Schwelle des Seminars zurückzuweisen.

Wesentlicher aber noch als durch die präcise Formulierungen dieser 5 Punkte unterschied sich die jetzige Ordnung von den bislang gültig gewesenen Bestimmungen durch die Umstände, daß die Controle der Prüfungen durch einen weltlichen Commissär sichtlich und die Bestätigung

⁵⁾ Ueber das Baunach'sche Stipendium s. J.N. J.N. 16 und 21 des § 37b, sowie auch § 38e.

⁶⁾ Ueber die hierin liegende Voraussetzung der bereits vollzogenen Admission zur Theologie und diese selbst v. § 32.

der Seminaraufnahme durch S. Maj. d. K. anscheinend weggefallen war, während man die früher jeweils *ad hoc* niedergesetzte besondere erzb. Prüfungskommission nunmehr durch ein neues, ständiges Gremium von Examinatoren ersetzt hatte, nämlich durch je den Lehrkörper der philosophischen und theologischen Section des Lyceums, und zwar unter dem Vorstehe eines erzbischöflichen Kommissärs. Als solcher wurde zunächst mit eben dem in Rede stehenden Erlasse des 21. März 1850 der damalige Lycealrektor Dr. Gengler berufen, so daß derselbe, der als Domdechant weiterhin zugleich dem geistlichen Ratscollegium angehörte, von da ab die zwei Funktionen eines Vorstandes der Königlichen Lehranstalt und der archiepiscopalen Admissionskommission in sich vereinigte. Analog nahmen auch die K. Lycealprofessoren als Angehörige dieser Kommission fortan eine Doppelstellung ein, und zwar in vollem Einklange mit dem Abschnitte VII Ziffer 2 der M. E. vom 13. Nov. 1849, wonach sie einem an sie ergangenen Rufe auf unentgeltliche Vornahme der Admissionsprüfungen jederzeit Folge zu leisten hätten.

Auch in dem Prüfungsmodus kam die so geschaffene Union zum sprechendsten Ausdrucke, indem an Stelle der seitherigen besonderen Prüfungen *pro admissione* nunmehr officiell die lycealen Final- bezw. Semestral-Prüfungen gesetzt wurden, während die letzteren als staatliche Prüfungen ehemals der oberhirtlichen Stelle nur den äußeren Beweis zu liefern hatten des Fleißes, des wissenschaftlichen Fortgangs und der Befähigung der Admittenden während ihres Aufenthaltes am Lyceum.

Das ganze umfangreiche Schriftstück des erzb. Ordinariats wurde von demselben der K. Regierung „zur Kenntnissnahme“ vorgelegt, von dieser dem K. Staatsministerium d. I. f. K. u. Sch. A. unterbreitet und nochmals unterm 22. Apr. 1850 an das K. Lyceumsrektorat mit dem Be-

merken herabgegeben, daß es unterm 12. April js. Js. die „Allerhöchste Genehmigung“ erhalten habe.

Die Verschiedenheit dieser beiden in Anführungszeichen gestellten Begriffe bargen natürlich schon wieder einen Keim kirchenpolitischen Zwistes in sich. Doch brachte man denselben seitens der Bamberger Hierarchie vorerst nicht zur Entfaltung. Im Gegenteil, man registrierte die Allerhöchste „Bestätigung“ als Thatsache, um sich späterhin sogar mit einer gewissen Genugthuung auf die durch sie bewirkte „Gesetzmäßigkeit“ der erzbischöflichen Prüfungsanordnungen zu berufen. Dagegen ergänzte man die neuen Admissionsbestimmungen noch durch die vorläufige Ankündigung eines strengeren *tentamen morum*, wie es denn auch laut eines an das R. Lycealrektorat gerichteten Schreibens des erzb. Ordinariats d. d. 20. März 1851 vom Sommersemester 1851 an perfekt wurde.

Hatte man es sonach seitens der Bamberger Hierarchie wie früher schon, so auch diesmal wiederum vermieden, in eine Geleise einzulenken, auf dem man eines Zusammenstoßes mit Sicherheit gewärtig sein mußte, so drängten andererseits die seit fast 50 Jahren im Königreiche in den verschiedensten kirchenstaatsrechtlichen Fragen und nicht zum wenigsten in Sachen der klerikalen Bildung und Erziehung auf einander getürmten und in einander verflochtenen Hemmnisse mit Nothwendigkeit zu einer Entwirrung und Lösung. Den ersten Anstoß hiezu hatte bereits der in der Zeit vom 23. Okt. bis 16. Nov. 1848 in Würzburg⁷⁾ versammelt gewesene deutsche Gesamtepiscopat gegeben, indem er in Betreff der beiden letzteren Elemente für die Bischöfe „die unbeschränkte Freiheit der Lehre und des Unterrichts, sowie die Errichtung und Leitung eigener Erziehungs- und Unterrichtsanstalten im weitesten

⁷⁾ Vgl. F.M. 4 des § 11.

Sinne“, ferner bezüglich der Seminarien das Recht begehrte, solche „frei und ungehindert zu errichten, die bestehenden zu leiten, das Vermögen derselben zu verwalten und die Vorstände, Lehrer und Zöglinge derselben zu ernennen, aufzunehmen und zu entlassen“.

Als einzige, wenn auch nur indirekte Antwort des bayerischen Staates auf diese Forderungen, welche den einzelnen Regierungen in Form besonderer Vorlagen noch eigens mitgeteilt worden waren, kann eben die schon oft genannte M.E. des 13. Nov. 1849 angesehen werden, welche den Bischöfen des Königreichs die Frage der eventuellen Abhaltung von Seminaradmissionsprüfungen zur freien Regelung anheimgegeben hatte. Diese Antwort mußte freilich, vom Standpunkte der bayerischen Bischöfe aus betrachtet, völlig unzureichend erscheinen, insoferne sie nur einen einzigen der vorgebrachten Wünsche beachtet, alle übrigen aber förmlich übergangen hatte. Und so kam es denn, nachdem sich inzwischen auf fast allen strittigen Gebieten die Konfliktmomente noch erheblich vermehrt hatten, in den Tagen des 1. bis 20. Okt. 1850 zu der Versammlung der bayerischen Erzbischöfe und Bischöfe in Freising und der bekannten, in den §§ 15, 20 und 24 dieser Abhandlung wiederholt erwähnten „Denkschrift“ des 20. Okt., von deren Erscheinen ab eine neue kirchengeschichtliche Epoche unseres engeren Vaterlandes datiert zu werden pflegt.

Im großen und ganzen auf dem Boden der vorausgegangenen Würzburger Beschlüsse stehend brachte dieses ziemlich umfangreiche Schriftstück die besonderen Wünsche des bayerischen Episcopats auf dem hier in Rede stehenden engeren Gebiete doch viel detaillierter und bestimmter zum Ausdruck. Es wurde bekanntlich eines sofortigen Entscheides nicht gewürdigt und daher unterm 20. Febr. 1852 in neuer Vorstellung zu Sr. Maj. dem Könige wieder-

holt^{*)}. Doch können einzelne der in damaliger Zeit erflossenen Allerhöchsten und höchsten Entschlüssen in zwangloser Deutung als Teilantworten auf die verschiedenen in der Denkschrift vorgebrachten Beschwerden und Forderungen angesehen werden, so insbesondere eine das Fachstudium der Theologie und die Seminaradmission betreffende M.E. vom 9. Dez. 1851.

Dieser völlig unvermutet gekommene Akt nahm zum Ausgangspunkte den § 23 der D.S. für die Universitäten vom 1. Okt. 1849, welcher den Aspiranten auf ein öffentliches Amt die Frequentierung von 8 ordentlichen philosophischen Collegien vorgeschrieben hatte, um die gleiche Auflage auch allen jenen Theologiecandidaten zu machen, welche nach 2- oder mehrjährigem Studium in ein Klerikalseminar einzutreten beabsichtigten. Ja, es wurde die landesherrliche Bestätigung der vom Diöcesanbischöfe — der staatlichen Auffassung nach also nur „provisorisch“ — verfügten Aufnahme geradezu an die Erfüllung dieser Voraussetzung geknüpft. Candidaten, welche bischöflicherseits bereits nach 1-jährigem akademischen Studium in das Internat aufgenommen wurden, waren zur späteren Erbringung dieser Zeugnisse angehalten, indem ihre — provisorische — Aufnahme nur als eine „bedingte“ angesehen werden sollte. Und selbst die letztere blieb an den Vorbehalt der vorherigen Einholung der Genehmigung durch die R. Kreisregierung gebunden. Mit diesen Bestimmungen stellte aber die M.E. des 9. Dez. 1851 — welche an alle erzbischöflichen und bischöflichen Ordinariate, sowie an die Rektorate der Universitäten und Gymnasien adressiert und dem Bamberger Gymnasiumsrektorat mit Reg.E. vom 13. Dez. ejd. a. „zur strengsten Darnachachtung“ mitgeteilt worden war die — weitere Gültigkeit der den Bischöfen in Sachen der Seminaufnahme gewährten Freiheit und damit eines Teiles der M.E. des 13. Nov. 1849, ja sogar des auf den Zeitpunkt der

*) Brüd III, 87. S. auch § 20.

Aufnahme gerichteten Passus der M.E. des 26. Juli 1824⁹⁾ vollständig in Frage. Um ihr bezüglich des ersteren Punktes staatsrechtlich eine auch nur formale Bedeutung zuzumessen, wird man daher wohl annehmen müssen, daß man in der neuerlichen Nichterwähnung der Notwendigkeit der landesherrlichen Genehmigung für die von den Bischöfen vollzogene Wahl von Seminaradmittenden staatslicherseits eine bloße Nichtbetonung erkennen wollte eines noch immer geltigen Hoheitsrechtes — wogegen dann freilich die kirchlichen Stellen in jener Außerachtlassung einen förmlichen Verzicht erblickt hatten auf die Weiterführung eben dieses bisher bestandenem *jus supremæ inspectionis*.

Die ministerielle E. des 9. Dez. 1851 stieß denn auch alsbald in den beteiligten Kreisen auf Widerstand. Eine Rundgebung des erzbischöflichen Ordinariats München-Freising, gerichtet an die übrigen oberhirtlichen Stellen in Bayern, bezeichnete ihn als einen neuen Eingriff in die den Bischöfen hinsichtlich der Seminarerziehung generell durch das Concordat und speziell durch die jüngste M.E. des 13. Nov. 1849 zugestandenen Rechte: zum mindesten sei diese Angelegenheit eine „gemischte Sache“¹⁰⁾ im Sinne des § 76 der Beilage II zur Verfassungsurkunde und als solche nicht einer einseitigen Regelung durch die Staatsregierung überlassen, sondern einer gemeinsamen Besprechung resp. Vereinbarung zwischen den geistlichen und weltlichen Behörden vorbehalten. Mit dieser Darlegung verband sich gleichzeitig eine Umfrage an die Ordinariate über ihre Meinung in Betreff der Zweckmäßigkeit einer gemeinsam zu veranstaltenden Vorststellung.

⁹⁾ Cf. § 14 F.N. 6, § 370 und die §§ 380 und f.

¹⁰⁾ Der Verf. sieht in dieser Definition einen Widerspruch mit der sonst nachdrücklichst verfolgten strengeren Ansicht der Hierarchie, nach welcher die fragliche Angelegenheit der *admissio ad seminarium* eben keine gemischte, sondern eine „reine geistliche“ war.

In seiner Antwort vom 30. Dez. 1851 benachrichtigte das Bamberger Ordinariat die veranlassende Stelle, daß es seinerseits die M.E. vom 9. Dez. als bloße Notiz „ad acta“ gelegt habe, da sie die in der Bamberger Erzbischofskirche bestehenden „gesetzlichen Bestimmungen“ in Bezug auf die Aufnahme von Seminaraspiranten nicht berühre. Diese Bestimmungen seien aufgebaut auf die M.E. vom 13. Nov. 1849 und den schon öfter erwähnten erzbischöflichen Erlaß vom 21. März 1850, welcher unterm 12. April d. nämli. Jz. auch die ministerielle „Genehmigung“ erlangt habe.

Diese Motivierung dürfte freilich, vom bisherigen Standpunkt der strengen kirchenrechtlichen Auffassung aus betrachtet, eine sehr eigentümliche genannt werden. Abgesehen von der in ihr enthaltenen Regierung oder Außerachtlassung des allgemeinen Rechtsgrundsatzes, daß sehr wohl eine spätere Entschliezung einer administrativen Behörde einen früheren Erlaß der nämlichen Behörde außer Wirksamkeit zu setzen oder zu modificieren geeignet erscheint, bedeutete die Auslassung des Ordinariats einen stark contrastierenden Epilog sowohl zu den in den vorhergehenden Abschnitten beschriebenen mehr oder minder energischen Versuchen der Bamberger Hierarchie um die unentwegte Durchführung der Art. V, XIIb und XVII des Concordats, als auch ganz besonders zu der weiter oben gewürdigten Freisinger Denkschrift des bayerischen Gesamtepiscopats. Denn wenn die zuständige geistliche Behörde in Bamberg selbst die Einholung der ministeriellen „Genehmigung“ für etwas gewissermaßen Selbstverständliches hielt und auf die „Gesetzmäßigkeit“ der darauf gegründeten Bestimmungen — und wenn auch im vorliegenden Falle nur als „Mittel zum Zwecke“ — pochte, so war eben hiermit schon die strikte Meinung von der unbeschränkten Giltigkeit der bischöflichen Wahl in Sachen der klerikalen Erziehung im Sinne des

Tribentinums freiwillig aufgelassen worden. Und doch hätte eine andere, den principiellen Standpunkt gar nicht berührende Motivierung — nämlich die Berufung auf die faktisch vorhandene, in § N. 3 dieses Paragraphen besonders hervorgehobene Identität der staatlichen Forderung der Philosophica mit der für die Seminaradmission in Bamberg durch den erzb. Erlaß des 21. März 1850 inscenierten — weit näher gelegen!

In München stand man denn auch, nachdem noch 2 weitere Ordinariate, teils aus principiellen Gründen, teils in Ansehung besonderer lokaler Verhältnisse für eine gemeinsame Aktion nicht zu haben waren, sofort von dem Gedanken an eine solche ab und berichtete in diesem Sinne nach Bamberg mit Anschreiben vom 10. Febr. 1852 in ganz kurzer Weise. Wohl aber unternahm es der Erzbischof von München-Freising, Graf von Reischach, persönlich in einer an S. Maj. den König unmittelbar adressierten Vorstellung vom gleichen Datum des 10. Febr. 1852, seine Gründe gegen die Berechtigung der citierten E. des Ministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 9. Dez. 1851 geltend zu machen¹¹⁾.

Die in früheren Abschnitten bereits erwähnte M.E. vom 8. April 1852, welche, in Ausführung eines Allh. Erlasses vom 30. März des gl. Jz. erlossen, die Antwort der R. Staatsregierung auf die Freisinger Denkschrift des 20. Okt. 1850 darstellte, verbeschied in 27 Artikeln die in der letzteren vorgebrachten bischöflichen Beschwerden und

¹¹⁾ Eine Abschrift dieses Memorandums war dem genannten Berichte des erzbischöflichen Ordinariats München-Freising beigelegt worden — Das Mittel einer separaten Vorstellung wurde von dem Erzbischof, der in den damaligen kirchenpolitischen Kämpfen in Deutschland vielfach, in jenen in Bayern zumeist die führende Rolle spielte, öfter und mit unzweifelhaftem Erfolge angewandt. S. u. a. etwa Brüd III, 84, 365, 447.

Wünsche bekanntlich nur teilweise, wenngleich zumeist in zustimmendem Sinne, während sie andere Forderungen des bischöflichen Memorandums mit Stillschweigen überging. Unter den günstig verbeschiedenen Punkten befand sich auch jener, welcher auf die Seminaradmission Bezug hatte, indem die ministerielle E. in ihrem Artikel 15 kurz und bündig erklärte, daß „die Aufnahme in den geistlichen Stand, respective in das Klerikalseminar dem freien Ermessen der Bischöfe überlassen“ bleibe, und nur die Erholung des Tischtitels der Ordinanden an die Erfüllung einer, allerdings mehr formalen, Bedingung knüpfte.

Trotzdem die Fassung in der jetzigen Form bezüglich der Anerkennung der episcopalen Jurisdiktion in Sachen der Seminar Aufnahme eine jede Zwei- oder Mehrdeutigkeit auszuschließen scheint, so hatte sie, wie eine im folgenden Abschnitte 37f noch zu besprechende Äußerung des Bamberger Erzbischofs von Deinlein feststellte, in Bamberg dennoch „mehrfache Deutungen“ erfahren. Abgesehen von der bereits im § 15 besprochenen Thatsache, daß man es seitens der maßgebenden oberhirtlichen Stelle versäumte, im Anschlusse an eben die M.E. vom 8. April die Semestral- und Finalprüfungen der Candidaten der Theologie mit dem deutlichen Siegel der Hierarchie zu versehen, so daß sie bis zum Jahre 1891 unentwegt als Prüfungen staatlicher Observanz weitergeführt wurden — war man auch in der nächsten Folge keineswegs davon abgekommen, sowohl für die auf den vorstehend citierten Artikel 15 neu aufgebauten Admissionsbestimmungen, als auch für die bischöflicherseits bethätigte Aufnahme der Admittenden ausdrücklich die ministerielle „Genehmigung“ einzuholen¹²⁾.

¹²⁾ Entschieden hat zur Fortführung dieser keineswegs mehr notwendigen Gepflogenheiten auch das Wörtchen „respective“ beigetragen, wie es in dem unmittelbar vorher im Texte angeführten

Die wesentlichsten dieser Bestimmungen waren niedergelegt worden in einem neuen Erlasse des erzbischöflichen Ordinariats vom 29. Sept. 1853, welcher als Nachtrag zu der Studien- und Admissionsordnung vom 21. März 1850 einzelne in dem letzteren noch nicht berührte oder offen gelassene Fragen zu regeln die besondere Aufgabe hatte. So wurde zunächst, und zwar im Anknüpfen an das ehemalige, in den §§ 37b und c beschriebene *examen morum*, die Einrichtung getroffen, daß alle Candidaten, welche Theologie zu studieren bezw. in das Seminar einzutreten beabsichtigten, sich schon *ab ovo*, schon bei ihrem Eintritte in das Lyceum, der Controle eines erzbischöflichen Kommissärs zu unterwerfen hätten, als welcher wiederum Domdechant und Lycealrektor Dr. Gengler ernannt wurde. Andernfalls sollten sie um so viel später in das Seminar aufgenommen werden, als sie die zu ihrer moralischen Qualifikation wichtige Anmeldung unterlassen hätten. Analog sollte die Unterlassung der Frequenz der 8 in dem erzbischöflichen Erlasse vom 21. März 1850 genannten philosophischen Vorlesungen oder der Prüfungen hieraus einen dementsprechenden Aufschub zur Folge haben, bis die fehlenden Collegien nachgehört und die Examina daraus abgelegt worden wären. Statt der die Admissionsprüfung darstellenden Semestral- oder Jahresprüfungen wurden nunmehr die Prüfungen nach jedem Semester als die normalen eingeführt. Die von einer frem-

Artikel 15 der M.E. vom 8. April 1852 (Döllinger 23, 91) verwendet worden war, insofern als ihm neben der Bedeutung eines „sowohl — als auch“ nicht minder auch diejenige eines „das heißt“ innewohnen konnte, wodurch die schon fast legal gewordene Identität der beiden Begriffe „Aufnahme in den geistlichen Stand“ und „Aufnahme in das Seminar“ eine neue offizielle Stütze erhalten hätte. Ueber den Gebrauch der Synonymität dieser letzteren Begriffe vgl. etwa die Citationen in F.N. 2 dieser Paragraphen, über die weitere Analyse der Bedeutung des „respective“ auch den nachfolgenden Abschnitt 37 f.

den Hochschule, Lyceum oder Universität, zur Aufnahme in das Bamberger Alumnat inklinierenden Studierenden sollten nachträglich aus allen jenen in der Grundbestimmung des 21. März 1850 genannten philosophischen Disciplinen geprüft werden, aus welchen sie ein Examen noch nicht abgelegt oder ein solches nicht bestanden hätten. Ihr Eintritt sollte dabei nach Maßgabe des hiedurch modifizierten Gesamtfortgangsplazes in der Reihenfolge geschehen, in welcher sie mit den übrigen Candidaten zusammen in der Klassifikationstabelle erschienen; allen aber ohne Ausnahme wurde als Bedingung der wirklichen Aufnahme vorgeschrieben, sich mindestens noch 1 Semester am Lyceum zu immatrikulieren und zu inscribieren, um während desselben auf ihre sittlichen Eigenschaften hin qualifiziert zu werden.

Diese ergänzenden Bestimmungen wurden vom erzb. Ordinariate seinerzeit der K. Kreisregierung vorgelegt, von dieser, wie es bereits im Jahre 1850 mit der früheren Studien- und Prüfungsordnung geschehen war, an die höchste Stelle weitergegeben und von letzterer — laut Mitteilung der Zwischenbehörde an das K. Rektorat vom 14. Dez. 1853 — unterm 10. des gl. Monats und Jahres „genehmigt“. Ob dieser ministerielle Akt durch die erzbischöfliche Behörde provociert bezw. ob die Vorlage an die staatlichen Stellen behufs „Bestätigung“ oder aber wieder nur „zur Kenntnissnahme“ bethätigt worden war, läßt sich aktenmäßig nicht genau eruieren. Das Erstere ist das Wahrscheinlichere. Denn nicht nur, daß man *re poracta* die besprochene „Genehmigung“ auch jetzt wieder öffentlich als eine solche deutete¹²⁾ — es

¹²⁾ S. Schem. 1854, 118. Der Verf. ist sich wohl bewußt, daß er einen Dilettantismus nicht als eine Quelle kanonischen Rechtes, ja kaum als ein aktenmäßiges Beweisstück für die Existenz einer bestimmten Auffassung der kirchlichen Oberbehörde citieren kann. Immerhin dürfte der zweimalige Gebrauch des Wortes „Genehmigung“ in den Schematismen von 1852 und 1854 kaum auf ein Versehen etwa

dürfte auch aus den im Folgenden zu besprechenden Reflexionen des Erzbischofs v. Deinlein unzweifelhaft hervorgehen, daß man dieselbe von vorneherein als rechtserforderlich angesehen habe: ja darüber hinaus sogar die „Allerhöchste Bestätigung“ der Seminar Aufnahme selbst, obgleich der oben öfter genannte Art. 15 der ministeriellen E. des 8. April 1852 den Bischöfen doch zweifellos diese Aufnahme in förmlichster Weise frei überlassen hatte.

f. Von der definitiven Auflassung der staatlichen Controle bis zur ersten Ausgabe einheitlicher Thecafassungen, 1854 bis 1891.

Die im vorhergehenden Abschnitte charakterisierte Freisinger Denkschrift vom 20. Okt. 1850 war, wie gesagt, durch die M. E. des 8. April 1852 nur in einzelnen Punkten und in diesen nur teilweise in einem den Wünschen des Episcopates günstigen Sinne beantwortet worden. Die Erzbischöfe und Bischöfe des Königreichs sahen sich daher verlaßt, gegen diesen Bescheid mit je einer Eingabe an S. Maj. den König vom 28. April 1852¹⁾ und einer Darstellung zum K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 15. Mai 1853¹⁾ Stellung zu nehmen. Die auf diese Replikten erschienene M. E. vom 9. Okt. 1854²⁾ glitt jedoch über die meisten der neuerdings vorgebrachten Gründe und Beschwerden wiederum glatt hinweg und ließ sich nur über einige, mehr untergeordnete Einzelheiten modificierend oder ergänzend aus — auf dem Gebiete der

eines untergeordneten Redaktionsorgans zurückzuführen sein, am wenigsten in einer Zeit des kirchenpolitischen Kampfes, in welcher man jedes Wort gemessen auf die Wage zu legen pflegte.

¹⁾ S. v. Seydel III, 448; Brüd III, 89 und 90, sowie auch die §§ 20 und 24 dieser Abhandlung.

²⁾ Abgedruckt bei R. Weber IV, 654. Vgl. auch die §§ 15, 20, 24 und 38 f dieser Abhandlung.

Bildung und Erziehung der katholischen Geistlichkeit einzig und allein über eine die Tischtitelverleihung betreffende hoheitsrechtliche Frage^{*)}. Daher blieb die durch die vorher besprochenen Dekrete des Erzbischofs vom Urban vom 21. März 1850 und vom 29. Sept. 1853 in Bamberg völlig neu geschaffene Lösung des Problems der Seminaradmission auf längere Zeit hinaus eine fundamentale und abschließende zugleich. Insbesondere können diese beiden Prädikate der zweitgenannten Verfügung beigelegt werden, insoferne sie eben die erste und zunächst einzige auf der grundlegenden M.E. vom 8. April 1852 fußende oberhirtliche Kundgebung darstellte.

Trotz der Eindeutigkeit aber der in den beiden erzbischöflichen Erlassen niedergelegten Postulate und trotz der durch die M.E. des 8. April 1852 und des 9. Okt. 1854 garantierten Stabilität derselben schien man sich in Bamberg, keineswegs rasch und sicher in die neue Situation eingelebt zu haben; so daß sich der nachfolgende Erzbischof v. Deinlein in einem unter dem 12. Mai 1862 an das Lycealrektorat adressierten, energisch gehaltenen Schreiben zu einer neuen Verordnung genötigt sah, welche ebensowohl als eine Auslegungsregel jener Erlasse, wie nicht minder als eine Erweiterung derselben angesehen werden kann.

In diesem handschriftlichen Aktenstücke beanstandete der Erzbischof, daß trotz der klaren oberhirtlichen Willenskundgebungen des 21. März 1850 und 29. Sept. 1853 sich noch immer „verschiedene Deutungen“ derselben geltend machten. Worin diese Deutungen bestanden, wird dabei zwar nicht ausdrücklich gesagt — aus dem Ziele aber, wie auch aus dem späteren Vollzuge der Bestimmungen des Manuscripts kann man unschwer folgern, daß sie sowohl auf der formalen Vornahme des Prüfungsgeschäftes

*) S. hierüber § 38 f.

als auch auf der principiellen Auffassung der beiden höchsten E. vom 13. Nov. 1849 und vom 8. April 1852 gegründet haben mußten.

Zunächst sollten die Lycealprofessoren der philosophischen Section, welche dem vorhergehenden Paragraphen zufolge als erzbischöfliche Examinatoren fungierten, die oberhirtlichen Anordnungen des 21. März 1850 und 29. Sept. 1853 „unrichtig aufgefaßt“ und — so muß man wohl aus den Folgerungen, welche diese Kritik zeitigte, schließen — sowohl gegen den *modus examinandi* als auch den Umfang des Prüfungsbereiches verstoßen haben.

Was zunächst den ersten Vorwurf betrifft, so waren freilich in den beiden genannten Dekreten specifische Anordnungen über die Art und Weise der Vornahme der Examina nicht getroffen worden. Die prüfenden Lycealprofessoren waren deshalb kaum zu tadeln, wenn sie — im zweifellosem Einverständnisse mit ihrem Rektor, dem derzeitigen Vorstände der erzbischöflichen Prüfungskommission — als Prüfungsform die Mündlichkeit bevorzugt hatten. Ja, sie hatten sich hiezu für um so berechtigter halten dürfen, als ja die frühere, aus je einem schriftlichen und mündlichen Examen bestehenden Admissionsprüfung thatsächlich durch die Semestral- und Finalprüfungen der philosophischen bezw. der theologischen Section theils ersetzt, theils ergänzt worden war und diese Einrichtung auch in der Oeffentlichkeit approbiert schien⁴⁾, die genannten halbjährlichen Prüfungen aber als Fortsetzungen oder Abkömmlinge staatlich vorgeschriebener Maßnahmen seit dem Jahre 1833 vorgenommen zu werden

⁴⁾ Wenigstens kann eine Aeußerung im Schem. 1852, 99, wonach der Erzbischof der ehemaligen besonderen Aufnahmeprüfungen neben den nunmehr von ihm neu eingeführten nicht mehr begehre, nur dahin verstanden werden, daß die jetzigen Semestral- bezw. Final-*examina* an Stelle eben der früheren speciellen Prüfungen *pro admissione* getreten waren.

pflegten⁵⁾. Dementgegen stellte Erzbischof v. Deinlein die Zweiteilung der Prüfung effektiv wieder her⁶⁾. Auch pflog er neuerdings, theils um sich von den Leistungen der Admittenden, theils wohl auch, um sich vor der Befolgung seiner Anordnungen zu überzeugen, des früheren Brauches seines Amtsvorgängers, bei den Prüfungen persönlich zu erscheinen⁷⁾.

Direkter und mit größerer Deutlichkeit, als es bezüglich des anzuwendenden Prüfungsmodus geschehen war, äußerte sich die erzbischöfliche Verordnung des 12. Mai 1862 aber über den Umfang der Prüfungsfächer, den es in neuer Weise durch Aufstellung einer besondern Tabelle begrenzte, und zwar mit ausdrücklicher Verufung auf die M.E. vom 13. Nov. 1849 und den Artikel 15 der M.E. des 8. April 1852, nach welcher letzterem speciell „die Aufnahme in den geistlichen Stand, resp. in das Klerikalseminar dem freien Ermessen der Bischöfe überlassen“ worden sei. Das Wörtchen „resp.“ findet sich dabei im Manuscripte durch Unterstreichen markiert, womit wohl nichts anderes⁸⁾ als eine an die Urheber der „verschiedenen Deutungen“ gerichtete energische Hervorkehrung beabsichtigt sein konnte der freien Jurisdiktion der Bischöfe in Sachen der Seminaradmission, insbesondere die Unabhängigkeit der Prüfungsbedingungen und der Bethätigung der Aufnahme von der Sanction durch eine staatliche Behörde. Und zwar dürfte diese Annahme einerseits in dem Umstande begründet sein, daß auch nach dem Erscheinen der beiden ministeriellen Akte

⁵⁾ V. §§ 27 b und 33 b und c.

⁶⁾ Past.Bl. 1863, Nr. 9; 1864 Nr. 24. U. a. a. O.

⁷⁾ Cf. Past.Bl. 1862, Nr. 10, woselbst der erstmalige Besuch der Prüfungen als ein epochemachendes Ereignis verzeichnet ist, obgleich Erzbischof v. Urban in früheren Jahren ebenfalls zu den Prüfungen erschienen war.

⁸⁾ Ueber die Mehrdeutigkeit dieses „respective“ vgl. auch die F.N. 12 des unmittelbar vorhergehenden § 37 e.

des 13. Nov. 1849 und 8. April 1852 oberhirtlicherseits der Seminarertritt in Bamberg noch immer als an die landesherrliche Bestätigung gebunden erachtet wurde⁹⁾, andernteils in der Thatfache, daß Erzbischof v. Deinlein in seinen weiteren Ausführungen mit besonderer Absicht eine staatliche „Genehmigung“ der beiden Amtshandlungen seines Vorgängers vom 21. März 1850 und 29. Sept. 1853 perhorrescierte, vielmehr die auf eben dieselben erlassenen M.E. vom 12. April 1850 und 10. Dez. 1853 als bloße „Erklärungen“ deutete, daß gegen den Vollzug der beiden archiepiscopalen Anordnungen „ein Hindernis nicht im Wege stehe“¹⁰⁾.

Die oben besprochene Abrundung des Prüfungsgebietes der philosophischen Fächer erfolgte in einer von der Einteilung im erzbischöflichen R. vom 21. März 1850 nur unwesentlich abweichenden Zusammenfassung. Erheblich schärfer, aber klangen die Bestimmungen, daß aus all' den

⁹⁾ Vgl. etwa die §§ 15 und 37e. Die Meinung von der Fortdauer des staatlichen *jus supremæ inspectionis* in Sachen der Seminaradmission fand übrigens für kurze Zeit wiederum eine starke Stütze an einer völlig überraschend gekommenen Mitteilung der R. Regierung von Oberfranken zum erzb. Ordinariate d. d. 30. Dez. 1863, wonach sich S. Maj. der König — in jenem Jahre noch, dem zwölften nach der Publikation der M.E. vom 8. Apr. 1852! — sich „bewogen gefunden“ habe, zwei Studierende in das Klerikalseminar der Erzdiocese „aufzunehmen“. Doch blieb der Fall singulär.

¹⁰⁾ Der Verf. hält in Uebereinstimmung mit seiner früher schon bei ähnlichen Anlässen ausgesprochenen Ansicht auch diese Interpretation vom strengen Standpunkte des kanonischen Rechtes aus für nicht einwandfrei. Erachtet man wirklich die Staatsregierung für rechtlich befugt, in einem concreten Falle eine „Erklärung“ darüber abzugeben, daß der Ausführung der geplanten episcopalen Bestimmung „ein Hindernis nicht im Wege stehe“, so kann man gegen eine bei einer anderen Gelegenheit eventuell erlassene conträre „Erklärung“ doch unmöglich Wichtigkeitsgründe geltend machen.

aufgezählten Disciplinen, „soweit sie gelesen“, Prüfungen abgelegt und nur Ergebnisse „mit gutem Erfolge“ berücksichtigt werden sollten. Jeder Candidat, welcher auch nur in Einem Gegenstande die Prüfungsnote „nicht genügend“¹¹⁾ bekommen hatte, war anzuhalten, sich „noch vor Beginn des theologischen Studiums“ eine bessere Qualifikation in einer Nachprüfung zu erwerben oder aber den philosophischen Kurs vollständig zu wiederholen. Das letztere Schicksal sollte auch denjenigen treffen, welcher in der Nachprüfung neuerdings nicht genügt hatte.

Als nunmehriger Vorstand der erzb. Prüfungskommission wurde gleichfalls der zeitige Rektor des Lyceums, diesmal Dr. Martinet, ernannt und zwar in der Form, daß der Genannte „gebeten“ wurde, „sich diesem Amte zu unterziehen“. Die Professoren aber wurden als Mitglieder der Prüfungskommission ersucht, ihre Vorlesungen dergestalt einzurichten, daß die Studierenden den neuen oberhirtlichen Anordnungen entsprechen könnten.

Der prompte Vollzug der obigen Examinationsordnung wurde Jahre hindurch strengstens überwacht und schlechte Qualifikation eines Abmittenden in der Prüfung oder Säumigkeit mit der vorgeschriebenen Strenge geahndet. Späterhin aber erfolgten hierin nicht unwesentliche Milderungen. Nicht nur trat an Stelle der Doppelprüfung wiederum die bloße mündliche, es wurde auch denjenigen Prüflingen, welche in einem Fache eine schlechtere als die 3. Note erhalten hatten, verstattet, die Prüfung öfter als nur ein einziges Mal zu wiederholen. Dagegen hielt man mit um so größerer Zähigkeit an den Bestimmungen über den

¹¹⁾ Die Scala der Noten umfaßte wie bei anderen Prüfungen — vgl. die §§ 28 und 33 c — 5 Grade. „Nicht genügend“ war offenbar äquivalent dem im § 33 c verzeichneten „gering“ und bedeutete die 5. Note.

Inscriptions-, Frequenz- und Prüfungszwang fest. Einem jeden Candidaten wurde auch die nur provisorische Seminaraufnahme kategorisch verweigert, falls er nicht die sämtlichen 8 oben bezeichneten philosophischen Disciplinen gehört und Prüfungen daraus mit Erfolg abgelegt hatte. Die erste dieser Forderungen war allerdings auch eine staatliche. Sie war bereits in der M. E. vom 13. Nov. 1849 und nachdrücklichst noch in der oben schon gewürdigten höchsten E. vom 9. Dez. 1851 — in dieser übrigens mehr für die speciellen Zwecke der *admissio ad clericatum* — erhoben und, ohne daß hierarchischerseits irgend welche Erinnerung dagegen geltend gemacht worden wäre, aus der ersteren Entschließung in die unterm 2. Febr. 1851 höchstenorts approbierten Disciplinarstatuten des Lyceums Bamberg übertragen worden, worin sie schließlich — unberührt von der später erschienenen grundlegenden M. E. des 8. April 1852 — bis zu der Erstausgabe einheitlicher, durch das Königreich hindurch gültiger lycealer Satzungen i. e. bis zum 1. Juni 1891 verblieben war, obgleich sich ihre Bedeutung und ihr Zweck in der Zwischenzeit vollständig geändert hatte. Sie traf nämlich seit der höchsten E. des 13. Nov. 1849 die Aspiranten für den klerikalen Beruf nicht sowohl mehr in ihrer Eigenschaft als Alumnen des Seminars denn in ihrem Charakter als Candidaten der theologischen Lycealsection. Wegen der engen Verbindung, ja oftmaligen Identität der beiden letzteren Begriffe aber lag schließlich ihre Befolgung durch die beiden Gruppen von Aspiranten auch im zweifellosen Interesse der geistlichen Oberbehörde.

Ob freilich der hier zur Bergliederung stehende erzbl. Erlaß vom 12. Mai 1862 mit seiner starken Urigierung der Notwendigkeit der Frequenz von 8 Philosophicis gerade im Auge hatte, die ministerielle Vorschrift des 13. Nov. 1849

oder den ihr nachgebildeten Passus in den Lycealsatzungen zu stützen, darf billig bezweifelt werden. Vielmehr hat es den vollen Anschein, als wenn an zuständiger kirchlicher Stelle die Meinung obgewaltet habe, daß mit der Freigabe der Admission zum Klerikalseminar durch die beiden M. E. des 13. Nov. 1849 und des 8. Apr. 1852 auch eo ipso eine solche der Admission zum „Studium der Theologie“ erfolgt sei — was auch um so natürlicher schien, als erstens die kirchenpolitischen Kämpfe der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf diesem Gebiete sich fast ausschließlich um die *admissio ad seminarium* als Cardinalpunkt gedreht hatten, und als zweitens eine schon öfter gerügte, völlig verflachte Nomenclatur zwischen den Zugehörigkeiten eines Candidaten zur „Theologie“, zum „Alumnate“ und zum „Klerikate“ in keiner Weise einen Unterschied stipulierte.

Daher war es auch nicht wundernswert, daß das eben genannte erzb. R. des 12. Mai, in den bisher üblichen Bahnen weiterschreitend, diese Unterschiede gleichfalls als irrelevant behandelte und die beiden Ausdrücke „Aufnahme in das Seminar“ und „Aufnahme in die Theologie“ als völlig äquivalent gebrauchte. Doch mußte ihre grundsätzlich verschiedene Bedeutung in dem Augenblicke sogleich in die Augen springen, in welchem Admittenden aus irgend welchen Gründen — wegen Nichtbeachtung eines Teils der erzb. Prüfungsvorschriften, wegen augenblicklicher Leistung der Militärpflicht u. s. w. — der sofortige Eintritt in das Internat nicht gestattet werden konnte oder nicht gestattet werden wollte. In diesen Fällen pflegte die Formel angewandt zu werden, daß der betreffende Studierende „zwar zum Studium der Theologie, nicht aber zum Seminar admittiert“ werden könne.

Die erste Hälfte dieser Formel involvierte somit die Abhängigkeit des Uebertrittes zur Theologie von der Er-

teilung einer oberhirtlichen Erlaubnis. Dadurch aber setzte sie sich in formellen Widerspruch mit dem § 11 der D.O. des Bamberger Lyceums vom 2. Febr. 1851 bezw. den damit gleichlautenden §§ 10 und 11 in deren Wiederabdruck vom Jahre 1867 und deren Neuauflage vom 28. Febr. 1883, wonach die Aufnahme eines Studierenden in die theologische Lycealsection an keine weitere Bedingungen geknüpft worden war als an diejenigen erstens der Inscription auf 8 ordentliche Vorlesungen aus der Philosophie und zweitens der Frequenz derselben¹²⁾. Hatte ein (sittlich unbescholtener) Candidat der Philosophie dieser Doppelvorschrift genügt, so konnte das Lyceumsrektorat seinen Eintritt in die theologische Section trotz allenfallsigen Widerspruches von dritter Seite ebensowenig hintanhalten, als es andererseits im stande war, einen jungen Mann trotz wärmster Befürwortung in eben diese Section als Studierenden aufzunehmen, falls derselbe Zeugnisse über die erfolgte Inscription auf die 8-Zahl von philosophischen Fächern oder auch über das stattgehabte frequentasse derselben nicht erbringen konnte. Die dem Begriffe „Theologiecandidat“ innewohnende doppelte Bedeutung beziehentlich die immer häufiger zu Tage tretende grundsätzliche Vermischung der Begriffe der *admissio ad seminarium* und der *admissio ad theologiam* mußte darum mit Notwendigkeit einmal zu einem Konflikte zwischen der staatlichen und kirchlichen Behörde — hier zwischen dem R. Lyceumsrektorate und der erzbischöflichen Regentie bezw. dem erzbischöflichen Ordinariate — führen, wie er sich in der That im Jahre 1881 ereignete und wie er weiter unten noch besprochen wird.

Es war übrigens nicht der Mangel einer scharfen Trennung dieser zwei Admissionen allein, welcher zu Mißdeutungen der Intentionen des erz. R. vom 12. Mai 1862

¹²⁾ Beachte hierüber auch § 82.

geführt hatte. Auch die oben in gesperrter Schrift hervorgehobene Stelle des letzteren, daß aus allen Lehrsparten, „soweit sie gelesen“, Examina statt haben sollten, gab wegen der Unklarheit ihrer Fassung zu Zweifeln Anlaß, weshalb ein ergänzendes Dekret des Erzbischofs v. Deinlein vom 1. Nov. 1862 nachträglich verfügte, daß alle „zur Theologie abspirierenden“ Candidaten der Philosophie die sämtlichen ordentlichen und außerordentlichen Collegien, welche in der philosophischen Lycealsection gelesen würden, zu hören und Prüfungen daraus abzulegen hätten.

Die beiden vorstehend charakterisierten oberhirtlichen Erlasse des 12. Mai und 1. Nov. 1862 blieben in Kraft bis zum Wechsel auf dem erzbischöflichen Stuhle. Dagegen sah sich der Nachfolger des Erzbischofs v. Deinlein, Erzbischof v. Schreiber, unterm 18. Okt. 1876 veranlaßt, dieselben durch eine neue, den Studienbetrieb und die Seminar Aufnahme betreffende Verfügung teilweise wieder außer Wirksamkeit zu setzen. Dieselbe, betitelt „Vollzug¹³⁾ der Allh. B.O.¹⁴⁾ vom 13. Nov. 1849 für die Königlich Bayerischen Lyceen“ recapitulierte zunächst — freilich ohne Bezugnahme auf die principieell wichtigere höchste G. des 8. Apr. 1852 — die in dem genannten Akte enthaltenen Bestimmungen über die Seminar Aufnahme, indem sie diesen letzteren Begriff durch die Vermeidung eines jeden anderen Ausdruckes, wie „Aufnahme in die Theologie“ u., wiederum rein und eindeutig zur Geltung brachte. Sodann erstrebte sie mit den oben charakterisierten §§ 11 resp. 10 der Bamberger D.O. der Jahre 1851, 1883 resp. 1867 insofern wenigstens eine äußerliche Uebereinstimmung, als sie von neuem die Mindestzahl der philosophischen Lehrgegenstände, welche die Abmittenden gehört und aus welchen

¹³⁾ Vgl. hiezu auch § 15.

¹⁴⁾ Ebenso F.R. F.R. 1 und 12 jenes Paragraphen.

sie Prüfungen abgelegt haben mußten, ausdrücklich auf 8 festsetzte¹⁰⁾). Endlich wurde von ihr die Wahl der letzteren conform mit den Bestimmungen des Titels II der M.E. vom 13. Nov. 1849 frei gegeben, nur mit der Einschränkung, daß die Inscribenden hauptsächlich jene wissenschaftlichen Disciplinen ins Auge fassen möchten, welche am Gymnasium weniger gepflegt würden, nämlich Philosophie, Naturwissenschaften und griechische und römische Altertümer (Archäologie).

Diese erzbischöflichen Vorschriften wurden auf dem Wege besonderer Vereinbarung mit dem R. Lyceumsrektorate des weiteren noch dahin ausgebaut, daß erstens das Lehrfach der Geschichte aus den Prüfungsdisciplinen gänzlich ausgeschaltet wurde, zweitens aber den letzteren sämtliche philosophische und naturwissenschaftliche Doctrinen beigelegt wurden, auch für den Fall, daß dieselben nicht Gegenstand einer „ordentlichen“ — 4. bis 6 wochenstündigen — Vorlesung gebildet haben sollten.

Gerade aber, weil diese Verschärfung berufen schien, eine bessere Durchföbung der Seminarconcurrenten zu ermöglichen, mußte auch ihre Nichtachtung seitens der zuständigen kirchlichen Stelle selbst bei dem R. Lyceumsrektorate einen gewissen Unmut erregen. Derselbe und mit ihm der längst schon drohende Konflikt kam zum Ausbruche im Jahre 1881, anlässlich der Aufnahme eines Philosophiecandidaten des 3. Semesters in das Klerikalseminar und der Behandlung desselben als eines Studierenden der Theologie, ohne daß der Genannte die hiezu notwendigen beiderseitigen Voraussetzungen erfüllt hatte. In zwei an das erz. Ordinariat gerichteten Schreiben, datiert vom 26. Dez. 1881 und vom 28. Jan. 1882, beklagte das Lyceumsrektorat zunächst aus „principiellen, statutarischen, wissenschaftlichen,

¹⁰⁾ Sitzungen 1883, § 11.

pädagogischen und disciplinären Gründen“ das Unheilvolle und Widersinnige des Entschlusses, einen Aspiranten unter völliger Nichtachtung der vier erzb. B.D. von 1850, 1853, 1862 und 1876 zuerst in das Seminar aufzunehmen, um ihn hinterher einem „Abmissionsexamen“ zu unterwerfen, das in Wirklichkeit als ein „Postmissionsexamen“ bezeichnet werden müsse. Im zweiten Schreiben teilte es der erzb. Behörde zugleich mit, daß die Abhaltung eines Examens vor Beendigung des Semesters nach dem Wortlaute der Statuten und nach dem einstimmigen Beschlusse des Lehrerrates von den Lycealprofessoren nicht verlangt werden könne bezw. nicht bethätigt werden würde, im ersten, daß die Versetzung des fraglichen Studierenden der Philosophie unter die Candidaten der Theologie dem § 10 der gültigen Disciplinarsatzungen vom Jahre 1867 schroff widerspreche. Wenn gleich die oberhirtliche Stelle zweifellos zum Vollzuge des ersteren Aktes — der Aufnahme eines Philosophen in das Klerikalseminar unter Entbindung von den gewöhnlichen Abmissionsbedingungen — vollständig befugt gewesen sei, über die gesetzmäßige Bestimmung, daß derselbe 8 philosophische Disciplinen „gehört“ haben müsse, ehe er in die theologische Lycealsection eintreten könne, dürfe sie sich nicht hinwegsetzen. Das R. Rektorat drang denn auch mit diesem Proteste durch: und zwar wurde, um die principielle Meinungsverschiedenheit nicht zu einer *cause célèbre* auswachsen zu lassen, vereinbart, daß der Candidat die nicht inscribierten oder nicht frequentierten Philosophica ordnungsmäßig „nachzuhören“ habe, ehe ihm die Eigenschaft eines Studierenden der theologischen Section, und daß er analog die rückständigen Abmissionsexamina nachträglich noch bethätigen müsse, bevor ihm jene eines vollgiltigen Alumnus zuerkannt werden solle. Und so geschah es auch.

In der Zwischenzeit war übrigens das Problem der

Aufnahme der Theologiecandidaten und -aspiranten in das Klerikalseminar, veranlaßt durch die allmählich nicht unbedeutliche Vergrößerung der Anzahl der Alumnats-sitze, in ein vollständig neues Stadium getreten. Wie die Abschnitte b und c unseres gegenwärtigen Paragraphen besagen, war diese Zahl erst nach Austrag des Kampfes um die Verwaltung des Seminarfonds im Jahre 1826 wieder auf die ursprüngliche, unmittelbar vor der Säkularisation bestandene Höhe von 24 Plätzen gebracht worden. Auf diesem Niveau hielt sie sich in der That über 40 Jahre hindurch, bis weiterhin im Jahre 1869 für 30, im Jahre 1890 für 54 Alumnen Raum geschaffen wurde. Hiedurch war es aber, und zwar von Mitte der 80-er Jahre ab¹⁶⁾, möglich geworden, neben den Angehörigen der 3 theologischen Kurse auch Aspiranten der Theologie, welche noch der philosophischen Section des Lyceums angehörten, Zutritt zum Seminar zu gewähren. Solcher Candidaten waren es allerdings anfänglich nur wenige, welche zudem zum Theile im erzbischöflichen Knabenseminar das Ottonianum Präfektendienst zu leisten hatten¹⁷⁾. Späterhin aber konnten die sämtlichen Reflektanten, sei es in dem Ernestinischen Priesterseminare selbst, sei es auch als Präfekten im Ottonianum¹⁸⁾ — im ersteren Internat sogar über die Gesamtzahl von 54 Habitanten hinaus¹⁹⁾ — Aufnahme finden.

Hiedurch war natürlich das Examen pro admissione ad seminarium innerlich vollständig irrelevant geworden. Während der 5 ersten Decennien des 18. Jahrhunderts

¹⁶⁾ Schem. 1886.

¹⁷⁾ Ebenda 1884 und ff.

¹⁸⁾ Diese Institution der Präfecturen erhielt sich bis auf den heutigen Tag, und zwar schwankte die jährliche Anzahl der dienstthuenden Präfecten meist zwischen 3 und 4.

¹⁹⁾ Vgl. etwa Schem. 1892, wonach die Anzahl der letzteren 61 betrug.

durch besondere Prüfungsformen deutlich gekennzeichnet, während der 3 nachfolgenden durch die (Final- und) Semestralprüfungen noch immer zweckentsprechend ersetzt, ging es nunmehr in den letzteren vollständig auf, so daß die Erinnerung an seine ehemalige selbständige Existenz nachgerade immer stärker schwinden mußte. Aber auch die eben genannten Semestralprüfungen mußten mit dem Eintritte der neuen Aera ihre Bedeutung zum wesentlichsten Teil verlieren, indem sie, früher berufen, die Prolegomena zur Beurteilung des Standes der wissenschaftlichen Kenntnisse der Seminaradspiranten zu liefern, nunmehr höchstens noch Anhaltspunkte dafür abzugeben geeignet sind, die bereits mit dem Eintritte in das Lyceum vollzogene Ausnahme in das Seminar nachträglich auf ihre Opportunität controlieren und eventuell rückgängig machen zu können.

Hand in Hand mit der sprungweisen Verrückung des eigentlichen Zieles der Admissions- beziehentlich der Semestralprüfungen ging selbstverständlich auch die successive Außerachtlassung der anderen früher hiefür aufgestellten Richtpunkte. Während die Erzbischöfe v. Urban und v. Deinlein durch ausdrückliche Nennung die Rectoren Gengler und Martinet zu Vorständen, die Lycealprofessoren aber zu Mitgliedern der episcopalen Prüfungskommission gewählt bezw. die Thätigkeit der letzteren als solche formell gewünscht hatten, erfolgte unter den Erzbischöfen v. Schreiber und v. Schork eine derartige direkte schriftliche Designierung nicht mehr: vielmehr führten der jeweilige Rektor des Lyceums das Amt eines Vorstandes der Prüfungskommission, die Professoren dasjenige der Examinatoren, gewissermaßen *iure successionis*, als *commissarii nati*, weiter. In der offenen Duldung dieser Gepflogenheit — gegen sie erfolgte nämlich während der verfloffenen 5 Quinquennien niemals ein oberhirtlicher Einspruch — liegt aber unzweifelhaft der stärkste Beweis für die strikte Billigung derselben.

Wesentlich unklarer gestalteten sich dagegen, wie angedeutet, die Verhältnisse bezüglich der Wirkung der Prüfungsergebnisse der Abmittenenden. Die letzten vor dem Erscheinen der generellen D.S. für die Lyceen vom 1. Juni 1891 erlassenen schriftlichen oberhirtlichen Bestimmungen hierüber waren in dem erzbischöflichen Erlasse des 18. Okt. 1876 niedergelegt worden. Sie bestanden in der Weiterführung bezw. Wiederauffrischung der Vorschriften der drei früheren erzbischöflichen V.D. vom 21. März 1850, 29. Sept. 1853 und 12. Mai 1862, indem sie conform mit diesen die Prüflinge nur dann für würdig der Aufnahme in das Klerikalseminar erklärten, wenn deren Prüfungsnoten in keinem der Lehrgegenstände unter den 3. Grad herabgesunken wären: schlechtere Ergebnisse sollten je eine Nachprüfung zur Folge haben und abermalige ungünstige Resultate in dieser die Zurückweisung von der Pforte des Seminars.

Wenn nun freilich auch, wie oben schon erwähnt wurde, diese Norm nicht allzeit mit eiserner Strenge gehandhabt, in späteren Jahren vielmehr auch eine öftere als nur einmalige Wiederholung der Nachprüfungen verstattet wurde, so hielt man doch bis zum Jahre 1891 an der Institution der Nachprüfungen im Principe fest, indem man einem jeden Candidaten, welcher bei der Prüfung in einer Disciplin die Note 4 oder 5 erhalten hatte, die Auflage machte, sich in derselben behufs Erwerbung einer besseren Qualifikation wiederholt — und zwar, da man eine nachträgliche Redressierung der bereits vollzogenen Admission thunlichst vermeiden wollte, bis zum endgiltigen Erfolge — prüfen zu lassen. Allerdings waren auch Ausnahmen von dieser Regel zu verzeichnen, indem der Ordinarius der Erzdiocese, von seiner Kompetenz Gebrauch machend, von der Zurückweisung des einen oder anderen Abmittenenden zu einem noch

maligen Examen dispensierte und, gestützt auf besondere Erwägungen, demselben sogleich die definitive Aufnahme in das Merikalfseminar gewährte.

Die 3 in diesem Paragraphen mehrfach genannten erzb. B.D. vom 29. Sept. 1853, 12. Mai 1862 und 18. Okt. 1876 basierten alle zum Teile auf der M.E. vom 13. Nov. 1849 über das Studium der allgemeinen Wissenschaften an den Lyceen, zum Teile auf der in Wirkung der Freisinger Denkschrift vom 20. Okt. 1850 erlassenen M.E. vom 8. April 1852. Nun wurde bekanntlich durch eine weitere höchste, zum Schlusse des § 20 dieser Abhandlung bereits gewürdigte E. vom 20. Nov. 1873 die staatsrechtliche Giltigkeit eben der genannten E. des 8. April 1852 bestritten und im unmittelbaren Anschlusse hieran ein erheblicher Teil der in ihr dem Episcopate gewährten Zugeständnisse rückgängig gemacht. Doch befand sich unter den außer Kurs gesetzten Elementen keines, welches auf den Seminareintritt Bezug gehabt hätte, so daß die Prüfungs- und Aufnahmebedingungen hiefür, wie sie die drei citierten erzb. Erlasse stipuliert hatten, unangefochten in Kraft bleiben konnten, und es wenigstens auf diesem Gebiete nicht erst der auf die zweite Freisinger Denkschrift vom 14. Juni 1888 erfolgten ministeriellen Antwort vom 28. März 1889 — welche die höchste E. des 8. April 1852 im großen und ganzen wieder in ihr Recht einsetzte — bedurfte, um die volle Wirksamkeit der in Rede stehenden erzbischöflichen Anordnungen auch für die Zukunft zu sichern.

g. Stand der Frage in der Gegenwart.

Nach den Ausführungen des vorstehenden Paragraphen hatten die Bestimmungen der erzb. B.D. des 18. Okt. 1876 über die Seminaradmission, welche im wesentlichen nur eine Wiederholung und Ergänzung der früheren analogen B.D.

vom 21. März 1850, 29. Sept. 1853 und 12. Mai 1862 darstellte, von Mitte der 80-er Jahre ab infolge der Freigabe des Eintrittes für die Admittenden ihre materielle Bedeutung so gut wie vollständig verloren. Nichtsdestoweniger blieben sie — von einzelnen Ausnahmen, wie solche in den Schlußbemerkungen des vorstehenden Paragraphen angedeutet wurden, abgesehen — noch längere Zeit hindurch wenigstens in formaler Gültigkeit, und zwar, nachdem sie in den D. S. des Bamberger Lyceums vom 28. Febr. 1883 letztmalig und uneingeschränkt zur Registrierung gelangt waren, zunächst bis zum Jahre 1891, in welchem Jahre die mit M. E. vom 1. Juni zur Ausgabe gekommenen neuen, einheitlich durch das Königreich hindurch gültigen lycealen Satzungen die bislang bestandenen lokalen Statuten abzulösen berufen waren.

Während aber diese letzteren Satzungen die eben genannten der Bamberger Lycealanstalt vom 28. Febr. 1883 im allgemeinen nur in wenigen Punkten modificierten, wichen sie von denselben gerade in der hier vorwülfigen Frage der „Seminaufnahme“ dadurch nicht unerheblich ab, daß sie diese Frage mit keiner Silbe berührten, sondern an deren Stelle durchaus das Problem des Uebertrittes zum „theologischen Fachstudium“ treten ließen.

Im § 15 unserer Abhandlung ist diesem quid pro quo eine ziemlich eingehende Untersuchung gewidmet und auf die Analyse insbesondere der Absätze 1 und 2 des § 37 der generellen Satzungen des 1. Juni 1891, sowie der conjugierten Stellen eines zum Vollzuge dieser Satzungen erschienen ministeriellen Commentars vom 10. Juni des nämli. Jrs. eine Reihe von Schlüssen aufgebaut worden, deren innere Beweiskraft durch die §§ 32 und 33 der Abhandlung und nicht zum wenigsten durch einige in den unmittelbar vorausgehenden Abschnitten e und f des jetzigen Paragraphen verzeichnete concrete Kompetenzfälle eine vernehmliche Stärkung

erfahren haben dürfte. Gerade die letzteren waren dabei geeignet, folgende Thatfachen abschließend zur Darstellung zu bringen:

1. Die beiden Begriffe „Uebertritt in das theologische Fachstudium“ und „Uebertritt in das Klerikalseminar“ sind wohl in *praxi* vielfach geeignet, gemeinsam unter einen und denselben Begriff subsumiert zu werden, insoferne die durch sie dargestellten Elemente beide als notwendige Prämissen der späteren Zulassung eines Candidaten zum Presbyterat figurieren.

2. Sie sind jedoch causal verschieden, indem die Zugehörigkeit eines Candidaten zum theologischen Fachstudium ebensowenig seine Zugehörigkeit zum Internat des Priesterseminars zur notwendigen Voraussetzung hat wie umgekehrt.

3. Sie sind auch organisch — und zwar unter dem Gesichtspunkte sowohl des Staats-, als des Kirchenrechtes betrachtet — verschieden, indem (seit etwa einem halben Jahrhundert schon) die Zulassung eines Studierenden zum Seminar an die Bewilligung durch den Diöcesanbischof geknüpft ist, nicht aber diejenige zur theologischen Fakultät einer Universität oder der theologischen Section eines Lyceums.

Vielmehr begründet

a. Der Eintritt eines Interessenten in einen der beiden letzteren Körper noch nicht die Unterordnung desselben unter die Jurisdiction der mit der Ueberwachung der Vorbildung und Erziehung des Klerus betrauten oberhirtlichen Behörde, da er nicht mit Notwendigkeit dem Endziele der Ordination dienen muß, sondern auch anderer Zwecke halber erfolgt sein kann, wie weiterhin auch seine Bethätigung keinesfalls der Wahrung und Fortdauer der Laieneigenschaft des Betreffenden hindernd im Wege steht.

b. Dieser Eintritt ist an die Erfüllung nicht episcopaler, sondern staatlicher Forderungen gebunden, nämlich an den Nachweis über den Vollzug der Inscription auf 8 ordentliche Collegien der Philosophie und der Frequenz derselben.

c. Die letztere Vorschrift, niedergelegt im Titel IX der M. E. des 13. Nov. 1849 über das Studium der allgemeinen Wissenschaften an den Lyceen, besteht, nachdem sie durch keinen nachfolgenden Akt der gleichen oder einer höheren Stelle aufgehoben oder modificiert wurde, auch zur gegenwärtigen Zeit noch in ungeschwächter Kraft. Ihr Charakter wird durch den Parallelismus episcopaler Forderungen ähnlicher oder der nämlichen Art, speciell hinsichtlich der 8-Zahl der philosophischen Vorlesungen, nicht alteriert.

Endlich sind

4. Die beiden Admissionen zur Theologie und zum Alumnat auch historisch verschieden: sie waren, wie in den §§ 32, 33 und 37b bis f dargethan wurde, in Bamberg z. B. nicht nur während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in aller Schärfe von einander gesondert gewesen — man trug daselbst sogar in penibler Würdigung der Thatsache, daß die drei bekannten höchsten Entschließungen kirchen- und schulpolitischer Tragweite vom 13. Nov. 1849, vom 8. April 1852 und vom 9. Okt. 1854 sich nur über die *Admissio ad Seminarium* bezw. über die *Admissio ad Clericatum*, nicht aber über die *Admissio ad Theologiam* geäußert hatten, der hiedurch implicite aufrecht erhaltenen Unterscheidung bis zur Ausgabe der einheitlichen Lycealsatzungen vom 1. Juni 1891 unentwegt Rechnung.

Ob freilich staatlicherseits der Fortbestand einer derartigen Zweiteilung auch über den Umfang der citierten Vorschrift über die Frequenz von 8 Philosophicis hinaus

absichtlich hat veranlaßt werden wollen, ist bereits oben im § 15 mit guten Gründen angezweifelt worden. Vielmehr schien es, als ob man seitens der maßgebenden kirchlichen Stellen in Bamberg nur zu richtiger Zeit versäumt habe, auf dem Rüstzeug — das man, wie die Semestral-examina aus der Theologie u. ä., aus der früheren, grundlegenden Allh. V.D. vom 30. Nov. 1833 über die Lyceen zur Wende der 40-er Jahre in die neue Ära mit herüber genommen hatte — den Stempel des landesherrlichen Oberhoheitsrechtes löschen zu lassen: so daß man späterhin gegen den Anspruch auf Weiteranerkennung der staatlichen Provenienz und Observanz der strittigen Elemente nur ungenügend ankämpfen konnte. Im Gegensatz hiezu schien man jedoch in anderen Diöcesen sich von der staatlichen Oberaufsicht auf diesem Gebiete gänzlich oder teilweise emancipiert zu haben, indem man neben den Bedingungen für den Eintritt in das Priesterseminar auch jene für den Uebergang zur theologischen Lycealsection der bischöflichen Kompetenz sichtbar reserviert hatte — unter Bedachtnahme allerdings auf die einzige ein mögliches Hindernis darstellende Bestimmung des oben angeführten Tit. IX der M.E. vom 13. Nov. 1849 über die Frequenz von 8 philosophischen Collegien.

Unter diesem Gesichtspunkte im Zusammenhalte mit den in den vorstehenden Schlußfolgerungen 1 und 4 niedergelegten Thatfachen wäre es dann allerdings auch ziemlich verständlich, warum die neuesten Satzungen für die Lyceen vom 1. Juni 1891 nur den Begriff des theologischen Fachstudiums als quasi Cumulativbegriff hervorgekehrt und die Prüfungen zum Uebertritte in dieses Studium, wie nicht minder jene innerhalb desselben einer Regelung durch die „besonderen einschlägigen Bestimmungen“ überlassen hatten. Andererseits dürfte aber auch kaum der

Meinung widerstritten werden können, daß eben mit Rücksicht auf die an den verschiedenen Lyceen Bayerns verschieden gelagerten Verhältnisse in Sachen der kirchlichen Bildung und Erziehung und die rechtshistorische Seite dieser Fragen eine präcisere Fassung und genauere Abrundung eben jenes Begriffes einem der Hauptzwecke der Installierung neuer Satzungen, demjenigen der Einheitlichkeit und Eindeutigkeit, durchaus förderlich gewesen wäre.

Die Art und Weise, in welcher das Lyceumsrektorat in Bamberg seinerzeit den Ausdruck „theologisches Fachstudium“ deutete und den Wortlaut des angezogenen § 37 der Satzungen des 1. Juni 1891 für seine Ansicht von der Wiederersterkung eines staatlichen Prüfungszwanges in Sachen des Uebertritts zur theologischen Lycealsection verwertete, ist ebenso wie die entgegenstehende Meinung des Verf. gleichfalls bereits im § 15 registriert worden. Die letztere, gestützt auf innere Gründe, ging dahin, daß der Staat nach dem Erlasse der drei schon öfter citierten M.E. des 13. Nov. 1849, des 8. April 1852 und des 9. Okt. 1854 an der Aufrechterhaltung der vordem von ihm angeordnet gewesenen Semestral- und Uebertrittsprüfungen zum Zwecke der Zulassung von Philosophieandidaten zur theologischen Lycealsection ebensowenig ein besonderes Interesse haben konnte wie an der Fortführung der Semestrallexamina innerhalb dieser Section selbst — daß er vielmehr, wenngleich er nicht sämtliche Bedingungen für den Eintritt in das Theologicum des Lyceums freigegeben, sondern beispielsweise auf dem Nachweis der Inscription und Frequenz von 8 philosophischen Vorlesungen bestanden, so doch wenigstens alle die genannten Prüfungen betreffenden Fragen der episcopalen Jurisdiktion überlassen habe.

Einerlei aber, welche von diesen beiden Ansichten das größere Maß von Wahrscheinlichkeit für sich hat — darüber,

daß die Lösung der Frage der Seminaradmission auch nach dem Erscheinen der D.E. vom 1. Juni 1891 genau wie vorher gänzlich in die Hände des Diöcesanbischofs gegeben war, konnte ein Zweifel nicht obwalten, da ja diese Satzungen die genannte Frage überhaupt nicht gestreift hatten. Und es schien daher vollständig verständlich, daß auch der neue, im Jahre 1891 auf den Stuhl des hl. Otto gelangte Ordinarius, dem Beispiele seiner Vorgänger folgend, Veranlassung nahm, sich zu der den Seminareintritt bedingenden Ordnung der Studien und Prüfungen zu äußern und die ihm wünschenswert erscheinenden Abänderungen an der bis dahin giltigen erzb. B.D. des 18. Okt. 1876 vorzunehmen.

Diese Änderungen¹⁾ gipfelten in der neuen Vorschrift, daß die Seminaraspiranten nicht wie seither nur aus den wichtigeren, sondern aus sämtlichen in der philosophischen Section des Lyceums gehaltenen Vorlesungen mit Einschluß des bislang unter den Prüfungsfächern nicht vertretenen Lehrfaches der Geschichte Semestrallexamina abzulegen hätten. Eine Bemerkung über die Wirkungen der Prüfungsnoten erfolgte jedoch nicht, so daß es also formell bei den Bestimmungen der B.D. des 18. Okt. 1876 ober, da diese die hierauf bezüglichen Stellen ihrer Vorgängerin vom 12. Mai 1862 nicht alterierte, bei eben den letzteren seinen Verbleib hatte, und zwar zunächst bis zum 15. Okt. 1901.

Unter diesem Datum erschien nämlich — offenbar aus Anlaß einer zwischen dem K. Lyceumsrektorate und der erzb. Seminarregentie im Jahre 1901 aufgetommenen Mei-

¹⁾ Sie wurden auf dem Wege mündlicher Vereinbarungen zwischen Sr. erzb. Excellenz und dem Lyceumsrektorate inaugurirt, von letzterem dem Lehrerrate bekannt gegeben und zu den Lyc. Akten protokolliert.

nungsverschiedenheit²⁾ — abermals eine oberhirtliche Studien- und Prüfungsordnung. Als wesentlichste Neuerung den bisherigen *modis frequentandi et examinandi* gegenüber erbrachte dieselbe neben einer Neugruppierung der Lehrfächer überhaupt, die sie nach Art der früher staatlicherseits getroffenen Unterscheidungen³⁾ in wichtigere und minder wichtige einteilte, eine Auflassung des Frequenz- und Prüfungszwanges kat' exochen, indem sie die Theologiadspiranten diesen Vorschriften nur rücksichtlich der wichtigeren Disziplinen unterstellte. Auch wünschte sie die Termine für die Abhaltung der seit nun schon 50 Jahren den Admissionszwecken dienstbar gewordenen Semestralprüfungen mehr gegen die Mitte des Semesters zurückgerückt zu sehen — eine Absicht, welche indessen nicht zur Wirkksamkeit gelangte, da eine in F. N. 20 des § 15 bereits gestreifte M. E. d. d. 27. Febr. 1902 als Zeitraum hiesfür eine vom Schlusse des Semesters an rückläufige Frist von 14 Tagen anberaumte⁴⁾.

²⁾ Gelegentlich schon im § 15 berührt. Vgl. auch „Memorandum“.

³⁾ Cf. § 16.

⁴⁾ Dieser ministerielle Entscheld hätte in früherer Zeit höchstwahrscheinlich zu einem Konflikte geführt, indem gegen ihn hierarchischerseits nach Analogie mit anderen Vorgängen zweifellos geltend gemacht worden wäre, daß die Ueberlassung der Seminaradmissionsprüfungen zur erzbischöflichen Jurisdiktion auch die freie Wahl der Prüfungstermine seitens der letzteren begründet habe. Aber abgesehen davon, daß nach den eingehenden Erörterungen der verschiedenen Abschnitte unseres § 37 die lycealen Semestralprüfungen den Zwecken jener Admission nur sekundär, nicht ausschließlich dienstbar gemacht worden waren — in neuerer Zeit sind sie diesen Zwecken sogar mehr und mehr entfremdet worden — dürfte die höchste E. des 27. Febr. 1902 ihre rechtlichen Stützen ebensowohl in dem staatlichen Charakter der Lyceen und der Zugehörigkeit aller auch auf ihren äußeren Organismus bezüglichen Verhältnisse zur staatlichen Kompetenz an sich finden, als in einzelnen die Sonderstellung der Lyceen betreffenden concreten Akten. Als einer der letzteren dünkt dem Verf. dabei die grund-

Im übrigen bezeichnete sich die neue Studien- und Examinationsordnung vorerst nur als Provisorium, so daß es kaum angezeigt erscheinen dürfte, dieselbe der nämlichen eingehenden Würdigung zu unterziehen, welche wir in dieser Abhandlung ihren Vorgängerinnen der 50-er, 60-er und 70-er Jahre als abgeschlossenen Akten haben angebeihen lassen.

§ 38. Die Admissio ad Clericatum und der Bischofstitel.

a. Einleitung¹⁾.

Nach den Satzungen des kanonischen Rechts soll sich der Erziehungsgang eines katholischen Presbyteratscandidaten derart abstufen, daß der Candidat bei seinem Eintritt in das Priesterseminar der Diöcese mittels der Consur in den „geistlichen Stand“ „im weiteren Sinne“ aufgenommen, während seines Aufenthaltes im Alumnat zum Empfange der niederen Weihen zugelassen und am Schlusse seiner Vorbereitungszeit der Erteilung der höheren Weihen und speciell, als letzter derselben, der Priesterweihe

legende M.E. des 13. Nov. 1849 resp. die Bestimmung des Art. VII Biff. 2 derselben über die Verpflichtung der Lycealprofessoren zur (unentgeltlichen) Vornahme von oberhirtlich angeordneten Prüfungen, indem der Schluß wohl nicht unzutreffend erscheint, daß, solange die genannten Professoren staatlicherseits zur Vornahme solcher Prüfungen abgeordnet werden, die Wahl des Zeitpunktes ihrer Abstellung d. h. des Prüfungstermines auch dem Befinden der zuständigen staatlichen Stelle überantwortet bleiben müsse. Vgl. übrigens auch F.N. 20 des § 15, sowie § 37 f hierüber.

¹⁾ Der Verf. glaubte früher, den Inhalt dieses Paragraphen ohne äußere Abhebung zur Darstellung bringen zu können, und citierte deshalb bei Bezugnahme auf denselben im vorausgehenden anfangs nur § 38. Er sah sich jedoch später durch die Fülle des zu verarbeitenden Materials zur Vornahme einer ähnlichen Einteilung gezwungen, wie er sie zur Erzielung besserer Uebersicht in einer größeren Reihe von Abschnitten der Abhandlung angewandt hatte.

teilhaftig gemacht wird, womit der Uebertritt zum „geistlichen“ oder „klerikalen Stand“ „im engeren Sinne“ vollzogen erscheint.

Diese Bestimmungen konnten, wie die vorausgehenden Paragraphen dieses sowohl, wie des vorigen Hauptabschnittes der Abhandlung deutlich ersehen ließen, in der Diöcese bezw. Erzbischofe Bamberg während des 19. Jahrhunderts nicht eher als mit Beginn des letzten Viertels desselben inaugurirt werden, indem ihrer früheren Entfaltung sich sowohl äußere als innere Widerstände hemmend entgegenstellten: unter den ersteren insbesondere die Unzulänglichkeit der ökonomischen Mittel des Seminarfonds und hierauf gründend der Mangel an Plätzen im geistlichen Internat; unter den letzteren theils einengende Bestimmungen und widrige Entscheidungen seitens der auch in Sachen der Admissions- und Prüfungsbedingungen ein striktes Curatelrecht ausübenden staatlichen Administrativbehörden, theils nicht leicht entwirrbare Probleme schulhistorischer und schulmethodischer Bedeutung, wie die effektive Trennung des Geltungsbereiches der drei des öfteren förmlich in einander verwachsenen Admissionen zum theologischen Fachstudium, zum Seminar und zum Klerikate in dem oben angeführten engeren Sinne.

Daher kommt es denn auch, daß der hier zu behandelnde Gegenstand der *admissio ad ordines maiores* im Bistum bezw. Erzbistum Bamberg geschichtlich keineswegs in der Einfachheit in die Erscheinung tritt, welche ihm seiner Natur und seiner rechtlichen Stellung nach an sich zukommen müßte, daß er vielmehr zu seiner präcisen Charakterisierung gleichfalls wieder fast ebenso oft einer deutlichen Loslösung von den beiden genannten Begleitelementen, wie umgekehrt eines näheren Zusammenhaltes mit diesen bedarf. Während sich freilich dabei die organische Gliederung in der genetischen Darstellung der letzteren in den §§ 32, 34 und 37 dieser.

Schrift in zwangloser Weise dadurch ergab, daß in dieselbe gewisse, in der Entwicklung der kirchenpolitischen Zustände des ganzen bayerischen Landes, wie nicht minder des Bamberger hierarchischen Sprengels als Marksteine figurierende Ereignisse einbezogen werden mußten oder wenigstens einbezogen werden konnten — wird die Projektion des Gestaltungsweges der beiden vorwüflichen Momente der Klerikatsadmission und des Tischtitels von wesentlich anderen Augenpunkten aus vorgenommen werden müssen.

Und zwar sind es zunächst

b. Die kirchenrechtlichen und kirchenpolitischen Verhältnisse Bamberg's im unmittelbaren Vollzuge der Säkularisation

gewesen, welche auf den Werdegang der beiden hier vorwüflichen Probleme der Klerikatsadmission im allgemeinen und des Tischtitels im besonderen den unmittelbarsten Einfluß auszuüben berufen waren.

Es ist bekannt, in welcher Weise die durch dieses einschneidende Ereignis des 19. Jahrhunderts hervorgerufenen politischen Umwälzungen insbesondere in Bayern in das kirchenrechtliche Gebiet eingriffen, um das für den Landesherren beanspruchte *jus circa sacra* im einzelnen zu definieren und sicher zu stellen, wie nicht minder, welche Schritte seitens der Hierarchie der einzelnen Diöcesen unternommen wurden, um einerseits die Unzulässigkeit eines derartigen Rechtsanspruchs darzuthun und andererseits gegen die faktische Ausübung eben des bestrittenen Rechtes durch den Staat und seine Behörden anzukämpfen. Besonders intensiv mußte sich der Streit natürlich in den säkularisierten geistlichen Fürstentümern gestalten, und zwar schon aus dem Grunde, weil daselbst die bisherige Zusammenlage der bischöflichen und landesfürstlichen Jurisdiktion in Einer Hand eine Einheitlichkeit der Verhältnisse gezeitigt hatte,

gegen welche das nunmehr beliebte Verfahren einer detaillierten Abgrenzung der geistlichen und weltlichen Macht-sphäre — welches der kirchlichen Gewalt den weitaus größeren Teil der ihr bis jetzt unterstellten Materie entzog — nicht nur ungewohnt anmuten, sondern geradezu schroff abstechen mußte.

Auch im ehemaligen Fürstbistum Bamberg vollzogen sich darum *mutatis mutandis* alle jene Geschehnisse, welche sich als Ausfluß- und Begleiterscheinungen der Durchführung der staatskirchenrechtlichen Grundsätze der Montgelas'schen Politik in Bayern in einer Reihe von kirchengeschichtlichen, staatsrechtlichen und kirchenrechtlichen Werken und Abhandlungen¹⁾ registriert vorfinden.

Die Akten des Bamberger erzb. Ordinariats bieten in dieser Beziehung Belege in einer geradezu typischen Reichhaltigkeit und Continuität. Es hieße jedoch den Rahmen dieser Abhandlung merklich überschreiten, wollte der Verf. auch nur andeutungsweise über diese Verhältnisse referieren: er wird sich vielmehr, indem er im Betreffe weiterer Einzelheiten auf eine andernorts erschienenen kurzen Resumé hierüber verweist²⁾, an dieser Stelle mit der Erörterung der auf die Bildung und Erziehung des Klerus bezüglichen Daten genügen müssen, respective — da die Stellung der Theologiekandidaten und Seminaraspiranten zu den Forderungen der staatlichen Lehranstalt des Lyceums und zum speciellen Problem der episcopalen Seminaradmission bereits in den §§ 32, 33, 34 und 37 erörtert wurde — mit den noch

¹⁾ Vgl. hierüber etwa die in der Abhandlung vielfach citierten und des genaueren im Literaturverzeichnis aufgeführten Schriften und Werke: (Frey); (Höfler); (Strobl); das Recht der Kirche; v. Sicherer; Brück; v. Seydel u. a.

²⁾ Heß, a. a. O.

restigen Fragen eben der *admissio ad clericatum* und des *titulus mensae*.

Beide Begriffe stehen in einem direkten Abhängigkeitsverhältnisse zu einander, indem die Zulassung zu den höheren Weihen an den Nachweis des Besizes eines Tischtitels gebunden zu sein pflegt. Es werden daher vorerst die Tischtitelverhältnisse, wie sie in der Diöcese Bamberg in die Erscheinung traten, besprochen werden müssen, wobei man sich freilich unter besonderer Beachtung der Ziele dieser Schrift nur mit der Tischtitelverleihung zu befassen haben wird, da die übrigen Tischtitelelemente, wie Tischtitelanspruch, Tischtitelbetrag, Tischtitelgenuß u. nur in den seltensten Fällen für den noch im Lycealverbande stehenden oder unlängst erst ausgeschiedenen Ordinauden eine unmittelbare Wichtigkeit besessen haben dürften, sondern höchstens für den bereits ausgeweihten Priester, dessen Verhältnisse im großen und ganzen^{*)} nicht mehr Gegenstand der Behandlung seitens der vorliegenden Arbeit sein sollen.

c. Der Tischtitelgeber.

Beim Eintritte der Säkularisation fand sich mit Ausnahme einiger, zumeist aus fremden Diöcesen übergetretener Priester, deren Tischtitel privater Quelle — Stiftern, Klöstern, Communen, Corporationen, Standesherrn und bürgerlichen Personen — und deren Befründung der Ausübung eines Patronatsrechtes seitens ihrer Tischtitelverleiher entstammte, die gesamte Weltgeistlichkeit des kaiserlichen Hochstiftes Bamberg auf den *titulus der mensa principis* geweiht, welcher letzterer Begriff natürlich in diesem Falle, da der Fürst innerhalb seines Sprengels Landesherr und Bischof zugleich war, denjenigen der *mensa episcopalis*

*) An einzelnen Stellen der Arbeit war allerdings auch hierauf kurze Rücksicht zu nehmen. Cf. die §§ 37 b und 39.

vollständig überdeckte. Bei der politischen Umwälzung im Jahre 1803 wurden — und zwar wohl im unmittelbaren Anschlusse, wenn nicht in Consequenz einer Allh. E. vom 5. Aug. 1803, welche das Patronatsrecht über alle bisherigen fürstbischöflichen Pfarreien und Beneficien für den neuen Landesfürsten reklamiert hatte — die Ansprüche der sämtlichen Tischtulanten der letzteren Kategorie auf diesen, den damaligen Churfürsten und nachmaligen König von Bayern, übernommen, der damit eigentlich auch zum Tischtitelgeber für den klerikalen Nachwuchs der Diocese proklamiert wurde.

Diese Uebernahme wird ziemlich allgemein als der Ausfluß einer in dem Vollzuge der Säkularisation begründeten moralischen Verpflichtung des Staates angesehen¹⁾. Zu ihrer Begründung im vorliegenden Falle mögen aber weit mehr noch ebensowohl rechtliche als politische Erwägungen beigetragen haben.

Zunächst ist nämlich zu bedenken, daß die Eingliederung des Fürstentums Bamberg in das bayerische Churfürstentum denn doch ein wesentlich anderes Geschehnis darstellte, als die bloße Säkularisation von Stiftern und Klöstern. Mag sich auch gegen die Ansicht, daß die Weltgeistlichkeit an dem nun incamerierten Klostergut als einer möglichen oder wahrscheinlichen Tischtitelquelle einen rechtlichen Anspruch um dessentwillen nicht haben konnte, weil die Klöster nur für ihre Conventualen, nicht aber für den Säkularklerus den „Tisch zu bestellen“ hatten²⁾, am Ende kaum viel einwenden lassen, so lag hier unzweifelhaft ein Akt landesherrlicher Uebung in Frage, dessen Aufrechterhaltung der neue Souverän, nachdem er in alle Rechte des früheren eingetreten war, kaum umgehen konnte. In der That gaben dieser Auffassung bereits die Organisationsakte des 3. Nov.

¹⁾ Cf. Hinschius, 74; Meurer, 599.

²⁾ Meurer, ibid.

1803 betreffend die beiden fürstbischöflichen Seminarien zu Würzburg und Bamberg^{*)}) bemerkenswerten Ausdruck, indem sie eine Verpflichtung des Churfürsten zur Titelsverleihung für diejenigen Priester nicht anerkennen zu können erklärten, welche zwar dem bischöflichen Sprengel angehörten, aber außerhalb des bayerischen Landes angestellt würden — womit eine derartige Verpflichtung den anderen Seelsorgern gegenüber implicite als bereits anerkannt und bestehend vorausgesetzt wird⁴⁾).

Andererseits mögen freilich, wie bereits angedeutet, auch Klugheitsregeln zu dieser Praxis geraten haben: neben dem allgemeinen Wunsche, sich die Sympathien der eingegliederten Bevölkerung zu erwerben, wie er aus manch' anderen damals getroffenen Maßnahmen hervorleuchtet⁵⁾), nicht zum wenigsten auch die auf die Gewährung eines sicher fundierten Titels aufgebaute Hoffnung der allmählichen Heranziehung eines mit der Neuordnung der Dinge sym-

^{*)} Der Verf. hatte den in Rede stehenden Churf.-Erlaß des 3. Nov. 1803 in keiner der im Literaturverzeichnis registrierten Akten finden können und ihn deshalb in F.N. 8 des § 37 b nach Brauncitiert. Inzwischen konnte er einer Notiz in den Gen.Sem.Akten die Thatsache entnehmen, daß derselbe im Originale überhaupt nur das Würzburger Seminar angegangen hatte und seine Ausdehnung auf die Bamberger Schwesteranstalt lediglich der Initiative der Bamberger L.D. entsprungen war, welche sich anlässlich des concreten Falls der erstmaligen Anstellung eines Seminarregenten in Bamberg dieserhalb mit Vorstellung vom 3. Apr. 1805 an das Churf. Cabinet gewandt und von daher einen — allerdings strenge genommen nur für jenen Fall giltigen — bejahenden Bescheid d. d. 15. Juli 1805 erhielt hatte.

⁴⁾ Später wurde freilich diese Verpflichtung stritte negiert, besonders durch eine M.E. vom 11. Febr. 1832 — Böllinger 8, 614 — und die schon öfter erwähnte M.E. des 9. Okt. 1854. Ueber letztere s. in diesem Betreffe auch § 38 f.

⁵⁾ Vgl. hierüber außer der F.N. 5 des § 7 hauptsächlich die zahlreichen in der Abhandlung citierten Schriften von Jäc.

pathischer fühlenden Klerus. Dieser Wunsch scheint wohl auch eines der leitenden Motive zu dem Versuche gewesen sein, in den verschiedenen Territorien des bayerischen Länderverbandes alle fremden Tischtitel zu Gunsten des landesherrlichen mehr und mehr auszuschalten. Und daß eine derartige Absicht vorhanden war, dürften einzelne zu damaliger Zeit erlassene generelle und lokale Verfügungen zur Genüge erhellen: neben der Allh. B.O. vom 9. April 1808 über die Beschneidung des Titelverleihungsrechtes der Gemeinden und der späteren M.E. vom 30. Mai 1813 über das nämliche Recht Privater — welsch' letztere Entschließung eine früher vollzogene Beschränkung dieses Rechtes zur Genüge dokumentiert — insbesondere das die Auflösung des Klosters Bang im Bambergischen verfügende Dekret vom 24. Okt. 1803, worin anlässlich der Frage des Uebertrittes zweier dortiger Conventualen zum Weltklerus die Majime ausgesprochen erscheint, daß bei der Bestellung von Geistlichen in bayerischen, aber fremden Diöcesen angehörigen Orten bezüglich der Tischtitelverleihung lediglich die politische d. h. hier die bayerische Zugehörigkeit entscheidend, ein anderer als der landesherrliche Tischtitel also unzulässig sei.

Umgekehrt galt, wie es bereits die oben berührte Churf. B.O. des 3. Nov. 1803 aussprach und wie es eine zweite über die Verhältnisse des Würzburger Klerikalseminars eröffneten Allh. E. d. d. 18. März 1805 weiter ausführte, das Princip, daß die landesherrliche Tischtitelverleihung in Bayern sich nicht auf alle Seelsorger zu erstrecken habe, welche dem Sprengel eines Bistums — sondern nur auf jene, welche der bayerischen Territorialkirche gehörten. In der That zeigte sich alsbald die Wirkung dieser Entschließung darin, daß in dem bayerischen Anteil der Diöcese Bamberg im Jahre 1806 bereits S. Maj. der König als der ausschließliche Tischtitelverleiher figurieren konnte (wogegen es

in der Folge vieler Weiterungen bedurfte, um die Tischtitelfrage für die Seelsorger jener 19 Stellen zu ordnen, welche, vom Gebiete des ehemaligen Hochstifts Bamberg losgesprengt und politisch anderen Staaten einverleibt, im hierarchischen Verbande mit ihrer Mutterdiöcese verblieben waren⁶⁾). Späterhin wurden allerdings, und zwar durch die oben bereits genannte M.E. des 30. Mai 1813 und durch eine im Anschlusse an das Gemeindeedikt vom Jahre 1818 erlassene Allh. E. vom 6. Sept. 1819, private und communale Tischtitel in den bayerischen Landen wiederum zur Geltung gebracht. Indessen beeinflussten diese Vorkommnisse die Tischtitelverhältnisse in der Diöcese und Erzdiöcese Bamberg in keiner Weise. Vielmehr blieb in ihr nach wie vor — spätere, im § 37 d bereits gewürdigte Altensstücke des erzb. Ordinariats betonen diesen Umstand mit einem gewissen Nachdruck und Lehrbücher des Kirchenrechts verzeichnen ihn als Singularität⁷⁾ — S. Maj. d. König der alleinige Tischtitelgeber, und zwar bis zum Beginn des letzten Decenniums des 19. Jahrhunderts, seit welcher Zeit sich mit dem häufiger gewordenen Eintritte fremder Diöcesanen in das Seminar und in die Cura der Erzdiöcese dann und wann, wenngleich nur vereinzelt, auch andere als landesherrliche Titel sich einzustellen pflegten.

d. Die Alerikats- und Tischtitelverhältnisse von der Säkularisation bis zum Jahre 1817.

Zum Unterschiede gegen die in der ausschließlichen oder fast ausschließlichen Verleihung des Tischtitels durch den Landesherrn in der heimischen Diöcese bezw. Erzdiöcese begründete Uniformität trugen die Prämissen, an deren Erfüllung die Verleihung jenes Titels und darauf fußend die

⁶⁾ Ord.Akten.

⁷⁾ Silbernagl, 116; Meurer, 599.

Aufnahme in den klerikalen Stand i. e. S. geknüpft war, einen durchaus uneinheitlichen Charakter. Und zwar ebenso wohl durch die Wandlungen, denen sie als Abmissionsbedingungen für den zum Klerikate abspirierenden natürlichen Nachwuchs der Seelsorgergeistlichkeit, für die Theologiestudierenden, an sich unterworfen waren, wie nicht minder durch die Einbeziehung des Elementes des Regularklerus in den Weltpriesterstand der Diözese in unmittelbarer Wirkung der Säkularisation.

a. Die Zeit der ausschließlichen Uebertritte säkularisierter Conventualen, 1803 und 1804.

Daß im unmittelbaren Anschlusse an die Einverleibung des Fürstbistums Bamberg in das Churfürstentum Bayern die bayerische Staatsregierung den Seelsorgern in allen nunmehr dem Landesverbande angehörenden Orten ohne weiteres den *titulus principis* verlieh, ist in dem vorhergehenden Abschnitte o bereits erwähnt worden. Wesentlich schwieriger dagegen gestaltete sich für sie die Frage nach der Behandlung der säkularisierten Ordensgeistlichen, der Professoren sowohl, wie der Novizen.

Von den ersteren hätte die Bamberger Churf. L.D. am liebsten wohl alle zur Pastoration tauglichen Persönlichkeiten ohne weitere Förmlichkeit zum Seelsorgerdienste in die Diözese übertreten lassen, da sie durch sofortige oder allmähliche Beförderung derselben die ihnen zufolge der Bestimmungen des Reichsrecesses auszumessenden Pensionen ganz oder teilweise einsparen konnte. Und in der That setzte sie bezüglich einer ersten Reihe von Patres aus den aufgehobenen Klöstern der Cisterzienser zu Langheim und der Benediktiner zu Michaelsberg, Banz und Michelsfeld ihren Willen — unbekümmert um die Meinung oder eine etwaige Einsprache der Bamberger Hierarchie — durch,

indem sie die Genannten auf erledigte Pfarreien und Hilfspriesterstellen des Bistums berief und zugleich mit dem landesherrlichen Tischtitel begnadigte. Dagegen scheiterte eine solche Ueberführung en bloc einer weiteren Gruppe von Priestern aus den Prälaten-, sowie von solchen aus den Mendikantenklöstern und endlich von Novizen aus den verschiedensten Klosterkategorien in den diöcesanen Säkularklerus an dem nach gewordenen Widerstande des Bischofs Freiherrn v. Buseck und seines Vikariats. Wohl hatte das letztere auf eine an es unterm 13. März 1803 gerichtete darauf bezügliche Anfrage der „in Sachen der Administrativangelegenheiten der Stifter und Klöster angeordneten Churfürstlichen Special-Kommission“¹⁾ sich mit Antwort vom 17. des nämlichen Monats nicht principiell ablehnend verhalten: und zwar aus dem Grunde nicht, weil es infolge der drohenden Aufhebung sämtlicher Klöster — welche in der Stadt Bamberg sowohl, als auch auf dem Lande einen großen Teil der Seelsorge versehen hatten — einen erheblichen Mangel an Curatpriestern befürchtete. Für eine so weit gehende Absicht aber, wie sie die bezeichnete Kommission und mit ihr die Bamberger Landesdirektion hegte, nämlich den Regularklerus ohne Auslese mit der Weltgeistlichkeit in Reih und Glied zu stellen, war es nicht zu haben.

Vielmehr nahm es aus Anlaß einer speciellen Verfügung der genannten Direktion vom 25. Apr. 1803, welche die unmittelbare Versetzung von 6 Langheimer Cisterziensernovizen in den klerikalen Stand der Diözese bethätigt wissen wollte, unterm 2. Mai des nämlichen Jahres Gelegenheit, auf das

¹⁾ Sie wurde für den Bezirk des säkularisierten Fürstbistums Bamberg mit einer auf einem bekannten Allh. R. vom 27. Jan. 1802 fußenden G. des G. L. R. d. d. 7. Febr. 1803 instituiert — Arch. Alten — und zwar als eine dem G. L. R. direkt untergeordnete Behörde. Ueber die Persönlichkeiten ihrer Mitglieder s. Jüd IV, 598, 604 u. a. a. St.

principiell Bedenkliche und Unbillige des staatlichen Verlangens im allgemeinen hinzuweisen, wie auch die Forderung im concreten Falle abzulehnen. Und es blieb auch vorerst — trotz zweier der L.D. succurrirender Erlasse, eines R. des G. L. R. und einer Churf. E. d. d. 26. Mai 1803 — bei diesem Beschlusse stehen. Auf eine scharfe Replik der L.D. aber änderte es seinen Standpunkt, indem es mit Conclufum vom 25. Juli 1803 seine Geneigtheit kundgab, die 6 Langheimer Religiösen in den Status der Bistumsgeistlichkeit einzugliedern. Nur sollten die letzteren behufs besserer Vorbereitung auf die praktische Seelsorge einstweilen die innerhalb des geistlichen Seminars stathabenden Vorträge und Uebungen frequentieren und unter Umständen auch in das Seminar selbst, allerdings auf Kosten ihrer Kompetenz, eintreten. Die Stripulierung einer solchen Auflage aber war gerade von der Churf. L.D. selbst in einer unterm 11. Juli js. Js. erlassenen Signatur ins Auge gefaßt worden: ihre Formulierung durch das bischöfliche Generalvikariat bedeutete daher nichts anderes als die äußerliche Beurkundung der effektiven Annahme eines durch die Provinzialregierung ihm aufgezwungenen Compromisses.

Damit war aber ein erster Grund gelegt zu einer Verständigung in den weiteren hier einschlägigen Fragen. Und in der That einigte man sich in Ansehung der den Mendikantenorden entstammten Religiösen aller Grade und der aus den Abteiklöstern im Nachgange etwa noch anklopfenden Novizen nach mehrfachem hin und wider schließlich auf die Vornahme einer mündlichen Approbationsprüfung, von deren Ausfall der Uebertritt in die Diöcese abhängig sein sollte. Die „technische“ Prüfungskommission stellte dabei das bischöfliche Generalvikariat, den Vorsitzenden — „zur Beruhigung der Religiösen“, wie die citirte E. der L.D. vom 11. Juli 1803 es angekündigt hatte — die staatliche Behörde.

Ein erstes auf diese Basis aufgebautes solches Examen fand am 17. Febr. 1804, ein zweites zu Anfang Juni des nämli. J. statt. Und zwar hatte bei dem letzteren ein A. u. H. vom 12. März 1804 Berücksichtigung gefunden, welches — freilich eigentlich nur für die Zwecke des Uebertrittes speciell von Angehörigen des Kapuzinerordens zum Weltpriesterstand — eine Prüfung der „Denkungsart“ und der „Fähigkeiten“ der säkularisierten Mönche vorgeschrieben hatte. Die Beteiligung an den beiden Concursen schien im Verhältnisse zu der großen Menge der im bisherigen Fürstbistum Bamberg sesshaften Regularen²⁾ keine sehr bedeutende, indem sich nur anderthalb Duzend von ihnen — und zwar Benediktiner, Dominikaner, Carmeliten, Franziskaner und Kapuziner — zu denselben einfanden³⁾. Mit Rücksicht aber auf das durch das wiederholte Einstellen von Klostergeistlichen in den Seelsorgerverband bereits befriedigte dringendste Bedürfnis des Bistums und die berechtigten Aspirationen des regulären Nachwuchses seines Klerus muß diese Zahl als immerhin nicht unerheblich bezeichnet werden.

Von den Prüflingen zigten nun die aus den Mendikantenklöstern stammenden Religiosen zum Teile so schwache Kenntnisse⁴⁾, daß das bischöfliche Generalvikariat der Landesdirektion ernstlichen Vorhalt machte, dieselben zur Cura zuzulassen. Schließlich aber mußte es auch hier wiederum dem Drucke der staatlichen Behörden, welche sich nun einmal auf deren Unterbringung in der Diöcese versteift hatten,

²⁾ S. etwa F. N. 35 des § 37 b.

³⁾ Ein völlig schiefes, offenbar nicht auf oftentmähige Grundlage aufgerichtetes Urteil über die in Rede stehenden Uebertrittsverhältnisse hatte sich J. a. d. — VI, 219 — gebildet. Seine Bemerkungen über das Vorurteil gegen die Religiosen, über die Verhinderung ihres Uebertritts, über den Wert ihrer Vorbildung, über die Bevorzugung der Weltpriestercandidaten u. c. treffen, für den hier vorwüßigen Zeitraum wenigstens, absolut nicht zu.

nachgeben und 15 Concurrenten die „Befähigung zum Uebertritte“ in diese zuerkennen. Wenn es sich freilich dabei, wie es scheint, mit der stillen Hoffnung getragen hatte, nunmehr vor weiteren Wünschen der Landesdirektion in dieser Sache gesichert zu sein, so mußte es sich im nachfolgenden Jahre 1805 eines besseren belehren lassen, indem es sich während desselben neuerdings bequemen mußte, sowohl einen einzelnen Franziskanerordenspriester, als auch 4 zu Vierzehneiligen befindliche Exconventualen verschiedener Orden der gedachten separaten Prüfung zu unterstellen. Die, übrigens erfolgreiche, mündliche Prüfung des ersteren nahm es selbst vor, und zwar durch Abstellung einer aus seiner Mitte gewählten Kommission, zu welcher ein staatlicher Delegierter als Vorstand abgeordnet wurde. Dagegen beraumte es für die 4 in Vierzehneiligen wohnhaften Ordensleute ein schriftliches Examen an, mit dessen Vollzug es den Dekan des zuständigen bischöflichen Ruralkapitels betraute. Der Ausfall desselben bestätigte das pessimistische Urteil des Vikariats von der Unzulänglichkeit vieler Klostergeistlichen vollkommen, indem nämlich die durchschnittliche Gesamtleistung nicht eines einzigen der 4 Concurrenten genügt hatte²⁾. Auch die Landesdirektion konnte, nachdem ihr diesmal der Beweis „schwarz auf weiß“ geliefert worden war, nichts hiegegen einwenden. Gleichwohl war die kirchliche Stelle in Fortsetzung ihrer bislang bewiesenen Willfährigkeit nicht abgeneigt, in dem concreten Falle dreien der Aspiranten den Uebertritt in die Seelsorgergeistlichkeit des Bistums bedingt, nämlich provisorisch auf je 3 Jahre, zu gestatten³⁾. Die Churf. Landesdirektion quittierte zwar diesen Akt der Connivenz in etwas eigentümlicher Weise, indem sie für die 3 Genannten ganz ebenso wie für alle bisher Uebergetretenen ohne weiteres den landesherrlichen Tischtitel erholte. Indessen schien doch

das diesmalige Vorkommniß auf ihre fernere Haltung in der ganzen Angelegenheit bestimmend eingewirkt zu haben — bestimmender als der Gedanke vielleicht an die unbillige Zurücksetzung, welche durch den zur Regel gewordenen Modus der fortgesetzten Einschlebung von Conventualen der natürliche Nachwuchs des Regularklerus der Diöcese erfahren hatte: denn sie stand von da an von der Weiterführung einer Bevorzugung der Religiösen in der bisherigen Weise vollständig ab, womit wenigstens ein erstes Hinderniß für die Gleichartigkeit in der Behandlung derselben und der Theologie-Kandidaten i. e. S. hinweggeräumt wurde.

**ß. Die Zeit der Gemeinsamkeit der Prüfungen pro
admissione ad seminarium und pro admissione
ad clericatum, 1804 bis 1817.**

In der That war die inferiore Behandlung, die man diesen Theologiekandidaten seit Anfang der neuen Aera hatte angedeihen lassen, eine höchst auffällige und darum der Unmut, der sich in den Reihen derselben aufgespeichert hatte, gewiß kein ungerechtfertigter. Schon einige Monate vor dem gewaltsamen Zusammenbruch des *status quo*, mit Dekret vom 29. Juli 1802, hatte nämlich Fürstbischof Christoph Franz v. Buseck in die Abhaltung eines Concurseß zur Aufnahme in das Seminar gewilligt. Der Vollzug desselben war aber durch die schlimmen Nachrichten, welche man aus den verschiedensten deutschen Gauen über die rücksichtslose Ausführung der Bestimmungen des Luneviller Friedens bezw. über die bereits begonnene Auftheilung der geistlichen Staaten erhalten hatte, und infolge des Mißtrauens, welches man dem ebenfalls aktionsbereiten Churfürsten von Bayern gegenüber nicht los werden konnte, zunächst auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die mit dem 22. Nov.

1802 ¹⁾ ins Werk gesetzte Assimilierung des Hochstiftes mit dem bayerischen Länderverbande ²⁾ und die Tag für Tag neu aufspringenden hochpolitischen Fragen ließen ihn dann vollends derart in den Hintergrund treten, daß es einer regelrechten Aktion des bischöflichen G.B. bedurfte, um ihn wieder einiger Beachtung theilhaftig zu machen.

Ein erster stärkerer Vorstoß der besagten Stelle in dieser Richtung erfolgte unterm 11. Juli 1803 durch ein der L.D. überreichtes Exposé über die Berechtigung und Nothwendigkeit eines derartigen Concurseß, über die früher im Hochstifte Bamberg üblich gewesene äußere Form desselben und über die absolute Unerläßlichkeit wenigstens der Fortführung der beiden Forderungen: der Abhaltung eines *examen scientifioum* und eines *examen morum*. Die L.D. versprach mit Signatur vom 1. Aug. 1803, diese Anregungen dem Chur-

¹⁾ Dieses Datum trägt die Proclamation — Arch. Akten — mit welcher die Besitzergreifung Bambergs eingeleitet wurde. Es findet sich consequent auch bei Jäz — IV, 585; VI, 212 u. a. a. O. — welcher nach seiner eigenen Angabe — VI, 220 — fast alle auf die Säkularisation bezüglichen Aufzeichnungen einheimischen gedruckten Quellen entnommen hatte. Döllinger 1, 188 und nach ihm R. Weber — Anhgbb., 50 — notieren als Datum des Besitzergreifungspatentes, daß sie genau in der in Bamberg publicierten Form veröffentlichen, den 26. Nov. 1802; spätere Akte des G. L. R. und seiner Unterorgane — Arch. Akten — bald den 22., bald den 26. Nov.

²⁾ Jäz — VI, 221 — nimmt als Zeitpunkt für den Beginn einer innigeren Verwebung des heimischen Territoriums mit den bayerischen Landen den 1. Aug. 1806, an welchem Tage die Auflösung der deutschen Reichsverfassung und damit der Verlust des fürstlichen Ranges von Bamberg erfolgte. Doch dürfte dieser „Zwischenfall“ kaum mehr irgend welchen praktischen Einfluß auf den Gang der Dinge ausgeübt haben: erinnerte doch an besagten fürstlichen Rang lediglich nur noch der Titel „Fürstbischof“, an welchem das Generalsvikariat der Diocese seinem ehemaligen Souverän gegenüber festhielt, während die staatlichen Stellen sogar diesen durchgehends perhorrescierten!

fürsten vorlegen zu wollen. Sie schien sich jedoch, da es ihr zunächst um die Unterbringung der säkularisierten Klostergeistlichen zu thun war, nicht allzusehr damit beeilt zu haben: denn erst unterm 16. März 1804 konnte sie an die kirchliche Behörde die Mitteilung von der Allh. Genehmigung der geplanten Approbationsprüfung gelangen lassen.

Bei näherem Zusehen zeigte sich freilich, daß diese Genehmigung sehr wesentliche Abweichungen von dem Schema des G. B. inauguriert hatte. Dem Bischofe war zwar die Festsetzung des Prüfungstermins, die Auswahl der Examinanden und der Entscheid über den Erfolg bezw. die Aufnahme in den „klerikalen Stand“ formell³⁾ vorbehalten worden: aber es wurde der Absicht der bischöflichen Behörde auf Vornahme eines bloßen mündlichen Examinationsverfahrens entgegen durch Einschlebung auch eines schriftlichen Teils eine Bifurcation der Prüfung angeordnet und bezüglich der säkularisierten Religiosen die teils verständlichen, teils neuerdings auszeichnenden Bestimmungen getroffen, daß die letzteren von den übrigen Presbyteratscandidaten räumlich getrennt und über ein separates Pensum examiniert, und, soferne sie nur die Prüfung bestanden hätten, bei der Aufnahme in das Klerikat allen jenen Candidaten *a limine* vorgezogen werden sollten⁴⁾.

Da infolge des seit mehreren Jahren bereits sistierenden Admissionsexamens die Zahl der ordnungsmäßigen Exspektanten natürlich erheblich gewachsen war, eine stärkere Beteiligung aber gegen die Ziele, welche die Staatsregierung mit den Exconventualen verfolgte, verstoßen hätte: so ordnete die Landesdirektion weiterhin — und zwar diesmal im Einverständnis mit dem bischöflichen Vikariate, welchem zu-

³⁾ In Wirklichkeit wurden jedoch auch alle diese Elemente der staatlichen Respicienz unterworfen. S. weiter unten.

⁴⁾ Vgl. auch F. N. 34 des § 37 b.

nächst die Zukunft wenigstens der älteren Theologiecandidaten dringend am Herzen lag — mit einer bereits im § 37b gewürdigten Entschlieſung d. d. 25. April 1804 an, daß von denselben nur solche Abspiranten zur Prüfung zugelassen werden sollten, welche den vollständigen 3-jährigen Lehrkurs der Theologie an der ehemaligen Bamberger Universität oder dem jetzigen Churf. Lyceum zurückgelegt und außerdem noch eine 2- oder 1-jährige Carenzzeit aufzuweisen hätten. Auch „regelte“ die L.D. in der nämlichen Entschlieſung die nähere Form der bischöflichen Einladung zum Admissionsexamen in der in eben jenem Paragraphen registrierten Weise.

Auf die erste zum 20. Aug. 1804 als Schlußtermin ergangene solche Einladung hin meldeten sich nun 16 **theologi emeriti (absoluti)**, 7 Professoren und Novizen aus dem Karmeliten- und Franziskaner- und 2 Conventualen aus dem Kapuzinerorden. Die letzteren wurden mit E. der L.D. vom 8. Aug. 1804 ohne weiteres zurückgewiesen und von den von dem G.B. sämtlich zugelassenen Theologiecandidaten — unter der Motivierung, daß sie nicht, wie vorgeschrieben, im 6. oder 5., sondern „nur“ (sic!) im 4. theologischen Jahrgange stünden — nicht weniger denn 7. Die Prüfung der übrigen aber wickelte sich unter dem Vorſitz des staatlichen Kommissärs M. J. Stenglein und unter der technischen Leitung des G. Rates Fraas — welche Herren bei dieser Gelegenheit ihre später perennierend gewordene gemeinsame Thätigkeit *) zum ersten Male ausübten — genau nach den Normen ab, deren Besprechung einschließlicj jener des Modus der bischöflichen Wahl und der Allerhöchsten Bestätigung der Admittierten ebenfalls bereits Gegenstand des § 37b gewesen.

Denn, um es sogleich hervorzuheben: für die ganze hier in Betracht stehende Epoche von der Säkulari-

*) E. hierüber vornehmlich auch die §§ 37b und c.

sation bis etwa zu den Zeiten unmittelbar vor dem Abschlusse des bayerischen Concordats und des fühlbar gewordenen Priester mangels in Bayern — genauer bis zur Publikation einer noch zu würdigenden Allh. E. vom 15. Apr. 1817⁶⁾ — waren in der Diöcese Bamberg die beiden später so verschieden gehandhabten Elemente der *admissio ad seminarium* und der *admissio ad clericatum* begrifflich als vollkommen identisch betrachtet und ihre Erwirkung durchaus an die Erfüllung der gleichen Siebenzahl der im citierten Paragraphen verzeichneten Bedingungen geknüpft worden⁷⁾. Specieell galten die unter staatlicher Respicienz vorgenommenen Prüfungen in gleichheitlicher Weise ebenso wohl für die eine wie für die andere dieser Admissionen.

In der unmittelbaren Wirkung derselben zeigte sich freilich eine bemerkenswerte Verschiedenheit. Während sich nämlich im Laufe der späteren Zeit der Eintritt in das Priesterseminar regulär als das priore und der Erwerb des *titulus mensae* als das posteriore Moment darstellte, war die Ordnung früher, nämlich vor dem Erscheinen der Allh. E. des 15. Apr. 1817, gewöhnlich gerade die umgekehrte gewesen, indem der Tischtitel ausnahmslos im direkten Anschlusse an die Allh. Bestätigung der Admissionsergebnisse und ohne Bedachtnahme auf die Möglichkeit oder Unmöglichkeit des sofortigen Seminareintritts auszufertigt zu werden pflegte. Von den beiden Problemen übertraf daher auch während dieser Zeit dasjenige der Seminaraufnahme jenes der Tischtitelverleihung an Wichtigkeit um ein Erhebliches. War doch die Berufung

⁶⁾ V. § 38e.

⁷⁾ Unter Wegfall des im Texte zur F.N. 25 des § 37b gemachten Vorbehaltes, der dort notwendig schien, weil der § 37b sich über den wesentlich weiteren Zeitraum von 1803 bis 1822 erstreckte, also auch Verhältnisse einbezog, welche hier teilweise erst Gegenstand der Behandlung des § 38e werden.

auf einen Alumnatsitz, wie bereits die vorhergehenden Abteilungen dieses Paragraphen ersehen ließen, für viele säkularisierte Conventualen mit schmaler Kompetenz und wohl für alle seit Jahr und Tag überzähligen *theologi absoluti* nicht nur eine wahrhaftige „Lebensfrage“ — es hing ja von ihr und der hiedurch begründeten Dauer des Seminar-aufenthaltes auch der Zeitpunkt der Ordination ab und von dieser die frühere oder spätere Erreichung des ersten Ziels der priesterlichen Laufbahn, die Einreihung unter die Zahl der Alumnat- und Hilfspriester.

Mit der Erholung des landesfürstlichen Tischtitels und dem wirklichen Eintritte in das Priesterseminar hatte der Admittierte die unerlässlichsten äußeren Voraussetzungen zur Aufnahme in den klerikalen Stand i. e. S. d. h. zur Zulassung zu den höheren Weihen erfüllt. In der Bamberger Diözese waren diese beiden notwendigen Bedingungen (von internen, auf den Aufenthalt im Seminar bezüglichen abgesehen) formell zugleich auch die hinreichenden — im Gegensatz zu den Gepflogenheiten im übrigen Bayern, welche hiegegen mehrfach differierten, während sie sich allerdings *in praxi* auch in Bamberg unter dem Drucke der eigenartig gelagerten Admissionsverhältnisse zum größten Teile Geltung verschafft hatten.

Unter diesen Gesichtspunkten und in der Erwägung des Umstandes, daß die Zulassung zu den *ordines sacri* in damaliger Zeit im Bistum Bamberg gleichfalls an die beiden Bedingungen des Besizes des landesfürstlichen Tischtitels und eines Seminaraufenthaltes von bestimmter Dauer als die wesentlichsten gebunden war, fällt die weitere Behandlung des ganzen Themas der Klerikatsadmission bis zum Jahre 1817 fast vollständig mit jener der Seminaradmission zusammen, so daß bezüglich ihrer der Hauptsache nach auf den § 37 b verwiesen werden kann, während nur

einige wenige das fragliche Gebiet streifende Punkte noch einer ergänzenden Erörterung bedürfen.

Zu denselben gehören vornehmlich

γ. Die im übrigen Bayern geltigen Tischtitelbestimmungen.

Ihnen lagen für unsern in Rede stehenden Zeitraum zu Grunde eine Allh. B.D. vom 20. Febr. 1804, adressiert an die L.D. der Churpfälzbayerischen Provinz in Schwaben; eine ebensolche B.D. vom 18. März 1805, gerichtet an die „Generallandesdirektion“¹⁾ in Würzburg; sowie eine R. B.D. vom 24. Febr. 1807, erlassen an die beiden Landesdirektionen in Schwaben und Franken, deren letztere nur mehr noch das Gebiet des ehemaligen Fürstbistums Bamberg umfaßte.

Von diesen Akten machte die B.D. vom 20. Febr. 1804, welche durch eine Bekanntmachung der schwäbischen L.D. vom 6. März 1804 zur allgemeinen Kenntnis gebracht wurde, die Verleihung des landesherrlichen Tischtitels abhängig von der Zurücklegung des 21. Lebensjahres, der Vollenbung der theologischen Studien auf einer inländischen Schule²⁾, der Vorlage von Sitten- und Fähigkeitszeugnissen und endlich dem Bestehen der vorgeschriebenen Prüfung. — Die B.D. des 18. März 1805 begehrte u. a. die Erbringung eines vom Seminarregens auszustellenden Sitten- und eines vom Seminararzte zu attestierenden Gesundheitszeugnisses und genehmigte die Ausfertigung des titulus in der von der Würzburger Provinzialbehörde vorgesehenen Form. — Die Allh. B.D. vom 24. Febr. 1807 endlich schrieb als Tischtitelformular das in den bayerischen Erblanden gebräuchliche vor, ordnete die Registrierung der zum Tischtitelempfang

¹⁾ Vgl. die Bemerkungen in der nachfolgenden F.N. 3.

²⁾ Universität oder Lyceum.

geeigneten Candidaten in eine nach Maßgabe der Prüfungsergebnisse zu fertigende und an die Allh. Stelle vor Ende Januar jedes Jahres einzusendende Tabelle an und normierte zum Schlusse die Anzahl der jährlich zu verleihenden landesherrlichen Titel nach dem Grundsätze, daß auf 30 unter dem Königlichem Patronate stehenden Curatpfründen in *maximo* 1 Titulant treffen solle.

Nach den unmittelbar vorhergehenden Ausführungen hatte sich insbesondere den 2. Punkt in dem Allh. R. des 20. Febr. 1804 eine unterm 25. Apr. des nämll. Jz. erlassene Verfügung der Bamberger Landesdirektion betreffend die ausschließliche Zulassung von *theologis absolutis* nicht entgehen lassen. Doch konnte sich das verfochtene Princip verschiedener Umstände halber, wie sie teilweise bereits im § 37b aufgezählt wurden, teilweise noch im nachfolgenden Texte dieses Abschnittes d zu würdigen sein werden, nicht auf längere Zeit aufrecht erhalten und mit ihm ebensowenig der erste Punkt der in Rede stehenden Allh. B.D. über die Einhaltung einer bestimmten Altersgrenze.

Die Allh. B.D. des 18. März 1805 hatte zunächst Würzburger Verhältnisse im Auge, sie konnte aber gleichwohl auch als an die Bamberger Hierarchie erfließen erachtet werden. Denn nicht nur richtete sie sich an die „General-Landesdirektion in Würzburg“ — welch' ungewöhnliche Bezeichnung*) kaum eine andere Behörde inbegriff, als das dortige Generallandeskommissariat in Franken, dem die beiden Landesdirektionen zu Würzburg und Bamberg unterstellt waren: es war ja auch früher schon anlässlich eines

*) Eine „Generallandesdirektion“ hatte eigentlich als Centralregierung nur in München bestanden. Sie war mit Churf. B.D. d. d. 15. Aug. 1803 in eine Landesdirektion analog den 4 anderen, in Neuburg, Oberpfalz, Franken und Schwaben bestehenden umgewandelt worden. Die Vorstände der letzteren wurden mit B.D. vom 15. Okt. 1804 zugleich Generallandeskommissäre. Vgl. auch F.N. 2 des § 4.

besonderen Falles der Grundsatz verfochten worden, daß eine das Würzburger Klerikalseminar betreffende Allh. Verfügung allgemeineren Charakters eo ipso für das Bamberger Seminar Geltung besäße⁴⁾. Trotzdem scheint die einzig wesentlich neue Prämisse, welche sie den für die Tischtitelverleihung in Bamberg gültigen sieben Bedingungen als achte an die Seite zu setzen vermocht hätte, die Erbringung eines ärztlichen Zeugnisses, ebenda eine besondere Beachtung nicht gefunden zu haben. Wenigstens ließen sich aktenmäßige Anhaltspunkte für eine Urgierung einer solchen Bestimmung nicht gewinnen.

Die dritte der in Rede stehenden Allh. Verordnungen endlich, jene des 24. Febr. 1807, war formell ebenso wie für die Churpfalz-bayerische Provinz in Schwaben, so auch für den Bezirk des fränkischen Generallandeskommissariats — der nach Abtretung des Fürstentums Würzburg im wesentlichen nur mehr das ehemalige Hochstift Bamberg umfaßte — erlassen worden. Sie wurde von der Bamberger L.D. dem bischöflichen Generalvikariate erst ein volles dreiviertel Jahr später, unterm 2. Dez. 1807, kundgegeben⁵⁾. Und zwar hatte die dieses Datum tragende Signatur aus ihr für die einheimische Diöcese bereits die Bilanz gezogen, indem sie unter Zugrundelegung einer Anzahl von 240 bis 250 Curatpfändern Königlichen Patronats einen jährlichen Anfall von 7 bis 8 Tischtitel berechnet hatte. Diese Zahl erwies sich freilich schon auf den ersten Blick als viel zu klein für die normalen Bedürfnisse der Diöcese, geschweige denn unter den damaligen Verhältnissen eines erhöhten Abgangs von älteren, bei der Säkularisation zur Cura übergetretenen Conventualen und des sehr empfindlich gewordenen

⁴⁾ Cf. F.N. 3 deslg 38 c.

⁵⁾ In den Ord.Akten findet sich darum dieses letztere Datum irrthümlicherweise öfter an Stelle des originalen.

Mangels an seelsorgerlichem Nachwuchs. So gerne daher auch die Landesdirektion es im Interesse der möglichst Hintanhaltung einer längeren Carenzzeit für die älteren Theologiecandidaten gesehen hätte, wenn der bisherige Modus der bloßen Zulassung von *theologis emeritis* zum Klerikatsexamen hätte beibehalten werden können, so legte sie doch in der Befürchtung eines permanenten Deficits von Curatpriestern dem bischöflichen Generalvikariate nahe, seinerseits Allerhöchstenorts um die Erlaubnis nachzusuchen, auch Studierende der theologischen Section des R. Lyceums zu den Prüfungen einberufen zu dürfen.

Dieser Rat wurde seitens des Generalvikariates nicht befolgt. Vielmehr war es die Allh. Stelle selbst, welche, in dieser Sache die Initiative ergreifend, späterhin in dem im § 37b bereits öfter erwähnten R. vom 26. März 1814 erklärte, daß fñrderhin die Zulassung zum Admissionsexamen *ad seminarium et clericatum* nicht mehr an die Voraussetzung des Besitzes des *absolutorium theologiae* gebunden sei, sondern auch solchen Studierenden der Theologie gewährt werden würde, welche den Lehrkurs des R. Lyceums noch nicht absolviert hätten. Und in der That machte die bischöfliche Behörde nunmehr von diesem Zugeständnisse sofort Gebrauch, indem sie noch im nämlichen, sowie in dem übernächsten Jahre — im Jahre 1815 mußte der Conkurs mangels irgend welcher Beteiligung vollständig ausfallen — Theologiecandidaten aller 3 lycealen Kurse den Beitritt zum Admissionsexamen gestattete. Einer Weiterführung dieses Modus aber über das Jahr 1817 hinaus traten Bestimmungen in den Weg, die, in dem kirchenpolitisch so ereignisvollen Jahre 1817 in unvermuteter Weise in die Erscheinung tretend, teilweise ebenfalls bereits im § 37b unter dem Gesichtspunkte der *admissio ad seminarium* berührt wurden und die als wichtige Etappen in der Entwicklung der Klerikatsadmissions-

frage weiterhin noch im folgenden Teilabschnitte e Berücksichtigung finden sollen.

e. Die Zeit von 1817 bis 1824.

Die im Vorhergehenden betonte Identität der Bedingungen für die Aufnahme der Candidaten des Weltpriesterstandes in das Seminar einerseits und für die Verleihung des landesherrlichen Tischtitels an dieselben andererseits erreichte im Jahre 1817 ihr plötzliches Ende. Und obgleich sie alsbald wiederum, nach Jahresfrist schon, neu auflebte, so hatte doch diese kurze Spanne Zwischenzeit genügt, um die principielle Verschiedenheit der beiden in Rede stehenden Begriffe deutlich zu signieren.

Den unmittelbaren oder mittelbaren Anstoß zur Umgestaltung der Prämissen schien der bereits in den §§ 32 und 37b gewürdigte Bericht des Prüfungskommissärs M. J. Stenglein zur K. Regierung des Obermainkreises d. d. 10. März 1817 über die unterm 20. Febr. js. 38. stattgefundene Admissionsprüfung gegeben zu haben. Nicht als wenn dieser Bericht sich ungünstig über die qualitativen Ergebnisse der Prüfung geäußert hätte! Im Gegenteil: Stenglein hatte darin die Regierung ersucht, die sämtlichen 11 geprüften Abspiranten Sr. Maj. d. Könige zum Zwecke der Bestätigung der provisorisch bereits ausgesprochenen Seminar Aufnahme und der Verleihung des K. Tischtitels empfehlend in Vorschlag zu bringen — welchem Ansinnen die gedachte Behörde in der That unterm 29. März 1817 auch nachgekommen war. Aber er hatte sich bei dieser Gelegenheit über verschiedene thatsächliche oder vermeintliche Mißstände in der Handhabung der Prüfungsmodalitäten durch das bischöfliche G. B., insbesondere über die Zulassung von nicht absolvierten Theologen und sogar von Philosophieandidaten zum Admissionsexamen in derart scharfer Weise ausgesprochen,

daß die hohe und höchste Stelle — welch' letzterer das Stenglein'sche Epöse mit Bericht der Kreisregierung vom 29. März ejd. a. im Originale unterbreitet worden war — notwendig Stellung hiezu nehmen mußten. Dieselbe kam zum Ausdruck in einem durch das K. Staatsministerium des Innern provocierten Erlasse der Allh. Stelle vom 15. Apr. 1817 und in einer Reg. E. vom 10. Juni des gl. Js.

Was zunächst die letztere anlangt, so erschien dieselbe nicht sowohl in direkter Aeußerung auf die Beschwerden des K. Prüfungskommissärs, als vielmehr in Duplik auf eine Verteidigungsschrift, welche das Generalvikariat als Antwort auf die Angriffe Stengleins unterm 16. Mai 1817 an die Regierung des Obermainkreises hatte abgehen lassen. Nicht mit Unrecht war nämlich in dieser gegen den genannten Referenten der Vorwurf erhoben worden, daß er gegen die in seinem Berichte beanstandete Zulassung von *theologis non emeritis* und von *Philosophiecandidaten* zum *Admissionsexamen* als Leiter des Prüfungsgeschäftes ja selbst nicht nur keinen Einspruch erhoben, sondern sogar *motu proprio* Veranlassung genommen habe, den in den Concurseu von 1814, 1816 und 1817 geprüften, teilweise eben erst in das Theologicum des Lyceums eingetretenen Candidaten jeweils zugleich mit der Bestätigung der Seminar Aufnahme auch den K. Titel zu erwirken. Auch eine mehr sachliche Berufung auf die mehrfach bereits citierte Allh. B.D. vom 26. März 1814, welche die Admittenden von der Verpflichtung zur vorherigen Vollendung des Studiums der Theologie geradezu dispensiert hatte, war nicht unangebracht. Die angerufene Stelle entschied hierauf sehr diplomatisch: sie erkannte die fortdauernde Gültigkeit der citierten Allh. B.D. an, betonte jedoch die Abhängigkeit der Anwendbarkeit derselben auf den einzelnen concreten Fall von einer jedesmaligen Entschließung *ad hoc* der K. Kreisregierung, welche dem Wortlaute der B.D. zu-

folge in diesem Sinne zu befinden habe. Damit hatte sie dem Standpunkt Stenglein's „principiell“ Rechnung getragen, während sie ihm, dessen vornehmliches Geschäft ja in der Ueberwachung der formalen Correctheit des äußeren Ganges der Prüfung bestand, damit doch einen stillen Tadel darüber hatte zukommen lassen, daß er es seinerseits 3 mal verabjäumt hatte, die notwendige Regierungsdispens einzuholen. Um jedoch diesen Tadel noch mehr zu maskieren, war der Schwerpunkt der in Rede stehenden Reg. E. auf die schon im § 37 b besprochene, von Stenglein mit vollem Rechte gerügte Gepflogenheit der bischöflichen Behörde, Philosophiecandidaten ohne philosophisches Abjolutorium zum Studium der Theologie zuzulassen, geworfen und die Weiterführung dieser Observanz strikte untersagt worden¹⁾.

Von wesentlich anderen Gesichtspunkten aus urteilte das zweite auf die Stenglein'schen Klagen und Vorschläge erschienene Aktenstück, die Allh. E. vom 15. Apr. 1817. Sie hielt es nämlich für angezeigt, die beiden Elemente der Seminaraufnahme und des Titels fürderhin scharf zu trennen. Und zwar sollte von nun ab die Aufnahme in das Priesterseminar als primäre, die Verleihung des *titulus mensae* als sekundäre Frage gelten. Demgemäß wurden die mit Erfolg geprüften und Allerhöchsterseits der definitiven Seminaraufnahme als würdig erkannten Concurrenten realiter in 2 Klassen geschieden: in solche Admittenden, welche sofort als Alumnen in das Seminar eintreten konnten, und in solche, welche auf die Erledigung frei

¹⁾ In F. N. 11 des § 32 ist bemerkt worden, daß das G. R. R. bezw. die R. Kreisregierung dieses Verbot auch dem Lyceumsrektorate in besonderer Weisung zugehen lassen wollte, daß indessen eine dahin zielende Entschliehung in den Lye. Akten nicht zu finden gewesen sei. Inzwischen ist es dem Verf. geglückt, wenigstens das Concept derselben zu entdecken, und zwar in den Gen. Sem. Akten. Es trägt das gleiche Datum des 10. Juni 1817 wie die an das G. R. gerichtete E.

werdender Alumnatsitze warten mußten. Nur den Angehörigen der 1. Gruppe wurde die Tischtitellurkunde zur sofortigen Aushändigung zugebacht. Die übrigen sollten zwar nach Maßgabe ihrer beim Admissionsexamen erzielten Klassifikation successive auf frei gewordene Seminarplätze ohne weitere Förmlichkeit einrücken können: der Ausfertigung des Tischtitels aber sollte der Nachweis fortgesetzter Etrebsamkeit und Würdigkeit — durch ein nochmaliges Examen zu erbringen — vorhergehen. Und wirklich wurden von den 11 vorge schlagenen Admittenden nur 3 des titulus gewürdigt, entsprechend der Anzahl der im Klerikalseminar gerade frei stehenden Plätze, den 8 anderen aber die Bedingung auferladen, sich nach Umfluß eines Jahres nochmals prüfen zu lassen.

Vergebens versuchte die bisch. Behörde in ihrer Vorstellung vom 16. Mai 1817 gegen diese Strenge mit dem besonderen Hinweis anzukämpfen, daß sie durch den Vollzug dieser Bestimmungen bedenklich compromittiert würde²⁾: die oben citierte Reg. G. vom 10. Juni des gl. Js. berief sich nicht nur auf den strikten Wortlaut des Allh. R. des 15. Apr., sondern suchte auch die innere Berechtigung der getroffenen Anordnungen in überzeugender Weise darzuthun. Dagegen muß es als wesentlich über das Ziel hinausgeschossen, ja als direkt gegen die Intentionen der Allh. Stelle verstoßend bezeichnet werden, daß man nachmalig auch die zurückgestellten Exspectanten nicht eher in das Seminar aufgenommen wissen wollte, als bis sie sich ebenfalls einer zweiten Prüfung unterzogen hätten³⁾. Das bisch. G. B. achtete denn auch diesmal nicht auf die Möglichkeit einer derartigen Interpretation, sondern berief im Laufe des Jahres

²⁾ Vgl. auch § 37 b.

³⁾ So wollte es speciell ein Verdict der R. Klerikalseminarregierung vom 30. Juni 1818 zur höchsten Stelle normiert wissen.

4 von den noch übrigen 8 Admittenten in das Alumnat ein. Und prompt am 16. Apr. 1818, also gerade am Tage der Vollendung der 1-jährigen Carenzfrist, stellte es an die K. Regierung das Ersuchen um Anberaumung eines Termins für das zweite Examen, um den sämtlichen Restanten den Tischtitel zu erwirken. Da von den Genannten sich noch 3 außerhalb des Seminars befanden — einer war inzwischen gestorben — so widersprach der Umfang dieier Bitte eigentlich direkt der Allerhöchsterseits kundgegebenen Willensmeinung. Aber merkwürdigerweise hatte die für die 7 Concurrenten stattfindende Prüfung den Erfolg, daß ihnen allen mit Allh. N. vom 16. Juli 1818⁴⁾ der Tischtitel zugestellt wurde.

Die Wirksamkeit der Allh. E. des 15. Apr. 1817 hatte also nur ein einziges Jahr angehalten. Eine spätere Reg.E. d. d. 16. März 1820 suchte sie neuerdings zu entfachen, indem sie für die in jenem Jahre mit Erfolg geprägten 11 Candidaten nur 6 Tischtitel, entsprechend der Zahl der im geistlichen Seminar momentan zur Verfügung stehenden freien Plätze, zu erhalten beschloß. Trotzdem erkannte ein Allh. N. vom 3. Juli 1820 den sämtlichen Prüflingen den titulus ohne jede Einschränkung zu mit Ausnahme eines einzigen, dessen Staatsangehörigkeit vorerst in weitere Instruction genommen werden mußte. Nachdem aber für ihn das bayerische Indigenat erwirkt worden war, wurde auch ihm die Tischtitelurkunde zugestellt, ohne daß dabei die Fragen, ob er dem Seminare bereits angehöre oder unbehindert in dasselbe eintreten könne oder nicht, irgend welche Rolle gespielt hätten.

Man wird kaum fehl gehen, wenn man diese auffällige und rasche Abgehen der Allh. Stelle von einer eben erst in eigenster Erwägung geschaffenen grundsätzlichen

⁴⁾ Erlassen als Antwort auf eben die in vorstehender F.N. 3 registrierte regierungsseitige Vorstellung.

Anordnung in Zusammenhang bringt mit einer des öfteren schon berührten Erscheinung kirchenpolitischer Tragweite, mit dem gerade in den Jahren 1816 und 1817 kritisch gewordenen Seelsorgermangel in Bayern. War es doch König Maximilian I. selbst gewesen, welcher die erste allgemeine Anregung sowohl zum Studium als auch zur thätlichsten Hebung jenes Mißstandes gegeben und eine bereits im § 27b gestreifte, unterm 7. Juni 1816 an die theologische Fakultät der Universität Landshut^{*)}, die bischöflichen Behörden und die mit diesen communicierenden äußeren staatlichen Stellen der Generalkreiscommissariate adressierte Aufforderung zur gutachtlichen Berichterstattung in dieser Sache veranlaßt hatte — eine Aufforderung, welcher auch von dem bischöflichen Generalvikariate Bamberg entsprochen wurde.

Daß von der genannten Behörde unterm 27. Juni 1816 erstattete Referat, von dem bekannten Canonisten, Mitglied des Geistlichen Ratscollegiums und Theologieprofessor Dr. Andreas Frey verfaßt, ist von dem Verfasser zusammen mit dem Originalwortlaut der M.E. des 7. Juni 1816 anderwärts in extenso publiciert worden. Es berührt sich

*) Nach einer freundlichen Mitteilung des Dekanats der theologischen Fakultät Würzburg vom 1. März 1903 befindet sich in den Akten desselben kein Beleg dafür, daß die bayerische Staatsregierung sich mit einer analogen Aufforderung auch an die genannte Fakultät gewandt habe. Man kann diese Thatsache wohl ebenso gut in Verbindung bringen mit der Kürze der Zeit, seit welcher die Universität Würzburg wieder Landeshochschule geworden war — nach dem Schreiben des Dekanats gilt als Tag der Restitution der 4. Nov 1815, während dagegen das Reg.Bl. 1814 bereits für das Wintersemester 1814/15 einen vollen Vorlesungsplan verzeichnet — vielleicht auch mit der eigenartigen Stellung, welche die theologische Fakultät unter der großherzoglich Würzburgischen Regierung dadurch eingenommen hatte, daß sie von der Universität losgelöst und mit dem Klerikalseminar zu einem eigenen Körper verschmolzen gewesen war.

natürlich auf das engste mit den 2 einzigen bisher durch den Druck bekannt gewordenen Gutachten, demjenigen der Landshuter Fakultät⁶⁾ und demjenigen des vom bischöflichen Ordinariate Regensburg als Sachverständigen angegangenen Prälaten Ruppert Kornmann von Priffling⁷⁾. Es brachte indessen auch solche Klagen und Wünsche zum Ausdruck, welche der Bamberger Diocese spezifisch waren, darunter gerade den Hinweis auf die ebenda herrschenden, dem Studium der Theologie äußerst nachteiligen Gepflogenheiten in Sachen der Seminar- bzw. Klerikatsadmission — wie sie teils im § 37 b, teils in den vorausgegangenen Abteilungen des jetzigen § 38 registriert wurden und wie sie in dem Allh. R. vom 15. Apr. 1817 über die principielle Spaltung der Seminaraufnahme- und Tischtitelfrage ein neues Hindernis erfahren hatten.

In der That ließe sich diese Zerteilung und das ihr innewohnende onus einer zweimaligen Admissionsprüfung und einer Verlängerung der Carenzzeit der Presbyteratscandidaten mit der in der M.E. des 7. Juni 1816 so präcise ausgedrückten Allerhöchsten Willenskundgebung über die Verstopfung der Ursachen des Priestermangels gar nicht in Einklang bringen, wenn man nicht wüßte, daß das sie inaugurierende Allh. R. vom 15. Apr. 1817 als Antwort auf den Bericht des staatlichen Prüfungskommissärs Stenglein d. d. 16. März d. nämli. Zs. erflissen wäre. Dieser Bericht hatte aber hinsichtlich des Mangels an Curatpriestern

⁶⁾ Vgl. über dieselbe die §§ 13, 24, 32 und 37 b.

⁷⁾ S. etwa F.R. 31 des § 37 b. Nach einer freundlichen Zuschrift des bisch. Ordinariats Regensburg vom 28. März 1903 war in der dortigen Repositur über den officiellen oder nichtofficiellen Charakter des Kornmann'schen Gutachtens wie überhaupt über das letztere nichts aufzufinden gewesen. Dagegen steht fest, daß Kornmann — zum Unterschiede von Frey — dem Geistlichen Ratscollegium seiner Diocese nicht angehörte.

in der Bamberger Diöcese völlig irrige und schiefe Angaben gemacht, denselben negiert bzw. als bereits im Schwinden begriffen hingestellt — so daß man höchsten und Allerhöchsten Orts über den thatsächlichen Bestand der einschlägigen Verhältnisse im Bistum Bamberg unmöglich richtig informiert sein konnte. Die fortgesetzt niedrige Zahl aber der zum Concursexamen sich einstellenden Aspiranten, sowie die urterm 16. Mai 1817 erlassene Replik der kirchlichen Behörde auf die Stenglein'schen Aeußerungen sprachen eine zu deutliche gegenteilige Sprache, als daß man nicht alsbald durch den stillschweigenden Verzicht auf den Vollzug der Allh. B.O. des 15. April 1817 auch das Seine zur Förderung des Studiums der Theologie beizutragen willens geworden wäre.

Auch andere, in den §§ 37b und c bereits registrierte conciliante Akte der K. Staatsregierung gaben deutlich von diesem Willen Kenntnis. Von denselben ist hier hauptsächlich einschlägig die Wiederaufrichtung des Baunach'schen Beneficiums in seiner früheren Form und der Verzicht auf die Vorlage des *absolutorium theologiae* als notwendiger Voraussetzung der Zulassung zum Admissionsexamen *ad seminarium*. Was das erstere anlangt, so legte, nachdem eine Reg.E. vom 5. Nov. 1818 dem jeweiligen Inhaber zunächst wieder den Charakter eines *alumnus supernumerarius* zuerkannt hatte, ein Allh. Erlaß vom 14. Dez. 1818 weiterhin als Norm fest, daß demselben — obgleich er eben erst in das lyceale Theologicum eingetreten war — genau wie unter der ehemaligen fürstbischöflichen Regierung sogleich auch der K. Tischtitel ausgefertigt werden sollte. Mit der Auffassung dagegen der Bedingung über die Erbringung des Absolutorialzeugnisses, wie sie die M.E. vom 26. Juli 1824^{*)} aussprach, wird sich, da diese Entschlie-

*) Vgl. F.N. 33 des § 37c und die dortigen Hinweise.

geradezu eine neue Epoche auch in Sachen des Tischtitels einleitete, der unmittelbar folgende Paragraph zu beschäfftigen haben.

f. Die Zeit von 1824 bis zur Gegenwart.

Die eben genannte M.E. des 26. Juli 1824 stellte nämlich die Prämiffen für die Ertheilung der *admissio ad seminarium* und der *admissio ad clericatum*, beziehentlich — da die Zueignung der Klerikatsadmission von der vorherigen Zuerkennung des R. Tischtitels abhängig gemacht worden war — für die Aufnahme der Presbyteratscandidaten in das Seminar und die Verleihung dieses Titels an sie auf zwei im Niveau wesentlich von einander abweichende Basen. Sie beließ es zwar bei der Festsetzung nur einer einzigen, gemeinsamen Approbationsprüfung, unterschied jedoch zwischen unmittelbarer und mittelbarer Wirkung derselben durch Einschlebung der Frage nach dem Besitze des *absolutorium theologiae*. Während nämlich bislang die Vorlage dieses Absolutatoriums wegen der äußerlichen Identität der beiden Admissionen als uniforme Forderung figurirt hatte, die jederzeit mögliche Dispens von derselben dem Interessenten dann aber auch ebenso für beide Admissionen zugleich zugute gekommen war, begehrte die höchste E. vom 26. Juli 1824 von jetzt ab das Absolutorialzeugnis der Theologie nur mehr als Bedingung für die Verleihung des *titulus mensae*, nicht mehr aber als notwendigen Beleg für das Gesuch um Zulassung zum Concurs-examen schlechthin. Letzterem fiel also von da ab primär die Rolle des Examens pro admissione ad seminarium zu, während sich sein Wirkungsbereich erst sekundär auf die *admissio ad clericatum* erstreckte.

Und wirklich vollzog sich mit diesem Zeitpunkte eine deutlichere Scheidung in der Auffassung der beiden nun

über 2 Decennien verschmolzen gewesen, begrifflich aber durchaus differenten Elemente. Sie kam wohl auch im Königreiche zum Ausdruck, und zwar dadurch, daß man da, wo die Seminaraufnahme nur an die Erfüllung von kirchlicherseits vorgeschriebenen Bedingungen gebunden oder doch nicht ständiger oder nicht strikter staatlicher Controle unterworfen war¹⁾, die Abmittenden nach bestandener Prüfung ohne weiteres in das Seminar aufnahm und erst später behufs Erwirkung des R. Tischtitels bei den zuständigen staatlichen Stellen vorsprach²⁾. In Bamberg allerdings, wo das staatliche *jus supremæ inspectionis* in diesem Betreffe bis zum Jahre 1847 — genauer bis zur Publikation der M.E. vom 8. Dez. 1847 — unentwegt und schärfstens gehandhabt wurde, hielt man sich zunächst peinlich genau an den Wortlaut der für die beiden Admissionen fundamentalen Akte der Allh. V.D. des 26. Nov. 1822 und der M.E. des 26. Juli 1824. Insbesondere ließ man die Tischtitelreflektanten ihre Wittgesuche zur Allh. Stelle erst einreichen, nachdem sie bereits den 3-jährigen theologischen Lehrgang des Lyceums absolviert und so die Möglichkeit gewonnen hatten, die Absolutorialzeugnisse denselben als Belege beizufügen. Bei der Umständlichkeit des Instanzenzuges durch die R. Kreisregierung und das R. Staatsministerium des Innern hindurch und *vice versa* zog sich dabei die Zustellung der Tischtitelurkunde oft so geraume Zeit hin, daß die Titulanten erst im darauffolgenden Frühjahr, wenn nicht im Sommer, also tief im 4. Jahre ihres theologischen Studienganges, zur Ordination gelangen konnten.

Soweit der auf den früheren Priesterangel³⁾ einge-

¹⁾ Beachte vornehmlich die §§ 37 c und d hierüber.

²⁾ Vgl. F.M. 14 des § 37 d.

³⁾ Cf. § 37 b, F.M. F.M. 17 und 29 sowie den ihnen unterliegenden Text des § 37 c, und weiterhin die §§ 38 d und e.

tretenen Ueberfluß an Seelsorgerlichen Kräften⁴⁾ anhielt, hatte diese Verzögerung eine Bedeutung nicht — sie mußte im Gegenteil ebensowohl der kirchlichen Oberbehörde, wie nicht minder den Interessenten in gewisser Hinsicht sogar willkommen sein: denn erstere brauchte sich nicht zu beeilen, der Diöcesangeistlichkeit neuen Nachwuchs zuzuführen, solange sie für die älteren Jahrgänge der Neopresbyter keine Verwendung hatte, die *theologi absoluti* dagegen mußten es begrüßen, wenn sie möglichst lange Zeit im Seminar als Alumn⁵⁾en oder Alumnatpriester — denn diese früher bestandene Kategorie⁶⁾ lebte nunmehr notgedrungen wieder auf⁷⁾ — Unterkunft finden konnten. Sobald jedoch neuerdings sich im Seelsorgerstande der Erzdiöcese Ebbe bemerkbar machte⁷⁾, wurde natürlich von dieser Praxis sofort wieder abgelaßen und die Erteilung der *ordines maiores* näher an das Ende des 6. theologischen Semesters — gewöhnlich in das Intervall des demselben unmittelbar folgenden Vierteljahres — gerückt, nachdem man nunmehr die Theologieabsolventen veranlaßt hatte, schon während dieses Semesters ihre Titeltelgesuche einzureichen. In Verbescheidung derselben unterließen dabei ab und zu auch bemerkenswerte Abweichungen von der durch die ministerielle E. des 26. Juli 1824 stipulierten Norm, indem dem einen oder anderen singulären Candidaten bereits im 5. oder sogar im 4. theologischen

⁴⁾ Derselbe trat sprunghaft auf. Jahre reich an priesterlichem Nachwuchs umschlossen die Intervalle 1827 bis 36, 1840 bis 52 und 1856 bis 66.

⁵⁾ Sie spielte vornehmlich in den §§ 37b und c eine große Rolle.

⁶⁾ Und zwar anscheinend mit dem Jahre 1827, um durch die in F.N. 4 bezeichneten Intervalle hindurch bis zum Jahre 1867 anzuhalten, von welch' letzterem Zeitpunkte ab sie wieder entschwand.

⁷⁾ Sie trat sporadisch in den Jahren 1838, 1860 und 1864, permanent seit dem Jahre 1867 auf.

Semester bereits der *titulus mensae* zugefertigt wurde^{*)}. Einschneidende Neuerungen auf dem ganzen hier vorwürfigen Gebiete erfolgten jedoch erst gegen die Wende der 40-er und den Beginn der 50-er Jahre. Die durch die fundamentale M.E. vom 13. Nov. 1849 hervorgerufene Reform der Hyceen, insbesondere die Reduction des philosophischen Studiums auf 1 Jahr, die Auflassung des Prüfungszwangs für die Philosophieandidaten und endlich die Unterstellung der Prüfungsbestimmungen *pro admissione ad seminarium* unter die episcopale Jurisdiction mußten natürlich auch das mit letzterer Frage bisher in Verbindung gestandene Problem der *admissio ad clericatum* beeinflussen. Und in der That ließ sich schon der erste auf die Basis der höchsten E. vom 13. Nov. 1849 gestellte des öfteren bereits^{*)} citierte Erlaß des Erzbischofs von Bamberg d. d. 21. März 1850 die Fixierung auch dieses Punktes nicht entgehen.

Zwar war in der eben genannten Entschließung nur von der ersteren und keineswegs von der letzteren Admission die Rede. Da aber die in der bislang als Norm giltigen höchsten E. des 26. Juli 1824 begründete Trennung der beiden Begriffe schließlich nur zu einer stärkeren Hervorkehrung der einzigen Tischtitelangelegenheit geführt hatte, während an allen übrigen für die Klerikatsaufnahme i. e. E. geforderten Bedingungen und insbesondere an der Gepflogenheit gemeinsamer Prüfungen *pro seminario* und *pro clericatu* gar nicht gerüttelt worden war, so unterlag es wohl auch keinem Zweifel, daß mit der Unterordnung der Examinationsbestimmungen für die Seminaradmission unter

^{*)} So z. B. im Jahre 1839. Sem. Alten. Aus welchen Gründen eine derartige Bevorzugung erfolgte, war nicht recht erkennbar; der Nachweis besseren Fortgangs oder höheren Alters oder dgl. Einzelumstände allein schien dieselbe nicht veranlaßt zu haben.

^{*)} V. §§ 15, 33b, 34, 37e und f.

die bischöfliche Kompetenz auch die damit seither in völliger Congruenz gelegenen analogen Bestimmungen für die Klerikatsadmission frei gegeben worden waren¹⁰⁾. Und es bewegte sich darum der oberhirtliche Erlaß des 21. März 1850 vollständig auf eigenem Gebiete, wenn er in nunmehriger scharfer Trennung der beiden Elemente für die unmittelbaren Ziele der Zulassung ein neues, zweites Examen vorschrieb.

Dasselbe, „großes“ oder „Ordinations“-Examen genannt, unterschied sich sowohl materiell als formell ebensosehr von dem „Admissions“-Examen, wie von dem (theologischen) „Absolutorial“-Examen. Materiell durch den zu prüfenden Lehrstoff, welcher dem ganzen 3-jährigen Lycealkursus der Theologie entnommen ward; formell durch die Zusammensetzung der Prüfungskommission, welche in diesem Falle aus Mitgliedern des Geistlichen Ratscollegiums einschließlich der Regenten des Priesterseminars bestand, während die beiden anderen genannten Prüfungen bekanntlich von den Professoren des Lyceums — jene des *absolutorium theologiae* als Prüfungen staatlicher Observanz in deren Eigenschaft als staatlich angestellte Lehrer, jene *pro admissione ad seminarium* vermöge einer besonderen an sie ergangenen *missio episcopalis* — vorgenommen wurden¹¹⁾. Die Ergebnisse des Examins, welches nach dem theologischen Absolutorium abgehalten zu werden pflegte, wurde dabei der R. Kreisregierung zur Erwirkung des landesherrlichen Tischtitels für die Prüflinge vorgelegt¹²⁾.

¹⁰⁾ Zum Unterschiede gegen die theologischen Semestralprüfungen, für welche eine solche Freigabe nicht oder wenigstens nicht ersichtlich statt hatte. Vgl. §§ 15, 33 b, 37 e und f.

¹¹⁾ Vgl. hierüber außer den in vorstehender Z.N. citierten Paragraphen auch noch § 34.

¹²⁾ Diese Gepflogenheit bedeutete ein um so bemerkenswerteres Übel in der Reihe conniventer Akte der R. Staatsregierung gegen-

Nachdem der zum erzbischöflichen Erlaß des 21. März 1850 erschienene Nachtrag vom 29. Sept. 1853¹³⁾ an der neu geschaffenen Institution einer eigenen Klerikatsprüfung ohne Aeußerung vorübergegangen war, wurde die letztere alsbald nach dem Regierungsantritte des Erzbischofs v. Deinlein, mit Dekret des Genannten vom 27. Jan. 1859, wiederum aufgehoben, ihre Rolle vielmehr neuerdings dem Schlußexamen aus der Theologie zugewiesen¹⁴⁾.

Inzwischen hatte die Tischtitelfrage vor dem Forum des ganzen Königreichs zur principiellen Verhandlung gestanden, indem in der Freisinger Denkschrift des bayerischen Gesamtepiscopeates vom 20. Okt. 1850¹⁵⁾ an S. Maj. den König die Bitte gerichtet worden war, es möchte für die Zwecke des genannten Titels den einzelnen Diöcesen je eine ausreichende Dotation überantwortet werden. Dieser Wunsch wurde in dem bekannten ministeriellen R. des 8. April 1852¹⁶⁾ mit der abweisenden Antwort verbeschieden, daß die Ertheilung des landesherrlichen Tischtitels und die Festsetzung der Bedingungen zur Erlangung desselben der Allerhöchsten Beschlußfassung vorbehalten bleibe. Er wurde deshalb in der Gegenvorstellung der Bischöfe vom 15. Mai 1883¹⁷⁾ wiederholt, und zwar unter dem ausdrücklichen Hinweise darauf, daß mit Rücksicht auf den Vollzug der Säkularisation die landesherrliche Tisch-

über, wie solche u. a. in den §§ 15, 37 d, 38 c bis e zur Verzeichnung gelangten, als sie wesentlich über das Maß dessen hinausging, was staatlischerseits als Forderung der wissenschaftlichen Befähigung der Tischtitulanten geltend gemacht worden war.

¹³⁾ Cf. §§ 15, 33 b, 37 e und f.

¹⁴⁾ S. auch F. N. 24 des § 34 und den ihr zu Grunde liegenden Text.

¹⁵⁾ Beachte bezüglich ihrer insbesondere die §§ 15, 20, 24, 33 b und 37 d bis f der Abhandlung.

¹⁶⁾ Ebenso die §§ 15, 20, 21, 33 b, 34 und 37 d bis f.

¹⁷⁾ Desgleichen die §§ 20, 24 und 37 f.

titelverleihung nicht als Gnadenbeweis, sondern als Ausfluß einer rechtlichen Verpflichtung des Staates angesehen und insbesondere eine Beschränkung der Anzahl Titulanten auf ein bestimmtes Verhältniß zur Anzahl der Prioren landesherrlichen Patronats perhorresciert werden müsse. Aber auch die hierauf erfolgte Erklärung fiel negativ aus. Die höchste E. des 9 Okt. 1854¹⁸⁾ widersprach nämlich diesen beiden Grundjagen direkt, indem sie einerseits die Verbindlichkeit des Staates, von der Fiktion eines solchen proportionalen Verhältnisses abzustehen, negierte, andererseits eine rechtliche Verpflichtung desselben zur Tischtitelausteilung an die einzelnen Kleriker gemeinhin bestritt. Vielmehr charakterisierte sie die Gewährung dieses Titels an die Ordinanen als einen von dem Könige in seiner Eigenschaft als Schutzherrn der katholischen Kirche ausgeübten Akt der Gnade, um dessen Bethätigung der Weihende vor der Ordination geziemend zu bitten habe. Und in der That gründet auf dieser Auffassung die Form der Tischtitelverleihung, wie sie im wesentlichen bis auf den heutigen Tag in Geltung verblieb.

Nur in einigen mehr untergeordneten Punkten machten sich im Laufe der 40 seither verflossenen Jahre Modifikationen geltend, die aber als ebensoviel Mittel zur Vereinfachung der Tischtitelerholung angesehen werden können. Insbesondere war es, nachdem bereits eine M.E. vom 19. März 1856 es für zulässig erklärt hatte, daß die um den Tischtitel petitionierenden Weihcandidaten statt der bisherigen Einzelbittschriften ein gemeinsames Gesuch zur Allerhöchsten Stelle richteten¹⁹⁾, eine ebensolche E. vom 10. Jan.

¹⁸⁾ V. §§ 15, 20, 24 und 37 f.

¹⁹⁾ Diese Gemeinsamkeit war in Bamberg schon in den 20-er Jahren erstrebt worden: wenigstens hatte ein Ordinariatsersaß vom 25. Sept. 1823 dem Regens des Priesterseminars einen dahin zielenden Auftrag übermittelt. Doch war die Sache nicht zustande gekommen.

1882²⁰⁾, welche neuerdings eine präcisere Fassung und Einengung der zur Erwirkung des *titulus mensae* notwendigen Bedingungen und Formalismen vollzog. Dieselbe ließ u. a. die Frage nach dem Stadium der Studienlaufbahn, in welchem der landesfürstliche Tischtitel erbeten werden kann, vollständig offen; doch hat sich seit ihrem Erscheinen wiederum die frühere, auf der M.E. des 26. Juli 1824 beruhende Praxis herausgebildet der Erwirkung des Titels unmittelbar vor Schluß des 6. theologischen Semesters, während es vor- dem — genauer in dem Intervall von 1858 bis 1881 — durchaus Regel geworden war, sich den letzteren schon während des 1. oder 2. theologischen Jahrgangs zu sichern. Was weiterhin die übrigen, positiven Anweisungen und Daten der in Rede stehenden höchsten G. vom 10. Jan. 1882 anlangt, so sind dieselben so allgemein bekannt, daß der Verfasser kaum notwendig hat, sie hier des eingehenderen zu analysieren.

§ 39. Die internen Prüfungen der Alumnen und deren Aufenthalt im Seminar.

In den beiden unmittelbar vorhergehenden Paragraphen 37 und 38 sind die Bedingungen besprochen worden, unter welchen einerseits der Eintritt der Presbyteratscandidaten in das geistliche Seminar, andererseits die zur Erteilung der höheren Weihen an dieselben notwendige Gewährung des Tischtitels bezw. der Vollzug dieser Weihen selbst erfolgte. Zum Schlusse möge nun auch noch über die Austrittsbedingungen aus dem Seminar und über die während des Aufenthaltes in dem letzteren geübte wissenschaftliche Controle referiert werden, und zwar ebensowohl zur Abrundung der in diesem Hauptabschnitte IVC behandelten Alumnats- und Klerikatsverhältnisse an sich, als auch

²⁰⁾ R. Weber 15, 547.

zur Darstellung einer weiteren Reihe von Berührungspunkten, welche sich zwischen der staatlichen Lehrinstitution des *Lyceums* und der kirchlichen Erziehungsanstalt des *Ernestinum* auch in dem rubricierten Betreffe geltend gemacht hatten.

So wechselvoll sich im Laufe des 19. Jahrhunderts die Prämissen gestalteten, von deren Erfüllung der Eintritt der Admittenden in das Klerikalseminar und in das durch Empfang der Subdiaconatsweihe bedingte Klerikat i. e. S. abhängig gemacht worden war, so wenig gab es zu den verschiedensten Epochen des gedachten Zeitraums eine feste Regel über die Dauer des Verbleibs der Alumnus gemeinhin und der Neopresbyter insbesondere im Alumnat, da dieselbe durch die mannigfachsten Umstände beeinflusst zu werden pflegte. Sieht man von dem speciellen, nur die Persönlichkeit des Einzelnen berührenden Punkte der kanonischen Forderung der Erreichung einer bestimmten unteren Altersgrenze von 24 Jahren zum Zwecke des Empfangs der *ordines sacri* ab, so ergibt sich über die inneren Verhältnisse der Ordinandus und Ordinierten und über die hiedurch bedingte Bewegung im numerischen Stande des Klerus der Diocese bzw. Erzdiocese Bamberg in großen Zügen folgendes Bild.

In unmittelbarer Ausführung der Säkularisation — genauer während des Jahres 1803 und der ersten Hälfte des Jahres 1804 — wurde aus dem Nachwuchse für die Diocesangeistlichkeit das Weltpriesterselement gänzlich ausgeschaltet¹⁾. Erst vom August des letztgenannten Jahres ab wurden wiederum Theologiekandidaten, und zwar anfangs ausschließlich solche des 6. und 5., späterhin auch solche des 4. theologischen Jahrgangs zum *Concursus* *pro admissione ad seminarium (et clericatum)* zugelassen²⁾. Von

¹⁾ S. § 38 d. α.

²⁾ Beachte hierüber und über das unmittelbar Folgende § 33 d. β.

den mit Erfolg geprüften Expectanten traten zunächst die besser qualifizierten nach Maßgabe ihres Fortgangsplazes und der momentan vorhandenen freien Alumnatsitze in das Seminar ein, die übrigen, als Titulare — *titulares* — bezeichnet, analog bei der Erledigung weiterer solcher Stellen. Der in Bamberg bereits zu Beginn des 2. Decenniums des vorigen Jahrhunderts fühlbar gewordene Seelsorgermangel^{*)} veranlaßte jedoch im Jahre 1814 ein Abgehen von dieser Gepflogenheit und eine ausnahmsweise Duldung auch von *theologis non emeritis (absolutis)*, bis eine bekannte M. E. d. d. 26. Juli 1824^{*)} die Beteiligung von solchen dem Lycealverbande noch angehörigen Theologiecandidaten für principiell zulässig erklärte. Von den Philosophiecandidaten war es lange Jahrzehnte hindurch nur der Baunach'sche Stipendiat^{*)} gewesen, welcher — anfänglich als überzähliger, seit der Reconstruction der früheren Form der Verleihung des Baunach'schen Beneficiums im Jahre 1818^{*)} wieder wie ehedem als vollgiltiger Alumnus — in das Seminar aufgenommen wurde, während von Mitte der 80-er Jahre des 19. Jahrhunderts ab eine größere, vom Jahre 1890 ab die Totalzahl der zur Theologie aspirierenden Studierenden der ersten Lycealsection im Internat, sei es des erzb. Priester-, sei es surrogierend des erzb. Knabenseminars Unterkunft finden konnten⁷⁾.

Natürlich richtete sich nach dem Stadium der Studienlaufbahn, in welchem der Eintritt des Aspiranten in das Alumnat erfolgte, durchschnittlich auch die Länge des Auf-

*) Cf. §§ 13, 24, 32, 37 b und 38 e.

*) S. hierüber F. N. 8 des § 38 e.

*) V. F. N. 16 des § 37 b und den ihr unterliegenden Text, sowie § 38 f.

*) Ebenso § 38 e.

7) Vgl. § 37 f.

enthalten in und der Termin des Austrittes aus demselben. Daneben waren es hauptsächlich noch 3 äußere Umstände, welche auf diese beiden Momente bestimmend einwirkten: die Erholung des landesfürstlichen Titeltels, das Bedürfnis der Diöcese resp. Erzdiöcese an klerikalem Nachwuchs und endlich eine den Begriff des Alumnats wesentlich erweiternde, dem einheimischen hierarchischen Sprengel eigentümliche Observanz hinsichtlich der Behandlung der neu ausgeweihten Priester und der jüngeren seelsorgerlichen Hilfskräfte.

Schon bald nach der Gründung des Klerikalseminars hatte sich nämlich die Uebung herausgebildet⁸⁾, die Alumnen auch nach vollzogener Weihe im Verbande mit dem Seminare zu belassen, sei es dadurch, daß man sie als „Alumnatpriester“ im Hause behielt, oder daß man sie zu Zeiten gewissermaßen leihweise in die Diöcese schickte, um sie nach Beendigung ihrer Mission *ad hoc* wieder in das Alumnat zurückzurufen, oder endlich daß man sie auch nach vorausgegangener formaler Trennung wiederum aufnahm, sobald sie noch nicht bepfündet waren und aus irgend einem Grunde ihre bisherigen Funktionen einstellen mußten. Darin lag eine Singularität, welche dem Bamberger Priesterseminar zu besonderem Vorzuge angerechnet und auch über die Säkularisation hinweg in der Institution der Alumnatpriester neueren Datums wirksam weiter geführt wurde⁹⁾, bis sie endlich der schon erwähnte, immer acuter auftretende Priester-mangel gegen Anfang der 20-er Jahre erlöschten ließ. Zwar erschien alsbald wiederum eine nochmalige Kategorie von Seminarpriestern¹⁰⁾, welche über die Zeiträume: 1827—36, 1840—52, 1856—66 hinweg Bestand hatte: ihre Bedeutung

8) Schmitt, : 23 f.

9) E. § 37 b.

10) E. § 38 f und insbesondere die F.N. F.N. 4 und 7 desselben.

war jedoch eine wesentlich andere geworden, indem sie nunmehr nur solche ausgeweihte Theologen umfaßte, welche bei dem zeitweilig statthabenden Ueberfluß von seelsorgerlichen Kräften¹⁰⁾ eine augenblickliche Verwendung in der Erzdiöcese nicht finden konnten, während die in den Zwischenintervallen 1837—39, 1853—55 und vom Jahre 1867 ab bis zur unmittelbaren Gegenwart herauf jährlich Ordinierten bei dem Mangel an Priestern¹⁰⁾ durch die Bedürfnisse der Cura raschestens absorbiert zu werden pflegten.

Es war n also hauptsächlich die umfassendere Definition des Begriffes „Alumnat“ und die Bedürfnisfrage, welche die Dauer des Verbleibs im Seminare auf das einschneidendste beeinflussten, und zwar dergestalt, daß man für den Zeitraum des verflossenen Centenniums alle möglichen Carenzfristen zwischen 2 Monaten und 5 Jahren registrieren kann¹¹⁾. Ihnen gegenüber fielen die 2 übrigen bereits erwähnten Punkte, die Frage nach dem Alter und nach dem Besitze des im Seminar zu erwerbenden notwendigen Mindestgrades pastoreller und ascetischer Durchbildung für die Gesamtheit der Alumnen weniger stark ins Gewicht, wohl aber beeinträchtigten die Tischtitelverhältnisse, wie sie vornehmlich im § 38 f dargestellt wurden, die Ordination und damit den Austritt der Weihcandidaten aus dem Seminar während des auf die Säkularisation folgenden halben Jahrhunderts nicht selten in erheblicher Weise.

Es wäre natürlich des einfachsten Gebotes der Erziehung:lehre entraten gewesen, wenn man die im Seminar verbliebenen und dorthin zurückgekehrten Gäste ohne weiteres einem *laissez faire, laissez aller* überantwortet hätte. Dementgegen erschien als zweck sicherstes Mittel zur wissenschaftlichen Weiterbildung, wie nicht minder als eine nicht zu unterschätzende Handhabe interner Ordnung und Disciplin

¹¹⁾ Sem. Akten.

die Einführung regelmäßiger Schlußexamina¹²⁾ aus dem Gebiete der bereits absolvierten, innerhalb des Seminars aber von den Regenten weitergeführten Lehrgegenstände der Dogmatik, Exegese, Katechetik, Homiletik, Liturgik und übrigen pastorellen Fächer. Sie wurde sowohl schriftlich, als mündlich abgehalten, und zwar in der Zeit von 1806 bis 1810 von den beiden Seminarregenten allein, während des folgenden Quadrenniums von den nämlichen Examinatoren unter dem Voritze eines besonderen hiezu abgeordneten bischöflichen Kommissärs, von 1814 aber bis 1820 von den Professoren des R. Lyceums. Zur Charakterisierung der Leistungen diente nach Analogie mit den damals an letzterer Anstalt, sowie bei dem Examen pro admissione ad seminarium (et clericatum) und dem Pfarrconcurs gebräuchlichen Skalen ein Sechsnotensystem, dessen verbale Wertigkeit mit dem für die höheren Schulen durch Allh. R. vom 9. Juli 1810¹³⁾ eingeführten ziemlich übereinstimmte. Die Notensumme bedingte den Fortgangspfad, dessen Höhe aber die Berufung zur vorübergehenden oder ständigen Aushilfe in der Seelsorge bezw. die Zeit des Austrittes aus dem Seminar. Ungenügende Leistungen eines Examinanden — die übrigens nur in einem einzigen Falle constatirt werden konnten — wurden mit der Drohung geahndet, daß man den Betreffenden, falls er nicht strebsamer werde, nicht auf eine Kaplanei zulassen werde.

Die in Rede stehenden Prüfungen erreichten mit dem Eintritte der Wirkungen des schon öfter berührten Priestermangels und mit der hierdurch veranlaßten Reduction der Kategorie der Alumnatpriester bezw. mit der beschleunigten Ordination der älteren Alumnen im Jahre 1820 ihr natürliches Ende. An und für sich kaum geeignet, ein stärkeres

¹²⁾ Ibid.

¹³⁾ Bgl. hierüber Z.N. 11 des § 27 a, ferner § 28, § 34 und § 37 b.

Interesse für sich in Anspruch zu nehmen, gewannen sie nur durch den bereits berührten Umstand einige Bedeutung, daß man sie während eines Septenniums von den Professoren des R. Lyceums bethätigen ließ. Wenn man bedenkt, daß nach den Ausführungen der §§ 15, 37 und 38 dieser Schrift in der That durch den Zeitraum eines vollen Menschenalters hindurch, nämlich von der Säkularisation bis zum Erscheinen des erzb. Erlasses vom 21. März 1850¹⁴⁾, das lyceale Lehrelement von jeder der Beteiligung an den beiden ausschließlich klerikalen Zwecken dienenden Admissionsprüfungen *pro seminario* und *pro clericatu* ängstlich ferne gehalten wurde, muß diese nunmehrige Einladung an die Professoren, des Amtes von Examinatoren in den Räumen des Seminars zu walten, höchlichst überraschen. Sie durfte zugleich aber auch die Richtigkeit der Auffassung erweisen, daß die erwähnte Perhorrescierung keineswegs persönlichen Motiven entsprungen war, sondern der rein sachlichen Erwägung, daß nur auf diese Weise eine deutliche Signierung der episcopalen Natur der Admissionsprüfungen erreicht werden konnte, während andernfalls seitens der Oeffentlichkeit eine Zurechnung der letzteren zu den verschiedenen, in den vorausgegangenen §§ 27, 28, 29, 32, 33 und 34 behandelten Prüfungen staatlicher Provenienz und Jurisdiktion unausbleiblich oder zum mindesten sehr wahrscheinlich gewesen wäre.

Neben den eben charakterisierten, für die Alumnatpriester und für die an der Schwelle des Klerikats i. e. S. stehenden *theologi absoluti* innerhalb des Seminars pflichtigen Finalamina — als deren natürliche, kurze Fortsetzung die vom Jahre 1850 bis 1858 üblichen Ordinationsamina¹⁵⁾ gelten können — existierten *intra muros* noch einige weitere Arten von Controlprüfungen für die jüngeren

¹⁴⁾ Vgl. hierüber die Hinweise in F.N. 9 des § 38 f.

¹⁵⁾ Cf. 38 f.

Alumnenn. Sie bildeten als semestrale, monatliche oder in noch kürzeren Intervallen abgehaltene Tentamina, Conversatorien und Disputatorien ein gewisses Pendant zu den am Lyceum üblichen semestralen, quartalen und interquartalen Prüfungen, wie sie in den beiden Hauptabschnitten IVA und IVB der Abhandlung ausführlich zur Sprache gebracht worden sind. Sie wurden intermittierend solange weitergeführt, bis es nicht mehr notwendig schien, zur Fixierung des strengen kirchenrechtlichen Standpunktes der Königlich-Lehranstalt des Lyceums und den an ihr giltigen staatlichen Anordnungen das Erzbischöfliche Seminar und die auf es bezüglichen kirchlichen Bestimmungen grundsätzlich gegenüberzustellen d. i. bis zu den um die Wende der 40-er und während des ersten Drittels der 50-er Jahre von den bayerischen Bischöfen in Sachen der klerikalen Bildung und Erziehung erstrittenen Erfolgen: genauer bis zu den schon oft behandelten, auf die beiden M. E. des 13. Nov. 1849 und 8. Apr. 1852¹⁶⁾ gestellten erzbischöflichen Erlassen vom 21. März 1850 und 29. Sept. 1853¹⁷⁾ und die hiedurch veranlaßte teilweise Ablösung staatlicher Kompetenzen durch episcopale.

¹⁶⁾ Die erstere findet sich in der größeren Anzahl von Paragraphen der Abhandlung erwähnt, die letztere vornehmlich in den §§ 15, 20, 24, 33 b, 34, 37 d bis f und 38 f.

¹⁷⁾ Ueber den ersteren s. die vorangehende F. N. 14, über die letztere die F. N. 13 des § 38 f.



Druckfehler und Verbesserungen.



Von den Druckfehlern sind nur die sinnstörenden, soweit sie zu ermitteln gewesen, berücksichtigt worden.

| Seite | 2 Zeile 1 | von unten | ließ: | war die genaue Anzahl. |
|-------|-----------|-----------|-----------|---------------------------|
| " 14 | " 10 u. 9 | " " | " | Generalfreikommissa- |
| | | | | riates. |
| " 17 | " 8 bis 6 | " " | " | deren letztere in Vorbe- |
| | | | | reitung der unterm 25. |
| | | | | Nov. 1810 vollzogenen |
| | | | | Aufhebung der Universität |
| | | | | Innsbruck gegründet wor- |
| | | | | den war. |
| " 35 | " 7 | " " | " | v. Seydel I, 148. |
| " 51 | " 9 | " oben | " | im Jahre 1814. |
| " 71 | " 1 | " unten | " | M. G. vom 26. Juli 1824. |
| " 75 | " 13 | " " | " | vom 5. Okt. 1849. |
| " 82 | " 9 | " " | " | einer vor zwei Jahren |
| | | | | zwischen. |
| " 88 | " 3 | " " | " | bei Silbernagl, 114, |
| | | | | sowie den nämlichen |
| | | | | Autor, 116 und 117. |
| " 97 | " 8 | " " | " | des 19. Jahrhunderts. |
| " 138 | " 5 u. 6 | " oben | " | a. o. Regierungskom- |
| | | | | missäre. |
| " 163 | " 8 u. 7 | " unten | " | die vorjährigen ein- |
| | | | | schlägigen. |
| " 224 | " 2 | " oben | " | konnte er zur Hochschule. |
| " 276 | " 1 | " unten | füge bei: | Dagegen enthält die |
| | | | | neueste, mit Allh. B.O. |
| | | | | vom 28. Sept. begrün- |
| | | | | dete B.O. diese For- |
| | | | | derung nur implicite. |
| " 299 | " 1 | " oben | ließ: | der Anzahl Alumnatsge. |



Zweiundsechzigster Bericht
über
Bestand und Wirken
des
historischen Vereins
(eingeschriebener Verein)
zu
Bamberg

== für das Jahr 1903. ==



Commissions-Verlag der Buchner'schen Sortimentsbuchhandlung:
Gustav Dackstein, in Bamberg.

Druck von J. M. Weindl. (Bamberger Tagblatt.)

Vorbericht.

Gegenwärtige, unserer vor wenigen Monaten erschienenen Vereinschrift folgende, auf Quellenforschung beruhende Abhandlung kann wohl als Beweis dienen, daß unser Verein nicht untätig ist. Dafür zeugen auch die geschichtlichen Vorträge, die in unseren Versammlungen gehalten wurden, in letzter Zeit allerdings etwas seltener, als früher, weil die Zahl unserer aktiven Mitglieder abgenommen hat.

Zunächst verzeichnet die unten folgende Totenliste sehr fühlbare Verluste. Nur einige wenige Namen seien aus derselben besonders angeführt:

Herr Hygeaprofessor Dr. Josef Führer, obwohl infolge seiner aufreibenden Forschungsarbeiten seit längerer Zeit sehr leidend, traf eben die letzte Vorbereitung zu einem demonstrativen Vortrage, den er bei uns zu halten gedachte; allein vor dem hiezu anberaumten Tage war der scheinbar in voller Rüstigkeit einherchreitende Gelehrte eine Leiche,

nur wenig über 40 Jahre alt, aber seinem Ende in voller Ruhe entgegensehend. Seine archäologischen Werke sind im In- und Ausland so bekannt und geschätzt, daß es unnötig ist, dieselben hier weiter zu rühmen.

Einen gleichfalls in der Gelehrten-Welt hochangesehenen Freund unseres Vereins verloren wir in der Person des Herrn Geheimrats Dr. Gottfried Gengler, langjährigen Professors in der juristischen Fakultät der Universität Erlangen. Obwohl er in seiner Vaterstadt Bamberg nie tätig gewesen und von ihr seit mehr als 50 Jahren abwesend war, blieb er ihr doch stets sehr zugetan; unserem Verein schenkte er regelmäßig seine wertvollen Publikationen, sobald sie die Presse verlassen hatten. Er war nicht nur ein hochgelehrter, sondern ein wahrhaft edler Mann.

An dritter Stelle müssen wir nennen Herrn Gymnasialprofessor Dr. Alfred Köberlin. Er verlebte nicht viele Jahre dahier, war aber unter uns vollkommen heimisch geworden und widmete mit unermüdlichem Fleiß, mit größter Freude und mit ungemeinem Geschick alle verfügbare Zeit der Durchforschung Bamberger, überhaupt Fränkischer Geschichte. Wäre ihm ein längeres Leben beschieden gewesen, er würde noch viel Vorzügliches geleistet haben. Seine natürliche Vornehmheit und einfache Freundlichkeit sichern ihm ein ehrenvolles Andenken bei Allen, die ihn kannten.

Herr Oberlandesgerichtsrat, Oberamtsrichter Friedrich Leist, ein Bamberger durch und durch, widmete von Jugend auf dem Histor. Verein ein Interesse, wie nur Wenige. Mit großem Enthusiasmus hielt er bei der Veröffentlichung des fünfzigsten Vereinsberichtes eine klassisch abgefaßte Festsrede. Ein dauerndes Andenken an ihn ist sein mit historischer Genauigkeit ausgearbeiteter „Führer durch Bamberg“.

Noch muß genannt werden Freiherr Emil von Marschall, ein Bamberger Sammler erster Güte. Unsere Bibliothek enthält eine Reihe von Broschüren, die er schenkte.

Den Versammlungen und Verhandlungen des Vereins blieb er seit mehreren Jahren ferne, behielt aber denselben immer mit größtem Interesse im Auge. Besonders warm interessierte ihn die für Bamberg in Aussicht genommene Generalversammlung der Geschichtsvereine Deutschlands, und er hatte für dieselbe ein gutes Stück Arbeit auf sich genommen. Sein Wohlwollen für den Verein bezeugte noch die letztwillige Verfügung, durch welche er demselben 1000 Mk vermachte, um aus den Zinsen alljährlich in größeren Zwischenräumen ein oder mehrere Quellenwerke anzuschaffen. Seine sehr reichen Sammlungen gingen auf die Stadtgemeinde Bamberg, auf die Kgl. Bibliothek und das Kgl. Kreisarchiv, welches u. A. mit dem gesamten handschriftlichen Nachlasse bedacht wurde, über. —

Diesem Nekrologium reihen wir das Verzeichniß der Vorträge an, die seit unserer letzten Berichterstattung an unseren Vereinsabenden gehalten wurden.

Von Herrn Gymnasialprofessor Fädlein: Das Nekrologium des ehemaligen Franziskanerklosters in Bamberg und seine Verwertung in der Geschichte.

Von Herrn Seminarlehrer Neubauer: Zur Baugeschichte und architekton. Charakteristik des Bamberger Doms. Mit Demonstrationen und Auflage großer Photographien. — Das Karmelitenkloster zu Bamberg.

Von Herrn Gymnasialprofessor Dr. Schmauß: Ueber die Herkunft der Franken.

Von Herrn Curatus Schwarzmann: Polizeiwesen in den letzten Jahrhunderten des Bamberger Hochstiftes.

Von Herrn Domkapitular Dr. Senger: Bambergisches Rärnten.

Von Herrn Gymnasiallehrer Häbel in Forchheim: Das ehemalige Benediktinerstift Weißenhofe und die Refor-

mation in der Oberpfalz. — Streifzüge aus der Geschichte der ehemaligen Benediktiner-Abtei Weißenhofe im 30jähr. Kriege.

Von Herrn Realschullehrer Geidel: Thurnau, ein fränk. Adelsitz, in Gegenwart und Vergangenheit.



I.

Personalstand.

A. Ehrenmitglieder:

- Herr Ohlenschläger, Dr. Frd. Gymnasialrektor am L. Ludwigs-Gymnasium in München, a. o. Mitglied der k. b. Akademie der Wissenschaften und des archäologischen Instituts zu Rom.
- „ Pfistermeister von, Excellenz, k. b. Staatsrat in München.
- „ Nieder, k. Reichsarchiv-Rat in München.
- „ Roman, Frhr. von, Excellenz, k. b. Kämmerer, Regierungs-Präsident von Oberfranken in Bayreuth.
- „ Seefried, k. Bezirksamts-Assessor a. D. in München.
- „ Will, Dr. Corn., fürstl. Taxis'scher Archivar in Regensburg.
- „ Wittmann, Dr. Pius, k. Reichsarchiv-Rat in München.

B. Vorstandschaft und Ausschuß des Vereins.

- I. Vorstand: Herr Domkapitular Dr. Zahner.
- II. Vorstand: Herr k. Kreisarchivar Sebert.

I. Schriftführer: — — —

II. Schriftführer: Herr f. Gymnasialprofessor Säcklein.

Schatzmeister: Herr Bankier Grafer.

A u s s c h u ß:

Die Herren:

Dr. Heimbucher M., f. Lyzealprofessor.

Klüber, f. Gymnasialrektor, Oberstudienrat.

Luz, II. rechtsf. Bürgermeister.

Braun, Domkapitular.

Schuster, Ant., Redakteur.

Wehe, f. Postamtsdirektor.

Bibliothekar: Schwarzmann, Kuratus.

Conservator der Urkunden, Literalien, Kupferstiche 2c. 2c.

Schwarzmann, Kuratus,

" der Münzensammlung: Säcklein, f. Gymnasialprofessor.

" der prähistorischen Sammlungen und Antiquitäten: Dr. Schmaus, f. Gymnasialprofessor.

Ordentliche Mitglieder:

A. Hiesige.

Herr Altmann, Dr. Alfred, f. Archivsekretär.

" Benker, A., Stadtpfarrer, fgl. geistl. Rat und Stadtschulenteferent.

" Bogberger, f. Bauamtmann.

" Brandt, Ritter von, I. rechtsf. Bürgermeister.

" Braun, Johann, Domkapitular.

" Dessauer, Emil, Hopfenhändler.

" Duckstein, Gustav, Buchhändler.

" Ed, Johann, Kuratus in der Wunderburg.

- Herr Franke, Paul, Buchdruckereibesitzer.
 Franziskaner-Convent.
 " Gebhardt, Friedr., k. Bahnsinspektor a. D.
 " Grafer, Emil, Bankier.
 " Harttung, von, Domvikar.
 " Hartwig Dr., Sternwartdirektor.
 " Heid, Martin, fgl. Gymnasialprofessor.
 " Heimbucher, Dr. Max, k. Hygeaprofessor.
 " Hofbauer, J. B., Architekt.
 " Jäcklein, Ant., k. Gymnasialprofessor.
 " Kiefhaber, Christ., k. b. Major im 5. Inf.-Regt.
 " Kirchner, Dr. Hans, Augenarzt.
 " Klüber, k. Gymnasialrektor, Oberstudienrat.
 " Lahner Dr., Andr., Domkapitular.
 " Laurer, Matth., Gefängnisverwalter a. D.
 " Lochner, Val., k. Spezialkassier.
 " Luz, Fr. M., II. rechtsk. Bürgermeister.
 Männer-Turn-Verein.
 " Manz, Rich., Kommerzienrat.
 " Maurer, J. B. Domkapitular und Generalvikar.
 " Mezner, Franz, Hotelbesitzer.
 " Müßlein, Fr., k. Kommerzienrat.
 " Schmaus, Dr. Joh., k. Gymnasialprofessor.
 " Schmid, Josef, Bankier.
 " Schmidt, Cleophas, Dekonomierat und Landtagsabgeordneter.
 " Schmitt, Dr., Ritter von, fgl. Advokat, Justizrat, Landrat und Vorstand des Gemeinde-Kollegiums.
 " Schork, Dr. Josef, Ritter von, Excellenz, Erzbischof und Reichsrat der Krone Bayern.
 " Schrottenberg, Josef, Frhr. von, k. Hofjunker, Rittergutsbesitzer.
 " Schwarzmänn, Kuratus im Bürgerhospital.
 " Sebert, k. Kreisarchivar.

IV

- Herr Senft, Adam, k. Regierungsrat, Vorstand des k. Bez.-Amt Bamberg II.
- " Senger, Dr. Adam, Domkapitular.
 - " Simon, Dr. Jos., Ant., Domkaplan.
 - " Wajßermann, Emil, Bankier.
 - " Wenglein, Adam, Generalagent.
 - " Wenzel, J. B., Domvikar, erzb. geistl. Rat und Administrator der Erzbischöfl. Klerikalseminarstiftung.

B. Auswärtige.

- Herr Adlerstein, Rechtsanwalt in München.
- " Aufseß, Ernst, Frhr. von u. zu, k. Rämmerer, k. Bezirksamtman in Berchtesgaden, Leutnant der Reserve.
 - " Busch, Frz., Frhr. von, freiresign. Kuratus in Memmelsdorf.
 - " Egloffstein, Gustav, Frhr. von, k. preuß. Generalmajor 3. D. in Jüngenheim.
 - " Eisenbrand, Theodor, cand. phil. in München.
 - " Frankenstein, Hans, Karl, Frhr. von, erbl. Reichsrat der Krone Bayern in Ulstadt.
 - " Freitag, Dr. A., k. Advokat u. Hofrat in München.
 - " Giech, Graf von und zu, Erlaucht, k. b. Reichsrat in Thurnau.
 - " Grandinger, Johannes, Pfarrer in Nordhalben.
 - " Hamm, Heinrich, Benefiziat in Hallstadt.
- Frau Horneck v. Weinheim, Freifrau von, Schloß Thurn b./Heroldsbach.
- Herr Probst, J. k. Gymnasialprofessor in Aschaffenburg.
- " Häbel, Hans, k. Studienlehrer am Progymnasium Forchheim.
 - " Reichert, k. Oberamtsrichter in Stadtsteinach.
 - " Saffer, Franz, Pfarrer in Steinwiesen.

Herr Schedel, Josef, Privatier in München.

- „ Schenk, Johann, Pfarrer in Büchenbach b./Pegnitz.
- „ Schönborn, Graf von, Erlaucht, Reichsrat zc. in Pommersfelden.
- „ Schrottenberg, Ferd., Frhr. von, k. Kämmerer, Rittergutsbesitzer in Reichmannsdorf.
- „ Stauffenberg, Berthold, Graf von, erbl. Reichsrat der Krone Bayern in Würzburg.
- „ Wachter, Friedrich, Pfarrer in Drosendorf bei Eggolsheim.
- „ Würzburg, Edm., Frhr. von, k. Kämmerer, Legationssekretär und Leutnant d. Res. in München.
- „ Würzburg, Ludw., Frhr. von, k. Kämmerer und erbl. Reichsrat der Krone Bayern, Rittmeister à la suite in Würzburg.

Außerordentliche Mitglieder:

a) Hiesige.

- Herr Achtmann, Frz., Domkapitular und Dompfarrer, tgl. geistl. Rat.
- „ Albert, A., Justizrat und Rechtsanwalt.
 - „ Banzer, Aug., tgl. Gymnasialprofessor.
 - „ Barnickel, J. B., Kaufmann.
 - „ Bing, Edmund, Fabrikant.
 - „ Birdlein, Dr. Franz, tgl. Gymnasialprofessor.
 - „ Böhm, Ludwig, tgl. Gymnasialprofessor.
 - „ Bosch, Anton, Schlossermeister.
 - „ Braun, Joh., Privatier.
 - „ Burger, Dr., prakt. Arzt u. Bahnarzt.
 - „ Burger, Alois, Kirchner bei St. Jakob.
 - „ Daig, J. B., Kaufmann.
 - „ Dennefeld, Rasp., Baumeister.
 - „ Dippold, Konrad, Privatier u. Magistrats-Rat.
 - „ Döbele, Alban, Buchdrucker.

VI

- Herr Drausnick, Michael, Lehrer u. Chorrektor.
- " Dros, Otto, Kaufmann.
- " Dusch, Michael, Mühlbesitzer und Gemeindebevollm.
- " Eckert, Anton, kgl. Postexpeditor.
- " Eckstein, Dr. Adolf, Stadt- u. Distrikts-Rabbiner.
- " Edel, Anton, k. Professor a. d. Realschule.
- " Ehard, Georg, Stadtkämmerer.
- " Eismann, M., Amtsgerichts-Aktuar.
- " Erath, Ludwig, Telegraphen-Expeditor.
- " Erbig, Wilhelm, Konditor.
- " Eyrich, Heinrich, Zahntechniker.
- " Feldheim, Alex., Großhändler.
- " Fischer, Ludwig, Lehrer.
- " Frauenhofer, Georg, kgl. Gymnasialprofessor.
- " Gahn, Dr. jur., Rechtsanwalt.
- " Geiger, kgl. Bankassier.
- " Geiger, kgl. Postspezialassier a. D.
- " Gemß, Michael, Schneidermeister.
- " Graf, Fritz, Weinwirt.
- " Grafer, Andreas, Brauereibesitzer.
- " Grenz, jr., Architekt.
- " Gumbrecht, Konr., kgl. Steuer-Oberkontrolleur.
- " Haas, freiresign. Pfarrer.
- Harmoniegesellschaft.
- " Haupt, Stephan, von, kgl. Oberamtsrichter.
- " Heidenreich, Dr. Joh., Inspektor des Ottonianum.
- " Heilingbrunner, A., Justizrat.
- " Hennemann, Adam, Oberlehrer, Gem.-Bevollm.
- " Heerdt, Paul, Sattlermeister.
- " Herrmann, Adam.
- " Heßlein, Arthur, Kaufmann.
- " Hofbauer G., Kommerzienrat, Magistratsrat.
- " Hornung, k. Eisenbahn-Expeditor.
- " Hümmer Dr. Fr. C., Domkapitular, k. g. Rat:

- Herr Jakob, Seb., Schreinermeister.
- „ Kaiser, Bernhard, kgl. Ober-Expeditior.
 - „ Karmann, Joseph, Tapezier.
 - „ Keller, Dr. Franz, Domprobst.
 - „ Knoll, Adam, Privatier.
 - „ Kohler, Dr., Zahnarzt.
 - „ Küffner, Joh. Gg., Lehrer.
 - „ Leist, Joh. Steph., Kaufmann.
 - „ Leitherer, Uhrmacher.
 - „ Leykam, Martin, k. Postexpeditior.
 - „ Pierheimer, Karl, Bauführer.
 - „ Mägerl, Rechtsanwalt.
 - „ Mahr, Ambros, Privatier.
 - „ Mayer, Ernst, Apotheker.
 - „ Mezner, Adam, Buchbindermeister.
 - „ Müller, Andr., Maurermeister.
 - „ Müller, Friedrich, Mühlbesitzer.
 - „ Neubauer, Joh., Präparandenlehrer.
 - „ Pezold, Baumeister.
 - „ Pfau, Christ., Landgerichts-Aktuar.
 - „ Reuter, Dr. Heinrich, k. Hygeaprofessor, erzbischöfl. geistl. Rat.
 - „ Riedmann, Joh., pens. Lehrer.
 - „ Rienecker, Andr., k. Reallehrer.
 - „ Sabel, Gotthold, k. Gymnasialprofessor.
 - „ Sauer, Adam, Privatier u. Magistratsrat.
 - „ Schab, Karl, Architekt.
 - „ Scharnagel, Phil., Dekonom.
 - „ Schindler, Georg, k. Postexpeditior.
 - „ Schlegel, Karl, Brauereibesitzer.
 - „ Schmitt-Friedrich, Architekt u. k. Professor a. D.
 - „ Schmitt-Friedrich, Chr., k. Amtsrichter.
 - „ Schneider, Joh. Vor., Kunstgärtner.
 - „ Schneider, Wilhelm, Redakteur.

VIII

- Herr Schneyer, Eugen, Schriftfeger und Gem.-Bevollm.
 " Schöber, J. B., Stiftungs-Kontrollleur a. D.
 " Schoppelrey, Gregor, Buchhalter.
 " Schrüfer, Dr. Theodor, k. o. Lyzealprofessor, geistlicher Rat.
 " Schrüfer, Phil., Schieferdeckermeister.
 " Schuster, Anton, Redakteur.
 " Seidlein, Franz, Dekorationsmaler.
 " Seidlein, Heinrich, Zimmermaler.
 " Siebenlist, Ign. Postexpeditor.
 " Spindler, Adam, Ign. Gymnasialprofessor.
 " Stark, Joseph, Ign. Kriegsministerial-Sekretär a. D.
 " Streicher, Carl, Buchhändler.
 " Ulrich, Joseph, städt. Administrator.
 " Wagner, Georg, Domkapitular, Ign. geistl. Rat.
 " Walser Martin, Privatier.
 " Walter, Ign. Oberlandesgerichts-Sekretär.
 " Wassermann, A., Bankier.
 " Wehe, Ign. Postamtsdirektor.
 " Wenglein, Mich., Kaufmann.
 " Weyermann, Joh., Kaufmann.
 " Wimmer, F. X., Ign. Rektor der Realschule.
 " Ziegelhöfer, Ad., Ign. Postexpeditor.

b) Auswärtige.

- " Baier, Dr. Joh., Seminarpräfekt in Würzburg.
 " Bayerlein, Fr., in München.
 " Distler, Joh., Ign. Militärpfarrer in Bayreuth.
 " Düll, Ign. Amtsrichter in Mitterfels.
 " Dusch, J. B., Sekretär am obersten Verwaltungsgeschichtshof in München.
 " Eissfelder, Ign. Forstmeister in Gößweinstein.
 " Fehn, Gg., Buchhändler in Straßburg i. E.
 " Frank, N., Pfarrer in Isling.

- Herr Fugmann, Pfarrer und Definitor in Frensdorf.
- „ Grassler, Anton, Pfarrer in Oberailsfeld.
- „ Güdel, Dr. Martin, kgl. Gymnasialprofessor in Dillingen.
- „ Haß, Pfarrer und Definitor in Döringstadt.
- „ Haensling, Pfarrer in Freiensels.
- „ Handl, Heinrich, kgl. Hofbaurat in München.
- „ Hau, Joh., Dekant-Pfarrer in Burgebrach.
- „ Hermann, Pfarrer in Pausfeld.
- „ Huber, A., Pfarrer, Dekant und k. geistl. Rat in Weißenhohe, Post Gräfenberg.
- „ Hübsch, Dr. G., k. Inspektor der Lehrerbildungsanstalten in Bayreuth.
- „ Hültner, G. W., Buchhalter am Zuchthause in Amberg.
- „ Hümmel, Bankr., Katechet und Benefiziat b. St. Peter in München.
- „ Jochner, Georg Maria, Archivar des geheimen Haus-Archivs in München.
- „ Kirchner, Matth., erzb. geistl. Rat, päpstl. Geheimkammerer und Stadtpfarrer in Schöfflitz.
- „ Klarmann, Oberstleutnant a. D. in Dankensfeld B. Trossenfurt.
- „ Koeberlein, Polizei-Inspektor in München.
- „ Köttwitz, Paul, königl. Regierungsassistent in Bayreuth.
- „ Konradi, Carl, k. Postamtsdirektor in Straubing.
- „ Kotschenreuther, Ferdinand, Pfarrer in Sterpersdorf.
- „ Koz, Stadtpfarrer in Waischenfeld.
- „ Kraus, A., Pfarrer in Ebing, B. Kattelsdorf.
- „ Lampert, Carl, Pfarrer in Breitengüßbach.
- „ Leisner, Joh., Pfarrer und Definitor in Lahm bei Kronach, erzb. geistl. Rat.

- Herr Lindner, Pfarrer in Wiesenthau, P. Forchheim.
- " Lindthaler, Stadtkaplan in Fürth.
- " Lochner, G., Pfarrer u. Definitor in Neunkirchen a./Br.
- " Marquard, Matth., kgl. Gymnasialprofessor in Rempten.
- " Müusbacher, G., Pfarrer in Gaustadt.
- " Mayer, k. Regierungsrat in München.
- " Müller, Joh., Häfnermeister in Reutlingen (Wttmbg.).
- " Müller, Jos., k. Landgerichtsrat in Regensburg.
- " Munsch, D., Stadtpfarrer und k. Distriktschulinspektor in Dichtenfels.
- " Nagengast, Jos., Pfarrer und Distriktschulinspektor in Spohsen.
- " Nüßlein, Dr. Adam, k. Regierungsrat im Justiz-Ministerium in München.
- " Nüßlein, Heinrich, Forstamts-Assistent in Dudenwöhr.
- " Partheimüller, Kunstmühlbesitzer in Marktzeuln.
- " Braun, Dr., k. Gymnasialprofessor in München.
- " Rattler, Stadtpfarrer und Dechant in Kronach.
- " Rheinfelder, Joh., k. Gymnasiallehrer in Landau.
- " Riedler, Dr. jur., k. Reichsarchiv-Assessor in München.
- " Schmitt, Pfarrer in Stadtsteinach.
- " Schnitzlein, A., kgl. Gymnasiallehrer in Rothenburg o./T.
- " Schoberth, Pfarrer in Eßelskirchen.
- " Schuberth, Alb., Pfarrer in Kersbach b./Schneidach.
- " Schürer, Stadtschreiber in Herzogenaurach.
- " Schuster, Andr., Pfarrer in Oberhaid.
- " Schuster, Ludw., Pfarrer in Peulendorf.
- " Schuster, Thom., freiresign. Pfarrer in Dichtenfels.
- " Simon, A., Pfarrer in Uetting.
- " Spindler, k. b. Major u. Bataillons-Kommandeur im 18. Inf.-Regt. zu Landau.
- " Stangl, Cosmas, k. Amtsrichter in Höchstadt a./A.

Herr Streit, A., Buchhändler u. Buchdruckereibesitzer in Forchheim.

„ Ulrich, Fr., Kreisschulinspektor in Sonneberg (Sachsen-Weim.)

„ Wagner, Jos., Pfarrer in Amlingstadt.

„ Wehse, Carl, Major und Bat.-Chef im k. 3. Inf.-Regt. zu Augsburg.

„ Wilmersdörfer, M. von, Kommerzienrat u. kgl. sächs. General-Consul in München.

„ Wohlpart, Jos., Kaufmann in Volkach.

„ Wolfsthal, Max, kgl. Landgerichtsrat in Regensburg.

„ Zapf, Lehrer a. D. Forchheim.

„ Zeilmann, Joh., k. Postverwalter in Weiden.

Gestorben sind:

Herr Appel, Dr. Erhard, Domkapitular und Generalvikar hier.

„ Arnold, Gottfried, Dechantpfarrer in Remmern.

„ Aufseß, Hugo, Frhr. von, Rittergutsbesitzer in Augsburg.

„ Bickel, Lorenz, Stadtpfarrer und Distriktschulinspektor in Pottenstein.

„ Burger, Adam, Benefiziat, erzb. geistl. Rat hier.

„ Cavallo, Bernh., k. Landgerichtsrat in München.

„ Dresse, Martin, k. Gymnasialprofessor in Nürnberg.

„ Düttsch, M., k. Landgerichts-Direktor hier.

„ Eckenweber, Johann, Pfarrer in Nordhalben.

„ Ernst, Pfarrer in Langensendelbach.

„ Freitag, Georg, Domkapitular, Ehrenvorstand des Vereins, hier.

„ Führer, Dr. F., k. Hygeaprofessor hier.

„ Funk, Dr. Michael, prakt. Arzt hier.

„ Gehr, Christoph, k. Gymnasialprofessor a. D. hier.

XII

- Herr Gengler, Dr. G., k. Universitätsprofessor in Erlangen.
- „ Grabl, Stadtarchivar in Eger.
 - „ Guttenberg, Frhr. von, k. b. Oberst a. D. und Erbobermarschall hier.
 - „ Herd, Josef, II. rechtskundiger Bürgermeister, kgl. Hofrat hier.
 - „ Hölzschuh, Georg, Domkapitular hier.
 - „ Joerg, Dr. Edm., k. Kreisarchiv-Vorstand in Landshut, (Ehrenmitglied).
 - „ Kaltwasser, Frz., Privatier hier.
 - „ Katzenberger, Dr. Martin, Ritter von, k. Hygiea-rektor a. D. hier.
 - „ Kirchner, k. Kreisbaurat in München, (Ehrenmitgl.).
 - „ Koeberlin, Dr. Alfred, k. Gymnasialprofessor in Neustadt a./H.
 - „ Kreppel, Frz., Domdechant, k. geistl. Rat hier.
 - „ Leibendinger, Barth., Apotheker hier.
 - „ Leist, Friedrich, Oberlandesgerichtsrat, Oberamts-richter a. D. hier.
 - „ Marschalk-Ostheim, Emil, Frhr. von
 - „ Meder, Anton, Privatier und Magistratsrat hier.
 - „ Michel, Karl, k. Kommerzienrat hier.
 - „ Niemann, Otto, freiresign. Stadtpfarrer von Unsbach.
 - „ Ott, Johann, k. Oberpostamts-Offizial a. D. hier.
 - „ Otto, Franz, Kaufmann hier.
 - „ Pfister, Michael, Domkapitular und Dompfarrer hier.
 - „ Reinlein, Joh. Bapt., Pfarrer in Steinwiesen.
 - „ Reinlein, Josef, Brauereibesitzer hier.
 - „ Ringelmann, Pfarrer und k. geistl. Rat in Am-lingstadt.

- Herr Sippel, Fr., Privatier hier.
„ Steinmetz, Lehrer in Gaustadt.
„ Teicher, l. Pfarrer in Lahm, P. Mattelsdorf.
„ Wendler, Frz., Stadtpfarrer, erz. geistl. Rat und
Dechant in Kronach.
„ Biegler, Anton, Privatier hier.



Verzeichnis

der bayerischen und auswärtigen Institute und Vereine,
mit welchen wir im Schriften-Austausch Verkehr stehen.

| | |
|-------------------|--|
| Nachen | Geschichtsverein. |
| Altenburg | Geschichts- und Altertumsforschende Gesellschaft des Osterlandes. |
| Ansbach | Historischer Verein für Mittelfranken. |
| Augsburg | Historischer Verein von Schwaben und Neuburg. |
| Bamberg | a) die höheren Bildungsanstalten. b) Gewerbeverein. |
| Basel | Historische und antiquarische Gesellschaft. |
| Bayreuth | Historischer Verein für Oberfranken. |
| Berlin | a) Königliche Bibliothek. b) Verein f. Geschichte der Mark Brandenburg. c) Gesellschaft für Heimatkunde der Provinz Brandenburg. d) Gesellschaft für deutsche Philologie. |
| Bonn | Verein v. Altertumsfreunden im Rheinlande. |
| Brandenburg a. H. | Historischer Verein. |
| Braunschweig | Geschichtsverein f. d. Herzogtum Braunschweig. |
| Bregenz | Borarlberger Museumsverein. |
| Bremen | Historische Gesellschaft des Künstlervereins |
| Breslau | a) Verein für Geschichte und Altertum Schlesiens. b) Schlesische Gesellschaft für vaterländ. Kultur. |

| | |
|-----------------|---|
| Brünn | Gesellschaft zur Beförderung der Landwirtschaft, der Natur- und Landeskunde. |
| Chemnitz | Verein für Chemnitzer Geschichte. |
| Christiania | Bibliothèque de l' université royale de Norwége |
| Copenhagen | La société royale des antiquaires du Nord. |
| Danzig | Westpreussischer Geschichtsverein. |
| Darmstadt | Historischer Verein für das Großherzogtum Hessen. |
| Dillingen | Historischer Verein. |
| Donaueshingen | Verein für Geschichte u. Naturgeschichte der Baar und angrenzenden Landesteile. |
| Dorpat | Gelehrte Estnische Gesellschaft. |
| Dresden | Rgl. Sächsischer Altertums-Verein. |
| Düsseldorf | Geschichts-Verein. |
| Eichstätt | Historischer Verein. |
| Eisenberg | Geschichts- u. altertumsforschender Verein. |
| Eisleben | Verein für Geschichte und Altertümer der Grafschaft Mansfeld. |
| Elberfeld | Bergischer Geschichtsverein. |
| Emden | Gesellschaft f. bildende Kunst u. vaterländ. Altertümer. |
| Erfurt | Verein f. d. Geschichte u. Altertumskunde |
| Frankfurt a. M. | a) Verein f. Geschichte u. Altertumskunde b) Bibliothek. |
| Freiberg i. S. | Altertums-Verein. |
| Freiburg i. Br. | a) Gesellschaft für Beförderung der Geschichts-, Altertums- und Volkskunde von Freiburg, dem Breisgau und den angrenzenden Landschaften. b) Breisgau-Verein Schau in's Land. |
| Gallen St. | Historischer Verein. |
| Gießen | Oberhessischer Geschichtsverein. |

XVI

| | |
|----------------|--|
| Goerlik | Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften. |
| Graz | Historischer Verein für Steiermark. |
| Greifswald | Rügisch-Pommerscher Geschichtsverein. |
| Greiz | Verein für Greizer Geschichte. |
| Halle a/S. | Thüringisch-Sächsischer Verein für Erforschung des vaterländischen Altertums und Erhaltung seiner Denkmäler. |
| Hamburg | Verein für Hamburgische Geschichte. |
| Hanau | Geschichtsverein. |
| Hannover | Historischer Verein für Niedersachsen. |
| Heidelberg | a) Historisch-philosophischer Verein. b) Universität. |
| Hermannstadt | Verein für Siebenbürgische Landeskunde. |
| Hildburghausen | Verein f. Sachsen-Meiningische Geschichte und Landeskunde. |
| Hof | Nordoberfränkischer Verein für Natur-Geschichts- und Landeskunde. |
| Hohenleuben | Bogtländischer Altertumsforschender Verein. |
| Ingolstadt | Historischer Verein in und für Ingolstadt. |
| Innsbruck | Ferdinandeum für Tyrol und Vorarlberg. |
| Sena | Verein für Thüringische Geschichte und Altertumskunde. |
| Kahla | Verein für Geschichte und Altertumskunde zu Kahla und Roda. |
| Karlsruhe | Großherzogl. Badische Hof- und Landesbibliothek. |
| Kassel | Verein für hessische Geschichte und Landeskunde. |
| Kiel | Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte. |
| Klagenfurt | Geschichts-Verein für Kärnten. |
| Koeln | a) Historischer Verein f. d. Niederrhein. b) Gesellschaft f. rheinische Geschichtskunde. |

| | |
|--------------|---|
| Koenigsberg | Physikalisch-Oekonomische Gesellschaft. |
| Kreuznach | Antiquarisch-Historischer Verein. |
| Laibach | Museal-Verein für Krain. |
| Landshut | Historischer Verein für Niederbayern. |
| Leiden | Niederländische litterarische Gesellschaft. |
| Lindau | Verein für Geschichte des Bodensee's und seiner Umgebung. |
| Linz | Museum Francisco Carolinum. |
| Lübeck | Verein f. Lübeck'sche Geschichte und Altertumskunde. |
| Lüneburg | Museums-Verein f. d. Fürstentum Lüneburg. |
| Luxemburg | a) L' institut Grand Ducal. b) Verein für Luxemburger Geschichte, Litteratur und Kunst. |
| Luzern | Historischer Verein der fünf alten Orte: Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden u. Zug. |
| Magdeburg | Verein für Geschichte und Altertumskunde des Herzogtums und Erzstifts Magdeburg. |
| Mannheim | Altertums-Verein. |
| Marienwerder | Historischer Verein für den Reg.-Bezirk Marienwerder, Wpr. |
| Meiningen | Hennebergischer Altertumsforsch. Verein. |
| Mittau | Kurländische Gesellschaft für Litteratur und Kunst, Sektion für Genealogie, Heraldik und Sphragistik. |
| München | a) Akademie der Wissenschaften, philosophisch-philologische und historische Klasse. b) Altertums-Verein. c) Historischer Verein für Oberbayern. |
| Münster | a) Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens. b) Westfälischer Provinzialverein f. Wissenschaft und Kunst. |

XVIII

| | |
|-----------------|--|
| Meiße | Wissenschaftliche Gesellschaft Philomathie. |
| Neuburg a. D. | Historischer Verein. |
| Nordhausen | Städt. Museum. |
| Nürnberg | a) Germanisches National-Museum. b) Verein f. Geschichte der Stadt Nürnberg. |
| Osnabrück | Verein für Geschichte und Landeskunde von Osnabrück. |
| Plauen | Altertumsverein. |
| Posen | Historische Gesellschaft f. d. Provinz Posen. |
| Prag | a) Kgl. Böhmisches Gesellschaft der Wissenschaften. b) Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen. |
| Prenzlau | Udermärkischer Museums- und Geschichts-Verein. |
| Ravensburg | Diözesan-Archiv von Schwaben. |
| Regensburg | Historischer Verein von Oberpfalz und Regensburg. |
| Riga | Gesellschaft für Geschichte und Altertums-kunde der Ostieeprovinzen Rußlands. |
| Saarbrücken | Historischer Verein für die Saargegend. |
| Salzburg | Gesellschaft für Salzburger Landeskunde. |
| Salzwehel | Altmärkischer Verein für vaterl. Geschichte und Industrie. |
| Schaffhausen | Historisch-antiquarischer Verein zu Schaffhausen. |
| Schleiz | Geschichts- u. Altertumsforschender Verein. |
| Schmalkalden | Verein für Hennebergische Geschichte und Landeskunde. |
| Schwäbisch-Hall | Historischer Verein für Württembergisch-Franken. |
| Schwerin | Verein f. Mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde. |

| | |
|-----------------|--|
| Sigmaringen | Verein für Geschichte und Altertumskunde in Hohenzollern. |
| Speyer | Historischer Verein der Pfalz. |
| Stettin | Gesellschaft f. Pommerische Geschichte und Altertumskunde. |
| Stockholm | a) Historische Akademie. b) Nordisches Museum. |
| Straßburg i. E. | a) Vogesen-Klub. b) Kaiserl. Universitäts- und Landes-Bibliothek. |
| Straubing | Historischer Verein. |
| Stuttgart | a) Kgl. geheimes Haus- und Staats-Archiv. b) Württembergische Kommission f. Landesgeschichte. c) Kgl. statist.-topogr. Bureau. |
| Thorn | Copernicus-Verein f. Wissenschaft u. Kunst. |
| Ulm | Verein f. Kunst und Altertümer in Ulm und Oberschwaben. |
| Upsala | Historische, philosophische, philologische Gesellschaft. |
| Baduz | Historischer Verein f. d. Fürstentum Lichtenstein. |
| Wernigerode | Harzverein f. Geschichte u. Altertumskunde. |
| Wien | a) Kaiserl. Akademie der Wissenschaften. b) Kaiserl. Kgl. Geographische Gesellschaft. c) Verein für Landeskunde v. Niederösterreich. |
| Wiesbaden | Verein f. Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforchung. |
| Worms | Altertums-Verein. |
| Würzburg | Historischer Verein von Unterfranken und Eichaffenburg. |
| Zürich | Antiquarische Gesellschaft. |
| Zwickau | Altertums-Verein für Zwickau u. Umgegend. |

Veränderungen während der Drudlegung.

Beigetreten sind:

als ordentliches Mitglied:

Herr Wolfram Dr. Ludw., k. Gymnasialprofessor hier;

als außerordentliches Mitglied:

Herr Maydt Andr., Restaurateur.

In Schriften-Austauschverkehr sind getreten:

Goetaborg (Schweden), La société archéologique et historique.

Heilbronn, Historischer Verein.

Rosenheim, Historischer Verein.

Ihren Austritt haben erklärt:

Herr Baier Dr. Joh., Seminarpräfekt in Würzburg.

„ Gebhard, Bahninspektor a. D. hier.

„ Mayer Ernst, Apotheker hier.

„ Rieneder A., Reallehrer hier.

Gestorben sind:

Herr Hänfling G., Pfarrer u. Zubelpriester in Freienfels.

„ Hau Joh., Dechantpfarrer in Bugebrach.

„ Knoll Adam, Privatier hier.

„ Seidlein Heinrich.



Zuwachs der Vereins-Sammlungen.

A. Geschenke von Schriften:

- Von Prof. Schwent in Schweinfurt dessen Schrift:
Hof im siebenj. Krieg.
- Von der Buchdruckerei Reindl: Alt-Bamberg.
- Von Freih. Fritz von Groß-Trockau verschiedene hist.
Schriften.
- Von Frein A. F. von Groß-Trockau eine Sammlung
Historica Bamberg und Curiosa.
- Von Buchhändler Streit in Forchheim dessen Bros-
schüre: Die St. Martinskirche in Forchheim.
- Von Herrn Archivar Dr. Will in Regensburg die
von ihm edierten Briefe über Erbauung der Stifts-
kirche in Neresheim von Valth. Neumann, und Schrei-
ben des Duc de Silva Tarouca an Neumann.
- Von Herrn Seminarlehrer Neubauer dessen Vortrag
über die Baugeschichte und architekt. Charakteristik des
Bamberger Doms.
- Von Herrn Oberstleutnant Alarmann dessen Broschüre:
Dankensfeld und die Familie Marschall.
- Von Herrn Schönbach in Wien dessen Geschichte der
Rudolf von Schlüsselberg.
- Von der Kgl. Bibliothek zu Bamberg: Handschriften —
Katalog I 6.
- Von Herrn Domkapitular Holzschuh die Geschichtswerke
des Wolfgang Wenzel.

B. Anlauf:

Looshorn, Geschichte des Bistums Bamberg, 5. Bd.

Seidl, Das Regnitzthal von Fürth bis Bamberg.

Heyne, Deutsche Hausaltertümer, 2. Bd.

Wirching, Des Friedländers Lager bei der Alten Feste
b. Fürth.

Bitterauf, Churbayer. Politik.

Weeße, Die Bamberger Domsulpturen.

Chwolson, Die Blutanklage und sonstige mittelalterliche
Beschuldigungen der Juden.

Noques, Urkundenbuch des Kl. Kaufungen, 2. Bd.

Schlecht, Bayerns Kirchen-Provinzen.

Weigmann, Geschichte der Dienzenhofer.

Jäger, Klosterkirche zu Ebrach.

Hofmann, Politik des Fürstb. Adam Friedrich v. Seinsheim.



Münz- und Medaillen-Sammlung.

Geschenke:

a) Medaillen:

- 1, Eine Kippe, 25 cm. Priesterjubiläum Leo's XIII. Vorderseite, Brustbild, Leo XII. Lumen de coelo, in den Ecken Natus 2. III. 1810. — Ordinatus 31. XII. 1837. — Pontif. electus 3. III. 1878. — Sacerdos iubilans 31. XII. 1887. Rückseite, Peterskirche, 4 Inschriften: Ubi Petrus ibi ecclesia. — Roma locuta, causa finita. — O beate ianitor. — Primatus Petro datus.
- 2, Zinn-Medaille Dm. 40 cm., B. S. Michael von Deinlein, Erzbischof in Bamberg, Brustbild. R. S. Kreuz mit Bischofsinsignien.
- 3, Zinn-Med. Dm. 21 cm. auf das 100jähr. Kirchweih-Jubiläum zu Vierzehnheligen 1872, 15.—22. Sept. die 14 Heiligen. R. S. die Kirche.
- 4–6, Gnadenkap. auf dem Nikolausberge bei Würzburg u. zu Alttötting.
- 7–8, Wallfahrtskirche zu Maria-Weiher u. Dettelbach.

b) Kleinere Silber- u. Kupfermünzen:

24 Silberstücke: 2 Meraner, 1 Händelsheimer, 2 Bamberger (Bagen 1698 u. 1 Kr. 1766), 4 Würzburg. (Schillinge 1686 u. 1747; Dreier 1748, 3 Kr. 1808), 3 Bayer. (Groschen 1763, Kreuzer 1852 u. 1869), 1 Großherzogtl. Pfennig (6 Kr. 1846), 3 Oesterreich. (10 Kr. 1766, 20 u. 10 Kr. 1868), 1 Albus, 1 Sächsisch. Groschen (beiderseit. Wapp.), 5 Dettlinger-Pfg. 1524, 28, 30 u. o. J., 2 Stücke unkenntlich.

7 Kupferstücke: 1 Bayreuther Heller 1751, 1 Bayer. Pfg. 1851, 1 Sachsen Meiningen ($\frac{1}{4}$ Kr. 1831), 2 Oesterreich. 1800 u. 1885), 2 Stücke unkenntlich.



Die Reichsherrn von Schlüsselberg

(1114—1347)

von

Wilhelm Freiherrn von Wibra,
Kgl. Oberlandesgerichtsrat a. D.



Vorwort.

Da bisher über die Reichsherrn von Schlüsselberg außer dem bekannten Aufsatz des hochverdienten Forschers, Archivar Dr. Paul Desterreicher „Der Reichsherr Gottfried von Schlüsselberg. Bamberg. 1821“ eine weitere Erörterung nicht erschienen ist, die Herren von Schlüsselberg aber in Franken mehrere Jahrhunderte hindurch eine sehr hervorragende Stelle eingenommen haben, hielt es der Verfasser dieser Abhandlung nicht für unangemessen, den Versuch zu machen, das bisher bezüglich dieses Geschlechtes zerstreut erschienene Material zu sammeln und zu sichten.

Derselbe ist sich sehr wohl bewußt, daß diese Darstellung nanthafte Lücken hat, zumal unser größtes Quellenwerk, die Monumenta boica, die das vormalige Hochstift Bamberg betreffenden Urkunden noch immer nicht publiziert hat; da es indeß ungewiß ist, ob deren Veröffentlichung in absehbarer Zeit möglich sein wird, ist es wohl nicht unzutreffend, das vorhandene Material schon jetzt zu verwerten.

Der Verfasser schließt sich dabei an die Bearbeitung der alten freien Geschlechter im Gebiete des Bistums Bam-

berg an, welche Herr Baron Ernst von Aufseß in der
Vereinschrift des histor. Vereins von Bamberg begonnen
hat, da derselbe leider durch seine dienstliche Beschäftigung
wohl für längere Zeit abgehalten sein möchte, sein Vor-
haben, die Geschichte so vieler hochinteressanter Geschlechter
Frankenlandes nach und nach zu bearbeiten und zu ver-
öffentlichen, in der gewohnten sachgemäßen Darstellung zur
Ausführung zu bringen.



1. Die Reichsherrn von Otlohestorf.

Die Reichsherrn von Schlüsselberg kommen schon zu Anfang des XII. Jahrhunderts unter dem Geschlechtsnamen Otlohestorf in den Urkunden des vormaligen Hochstiftes Bamberg vor, wo dieselben im Nischtale eine ansehnliche Besitzung dieses Namens mit einer zwischen den Orten Adelsdorf¹⁾ und Nisch vormalig gestandenen Burg²⁾ als eine freie Herrschaft — sie ist dies auch im Besitze der Schlüsselberger³⁾ geblieben und in solchem niemals Lehen geworden — bis zu ihrem Erlöschen be sessen haben.

Zum erstenmal kommt in der Urkunde vom 24. April 1128 ein Heinrich von Otlohestorf zugleich mit Herold von Aufseß, beide als *liberi homines* bezeichnet, vor, gemäß welcher Chunemunt von Hiltenburch mit seinem Sohne Adalphert sein Gut Brachpach um 100 Mark und 20 Ta-

¹⁾ Otlohesdorf, wohl nur ein kleines Gut, befand sich in alter Zeit im Besitze des Dompropstes Egilbert von Bamberg und wurde c. 1119 gegen Debering vertauscht. *Calend. des Domst. Bbg. h. B. Bbg. 7. 123.*

²⁾ Die Burg mit Wall und Graben lag außerhalb des Dorfes Adelsdorf und zwar zwischen dem rechten Ufer der Nisch und dem Dorfe. Sie wurde im Bauernkriege völlig zerstört und erinnert nur eine schwache Einsenkung in einer Wiese, die Altenburg gen., an den ehemaligen Burggraben. *h. B. Bbg. 18. 96.*

³⁾ Wenn Hofmann in seinen *Annalen* S. 61. 166 und Haas *Slavenland* S. 216 einen Grafen Günther von Schlüsselberg 1034 als Heerführer des K. Konrad II. gegen die Vandalen, sowie Falkenst. *Nordgau Altert. 2. 336* als Feldherrn bezeichnet, so ist diese Nachricht in das Reich der Mythe zu verweisen. Damals gab es keine Schlüsselberg, und das Prädikat *comes* haben die Schlüssf. sich niemals beigelegt.

lente Bamberg. Münze ihren eben gen. zwei Treuhändern übergeben, damit sie dasselbe auf die Bitte des Dompropstes Eberhard dem Stifte zu S. Jakob in Bamberg übertragen¹⁾.

Als Vater dieses Heinrich ist ohne Zweifel Luitold (auch Lotold) von Otlohestorf, verheiratet mit Frau Juditha, und damit als erster bekannter Stammvater des Geschlechtes der Otlohestorf und ihrer Nachfolger, der Schlüsselberg anzusehen, für deren Seelenheil ihr Sohn, Dompropst Dudalrich (Ulrich) von Otlohestorf, wie später aus den Calendarien der Bamberger Stifte nachgewiesen werden wird, mehrfache Zuwendungen lektwillig angeordnet hat. Dieser Luitold wird wohl, nachdem sein Sohn in Bamberg viele Jahre gewirkt und eine so hohe Stellung im dortigen Domstift erreicht hat, im nahen Abelsdorf gelebt haben, ja es darf vielleicht angenommen werden, daß er oder sein Vater die Burg daselbst erbaut hat, sowie daß dieselbe schon im XI. Jahrhundert bestanden hat.

Nachdem aber durch die Einträge in den erw. Calendarien feststeht, daß der Propst Dudalrich ein Sohn des Luitold gewesen ist, muß im Zusammenhalt mit den zu erörternden Urkunden von 1130, 1135 und 1143 als erwiesen erachtet werden, daß dieser Luitold vier Söhne Eberhard, Heinrich, Megengoz und den Propst Dudalrich hinterlassen hat. Das Geschlecht hat also, da letzterer seit 1144, als Nachfolger des 1143 gestorbenen Dompropstes Eberhard vorkommt und diese Würde kaum vor dem 40. Lebensjahre erreicht haben wird, den Namen Otlohestorf nach seiner gleichnamigen Herrschaft wohl schon gegen das Ende des XI. Jahrhunderts geführt. Die Träger desselben waren,

¹⁾ h. B. Bbg. 21. 22. Oesterr. Muffsch. 43. v. Muffsch. Reg. Nr. 3. 4. h. B. Oberfr. 1. 1. 101. 139. Wechstein Otto v. Botenlauben. 157. Loosch. Hist. Bamberg. 2. 59.

wie ihre Liberalität zu gunsten der Bamberger Stiftungen gezeigt hat, im Besitze namhafter Güter und standen sonder Zweifel in Bamberg bei den Bischöfen und im Nischthal in hohem Ansehen.

Wenn am 14. September 1114 Bischof Otto von Bamberg, damals zu Regensburg, sich mit dem dortigen Bischof Hartwich wegen eines Lehntes der Neugereute bei Schambach einigt und unter den Zeugen der hierüber aufgenommenen Urkunde Custos Dudaſrich, sowie Meginoß, Heynrich, Dudaſrich u. a. erscheinen¹⁾, so sind dies wohl die Söhne Luitolds. In der Urkunde von 1130 bekennt Bischof Otto zu Bamberg, daß er mit Zustimmung des custos Konrad seinem Ritter Meingot von Otloheſtorf als Vogt des Dorfes Widderhoven (Weigelshofen), welches zum Beneficium des custos gehört, bestellt habe, wobei u. a. Priester Dudaſrich Zeuge ist²⁾. Im Jahre 1132 bringt Bischof Otto zur Kenntniß, daß er von dem Grafen Adalbert und dessen Bruder Konrad ein Herrschaftsgut zu Heilsbronn erworben und dem h. Petrus in der Bamberger Kirche geschenkt habe, sowie daß er zu Heilsbronn eine Basilika zu Ehren der h. Jungfrau mit den nötigen Klosteräumen erbaut, dahin Brüder berufen und den Ort zu einer mit Cisterciensern zu besetzenden Abtei erhoben habe. Zeugen: Adalbero von Tageſtetten. Adelbreth von Dahßpach. Friedrich von Hergoltsbach. Heinrich, Eberhard, Meginoß von Otloheſtorf³⁾.

¹⁾ Loosß. 2. 112. Can. Udalricus kommt nicht selten in Urkunden als Zeuge vor, so z. B. 1118 h. B. Bbg. 16. 8, sowie Loosß. 2. 90, 1124 Loosß. 2. 68 cf. R. b. 1. 121, 1123 und 1133 in Pl. Prüfeningen'schen, zu Bamberg ausgefertigten Urkunden. Mon. b. 13. 601. 146. 162, ferner 1136 h. B. Bbg. 16. 16., nach 1139 Loosß. 2. 70.

²⁾ R. b. 4. 734. Loosß. 2. 69.

³⁾ Usserm. episc. Bbg. Nr. 89. Hoder Supl. 3. Heilbr. Antiqu. Schäß. Nr. 1. C. 58.

Im Jahre 1135 übergibt Dompropst Eberhard dem Altar des h. Georg (Dom zu Bamberg) das Dorf Dieprethsdorf, welches ihm Beretha und ihr Gemahl Udalpert von Laim überlassen haben, ferner ein Gut zu Nuesäze (Neuses), welches er von Regelo, Stifths Herrn zu S. Jakob, gekauft, endlich einige Weinberge bei Frichenhausen zur Stiftung eines Jahrtags ihres Vaters. Zeugen u. a. Eberhard und seine Brüder Heinrich und Megengoz von Otlohestorf¹⁾. In der Urkunde von o. 1136 übergibt der Bamb. Canoniker Pero von S. Peter dem Kloster S. Michael zu Bamberg behufs Stiftung eines Jahrtages das Gut Alipach nebst einem Walde. Zeugen Megengoz und Udalrich²⁾, Brüder, Hermann von Eise u. a.³⁾. Wohl nach 1139 übergibt G Erzpriester zu Regensburg, durch seinen Oheim den Georgi Brüdern des Stiftes Bamberg fünf Hörige zum Dienen zu seiner und seiner Eltern Verzeihung. Zeugen: Dekan Ekbert, Propst Eberhard, Propst Thimo, Propst Rouzelin, Propst Udalrich⁴⁾. Den eben gen. Udalrich finden wir ferner in einer Urkunde von 1144 neben anderen Zeugen, in welcher Bischof Egilbert der Propstei Rölzig (bei Vernburg) einen Teil des bei Muchil ausgerodeten Waldes überläßt⁵⁾, ferner eod. a. als der gen. Bischof das Gut Roda dem Kl. Bëßra übergibt⁶⁾.

2. Die Herren von Ghrutsare.

1136—1151.

Während die Söhne Luitolds bis o. 1135 den Geschlechtsnamen Otlohestorf nach ihrer gleichnamigen Burg

¹⁾ R. b. 1. 139. Loosß. 2. 70.

²⁾ Der bei Usserm. S. 85 Nr. 90 in Urk. v. 1137 gen. Canon. Udalricus wird wohl der nachmal. Dompropst sein.

³⁾ h. B. Abg. 16. 22. Loosß. 2. 100.

⁴⁾ Loosß. 2. 70.

⁵⁾ l. c. 2. 389.

⁶⁾ Schultes Beitr. 3. fränk. Gesch. 1. 219.

und bezw. wohl Herrschaft ohne jede Ausnahme führen, erscheinen 1136, als der Abt Hermann des Kl. Michaelsberg seinen Geschwistern das Gut seiner Eltern zu Urdorf und Sulztal um 150 Mark abkauft und seinem Kloster übergibt, neben Friedrich von Hergoltspach und Poppo von Goswinestein auch Eberhart und sein Bruder Heinrich von Ehrtsare als Zeugen¹⁾.

Diese Herren von Ehrtsare sind ohne Zweifel eines Geschlechtes mit den Herren von Otlohestorf, deren Namen sie ohnehin zeitweise führen²⁾. Noch im gleichen Jahre 1136 erscheint, als die verwitwete Frau Gunderum für das Heil der Seele ihres verstorb. Ehegatten Winizo von Alsbach das Herrschaftsgut zu Alsbach (vielleicht Alsbach) und andere Güter zu Huchilheim (Heuchelsh.) und Dietrichsdorf (Dietersdorf bei Tphosen), endlich die Kirche zu Alsbach für Gewährung einer Grabstätte dem Kl. Michaelsberg überläßt, Henricus de Crutsare, liber homo als deren Treuhänder³⁾. Im nämlichen Jahre übergeben Eberhart von Crutsare und seine Ehefrau dem eben gen. Kloster das Gut Grube (wohl Burggrub), welches 10 Unzen zu zahlen hat, und einen Wald⁴⁾. Nochmals erscheinen eod. a., als Bischof Otto das Kloster Altersbach (Albersbach) bei Passau gründet und Augustiner Chorherren überläßt, die Gebrüder Eberhart, Heinrich und Megingoz von Ernozsam, sowie Rapoto Graf von Frensdorf unter den Zeugen dieser Urkunde⁵⁾.

Schon 1140 taucht indeß der alte Geschlechtsname

¹⁾ h. B. 16. 18. Oesterr. Auff. 45. Loosß. 2. 98.

²⁾ Oesterr. Denkwürd. 1. 60. 4. 23. 45. 47.

³⁾ Schann. vindem. 1. 49. R. b. 1. 145. h. B. Bbg. 16. 20. Loosß. 94.

⁴⁾ h. B. Bbg. 8. 48. 16. 23. Loosß. 101.

⁵⁾ Loosß. 291. cf. 293. Bemerkt wird, daß in M. b. 5. 353 die gen. Zeugen wohl irriger Weise den Namen Truzhano führen.

Othlohestorf wieder auf; im gen. Jahre überträgt Bischof Egilbert von Bamberg (1139—1146) auf die Bitte des Konrad von Memelsdorf dem Regidienſpital zu Bamberg mehrere Lehen, welche derselbe von seinem Verwandten Heinrich erworben hatte, sowie einen Neubruch mit den dazu gehörigen Feldern zur besseren Verpflegung Schwerkranker, wobei außer dem Propst Udalrich unter andern Heinrich von Othlohestorf und sein Bruder Mcgingoz Zeugen sind¹⁾. In der Urkunde vom 19. März 1140, zufolge welcher Konrad Graf von Dachau und seine Hausfrau Adelheid (geb. Herzogin von Limburg) dem Bischof Egilbert ihre Güter, und zwar Botenstein (Pottenst.), Mulrichsberg (Mirsberg) und Rotaha (Röbäch) mit aller Zubehör überlassen, ist der Propst Udalrich, sowie Heberhard, Heinrich und Meingoz Zeuge²⁾. In Urkunde von 1144, in welcher die eben gen. Adelheid von Wartperch (chem. Burg bei Pottenstein), Hausfrau des Grafen Dachau, auch Gr. von Neunburg, ihre Güter zu Weltersdorf, Grub, Maspach, Wickslein, Gruntanne, Drogenrüt, welche bisher Heinrich von Bibera inne hatte, ebenso Lumbach dem Kloster Michelsberg schenkt, sind ueben dem Grafen Berthold von Bloffenberg u. a. Eberhart und sein Bruder Heinrich von Othlohestorf als Zeugen bezeichnet³⁾. Am 28. Oktober 1142 wird ein Gütertausch zwischen dem Bischof Egilbert und dem Abt Hermann des Kl. Michelsberg befundet, zufolge dessen der Bischof Kirchengüter neben der Kronach unter Luitbrech und Burchstal dem Kloster abtritt und dafür ein Gut bei Julebach und einen Hörigen zu Mannstorff erhält. Zeugen sind: Udalrich, Propst zu S. Maria, sowie u. a. Eberhard von Crusare und

¹⁾ Usserm. Nr. 105. R. b. 1. 161. h. B. Bbg. 16. 26.

²⁾ Loosch. 277. Oesterr. Denkw. 2. 9. 28.

³⁾ Usserm. Nr. 106. R. b. 1. 177. h. B. Bbg. 16. 30. Loosch. 383. Ueber Adelheid v. Wartperch cf. Moriz. Die Grafen Sulzbach. S. 149.

seine Brüder Heinrich und Megingoz¹⁾. Im gen. Jahre 1142 tritt Chuniza, Tochter des Grafen Reginbodo (wohl Graf Giech), vermählt mit dem Grafen Boppo von Blassenberg (Andechs) — sie war damals schon von demselben getrennt — ihre Eigengüter Giechburg und Litenuels (Lichtenfels) mit den dazu gehörigen Dörfern, Wäldern, Wiesen u. dergl. dem Altar des h. Petrus zu Bamberg zum Heile ihrer, sowie ihrer Eltern Seele zum Eigentum ab. Zeugen u. a. Odalrich, Propst zu S. Maria (und S. Gangolf in Teuerstat), Herberhart von Otlochesdorf und seine Brüder Heinrich und Megengoz²⁾. In der diese Schenkung bestätigenden Urkunde von 1143 sind wieder u. a. Vdalricus, indeß jetzt *prepositus de ipsa dome* (Dompropst), ferner Eberhardus, Heinricus et Megengotus fratres de Oteloestorf als Zeugen mitaufgeführt³⁾.

Dagegen werden in der Urkunde von c. 1144, zufolge welcher Wolfram von Wiesenborn den Abt Hermann zu Kl. Michelsberg ein Gut zu Billungereut um 37 Talente überläßt, u. a. Eberhart von Chrutserre und sein Bruder Heinrich als Zeugen bezeichnet⁴⁾. In der Urkunde vom 30. Dezember 1145 bekundet Bischof Egilbert, daß Graf Friedrich von Bichelingen (Beichel.), *nobilis homo*, dem Kl. Michelsberg seinen Herrschaftshof zu Schwabtal, welchen derselbe von dem Stifte zu Lehen hatte, überlassen hat. Zeugen sind: Vdalricus major *prepositus*⁵⁾ — — Eberhardus de Chrutserre et frater

¹⁾ h. B. Bbg. 16. 28. R. b. 1. 165. Loosß. 382.

²⁾ Oesterr. Denkw. 3. 186. Schult. hist. Schrift. 1. 232. Sprenger Gesch. v. Banz. 190. R. b. 1. 165. Loosß. 376.

³⁾ Oesterr. 3. 44. 52. 90. cf. 88. Schultes. 233. v. Desele Grafen Andechs. 122.

⁴⁾ h. B. Bbg. 16. 31.

⁵⁾ Als Dompropst kommt Udalrich im J. 1144 wiederholt in Urkunden vor. Usserm. Nr. 100. Schultes Beitr. 1. 219. Loosß. 2. 399. 392.

ejus Heinricus¹⁾). In der weiteren Urkunde von dem gen. 30. Dez. 1145, zufolge welcher zwischen dem Kl. Michelsberg und dem S. Burkardstifte zu Würzburg ein Austausch von Zehnten statt findet, sind u. a. Eberhard und sein Bruder Megengo²⁾ Zeugen³⁾. Beide Brüder sind ferner neben dem Dompropst Bdalrich in der Urkunde von c. 1145, gemäß welcher Bischof Egilbert dem Kloster zu S. Michael das Gut Bucha, neun Eölden mit dem Walde, zwei Eölden bei Adelsolbespach, das Dorf Sunnantha und Zidebodenruit schenkt, als Zeugen mitaufgeführt⁴⁾.

Von dem Jahre 1145 an wird der Gebrauch des Namens Erutssere, Erutsen u. dergl. seltener, das Geschlecht führt gewöhnlich den zu Anfang des Jahrhunderts üblich gewordenen Namen Othlohestorf wieder. So kommt 1145 Megingo⁵⁾ von D. als Zeuge in der Urkunde vor, in welcher der Domherr Bruno⁶⁾ von Bamberg dem Altar des h. Georg daselbst einen seiner Hörigen zu eigen gibt⁷⁾; im Jahre 1146 finden wir den Heinrich von Othlohestorf und seinen Bruder Megingo⁸⁾ als Zeugen der Urkunde, in welcher Bischof Egilbert dem Georgs-Altar sieben Hörige und ein Gut zu Ezital, insbesondere einen Teil des Waldes in Tangringel, überläßt, damit die Brüder für ewige Zeit ihr Holz daraus beziehen können⁹⁾.

Im Jahre 1147 stellt Bischof Eberhard (1146—1172)

¹⁾ Oesterr. Dentw. 3. 105. h. B. Bbg. 16. 32. R. b. 1. 183.

²⁾ Usserm. Nr. 104. h. B. Bbg. 16. 31.

³⁾ l. c. 33. Daß wiederholte Vorkommen der Brüder in Stifts-Urkunden läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß die Brüder in Bamberg gelebt haben und dort in hohem Ansehen gestanden sind.

⁴⁾ Der Stift Bamberg. Domherr Bruno (gest. 1162.) war einige Jahre Bischof zu Straßburg, resignierte aber daselbst und trat wieder in das gen. Stift ein. Loosh. 459.

⁵⁾ Loosh. 390.

⁶⁾ M. b 15. 14.

zu Bamberg wegen eines ihm von den Grafen Poppo und Berthold von Andechs gegebenen Darlehens von 300 Mark in *exitu peregrinationis militiae christianae* (unter Kaiser Konrad III) sein Domkapitel durch Verpfändung der Grafschaft Poppoß nebst den *infra terminos* Chrusenrein gelegenen Allodialgütern sicher. Zeugen sind u. a. Propst Udalrich¹⁾, Heinrich von Otlohestorf und sein Bruder Mengengoz²⁾. Als 1148 der Dompropst Udalrich für das Kloster S. Theodor zu Bamberg einen Weinberg zu Isolvestadt³⁾ um 26 Talente käuflich erwirbt, ist u. a. Megingot von Otlohestorf einer der Treuhänder⁴⁾.

Die oben erwähnte Stiftung der Gräfin Kunegunda von Blassenberg (Andechs) von 1142 gab nach deren Ableben zu Differenzen Anlaß, welche 1149 dadurch beigelegt wurden, daß sich Graf Berthold von Blassenberg mit dem Bischof Eberhard wegen der Burg Giech und der übrigen Güter des Grafen Reginboto dahin einigte, daß Graf Berthold, und nach ihm nur sein erstgeborener Sohn, soferne derselbe ebenbürtig ist und dem Laienstande angehört, den Nutzgenuß dieser Güter haben soll. Zeugen sind u. a. Propst Udalrich *de ipsa domo*, Eberhard, Heinrich und Mengengoz von Otloestorf⁵⁾. Im Jahre 1150 erscheint, als der *parochianus Arle* . . . zu S. Maria in Bamberg

¹⁾ Dompropst Udalrich ist am 4. Febr. 1147 Zeuge der Urkunde, in welcher K. Konrad die ihm von dem Bsch. Eberhard überwiesenen Ministerialen gegen ihre Bedrücker Konrad v. Rietfeld und Berengar v. Albed in Schutz nimmt. Stumpf Reichskanzler. 3. Nr. 113.

²⁾ v. Desele Grafen Andechs. 123. 232. Loosß. 2. 393.

³⁾ Dompropst Udalrich kauft 1148 dem Abt Humbert des Kl. Schwarzach einen Weinberg zu Isolvestadt ab. R. b. 1. 191. Wittmann Mon. Castol. 9.

⁴⁾ Usserm. S. 399. Loosß. 459.

⁵⁾ Oesterr. Denkw. 3. 90. Oesterr. Reichsh. v. Huseß 46. v. Desele Grafen Andechs Nr. 112. Loosß. 2. 378.

dem Altar des h. Georg einige Hörige überläßt, Megingoß von Othlohestorf als Treuhänder, sowie Dompropst Wodalrich¹⁾ und Heinrich von Othlohestorf als Zeugen²⁾. Am 8. April 1151 übergibt Grimbert von Chlubißdorf dem S. Petersaltar in Bamberg seine Grundstücke zu Tezwistorf (vielleicht Traisdorf), um dieselben für die Klosterbrüder in Banz zu verwalten. Zeugen u. a. Heinrich und sein Bruder Megingoß (ohne Zunamen)³⁾.

Zum letztenmal kommt Eberhard, indeß mit einer wohl nebensächlichen Abweichung in der Urkunde von 1151 vor, in welcher Eberhard von Erutßen ein Gut zu Grube, welches jährlich neun Unzen zu entrichten hat, dem Kl. Michaelsberg für sein und seiner Eltern Seelenheil überläßt; indeß erwarb wohl im gleichen Jahre sein Bruder Heinrich von Odohestorf dieses Gut, welches an dessen Ader anstieß, um 12 Talente, damit die Klosterbrüder von S. Michael dafür ein anderes Gut zu Elispental erwerben. Zeugen u. a. Dompropst Udalrich⁴⁾ und dessen Brüder Menigoß und Heinrich⁵⁾.

3. Kreussen.

Zur Beantwortung der Frage, aus welchem Anlasse die Herrn von Othlohestorf wohl in der Zeit von 1136

¹⁾ Prozeß. Wdalrich Zeuge der Urk. v. 2. Febr. 1151. h. B. Hbg. 16. 35 und 22. 12.

²⁾ R. b. 1. 199. Haas Martinskirche. 20. 626.

³⁾ Oesterr. Banz. Nr. 18. S. XXIX. (Sprenger) Diplom. Gesch. d. Abtei Banz. 320.

⁴⁾ Dompropst Ulrich ist am 24. Sept. 1151 Zeuge eines Gütertausches Bisch. Eberhard mit dem Kl. Reichersberg. Urk. Buch ob der Enns. 2. Nr. 174.

⁵⁾ R. b. 1. 201. Usserm. Nr. 114. h. B. 16. 36. Loosch. 444. Eberhard v. Erutßare hat schon 1136, wie erwähnt, dem gen. Kloster ein Gut zu Grub zugewendet. h. B. Hbg. 8. 48. 16. 23 cf. 36.

bis 1151 den Namen Erutsare, Erutsen geführt haben mögen, ist vor Allem der Versuch zu machen, festzustellen, wer zu dieser Zeit Erusni, das heutige Preussen besessen hat.

Es ist zur genüge nachgewiesen, daß sich der Babenberger Abstömmeling Heinrich, gewöhnlich Hezilo genannt, Markgraf von Ostfranken und im Nordgau zu Schweinfurt, Sohn des 980 gestorbenen Markgrafen Berthold von Ostfranken, im Jahre 1003 gegen Kaiser Heinrich II. (1002 bis 1024) empört und sich bald mit seinen Söldnern, nachdem sein Bruder Buzko (Burchard) das feste Erusni räumen mußte, nach Kronach und der böhmischen Grenze zurückgezogen, indeß schließlich, als auch seine alte Stammburg erobert war, sich dem Kaiser ergeben und um Frieden gebeten hat. Im Friedensschlusse behielt er neben den späteren Marken Nabburg und Cham auch die böhmische Mark¹⁾, sowie den größten Teil seiner Eigengüter, insbesondere die Herrschaften Preussen und Schweinfurt. Dort ist er, mit dem Kaiser ausgesöhnt, am 18. September 1017 gestorben. Sein Sohn Otto ist wieder Markgraf in Ostfranken und 1048 auch Herzog in Schwaben²⁾.

Nach dessen 1057 erfolgten Tode fielen seine Güter an seine Töchter, und zwar Hilika, Abtissin in einem Kloster zu Regensburg — sie hat wohl, soferne sie überhaupt 1057 noch am Leben war, nur sehr wenig geerbt — Beatrix, mit dem Markgrafen Heinrich von Schweinfurt (vielleicht Hildritshausen), Gisella, mit dem Grafen Arnold von Dieffen und Andechs, Judith in I. Ehe mit Runo Herzog in Bayern, in II. mit Botho von Bothenstein, endlich Bertha (Alberada) mit ihrem Stammesvetter Hermann Grafen von Rastl und Habsberg verheiratet, beide gegen 1103 gestorben.

¹⁾ h. B. Unterfr. 42. 36.

²⁾ Stein Mon. Swinf. 4.

Gräfin Bertha erhielt aus dem Rücklasse ihres Vaters die Herrschaft Kreussen, welche später auf deren einzigen Sohn, den Grafen Otto von Habsberg im Nordgau, im Erbwege übergegangen ist. Mit ihm ist, weil seine Ehe kinderlos geblieben war, das Geschlecht der Grafen von Rastl erloschen.

Graf Otto hat den ihm nahe verwandten Herzog Heinrich, nachmaligen Kaiser Heinrich V, Sohn des 1106 verstorbenen Kaiser Heinrich IV, zum Erben seiner Güter ernannt, und so ging auch die Herrschaft Kreussen mit allen dazu gehörigen Gütern, insbesondere auch Habsberg auf Heinrich V über¹⁾); derselbe hat alsbald sehr beträchtliche Teile dieser vormaligen Babenberger Güter zu Lehen gegeben, andere seinen treuesten Vasallen geschenkt. So eignete derselbe insbesondere am 14. April 1124 dem Pfalzgrafen Otto von Wittelsbach zur Belohnung der vielen ihm von demselben geleisteten Dienste ein f. g. Hofgut im Walde Thrusine, sowie alle übrigen nach Habschessberg gehörigen praedia, welche er bisher von dem Kaiser nur als Lehen besessen hatte²⁾).

Kreussen selbst, und zwar Stadt und Amt samt allen Zugehörungen wurde von dem Kaiser Heinrich V am 14. April 1125 dem Grafen Bernger I. von Sulzbach für die großen, ihm seit 1105 geleisteten Dienste verlichen³⁾), nach dessen Ableben die gen. Herrschaft 1125 auf dessen Sohn, den Grafen Gebhard II, übergang; derselbe ist am 28. Oktober 1188 gestorben. Da der einzige Sohn desselben Bernger II schon vor ihm 1167 mit Tod abgegangen war, ging dessen Besitz an seine Töchter über, welche die

¹⁾ Moritz. Die Grafen von Sulzbach. 1. 243. 2. 13. 17. 19. 33. 35.

²⁾ 1. c. 1. 243. 2. 36. 38.

³⁾ 1. c. 1. 243. 2. 38.

gesamten Herrschaften der Grafen von Sulzbach an den Kaiser Friedrich I, und zwar jedenfalls vor dem 17. Januar 1189 veräußert haben, sozwar daß um die erwähnte Zeit auch Kreussen im Besitze der Hohenstaufen war¹⁾.

Die vorstehende, sich auf die Forschungen Moriz's Grafen von Sulzbach stützende Ausführung dürfte wohl zur genüge gezeigt haben, daß die drei Brüder Megingoz, Eberhart und Heinrich von Otlohestorf niemals, und insbesondere auch nicht von 1136—1151 Eigentümer der Babenberger Herrschaft Kreussen gewesen sind, sowie daß die Babenberger schon im XI. Jahrhundert die damalige Markgrafschaft Ostfranken, nach dem Erlöschen der älteren Babenberger Linie im XI. und XII. Jahrhundert aber die Grafen von Sulzbach und bezw. von Kastl und Habßberg die gen. Herrschaft dauernd und völlig ungestört besessen haben.

Wenn daher die freien Reichsherrn von Otlohestorf den auf einen fortgesetzten Besitz hinweisenden Namen Crutfare und dergl. führen, und zwar nicht selten neben ihrem früher und später gebrauchten Geschlechtsnamen, so möchte dies vielleicht andeuten, daß der damalige Besitzer der Herrschaft Kreussen, Gebhard II Graf von Sulzbach, o. 1136 diese Besitzung aus irgend einem Rechtsgeschäfte den drei Gebr. Otlohestorf zeitweise überlassen oder wegen irgend einer Verpflichtung, Dienst oder Darlehen in Pfandbesitz gegeben hat²⁾, sozwar daß dieselben Anlaß nahmen, den Namen der Herrschaft selbst zu führen, daß endlich dieses Verhältnis nach 1151 wieder gelöst worden ist³⁾.

¹⁾ l. o. 1. 235. 239. 241. 242. 244—248. 274. 275. 277. 278. Kaiser Konrad IV, der Urentel des K. Friedrich I, hat im Oktober 1251 Kreussen dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg zu rechtem Lehen verliehen. M. Zoll. 2. Nr. 58. M. b. 39a 318.

²⁾ Oesterr. Denkw. I. 60. IV. 23. 47. 59. 62.

³⁾ Es wird nur noch erwähnt, daß während der Besitzzeit der Grafen von Sulzbach ein Ministerialengeschlecht Crusine, Ehrnosen,

4. Die Herren von Othlohestorf.

1152—1167.

Wenn wir wieder zu den Herrn von Othlohestorf zurückkehren, so treffen wir im Februar 1152, als Kaiser Konrad III zu Bamberg den Klöstern Ebrach und Langheim die Salzquelle zu Lindenohe (bei Tambach) bestätigt — dieselbe war ihnen von dem Bischof Eberhard überlassen worden — den Propst Ulrich u. a. neben dem Grafen Konrad von Dachau, dem Gerard von Bentheim, sowie dem Gebhard von Waldegge und seinem Bruder Marquard (den Landgrafen von Leuchtenberg¹⁾ unter den Zeugen dieser Urkunde²⁾. Am 14. Februar ejusd. bezeugt Bischof Eberhard, daß der Propst Konrad von S. Gangolph (Bamberg) schon unter dem Bischof Otto (gest. 1139) von dem Abt Hermann des Kl. Michelsberg einen nicht weit von seinem Kloster gelegenen Hügel erhalten hat, um denselben mit Weinstöcken zu besetzen. Zeugen u. a. Propst Udalrich, Heinrich und sein Bruder Meingoz³⁾. Am 27. März ejusd. bestimmt Bischof Eberhard, daß der bei einem früheren Gütertausche unausgeschieden gebliebene Erbteil der Gräfin Hadewig, Schwester des Grafen Rapoto (von Abenberg), zu einer Rente von 11 Talenten angeschlagen, in der Burg Abenberg oder in dem Königshof Kronach jährlich ausbezahlt werden soll. Zeugen u. a. Propst Udalrich, Heinrich und sein Bruder Meingoz⁴⁾. Im Juli gen. Jahrs finden

Grußen, Gruzzen bestanden hat, dessen Abkömmlinge Eberhard, Gelfrat, Hartung, Heinrich, Siboto, Wrint, Winto in der Zeit von 1130—1178, sowie 1215—1282 nicht selten in Urkunden vorkommen.

¹⁾ Witten. Landgr. v. Leuchtenberg. C. 14. 18.

²⁾ Usserm. Nr. 116. M. b. 29a 307. Schult. 1. c. 1. 73. h. B. Bbg. 22. 13.

³⁾ Usserm. Nr. 115. Schult. 349. r. 259. R. b. 4. 736. h. B. Bbg. 16. 37.

⁴⁾ Usserm. Nr. 117. Oesterr. Banz Nr. 19.

wir den Propst Dudaſch unter den Zeugen der Urkunde, in welcher Biſchof Eberhard zu Bamberg die Gründung des Kloſters Prüſening (bei Regensburg) beſtätigt¹⁾.

Am 2. Februar 1153 überträgt Biſchof Eberhard den Aebten des Kloſters Niederaltaich alle Vorrechte eines Bamberger Domherrn. Zeugen ſind: Propſt Ddaſch, Heinrich von Otloheſtorf und ſein Bruder Meingoß²⁾. Am 21. Auguſt ejusd. bekundet Biſchof Eberhard, daß der Abt Adam des Kl. Langheim eine Wüſtung zu Burkersdorf an den Abt Hartung von Kl. Michelsfeld verkauft hat. Zeuge Propſt Ulrich³⁾; im eben gen. Jahre iſt der letztere Zeuge, daß Biſch. Eberhard beſtätigt, er habe von dem Abt des Kl. Michelsberg drei Sölden zu Weſenhofen erhalten, ſowie derſelbe habe ihm ferner drei andere Sölden auf ſieben Jahre überlaſſen⁴⁾.

Am 3. Februar 1154 beſtätigt Kaiſer Friedrich zu Bamberg dem dortigen Hochſtifte die Abtei Altaich, welche ihm der Graf von Andechs abgetreten hat. Zeugen u. a. Heinrich von Otloheſtorf und ſein Bruder Meingoß⁵⁾. Den Dompropſt Ddaſch finden wir im Juni und Juli⁶⁾ ejusd. in drei Urkunden des Biſchofs Eberhard unter den Zeugen⁷⁾. In der Urkunde von 1156, gemäß welcher der gen. Biſchof einen Streit zwiſchen dem Kloſter Prüſening und jenem zu Enß-

¹⁾ M. b. 15. 216.

²⁾ M. b. 11. 166. 327. Loosß. 2. 413.

³⁾ Ussorm. Nr. 118. Schultes Koburg. Landesgeſch. 2. 4. h. B. Bbg. 22. 15.

⁴⁾ Loosß. 2. 421. Schult. hiſt. ſchriften. 1. 349.

⁵⁾ M. b. 29 a 311. Sprenger Banz. 201. h. B. Oberfr. 1. 3. 9.

⁶⁾ Die Urkunde vom Juli 1154 betrifft eine Einigung bezüglich des dem Kl. Michelsberg zuſtehenden Schutprechts zu Eßelskirchen und Rattelsdorf.

⁷⁾ Ussorm. Nr. 119 und 120. h. B. Bbg. 16. 39. 40 und 22. 16. Deſterr. Altenburg. G. VIII u. X. Schult. hiſt. ſchrift. 1. Nr. 35.

dorf schlichtet, ist Heinrich von Otlohestorf wieder mit seinem Bruder Mengengoz Zeuge¹⁾).

Auch in der Urkunde von 1157 — sie wird zuweilen irrig von 1177 datiert — zufolge welche der Abt Berthold von Kloster Banz einen durch Vermittelung des Bischofs Eberhard und des Klostervogtes Grafen Rapoto zu stande gekommenen Tausch mit dem Grafen Hermann von Skowenberg (Schaumberg) über Güter zu Cheminate und Welehendorf bekundet, befinden sich Dompropst Ulrich, sowie Heinrich und (Megi)ngoz von Otlohestorf unter den Zeugen¹⁾. Als im gleichen Jahre 1157 Bischof Eberhard das zur Aufnahme von Reisenden gegründete Hospital zum h. Theodor in Bamberg, unter Eintauschung mehrerer der Gräfin Gertraud — einer Schwester des nachmal. Bischofs Hermann und einer Tochter des Markgrafen von Meißen — der Witwe des Grafen Hermann von Höchstadt und Pfalzgrafen am Rhein, gehörigen Grundstücke, in ein Frauenkloster umgestaltet hat, sind unter den Zeugen der Urkunde Heinrich und Mengoz von Otlohestorf, sowie ihr Bruder, der Dompropst Odalrich aufgeführt²⁾.

Eberhard Ia von Otlohestorf kommt 1151, sein Bruder Mengengoz I. im Jahre 1157 zum letztenmal in den Urkunden vor. Wenn in der Urkunde bezüglich der Dotierung des Klosters Heilsbronn von o. 1167³⁾ ein Heinrich von Otlohestorph mit seinem Sohne Mengoz als Zeuge aufgeführt ist, so war dieser Heinrich I., der Sohn des Riudolf von Otlohestorf, damals noch am Leben und ist eine spätere Urkunde bezüglich desselben wohl nicht mehr

¹⁾ M. b. 24. 32. Meißner Kl. Ensdorf. 333.

²⁾ Oesterr. Banz. Nr. XIII v. Defele Undechs Nr. 134. cf. Sprenger Banz. 316.

³⁾ Haas Slavenland. 1. 84. 86. 2. 326. Oesterr. Denkw. 4. 60.

⁴⁾ Hoder. Heilsbr. Bibl. S. 1.

vorhanden. Wenn aber, als am 22. März 1164 Bischof Eberhard eine durch Christine von Aspach erfolgte Stiftung eines Klosters zu Aspach, welches mit Gütern zu Mattichhofen und Attersee von ihr dotiert worden ist, bestätigt hat, neben dem (an Stelle des inzwischen verstorb. Dompropstes Udalrich von dem Domstifte gewählten) Dompropste Giselbert als weitere Zeugen Udalrich von Othlohestorf und dessen Bruder Megengoz vorkommen, so möchten dies die Söhne des Heinrich I von Othlohestorf sein¹⁾. Es fehlen indeß z. B. Urkunden, welcher der drei Brüder, oder ob alle drei vermählt waren, und ist es eben so gut möglich, daß dies die Söhne eines anderen Bruders waren.

Anlangend den weiteren Sohn des Liudolf, Udalrich (Ulrich), von 1139—1143 Propst zu S. Maria und Gangolf, von 1143 an Dompropst daselbst, so ist derselbe am 3. Januar 1164 gestorben²⁾. Aus den Calendarien des Domstiftes ist zu entnehmen, daß derselbe die Domkirche daselbst und das S. Michels Kloster mit nicht unwesentlichen Zumdungen letztwillig bedacht hat. Es finden sich in denselben in dieser Beziehung folgende Einträge:

3. Jan. Eccl. cathedr.

Vdalricus pie memorie pbr. et pposit. ob. de quo servitium vel X vnc. de slagemarsdorf. Idem dedit humanas-

¹⁾ M. b. 5. 158. Urkunden des Landes ob. d. Enns. 2. Nr. 226. In der Schlüsselberg. Geschlechtsstafel I des Archivars Oesterreicher ist angenommen, daß Heinrich I, der zweite Sohn Liudolfs, das Geschlecht der von Othlohestorf fortgesetzt hat, und zwar durch Meingoz. Ich bin indeß der Meinung, daß, nachdem in der erw. Urk. vom 22. März 1164 Ulrich als ein Bruder des Megengoz bezeichnet ist, ein Megengoz aber in Urk. von 1167 ein Sohn des Heinrich genannt wird, vielleicht mit mehr Recht angenommen werden darf, Heinrich I von Othlohestorf habe zwei Söhne, Ulrich II und Megengoz II, hinterlassen.

²⁾ Loosj. 2. 888.

berc. IV vnc. in mem. patris sui. IV unc. in mem. brunonis¹⁾
cognati sui. Vricus pptus ob. qui dedit Schedirndorf²⁾).

4. Jan. S. Michael.

Udalricus pbr. pptus s. Petri. pl. fr. 1164. Hic dedit pro se et pro patre et matre thuribulum cum acerra, scutellam argenteam³⁾).

9. Jan. S. Michael.

Odalricus pbr. S. Pbtri 1159. Hic dedit nobis cappam cum aurifrigio et scutellam argenteam⁴⁾).

25. Febr. S. Michael.

Judita l. mater udalr. ppositi⁵⁾).

22. April. S. Michael.

Luitoldus l. pater udalr. ppositi. Huius causa Udalricus ppositus dedit nobis predium Willihalmistorf ad anniv. eius⁶⁾).

23. April. Eccl. Cath.

Lvtoldus pater ppositi ob. de quo dantur IV vnc. de Humannesperge⁷⁾).

Aus den im Verlaufe dieser Darstellung erwähnten Urkunden dürfte wohl hervorgehen, daß der Dompropst Udalrich, ein Sohn des Luitold und der Juditha von Dithlohestorf⁸⁾, viele Jahre lang ein hervorragendes und tätiges Mitglied des Domstiftes Bamberg gewesen ist; es wird aber auch angenommen werden dürfen, daß ihm f. B. nicht un-

¹⁾ Der schon erw. Bischof Bruno von Straßburg.

²⁾ h. B. Bbg. 7. 90.

³⁾ l. c. 91. Schann. vind. 2. 47.

⁴⁾ Bbg. 7. 94. Schann. 48.

⁵⁾ Bbg. 7. 124. Schann. 49.

⁶⁾ Bbg. :59. Schann. 51. Thüring. sächs. Ver. 7. 2. 55.

⁷⁾ Bbg. 7. 160.

⁸⁾ Der Ort Dithlohestorf kommt schon 1119 vor. cf. S. 1.

wesentliche Vermögensstücke überwiesen worden sind, über welche er in seinen letzten Lebensjahren verfügt hat.

5. Die Herren von Greifenstein.

1172—1223.

Die dritte Generation der Herren von Dthlohestorf war, wie es scheint, nur durch zwei Nachkommen, die in der Urkunde vom 22. März 1164 genannten Megengoz II und Ulrich II von Dthlohestorf, vertreten.

Megengoz ist wohl bald gestorben; er ist, als Bischof Hermann (1172—1177) das von der schon gen. Pfalzgräfin Gertraud gegründete Kloster S. Theodor zu Bamberg im Jahre 1174 bestätigt und demselben seinen Schutz zugesichert hat, Treuhänder eines gewissen Meginhard, welcher diesem Kloster ein Grundstück zu Drosendorf für 25 Talente überlassen hatte¹⁾. In der Urkunde von 1182, welche Bischof Otto (1177—1196) auf die Bitte des Abtes Witegove von Banz an Stelle der beschädigten Urkunde dieses Klosters wegen Berichtigung der Grenze neuerlich ausgefertigt hat, erscheint Meigoz von Dthlohestorf als Zeuge²⁾. In einer weiteren Urkunde von etwa 1180 (vielleicht 1186), nach welcher der Bamberger Kanoniker und Magister der Schulen Adelbert ein Gut zu Rudental von Hermann, einem Ministerialen des Markgrafen Berthold, gekauft und dem Kl. Michelsberg zur Stiftung eines Jahrtages überlassen hat, ist u. a. Meingoz von Greifenstein Zeuge³⁾. Es ist nun nicht bekannt, auf welche Art, sowie zu welcher Zeit die Herren v. Dthlohestorf Herrschaft und Schloß Greifenstein erworben haben, in deren Besitz sie,

¹⁾ Oesterr. Denkw. 2. 16. 32.

²⁾ Oesterr. Banz. Nr. XXIX (Sprenger) Diplom. Gesch. von Banz. S. 338.

³⁾ Usserm. Nr. 151. h. B. Bbg. 16. 47. Loosb. 554.

wenigstens zum Teil, bis zu ihrem Aussterben verblieben sind und von welcher sie häufig den Namen angenommen haben; vielleicht wurden dieselben von dem Stifte Bamberg als Schutzherrn dieser Burg bestellt. Meingoz von Grifenstein kommt ferner auch 1188 in einer Urkunde als Treuhänder vor, durch welche Eberhard von Wolfsperch dem Kl. Michelsfeld ein Gut überläßt¹⁾.

Später wird Meingoz II nicht genannt. In den erwähnten Calendarien findet sich folgender, auf denselben Bezug habender Eintrag:

Eccl. cathedr. 17. Febr.

Meingoz laicus ob. qui dedit mansum in Slagemarsdorf²⁾.

Derselbe war nach Oesterr. Geschlechtstafel I mit einer Tochter des Albrecht von Tyrol vermählt; er hinterließ wohl zwei Söhne, Heinrich II und Eberhard Ib.

Der Bruder dieses Meingoz II, Ulrich II, welcher den Namen Grifenstein niemals führt, vielleicht weil er an dem Erwerb und Besitz dieser Herrschaft nicht beteiligt war, kommt 1180 in einer Urkunde vor, in welcher Bischof Otto zu Attersee einen das Kloster Osterhofen betreffenden Gütertausch genehmigt; er ist unter den bischöflichen Ministerialen aufgeführt, indeß als Oudalricus nobilis de Otlohesdorf bezeichnet³⁾. Im Jahre c. 1190 erscheint derselbe als Zeuge eines zwischen dem Stifte Bamberg und dem Kloster Dieffen bezüglich der Eigenleute abgeschlossenen Vertrages, und zwar augenscheinlich unter den Ministerialen des gen. Stiftes.⁴⁾ Einige

¹⁾ h. B. Bbg. 59. 14. 35. 51.

²⁾ h. B. Bbg. 7. 118. Zu Slagemarsdorf war auch Dompropst Ulrich begütert.

³⁾ M. b. 12. 351.

⁴⁾ M. b. 8. 166. Loosb. 2. 564.

Jahre später ist Ulrich 1197¹⁾ in einer Urkunde Zeuge, nach welcher Bischof Thiemo (1196—1202) dem Edelherrs Friedrich Sewelt, welcher den Kreuzzug mitzumachen beabsichtigt, 40 Mark Silber unter der Bedingung vorstreckt, daß, wenn er etwa ohne Erben sterben sollte, die Burg Sewelt, mit welcher er von dem Bischof belehnt ist, frei an das Stift Bamberg heimfallen soll,²⁾ ebenso am 27. Dezember 1199, als Bischof Thiemo, damals zu Magdeburg, die Auflassung von drei Höfen mit 30 Schilling Zins in Rosolowe auf die Bitte des Grafen Siegfried von Orlamünde — Hartmann von Lobdaburg hatte dieselbe von dem Stifte Bamberg zu Lehen — für den Abt Winemar und das Kloster Pforte bestätigt hat³⁾. Im Jahre 1201 ist Ulrich Zeuge der Urkunde, in welcher der Stiftsherr Gotsbold zu S. Stephan in Bamberg eine Mühle zu Hallstadt den Stiftsherren von S. Jakob zur Nutzung abtritt⁴⁾.

Zum letztenmal erscheint Ulrich von Otlohesdorf in einer Urkunde von 1203 als Zeuge, in welcher die verwitwete Jutta von Memelsdorf dem Kl. Michelsberg ein Gut zu Feulesbach, sowie dem Armenspital zu Bamberg ein solches zu Niederndorf schenkt⁵⁾. Ob derselbe verheiratet war, ist nicht bekannt. Wenn sich indeß in der Urkunde vom 15. Februar 1206, in welcher König Philipp zu Würzburg die Privilegien dieses Domstiftes in Gegenwart mächtiger Zeugen, und zwar Dietrich Markgraf von Meissen, Gebhard Burggraf von Magdeburg, Günther und Heinrich Grafen von Käfernburg, Berthold Burggraf von Henneberg, Boppo Graf von Struphe (Henneberg), Lampert und Ernst

¹⁾ Das hier erw. Jahr ist kaum richtig, da der von R. Friedrich unternommene Kreuzzug schon 1189 statt fand.

²⁾ l. c. 577.

³⁾ Reichenst. Orlam. Reg. 67.

⁴⁾ h. B. Bbg. II. 9.

⁵⁾ l. c. 16. 55. Loosb. 594.

Grafen von Gleichen u. a. auch Friedrich von Schlüsselberg¹⁾ befindet, so darf man vielleicht annehmen, daß dieser Friedrich, bezüglich dessen meines Wissens eine weitere Urkunde bisher nicht bekannt worden ist, ein Sohn des obigen Ulrich war; Abkömmlinge desselben kommen nicht vor²⁾.

Der in der Urkunde von 1206 zum erstenmal erscheinende neue Geschlechtsnamen der Herren von Othlohestorf „Schlüsselberg“ ist für die Geschichte dieses Geschlechtes von besonderer Wichtigkeit, weil die Beilegung desselben andeuten möchte, daß um die genannte Zeit die Burg Schlüsselberg³⁾ in der Nähe ihrer Herrschaft Waischenfeld erbaut worden ist, welch letztere wohl bald nachher im Erbwege an die nächstverwandten Herren von Othlohestorf übergegangen sein dürfte. Dabei läßt das Vorkommen dieses Friedrich in der erw. Urkunde neben so hervorragenden fränkischen Dynasten mit Grund annehmen, daß derselbe den Grafen im Range völlig gleich stand.

Uebergehend zu den Söhnen des Megengo II von Grifenstein, so kommt Eberhard Ib von Grifenstein schon 1172 vor; es überweist damals Fridericus miles de Bollynce dem S. Georgs Altar (Dom zu Bamberg) die Söhne der Helburgis von Rotmannsdorf (Röttweinsdorf bei Waischenfeld) unter Zeugenschaftsleistung des Eberhardus de Grifenstein⁴⁾. Es verstreicht nunmehr eine lange Reihe von Jahren, bis Eberhard und sein Bruder Heinrich II wieder urkundlich nachweisbar sind.

¹⁾ Henneb. Urk. Buch. 5. 244.

²⁾ Oesterr. Neue Beitr. 1. 2. 47. cf. Oesterr. Reichsh. v. Aufsch. 8. Fintl Geöffn. Arch. 2. 1. 123.

³⁾ Nach Seb. Munsterus Univ. Hist. ed. 1820. S. 51 soll (?) auf dem 1235 abgehaltenen Turniere ein Friedrich von Schlüsselberg gewesen sein.

⁴⁾ R. b. 1. 283. Loosb. 489.

Etwa im Jahre 1215 erwirbt Gisilla, Äbtissin des Klosters auf dem Berge S. Maria zu Bamberg, ein Gut zu Aufseß von dem freien Manne Heinrich von Grifenstein; zugleich löst dieselbe die Mühle daselbst, welche der gen. Heinrich ihrem Kloster geschenkt hat, mit Bewilligung der Abtissin Agnes um 6 Mark ein¹⁾. Im Jahre 1216 erfahren wir, daß Eberhard von Grifenstein von dem Dompropst zu Bamberg mit dem Dorfe Friesen belehnt worden ist; die Schwestern des 'gen. Klosters S. Maria zahlen demselben 55 Talente, damit er auf das ihm dort zustehende Recht Verzicht leiste. Um diese Sache völlig auszugleichen, überließ 1216 Bischof Ekbert (1203–1237) der Dompropstei zu Bamberg von den Gütern zu Odoz, welche Eberhard von derselben zu Lehen trug, so viel, als jenes Prädium zu Friesen hatte, und gab das Dorf Friesen dem Kl. S. Maria zum Eigentum. Zeuge ist u. a. Heinrich von Grifenstein²⁾. Im gleichen Jahre bekundet Bischof Ekbert, daß Babo von Sletine, Ministeriale der Bamb. Kirche, welcher von der Vogtei eines Hofes zu Birkach (Birkach) und den dazu gehörigen Dörfern Kunimundesdorf und Gizenchendorf jährlich ein halbes Talent zu beziehen hatte, von den Schwestern auf dem Berge S. Maria sechs Talente erhielt und sein bisheriges Lehenrecht auf diese Vogtei dem Herzog Otto von Meran (Nideck), Bruder des Bischofs, resignierte. Zeugen u. a. Heinrich und Eberhard von Grifenstein³⁾. Die gen. Schwestern auf dem Berge S. Maria haben ferner im Jahre 1216 ein Prädium in Rokenhof (bei Waischenfeld) von Eberhard von Widen, sowie ein solches zu Lindenhart von Heinrich Slicher, endlich ein Landgut in Friesen von Eberhard von Grifenstein erworben

¹⁾ R. b. 2. 71. Oesterr. Aufseß. 41. 51. v. Aufseß Reg. Nr. 10.

²⁾ Loosß. 2. 610.

³⁾ R. b. 2. 79 Loosß. I. c. v. Defele Nideck Nr. 504.

und wurden mit diesen Gütern von dem Bischof Ekbert belehnt. Zeugen sind u. a. Heinrich und Eberhard von Greifenstein¹⁾.

Im Jahre 1219 verkauft das Stift S. Jakob zu Bamberg dem Teutsch Ordensmeister Hermann (Balk) das Dorf Langeln für 450 Mark Silber; auf der Synode zu Bamberg eignet der Bischof Ekbert diesen Ort dem Teutschen Orden, wobei Otto Herzog von Meran, Henricus liber de Greifenstein, Graf Rupert von Castell Zeugen sind²⁾. Am 25. November ejusd. belehnt Kaiser Friedrich II zu Nürnberg den Bischof Konrad von Regensburg mit seinem Hochstifte. Zeugen u. a. Otto Herzog von Meran. Graf Gunzelin von Crozuz. Eberhard von Sluzzelberch³⁾. In dieser Urkunde nimmt Eberhard zum erstenmal den Namen Sluzzelberch an, welchen sein Vetter Friedrich schon 1206, wie erwähnt, geführt hat.

Indeß ist zu jener Zeit der neue Geschlechtsnamen noch keineswegs allgemein angenommen; denn schon 1220 befinden sich, als Marquard Slicher auf einen Hof zu Gaustadt und die zu demselben gehörigen Felder, Wiesen und Waldungen zu gunsten des Klosters Michelsberg, unter Bestätigung dieser Schenkung durch den Bischof Ekbert, Verzicht leistet, Heinrich und Eberhard von Greifenstein unter den Zeugen dieser Urkunde⁴⁾. Aber auch in der ferneren Urkunde von 1223, durch welche Bischof Ekbert die Stiftung einer Herdstelle in der Vorstadt von Bamberg dem dortigen

¹⁾ R. b. l. c. 2008h. 609. Aus dem Umstande, daß Heinrich und Eberhard in diesen Urkunden nicht als Brüder bezeichnet sind, darf man vielleicht folgern, daß der eine derselben von Heinrich, der andere von Eberhard, den Söhnen des Regengoß II, abstammt.

²⁾ Quell. f. Gesch. d. Prov. Sachsen. 15. 5. Wittenb. Mon. Cast. 21.

³⁾ M. b. 30a 87. Nied cod dipl. Ratisp. Nr. 340.

⁴⁾ h. B. Bbg. 16. 61.

Regidien-Spitale bestätigt, werden die Edelherren Heinrich und Eberhard von Greifenstein als die bisherigen Besitzer dieses Lehens bezeichnet.¹⁾

Erst nach 52 Jahren wird der Name Greifenstein nochmals erwähnt. Der Propst von S. Maria in Teuerstadt (jetzt S. Gangolf) in Bamberg Albert von Sluzzelberch und sein älterer Bruder Eberhard stellen am 23. April 1275 eine Urkunde aus, gemäß welcher die Geschwister Friedrich, Wildebrand und Margarethe von Notenstein das Recht der Kirche zu Bamberg auf die Mühle zu Grub (cf. S. 10) anerkennen; von derselben sind, außer einer Abgabe von jährlich einem Talent Bamb. Münze, auch jene Rechnisse zu leisten, welche bisher dem Eberhard von Greifenstein verabsolgt worden sind, welcher solche der Bamb. Kirche gegeben hatte.²⁾

6. Die Herren von Schlüsselberg.

1223—1243.

Von dem Jahre 1223 an nennen sich die Nachkommen der Herren von Dithlohestorf und bezw. von Greifenstein ausnahmslos von Sluzzelberch, Schlüsselberg, wohl weil sie ihren ständigen Wohnsitz auf der von ihnen inzwischen erbauten Burg Schlüsselberg bei Waischenfeld um jene Zeit aufgeschlagen haben; in ihrem Wappen führen dieselben einen Schlüssel. Es ist nicht bekannt, aus welchem äußeren Anlasse die Herren von Dithlohestorf ihre Burg zu Adelsdorf verlassen und für ihr gesamtes Geschlecht einen

¹⁾ I. c. 64. R. b. 2. 141. Loosch. 624. In dieser Urkunde kommt Heinrich II von Greifenstein zum letztenmal vor; ob er Söhne hinterlassen hat, ist nicht bekannt.

²⁾ R. b. 3. 459. Loosch. 2. 774. Oesterr. Wunderbg. 27. 28. 37. 42. Die Urkunde von 1275 gibt nur darüber Aufschluß, daß die fragl. Mühle früher im Besitz des Eb. von Greifenstein gewesen ist, nicht aber, daß derselbe solche noch 1275 bebesen hat.

neuen Namen angenommen, sowie aus welchem Grunde dieselben für Burg und Geschlecht den erwähnten Namen gewählt haben; es wird nur behauptet, daß die Dithlehestorf in sehr früher Zeit in den Besitz der bei Waischenfeld gestandenen Burg der Herren von Waischenfeld — erloschen gegen das Jahr 1216¹⁾ — gekommen sind und dort eine neue Burg, Schlüsselberg, sowie bei Ebermannstadt einen Burgstall, den Schlüsselstein, erbaut haben.²⁾

Eberhard Ib von Schlüsselberg (Sohn des Meinogß II von Dithlehestorf), welcher schon 1219 mit dem neuen Geschlechtsnamen vorgekommen ist, erscheint am 10. November 1223 zu Eger im Gefolge des Königs Heinrich (VII), als derselbe im öffentlichen Landgerichte das Gebot erließ, im näheren Umkreise des Klosters Walbsassen, sowie auf dessen gesamten Besitz dürfe keine Festung erbaut werden. Zeugen der Urkunde sind: Kanzler Konrad, Bischof von Speier, Bischof Ekbert von Bamberg, Markgraf Hermann von Baden, Markgraf Theobald von Hohenberg, die Landgrafen Gebhard und Theobald von Leuchtenberg, Graf Gerhard von Deisth, Graf Eberhard von Eberstein, Euerhard von Stuozerberch u. a.³⁾ Der Umstand, daß der lezt genannte von dem Kaiser neben so hervorragenden Persönlichkeiten, noch dazu in einer Stadt, welche von seinem Wohnsitze ziemlich weit entfernt war, als Urkundsperson zugezogen wurde, sich also in dessen Gefolge befunden hat, möchte zur genüge andeuten, daß derselbe diesen Personen an Rang und Besitz gleich gestellt war, obwohl er den Rang eines Grafen nicht führt.

¹⁾ Ulrich von Waischenvelt kommt 1194 (M. b. 13. 195.), 1195 (I. c. 24. 40) und 1216 (Loosch. 2. 609) in Urkunden vor.

²⁾ Arch. f. Gesch. v. Oberfr. II. 3.38. Oesterr. Neue Beitr. I. 1. 2.

³⁾ M. b. 30a 117. Grabl Mon. Egr. Nr. 161. R. b. 2. 134.

Im eben gen. Jahre¹⁾ bekennet Abt Hartund von Al. Michelsberg, daß er von Hermann von Bihrit für 60 Talente Güter zu Bihrit und Neut, mit welcher er von Eberhard von Sluzilberg belehnt worden ist, gekauft hat; Bischof Eibert bestätigt unter Zeugenschaftleistung des gen. Eberhard diesen Kauf.²⁾ Am 31. März 1222 treten die Ministerialen Rathol von Winger und Konrad von Stennik dem Al. Alderspach einige Güter zu Girsberg und zu Odilant, Bamb. Stiftslehen, ab und werden mit anderen entschädigt. Zeuge u. a. Eberhart nobilis de Sluzelberg, Eberhard Graf Leiningen.³⁾ Am 14. Juni ejusd. schließt der Herzog Leopold VII von Oesterreich (gest. 1230) mit dem Abt Pilgrim zu Gleinf (Traunkreis) einen Gütertausch zu Krems ab, wodurch dessen Kloster statt seiner Besizung in der Markung von Ried und vor dem Böhmerwalde andere Güter in Unterösterreich erhält. Zeuge u. a. Eberhardus nobilis de Sluzilberg.⁴⁾ Am 11. August 1227 ist Eberhardus de Slusselberg zu Mühlshausen (Elsaß) Zeuge einer Urkunde des König Heinrich, in welcher derselbe dem Kloster Ahhausen den Schutz über einen Hof zu Friedenhausen bestätigt, welcher diesem Kloster als ein dem Bischof von Würzburg gehöriges Lehen zustand, nachdem der dortige Bischof Hermann darauf Verzicht geleistet hatte.⁵⁾

Einige Jahre später, wohl am 6. April 1231 ist Eberhard's Hausfrau Elisabeth gestorben; es befindet sich wenigstens im Nekrologium des Franziskaner Klosters zu Bamberg folgender Vortrag: Elysabette de Praweck (r. Brauneck-Hohenlohe), uxor Eberhardi de Slusselberg,

¹⁾ Die Urkunde ist R. b. 2. 223 vom Jahr 1233 datiert.

²⁾ h. B. Bbg. 15. 66. Loosß. 625.

³⁾ M. b. 5. 370.

⁴⁾ Urk. Buch des Landes ob der Enns. 2. Nr. 418. Aus welchem Anlaß kommt Eberhard nach Krems?

⁵⁾ M. b. 31a 528. Huillard — Bréh. hist. dipl. II. 3. 341.

*antiqui comitis,*¹⁾ *sepulta in choro ante januam sacristie*²⁾, welcher wohl diesen Eberhard und seine Hausfrau betreffen dürfte. Er selbst kommt noch im Jahre 1232 in einem Vergleich vor, welchen der Abt Eberhard von Al. Banz mit den Söhnen des Herold von Etadeln wegen der curia Ebzendorf abgeschlossen hat, unter Genehmigung dieser Einigung in seiner Eigenschaft als Lehensherr.³⁾

Eberhard Ib von Schlüsselberg ist wohl gegen das Jahr 1243, und zwar hochbetagt⁴⁾ gestorben.⁵⁾ Wir erfahren nämlich aus einem Vergleich, welchen Bischof Heinrich (1242 – 1257) mit dem Edelherrn Otto von Eberstein,⁶⁾ damals Vormund der Söhne des *nobilis viri Eberhardi quondam de Sluzzelbere*, am 14. November 1243 zu Bamberg abgeschlossen hat, daß der Verstorbene s. Z. dem Bischof von Bamberg mehrere Güter verkauft hatte, sowie daß aus diesem Anlasse noch eine Abrechnung gepflogen werden mußte. Man einigte sich damals dahin, daß die in der Urkunde

¹⁾ Die Herren von Schlüsselberg waren niemals Grafen, der Eintrag ist ohne Zweifel erst spät, ohne Kenntnis der Standesverhältnisse angefertigt.

²⁾ h. B. Bbg. 56. 26. Loosb. 2. 652.

³⁾ Oesterr. Banz Nr. 48.

⁴⁾ Da Eberhard schon 1172 als Zeuge vorkommt — damals muß er doch allermindestens 20 Jahre alt gewesen sein, — mußte er das ungewöhnlich hohe Alter von etwa 91 Jahren erreicht haben. Ist etwa der 1172 gen. Eberhard der Vater des Obigen, welcher frühzeitig gestorben ist?

⁵⁾ Zeitlich irrig ist der Vortrag im erw. Nekrol.: 1250 *Eberhardus antiquus comes de Schlüsselberg. Sepultus in choro retro valuum sacristie*. h. B. Bbg. 56. 29.

⁶⁾ Auf diese Vormundschaft stützt Oesterr. die Annahme, Eberhard sei mit einer Gräfin von Eberstein vermählt gewesen, indeß müßte der Eintrag im Nekrol. mehr Glauben verdienen, obwohl ein verwandtschaftliches Verhältnis mit Eberstein bestanden haben mag. Vielleicht war Eberhard zweimal verheiratet.

nicht näher bezeichneten Söhne Eberhards dem Bischof Heinrich die Zehnten zu Borchheim zurückgeben und dem Stifte das castrum Wischenvelt¹⁾ für 300 Mark verpfänden sollen; wird dieses castrum zurückgegeben, so werden die 300 Mark dem Bischof zur Einlösung der Güter Eckolvisheim und Bilsede angerechnet, welche dem Schlüsselberger verpfändet sind. In Betreff der Güter, welche ihr Vater dem verstorb. Bischof Ekbert verkauft hat und welche einige Besitzer als Lehen behalten wollen, sollen die jungen Schlüsselberger an dieselben Boten schicken und ihnen die gebührende Zahlung anbieten. Dabei wurde gegenseitig anerkannt, daß die Burg Gozwinstein den Schlüsselbergern für 1000 Mark, die Güter bei Bilsede und Urbach für 1000 Mark, jene zu Eckolvisheim für 750 Mark, einige Dörfer bei Gozwinstein für 450 Mark, endlich einige Dörfer bei Bodenstein, insbesondere Munrichere mit Zugehörungen für 350 Bamb. Denare fernerhin verpfändet bleiben sollen. Zeuge dieser Urkunde ist u. a. Dompropst Albert (von Schlüsselberg) zu Bamberg.²⁾ Dabei wird nur noch darauf hingewiesen, daß, wenn Otto von Eberstein diesen Vergleich als Vormund der Söhne Eberhards abgeschlossen hat, dies nur für Eberhard, Ulrich und Gottfried — etwa die zweiehelichen Söhne — gewesen sein wird, während der weitere Sohn, Dompropst Albert, längst großjährig war und bei diesem Vergleiche nur wegen des Stiftes mitgewirkt hat.³⁾

¹⁾ Wann mag Waischenfeld dem alten Eberhard verpfändet worden sein?

²⁾ R. b. 2. 341. Loosh. 677. Jhd. Jahrb. 65. 79. Lang Bayerns Grafschaften. 2. 228. Nach diesen Pfandschaften muß Eberhard ein sehr wohlhabender Mann gewesen sein.

³⁾ Man darf mit einiger Berechtigung annehmen, daß Albert aus der ersten Ehe seines Vaters abstammt und längst von demselben abgeteilt worden war; persönlich war er bei ob. Einigung nicht beteiligt.

Während nach dem erw. Vergleiche Eberhard von Sluzelberg im Jahre 1243 gestorben war, enthält das Nekrologium des Bamb. Franziskaner Klosters folgenden Eintrag: 1256 8. Jan. Obiit Vdrlricus de Schlüsselberg, frater Eberhardi antiqui de Schlüsselberg, sepultus in choro qui multa bona fecit fratribus,¹⁾ Bezüglich dieses Vortrages ist auch hier zu bemerken, daß derselbe jedenfalls nicht 1256 gefertigt worden ist, weil sich das Geschlecht damals Sluzelberg nannte; es ist daher die Fertigung dieser Notiz viel später (etwa 1486—1492) erfolgt. Dieselbe kann aber wohl nicht als ein Gegenbeweis dafür verwertet werden, daß im Jahre 1256 Eberhard noch am Leben war. Ob endlich überhaupt ein Ulrich von Schlüsselberg, und zwar ein Bruder des alten Eberhard, existiert hat, ist unbekannt und bis jetzt durch Urkunden nicht nachgewiesen.²⁾

Aus der Ehe des gen. Eberhard von Sluzelberg mit Elisabeth von Brauneck-Hohenlohe stammen, soweit bekannt, vier Söhne, und zwar: Eberhard II, Ulrich III, Albert I

¹⁾ h. B. Bhg. 36. 11. cf. 4.

²⁾ Der Bruder des Dieingot II, Ulrich von Othlohestorf (cf. S. 21.) kommt seit 1203 nicht mehr vor; Ulrich III von Sluzelberg, Bruder des Eberhard II, lebt noch 1281, kommt sogar noch 1288 vor. Indes wird noch bemerkt, daß Bischof Berthold (1257—1283) am 22. Dezember 1277, damals zu Willach, die dem Domstifte Bamberg durch den Tod des Ulrich von Otelestorf — hier wieder der alte Namen — angefallenen Lehen zu Otelestorf dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg verliehen hat. Mon. Zoll. 2. Nr. 195. Jedenfalls hat Ulrich nicht das ganze Dorf Otelestorf als Lehen besessen, da sich dasselbe oder doch Teile dessellen noch im Besitze des 1347 verstorben. Konrad von Schlüsselberg befunden haben. Die erwähnte Belehnung des Burggrafen ist auch in Schüz corp. jur. brandenb. 4. Nr. 70 enthalten, eine weitere Belehnung der Burggrafen mit Otelestorf durch das Stift Bamberg scheint nicht erfolgt zu sein. Es wird nur noch bemerkt, daß in den tradit. Hermannii com. de Henneberg im Jahre 1255 ein Cunno de Otelestorf als Zeuge vorkommt. Schannat vindemn. S. 122.

und Gottfried. Das Geschlecht der Herren von Schlüsselberg teilt sich in der Folgezeit in zwei Linien, in die ältere, fortgesetzt durch Eberhard II, und die jüngere, fortgesetzt durch Ulrich III. Soweit möglich, wird ihre Geschichte getrennt dargestellt werden. Bezüglich des Sohnes Albert, welcher schon als Dompropst des Stiftes genannt worden ist, werden nur jene Daten gesondert zusammengestellt, welche mit seiner kirchlichen Würde im Zusammenhange stehen, dagegen Tatsachen, welche schon bei einem seiner Brüder erörtert worden sind, nicht wiederholt. Bezüglich des Sohnes Gottfried ist nur eine Urkunde, eine Bürgschaftserklärung vom 11. September 1295, bekannt, welche B. zu erörtern ist.

7. Ältere Schlüsselberg. Linie.

Eberhard II.

1248—1282.

Wohl noch in sehr jugendlichem Alter treffen wir Eberhard auf Seite des Bischofs Heinrich in der Fehde, welche sich über den Rücklaß des Herzogs Otto von Meran, Markgrafen von Istrien und Pfalzgrafen von Burgund, gest. 19. Juni 1248, mit dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg und dem Grafen Friedrich von Truhendingen, beide mit Schwestern des Verstorbenen vermählt, endlich der dritten Schwester desselben, der verwitweten Gräfin Beatrig von Orlamünde, in Franken erhoben hat, wobei Hermann Graf von Henneberg und Herdegen von Gründlach dem Bischof kräftig beistanden.¹⁾ Im Juni 1249 wurde ein Streit Eberhards mit dem gen. Bischof wegen der Burg Reifenberg dahin ausgeglichen, daß ihm letzterer in dieser

¹⁾ Nibel Gesch. des preuß. Königshauses. I. 118. Stein Gesch. Frankens. I. 304.

Burg eine Hofstatt überließ, welche aber nicht höher und nicht größer sein durfte als die bischöfliche; überdies erhielt Eberhard 100 Pfund, um dafür Güter als Burglehen zu erwerben, sowie weitere 450 Pfund, um ihm gegen seine oben gen. Hauptgegner in der Meran'schen Fehde beizustehen. Zeuge u. a. Dompropst Albert.¹⁾ Am 21. Juli ejusd. ist Eberhard Zeuge der Urkunde, nach welcher Bischof Heinrich 30 solidi, eine Gabe der Bamberger Bürger, dem Kloster S. Theodor mit der Auflage zuwendet, für die Pfalzgräfin Gertraud (von Föchstadt) einen Jahrtag abzuhalten.²⁾

Die Meran'sche Fehde gab am 15. Juni 1251 zu einer Abrechnung wegen der erwachsenen Kosten zwischen dem gen. Bischof und dem Herdegen von Grindela Anlaß, wobei diesem für seine Dienste 240 Pfund Heller vergütet worden sind. Zeuge u. a. Dompropst Albert.³⁾ Am 23. März 1256 bestätigt Bisch. Heinrich dem Kl. Langheim den Zehnt zu Codelle (Rötel), welchen Eberhard zu gleichen (halben) Teil mit Ramung von Blassenberg von dem Stifte zu Lehen hatte. Zeuge u. a. Eberhard Edler von Slosselberg.⁴⁾ Am 19. August ejusd. übergibt Bisch. Heinrich dem gen. Kloster die Dörfer Sirkendorf und Stublang, welche die Grafen Heinrich und Hermann von Henneberg von dem Stifte zu Lehen tragen. Zeugen Dompropst Albert — — Eberhard und sein Bruder Ulrich von Slosselberg.⁵⁾

Am 25. Januar 1260 übergibt Bischof Berthold 1258—1285) seinem Lehensmann Syfried von Merenberg die Kirchengüter zu Ragowe und Udwitz, um daselbst ein

¹⁾ Oesterr. Denkw. 2. 97. 109. Mon. Zoll. 2. 52 v. Aufseß Meran. Erbschitz, Nr. 6. Usserm. 153 cf. 156. Loosß. 703.

²⁾ R. b. 2. 411.

³⁾ Oesterr. Denkw. 2. 111. v. Aufseß l. c. Nr. 16.

⁴⁾ R. b. 3. 75. h. B. Wbg. 22. 60. Loosß. 728.

⁵⁾ R. b. 3. 81. h. B. Wbg. l. c.

Cistercienser Kloster zu errichten. Zeugen Eberhard und Ulrich von Sluzzelberch u. a.¹⁾ Am 14. Dezember ejusd. gelingt es endlich dem Grafen Heinrich von Henneberg, Eberhard und Ulrich von Sluzzelberch, Herdegen von Grindelach, Wolfram Schenk von Neut und Eberhard von Waldenfels den zwischen dem Bischof Berthold und dem Grafen Otto von Orlamünde noch immer schwebenden Streit wegen der frei gewordenen Lehen desselben gütlich beizulegen²⁾.

Um das eben gen. Jahr 1260 soll Eberhard von Sluzzelberg infolge eines Gelübdes im Dorfe Seppendorf ein Cistercienser Kloster mit dem neuen Namen Schlüsselau errichtet haben.³⁾ Seine Tochter

Gisella

soll in der Zeit von etwa 1260—1309 die erste Abtissin dieses Klosters gewesen sein; die Zeit ihres Ablebens ist nicht genauer bekannt.⁴⁾

¹⁾ Loosb. 746.

²⁾ Desterr. I. c. 102. 113. Usserm. Nr. 188. Mon. Zoll. 2. Nr. 89. Reichenst. Orlam. Reg. 90.

³⁾ Geöffn. Arch. 3. 88. Haas Slavenld. 1. 351. 2. 420. Am 18. Juli 1424 schließt die Abtissin Kunegunda (Stiebar von Buttenheim) mit dem Stifte S. Jakob in Bamberg wegen der Zehnten des vormal. Dorfes Seppendorf „darauf das Kloster Schlüsselau gebaut ist“ einen Vertrag ab. Manuscr. im Kr. Arch. Bamberg.

⁴⁾ Ludwig in Hofmann Ann. 171. 1001. Usserm. 157. 406. Die Richtigkeit dieser Tatsache ist zweifelhaft und dürfte das Kloster eher erst 1290 errichtet bzw. soweit baulich hergestellt worden sein, daß es bezogen werden konnte; Bischof Arnold (v. Solms 1285—1296) genehmigt — damit die Dienerinnen Gottes in Sluzzelawe um so eifriger Gott dienen — am 1. August 1290 die neue Pflanzung, welche Eberh. v. Sluzz., sein Oheim sel. And., dort angefangen hat; sie soll durch seine, seiner Nachfolger und der Gläubigen Unterstützung vollendet werden. Dafür soll sein, seiner Vorgänger und Nachfolger Gedächtnis von den Klosterfrauen ewig begangen werden. R. b. 4. 461. h. B. Bbg. 4. 117. Hienach war Eberhard II., gest. 1282, Gründer des Klosters.

Am 13. Juni 1261 wird ein seit lange schwebender Streit des Bischofs mit der Bürgerschaft Bamberg beigelegt, wobei derselbe zusichert, er werde in die hergebrachten Freiheiten der Bürger keinen Eingriff machen. Zeugen Albertus de Sluzzelberch can. — — Eberhardus laicus de Sluzzelberch.¹⁾ Im Jahre 1262 überträgt Bisch. Berthold seinem Oheim, Burggr. Friedrich von Nürnberg, die Lehen seines Bruders, Burggr. Konrad, falls dieser ohne Erben sterben sollte. Zeugen Eberhard und Ulrich von Sluzelberch.²⁾ Am 18. Juli 1263 eignet der Bischof die Güter zu Dabbandsdorf und Wasserlos, welche bisher Konrad von Wirsberg von seinen Onkeln Eberhard und Ulrich von Sl. zu Lehen gehabt hat, nach deren Verzicht dem Kl. Langheim zu.³⁾ Am 7. August 1264 wird Eberhard von Sluzelberch und Albert Leuzmann von dem Pfalzgrafen Ludwig, Herzog von Bayern als Bürge eines von dem Burggrafen Friedrich zu erlassenden Schiedspruches aufgestellt.⁴⁾

Am 17. Mai 1270 bekennen die Brüder Otto, Konrad und Eberhard von Bakendorf (al. Bnkendorf), daß sie ihre vier Lehen zu Tussendorf (Tauschendorf bei Weismain) dem Kl. Langheim durch Eberhard und Ulrich von Sluzelberch um 27 Pfd. verkauft haben.⁵⁾ Am 24. August 1271 verkauft Bisch. Berthold seine lieben Getreuen Th. und Dt. von Dytenheim an seinen Onkel, den Burggrafen Friedrich, welcher ihm dafür andere Leute verspricht. Zeugen: Eberhard und Ulrich von Sluzelberg.⁶⁾ Am 4. März 1272 eignet der Bischof den Zehnt zu Lochvelt und eine Mühle

¹⁾ Haas 1. 247. Jüd Jahrb. 89. Loosb. 750.

²⁾ R. b. 5. 183.

³⁾ l. c. 209. h. B. Bbg. 22. 63.

⁴⁾ R. b. 5. 232. Quell. u. Erört. 5. 104.

⁵⁾ R. b. 5. 347. h. B. Bbg. 22. 68.

⁶⁾ M. Zoll. 2. Nr. 121.

zu Herschelsdorf, welche Erhard von Gich zu Lehen gehabt hat, ferner einige Lehen zu Erhardsdorf und Holzhausen, welche Heinrich von Hohenstein der Kirche abgetreten hat, dem Kloster zu Sunnenvelt. Zeugen u. a. Eberhard und Ulrich von Sluzzelberch.¹⁾

Wenige Jahre nachher ergaben sich im Stifte Bamberg neue Streitpunkte mit dem Bischof, welche am 1. Februar 1275 dahin beigelegt wurden, daß der Bischof die Zusicherung machte, er werde in Zukunft bezüglich der Münzen ohne Zustimmung seines Kapitels keine Aenderung vornehmen, den Ankauf von Lebensmitteln jeder Art seitens des Kapitels völlig frei lassen, endlich die Güter des Kapitels und die Pfarrkinder zu Kronach nicht beschweren. Sieglere sind: Emcho von Leiningen, Bruder des Bischofs, und Eberhard senior²⁾ von Sluzzelberch, sein Oheim. Zeugen sind u. a. Dompropst Heinrich von Sternberg und Albert, Propst von S. Maria in Teuerstadt.³⁾

Hiermit waren indeß keineswegs alle Differenzen ausgeglichen; denn in einer weiteren Urkunde vom gleichen Tage versprach Bischof Berthold, daß er die von dem Kapitel zugestandenen Kirchenpfänder vor dem nächsten Walpurgisfeste frei und ledig zurückerstatten werde. Als Bürgen bestellte derselbe seine lieben Oheime Eberhard und Ulrich von Sluzzelberch, sowie dem Propst Leupold von Gründlach zu S. Jakob dem Kapitel. Zeuge der Urkunde ist u. a. Albert Propst von S. Maria.⁴⁾

¹⁾ l. c. Nr. 124.

²⁾ Der junior dürfte Eberhard III, Sohn Ulrichs, sein.

³⁾ R. b. 3. 449. Geöffn. Arch. 1. 1. 84.

⁴⁾ Loosb. 771. Ein weiteres Uebereinkommen bezüglich dieser Differenzen wurde am 5. Dezbr. 1275 abgeschlossen, wie Propst Albert zu Teuerstadt u. a. bekunden. Loosb. 773. Hohenl. Rechtsb. S. 21. b. B. Abg. 31. 64.

Auch in dem Domstifte Würzburg ergaben sich nach dem Ableben des Bischofs Konrad 1266 lebhafter Differenzen; der zum Bischof daselbst erwählte Domkapitular Berthold Graf von Henneberg konnte es im Stifte niemals zur Anerkennung bringen. Nach langem Streite kam es endlich am 18. Februar 1275 im Feldlager bei Salze zu einem Vergleiche, zufolge dessen Bischof Berthold und sein Bruder Graf Hermann dem Stifte Würzburg alle in dieser Fehde eroberten Schlösser wieder abzutreten versprochen und ferner zusicherten, etwaige noch bestehende Irrungen durch den nobilis vir dominus Ulricus de Sluzilberg, sowie als obersten Schiedsrichter durch den vir nobilis dominus Eberhard von Sluzilberg entscheiden zu lassen.¹⁾

Am 13. Januar 1276 überträgt König Rudolf zu Nürnberg dem eben gen. Grafen Hermann von Henneberg, seiner Gemahlin Margarethe (Tochter des 1223 verstorb. Grafen Florentin von Holland) und deren Sohne Boppo²⁾ die Grafschaft Holland und alle Güter, welche der verstorbene Graf Florentin von ihm und dem Reiche inne gehabt hat. Zeugen u. a. Eberhard und Ulrich von Sluzzelberg.³⁾ Unbekannt ist, aus welchem Anlasse R. Rudolf am gleichen Tage dem Grafen Johann Hannon die Grafschaft Holland überträgt, und zwar mit dem Bemerken, wenn etwa Graf Florentin V (Sohn des 1296 verstorb. Grafen Wilhelm) ohne Erben sterben sollte; auch in dieser Urkunde befinden sich Eberhard und Ulrich unter den Zeugen.⁴⁾

¹⁾ Schult. diplom. Gesch. 1. 67. Hennebg. Urk. Buch 1. 29. Gruner opuscula. 2. 224. Bischof Berthold v. Henneberg ist erst 1312 zu Münnerstadt gestorben. Eberhard und sein Bruder Albert sind in der S. 25 erw. Urkunde vom 23. April 1275 zu Bamberg Zeugen der btr. Verhandlung.

²⁾ cf. Urk. v. 12. Mai 1282. Schultes. 1. 172.

³⁾ Schult. 1. 128. M. Zoll. 2. Nr. 147.

⁴⁾ 1. o. Nr. 148. Böhmer Reg. 74. Nr. 226.

Wir finden ferner am 18. August 1280, als Pfalzgraf Ludwig, Herzog von Bayern dem Kloster Ensdorf das Patronatsrecht der Kirche von Bilshofen überträgt,¹⁾ sowie auch am 1. August 1281, als K. Rudolf zu Nürnberg den gen. Herzog Ludwig mit den Lehen belehnt, welche derselbe von dem Römischen Reiche hat,²⁾ den Eberhard und Ulrich von Sluzzelberch unter den Zeugen dieser Urkunden. Am 12. November 1281 befundet Otto Graf von Orlamünde, daß der zwischen ihm und den von Blassenberg über das Dorf Niedersteinach ausgebrochene Streit in Gegenwart des Bischofs Berthold, des Burggrafen Johann von Nürnberg und seiner Verwandten, der Brüder Eberhard und Ulrich von Sluzzelberg dahin entschieden worden ist, daß die von Blassenberg das Dorf Niedersteinach ohne Hindernis des Grafen Orlamünde von den gen. von Sluzzelberch zu Lehen haben sollen, jedoch mit Ausnahme des Kirchensazes, welchen die von Blassenberg denen von Sluzzelberch, sowie diese dem Bischof Berthold aufgegeben haben.³⁾

Am 17. Januar 1282 wurde wegen der Fehde zwischen Bischof Berthold von Würzburg und den beiden Grafen Ludwig und Gerhart von Rieneck zu Oppenheim ein Vergleich zustande gebracht, wobei Eberhard und Ulrich von Sluzzelberg als Zeugen und Schiedsrichter mitwirken.⁴⁾ In eben diesem Jahre überträgt K. Rudolf in dem Streit des gen. Bischofs mit dem Abt Berthold von Fulda wegen des Schlosses Eberstein die Entscheidung dem Eberhard von Sluffilberg, Gottfried von Brauneck-Hohenlohe und Ber-

¹⁾ M. b. 24. 52. M. Zoll. 2. Nr. 227. R. b. 4. 124.

²⁾ M. Zoll. 2. Nr. 239. R. b. 4. 140. Quell. u. Erört. 5. 353.

³⁾ v. Guttenberg Blassenbg. Reg. Nr. 75.

⁴⁾ R. b. 4. 169. M. b. 57. 544. h. B. Unterfr. 3. 3. 23. 25. 20. 22. Stein Gesch. Frankens. 1. 316.

thold von Liebisberg als bestellten Schiedsrichtern;¹⁾ ihr Schiedsspruch wurde am 24. Februar erlassen und sofort von dem Lehensherrn anerkannt. Im gleichen Jahre 1282 bekennen Bischof Heinrich von Regensburg und Pfalzgraf Heinrich von Bayern in Straubing, daß Bruno von Brennsberg dem Kloster der Brüder zu Pfaffenmünster (bei Straubing) nach Empfang einer Summe Geldes alles, was er gehabt hat, geschenkt und übergeben habe. Zeuge: Comites de Schlüzzelberg.²⁾ Am 6. Juni 1282 bestätigt K. Rudolf zwei ihm vorgelegte Urkunden des Klosters Gnadenberg. Zeuge u. a. Eberhard von Sch'üßlberg.³⁾

Im Jahre 1283 geriet der oben gen. Bischof Berthold mit den Grafen von Castell in eine sehr heftige Fehde, wobei sich denselben die Grafen von Henneberg anschlossen; im Verlaufe derselben eroberten die Castell'schen die Stadt Schwarzach und steckten das dortige Kloster in Brand; bald nachher brachte denselben der Bischof bei Tulba, unweit von Hammelburg, eine empfindliche Niederlage bei. Durch die Vermittlung kaiserlicher Abgeordneter kam am 23. Juni 1283 eine Ausgleichung zu stande, in welcher fünf Würzburg. Domherren befundeten, daß Bischof Berthold ad interventum Eber(hardi) de Sluzelberg, God(ofredi) de Brunecke et Ber(totdi) de Liebisperg den Grafen Hermann und Poppo von Henneberg für den Schaden,

¹⁾ Schann hist. Fuld. prob. 97. 98. S. 208—110. Eberst. Fam. Gesch. II. Aufl. I. 16.

²⁾ Hund Metrop. Salisb. 1719. S. 82. Es wurde schon erwähnt, daß die Schl. niemals Grafen waren, Hund hat sich hier eine Willkür erlaubt. Im Jahre 1302 ist Fridericus de Schlözzenberch, canon. Ratisp. zu Pfaffenmünster als Propst. Hund l. c. 3. 77.

³⁾ Böhmer Reg. Nr. 1665. Weller Hohenl. Urk. I. 295. Die häufige Beziehung der gen. Schlüsselberg als Zeugen in Urkunden des K. Rudolf deutet zur genüge an, daß dieselben damals in hohem Ansehen gestanden sind.

welchen dieselben bei dem Kloster Tulba erlitten haben, die Einkünfte von 60 Mark Silber überlassen haben.¹⁾

Zum letztenmal kommt Eberhard von Sluzelberg in der Urkunde vom 18. Oktober 1283 vor, zufolge welcher Ulrich von Sluzelberg, sich dabei wieder als dessen Bruder bezeichnend, und seine Hausfrau Hedwig mit Zustimmung ihres Sohnes Eberhard III dem Kloster Ebrach ihre Güter im Dorfe Suntheim (wohl Mainsondheim) um 56 Pfd. Heller verkaufen²⁾ und diesem Kloster den Burggrafen Konrad von Ubenberg,³⁾ den Eberhard von Sluzelberg, sowie nötigen Falles den Grafen Heinrich von Castell als Bürgen bestellen.⁴⁾

Eberhard dürfte wohl bald nachher gestorben sein, wenigstens kommt er nach 1283 nicht mehr in Urkunden vor. Er war mit Elisabeth, einer Tochter des Burggrafen Friedrich III von Nürnberg (gest. 1297), vermählt;⁵⁾ es ist deßhalb in der Urkunde des Königs Rudolf d. d. Wien 17. April 1280 von dem Burggrafen Friedrich und seinem Tochtermann de Sluzelberg die Rede.⁶⁾

Aus dieſer Ehe ſtammt ein Sohn, Konrad I und eine Tochter Giſella ab, welche, wie erwähnt, als Ueb-

¹⁾ Henneb. Urk. Buch 1. 31. Die auf dieſe Ausgleichung Bezug habende Urkunde vom 1. März 1283 enthält in Schultes diplom. Geſch. v. Hennebg. 1. 132. 172 (in welcher Wiſch. Berthold die erw. Abfindung von 60 Mark zuſichert) gänzlich forrumpierte Namen, wie Eberhardus de Schrodberg, Odofredus de Brunecke et Bertholdus de Hossberg. In einer ſchon am 16. Juni 1283 zu Drappach aufgenommenen Urkunde war Eberhard, im Fall einer der beſtellten Schiedsrichter verhindert ſein ſollte, als Erſatz-Schiedsrichter beſtimmt worden. M. b. 57. 557.

²⁾ Weitere Verkäufe cf. R. b. 4. 229. 265. 283.

³⁾ Burggraf Konrad IV von Nürnberg.

⁴⁾ R. b. 4. 31. M. Zoll. 2. Nr. 279. Haas Slavenland 2. 339.

⁵⁾ Sohn Stammtafel Nr. 74.

⁶⁾ M. Zoll. 2. Nr. 224. R. b. 4. 114.

tiffin des erst nach dem Ableben ihres Vaters vollendeten Klosters Schlüssellau angeblich 1309 gestorben ist.¹⁾

8. Jüngere Schlüsselberg. Linie.²⁾

a. Ulrich III.

1231—1288.

Der zweite Sohn des Eberhard Ib von Schlüsselberg, Ulrich III, welcher uns mit seinem Bruder Eberhard II öfters in Urkunden vorgekommen ist, erscheint schon zu Lebzeiten seines Vaters am 7. März 1231 zu S. Florian (Oberösterreich) als Zeuge einer Urkunde des Bischofs Gebhard von Passau, in welcher wegen eines Hofes zu Raffoltingen ein zwischen dem Kloster S. Florian und dem Hermann von Porsenbrunn geschlossener Vertrag bekundet wird.³⁾

In der Urkunde vom 18. November 1258 bestätigt Bischof Berthold von Bamberg, daß das bei Woffendorf (nächst Weismain) abgehaltene Landgericht unter dem im bischöflichen Auftrage statt gehaltenen Voritze des Ulrich von Sluzelberch über den Anspruch des Abtes Heinrich von Kl. Langheim auf eine Mühle bei Hochstat a. Main Urteil erlassen hat.⁴⁾ Am 18. Oktober 1259 bestätigt der gen. Bischof Berthold dem Spital am Pyhrn (Traunkreis) alle demselben von seinen Vorfahren verliehenen Privilegien.

¹⁾ Aebt. Gifella wird in der Urk. des Kl. Mariaburgghausen vom 24. Aug. 1305, sowie noch am 12. März 1309 im Verzeichniß der Aebtfinnen erwähnt. Wieland Kl. Schlüssellau. S. 9. Sie war wohl anfangs im gen. Kloster und ist mit mehreren Mitschwestern von da in das neu gegründete Kloster Schlüssellau übergesiedelt. Wiel. 1. Die Mitteilungen bei Usserm. 407 und Haas l. c. 420 sind unverläßlich.

²⁾ Der Darstellung der jüng. Linie werden die wenigen Thatfachen angefügt, welche uns von Albert und Gottfried bekannt sind.

³⁾ Stütz Gesch. von S. Florian. 305. Urk. Buch ob d. Enns. 3. Nr. 1.

⁴⁾ Oesterr. Denkw. 2. 59. 76. h. B. Bbg. 22. 61. Loßh. 740.

Zeugen u. a. Ulrich von Sluzberch und Herdegen von Grindlach.¹⁾ Am 22. Februar 1271 überläßt Bischof Berthold einen Hof zu Ebelsfeld, welchen Gertraud, die Witwe des Otto von Schonnebrunnen, von Ulrich von Sluzelberch zu Lehen hatte, nachdem derselbe auf seine Ansprüche an diesen Hof verzichtet hatte, dem Frauenkloster zu Sonnenfeld.²⁾

Am 2. März 1274 eignete der Abt Berthold zu Kremsmünster dem Kleriker Heinrich gen. von Inne für ein von ihm erhaltenes Darlehen mehrere Güter in Effenberch, nach dem Ausspruche des Engelschalk von Inne, Otto von Ahlitten und Ulrich von Sluzelberch.³⁾ Am 13. Juli 1275 bekundet der Abt Peter von Salzburg eine zwischen dem Bischof Leo von Regensburg und dem Kl. S. Emeran daselbst bezüglich der prätendierten Befreiung des Klosters von der Jurisdiktion des Bischofs zu stande gekommene Einigung. Zeuge u. a. Ulrich von Sluzelberch.⁴⁾ In der Urkunde von 1276 giebt Ulrich bekannt, daß die Witwe des Friedrich von Streitberg gen. Albrag mit ihren Erben erklärt hat, ihre Güter zu Rodelein dem Kl. Ebrach zu ihrem und ihrer Vorfahren Seelenheil geschenkt zu haben.⁵⁾

Im Dezember 1278 bekennt Burggraf Friedrich zu Wien, Herdegen von Grindlach habe ihm mit Zustimmung seiner Erben die Hälfte des Dorfes Flechsdorf (bei Nürnberg) um 200 Pfund Nürnb. Münze verkauft. Zeugen: Kraft und Gottfried von Hohenlohe, Gottfried von Brauneck,

¹⁾ Urk. ob. d. Enns. 3. Nr. 227. Arch. fr. Kunde österr. Gesch. Quell. 10. 311.

²⁾ M. Zoll. 2. Nr. 121. Hönn. Sachs. Kob. Hist. 2. 28.

³⁾ M. b. 29 b 506. Urk. ob d. Enns. 3. Nr. 440.

⁴⁾ Birngibel Exemtionsproc. des Kl. Emer. 1803. S. 107. Janner. 2. 555. 557.

⁵⁾ Abschr. in Oesterr. Müdl. in Vbg. Arch.

Ulrich von Sluzzelberch.¹⁾ Am 1. Januar 1279 verpfändet König Rudolf, damals zu Wien, dem Ulrich von Sluzzelberch pro demeritis²⁾ quingentis libris Hallensibus das Dorf Neuenhof und die zu Gunterzbühl gelegenen Reichsgüter, und zwar die Dörfer Ober- und Unter-Schellenbach, die Herbergsmühle, sowie die Güter und Leute zu Dufansreut.³⁾

¹⁾ M. Zoll. 2. Cr. 204. Stieber Nachr. d. Dyn. v. Schlüsselferg bei Meusel. 1. 101.

²⁾ König Rudolf bleibt 1278 auf dem Marchfeld Sieger gegen den König Ottokar von Böhmen. Hat etwa Ulrich damals im Heere mitgekämpft?

³⁾ R. b. 4. 83. Lang Bayerns alte Grafschaften. 2. 228. Mit dieser Verpfändung von Ortschaften, welche in der Nähe von Heroldsberg bei Nürnberg gelegen sind, steht das „Nürnberger Saalbüchlein“ von c. 1279—1304 in Einklang, wenn es lautet: Heroldsperge. Es stehen aus dem ampt auch ze dem Heroldsperge dem von Sluzzelberch funf (fünf?) Dorfer vnd eine Muel, den geltent elen jar acht sumer Kornes vnd acht sumer Habern vnd dreuzen pfuni Haller zu rechter gulte vnd ze steuer zwaintzig pfunt. Pruffe. Es gehört auch in das ampte ze dem Heroldsperge Pruff vnd zwai Bischlehen vnd eine wise, heißet der Pruel, da frigt umb der alte purggrafe (Burggraf Friedrich III 1273—1297) mit dem amman von dem heroldsperge (ohne Zweifel Ulrich von Sluzzelberg) vnd funf Lehen zu dem prante (Quitpold von Brand, lebt 1265, Rudeger von Brand, 1296 Landrichter des Burggrastums Nürnberg), den hat der Heßelsdorfer (Hans Heßelsdorfer — ein Abkömmling 1424 zu Brand) vnd Fullenjades Muel, den hat der Tenzel, vnd vier lehen zue den zwain. Schellenbach, den sint burdhuet, den hat inne ulrich der amman vnd sein tochter. Vnd zu dem Prant zwo Hueb, der hat eine der Heßelsdorfer, die andern der Eberlein, der Hoffman von schellenbach, den sint auch burdhuet. Welben. Der Markt ze Welben gibt elen jar ze steuer vier vnd zwainig pfunt, zwir in dem jar je ze der zit zwelf pfunt, da gehorent ein zwelf Dorfer, der habent die von Sluzzelberch funfeu inne. So hat der Schente von Reichenette vnd der Praitensteiner zwai dorfer inne, denen es der alte Herkog versehet hat, das alles hince Welben gehoret. Fastenstein anal. Nordgav. I Nachlese. 1734. S. 115. Küster Beitr. 3. Finanzgesch. des deutsch. Reiches. 1883. S. 101. 102.

Am 2. Juli 1285 leistet Ulrich von Sluzzelberch auf seine Rechte zu Suntheim, welche Herdegen von Grindlach eod. die dem Kloster Ebrach verkauft hatte, zu gunsten dieses Klosters Verzicht, wobei Propst Leupold von S. Stephan, Herdegen von Grindlach und sein Bruder Leupold Bürgerschaft leisten ¹⁾ Am 12. Dezember 1285 verzichtet Friedrich Waldbot vor Ulrich von Sluzzelberg und Herdegen von

104. 106 108. 1'0. Der in diesem Saalbüchlein genannte Amtmann zu Heroldsberg, der Aman Ulrich (und seine Tochter) und der von Schlüsselberg sind immer ein und dieselbe Person. Ulrich von Schlüsselberg. Küster 59. 108. Der Ertrag dieser Reichslehen richtiger: dieser Pfandschaft, war folgender: Markt Welden mit 12 Dörfern und der Burg Hohenstein, 24 Pfd Steuer. Hersbruck Vogtei mit Einschluß der Vogtei über Güter des Kl. Bergen und des Dist. Bamberg an Naturalien 8 Sch. Roggen und 3! Sch. Haber. 12 Schweine von Bergen, an Steuern 80 Pfd von dem Markte Hersbruck und 60 Pfd von der Vogtei auf dem Lande. Heroldsberg 5 Dörfer, eine Mühle und das Dorf Eckenhaid. 8 Simern Korn und 8 Simern Haber. Steuer 10 Pfd. Rechte und Gült 13 Pfd Heller, Gült von Eckenhaid 18 Pfund. Küster S. 20. 23. Es wird nur noch bemerkt, daß das erw. Reichslehen 1347 nach dem Ableben des letzten Schlüsselberger, Konrad III. alsbald von dem Kaiser Karl IV. den Burggrafen Friedrich (Sohn des 1357 verst. Burggrafen Johann) und Albrecht von Nürnberg verliehen worden ist. Da der im N. O. Hersbruck gelegene Markt Welden hier als gleichfalls dem Amtmann Ulrich gehörig bezeichnet ist, darf beinahe angenommen werden, daß auch der sehr umfangreiche Weldener Forst im Pfandbesitze des Ulrich von Schlüsselberg und bezw. seiner Erben gewesen ist, wie wohl auch um desswillen zu vermuten ist, daß das Stift Bamberg erst nach dem Ableben des Konrad III von Schlüsselberg Eigentümer dieses Forstes ist und denselben am 7. Dez. 1359 und bezw 17. April 1360 an den K. Karl, welcher schon einen Teil desselben besessen hat, veräußert. Usserm. 324. Pelzl. I. c. 2. 628. h. V. Abg. 22. 26 Loosborn 3. 281.

¹⁾ R. b. 4. 283. Dieser Vertrag betrifft hienach andere Objekte als die am 18. Oktober 1283 verkauften Güter.

Grindelach in Streitberg¹⁾ auf alle Ansprüche an Güter zu Nivenstadt (Neustadt a/M) zu gunsten des Burggrafen Friedrich von Nürnberg.²⁾

Im Juli 1286 bezeugt Ulrich, und zwar wieder zu Streitberg, daß er sich nicht erinnern könne, daß die Güter des Kl. Langheim jemals mit Ansprüchen auf die Vogtei behelligt worden seien.³⁾ Am 5. Januar 1287 verzichten Ulrich der Ältere von Sluzzelberg — wohl zur Unterscheidung von seinem Sohne, dem Domherrn Ulrich, so bezeichnet — und sein Sohn Eberhard neuerlich auf alle Rechte an die Güter zu Suntheim, welche der Abt Winrich zu Kl. Ebrach von Herdogen von Grindelach⁴⁾ gekauft hatte.⁵⁾ Am 5. September 1288 verkauft Ulrich der Ältere von Sluzzelberg mit Einwilligung seiner Hausfrau Hedwig — da die Urkunde selbst: *cum consensu Hedwigis, quondam conjugis suae*, wird Hedwig wohl kurz vor Aufertigung dieser Urkunde gestorben sein — und seines Sohnes Eberhard dem gen. Abt Winrich einige Güter zu Suntheim.⁶⁾

Nach dem eben gen. Tage kommt Ulrich III von Schlüsselberg in den bis jetzt bekannten Urkunden nicht mehr vor, man darf wohl um so mehr annehmen, daß er bald nachher gestorben ist,⁷⁾ weil schon im Oktober ejusd. dessen

¹⁾ Die Burg Streitberg befand sich wohl schon länger im ausschließlichen Besitze Ulrichs.

²⁾ R. b. 4. 291. M. Zoll. II. Nr. 301.

³⁾ h. B. Bbg. 22. 87.

⁴⁾ Suntheim (Mainfontheim) hat dem gen. Grindelach gehört und ist durch dessen Tochter Hedwig an deren Ehegatten Ulrich gelangt. Anderweite Güter daselbst hat Herd. v. Grind. am 2. Juli 1285 ebenfalls dem Abt Winrich verkauft. R. b. 4. 283.

⁵⁾ l. a. 325.

⁶⁾ l. c. 383.

⁷⁾ Wenn Oesterr. in der zweiten Schlüsselb. Geschlechtsstafel das Jahr 1295 als letztes Lebensjahr Ulrichs bezeichnet, wobei er sich

zwei Söhne Ulrich — der Beisatz „Jüngere“ wird nicht mehr gemacht, weil kein anderer dieses Vornamens vorhanden war — und Gottfried zu Erlangen dem Arzt Mag. Albero einen Hof zu Redendorf überlassen, auf welchen Engelhard von Hüttenbach und Konrad Stuhse verzichtet haben.¹⁾

Derselbe war mit Hedwig, einer Tochter des Herdegen von Grindelach, vermählt, wie aus den erw. Urkunden vom 18. Oktober 1283 (cf. S. 39) und 5. September 1288 hervorgeht; damit hängt zusammen, daß Herd. von Grindelach häufig Zeuge der Schlüsselberg. Urkunden ist, sowie daß Grindelach'sche Güter an Hedwig, sowie später von dieser an ihre Tochter Kunigunda von Hohenfels im Erbwege übergegangen sind.

Ulrich von Schlüsselberg hat vier Söhne, und zwar Eberhard III, Gottfried II, den Dompropst Ulrich, endlich Albert, sowie drei Töchter hinterlassen, und zwar

1. Feuta,

vermählt mit dem Landgrafen Gebhard von Leuchtenberg, welcher bald gestorben ist. Dieselbe wendet am 10. November 1293, als Witwe bezeichnet, mit Zustimmung ihres Sohnes, des Landgrafen Ulrich — der Großvater Ulrich von Schlüsselberg wird wohl dessen Pate gewesen sein —

wohl auf die Urk. v. 17. Dez. 1295 (R. b. 4. 607.) stützt, so geht die Zeit seines Todes aus derselben nicht hervor; sie schließt den lange vorher erfolgten Tod Ulrichs um so weniger aus, weil sich der Streit mit dem Kloster S. Theodor zu Bamberg schon seit vielen Jahren hinzog und Ulrichs ältester Sohn Eberhard schon am 12. Okt. 1292 (R. b. 4. 523.) eine auf diesen Streit Bezug habende Erklärung abgegeben hat, ohne dabei seines Vaters zu erwähnen. Auch die hieser Bezug habende Darstellung in Hofmann *Annal.* 4. 181. deutet mehr auf einen lange vor 1295 eingetretenen Tod Ulrichs hin.

¹⁾ R. b. 4. 387. M. Zoll. 2. Nr. 326. Lammers's Gesch. v. Erlangen. S. 180. Nr. 3.

dem Kloster Michelsfeld einen jährl. Zins von 60 Denaren Bamb. Münze von der unteren Mühle zu Pegnitz zur Begehung eines Fahrtages für sich und ihren verstorbenen Ehegatten zu.¹⁾ Am 9. Juli 1294 übergiebt dieselbe, um einem alten Streit mit dem Kl. Waldsassen ein Ende zu machen, diesem Kloster die drei Schlösser Falkenberg, Menhaus und Schwarzenswal, unter Verzicht auf alle Rechte, welche ihr und ihrem Sohne daran zustanden;²⁾ am 12. Juli ejusd. bekennt die Landgräfin, die drei gen. Schlösser an das Kl. Waldsassen, gegen 300 Mark angewiesen und von dieser Summe von dem Abt Dietrich den Betrag von 10 Pfd Haller Denare erhalten zu haben.³⁾ Am 25. Juli ejusd. verpfändet Edgrf Ulrich mit Zustimmung seiner Mutter Zeuta und seines Onkels Eberhard v. Schlüsselberg die gen. drei Schlösser für 300 Mark Eger Gew. dem Abt Dietrich von Waldsassen.⁴⁾ Am 11. September 1295 verpfändet Bischof Arnold, damals zu Memelsdorf, seine Beste Steiningwasser, den Zoll zu Auerbach, sowie einige Güter zu Steckenbühl und Indmars für 50 Mark Silbers dem Landgrafen Ulrich und seiner Mutter Zeuta. Zeugen sind: Landgraf Ulrich, sein Oheim Gottfried II von Schlüsselberg und Eberhard III von Schlüsselberg, der Bruder der Landgräfin.⁵⁾

Die Zeit des Ablebens der verwitweten Landgräfin Zeuta (Tutta) ist nicht bekannt.

¹⁾ R. b. 4. 546. cf. 12. 52. M. b. 25. 175. 543.

²⁾ Gradl Mon. Egr. Nr. 457. 532.

³⁾ h. B. Oberpf. 21. 46. 47. 49. 51. 264. 266. M. Egr. Nr. 458.

⁴⁾ M. Egr. Nr. 459.

⁵⁾ h. B. Bbg. 18. 91. 25. 134. Urk. Abjhr. in Oesterr. Nachl. Bbg. Arch.

2. Adelheid.

Diejelbe wird nur durch das Testament ihres Bruders Gottfried II vom 22. Mai 1308 bekannt, in welchem derselbe der Al(heid) und Kunegunda (Seuta war wohl inzwischen gestorben) je 20 Pfund Heller vermacht¹⁾. Ob sich Adelheid verhehlicht hat, sowie wann sie gestorben ist, ist nicht bekannt²⁾.

3. Kunegunda.

Sie war mit Konrad von Hohenfels verhehlicht, wurde aber bald Witwe. Am 1. Dezember 1293 verzichtet sie auf alle Ansprüche an das Dorf Suntheim, welches ihr Vater und ihre Mutter dem Al. Erbach verkauft haben³⁾; auch in der Urkunde vom 13. Mai 1310, gemäß welcher ihr Sohn Konrad dem Kloster Pülsenhoien einen Weinzehnt zur Stiftung eines Jahrtages zuwendet, wird ihrer, als der Witwe des Konrad v. H., gedacht⁴⁾. Eine ähnliche Stiftung macht am 24. Februar 1312 ihr Sohn Heinrich, wobei in der Urkunde bemerkt wird, daß seine Mutter noch am Leben ist⁵⁾.

b. Dompropst Albert.

1243—1276.

Albert I, Sohn des Eberhard Ib, ist schon in der früher erw. Urkunde vom 14. November 1243⁶⁾ als Dompropst des Stiftes Bamberg bezeichnet, dürfte mithin damals wohl über 40 Jahre alt gewesen sein. Am 23. Juli 1244 ist derselbe mit anderen Bamberger Domherren Zeuge einer

¹⁾ R. b. 5. 135 Geöffn. Arch. 1. 4. 350. 357. 2. 1. 90. R. b. 5. 135. Loosch. 3. 41.

²⁾ Da sie unverhehlicht geblieben zu sein scheint, ist nicht ausgeschlossen, daß Adelheid die S. 42. erwähnte Tochter Ulrichs ist.

³⁾ Arch. Oesterr. Rüdfl. im Abg. Arch.

⁴⁾ h. B. Oberpf. 17. 106. 23. 113.

⁵⁾ l. c. 113.

⁶⁾ cf. S. 29.

Einigung, welche Pfalzgraf Rapoto von Bayern¹⁾ mit dem Bischof Heinrich von Bamberg über das Schutzrecht zu Winzer abgeschlossen hat²⁾. Am 8. September 1245 wurde der Dompropst Albert mit dem Domherrn Eberhard von Schaumberg von dem Domkapitel nach Lyon³⁾ abgesendet, um den Papst Innocenz IV anzufragen, den schon 1242 von dem Kapitel erwählten Bischof Heinrich baldigst zu bestätigen⁴⁾. Im Jahre 1248 bekundet der Dompropst, daß das Kapitel dem Gottfried Münzmeister einen Weinberg in Spekefeld, welcher zu den Obleien gehört, nach Ebrecht zum Besiz eingeräumt hat⁵⁾.

In dem Streite über den Rücklaß des Herzogs Otto von Meran kam endlich am 4. Juni 1250 zu Würzburg auf Vorschlag des dort. Bischofs Hermann eine Einigung dahin zu stande, daß Schiedsrichter über die Streitpunkte eine Entscheidung erlassen, sowie daß die bestellten Schiedsrichter, Dompropst Albert, Propst Heinrich von der alten Kapelle (Regensburg), Ludwig Schenk von Rotenhan u. a. einen Eid leisten sollen, die Stadt Würzburg nicht zu verlassen, bis der Schiedspruch erfüllt sei⁶⁾. Am 14. Februar 1251 bekundet der Domkustos Lupold Rindesmule, daß er 4 Pfund jährlicher Einkünfte von dem Zoll zu Bamberg, welche er von dortigen Bürgern erworben hatte, dem Kloster

¹⁾ Pfalzgraf Rapoto Grf. Ortenburg, verm. m. Adelheid Schwester des Burggrafen Friedrich III. Cohn Stammtafel 74

²⁾ Arch. f. österr. Gesch. Quell. 4. 596.

³⁾ Kirchenversammlung zu Lyon 1244. Bischoffe bayr. Gesch. 1. 491.

⁴⁾ Loosch. 2. 685.

⁵⁾ l. c. 689. !

⁶⁾ l. c. 709. M. Zoll. 2. Nr. 56. Stein Gesch. Frankens. 1. 304. v. Muffeß Meranstreit. Nr. 9.

S. Theodor, und zwar der Krankenkasse desselben zugewendet habe. Zeuge ist Dompropst Albert¹⁾.

Am 9. Januar 1255 fertigt der gen. Propst und das Kapitel eine Urkunde aus, daß Chunrad von Eichenharwe dem Konvent des eben gen. Klosters ein Talent, welches er von der Münze zu Bamberg zu Lehen hat, um 10 Pfund Bamb. Münze verkauft habe.²⁾ Am 18. Januar ejusd. erlassen die Schiedsrichter in campis inter Schehsliz et Memelstorf in der Streitsache des Bischofs Heinrich mit dem Friedrich von Truhendingen, sowie dem Burggrafen Friedrich, nachdem der ergangene Schiedsspruch in dem Meran. Streite, weil inzwischen neue Ausschreitungen vorgekommen waren, nicht mehr ausreichte, eine weitere Entscheidung; hiebei waren zugegen: Dompropst Albert, D. von Ortenburg, Propst von S. Jakob, Heinrich Propst an der alten Kapelle.³⁾ Am 10. Februar ejusd. bekennt Willenbrand (wohl v. Niefen⁴⁾), daß ihm Bischof Heinrich 200 Mark Silber versprochen habe, damit er die Burg Niefen in die Gewalt des Stiftes Bamberg gebe. Zeuge u. a. Dompropst Albert.⁵⁾

Am 16. Mai 1256 nimmt der gen. Bischof den Taino von Lichtenstein (Lichten.) gegen Zusicherung von 100 Pfd. Heller in seinen Dienst, damit er ihm gegen den Burggrafen Friedrich und den von Truhendingen beistehe; weitere 100 Pfund werden demselben zugesichert, wenn er in einer bischöflichen Burg seinen Wohnsitz nimmt. Siegler u. a.

¹⁾ Loosß. 718. Ähnliche Urkunden Alberts von Okt. 1249 u. 15. Juni 1251. cf. Loosß. 706. 708. Oesterr. Denkw. 2. 111. v. Nussß Meranstr. Nr. 16.

²⁾ l. c. 719.

³⁾ l. c. 716. R. b. 4. 754. M. Zoll. 2. Nr. 64. v. Nussß Meranstr. Nr. 22.

⁴⁾ cf. h. B. Bbg. 22. 56. 62.

⁵⁾ Nussß l. c. Nr. 24.

Dompropst Albert.¹⁾ Im März 1257 bekundet Bischof Heinrich, daß er dem Cistercienser Kloster Wilhering auf die Bitte des Abtes Ernst eine Schweige auf dem Berge Alesch im Garstental verliehen habe. Zeuge ist der Dompropst Albert.²⁾

Am 1. Oktober 1258 vergleicht sich Bischof Berthold (v. Leiningen) zu Bamberg (1258—1285) mit den Söhnen des Ludwig von Rotenhagen (Rotenhan) wegen des Schlosses zu Eile (Zeil) und der Vogtei Doringstadt, sowie aller Güter, welche sein Vorfahrer dem Vater jener Söhne verpfändet hatte. Bürge Dompropst Albert.³⁾ In der S. 34 er-

¹⁾ l. c. Nr. 26. M. Zoll. 2. Nr. 86. Arch. f. österr. Gesch. Quell. 4. 604.

²⁾ Loosß. 737.

³⁾ Österr. Denkw. 2. 80. 84. Die Wahl eines neuen Bischofs von Bamberg nach dem am 12. Sept. 1257 erfolgten Ableben des Bisch. Heinrich (von Catania) war schwierig; ein Teil des Kapitels wählte den Domkapitular Berthold von Leiningen, der andere den Wudezlaus (Ladislaus), Sohn des Herzogs Heinrich von Niederschlesien, damals Propst des Stiftes Byscherath bei Prag, zum Bischof. Erster nahm sofort von dem Bischofsstuhle, wie ob. Urkunde vom 1. Oktober, sowie jene vom 18. Nov. 1258 (cf. S. 40) zur genüge zeigen, Besitz, ohne von dem Papste bestätigt zu sein. Die Gegenpartei, darunter Dompropst Albert, Dekan Heinrich u. a. berichten hierüber am 5. Dez. 1258 an den Papst Alexander und baten um Bestätigung des von ihnen gewählten Mitbruders Wudezlaus. Es scheint indeß, daß dieses Aktenstück dem Papste gar nicht ausgehändigt worden ist, vielleicht weil die nach Rom abgesendeten Kapitulare erfuhren, der Papst wolle den Bischof Berthold bestätigen oder, weil Wud., im Fall vorgehabter Nichtbestätigung seiner Wahl, im vorhinein zum Verzicht bereit war. Im Jahre 1259 erhielt Berthold die päpstliche Bestätigung; dagegen wurde Wudezlaus am 12. April 1265 zum Bischof von Passau und am 10. Nov. 1265 zum Erzbischof von Salzburg gewählt; dort ist derselbe 1270 gestorben. Österr. Denkw. 2. 86. Loosß. 741. Ueber Wudezlaus cf. Gams series episc. 301. 307. Schöller Bischöfe von Passau. 69.

wähnten Urkunde vom 13. Juni 1261 wird auffallender Weise Albert nur als *Canonicus* bezeichnet; derselbe hat mithin um jene Zeit aus unbekannten Anlasse auf die Würde eines Dompropstes des Hochstiftes Bamberg Verzicht geleistet und kommt vom Jahre 1268 an nur mehr als Propst des Stiftes S. Maria und Gangolf in Teuerstat vor.

Am 4. März 1268 verleiht der Bischof Berthold dem Kammerer H. dreißig Morgen in hawtzmorde (Hauptsmoor) bei Bamberg zu Lehen; dagegen soll derselbe und seine Erben zum Seelenheil seines (des Bischofs) Onkels¹⁾ Berthold von Eberstein, Propst zu S. Stephan, dem Dekan und der Kirche daselbst jährlich zehn Denare entrichten. Zeuge Albert, Propst bei S. Maria, Onkel des Bischofs u. a.²⁾ Am 5. Dezember 1275 schließt Bischof Berthold mit der Bürgerschaft zu Bamberg wegen der ihr zukommenden Rechte eine neue Einigung ab. Zeugen u. a. Albert von Sluzzelberch, Propst von S. Maria in Teuerstat;³⁾ in eben diesem Jahr eignet Bisch. Berthold der Kirche zu Mariaburghausen ein Gut zu Celle, gen. das Müdeger Lehen, und zwei Weinberge daselbst zu. Zeugen u. a. Heinrich von Sternberg, Dompropst, Albert von Sluzzelberge, Propst zu Teuerstat.⁴⁾

Zum letztenmal kommt der Propst Albert in der Urkunde vom 27. März 1276 vor, in welcher Mechthildis, Nonne im Kloster S. Theodor, ihre eigene Sölde in Eigenreuth dem Kloster für ihr Seelenheil verpfändet hat.⁵⁾

¹⁾ Durch diese Urkunde im Zusammenhalt mit jener v. 14. Nov. 1243 ist eine Verwandtschaft der Schlüsselberg mit den Grafen Eberstein und Leiningen außer Zweifel gestellt.

²⁾ h. B. Bbg. 10. 81.

³⁾ Loosb. 773. Hohenlohe Rathsbuch. S. 19. 21.

⁴⁾ R. b. B. 471. Arch. Oesterr. Müdlaß.

⁵⁾ Loosb. 786.

Wann indeß der Propst gestorben ist, ist nicht bekannt; als Nachfolger zu S. Maria in Teuerstat kommt Friedrich von Truhendingen erst 1307,¹⁾ vor, obwohl angenommen werden darf, daß inzwischen ein anderer Kapitular das Amt des Propstes inne gehabt hat.

c. Gottfried I.

1295.

Der vierte Sohn Eberhards, Gottfried I, ist, soweit bisher bekannt, nur in der Urkunde der Landgräfin Sutta von Leuchtenberg (der Tochter des Ulrich III von Schlüsselberg) vom 11. September 1295 als Bürge und Siegler bezeichnet, als dieselbe, wie oben erwähnt, dem Domstifte Bamberg die ihre verpfändete Beste Steiningwasser zurückgibt, wobei sie denselben als ihren Onkel bezeichnet. Die Zeit seines Ablesens ist nicht bekannt.

9. Ältere Schlüsselberg. Linie.

Konrad I.

1265—1308.

Von diesem Konrad, dem einzigen Sohne des Eberhard, sind z. Zeit nur sehr wenige Urkunden vorhanden, deren Verwertung um so schwieriger und unsicherer ist, weil zu gleicher Zeit drei Sprossen dieses Namens gelebt haben.

Zum erstenmal kommt dieser Konrad wohl in der Urkunde vom 26. August 1265 vor, in welcher Ludwig Graf Rieneck und Heinrich von Brauneck die zwischen dem Bischof Ering von Würzburg und der Bürgerschaft daselbst bestehenden Differenzen schlichtet, und zwar als Schiedsrichter mit C. de Sluzelberch bezeichnet.²⁾ Am 27. Juli 1273 be-

¹⁾ Usserm. 275.

²⁾ Mon. b. 37. 427. Jäger Gesch. Frankens 3. 435. Stein Gesch. Frankens. 1. 293.

kundet der Erzbischof Bernher von Mainz, daß er die Zusage seines Lieben und Getreuen Konrad von Schlüsselberg, er wolle seiner Ehefrau Luigard, Tochter des Burggrafen Konrad von Nürnberg,¹⁾ sechzehn Hörige und das Schutzrecht über die Dörfer Harmesheim und Bischofsheim, welche derselbe von dem Stifte Mainz zu Lehen hat, sowie zwanzig Mark Kölner Denare zum Hochzeitsgeschenk, gewöhnlich „Morgingap“ genannt, geben, hiemit auf des gen. Konrad Bitte genehmige und demselben hierüber Urkunde ausstelle.²⁾

Hienach war dieser Konrad I vor dem 27. Juli 1273 mit der Burggräfin Leukarde vermählt und hat ihr damals nachträglich die übliche Morgengabe auf den ihm gehörigen Stift Mainzer Lehen zugewendet.

Am 11. September 1295 wird Konrad, und zwar als ein Sohn Eberhards bezeichnet, in der schon erw. Urkunde der Landgräfin Jutta als Bürge genannt. Wenn am 26. Mai 1307 Gottfried und Konrad von Schlüsselberg dem

¹⁾ In Cohns Stammtafel Nr. 74 und 91 ist diese Leukardis irrtümlich als die Gemahlin des Konrad III von Schlüsselberg bezeichnet.

²⁾ Abschrift dieser Urkunde im Rücklaß des Hamb. Arch. Oesterr., indeß ohne Angabe der Quelle. Dieselbe ist auch in den Mon. Zoll. nicht abgedruckt. Stillsfried bemerkt in den Hohenzoll. Forschungen S. 149, Luigarde sei die Tochter des Burggrafen Konrad des Frommen, „welchen wir auch aus einer Urkunde von 1273 als den Schwiegervater des Konrad von Schlüsselberg kennen lernen“, schaltet indeß weder den Wortlaut der Urf. ein, noch gibt er an, wo dieselbe verwahrt wird. Auch Hoffman Episc. Bbg. 157. 168. 267 bezeichnet Leukarda als Gemahlin Konrads und als die Mutter der nachmal. Hebtissin Anna (gest. o. 1379), sowie des jüngeren Konrad II von Schlüsselberg, wobei er auf die später zu erörternde Urf. v. 22. April 1308 verweist, auf welche auch Falkenstein in den antiq. Nordgav. 3. 108 aufmerksam macht. cf. Jung Comicius burggr. S. 170.

Konrad von Beulendorf mehrere Güter zu Zechendorf, welche er von ihnen zu Lehen hatte, zu eigen macht,¹⁾ wenn ferner ein Konrad von Schlüsselberg in der Urkunde vom gleichen 26. Mai über den Verkauf von Gütern zu Lauf als Bürge vorkommt, wobei er als Vetter des Gottfried II bezeichnet wird,²⁾ so wird dies wohl Konrad I gewesen sein. Wenn aber Konrad Stieber am 2. Februar 1307 einige Güter mit dem Pranger von Buttenheim von Konrad von Schlüsselberg und seiner Hausfrau Elisabethe käuflich erwirbt,³⁾ so wird — die Richtigkeit dieser Nachricht vorausgesetzt — dies nicht Konrad I gewesen sein, man müßte dann annehmen, derselbe sei in II. Ehe mit dieser Elisabeth verheiratet gewesen, was unerwiesen ist.⁴⁾

Endlich ist aus dem Jahre 1308 eine Urkunde vorhanden, in welcher Chunrad von Sluzzelberg einen Hof zu Iseling und Acker in monte dicto Babenberg auf die Bitte des Othand von Kunstat dem Kl. Langheim zueignet. Zeuge: Konrad von Paulendorf (Beul.) und Heinrich Groß.⁵⁾ Es ist indeß nicht ausgeschlossen, daß diese Urkunde von Konrad III herrührt.

¹⁾ R. b. 3. 117. Die Güter zu Zechendorf werden am 2. Juli 1307 von Konr. v. Beulendorf mit Zustimmung der gen. von Schlüsselberg dem Dekan Friedrich von S. Maria verkauft. R. b. 5. 119.

²⁾ Falkenst. cod. dipl. IV. Nr. 103. antiq. Nordg. 2. 336.

³⁾ Jäd. Berwüst. v. Tiefenhöchst. 41. h. B. Oberfr. 3. 2. 69.

⁴⁾ Nach Bruschius Chronol. monast. 522. 138 hat Konrad, Sohn Eberhards, die Pfaffenburg bewohnt und ist 1306 in der Burg Meideß getötet worden, er habe von seiner Gemahlin Leutarde v. Bollern sechs Töchter hinterlassen. cf. Dettler Erster Versuch d. Burgr. Gesch. 440. Diese Mitteilungen sind irrig, die Pfaff. war niemals im Besitz der Schlüsselberg, Konrad lebt noch 1307, er hinterließ nur drei Töchter; endlich zu Meideß wurde 1347 Konrad III getötet. Zudem ist wohl anzunehmen, daß Konrad II mit einer Elisabeth verheiratet war.

⁵⁾ R. b. 5. 145. cf. 273. 277. h. B. Bbg. 25. 40.

In welchem Jahre Konrad I und seine Hausfrau Leufardis gestorben sind, ist nicht bekannt. Nach Desferr. Geschl. Tafel III ist ersterer 1308 gestorben.

Es wird hier noch beigelegt, daß s. Z. im Kloster Schlüssellau folgende, von den Mitgliedern des Geschlechtes Schlüsselberg gestiftete Fehrtage mit Vigil und Seelenmesse abgehalten worden sind:

1) an Kreuz Erfindung (3. Mai) für Herberhart (II) von Slusselberg, der die Grundvesten zum Kloster gegeben hat,

2) für Konrad (I) von Slusselberg, der ein Sohn Eberharts von Slusselberg gewesen ist und das Kloster ganz gestiftet hat,

3) für Frau Leufardis, des gen. Herrn Konrads Hausfrau, am dritten Tage vor Gregori (9. März),

4) für Gottfried (II) von Slusselberg am Advent Bonifaci (4. Juni), der dem Kloster ein ganzes Dorf (Ebersberg)¹⁾ gegeben hat.²⁾

Aus der Ehe Konrads mit der Burggr. Leufard ist ein Sohn, Konrad II, sowie drei Töchter hervorgegangen, und zwar

1. Elisabeth.

Dieselbe war mit dem Grafen Wilhelm von Montfort verheiratet, ist aber schon vor ihrem Vater gegen das Jahr 1307 gestorben. Pabst Klemens V gab am 6. Dezember ejusd. dem Grafen Wilhelm, als derselbe mit der Gräfin Johanna von Montfort zu einer zweiten Ehe schreiten wollte,

¹⁾ cf. Testament des Gottfried vom 22. Mai 1308.

²⁾ Wieland Hl. Schlüssellau. 7. Boosh. 3. 218. Für die Tochter Elisabeth Gräfin Montfort war gleichfalls ein Fehrtag im gen. Kloster gestiftet worden. Gleiche Stiftungen wurden für die Töchter des Konrad III in diesem Kloster gemacht.

die erbetene Dispens;¹⁾ indeß wurde diese Ehe späterhin nicht vollzogen.²⁾

Für die verstorbene Gräfin Elisabeth wurde f. B. im Kl. Schlüssellau eine Seelmesse gestiftet. Das Verzeichnis der dort abzuhaltenden Jahrtage enthält in dieser Beziehung folgenden Vortrag: Für Frau Elspeten von Müsforte, eine Gräfin, am nächsten Tag nach Tyburtii und Valerii (14. April), die zu Ostern sind.³⁾

2. Sophie.

Sie hat sich mit Friedrich dem alten Ritter, Grafen von Zollern, einem Sohne Friedrich des Jüngeren von der schwäbischen Linie der Grafen Zollern-Schalkeberg, gest. 1377, vermählt.⁴⁾ Die Gräfin Sophie ist um deswillen besonders bemerkenswert, weil dieselbe mit weit gehenden Ansprüchen auf den Güternachlaß des 1347 verstorbenen Konrad III von Schlüßelberg hervorgetreten ist.

Kaiser Karl IV erließ nämlich am 22. September 1360, damals zu Reutlingen, an den Bischof Leopold von Bamberg und die Burggrafen Albrecht und Friedrich von Nürnberg den Befehl, sich hinsichtlich der von der Gräfin Sophie von Zollern auf Burg und Stadt Wischenvelt, auf Nided, Ebermanslat, Samstenberg, Rotenstein Dunnewelt (Thünfeld), Sluzzelwelt, Bezenstein, Rabenstein, Rabeneck, Griffenstein und Streitberg gemachten Ansprüche binnen sechs Wochen zu verantworten.⁵⁾

¹⁾ Reg. A. ep. 33 f. 7.

²⁾ Mitteilungen aus Vatikan. Arch. 1889. I. 618. Vanotti Gesch. d. Grafen Montfort. 109. 99. R. b. 5. 152. 166.

³⁾ Loosb. 3. 218.

⁴⁾ Cohn Stammtafel 172. Voigtel Stammt. 74.

⁵⁾ Mon. Zoll. 1. Nr. 336 und 3. Nr. 448. R. b. 9. 23. Oesterr. Schlüßelfeld. S. 10. Nided. S. 5. Rabenstein. S. 15. Stillsfried Hohenzoll. Forsch. 148. 152. cf. 143. 150. 157.

Es sind dies insgesamt Besitzungen des gen. Konrad III von der jüngeren Schlüsselberg'schen Linie, auf welche die der älteren Linie angehörige Gräfin Sophie, weil Konrad selbst drei Töchter hinterlassen hat, einen begründeten Erbananspruch nicht erheben konnte. Es existiert auch keine Urkunde, daß die erhobene Klage einen Erfolg gehabt hat.

Wann die Gräfin Sophie mit Tod abging, ist nicht bekannt.

3. Anna.

Während bisher unerwiesen war, ob diese Anna, wie schon Arch. Desterreicher in Tafel III seiner Abhandlung „Der Reichsherr Gottfried von Schlüsselberg“ angenommen hat, eine Tochter des Konrad I von Schlüsselberg war, ist jetzt durch die in der Monographie des Venef. Dr. Wieland über die Kl. Schlüsselau'schen Regesten, insbesondere die Regesten Nr. 53 und 55 von 1369 und 1373, nachgewiesen, daß dieselbe in der That eine Tochter des gen. Konrad I von Schlüsselberg und seiner Gemahlin, der Burggräfin Leukardis von Nürnberg, gewesen ist.¹⁾

Die gen. Anna ist frühzeitig in das Cistercienser Kloster Schlüsselau eingetreten und war, dort c. 1339 zur Abtissin erwählt, bis zu ihrem Lebensende mit großen Erfolg bemüht, dasselbe durch Zuwendungen und Schenkungen aller Art zureichend auszustatten; es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieselbe, nachdem die Abtissin Elisabeth Truchseß

¹⁾ Diese fünfte Abtissin Anna III des Kl. Schlüsselau ist wohl zu unterscheiden von der zweiten Abtissin daselbst Anna I, wohl einer Tochter des c. 1313 gestorbenen Konrad II von Schlüsselberg, auf welche noch zurückzukommen ist. Wieland hat auf das Regest Nr. 53 zu wenig Wert gelegt und diese fünfte Abtissin Anna III irrig als eine Tochter des Konrad II bezeichnet, während sie aus der Ehe der Burggräfin Leukardis mit Konrad I stammt.

von Eggsdorf gegen das Jahr 1334 auf diese Würde verzichtet hat, schon bald nachher zu deren Nachfolgerin erwählt worden ist.

Ueber ihre Verwaltungstätigkeit geben viele Urkunden genauen Aufschluß. Am 21. Januar 1339 vertauscht Bischof Leupold (v. Egloffstein) von Bamberg an die Abtissin Anna und deren Samnung all seine Acker, Feld und das Holz, das bei dem Kloster gelegen ist und ihm und seinem Gotteshause gehört, besonders aber zu seinem Bauhof zu Ellersdorf (Ellersdorf), ausgenommen jedoch 5 Morgen Holz Walbacher, welche bei demselben Felde an der Spitze bei der Strasse zwischen Tungenhofer und Hernsdorf gelegen sind, wogegen ihm die Abtissin ihre Hube zu Ellersdorf überläßt, hievon indeß eine Wiese ausgenommen, welche schon lange von der Hube getrennt ist. Da aber der Bischof bei diesem Tausche mit über 30 Pfd. Heller im Vorteil war, hat er dem Kloster sein Feld bei Stusselave zu Eigen gegeben.¹⁾

Am 4. Januar 1341 sendet Gottfried von Brauneck dem Bischof Leupold folgende Lehen zu Bechhofen auf und bittet, solche dem M. Schlüßelau zu eignen: ein Lehen, darauf Ulrich Smid, ein Lehen, darauf Hermann der Schorn, ein solches, darauf Hermann der Dörz, ein Lehen, darauf der Rauche Dyterich und ein Lehen, darauf der Darwer sitzt; der Bischof vollzieht die Eignung²⁾. Am 16. August ejusd. bekennet Bischof Leupold, daß Gottfried von Brauneck um seines Seelenheiles willen zwei Söbden im Dorfe Haid an der Aisch gelegen, welche Dyterich Virlink und Konrad Aman bisher inne hatten und welche ehemals der Ungelter, Bürger zu Bamberg, von dem gen. Brauneck zu Lehen hatte,

¹⁾ R. b. z. 235. Loosß. 183.

²⁾ l. c.

dem Kl Schlüßfelau geschenkt habe und daß er, der Bischof, solche dem Kloster cigne.¹⁾

Am 3. März 1345 bestätigt Bischof Friedrich (v. Hohenlohe) den Nonnen zu Schlüßfelau auf ihre Bitten alle Freiheiten, Privilegien und Immunitäten, welche sie von seinen Vorgängern erhalten hatten.²⁾ Am 9. März 1347 eignet Gottfried von Hohenlohe gen. von Brauneck seiner Ruhme, der Aebtissin Anna, die Lehen zu Grozzen Buchvelt und zu Fortschwinden.³⁾ Am 12. Mai 1349 wurde bei der Teilung des Nachlasses des am 14. September 1347 in Neideck gefallenen Konrads III von Schlüßberg bestimmt: vorweg seien 40 Pfd. Pfenn. jährlicher Gült zum Seelgeräte des Genannten in dem Frauenkloster zu Schlüßfelau, wo derselbe begraben ist, zu nehmen nach Rat und auf Befehl des Bischofs Friedrich.⁴⁾

Am 25. Februar 1350 schenkt Bischof Albert (von Hohenlohe) zu Würzburg⁵⁾ das Patronatsrecht auf die Pfarrei Bretfeld (Bretzf.) in der Bamberg. Diöcese, welches ihm und seiner Kirche gehört, mit Zustimmung seines Domkapitels dem Kloster Schlüßfelau, das nur geringe Einkünfte hat, zur besseren Dotation und zur Seelenruhe des Konrad von Schlüsselberg, der dort begraben ist und Dotator⁶⁾ desselben war; am 1. März ejusd. bestätigt die Aebtissin Anna und ihr Konvent den Empfang dieses Geschenkes.⁷⁾ Am 16. März ejusd. vereinigt Bischof Friedrich von Bamberg die Pfarrei Bretfeld für immer mit dem

¹⁾ l. c. 184.

²⁾ l. c. 200.

³⁾ R. b. 8. 98.

⁴⁾ Moosb. 215. Wieland Kl. Schlüßfelau. Reg. Nr. 39.

⁵⁾ cf. Mon. boic. 41. S. VI. Oesterr. Neue Beitr. 1. 9. R. b. 8. 185.

⁶⁾ cf. oben S. 55.

⁷⁾ Moosb. 245.

Kloster Schlüßelau und incorporiert sie demselben auf die Bitten der Abtissin Anna und ihres Konventes, wobei als portio congrua für den Vicarius perpetuus dieser Pfarrei bestimmt wurden: alle zur Kirche Bretfeld gehörigen Acker mit c. 35 Scheffel Korn- und Weizen-ertrag, ferner 15 Scheffel reinen Korns von der Abtissin und dem Kloster aus den Zehnten der Pfarrkirche, sowie das Widemgeld und alle Geschenke oder Weisköb, endlich der ganze Kleinzehnt, der zur Kirche gehört und alle Opfer und Gaben auf dem Altar.¹⁾

Am 17. September ejusd. eignet Bischof Friedrich den Klosterfrauen zu Schlüßelau den Zehnt in Erlech, den ihnen sein Oheim Conrad von Sluzzelberg sel. And. für sein und seiner Ahnen Seelenheil und zur Aufbesserung geschenkt hatte, dann den Zehnt in Jungenhofen, den sie von dem Bolner und seinen Erben käuflich eingelöst, und den Hof in Uttstatt, den Heinrich Reynost bewohnt und sie von Pleßink und seinen Erben gekauft haben. Der Bischof tut dies, weil ihre Präbenden so gering sind, daß sie kaum leben können.²⁾ Am 12. Januar 1356 nimmt Kaiser Karl zu Nürnberg auf Bitten der Abtissin Anna von Schlüßelberg das von deren Ahnen und ihrem Vater Conrad von Schlüßelberg neugestiftete Kloster Schlüßelau in seinen Schutz, erlaubt demselben, sich einen Schirmer, welchen es will, zu wählen, befreit es von Bete, Lösung, Steuer, Dienst, Twankjal (Zwangial), Centgericht, Vogtei und allen Zöllen und bestätigt alle Briefe und Handfesten des Klosters.³⁾

Am 1. März 1357 eignet Gottfried von Hohenloch genannt von Brauneck der Abtissin Anna von Sluzzelberg

¹⁾ l. c. Wieland S. 15.

²⁾ Loosch. 217.

³⁾ l. c. 259. R. b. 8. 341.

und dem Kloster Sluzzelau das Gütlein zu Wechhofen, welches sie von Herman dem Schöne gekauft haben.¹⁾ Am 10. Dezember 1358 verleiht Bischof Leupold (v. Webenburg) zu Bamberg mit Einwilligung seines Domkapitels das Patronatsrecht auf die Pfarrkirche in Seufelingen, das ihm zusteht, dem Kloster Sluzzelawe gegen das Patronatsrecht zu Etwigesperg, das dem Kloster gehört. An demselben Tage bekunden Abtissin Anna und ihr Konvent diesen Tausch, welcher mit Zustimmung des Abtes von Langheim, unter dessen cura sie leben, erfolgt ist und zwar weil ihr Dorf Etwigesperg ihnen bisher wenig nützlich war und sie solches wegen der Entfernung nicht schützen konnten, Seufelingen aber ihnen nahe liegt.²⁾ Am 12. April 1359 wird die Kapelle zu Sneit zu einer Pfarrkirche erhöht und in dieser Beziehung von Heinrich von Streitperg, Abt zu Langheim, Visitator und Prälat der Nonnen zu Sluzzelawe, der damaligen Abtissin Anna von Sluzzelberg und dem Konvent eine Urkunde ausgefertigt und gesiegelt.³⁾

Am 9. Januar 1362 eignet Gottfried von Hohenloch seiner Muhme, der Abtissin Anna, und dem Konvent zu Sluzzelau den Hof zu Buchvelt, welchen dieselben von Ulrich Vogt gekauft haben.⁴⁾ Am 14. Februar 1364 bestätigt Bischof Friedrich zu Bamberg die von seinen Vorgängern dem Kloster Sluzzelau verliehenen Privilegien.⁵⁾ Am 7. März ejusd. bekennet Bischof Friedrich, daß er den Zehnt zu Ober Weldorf, welchen seine liebe Muhme Anna, Abtissin zu Sluzzelawe, für ihr Kloster von dem damit be-

¹⁾ R. b. 8. 368.

²⁾ Loosch. 3. 300. 301.

³⁾ l. c. 302. R. b. 8. 414. h. B. Bbg. 23. 11.

⁴⁾ R. b. 9. 53. Arch. Onold. Rep. Cregling¹ I. 410. Am Siegel ist der Schlüssel derer v. Schlüsselberg deutlich zu erkennen.

⁵⁾ R. b. 9. 94.

lehnten Christen Heider, Bürger zu Bamberg, gekauft hat, dem Kloster mit Zustimmung des Domkapitels freit und eignet.¹⁾ Am 16. September 1366 bestätigt Bischof Ludwig (von Sachsen) dem Kl. Schlüsselau alle Freiheiten und Immunitäten, sowie andere Indulte, welche ihm seine Vorgänger verliehen hatten²⁾. Aus dem Jahre 1367 existiert ein Aufschreibebrief des Cunz Truchseß von Pommersfelden bei Bischof Albrecht zu Würzburg über den lehnbaren Zehnt von einer Wiese, das Stöckch genannt, ober dem Hag zu Steltzenrot, der da ist des Klosters zu Slüzzelaw.³⁾

Am 27. Februar 1369 bekennt Bischof Ludwig zu Bamberg ferner, daß ihn die Abtissin Anna von Slüzzelawe gebeten hat, wegen des Nutzens, welchen das Bistum von den Gütern und Leuten ihres Vaters Conrad von Slüzzelberg sel. gehabt hat, für sie und ihr Kloster zum Seelenheil ihres Vaters etwas zu tun; insofge dessen gibt ihnen der Bischof sein und seines Gotteshauses Gut zu Wyßendorf und Weyprechtorf und einen Hof zu Otelsdorf.⁴⁾ Von diesen Gütern soll die Abtissin den Klosterfrauen jährlich auf Kreuzerhöhung reichen 29 Pfd dl und diese gleich unter sie verteilen. Dafür sollen sie des Conrad von Slüzzelberg und Leucharten, seiner ehelichen Wirthin, Jahrzeit mit Vigilie und Seelmesse begehen.⁵⁾

Am 6. Juli 1369 überläßt die Gemeine der Stadt Borchheim der Abtissin Anna eine Gült von 64 Pfd Heller

¹⁾ l. c. 118. Urk. im Kr. Arch. Vbg.

²⁾ Loosch. 321.

³⁾ Wiel. l. c. 16. Man. Arch. Vbg.

⁴⁾ Zu Otelsdorf war auch ein Wolfersdorf begütert. Dominus Ludovicus episc. commutavit 1369 cum Friderico Wolfersdorfer quaedam bona sua in Otelsdorf ac sibi illa pro burghuta deputavit in hostet (Höchstadt) deservienda; propterea idem fridericus in castro Otelsdorf corporalem residenciam faciet et cum eo ecclesiam respiciet contra omnes. h. B. Vbg. 18. 96. Loosch. 3. 328.

⁵⁾ Loosch. 321.

an den Gütern zu Gledswerde bei Borchheim, gen. das Wehdech, welche weil. des Dietrich Koch waren;¹⁾ am 4. August 1371 bekundet Dechant Wid (Witting Graf Hohenberg)²⁾ von Bamberg, daß vor ihm Heinrich Lieberich bekannt hat, er habe der Aebtissin Anna seinen ererbten Anteil an dem Wehdech und an den Wiesen, bei dem Sachsenuar (Sassanfahrt) und Erlech gelegen, sowie an der Wiese, die Schlüsselbergerin genannt, endlich einen Acker um 215 Pfd Heller verkauft.³⁾

Am 5. Februar 1372 verkauft Fritz von Streitperch, Bamb. Vogt zu Gogwinstein, sein Gut zu Oberfelendorf an die Aebtissin Anna und den Konvent zu Schlüsselau um 200 Pfd. Heller;⁴⁾ am 17. Mai 1373 schenkt Bischof Ludwig von Bamberg die (am 27. Mai 1369) verliehenen Güter zu Otelsdorf, Wyperstorf, Wylestorf und Wyßendorf, sowie den ganzen Zehnt zu Wyßendorf und alles, was sie an der Eysch gehabt und hergebracht haben, was alles nach dem Ableben der Aebtissin Anna⁵⁾ dem Bischof und seinem Gotteshaus ledig geworden, dem Kloster als freies Eigen, damit sie des Konrad von Schlüsselberg und seiner Gemahlin Leulard Seele desto besser gedenken.⁶⁾

¹⁾ l. c. 322. cf. Oesterr. Müdl. im Vbg. Arch.

²⁾ h. B. Vbg. 51. 67.

³⁾ Oesterr. Müdl. im Vbg. Arch.

⁴⁾ R. b. 9. 273.

⁵⁾ Die hier als verstorben bezeichnete Aebtissin Anna kann selbstverständlich nicht die bis zum Jahre 1379 lebende Aebtissin Anna gewesen sein; die Urk. betrifft vielmehr die zweite Aebtissin des Namens Anna, wohl eine Tochter des Konrad II, welche bis c. 1319 gelebt haben dürfte.

⁶⁾ Loosch. 3. 372. Die 1373 noch lebende Aebtissin Anna (die dritte dieses Namens) ist in den Urk. v. 27. Febr. 1369 und 17. Mai 1373 ausdrücklich als eine Tochter des Konrad I und der Leulard von Bollern bezeichnet.

Zum letztenmal wird die Aebtissin Anna in der Urf. vom 24. März 1379 genannt, in welcher Heinrich von Büren, Pfleger des Gotteshauses zu Bamberg, bekennet, daß vor ihm Ritter Friedrich Kraz als Fürsprecher der Aebtissin Anna von Schlüsselawe erschienen sei, welche in der schwebenden Streitigkeit wegen des gemeinen Holzes zum Sampach erfahren wollte, was sie zu tun habe.¹⁾

Später kommt die Aebtissin Anna von Schlüsselberg nicht mehr vor; ihre Nachfolgerin, Aebtissin Danna von Streiberg, ist im Verzeichniß der Aebtissinnen erst 1383 und in der Urf. vom 18. Febr. 1385 genannt.²⁾

10. Jüngere Schlüsselberg. Linie.

a. Eberhard III.

1283— c. 1299.

Eberhard III, Sohn des Ulrich III, ist schon in der Urf. vom 18. Oktober 1283 vorgekommen, als seine Eltern die Güter zu Suntheim dem Kl. Ebrach verkauft haben, wobei derselbe mit seinem Bruder Ulrich IV die Bürgschaft übernahm.³⁾

Am 12. Oktober 1292 erklärt Eberhard, daß er, wenn die Aebtissin des Kl. S. Theodor in Bamberg, Kunegunda von Wallenrode, die Aufhebung des Interdiktes, welches über sein Gebiet verhängt ist, durch den subdelegierten Richter, den Dekan zu S. Jakob, bewirken und wenn andere, welche jeinetwegen exkommuniziert sind, von der Exkommunikation losgesprochen werden sollten, auf weitere Rechtsmittel verzichten und den Streit beenden werde.⁴⁾ Aber erst am 17. Dezbr. 1295 verzichtet Eberhard und sein Sohn Konrad nach dem

¹⁾ Wieland Reg. Nr. 57.

²⁾ l. c. Reg. Nr. 53. cf. S. 10.

³⁾ cf. S. 39.

⁴⁾ R. b. 4. 523. Loosch. 867. Usserm. 404.

Ableben des Ulrich III gegen die Abtissin Kunegunda auf die Vogtei über die Klostergüter zu Gegendorf (Ger. Ebermannstadt) und Lesten, wobei dieselben versprechen, die Klosterleute zu Budesuelt (Bauzfeld bei Forchheim) und Friesen zu schirmen.¹⁾ Am 24. März 1294 verzichten die Brüder Eberhard und Gottfried auf Bitte ihres Verwandten (affinis) Gottfried von Heided²⁾ zu ihrem und ihrer Vorfahren Seelenheil zum Besten des Klosters Heilebronn auf das ihnen zustehende Lehenrecht über einen Hof zu Urach (Petersaurach), welchen bisher Friedrich von Brudberg von denselben zu Lehen gehabt hat.³⁾ Am 18. April ejusd. ist Eberhard m. a. Zeuge der Urkunde, in welcher Landgraf Ulrich von Leuchtenberg zu seinem und seines Vaters Gebhard Seelenheil dem S. Katharinen Spital zu Regensburg das Eigentum gewisser Besitzungen überläßt, welche jährlich 12 Pfund abwerfen.⁴⁾ Am 31. Oktober ejusd. ist Eberhard mit seinem Bruder Gottfried zu Greiß Zeuge der Urkunde, in welcher sich die Gebrüder Knuto zu Schiding (Burgschweidungen) auf Geheiß des deutschen Königs Adolf der Gnade des Bischofs Arnold von Bamberg (1285—1296) unterwerfen.⁵⁾

Am 14 Juli 1295 eignet Eberhard dem Kl. Schlüsselau einem Edelc zu Ellensdorf (Ellendorf, Ger. Höchstadt) zu, welche demselben von Eberhard von Stolzenrode verkauft worden ist⁶⁾ In der am 11. September ejusd. be-

¹⁾ R. b. 4. 607. cf. Hofmann Annal. 4. 181.

²⁾ Derselbe wird auch in der Urk. v. 28. April 1302 von Gottfried und Konr. v. Schlüsselberg affinis genannt. R. b. 5. 26.

³⁾ l. c. 4. 557. h. Ver. Mittelfr. 8. 30. 31.

⁴⁾ Leuchtenbg. Manusc. des Thom. Ried in Besitz des h. V. Oberpf. Ueber die Verwandtschaft Ulrichs mit den Schlüsselberg cf. S. 45.

⁵⁾ M. Zoll. 2. Nr. 395. Thüring. Gesch. Quell. 5. 291.

⁶⁾ R. b. 4. 597. Oesterr. Rabenstein S. 18. IV. Loosh. 2. 853.

züglich der Verpfändung der Beste Steiningwasser errichteten Urkunde ist beigefügt, daß, wenn etwa die Landgräfin Jutta von Leuchtenberg ohne Erben sterben sollte, diese Pfandschaft auf ihren Bruder Eberhard und dessen Sohn Konrad übergehen soll.¹⁾ Am 27. April 1296 verkaufte Eberhard mit seinem eben gen. Sohne mehrere Güter zu Stadendorf, Buttenheim und Neuses an Otto von Luchansdorf und dessen Ehefrau um 120 Pfd. Heller auf Wiederkauf. Zeugen: Gottfried und Herr Ulrich von Schlüsselberch. Herr Friedrich, ihres Bruders Sohn, u. a.²⁾ Wohl im gen. Jahre 1296 entscheidet Eberhard, als von beiden Partien bestellter Schiedsrichter, einen zwischen Franko von Burgebrach und . . . Egeschirre schwebenden Streit wegen des Dörfchens Bürgen (vielleicht Burg bei Wolfsbach, Burgebrach), worauf die Streitsteile diesen Ort dem Kloster Ebrach abtreten.³⁾

Am 28. Juli 1298 eignet Eberhard mit Zustimmung seines Sohnes Konrad dem S. Katharinen-Spital zu Bamberg eine Hube bei dem Kirchhof zu Tiefenpölg, welche ihm Kunegund, Wikens Wirtin zu Buttenheim, aufgegeben hat⁴⁾. Am 20. September 1299 verleiht der Abt Eberhard

¹⁾ cf. S. 55.

²⁾ Hamb. Privill. Buch v. 1480 f. 56. Dieser Friedrich, auch im 1308 im Testam. des Gottfried v. Schlüßf. bedacht, ist wohl ein Sohn des Albert II. Der „Herr Ulrich“ dürfte der Domherr sein.

³⁾ R. b. 4. 635. Loosch. 2. 839. Daß der Urk. anhängende Siegel enthält die Namen Eberhardi et Bertholdi junior. de Schlüsselbg.

⁴⁾ Die Urkunde ist datiert „von Krysties geburte waren vergangen dryzehen hundert jar, an zwei Jar. An Sente Panthaleons-tage, do die Juden zu Babenberch wurden derlagen“. R. b. 4. 671. Oesterr. Denkw. 5. 118. 124. Die Worte „an (ohne) zwei jar“ sind in Haas Martinskt. 72. 404 und 666, h. B. Bbg. 10. 85 und Loosch. 2. 876 (cf. 900) außer acht geblieben. Dr. Eckstein Gesch. d. Juden in Bamberg. S. 6.

zu Al. Michelsberg den Söhnen des verstorb. Bogtes Ulrich Senftenberg, Diener des Eberhard zu Slusfilberg. einen Hof zu Teusichendorf (Dreusichendorf).¹⁾

Eberhard kommt nach dieser Zeit nicht mehr vor und dürfte er, nachdem sein Sohn Konrad neben dem Bruder Eberhards, Gottfried, am 21. Dezember 1303 handelnd auftritt, in der Zwischenzeit gestorben sein. Er hat, ohne daß bekannt ist, mit wem er verheiratet war,²⁾ wohl drei Söhne, Konrad III., Berthold und Heinrich, hinterlassen; indessen sind sichere Anhaltspunkte, daß letztere Söhne Eberhards waren, nicht gegeben.

b. Gottfried II.

1278—1308.

Der Name Gottfrieds erscheint 1278³⁾ zum erstenmal in einem Lehenbuch des Stiftes Eichstädt, in welchem die Lehen seiner Tochter Eliabethe, und zwar Haßlach, Haselberg, Rotenbuch, Altvelt, Bibibach und Mittelbach, sämtlich vor dem Speffart gelegen, endlich das Patronatsrecht der Kirche zu Achel (wohl Eichele a. Main), Würzb. Diöc., aufgezählt sind, und zwar mit dem Beisatze, das Patronat sei dem jungen Rudolf von Wertheim verliehen worden.⁴⁾

Diese Lehen waren der Gräfin Mechtild, einer Tochter des Grafen Poppo von Wertheim und der Mechtild von Eppenstein, bei Gelegenheit ihrer Vermählung mit Gottfried II. als Heiratsgut überwiesen worden; dieselbe hat

¹⁾ R. b. 4. 699.

²⁾ Seine Ehefrau ist wohl frühzeitig gestorben, weil ihr Name nicht in Urkunden vorkommt.

³⁾ Bischof Hildebrand von Mörn, von 1261—1279 Bischof von Eichstädt.

⁴⁾ Eichst. Lehenb. sine anno. cf. R. b. 5. 79. 253.

solche wohl von ihrer Mutter oder Großmutter geschenkt erhalten.

Am 25. Dezember 1286 ist Gottfried Zeuge der Urkunde, in welcher Graf Rudolf bekundet, daß Petriſſa, Wwe. des Grafen von Nidholzesheim, und ihre Tochter Agnes ihre Güter zu Nidholzesheim dem Kl. Brunnbach um 50 Pfund Heller verkauft haben¹⁾. Am 25. August 1288 finden wir ihn als Zeugen eines von dem Bischof Mangolt zu Würzburg erlassenen Schiedsspruches in den Streitigkeiten des Grafen Heinrich von Henneberg—Hartenberg, verh. mit Gräfin Kunegunda von Wertheim, und deren Oheim, dem Grafen Rudolf von Wertheim, über den Anteil Kunegundens an der Stadt Prozelten.²⁾ Am 13. November 1290 wird durch einen Schiedsspruch des Dompropstes Leopold³⁾ und des Dekans Burkard, dann des Gottfried v. Schlüßl, Siboto von Egloffstein, Hermann Truchseß von Nemanndorf und Heinrich von Tünfeld ein Streit zwischen dem Bischof Arnold und den Bürgern der Stadt Bamberg über verschiedene Berechtigungen, Befreiung von der Cent, Befestigung in der Stadt, Verkauf von Lebensmitteln u. dergl. beigelegt.⁴⁾

Am 27. Dezember 1291 verkauft Elisabeth, Witwe des Gottfried von Hohenlohe, ihrer Schwester Mechtilb und deren Ehemann Gottfried ihren Anteil an Burg und Stadt Prozelten, sowie Menegebur, Masbach und Luttenbach⁵⁾. Am 16. August 1292 verkaufen Heinrich Graf Henneberg, Gottfried v. Schl. und Elisabeth, Witwe des Gottfr. v. Hohenlohe, und zwar die beiden mit Zustimmung

¹⁾ Arch. Oesterr. Nidlaß.

²⁾ Nidbach Gesch. d. Grafen Wertheim. 2. 46. Gottfried hat im Okt. 1288 mit seinem Bruder einen Hof zu Redendorf verkauft. cf. S. 45.

³⁾ Wohl der nachmal. Bischof Leopold v. Grünbach. 1. 276.

⁴⁾ Hohenlohe Rechtsb. S. LXX und 23. Züd Jahrb. 108.

⁵⁾ R. b. 4. 505.

ihrer Ehefrauen Kuncgunde und Mechtild, die ihnen gehörige Hälfte von Rosebach (Mößbach) dem Johanniterspital darselbst für 100 Pfd Heller.¹⁾ Am 15. November 1292 bestätigen Heinrich Graf Henneberg, Gottfried v. Schl. und Elisabeth, Wwe. des G. v. Hoh., und zwar erstere unter Zustimmung ihrer gen. Ehefrauen, dem Kl. Gerlachsheim eine Gilt von 5 Talenten Heller, wie die inzwischen verstorbene Mutter ob. Frauen, Gräfin Mechtild von Wertheim, in ihrem Testament angeordnet hatte.²⁾ Am 25. Januar 1293 verkaufte die Witwe Elisabeth von Hohenlohe ihre Besitzungen zu Torlispur (Dörlesberg bei Brunnbach) dem Kloster Brunnbach um 100 Pfd. Heller, wobei ihr Schwager (Gottfr.) von Schlüsselberg als Siegler erscheint.³⁾ Gottfried ist ferner zugleich mit dem Grafen Rudolf von Wertheim am 5. Januar 1298 Siegler der Urkunde, gemäß welcher Ottilie, Wwe. des Wolfram von Runtche, ihre Güter zu Bettinkeim (Bödigheim, wohl zu Projelten gehörig) dem Kl. Brunnbach verkauft.⁴⁾ Am 27. März 1298 gibt der Pabst Bonifaz bekannt, daß Gottfried den Brüdern des teutschen Ordens zu Mergentheim das Patronatsrecht auf die Kirche zu Botenkeim, Mainz. Diöc., welches ihm bisher zustand, überlassen hat, unter Bestätigung dieser Schenkung.⁵⁾ Am 14. September ejusd. bestätigt Gottfried die Schenkung der Güter der Wela, Wwe. des Ritters Boppo von Düren (Wallthuren), zu Nazzawe an das Kl. Brunnbach;⁶⁾ derselbe schenkt im gleichen Jahre

1) Mchbach l. c. 51. Schult. dipl. Gesch. 1. 276. Geöffn. Arch. 2. 2. 135. 151.

2) Geöffn. Arch. 2. 2. 126. 135. Stumpf Denkw. 3. 72.

3) Geöffn. Arch. 126. 136. 152.

4) l. c. 137. 153.

5) l. c. 136. Gudenus eod. dipl. 4. 978.

6) Geöff. Arch. 137. 156.

diesem Kloster einige Güter zu Sonderriet, welche jährlich 3 Malter Korn, 4 Unzen Heller und einen halben Malter Rase liefern.¹⁾

Am 20. Juni 1299 befreit Gottfried unter Mitsiegung seines Bruders, des Domherrn Ulrich, seine und seiner Ahnen Pflanzung, das Frauenkloster zu Schlüßelau, von jeder Cent und Gerichtsbarkeit auf allen demselben gegebenen oder später geschenkten Gütern, wobei derselbe dem Kloster diese ihm zustehende Gerichtsbarkeit überläßt.²⁾

Am 15. Mai 1300 eignet Gottfried dem Kl. Brunnbach die von ihm zu Lehen gehenden Güter zu Sonderriet, welche dasselbe dem Einhart, Schwiegersohn des Ritters Deschelín zu Buhtricht (Bütthart), abgekauft hat.³⁾ Am 29. August ejusd. verkaufen Gottfried von Bickenbach und Adelheid, Wwe. des Philipp von Bickenbach, Obernburg mit aller Zubehör an die Kirche zu Aschaffenburg. Zeuge u. a. Gottfried von Schlüßelberg.⁴⁾ Am 13. Januar 1301 verkaufen Gottfried und Ulrich von Schlüßelberg ihren Hof zu Retschendorf den Bamh. Notar und Vikar Albert um 55 Pf. Heller.⁵⁾ Am 17. April 1302 eignet Gottfried seinen Hof zu Unterzunsbach (Zaunsbach), welchen Gertraud, Witwe des Heinrich von Hof, dem Kl. Schlüßelau überlassen hatte, diesem Kloster zu.⁶⁾

¹⁾ l. c. 136. 153.

²⁾ Loosb. 2. 854. Die Klostissin Brigitta (Haut) hat sich hievon durch ihren Vogt Joh. Marstaller eine am 10. März 1478 von dem Abt Ulrich zu Kl. Michelsberg beglaubigte Abschrift verschafft. Diese Urkunde im Zusammenhalt mit jener vom 1. Aug. 1290 spricht dafür, daß das Kloster 1260 keineswegs völlig errichtet war. cf. S. 33.

³⁾ Geßfn. Arch. 138. 156.

⁴⁾ Gudon. 1. 922.

⁵⁾ h. B. Bbg. 19. 11.

⁶⁾ R. b. 5. 25.

Am 28. April 1302 übertragen Gottfried und Konrad von Schlüsselberg auf Bitte ihres Verwandten Gottfried von Heideck ihre Güter zu Urach, welche Rüdiger von Urach bisher von ihnen beossen hat, dem Kloster Heilsbronn.¹⁾ Am 21. Dezember 1303 geloben die gen. beiden Schlüsselberg dem Grafen Walter von Barby zu Bamberg mit Herdegen dem Alten und Herdegen dem Jungen von Grindlach²⁾ wegen des ihm verkauften Schlosses Mainburg Gewährung zu leisten.³⁾ Im Laufe ob. Jahres verkauft Ritter Otto von Fellenborn seinen Zehnt zu Wohlmannsgeß dem Pfarrer Leupold zu Neunkirchen und nach dessen Tode dem Katharinen Spital zu Jorchheim unter Genehmigung des Lehensherrn Gottfried von Schlüsselberg.⁴⁾

Am 28. Mai 1304 eignen Gottfried, sowie Herdegen von Grindlach die unterhalb der Rednitz und der Ebrach gelegenen Felder, das Wibeich gen. dem Kl. Schlüsselau.⁵⁾ Am 22. August ejusd. befreit Gottfried die Güter der Nonnen zu Schlüsselau, welche dieselben in der Cent von Schneid gekauft haben, von der Cent.⁶⁾ Am 9. März 1305 überträgt Bischof Konrad von Eichstädt fünf Dörfer auf dem Speßart, Haslach, Hasilberg, Reichebach, Reitebuch, Wibiach und Wittbach mit dem Patronatsrechte zu Eichle, welche bisher⁷⁾ Gottfried zu Lehen hatte, dessen Tochter Elisabeth als Mannlehen.⁸⁾

¹⁾ l. c. 26. Oesterr. Münl. im Abg. Arch. Stiebers Nachr. v. Geschl. d. Schlüß. bei Meusel. 1. 109. 152.

²⁾ Die Mutter dieser beiden Schlüß. war eine geb. v. Grindlach.

³⁾ Schult. dipl. Gesch. 2. Nr. 8. S. 8. Henneb. Urk. Buch 1. 41.

⁴⁾ Oesterr. Gottfr. v. Schlüß. 6.

⁵⁾ R. b. 5. 65.

⁶⁾ l. c. 71. Am 10. Juli 1337 verleiht Bisch. Leupold dem Kloster die gleiche Befreiung. R. b. 7. 189. 194.

⁷⁾ cf. S. 67.

⁸⁾ R. b. 5. 79. Geöffn. Arch. 2. 138. 139. Guden. 5. 27.

Am 24. Juli 1306 tun Gottfried von Sluzzelberg, Kunigunda von Henneberg und Elisabeth, Wwe. des Konrad von Hohenlohe, kund, daß sie mit den Kindern des Grafen Eberhard von Ragenelnbogen, den Grafen Gerhard und Berthold, sowie deren Schwester Bertha, Wwe. des Grafen Thomas von Rieneck, all das Gut, welches von ihrer Ahnfrau Elisabetha von Nassau, Wwe. des Gerhard von Eppenstein, angefallen ist, redlich geteilt haben.¹⁾ Am 19. August ejusd. bekennt Gottfried, daß er seine Güter zu Aurach, welche Heinrich Goffe, Bürger zu Nürnberg, von ihm zu Lehen hat, dem Kl. Ebrach geeignet hat.²⁾ Am 23. Dezember ejusd, überträgt König Albrecht zu Wien einem Schiedsgerichte, und zwar dem Gottfried von Schlüsselberg, Siegfried von Rammerstein, Heinrich von Sevelt und Heinrich von Mower, den Austrag des Streites wegen des Nachlasses des Grafen Gebhard von Hirschberg, welcher sich damals zwischen ihm und den Herzogen Rudolf und Ludwig von Bayern erhoben hatte.³⁾ Am 28. Dezember 1306 verkaufen Gottfried und seine Hausfrau Margarethe⁴⁾ mit Zustimmung ihrer Tochter Elisabetha und ihres Tochtermannes Konrad von Behingen mehrere Güter zu Nazzohe

Die Schreibweise dieser Lehenstücke ist zweifelhaft und weicht von der 1278 vorkommenden vielfach ab.

¹⁾ Went hess. Landesgesch. 1. Nr. 334. S. 340. 297. Schult. bpl. Gesch. 1. 276.

²⁾ Oesterr. Rüd. in Abg. Arch.

³⁾ R. b. 5. 1-7. Duell. u. Erört. 6. 145. cf. 131.

⁴⁾ Graf Wilhelm v. Ragenelnbogen erwähnt seine Tochter Grete in den Ehepacten seiner Tochter Heilwig, verm. mit Bruno v. Braunsberg. Wortene so willen wir Graue Wilhelm v. Ragn. ind haint geloust mit guten Truwen, dat Grete vnse dochter vnd Heilwich by all vnseme gude ind by all vnser Herschaft blum suln. Went. 1. o. I. 412. Note.

(Rassig), Dsingesetze und Weigintal dem Kloster Brunnbach um 100 Pfd. und 30 Schilling Heller.¹⁾

Am 26. Mai 1307 verkauft Gottfried, wie schon oben angedeutet, mit Zustimmung seiner ehelichen Wirtin Margareth all das Gut, welches er zu Lauf hat an Feld, Wiesen und Holz, dem Ulrich Haller, Bürger von Nürnberg, wobei seine gen. Wirtin, sein Bruder Ulrich, Propst zu S. Stephan, und seine Tochter Elßbet²⁾ auf ihre daran habenden Rechte Verzicht leisten. Bürgen: Konrad von Schlüßelberg, sein Vetter, Seufried von Pfersfeld, Konrad der Stiber, Otto von Tagensdorf (Tuchens.), Ritter, Ulrich Honer, sein Vogt, Friedrich von Hirzheide, sein Vo. t.³⁾

Weil Graf Boppo von Eberstein — seine Mutter Elisabeth, geb. Gräfin Wertheim, eine Schwester der Gräfin Mechtild (Gemahlin Gottfrieds) war mit dem Grafen Wolfram von Eberstein vermählt — späterhin auf den sechsten Teil der Grafschaft Wertheim Anspruch erhoben hatte, wurde am 23. Juni 1307 vereinbart, daß dessen Forderung durch einen Schiedsspruch festgestellt werden soll, wobei Craft von Hohenlohe und Gottfried von Schlüßf. als Siegler erscheinen;⁴⁾ der Schiedsspruch zwischen dem Grafen Boppo und seiner Schwägerin Kunegunda, Gemahlin des Grafen Heinrich von Henneberg, bezüglich eines gleichfalls beanspruchten sechsten Teiles wurde am 10. Juli ejusd. gefällt, wobei wieder Gottfried, sowie Craft von Hohenlohe, Hofmeister des Ordens des deutschen Hauses, Siegler sind.⁵⁾

¹⁾ Geöffn. Arch. 2. 140. 157. cf. 129.

²⁾ Elisabeth war damals nach der Urk. v. 28. Dez. 1306 schon verheiratet.

³⁾ Falkenst. antiqu. Nordgav. 2. 336. 4. Nr. 103. S. 101. Meusel hist. Unterf. 1. 158.

⁴⁾ Nischbach 2. 64.

⁵⁾ l. c. 65.

Am 27. März 1308 bekundet Gottfried, daß die edeln von Vibra einen Hof in Buchelberg,¹⁾ welchen Heinrich bebaut, dem Kl. Speinshart verkauft haben; da aber die von Vibra diesen Hof von Dietrich von Parsberg zu Lehen gehabt haben, und derselbe Parsberg auch diesen Hof von ihnen gehabt hat, bekennt derselbe, daß er den Hof dem gen. Kloster verliehen habe.²⁾

Am 15. Dezember 1308³⁾ erklärt Bischof Wulfig (1304—1318), daß das Schutzrecht zu Lesien, welches Gottfried dem Kl. S. Theodor überlassen hat, ihm mit dessen Tode heimgefallen sei, er indeß dieses Recht dem Kloster auf dessen Bitte zum Heil seiner und des Verstorbenen Seele zurückgebe.⁴⁾ Am 23. April 1309 genehmigt Gottfrieds Bruder, Propst Ulrich, die Schenkung des Dorfes Etwinsberg⁵⁾ mit dem Kirchensatz an das Kl. Schläßelau.⁶⁾ Am 11. Juni 1310 bestätigt Bisch. Wulfig den Verkauf eines Hofes zu Reischendorf, welchen 1301 die Brüder Gottfried und Ulrich mit dem Stiftsherrn Albert abgeschlossen hatten.⁷⁾ Am 11. Juni 1315 verkauft Wulfig das Vogteirecht über Ober- und Unterreichendorf (bei Buttenheim),

¹⁾ Der Hof zu Buchelberg wird am 29. Aug. und bezw. 7. Nov. 1358 dem Kl. Speinshart wiederholt, unter Zurückweisung des Anspruches des Dietr. v. Parsberg, zuerkannt. R. b. 8. 402. Speinsh. Fund. Buch. f. 93. 95.

²⁾ Speinsh. Fund. b. f. 177.

³⁾ Es scheint angemessen, hier einige, nach Gottfr. Ableben entstandene Urkunden anzufügen, aus welchen dessen Besitz mehr hervortritt.

⁴⁾ Arch. Oesterr. Rückl. R. b. 5. 143. Loossh. 3. 66. Propst Ulrich von S. Stephan und Konrad v. Wied sind Zeugen der Urkunde.

⁵⁾ Ueber Etwinsberg ist auch in dem Testament Gottfrieds verfügt.

⁶⁾ R. b. 5. 151.

⁷⁾ h. B. Bbg. 19. 16.

welches dem Stift durch Gottfrieds Tod angefallen ist, dem Stifte S. Stephan um 200 Pfund Heller.¹⁾ Am gleichen 11. Juni 1315 überläßt Bischof Wulſing dem Propſt Ulrich die Zehnten zu Ahornbach²⁾ und Etckenbühl gegen Abtretung des Schutzes zu Seichendorf auf seine Lebenszeit.³⁾ Am 13. März 1318 ſtiftete der Biſchof mit Zustimmung des Domkapitels aus ſieben Gütern zu Kaltnegoldsfeld, einem halben und einem ganzen mansus zu Dreusſchendorf,⁴⁾ der Vogtei zu Seilenreut und Erleich bei Rodweinstorf,⁵⁾ endlich dem halben Zehnt zu Erleich, welche er mit anderen Gütern von Gottfried gekauft hat, einen Jahrtag zum Heil ſeiner Seele.⁶⁾

Nach dieſen Urkunden war Gottfried ohne Zweifel im Beſiße vieler und umfangreicher Stift Bamberg. Zehen, von welchen folgende die wichtigſten waren:

a) Senftenberg mit Altdorf, Buttenheim, Dreusſchendorf, Eggolſheim,⁷⁾ Erleich, Gunzendorf, Hirschaid, Kaltenegoldsfeld, Ketschendorf, Seichendorf, Scußling, Staßendorf, Zechendorf,

b) Burg Reideck mit Seilenreut, Wohlmanngeſeß und Baunsbach,

¹⁾ R. b. 5. 310.

²⁾ Der Zehnt zu Ahornbach war früher Eigentum Gottfrieds. Urk. v. 31. Dez. 1309. Oester. Rückl. im Bbg. Arch.

³⁾ R. b. 5. 310.

⁴⁾ Am 20. Sept. 1299 verleiht der Abt Eberhard vom Kl. Michelsberg den Söhnen des Vogtes Ulrich zu Senftenberg, Dienern des Eberh. v. Schlüß., einen Hof zu Dreusſchendorf. R. b. 4. 699.

⁵⁾ Am 23. Juni 1305 verkaufen die Gebr. Groß dem Kl. Schlüßelau all ihre Güter zu Rodweinstorf. R. b. 5. 84.

⁶⁾ l. c. 5. 378. h. D. Bbg. 7. 134.

⁷⁾ Am 23. Mai 1336 verleiht K. Ludwig zu Frankfurt dem Markgrafen Georg für seine geleisteten Dienste die Fauthey (Vogtei) im Dorf Edelsheim. R. b. 7. 149.

c) Burg Gößweinsein mit Ettwigsberg, Ellersdori, Hohenmirsberg, Leuzdorf, Körbeldorf, Märharis, Sachsendorf, und Stadelhofen,

d) Stierberg mit Edenreut, Droschenreut, Hunger, Klausberg, Leschendorf, Müldori, Ramsental, Schweigolzreut und Weiganz,

e) ein Teil der Stift Würzburg. Herrschaft Prozelten, Erbe seiner Frau Mechtild, welcher auf die Tochter Elisabeth überging.

Am 22. Mai 1308 hat Gottfried von Schlüsselberg vor vier Zeugen, und zwar Friedrich von Mobschiedel, Otto von Belindorf (Fellendorf), Otto von Tuchsindorf (Tagensdorf), Ulrich von Hof, endlich Notar Sogo letztwillig verfügt. Hierbei sind von ihm bedacht die Kirchen¹⁾ zu Mamindori (Memelsdorf?), Truppach, Kulesheim, Eichenbühl (Eichenbühl bei Rüps), Burgkunstadt, Gößweinsein, Mutichendorf (Muggendorf), Ebermannstadt, Preßfeld, Buttenheim, Eggolsheim, Hallerndorf, Senftenberg, Seuling und Dilsdorf (wohl Adelsdorf), ferner die Klöster Heilsbrunn, Langheim, Frauenaurach, Himmelsthal, Ebrach, Brunnbach und Schlüsselau,²⁾ in welchem der Erblasser beigesetzt werden will, aus welchem Anlasse er demselben sein Pferd, seine Waffen und Kleider, sowie das Dorf Eltwinsberg³⁾ (Elbersberg) zuwendet; ein Teil desselben ist verpfändet und soll durch seine Veste Stierberg völlig entlastet werden.

Bedacht sind ferner die *fratres minores* zu Bamberg und Mainz, sowie die *fratres* zu u. L. Fr. in Bamberg.

¹⁾ Die Bedenung dieser 15 Kirchen deutet wohl darauf hin, daß Gottf. in diesen Orten namhaften Besitz gehabt hat.

²⁾ In Urk. v. 1309 erscheint Bruder Hermann von Seppendorf, Pfleger des K. Schlüsselau. Später kommt dieser Ortsnamen nicht mehr vor. Geöffn. Arch. 3. 88. 93.

³⁾ Am 23. April 1309 genehmigt Propst Ulrich dieses Legat. R. b. 3. 151.

Da die 100 Pfund Heller zum Heil der Seele seines Vaters noch nicht bezahlt sind, soll dies jetzt geschehen.

Seinen Schwestern Al(heid) und Runegund vermachte er je 20 Pfund Heller. Das *remedium* (?) Friedrichs, seines Vaters Bruder (*patruus mei*), welches er apud Vilsam (Wils) erhalten hat, soll zurückgestellt werden.

Seinem Bruder Ulrich von Sluzzilberg, Propst zu S. Stephan, vermachte er seine Schlösser Senftenberg und Gößwein mit allen Zugehörungen und Rechten, er soll dieselben solange behalten, bis alle Verpflichtungen und Auflagen des Erblassers berichtigt sind, wobei er mit denselben auch gegen seine Tochter Elisabeth handeln darf, wie es hier vorgeschrieben ist.

Bedenkt sind ferner die Frau von Krögelstein und ihre Schwester, der von Belindorf, von Wisentau und der von Helbrit, Heinrich von Waninbach, Konrad Risen, Friedrich von Pthersfeld, Her von Merminris, Otto von Tuichensdorf, Ulrich von Hof,¹⁾ Hermann Mogidel wegen der Wette Warperch und frater Walrab; ihm *debet solvi remedium uxoris meae quantum sibi nondum persolutum fuerit.*²⁾

Gottfried von Schlüßelberg ist am 5. Juni 1308 gestorben und, wie er angeordnet hatte, in der Kirche des Kl. Schlüßelau³⁾ beigesetzt worden. Der in derselben befindliche, sehr wohl erhaltene Grabstein hat die Inschrift:

An. dom. MCCCVIII N(onis) Junij o(biit) dil(ectus)

C Gotfridus de Sluzzlb'c, fudator ecce. isti's.

¹⁾ El debet solvi dextrarius (ein Zugpferd), quem concessit mihi in expeditionem versus Bohemiam — wohl die Kämpfe des K. Heinrich VII mit dem Herzog Heinrich von Kärnten wegen des Besitzes von Böhmen und Ungarn.

²⁾ R. b. 5. 135. Geöffn. Arch. 1. 4. 350. 357. 2. 90. Loosch. 3. 41. Arch. Oesterr. Mühl. im Abg. Arch.

³⁾ Ueber die Stiftung eines Fahrtages für Gottfried im gen. Kloster cf. S. 55.

Auf dem Grabsteine ist das Wappen der von Schlüsselberg angebracht.¹⁾

Der Verstorbene war, wie schon angedeutet, zweimal verheiratet, und zwar mit:

1. Mechtild, der jüngsten Tochter des Grafen Boppo von Wertheim und der Mechtild von Eppenstein, wodurch ihm und bezw. seiner einzigen Tochter Elisabeth ein sehr beträchtliches Erbe zu Wertheim und Prozelten, und zwar zugleich mit ihren Tanten, Elisabethe, vermählt mit Wolfram Graf Eberstein, Elisabeth, verm. mit Gottfried von Hohenlohe, endlich Elisabeth, verm. mit Konrad von Hohenlohe, angefallen ist. Frau Mechtild ist jedenfalls vor dem 9. März 1305 gestorben, weil damals ihre gen. Tochter mit dem Stift Eichstädt. Lehen, bisher im Wertheim'schen Besitze, belehnt worden ist; es ist nicht bekannt, wo sie begraben wurde.

2. Margarethe, Tochter des Grafen Wilhelm von Raxeneinbogen.²⁾ Derselben wurde am 24. August 1305 von dem Grafen C. von Wiltberg von einem Gute zu Kerkelt, welches der Graf dem Gotteshaufe zu Marburghausen schenkungsweise überlassen hat, der Bezug von ein Sumerin Weizen, sechs Pfennigen und einem Fastnachtshuhn auf Lebenszeit zugesichert.³⁾ Margarethe ist in den Urk. vom 28. Dez. 1306 und 26. Mai 1307⁴⁾ neben ihrer Stieftochter Elisabeth als beteiligt aufgeführt.

¹⁾ H. B. Hbg. 4. 117. Nach dem liber mortuorum des Kl. Brunnbach ist am 18. Juli 1300 ein Godefridus de Schusselbergk, vielleicht ein frühzeitig gestorb. Sohn Gottfrieds, beerdigt worden. Gropp. Annal. 761. H. B. Unterfr. 21. 1. 117. 120. Oesterr. S. 9 bezweifelt indeß die Richtigkeit dieser Tatsache. Eine Abbildung des erw. Grabsteines befindet sich in Oesterreicher's Geschichte des Gottfried von Schlüsselberg. cf. Dr. Wieland das Cister. Kl. Schlüsselau S. 6.

²⁾ Went hess. Landesgesch. I. Raxeneib. Stammbaum.

³⁾ R. b. 3. 86.

⁴⁾ cf. S. 72.

Nach dem Ableben Gottfrieds hat Margaretha mit dem Raugrafen Georg — Georgius Irsutus¹⁾ — eine zweite Ehe eingegangen; wann und wo dieses geschehen, ist z. B. nicht bekannt. Wir wissen nur, daß am 25. Mai 1313 Margarethe, Ehefrau des Raugrafen Georg und Tochter des Grafen Wilhelm von Katzenelnbogen, Witwe des Gottfried von Schlüsselberg bekundet, sie habe von Frau Elisabeth von Hohenlohe eine Gült von 50 Pfd. Heller erhalten und derselben dafür alles Dotalgut überlassen und verkauft, welches ihr i. B. ihr Ehegatte Gottfried an Stelle einer Gegengabe verliehen hatte, und zwar alles, was sie aus diesem Anlasse zu Prozelten, Hasela, Hjelberg, sowie Alten- und Neuenbuch besitze.²⁾ Dieselbe ist am 30. Juli 1335 noch am Leben.³⁾

Die Tochter Gottfrieds,

Elisabethhe,

aus dessen erster Ehe mit Mechtild Gräfin von Wertheim hervorgegangen, ist uns schon wiederholt begegnet. Dieselbe kommt in der oben erwähnten Urkunde von c. 1278 — Belehnung mit dem Stift Eichstädter Lehen auf dem Speßart cf. Seite 67 — zum erstenmal vor; es scheint beinahe, daß sich dieselbe erst ziemlich spät, etwa 1306 mit Konrad Graf von Beringen verheiratet hat, da sie am 28. Dezember 1306⁴⁾

¹⁾ Georg comes hirsutus ist 1306—1309 unter R. Albrecht Landvogt im Speiergau. Küster Beitrag z. Finanzgesch. d. deutsch. Reiches. S. 78.

²⁾ R. b. 5. 253. Wenf. Hess. Landesgesch. 1. 411. Guden I. c. 4. 1008. cf. 1026. 3. 27. Die Raugrafen kommen oft in Urkunden vor, so 1307 (R. b. 5. 114), 1315 (Günther I. c. 3. Nr. 69. S. 168 und Nr. 116. S. 211, sowie Nr. 240. S. 187) 1317 (Quell. u. Erört. 6. 248. und R. b. 5. 361, sowie 7. 149. Böhmer Reg. 1844 S. 206. 210. 226. 259. 291).

³⁾ Geöffn. Arch. 2. 140. 142. 157. 160.

⁴⁾ Günther cod. dipl. Rhem. Mos. 3. Nr. 170. Wenf. I. c.

mit Zustimmung ihres Ehemannes einige ihrer Güter, wohl weil deren Bewirtschaftung von ihrem sehr entfernten Wohnsitz (Württemberg) aus sehr beschwerlich war, verkauft hat.

Die noch von ihrem Vater miterfolgte Teilung des Nachlasses des Grafen Boppo von Wertheim, ihres Großvaters, vom 24. Juli 1306 war nicht zureichend; am 21. September 1311 scheidet die verwitwete Elisabeth von Hohenlohe den Streit zwischen dem Grafen Boppo von Eberslein, Sohn ihrer Schwester Elisabeth, und seiner ehelichen Wirtin Gude (v. Weilnau) einer und dem Konrad dem Jungen Grafen v. Behingen und seiner Wirtin Elisabeth, Tochter ihrer Schwester Mechtilb, anderseits um das Haus und die Herrschaft Prozelten dahin,

daß Boppo den halben Teil der Burg, Stadt und Herrschaft Prozelten um 650 Pfd Heller als rechtes Eigentum erhält,

daß, wenn Boppo oder seine Wirtin Gude oder deren Erben, sowie wenn Konrad von Behingen oder seine Wirtin Elisabeth ihren Teil verkaufen wollen, der andere das Vorkaufsrecht hat,

daß dem Konrad v. Behingen und seiner Wirtin die 100 Pfd. Geldes von Margarethe, Tochter des Grafen v. Katzenelnbogen, wieder anfallen sollen,

daß Konrad v. Behingen die Dörfer Heiligen-Kreuzwertheim, Heidenfeld, Nassach und Fechenbach, welche er von der Herrschaft wegverkauft hat, wieder gewinnen soll,

daß, wenn Boppo v. Eberst. und Konrad v. Beh. die Bent und die Güter zu Neunkirchen wieder gewinnt, diese gleichmäßig geteilt werden,

daß, wenn etwa zwischen denselben oder ihren Amt- und Burgleuten ein Krieg entsteht, dies den Schiedsrichtern Konrad von Uffinkheim, Johann von Niedern, Wiprecht

Ruden, Konrad Ruden und Götz von Blimbach mitgeteilt werden soll, damit sie den Streit schlichteten.¹⁾

Noch im gleichen Jahre und zwar am 25. November findet zwischen dem Grafen Boppo und dem von Behingen eine Teilung dahin statt, daß letzterer das Dorf Prozelten mit dem Behnt, Alt- und Neuenbuch, Schalbrun, die Höfe zu Hausen, Haselbach und Haslach, die Behnten zu Westenhaid, endlich die Dörfer Erkenbold und Michelrid zugeteilt erhielt.²⁾ Am 5. März 1312 verkaufen Konrad und Elisabeth von Behingen ihrem lieben Freunde Konrad von Schlüsselberg die halbe Burg Reideck, welche ihres Schwagers (recte Vaters) Gottfried von Schlüsselberg sel. rechtes Eigen war.³⁾

Am 6. und 8. Juni 1313 bekunden die gen. Konrad und Elisabeth, daß sie dem Verlaufe von Gütern zu Massenheim und anderen Dörfern, insbesondere zu Sulburg, welche Boppo und Gude von Eberstein, sowie die Ww. Elisabeth von Hohenlohe bezüglich des denselben hieran zustehenden dritten Teiles an den Erzbischof Peter von Mainz zustimmen.⁴⁾ Am 12. März 1314 verkaufen die Behingen'schen Ehegatten⁵⁾ das Dorf Schölbrunn (bei Altenbuch) der Frau Elisabeth, Witwe des Gottfried von Hohenlohe, für 200 Pf

¹⁾ R. b. 5. 204. Geöffn. Arch. 2. 127. 130. 142. 162.

²⁾ R. b. 5. 310.

³⁾ l. c. 219. Gottfried v. Schlüss. hat wohl die ihm gehörige Hälfte von Reideck seiner Tochter Elisabeth überlassen bezw. vererbt; von jetzt an ist Konrad III. Alleinbesitzer der Burg. Die Herrn v. Schlüsselberg dürften die Erbauer derselben gewesen sein, um sich den Zugang in's Gebirg zu sichern, wohin sich ihr Gebiet auf der einen Seite über Gößweinstein bis Bezenstein, auf der anderen bis Greifenstein erstreckt hat. Oesterr. Reideck. G. 2. 3. 8. Urk. Nr. III.

⁴⁾ Guden. l. c. 5. 91. Geöffn. Arch. 2. 1. 143.

⁵⁾ Gräfin Elisabeth führt hier irrtümlich den Namen Gisella.

Heller.¹⁾ Am 15. Juni 1316 verkaufen dieselben dem Gottfried Schenk von Gerlesheim, Bürger zu Wertheim, den Hof des Eberhard Abt zu Nassau.²⁾

Am 21. März 1317 belehnt Konrad von Behingen den Georg Luz mit der Schafweide zu Unterprozelten.³⁾ Am 3. Mai ejusd. verbindet sich der Graf Eberhard von Württemberg zu Marpach in Eidesweise zu seinem lieben „Vuolen“, dem Markgrafen Rudolf von Baden, Heinrich Herrn zu Eberstein und Konrad v. Behingen, in ihren Gebieten allen Bürgern von Regensburg freies Geleite zu geben.⁴⁾ Am 11. November ejusd. verkauft Graf Konrad unter Mitwirkung seiner Hausfrau Elisabeth den in der Markung Prozelten gelegenen Hof, gen. Hausen, an Elisabeth von Hohenlohe.⁵⁾

Am 27. Februar 1319 verkauft Graf Konrad und seine Hausfrau Elisabeth dem deutschen Orden die Dorfschaften Fullenbach und Breitenbrunn um 600 Pfd Heller,⁶⁾ ebenso an demselben Tage wiederum den Brüdern S. Marias des deutschen Hauses ihren Teil an der Burg und Stadt Prozelten mit Zoll und Gericht;⁷⁾ am 12. März ejusd. treten dieselben auf die Bitte ihrer Muhme Elisabeth, der Witwe des Gottfried v. Hohenlohe, ihren Teil an Burg und Stadt Prozelten mit allen Zugehörungen, jedoch ohne

¹⁾ R. b. 5. 276. Geöffn. Arch. I. c. 145.

²⁾ Arch. Oesterr. Kündl. im Abg. Arch.

³⁾ R. b. 5. 352.

⁴⁾ I. c. 357. Am 23. Febr. 1322 wird auch den Augsburger Kaufleuten von den gen. Herrn sicheres Geleite auf ihren Gebieten zugesichert. R. b. 6. 57.

⁵⁾ I. c. 369.

⁶⁾ I. c. 401. Geöffn. Arch. I. c. Gudon. 4. 1026. Am 11 April 1319 bekennet Konrad, daß er für Full. und Breit. vom Landkommtur des gen. Hauses 1000 Pfd. Heller erhalten hat. R. b. 5. 404. Am 6. Okt. 1320 übergeben Konrad und Elisabeth das Patronatsrecht dieser beiden Orte dem gen. Orden. R. b. 6. 19. Gudon. 4. 1031.

⁷⁾ R. b. 5. 401. Geöffn. Arch. 2. 145. Gudon. 4. 1026.

die Mannlehen und die Kirchensätze, dem deutschen Hause ohne Entgelt ab.¹⁾ Am 16. März 1321 verzichteten die gen. Ehegatten auch auf die Mannlehen zu Prozelten zu gunsten des d. Hauses in Mergentheim.²⁾ Der Graf Behingen dürfte sich mithin nach und nach des gesamten, seiner Ehefrau angefallenen Wertheim'schen Erbes, insbesondere Prozelten³⁾ entledigt haben. Derselbe erhob später Anspruch auf Grundbesitz im sogen. Gebirge, dem heut. Oberfranken, welcher als Bamberg. Stiftslehen auf Konrad III von Schlüsselberg übergegangen war, wurde aber am 13. November 1323 hiemit von dem König Ludwig zurückgewiesen, da dessen gegen den Bischof Johann (1320—1324) erhobene Klage auf Herausgabe des Erbes seines Schwiegervaters Gottfried v. Schlüsselberg schon von K. Heinrich VII, gest. 1313, abgewiesen worden war.⁴⁾

Die Zeit des Ablebens der Gräfin Elisabeth von Behingen ist nicht bekannt; am 18. März 1339 ist sie noch am Leben.⁵⁾

¹⁾ Geöffn. Arch. 2. 146. 168.

²⁾ R. b. 6. 34.

³⁾ Am 6. Dez. 1329 überlassen die Beh. Gatten all ihre Rechte gegen den Bischof Werin tho an Prozelten dem Konr. v. Schlüsselberg. Geöffn. Arch 169.

⁴⁾ Oesterr. Neue Beitr. 5. 57. 81. Usserm. 169. Ueber diese Klage teilt Loosß. 5. 86 folgendes mit: In der Angelegenheit des Bist. Bamberg hatte Bischof Johann eine Verhandlung vor dem Hofrat zu Nürnberg. Graf Konr. v. Behingen und seine Frau klagten das Gotteshaus wegen einer Schuld; der Bischof leugnete eine solche und behauptete, daß er nur vor sieben Fürsten, Pfaffen und Laien, vor dem König gerichtet werden kann. Weil das Urteil nicht von dem König vor den versammelten Fürsten gefällt werden konnte, beriet sich der König mit seinem Räte. Derselbe bekundete, daß die Sache schon früher vor dem König Heinrich entschieden worden sei, das Gotteshaus sei nichts schuldig. Der König sprach hierauf den Bischof von der Ansprache frei.

⁵⁾ Stälin 5. 711.

c. Ulrich IV,
Propst zu S. Stephan.
1288—1322.

Ulrich, der dritte Sohn des Ulrich III, welcher uns schon in den Urk. vom Oktober 1288 und 27. April 1296 neben seinem Bruder Gottfried vorgekommen ist¹⁾, befundet am 5. November 1296 zu Attersee einen Gerichtsspruch des Bischofs Leopold über Güter zu Selingen, welche von dem Abt zu Asbach beansprucht wurden, und zwar als Can. bbg. bezeichnet.²⁾ Am 26. Juni 1298 gibt Bisch. Leopold die vier Lehen zu Klenkove, mit welchen Konr. v. Giech belehnt war, sowie vier Lehen zu Pfersfeld, welche das Kloster zu S. Theodor außerhalb der Mauern erworben hat, diesem Kloster. Zeugen: Otto von Schwarzburch und Ulrich von Schlüsselberg, Kanoniker der Kirche³⁾. Am 13. Jan. 1301 ist derselbe mit seinem Bruder Gottfried als Mitverkäufer eines Hofes zu Reischendorf an den Vikar der Bamb. Kirche Albert genannt, wobei die Domherren Heinrich von Tann und Leopold von Egloffstein, sowie Ritter Otto von Tuchansdorf Zeugen sind.⁴⁾

In den Jahren 1302 und 1303 finden wir Ulrich zu Bologna, der damals hochberühmten Universität. Der Eintrag in der Matrikel derselben lautet: 1302. Item dom. Ulricus de Schlüsselberg III libras, ferner 1303: Racio dominorum Ullrici de Schlüsselberg, canon. Babenbg et Ullrici de Wart. In nom. dom. Amen. Anno 1303 nos Ulricus de Schluselberg, canon. Babenb., nec non nos Ullricus de Wart, a nacione Theutonicorum, in procura-

¹⁾ cf. S. 39. 66. 73

²⁾ Urk. Buch ob d. Enns. 4. Nr. 272. Heizenst. Orlam. Reg. S. 111. In Mon. b. 5. 177 irrig Ulr. Anzelberch.

³⁾ Loosb. 2. 867.

⁴⁾ Hist. B. Bbg. 19. 11.

tores eiusdem nacionis electi, a nostris in eodem officio precessoribus 108 libras cum 4 solidis et 2 denariis Bononiensibus recepimus¹⁾

Am 20. Januar 1304 versprechen die Bamberg. Domherrn Heinrich von Tann und Ulrich von Sluzzelberg unter Zustimmung des Vicedekans Heinrich von Schellenberg und des Kapitels dem Walther von Kastel, Ritter und Schutzherrn in der Curia Regnitz, für die Schäden, welche er im Dienste der Kirche in Kärnthen²⁾ erlitten hat, 150 Pfd Heller und stellen ihm dafür mehre Bamberg. Ministerialen als Bürgen³⁾. Im Jahre 1305 wird Ulrich zum Propst des Stiftes S. Stephan erwähnt⁴⁾; am 6. Juli ejusd. schenkt Bischof Wulfig den Stuhlbrüdern der Bamberg. Kirche den fünften Teil der Zehnten zu Oberndorf und Sleten, sowie die Einkünfte zu Windisch-Schletten, wobei Propst Ulrich und Domherr Konrad v. Giech Zeugen sind⁵⁾. Am 16. August ejusd. verkaufen die Gebrüder Theine und Karl von Lichtenstein, sowie deren Wittinnen Christine und Felicitas ihr frei eigenes Gut zu Redendorf nebst einer Fischweide daselbst dem Domvikar Albrecht von Schweningen. Zeugen: Volklein, Abt vom Mönchsberg, Domherr Otto von Orlamünde, Friedrich von Truhendingen und Ulrich von Schlüsselberg⁶⁾.

Am 2. September 1306 überläßt Ulrich von Schlüsselberg, Dekan zu S. Stephan und das dortige Kapitel dem Konrad Tobhan einen Acker Waldes neben der Quelle Friedrichsbrunn zum bebauen⁷⁾. Am 7. November 1308 verkauft

¹⁾ Friedländer *acta nat. Germ. univers. Bonon.* 1887. S. 54.

²⁾ cf. S. 77.

³⁾ R. b. 5. 56.

⁴⁾ Nach Ussem. 267 ist Ulrich erst 1313 Propst.

⁵⁾ R. b. 5. 85. Loosch. 3. 61. Die Urk. ist in Reizenst. Orl. Reg. 124 vom 6. Juli 1308 datiert.

⁶⁾ h. B. Bbg. 19. 14. Reizenst. I. c. 260.

⁷⁾ h. B. Bbg. 19. 15.

Bischof Wulfing die Dörfer Stürmen (Unterstürmig) und Neutern (Nettern) dem Friedrich Werner um 400 Pf. Heller. Unter den Zeugen Ulrich v. Sluzzelberch, Propst des Gotteshauses zu S. Stephan¹⁾. In eben diesem Jahre wurde Propst Ulrich im Testament seines Bruders Gottfried mit dem Nutzgenuß seiner Schlösser Senftenberg und Gößweinsein bedacht und von demselben angegangen, seine Verfügungen zum Vollzug zu bringen.

Am 28. April 1313 schenkt der Ritter Albert Förtisch von Thurnau zu seinem und seiner Voreltern, insbesondere seiner verstorb. Wirtin Katharina Seelenheil, den 12 Stuhlbrüdern zu Bamberg einen halben mansus zu Bezzelndorf. Zeuge u. a. Propst Ulrich von S. Stephan²⁾. Am 29. Juni 1313 bekundet Bischof Wulfing, daß das Kapitel von S. Stephan einen mansus zu Wlodaß und den Zehnt daselbst von Leopold von Wichenstein erworben hat. Zeuge Propst Ulrich.³⁾

In diesem Jahre finden wir den gen. Propst auf einem Römerzuge; als nämlich König Heinrich VII, Sohn des Grafen Heinrich von Luxemburg, sich 1310 mit unzureichenden Kräften entschloß, nach Rom zu reisen, um seine Krönung zum Kaiser zu bewirken — sie ist am 29. Juni 1312 in der That erfolgt — und im Verlaufe des hiedurch bald veranlaßten Krieges 1313 von Rom aus gegen Neapel vorrückte, kam ihm im August gen. Jahres sein Sohn Johann, König von Böhmen, zu Hülfe, nachdem er sein Heer zu Nürnberg mit den Truppen des Bischofs Nikolaus von Regensburg und des Bischofs Philipp von Eichstädt, sowie des Burggrafen Friedrich von Nürnberg, der Grafen Ber-

¹⁾ R. b. 3. 141. Bischof Arnold hat am 12. Okt. 1295 die Dörfer Stürmern und Neutern den Söhnen des Vogtes Ulrich von Senftenberg um 200 Pf. Heller verpfändet. R. b. 4. 603.

²⁾ Loosß. 3. 63.

³⁾ h. B. 19. 17.

thold von Henneberg-Schleusingen und Ludwig von Dettingen, endlich des Ulrich von Schlüsselberg — vielleicht der Befehlshaber der Bamb. Stiftstruppen — vereinigt hatte. Das beträchtlich verstärkte Heer setzte sich alsbald nach Ulm in Bewegung, kam aber nicht zur Aktion, weil der völlig unerwartet am 24. August 1313 erfolgte Tod des Kaisers den begonnenen Feldzug sofort zum Stillstand brachte¹⁾.

Am 7. Mai 1315 trat der Bischof Wulfing dem Mag. Ulrich, Pfarrer zu S. Lorenz in Nürnberg, und dem Vikar Ulrich in Fürth behufs Rückzahlung eines von Albert von Bestenberg u. a. erhaltenen Darlehens die stiftischen Zehnten zu Neukirchen, Michelbach, Rotenberg und Sendelbach ab; der Propst Ulrich, der Kantor Heinrich Speet, und der Konkanoniker Konrad von Giech wurden beauftragt, die neuen Gläubiger in den Besitz dieser Zehnten einzuführen²⁾. Am 22. Oktober ejusd. bekennen Gottfried von Brownec (Hohenlohe) und seine Wirtin Margarethe von Grundlach (Gründlach), daß ihnen Bischof Wulfing alle Lehen verliehen hat, welche seinem Gotteshaufe von ihren Vorfahren, denen von Grundlach, ledig geworden sind. Zeugen u. a. Dompropst Konrad von Giech, Ulrich von Schlüsselberg, Propst von Stephan. Siegler: Konrad von Schlüsselfeld (sic), ihr lieber Oheim³⁾. Am 17. Dezember ejusd. verleiht der Propst Ulrich dem Heinrich Motter den Hof zu Eberspach zurechtem Erbe⁴⁾. Am 3. Sept. 1316 bestätigt Ulrich von Schlüsselberg, Dekan zu S. Stephan und dessen Kapitel, daß er dem Konrad Tobhan (Tobhan) einen Acker ihres Waldes nächst

¹⁾ Fontes rerum Bohem. 4. 228. 381. Fontes rer. Austr. 1. 8. 324. Dobner Mon. Bohem. 5. 275.

²⁾ R. b. 5. 307.

³⁾ l. c. 319. Mon. Zoll. 2. Nr. 514.

⁴⁾ R. b. 5. 322.

der Quelle, Friedrichsbrunnen genannt, gegen Leistung von jährlich 32 Hamb. Denare verliehen habe¹⁾).

Der am 14. März 1318 erfolgte Tod des Bischofs Wulfig (v. Stubenberg) zu Bamberg sollte für den Propst Ulrich große Folgen nach sich ziehen.²⁾ Die zur Wahl des Nachfolgers zusammengetretenen Domherren konnten sich nicht einigen, ein Teil derselben wählte den Dompropst³⁾ Konrad von Giech, die Gegenpartei den Propst von S. Stephan, Ulrich von Schlüsselberg. Beide Kandidaten hielten es für förderlich, nach Avignon zu reisen und ihre Wahl bei dem Papst Johann XXII persönlich zu vertreten.⁴⁾

Der Papst beauftragte den Bischof Arnold von Albano, die Sache zu untersuchen; dieser starb indeß sehr bald und wurde an seiner Stelle der Kardinalpriester Wilhelm beauftragt, beide Teile zu hören und dem Papst Vortrag zu erstatten. Dadurch verzögerte sich die Möglichkeit, in Kürze eine päpstliche Entscheidung zu treffen. Inzwischen starb Dompropst von Giech in Avignon und der Gegenkandidat Ulrich, vielleicht durch einen Wunsch des Papstes hierzu bestimmt, leistete auf die ihm durch die Wahl erwachsenen Rechte Verzicht. Dabei ist noch zu bemerken, daß der Papst auf die von dem Röm. König Ludwig bezüglich baldiger Besetzung des bischöflichen Stuhles zu Bamberg an ihn am 10. März 1322 gerichtete Bitte erwiderte, er könne dem König z. B. keine bestimmte Antwort geben, da wegen dieser Wahl bei dem römischen Stuhl ein Prozeß schwebte, dessen Ausgang noch ungewiß sei⁵⁾.

Am 16. Juni 1322 ernannte der Papst, ohne das

¹⁾ Arch. Oesterr. Rücklaß cf. S. 85.

²⁾ cf. Stein Gesch. Frankens I. 338.

³⁾ Seit 1316 Dompropst zu Bamberg. h. B. Bbg. 18. 58.

⁴⁾ Usserm. episc. Bbg. 168.

⁵⁾ Denkschr. (Pregers) d. Akad. d. Wiss. 1882. XVI. Abt. Nr. 95.

Wahlrecht des Domkapitels zu beachten, den Bischof Johann (von Güttingen), seit 1306 Bischof von Brigen, zum Fürstbischof von Bamberg¹⁾). Derselbe hat das ihm aus päpstlicher Machtvollkommenheit verliehene Bistum, wie die Urkunden vom 17. Januar und 7. Dez. 1323, dann vom 29. Jan. 1324 und insbesondere die schon am 23. Oktober 1322 gegebene Erlaubnis, ein Darlehen von 1000 Goldgulden aufzunehmen²⁾, zur genüge zeigen, auch angetreten und dessen Rechte ausgeübt. Aber schon am 21. März 1324 wurde Bischof Johann von dem Papste auf das Bistum Freising versetzt; dort ist derselbe am 26. April 1324 gestorben³⁾).

Papst Johann hat aber ferner, wie die Bullen vom 24. August und 1. Oktober 1322⁴⁾ zeigen, den Propst Ulrich, wohl um ihn wegen seiner Willfährigkeit zu belohnen, an Stelle des Bisch. Johann zum Bischof von Brigen ernannt; inzwischen ist aber Ulrich bald nachher, vielleicht noch in Avignon, vielleicht auf der Rückreise nach Deutschland gestorben,⁵⁾ ohne noch zum Bischof von Brigen präkonisiert worden zu sein.

d. Albert II 1297 — unbekannt.

Albert, wohl ein weiterer Sohn Ulrichs, kommt nur in einer Urkunde vom 25. Januar 1297 als Zeuge neben Konrad dem Jungen, Burggrafen von Nürnberg vor, gemäß welcher Marquard von Volkoldsdorf und seine Söhne Seycz, Her-

¹⁾ R. b. 6. 65. Preger. I. c. Nr. 107.

²⁾ R. b. 6. 74. Hiezler Vatikan. Alt. z. deutsch. Gesch. Nr. 282. 290. 305. 312 u. 380 cf. R. b. 6. 81. 89. 104. 120. 125.

³⁾ Am 4. Juli 1324 hat der Papst den Domherrn Heinrich von Sternberg zum Bischof von Bamberg ernannt, (Hiezler I. c. Nr. 372.) gest. 1328.

⁴⁾ Preger I. c. Nr. 122. Hiezler I. c. Nr. 305.

⁵⁾ Loosb. 5. 74.

mann und Otto ihren Hof zu Volkoldsdorf, ein Lehen des Abtes von Ellwangen, sowie ihren Burgstall zu Ragwang dem Abt und der Samnung des Klosters Ebrach um 150 Pfund Heller verkaufen.¹⁾

Eine weitere, diesen Albert betreffende Urkunde ist nicht bekannt. Wenn in der früher erwähnten Urkunde vom 27 April 1296

Herr²⁾ Friedrich,

„ihres Bruders Sohn“ neben Gottfried und Herrn³⁾ Ulrich vorkommt, so wird man diesen Friedrich kaum für einen Bruder des Konrad III, wie Oesterr. in seinen Geschlechtstafeln getan hat, sondern eher für einen Sohn des Albert II halten dürfen.⁴⁾ Wenn 1302 ein Friedericus de Schlözzelberg als Propst zu Pfaffenmünster bei Straubing vorkommt,⁴⁾ sowie wenn im Testament des Gottfried II vom 22. Mai 1308 ein Fridericus als „patruus meus“ bezeichnet wird,⁵⁾ so ist hiemit wohl immer der 1296 vorkommende Friedrich gemeint.

11. Ältere Schlüsselberg-Linie.

Konrad II.

1307—1313.

Nur wenige Urkunden geben uns über Konrad II, den einzigen Sohn des Konrad I und letzten männlichen Sprossen der älteren Linie, Auskunft, sie lassen wohl entnehmen, daß derselbe ein sehr frommer Mann gewesen ist, welcher den seinem angestammten Besitze benachbarten Kirchen und Klöstern namhafte Zuwendungen gemacht hat, man möchte beinahe annehmen, daß er frühzeitig leidend und sich wohl bewußt war, es sei ihm nur ein kurzes Leben beschieden.

¹⁾ Arch. Oesterr. Rücklaß im Vbg. Arch.

²⁾ Deutet etwa das Wort „Herr“ auf den geistlichen Stand?

³⁾ cf. S. 77.

⁴⁾ cf. S. 38. Hund Metrop. Salisb. 1719. S. 77.

⁵⁾ cf. S. 66.

Konrad kommt noch zu Lebzeiten seines Vaters in der schon erwähnten Urkunde vom 2. Febr. 1307¹⁾ vor, in welcher er zugleich mit seiner Hausfrau Elisabeth²⁾ einige Güter mit dem Pranger zu Buttenheim dem Konrad Stiebar verkauft. Bald nach dem Ableben seines Vaters und zwar am 22. April 1308 hat derselbe in Erinnerung an seine Vorfahren, welche sich gegen das Kloster Heilsbrunn stets freigebig gezeigt hatten, die Zehnten zu Erlbach und Eschenbach, Schlüsselberg. Lehen, welche der Nürnberger Bürger Wiglin um jene Zeit dem gen. Kloster verkauft hatte, frei von seinem Lehenverbande nebst der Pfarrei Erlbach diesem Kloster überlassen. Bürgen der Urkunde waren: Burggraf Konrad von Nürnberg, sein Großvater,³⁾ Gottfried der Ältere von Brauneck-Hohenlohe, sein Oheim,⁴⁾ Abt Heinrich von Heilsbrunn und Philipp von Tannenberg.⁵⁾

Konrad II hat sich ferner am 30. Juli 1312 als ein Wohltäter des von Eberhard II und Gottfried II von Schlüsselberg errichteten Cistercienser Klosters Schlüsselau, in welchem die Schwester seines Vaters Gisella bis c. 1309 als erste Abtissin gewirkt hat, dadurch gezeigt, daß er diesem Kloster einen Acker an der Furt über die Regnitz bei Röttmannsdorf, welchen Friedrich, damals Schlüsselberg. Vogt, dem Kloster vererbt hatte, frei von seinem Lehenverbande zu Eigen gegeben hat.¹⁾

Wohl in der Ahnung seines bald eintretenden Todes

¹⁾ cf. S. 54.

²⁾ Die Beifügung des Vornamens seiner Hausfrau, deren Geschlechtsname nicht bekannt ist, spricht dafür, daß Konrad II. der Verkäufer gewesen ist.

³⁾ Konrad's Vater war, wie erwähnt, mit Leulardis, einer Tochter des Burggrafen Konrad, vermählt.

⁴⁾ Die Bezeichnung „Oheim“ entspricht kaum dem obwaltenden Schwägerchaftsverhältnis mit den Hohenlohes.

⁵⁾ R. b. 5. 133. Mon. Zoll. 2. Nr. 470.

⁶⁾ R. b. 5. 232.

hat Konrad am 4. August 1313 sein Testament gemacht und vor Allem verfügt, daß, wo immer er s. Z. beerdigt werde, zu Ehren der heil. Katharina ein Altar errichtet und mit einer Gült von jährlich 14 Pfund guter Heller ausgestattet werden soll.²⁾ Ferner ordnete derselbe an, daß die Klöster zu Ebrach, Frauenaurach, Heilsbrunn, Langheim und Schlüßelau, ferner die Barfüßer zu Bamberg, sowie die Präbikare (Prediger) zu Nürnberg je 20 Pfd. Heller erhalten sollen.

Im Fall er etwa unwissentlich ein vergessenes Gut bei sich haben sollte, soll man solches nach dem Räte des Bruder Friedrich, des Priors, sowie des Bruders Margraf, seiner Beichtiger und Präbikare zu Nürnberg, ersetzen. Für eine Romfahrt bestimmte er 30 Pfund, man soll dabei nach dem Räte der eben gen. Beichtiger verfahren.

Dabei zeigt das Testament ein ängstliches Bestreben, alle etwa von früherer Zeit her noch bestehenden Verpflichtungen — man wird sich wundern, daß Konrad diese kleinen Schuldposten nicht selbst schon beglichen hat — zu tilgen, z. B. dem Erbodel zu Eischvelt 31½ Pfd. 4 Schill. Heller, den Leuten zu Birccich 46 Pfd., dem Friß von Bewardorf, der zu Scranvelt ist, 30 Pfd. Den Leuten, denen er sein Vieh nahm, soll man 4 Jahre lang das Viertel der Gült nachlassen; den Leuten, welche zu Treutchingen leiplos wurden, soll man 36 Pfd. zur Besserung geben, wie der von Müre von Chunstanz geteidingt hat. Den Kindern der Ehrenginne soll man 15, jenen im Fronhof zu Müremsperch 12 Pfd., die ich in (ihuen) nahm, dem Heinrich, Herrn Ortliebs Sun, zu Nuremberch, und seinem Gesellen Bernhold 441 Pfd. weniger 17 Hell., dem Payer von Ekkolzheimer 42 Pfd. umb Wern (baare Zahlung) und 141 Pfd., dem Hungerpercher 20 Pfd. 16 Hell., dem Goltzmit 61½ Pfd. 17 Hell.,

²⁾ Es ist unbekannt, wo s. Z. dieser Altar errichtet worden ist.

dem Satteler 2 Pfd., dem Leopold Höltschacher 10, dem Hermann von Blanchenvels 76, dem Koppot von Schulzheim 9 Pfd., umbe Schirnagel 180 Pfd., dem Neudecker 10, dem Förstch 50, dem Herman Rabensteiner, wenn er seine Burg loset, 50 Pfd., dem Buttler 12, seinem Wirt in Bamberg 11 Pfd., sowie umbe Lüsich (?) 8 Pfd. weniger 4 Schill., dem Herman Flurhei 5 1/2 Pfd., dem Saumen 9 Pfd., der Frauen Dymnen 2 Pfd. Heller umbe Wein, dem von Hohenstein 10 Pfd., dem Friedrich von Botenstein 12, dem Ulrich von Hof 12 Pfd. geben und damit lösen.

Nicht unbeträchtlich sind ferner die Beträge, welche Konrad verschiedenen Juden schuldig war, und zwar dem Nathan und Jakob zu Nuremberch 100 Pfd., sowie den Schaden am Sande Walpurgstag, Nozzen dem Juden zu Weischenfelt 84, dem Schopper 20 Schock grozzer Pfenn., dem Vocler 6, dem Razlin 38, dem Ulrich Razlin 50 endlich dem Bulwacher 2 1/2 Pfd. weniger 40 Hell., welche zu tilgen sind. Dabei fügte er schließlich noch bei, daß, wenn er etwas vergessen haben sollte, die betr. Gläubiger ihr Recht beweisen und dann entschädigt werden sollen.¹⁾

Konrad von Schlüsselberg — seine Hausfrau Elisabeth ist vielleicht schon vor ihm gestorben — ist wohl bald nach Errichtung seines Testaments, und zwar wohl zur Nürnberg, dem Wohnsitz seiner Veichtväter, gestorben. Nach der Stammtafel III des Arch. Oesterreicher hat Konrad keine Kinder hinterlassen; indeß ist anzunehmen, daß Anna von Schlüsselberg, die zweite Abtiissin zu Schlüsselau und direkte Nachfolgerin der Abtiissin Gisella, eine Tochter dieses Konrad II gewesen ist, zumal, da die nahezu gleichzeitig lebende fünfte Abtiissin des gen. Klosters Anna zuverlässig

¹⁾ Dossb. S. 43.

eine Tochter des Konrad I gewesen ist, kaum angenommen werden kann, daß diese zwei Anna Schwestern waren.¹⁾

Anlangend diese Abtissin

Anna,

so ist dieselbe wohl schon z. B. der Abtissin Gisella, ihrer Tante, in das Kloster Schlüßelau eingetreten und dort, vielleicht erst einige Jahre nach deren 1309 erfolgten Ableben zu deren Nachfolgerin und damit zweiten Abtissin dieses nur mit adeligen Damen besetzten Frauen-Klosters erwählt; vielleicht bestand daselbst ein Statut, daß, sofern sich ein weibliches Mitglied des Geschlechtes der Stifter dort als Klosterfrau befinden sollte, dieses stets die Würde der Abtissin einnehmen soll, oder die Klosterfrau Anna wurde aus Verehrung des gen. Geschlechtes gewählt.

Dort ist dieselbe wohl vor 1319 gestorben, wenigstens begleitet nach der Urkunde vom 13. Juli 1319 Elisabethe Truchseß von Eggsdorf diese Würde.²⁾ Ihr Name wird noch in der schon erw. Urkunde vom 17. Mai 1373 genannt.³⁾ Von der Abtissin Anna wird noch erzählt, daß sie, damals schwer erkrankt, angeordnet hat, man solle ihr Grab vorläufig offen lassen, da die Nachfolgerin in ihrer Würde, Anna Gräfin von Zollern, bald das Grab mit ihr teilen werde, was in der That kurz nachher geschah.

¹⁾ Der Aufstellung des Arch. Oesterreicher in Taf. III, Anna, die Tochter des Friedrich von Zollern, sei 1374 Klosterfrau und 1379 Abtissin zu Schlüßelau gewesen, stellen andere Forscher (Haas *Slavonland* S. 421 und Wieland S. 10) mit viel Recht die Behauptung entgegen, Anna von Zollern sei bald nach der Abtissin Anna gestorben und Elisabeth Truchseß von Eggsdorf 1311—1334 Abtissin zu Schlüßelau gewesen. Bemerkt wird noch, daß ich die Annahme des Dr. Wieland S. 10, die von 1339—1379 vorkommende Abtissin Anna sei eine Tochter des Konrad II gewesen, nicht für zutreffend erachte. cf. S. 60.

²⁾ Wieland *Reg.* Nr. 55.

³⁾ cf. S. 63.

Ueber dieses Ereigniß bemerkt das *Monologium Cist.* des Chrysostomos Henriquez zum 8. April f. 114 Folgendes: *In agro clavium beata Anna abbatissa, nobilitate generis, sanctitatis opinione et spiritu prophetico clara.* Nicht minder meldet das *Martyrologium Cisterciense* hierüber was folgt: *In Germania B. Annae Abbatissae Agri clavium, vulgo Schlüsselaue, nobilitate generis, sanctitate vitae et prophetiae dono illustris.*¹⁾ Endlich meldet ein altes Zinsregister des Klosters Schlüssellau über diesen Vorfall: *Moritura jussit apertum relinqui tumulum; statim enim cognatam suam Annam, quae ei successisset, secuturam, id quod factum est, sowie an einer anderen Stelle: Per unum tantum praefuit mensem et e vivis excessit juxta cognatae et antecessoris suae vaticinium.*¹⁾

Endlich sei hier nur noch beigelegt, was die Zimmer'sche Chronik (ed. Barra) hierüber Bd. 1. 354 meldet: Die Gräfin Kirchberg hat eine Wasen gehabt, Anna gen., war eine grefin von Schlüssellau und aptiffin im Kloster Schlüssellaue, ain heilige Frau. Dieselbe wie sie sterben sollen, hat sie befohlen, man soll das grab nit zumachen, dann ire Was Anna von Zollern werdt nach ir aptiffin, aber im ampt nit lang leben, sondern ir bald nachsterben, damit sie beidt in ain grab kommen. Das alles beschach. Die Grefin von Zollern wardt eptiffin erweilt, lebt aber nur ain monat, da ward sie zu ir, wie sie bevolchen und vorhin geweissagt, begraben.

12. Jüngere Schlüssellau. Linie.

a. Heinrich III und Berthold.

1296—1312.

Archivar Oesterreicher, der um die Geschichte Frankens und seiner alten Geschlechter hochverdiente Forscher, hat in der II. Schlüssellau. Geschlechtstafel einen Berthold von

¹⁾ Wieland S. 10.

Schlüsselberg als einen Sohn des Eberhard III. und Bruder des Konrad III. unter Beifügung des Jahres 1296 aufgenommen, wobei er sich wohl auf die S. 66 erwähnte Urkunde s. a. et d. stützen wird, welche nach dem mutmaßlichen Alter des Zeugen Otto von Hecelstorf,¹⁾ als aus dem gen. Jahre herrührend, bezeichnet wird. Das dieser Urkunde anhängende Siegel zeigt im Innern das Schlüsselb. Wappen, sowie zwei Umschriften, die äußere den Namen Eberhard de Sluzzelberch, die innere jenen des Berthold junior de Sluzz.²⁾ Das Vorkommen zweier Sprossen in einem gemeinschaftlichen Siegel spricht dafür, daß beide sehr nahe Verwandte sind, sowie daß Oesterr. diesen Berthold mit Recht als einen Sohn Eberhards bezeichnet.

In der Urkunde vom 9. November 1300, nach welcher Bischof Mangold von Würzburg jene Lhen, welche Gebhard von Hohenlohe von seinem Stifte hat, der Witwe desselben Adelheid und ihrem Sohne Ulrich übertragen hat, sind *frater Cunrad natus buecgravius norimbergensis et frater Henricus de Sluzzelberg de domo Theutonicorum herbip.* als Zeugen bezeichnet.³⁾ Dieser Heinrich kommt aber auch in der Urkunde vom 15. Mai 1312 vor, in welcher sich zu Archshofen⁴⁾ die Gebr. Gottfried, Gebhard und Andreas von Brauned gen. von Neuhaus (Hohenlohe-Haltenbergstetten) mit dem L. O. Hause zu Mergentheim vergleichen. Zeugen sind: Cunrat der Truchseß von Walboldshcim, Bruder

¹⁾ Oesterr. Rüd. Abg. Arch.

²⁾ R. b. 4. 635. Loosb. 2. 839. Das Siegel ist in Fürst Hohenl. sphragist. Aphorismen S. 76. und in Löhner archiv. Zeitschr. 8. 118 abgebildet. Eine weitere Urkunde, in welcher dieser Berthold genannt wird, ist mir nicht bekannt.

³⁾ Mon. b. 58. 245.

⁴⁾ Die gen. Kommentare soll 1321 aus Mangel von Subsistenzmitteln eingezogen worden sein. Zeitschr. d. h. Ver. Württ. Franken. 1860. 5. 2. 332.

Heinrich von Schlüsselberg, Komthur zu Archshofen, Bruder Walther von Hengstatt, Bruder Walther von Gattenhofen, Heinrich von Ottelfingen, Bürger zu Mergentheim.¹⁾

Heinrich²⁾ wird vorläufig als Sohn des Eberhard III eingefügt, weil er in den letztwilligen Verfügungen des Gottfried II und des Konrad II nicht bedacht worden ist, und zwar wohl, weil er mit denselben nur in einem ferneren Grade verwandt war.

b. Konrad III

1295—1347.

Zum erstenmal kommt Konrad mit seinem Vater Eberhard in der S. 64 erwähnten Urkunde vom 17. Dezember 1295³⁾ vor, durch welche ein alter Streit mit dem Frauenkloster S. Theodor zu Bamberg beigelegt worden ist; er ist uns auch nach dieser Zeit in Urkunden seines Vaters und seines Oheims Gottfried wiederholt begegnet.

Konrad, der letzte männliche Sprosse des Schlüsselberg-Geschlechtes, war ohne Zweifel der hervorragendste Träger seines Hauses, hoch angesehen im Reiche und insbesondere bei dem König Ludwig, berühmt durch sein Eingreifen in den Schlachten bei Gamelsdorf und Mühldorf, in den Urkunden häufig als Zeuge oder Siegler beigezogen.

Als sich 1304 zwischen dem Grafen Walther von Barby, Brandenburg. Statthalter der Pflege Koburg, und dem Grafen Berthold von Henneberg-Schleusingen eine heftige Fehde⁴⁾ erhob, kämpfte Konrad auf des Grafen Barby Seite,

¹⁾ l. c. 1857. 4. 2. 234. 278.

²⁾ In Hofmanns Annal. S. 199 findet sich die sagenhafte Mitteilung, daß Heinrich v. Schlüsselberg und seine Söhne Friedrich und Heinrich 1342 ihren Teil von Streitberg dem Bischof Leupold überlassen haben.

³⁾ Damals muß Konrad mindestens 21 Jahre alt gewesen sein.

⁴⁾ Wohl wegen des Schlosses Mainburg. cf. S. 71.

wurde aber in dem für den letztern unglücklichen Gefechte bei Gauerstatt gefangen genommen; in dem weiteren bei Wiedersbach siegte Barth und nahm dabei viele Henneberg. Vasallen und Ritter, darunter einen Herrn von Salza, Berthold von Vibra, Orthhülz von Rügerieth u. a. gefangen.¹⁾

Am 3. Dezember 1305 belehnt Bischof Wulding von Bamberg die Herzoge Rudolf und Ludwig von Bayern mit den Bamb. Lehen Hemau und Langrindl,²⁾ sowie Weilngries, Amberg und Rittenau. Uuter den Zeugen dieser Urk. Konrad von Sluzzelberch und Landgraf Ulrich von Leuchtenberg³⁾. Im Juni 1309 erfahren wir, daß Heinrich Graf von Spanheim, Hofrichter des Königs Heinrich VII, den Grafen Berthold von Graißbach (Graißbach), Gottfried von Rhyeshofen, Konrad von Schlüsselberg, Gottfried von Bechtal und den Amtmann Ulrich von Weissenburg auf die von Heinrich, dem alten Marschall von Wappenheim erhobene Klage am 8. März ejusd. vor sein Hofgericht zur Verhandlung vorgeladen hat,⁴⁾ ohne daß aber Grund und Ausgang dieses Streits bekannt ist. Am 6. April 1310 schließt Konrad zu Reut mit dem Bischof Wulding wegen der zwischen ihnen bisher bestandenen Kriege und Mißhelligungen einen Vertrag ab und verbindet sich für die ihm bezeugte Gunst zum Beistand wider seine Gegner, indeß ausgenommen den Herzog Ludwig von Bayern, seinen Oheim⁵⁾, den Burggrafen Friedrich von Nürnberg und den Friedrich von Truhendingen; etwaige Streitigkeiten sollen durch Schiedsrichter und zwar Ulrich den Hohensteiner und Konrad

¹⁾ Spangenberg. Chron. 175. 114. Schultes dipl. Gesch. 2. 16.

²⁾ Waldgegend bei Hemau, jetzt Thongründlein gen. Quell. u. Erbt. 6. 8.

³⁾ l. c. 143.

⁴⁾ Zeitschr. fr. Gesch. d. Oberrhns. 45. 74.

⁵⁾ Burggraf Friedrich IV (1297—1332) ist der Bruder der Burggr. Elisabeth, verm. mit Eberhard II von Schlüsselberg.

Stieber, sowie Heinrich von Egloffstein und Otto von Aufseß erledigt werden.¹⁾ Am 13. November 1311 schenken Albert Försch von Thurnau und seine Wirtin Katharina dem Kloster Langheim ihren Hof zu Dölnz und zwei Güter zu Dorfmeugen. Zeugen: Bischof Wulding, Friedrich von Truhendingen, Burggraf Friedrich und Konrad von Schlüsselberg.²⁾ Am 1. September 1313 geben Friedrich von Radolzburg, Burggraf von Nürnberg, des Reiches Landvogt, und Konrad Burggraf von Alenberg,³⁾ sein Vater, auf die Bitte ihres Oheims Konrad von Gundelfingen, Landkomthur T. D., den Brüdern dieses Ordens das Dorf Massing (N. G. Weingries) und einen Hof dajelbst zu einem Seelgeräthe. Zeugen: Graf Eberhard von Gundelfingen, Gottfried von Haydecke, Gottfried von Brownette (Braunet), Konrad von Schlüsselberg u. a.⁴⁾ Am 13. September ejusd. werden die zwischen dem Bischof Philipp von Eichstädt und dem Krajt von Hohenlohe und dessen Schwester Adelheid, der Witwe des Konrad von Dettingen, über das Eigentum an Wartberg schwebenden Differenzen beigelegt und der erlassene Schiedsspruch von dem König Johann von Böhmen genehmigt. Zeugen *nobiles viri de Sluzelberg*.⁵⁾

Zu bemerken kommt, daß 1313 Adelsdorf, damals im Besitze Konrads, dessen Oheim Gottfried in seinem Testament vom 22. Mai 1308 u. a. der Kirche zu Otlasdorf (Adelsdorf) zwei Pfd. Heller vermacht hatte, von der Mutterkirche Schlüssellau getrennt wird, und daß im gen. Orte eine selbständige Kirche unter dem Patronat des Kl. Schlüssellau

¹⁾ R. b. 5. 173. Mon. Zoll. 2. Nr. 477. v. Aufseß Reg. Nr. 37.

²⁾ R. b. 5. 209. M. Zoll. 2. Nr. 486.

³⁾ Vater der Burgr. Leufardis, verheir. mit Konrad I von Schlüsselberg.

⁴⁾ R. b. 5. 264. M. Zoll. 2. Nr. 497.

⁵⁾ Falkenst. antiqu. Nordgav. 5. Nr. 179. S. 155.

hergestellt worden ist.¹⁾ Da sich an der Kirche zu Adelsdorf und zwar an dem neben dem Eingang in die Sakristei früher befindlichen s. g. Weinhaufe ein Baustein mit der Jahreszahl 1313 befunden hat²⁾, wird man annehmen dürfen, daß gerade in diesem Jahre eine wesentliche Aenderung mit der Kirche vor sich ging, daß dieselbe etwa damals umgebaut oder erweitert worden ist, sowie daß der damalige Grundherr und Lehenbesitzer zu den Kosten des Umbaues wesentlich beigetragen, wohl auch den nötigen Flächengrund abgetreten hat, wie denn auch die Besitzer der dortigen Burg einen eigenen Eingang zur Kirche auf der derselben zugewendeten Seite gehabt haben. Dieser Eingang wurde nach der Zerstörung der Burg im Bauernkrieg, weil überflüssig, beseitigt.

Nicht wenig bemerkenswert sind bei Darstellung des Lebens des Konrad von Schlüsselberg seine langjährigen nahen Beziehungen zu dem Herzog Ludwig von Bayern, dem nachmaligen Kaiser, man wird sich gewiß wundern, daß der kleine Reichsherr in Franken mit dem Herzog im fernen Bayern (für damals in der Zeit ohne Verkehrswege) zusammen gekommen ist; es wird sich dabei zeigen, daß Konrad gar bald als ein wackerer Streitgenosse anerkannt wurde, daß er aber auch in politischen Angelegenheiten so bewandert war, daß ihn der anstrebende Fürst häufig zu Räte zog.

Anlaß zur Verbindung Konrads mit dem Herzog Ludwig boten die niederbayerischen Händel. Die Herzoge von Niederbayern, Stephan I, gest. 1310, und Otto III, gest. 1313, hatten in ihrem Testamente ihren Vetter, den Herzog

¹⁾ Zfd. 3. 890. cf. 1. 126. 141. 155. 181. 294. 390. 2. 292. Nach Bavaria Oberfranken. S. 704. wird Adelsdorf seit 1313 als Pfarrdorf genaunt.

²⁾ Haas bezeichnet in Bd 1. 228 diesen Baustein am Weinhaufe (dessen Slavenland ist 1819 erschienen) als älteste Spur der Erbauungszeit der Kirche — leider wurde derselbe bei dem Abbruch dieses Anbaues beseitigt und ging dabei verloren.

Ludwig, zum Vormund ihrer noch minderjährigen Söhne bestimmt und dadurch die Adelspartei in Niederbayern schwer gekränkt. Bald rüstete sich dieselbe zum Kampfe gegen den Herzog, wobei es ihr gelang, den Herzog Friedrich von Oesterreich für ihre Pläne zu gewinnen. Aber auch der Herzog Ludwig blieb nicht untätig, die niederbayerischen Städte traten auf seine Seite, aus Franken und Schwaben eilten Söldlinge herbei und schlossen sich seinen Truppen an.

Schon am 9. November 1313 kam es unweit von Moosburg bei Gamelsdorf, wo sich die Niederbayern, die Oesterreicher zu erwarten, gelagert hatten, zum entscheidenden Treffen. Bis gegen den Abend wurde dort fortgekämpft, da sprengten unerwartet die Reiter des fränk. Ritters von Schlüsselberg¹⁾ aus einem Hinterhalte hervor und trieben den Feind in die Flucht; nicht wenige ertranken in der Sempt, da die Brücke bei Volkmannsdorf unter dem Gewicht der sich flüchtenden Reiterei einbrach.²⁾ Daß Herzog Ludwig die tatkräftige Hülfe Konrads im zutreffenden Augenblicke dankend anerkannt hat, geht schon daraus hervor, daß Chunrat von Sluzzelberch im Vertrage nach dem „Verbstreit bei Gamelsdorf“ vom 17. April 1314 zu Salzburg unter den Bürgen der Friedenseinigung mitaufgeführt ist.³⁾

Bald nach diesem Treffen trat in den politischen Verhältnissen des deutschen Reiches eine große Aenderung ein. Kaiser Heinrich VII starb auf seinem Zuge gegen den König Robert von Neapel ganz unvermutet am 24. August

¹⁾ Mannert S. 80 und Bschoppe 2. 100 nennen ihn Schwezzelberg.

²⁾ Vita Ludow. imp. in Böhm. Fontes. 1. 149. Forst. 3. Gesch. 3. 85. Hiezler 2. 298 u. folg.

³⁾ R. b. 3. 278. Quell. u. Erört. 6. 228. Roth v. Schredensf. nennt Konrad in i. Gesch. d. Reichsritterschft. I. 363 den Helden des Tages.

1313 zu Buonconvento, wie man vermutet, durch Gift. Die Wahl seines Nachfolgers machte viele Schwierigkeiten. Nach langen Verhandlungen gelangte die Majorität der Kurfürsten dazu, dem Sieger von Gamelsdorf ihre Stimme zuzusichern, wogegen sich derselbe freilich zu sehr erheblichen Geldopfern verstehen mußte.

Pfalzgraf Ludwig sicherte am 4. August 1314 zu Amberg dem Grafen Berthold von Henneberg, Bevollmächtigten des Königs Johann von Böhmen zu, ihm, wenn er mit dem Herzog Friedrich von Oesterreich, dem Gegenkandidaten, Frieden schließe, seine Lande zu bestätigen und für gehabte Unkosten soviel Entschädigung zu geben, als Landgraf Ulrich von Leuchtenberg, Graf Friedrich von Truhendingen und Konrad von Schlüsselberg erkennen werden.¹⁾ Dem Kurfürsten Peter von Aspelt zu Mainz sicherte er am 12. September zu Lorch die Ueberlassung der Stadt Weinheim zu. (Zeuge u. a. Konrad von Schlüsselberg²⁾), dem Kurfürsten Balduin von Trier am 20. September zu Koblenz die Erstattung der bei der Königswahl gehabten Kosten im Betrag von 10,000 Mark zu, wobei wieder Konrad unter den Urkundszeugen erscheint.³⁾ Dem Grafen Boppo von Henneberg wurden am 8. Oktober zu Amberg auf den Rat des Grafen Berthold von Henneberg, des Grafen Friedrich von Truhendingen und des Konrad von Schlüsselberg für die bei der Königswahl⁴⁾ zu leistenden Dienste 1000 Pfund Heller versprochen.⁵⁾

Dem Schlüsselberger bezeugte der König seinen Dank durch verschiedene Privilegien, welche er zu gunsten einiger

¹⁾ Henneb. Urk. Buch. 1. 56. Neue Beitr. 3. 5.

²⁾ Guden. 3. 100.

³⁾ Binkelman acta imp. ined. 2. Nr. 1115. Böhmer acta imp. selecta Nr. 1022.

⁴⁾ Königswahl 20. Oktober 1314, Krönung 25. Nov. 1314.

⁵⁾ Schult. dipl. Gesch. 1. 294.

seiner Befizungen erlassen hat. Am 8. Dezember 1315 befreite er zu Lengfeld für die ihm wiederholt geleisteten Dienste dessen Dorf Waischenfeld¹⁾ und verlieh demselben¹⁾ alle Rechte, welche die Stadt Bamberg hat, insbesondere das Marktrecht; die dort wohnenden Juden²⁾ sollten mit dem königlichen Amtmann nichts zu tun haben;³⁾ am 9. Februar 1316 erließ der König den Befehl, daß im Umkreis einer halben Meile von Waischenfeld Niemand wo anders etwas kaufen dürfe als in diesem Markte, sowie daß Jeder, welcher dagegen handle, es dem König und dem Konrad von Schlüsselberg, welchem der Markt gehört, büßen müsse.⁴⁾ Am 8. Oktober 1322 ermächtigte der König den gen. Konrad oder wer sonst in dem neu errichteten Markt Waischenfeld Herr ist, Jedermann, der innerhalb einer halben Meile einen feilen Kauf treibt, um 10 Pfd. Heller zu strafen.⁵⁾

König Ludwig hat aber auch am 9. Oktober 1323 dem edlen Mann Konrad von Schlüsselberg, seinem lieben

¹⁾ Waischenfeld und Ebermannstadt bildeten zwei Herrschaften; erster Ort war ursprünglich im Besiz der ausgettorbenen, wohl mit den Schlüsselberg nahe verwandten Herren von Waischenfeld, später in jenem der Schlüsselberg, welche sich bei Waischenfeld eine Burg, Schlüsselburg genannt, erbaut haben; der Berg führt noch jezt diesen Namen. Der Siz der Herrschaft war wohl zu Ruggendorf, welches im XII. Jahrhundert den Starker von Mutiohendorf gehört hat. Österr. in bayr. Annal 1834. S. 958. Österr. Denkwürd. 4. 47.

²⁾ Konrad II war einigen Juden daselbst Geld schuldig. cf. S. 93.

³⁾ R. b. 3. 322 Neue Beitr. 3. 15. 68.

⁴⁾ l. c. 16. 69.

⁵⁾ l. c. 3. 41. 78. Bemerkt wird, daß das Jagdgebiet, welches dem Schlüssj. zwischen Waischenfeld und Kreussen, sowie auf dem Gebirge zu stand, ein sehr umfangreiches war. Am 9. Februar 1333 vereinigte sich Konrad mit den Burggrafen Johann und Konrad, seinen Oheimen, zur gegenseitigen Gestattung der Jagdfolge. Mon. Zoll. 3. Nr. 7.

Ratgeber, daß ihm gehörige Dorf Ebermannstadt in der Art gestreit, daß er demselben gestattete, es mit einer Mauer zu umgeben; zugleich verließ er dem Orte alle Freiheit der Reichsstadt Nürnberg und erließ das Verbot, daß Jemand bei Strafe von 10 Pfd. Heller anderswo im Umkreise einer Meile feil halte oder kaufe¹⁾).

Am 17. Juli 1316 sichert Heinrich von Hohenfels, welcher wohl in der Zwischenzeit den kleinen Krieg gegen den König fortgesetzt hatte, dem letzteren zu, er werde ihn von seiner Feste Falkenstein aus nicht mehr beschädigen und nicht mehr gegen ihn sein. Unter den Zeugen Ulrich von Leuchtenberg und Konrad von Schlüsselberg.²⁾ Am 1. Oktober 1317 verpfändet K. Ludwig zu Amberg dem gen. Landgrafen für seine, ihm geleisteten Dienste, geliehenes Geld, endlich für Kost und Schaden, welchen er zu Parkstein und Eßlingen erlitten hat, für den Betrag von 2572 Pfd. Regensb. Pfenn. seine Burg Waldeck, den Markt Preßat und das Geleite, welches man an dem Tor zu Eger nimmt und zwar insolange, bis er, sein Bruder Herzog Rudolf und ihre Erben obige Güter um die bemerkte Summe wiederlösen. Sollte der Landgraf vor der Einlösung sterben, so soll sein lieber Getreuer Konrad von Schlüsselberg der getreue Träger seiner Erben sein; stirbt derselbe aber ohne Erben, so soll Konrad die Güter mit allen Rechten inne haben, wie der Landgraf.³⁾

Im folgenden Jahre rechnet der König in zwei Urkunden mit dem Schlüsselberger ab. In der einen d. d. Regensburg 1. März 1318 bekennt derselbe, daß er nach Ausweis der Berechnung des Kanzlers Hermann von Leuchtenberg dem edlen Mann Konrad 757 Pfd. für Kost und

¹⁾ R. h. 6. 112. Neue Beitr. 5. 57. 80.

²⁾ R. h. 5. 337. h. B. Oberpf. 9. 346. Hund Stammbuch 1. 232.

³⁾ Neue Beitr. 5. 31. 71. Döberl Landgrafschaft Leuch:hg. Nr. 9b. S. 36.

Behrung, welche er im vorigen Jahre am Rhein, dann zu Augsburg und zu Bücheln für ihn gehabt hat, endlich für den Schaden, welchen er in zwei Fahrten (Kriegszügen) an Pferden gehabt, schuldig sei, ferner 250 Pfd. Heller für eine alte Gült von seines Vaters Herzog Ludwig sel. wegen, wofür er von letzterem die Dörfer Büchenbach, Willenberg und Leubes¹⁾ in Pfand hat, endlich weitere 250 Pfd. Heller für Schaden und Kost, welche derselbe in seinem Dienst erlitten und genommen hat. Für diese 1257 Pfd. verpfändet der König demselben und seinen Erben die eben gen. drei Orte, sowie Neundorf und Körbeldorf¹⁾ mit dem Beisatz, daß, wenn etwa Konrad ohne Erben sterben sollte, der Landgraf Ulrich und seine Erben die Dörfer als Pfand inne haben sollen.²⁾

In einer zweiten Urkunde vom gleichen Tage und Orte bekennt der König weiter, daß er dem edlen Manne Konrad 200 Pfd. Heller schuldig sei für zwei Rosse, die ihm erschlagen wurden, als er dem Vieh zu Körbeldorf nacheilte, 150 Pfd., welche er selbst dem Taut von Königswart schuldig war, 1500 Pfd. für Schaden, welchen er und seine Diener am Streit zu Gamelsdorf nahmen, 150 Pfd., welche er ihm zur Rittersteuer verhieß, 500 Pfd. für den Dienst, welchen er ihm nach dessen Weisung nach Frankfurt getan, endlich 1500 Pfd. Heller für die Dienste seit dem Streit zu Gamelsdorf gegen Speier, Augsburg, Bühel (Büchel bei Moosburg) und Eßlingen. Für die Gesamtsumme von 4000 Pfd. Heller verpfändet ihm der König seine Burg Thurndorf (A. G. Auerbach) und den Markt Eschenbach, sowie für den Fall, daß derselbe ohne Erben sterben sollte, dem Landgrafen Ulrich und dessen Erben.³⁾

1) Büchenbach, Leubes, Neundorf und Körbeldorf im A. G. Potenstein, Willenberg in A. Pegnitz.

2) Neue Beitr. 5. 34. 75. Böhmer Reg. Nr. 302. S. 18.

3) Böhmer Nr. 303. Neue Beitr. 5. 36. 76.

Inzwischen¹⁾ ging der Krieg des R. Ludwig mit dem Gegenkönig, dem Herzog Friedrich von Oesterreich, in der gewohnten Weise durch Plünderung und Verwüstung der beiderseitigen Dörfer immer fort und rüsteten sich im Sommer 1322 beide Teile zu einem entscheidenden Schlage. Die Oesterreicher drangen 3000 Mann stark bald über Salzburg nach Bayern vor und überschritten bei Mühldorf den Inn. Dort kam es am 28. September zur Schlacht²⁾, welche bald durch das mutige Eingreifen des Burggrafen Friedrich von Nürnberg und des Konrad von Schlüsselberg mit seinen Franken, gegen 400 Helme, zu gunsten des R. Ludwig entschieden wurde. Die Niederlage des Feindes bei Ampfing und Mühldorf war eine vollständige, da der Gegenkönig Friedrich und nahezu die gesamte Ritterschaft seiner Bundesgenossen in Gefangenenschaft gerieten. Sein Bruder, Herzog Leopold, schon über den Lech bis zum Kloster Fürstenfeld vorgerückt, vernahm mit Schrecken die Niederlage der Oesterreicher; eiligst trat er den Rückmarsch an, während sich der größte Teil seines Heeres rasch zerstreute, gerade als wären auch sie bei Ampfing zur Flucht gezwungen worden. König Ludwig, aller Gefahr enthoben, ließ nun gleichfalls seine Truppen aus einander gehen.

¹⁾ Unbekannt ist der Vorfall, welcher sich 1322 begeben hat, von welchem Adelzreiter schreibt: *Illud extra controversiam est, Bohemum regem (Johann, gest. 1346, Vater des R. Karl IV) ejusque patrum Balduinum Trevirenses (Erzb. u. Kurf. Balduin von Trier, gest. 1354) antistitem ad id bellum longe plurimum contulisse. Proximae post has Henrici Boji et Bernhardi Silesii ducum suppetiae fuerunt: tum deinde Friderici Burggravi Norimberg, Wilhelmi Montforti, Hohenloi, duorum Oetingensium totidemque Schlüsselbergiae et Hennebergiae gentis regulorum subsidia apud posteros laudem meruere. Boicae gentis annalia. II. lib. I. p. 16.*

²⁾ Chron. deutscher Städte, Nürnberg 3. 315. Vaterländ. Magaz. Erlangen. 1838 2. 180. 1839. 3. 305. Böhler Salzburg. Gesch. 5. 202.

Wald nach der Schlacht begab sich der König nach Regensburg, vor allem bedacht, die Fürsten und Herrn, welche für seine Sache gekämpft hatten, mit Lehen und Rechten zu belohnen, sowie ihnen wegen ihrer Ausrüstungskosten zureichende Antweisungen zu erteilen.¹⁾ Dem Konrad von Schlüsselberg, welchem er in der Schlacht das große Reichsbanner anvertraut hatte,²⁾ verlieh er am 3. Oktober 1322 das mit der Führung dieses Banners von Altersher verbundene Reichslehen der Burg und Stadt Gröningen.³⁾

¹⁾ Dem König Johann von Böhmen überließ er neben dem Erlos der Rüstungskosten, den gefangenen Herzog Heinrich von Oesterreich, dem Burggrafen alle Oesterreich. Gefangenen. Er selbst behielt die gefangene Salzburg. Ritterschaft und den R. Friedrich, welcher alsbald nach dem Schlosse Trausnitz an der Pfreimd bei Nabburg abgeführt wurde.

²⁾ Gemeiner Chron. 1. 523. Biskoffe. 2. 146. 146. Buchner. 5. 326. Niezler 2. 334. Forschungen. 3. 60. 84. 91. Quod tu vexilliter in magnifico triumpho belli nostri strenuus fuisti, laut Urk. v. 3. Okt. 1322.

³⁾ Stälin 3. 160. cf. 2. 485 u. 3. 36. 72. Neue Beitr. 3. 38. 41. Forsch. z. deutsch. Gesch. 3. 60 und Senkenberg selecta juris. 2. 214. Oesterr. Neue Beiträge. 3. 38. Die Reichsturmsfahne war ein lang gestrecktes, herabflatterndes goldenes Banner mit einem einförmigen, nach rechts blickenden schwarzen Adler; es hing an einer lanzenförmigen roten Stange, welche mit einer silbernen Spitze versehen war. Stälin 3. 160. 206. Kaiser Ludwig hat diese dem Schlüsselberg gemachte Schenkung von Burg und Stadt Gröningen „wegen der ihm in Deutschland, in der Lombardei und besonders zu Rom bei der Kaiserkrönung geleisteten Dienste“ am 26. April 1328 zu Rom bestätigt. Böhmer R. Ludwig Reg. Add. 3. Nr. 3251. Hierauf wurden dem v. Schlöff. am 2. Aug. 1332 von dem R. Johann von Böhmen (Böhmer l. c. hier Johanns Reg. Nr. 150), am 21. August von Kurfürst Balduin von Trier (Sattler Gesch. v. Württ. unter Grafen. Nr. 71. Steinhöfer Chron. 2. 64), am 7. November von den Pfalzgrafen Rudolf und Ruprecht (Roch u. Wille Pfalzgr. Reg. Nr. 2137), endlich am 22. Mai 1333 von dem Kurfürsten Ludwig von Brandenburg, Pfalzgrafen v. Bayern (Steinhöfer. 266.) die üblichen Willebriefe erteilt. Am 5. August 1331 legt sich Konrad von Schlüsselberg den Namen „zu Gruoningen“ bei. Stälin 3. 160.

In dieser Zeit finden wir den Schlüsselberger nicht selten als Bürgen oder Zeugen in Urkunden. Am 15. Mai 1318 einigt sich der Burggraf Friedrich mit Heinrich dem Jüngeren Voigt zu Weida und verleiht ihm die Stadt zu dem Hof und das Land Hegnitz. Bürgen: Hermann von Orlamünde, Konrad von Schlüsselberg und Heinrich von Blawen (Plauen) der Ältere.¹⁾ Am 13. Dezember ejusd. löst Graf Friedrich von Truhendingen und sein Sohn die Pfandschaft²⁾ über Scheflitz, Giech, Giegel, Neuhaus, Arnstein und Stufenberg für 2500 Mark Silbers Nürnbg. Gew. und 120 Pfd. Heller bei dem Stifte Bamberg wieder ein. Unter den Bürgen Konrad von Schlüsselberg.³⁾ Am 3. Juli 1319 findet eine Teidigung des Bischofs Gottfried (v. Hohenlohe) zu Würzburg mit seinem Oheim Konrad von Schlüsselberg, dem Domdechant Heinrich von Lann und Heinrich von Wisen wegen zwei Wiesen zu Kleufawe statt.⁴⁾

Im Jahre 1323 begleitet Konrad den König nach Arnstetten und ist am 5. August dasselbst Zeuge der Belehnung der Altstadt Brandenburg mit einer Mühle zwischen Alt- und Neubrandenburg, sowie mit dem obersten Gerichte auf dem See bei dieser Stadt.⁵⁾ In der Urkunde d. d. Donauwörth den 7. November 1324, in welcher der König den Bürgern von Mühlhausen mittheilt, daß er seinem Eidam, dem Markgrafen Friedrich von Meißen, die Städte Mühlhausen und Nordhausen für den Brautichag seiner Tochter,

¹⁾ R. b. 5. 383. Mon. Zoll. 2. Nr. 500.

²⁾ Verpfändet am 6. Jan. 1308. R. b. 5. 127.

³⁾ R. b. 5. 396. Englert Gesch. d. Truhend. Nr. 305.

⁴⁾ R. b. 5. 410.

⁵⁾ Niedl cod. dipl. brand. t. 9. 21. Am 21. August ejusd. ist Konrad Zeuge der Belehnung der Witwe des Markgrafen Heinrich von Brandenburg. Niedl. l. c. 2. 7. Mon. Zoll. 2. Nr. 572.

Pfalzgräfin Mathilde, zu 100 000 Mark Silbers verpfändet, erscheint Konrad unter den Zeugen.¹⁾

König Ludwig hielt im Jahre 1326 seine Regierung in Deutschland so befestigt,²⁾ daß er beschloß, über die Alpen zu gehen und sich zu Rom nach der Sitte seiner Vorfahren die Kaiserkrone auf das Haupt zu setzen, zumal der Haß des Hauptgegners, des Papstes Johann XXII zu Avignon, ohnmächtig schien. Im März gelangte er mit wenig Gefolge nach Trient, dort von den Sendboten der italienischen Städte als Retter derselben gegen die Uebermacht des Oberherrn von Mailand Galeazzo Visconti freudigst begrüßt. Die Burgen desselben wurden nach und nach von dem König erobert und besetzt; Galeazzo geriet in Gefangenschaft und wurde in Monza verwahrt. Nachdem auch das feste Pisa gefallen war, rückte Ludwig gegen Rom vor und zog dort am 7. Januar 1328 ein; in der Kirche von S. Peter³⁾ empfing derselbe, von unbefugter Hand, den Bischöfen von Castello und von Aleria — Papst Johann zu Avignon, hatte dieselben ihrer Würde entsetzt — eingesegnet, am 17. Januar die Kaiserkrone.⁴⁾ Konrad von Schlüsselberg, damals wohl eine der hervorragendsten Persönlichkeiten in der nächsten Umgebung des Kaisers, wie dieser in der Urkunde vom 26. April 1328 dankbarst bekundet hatte, wird in einer großen Anzahl kaiserlicher, zu Rom errichteter Urkunden unter den Zeugen aufgeführt.⁵⁾

Nur unter schweren Kämpfen konnte sich der Kaiser

¹⁾ Schmid Urk. d. Bgkte v. Weida. Nr. 1. 669. cf. Mon. Zoll. 2. 387.

²⁾ Mit dem Gegenkönig Friedrich von Oesterreich hatte er sich am 6. März 1325 völlig ausgesöhnt. Bishoffe. 2. 178.

³⁾ Nach anderen Nachrichten im Lateran.

⁴⁾ Hiezler 2. 372. 374. cf. 385. Bishoffe. 2. 186.

⁵⁾ Mon. Zoll. 2. Nr. 628—630. 641—645. 647. 657. Mon. b. 9. 156.

in der Lombardei behaupten; auf die Nachricht, daß R. Friedrich am 13. Jan. 1330 gestorben sei, kehrte derselbe, zumal er erfuhr, daß sich die Brüder Friedrichs zu neuem Kampfe gegen ihn eifrig rüsteten, nach Bayern zurück¹⁾

Bemerkenswert ist die Urkunde vom 23. April 1328, in welcher der Landgraf Ulrich von Leuchtenberg dem Kloster Waldbassen einige seiner Erbgüter verpfändet und dabei bemerkt, sein Oheim Konrad von Schlüsselberg habe auf diese Güter keinen Anspruch. Dabei siegelt derselbe mit dem In-siegel Konrads unter dem Beisage, daß sich dieser bei dem Kaiser „in wehrlischen Landen finde“. ²⁾ Am 28. Juni 1329 erklärt der Kaiser zu Pavia, daß er von des Reiches wegen dem Konrad von Schlüsselberg 6000 Gulden schuldig sei. ³⁾

Bezüglich des mit der Führung des Reichsbanners verbundenen Reichslehens Gröningen ging sehr bald eine Aenderung vor sich. König Ludwig hatte bei der Einigung mit Friedrich dem Schönen vom 7. Januar 1326 diesem die Würde des Röm. Königs überlassen und sich die Kaiserwürde vorbehalten. Friedrich verfügte alsbald, die Verleihung Ludwigs an den Schlüsselberger vom 3. Oktober 1322 nicht beachtend, vielleicht nicht kennend, am 8. Februar 1326 über die königliche Stadt Gröningen zu gunsten des Grafen Eberhard von Württemberg und er konnte über dieselbe, weil damals im Pfandschaftsbefitze seiner Brüder, der Herzoge von Oesterreich, verfügen, ohne des Konrad von Schlüssel-

¹⁾ Am 6. August 1328 verläßt der Kaiser die Stadt Rom; am 21. Sept. ist derselbe wieder in Pisa, wo er bis Februar 1329 bleibt. Riezler. 382. 384.

²⁾ R. b. 6. 256. Mon. Zoll. 2. Nr. 655. Der Besiz des In-siegels steht ohne Zweifel mit der Vollmacht, dasselbe zu gebrauchen, in Wechselbeziehung.

³⁾ Weich Gedrig Urt. des R. Ludwig. 1863. S. 15. Böhmer R. Ludwig Reg. Add. I Nr. 2713.

berg zu erwähnen.¹⁾ Ob indeß Eberhard nach dem Jahre 1322 Gröningen als Reichspfand inne hatte, oder ob etwa die Pfandschaft durch Einlösung auf die Oesterreicher übergegangen war, ist nicht aufgeheilt und eben so wenig ist bekannt, wann Konrad tatsächlich von Gröningen Besitz genommen hatte.

Während des Krieges um die Erbfolge in Kärnthen zwischen dem König Johann von Böhmen und dem Herzog Heinrich von Kärnthen gelang es dem Grafen Ulrich von Württemberg, das Reichsturmshannen-Lehen mit Gröningen wieder zu erwerben, ja im Oktober 1333 sicherte sogar Kaiser Ludwig dem Grafen zu, er werde das Lehen nach dem Ableben des Konrad von Schlüsselberg erhalten. Da indeß im Fall des Sterbens des Kaisers zu besorgen war, daß dessen Nachfolger im Reiche anders verfüge, hielt es der Graf doch für angemessen, Gröningen durch Kauf der Pfandschaft zu erwerben. Der Kaiser war damit einverstanden und forderte, die Sache zu erleichtern, am 24. Februar 1336 den Schlüsselberger auf, sich mit dem Grafen gütlich abzufinden;²⁾ am gleichen Tage wurde letzterer von ihm mit Burg und Stadt Gröningen belehnt.³⁾ Hievon gab der Kaiser dem Konrad am 3. März Nachricht und empfahl ihm wiederholt, sich mit Ulrich zu einigen;⁴⁾ dies war um so leichter möglich, weil Konrad von Schlüsselberg mit einer Bruders Tochter des Ulrich, der Gräfin Agnes, vermählt war.

Schon am 22. September 1336 bekennt Konrad, daß er seinem lieben Oheim, dem Grafen Ulrich von Württem-

¹⁾ Stälin. 3. 160. R. Friedrich hatte 1325 s. d. den Herzogen von Oesterreich wegen der Burg Gr., welche dem Grafen Eberhard versetzt und von den Herzogen wieder gelöst worden war, eine Bestätigung gegeben. Lichnowsky Gesch. des Hauses Habsburg. 3. Nr. 693.

²⁾ Sattler Gesch. d. Herzogt. Württ. 2. Nr. 78. S. 103. cf. 126.

³⁾ l. c. Nr. 82.

⁴⁾ l. c. S. 106, 126. Steinhofers Chron. 2. 268. Stälin. 3. 206.

berg, Burg und Stadt Gröningen um 6000 Pfd. Heller verkauft habe, und am gleichen Tage bestätigt K. Ludwig den Kaufvertrag. Am 1. Oktober 1336 überwies Konrad die Bürger von Gröningen dem Grafen Ulrich.¹⁾

Damit war das Reichslehen von Gröningen seitens des Konrad von Schlüsselberg aufgegeben; dasselbe war ohnehin für ihn von geringen pekuniären Werte, da er voraussah, daß dasselbe, weil er keinen Sohn hinterließ, mit seinem Tode an das Reich heimfiel.²⁾

Am 24. April 1331 bekennt Graf Ulrich von Württemberg mit seinen Dienern Friedrich von Rippenburg und Burck Stürin, er sei dem Konrad von Sluzzelberch, Graf Ulrichs lieben Oheime, 250 Pfd. Heller schuldig und verspreche, solche bis Martini in Nürnberg zurückzubezahlen.³⁾

Höchst auffallend ist die Urkunde vom 25. Mai 1331; sie lautet, wie folgt:

Wir Ludwig Römischer Kaiser etc. etc. verzeihen, daß wir die siben: Friedrich v. Strechperck, Eberhard der Fußen, Chunrad der Stiber, Heinrich v. Saverch, Heinrich der Große, Ulrich v. Rufenbach und Herman v. Mobsideln die Ritter geheissen umb gebeten haben, alleß daß stät zu halten umb den Rhauff, den der Edel Chunrad von Sluzzelberch und wir mit einander getan haben umb seine Herrschaft, des wir mit einander hantvest geben haben. Ob daß wär, daß wir daß vercheren oder verbrechen wollten, anders denn unser hantvest sagten, daß solten die vorgenant siben vns nit gestaten vnd solten irer ehb vnd truwe von vns

¹⁾ Sattler 2. Nr. 79. 80. 81. Steinhöfer. 269. 271. 272.

²⁾ Konrad hat sich während der kurzen Zeit seines Besizes auf dem Schlüsselberg, einer Bergspitze nördlich von Gröningen, eine Burg, die Schlüsselburg, gebaut, welche jetzt zum großen Teil verschwunden ist. Die Herzoge von Württemberg sollen 1604 aus den Steinen derselben das jetzige Schloß erbaut haben. Württemb. Vierteljahresschrift 1883. 6. 110.

³⁾ Hamb. Privil. Buch. 1480. f. 55.

ledig sein und sollten dem vorgeant von Sluzzelberch und seinen neben gewarten on geverde, als vnser Hantvest saget.¹⁾

Am 8. Juni 1331 tritt das Frauenkloster zu Frauenaurach der Aebtissin Elisabeth (Truchseß von Eggsdorf) zu Schlüssellau und dem Konvent dieses Klosters einige Güter zu Sulmansbechhofen (wohl Zentbechh.) ab, wogegen letzteres die Leistung einer Getraidegilt und die Zahlung eines halben Pfundes Heller übernimmt. Siegler u. a. Konrad von Schlüssellberg.²⁾ Am 16. Mai 1333 erläßt K. Ludwig einen Schiedsspruch in einer zwischen dem Bischof Heinrich von Eichstädt und den Burggrafen Friedrich, Johann und Konrad von Nürnberg schwebenden Streitfrage. Unter den zugezogenen Schiedsrichtern Chunrad von Sluzzelburgh.³⁾ Am 10. August ejusd. erklärt der Dompropst Leopold von Egloffstein, daß er, nachdem die beiden Kanoniker von S. Stephan, Friedrich Mewer und Heinrich Potensteiner, den halben Zehnt zu Albershofen zur Errichtung einer Vikarie am Altar der h. Jungfrau in der Stephanskirche gekauft haben, diese Stiftung mit Zustimmung des Bischofs Werin tho (1328 bis 1335) genehmige. Zeuge u. a. Chunrad von Sluzzelberch.⁴⁾

Am 17. Juni 1334 verbündet sich der Landgraf Ulrich von Leuchtenberg mit dem Pfalzgrafen Ruprecht zu Heidel-

¹⁾ Diese dipl. n. 776. Böhmer R. Ludw. Reg. Nr. 1312. S. 81. Die bei Diesele abgedruckte Urkunde bezeichnet in keiner Weise jene Herrschaft, welche Konrad damals gekauft hat. Sollte derselbe etwa vorsorglich die Herrschaft Thünfeld, welche am 25. Juli 1342 (Oesterr. Neue Beitr. 1. 4. Beil. 3.) den Namen Schlüsselfeld führt, im Interesse seiner Töchter gekauft haben, weil er keinen Sohn besaß? Jedenfalls wurde der Vertrag nicht vollzogen oder ist rückgängig geworden. Existiert etwa das Original der Handveste? Werden die Mon. boio., wenn sie in ferner Zukunft vielleicht einmal die Hamb. Urkunden publicieren sollten, dieselbe aufnehmen?

²⁾ Oesterr. Frauenaur. Nr. 17. S. XV. XVIII.

³⁾ Mon. Zoll. 8. Nr. 201. cf. 3. Nr. 25. 26.

⁴⁾ R. b. 7. 54. h. B. Bbg. 19. 23.

berg, wobei er jedoch den König Johann von Böhmen, den Burggrafen Friedrich und den edlen Herrn Konrad von Schlüsselberg ausnimmt.¹⁾ Am 11. Juni 1336 befreit Kaiser Ludwig zu Reutlingen aus ganz besonderer Gunst und auf wiederholte Bitte des Konrad von Schlüsselberg das Dorf Tunsfeld — wohl mit dem nahen Schlüsselfeld — von der kaiserlichen Gewalt und verleiht demselben alle Rechte, Freiheiten und Gewohnheiten, welche die Reichsstadt Nürnberg hat, auch einen Wochenmarkt und die Gnade, daß Niemand eine Taverne in einer Meile um das Dorf haben soll.²⁾

¹⁾ Koch u. Wille Pfalzgr. Reg. Nr. 2413. Am 29. September 1339 verbünden sich die Pfalzgrafen Ruprecht der Ältere und Ruprecht der Jüngere zu Amberg auf zehn Jahre mit dem Burggrafen Johann, welcher dabei u. a. seinen lieben Oheim Chunraten von Sluzzelberg und seinen lieben Oheim Buczen von Hohenlohe ausnimmt. R. b. 7. 260. Mon. Zoll. 3. Nr. 67. Am gleichen Tage verbündet sich der Burggraf Johann zu Nischaffenburg mit dem Kurfürsten Heinrich von Mainz auf sechs Jahre, wobei derselbe den Chunrat von Sluzzelberg ausnimmt. Mon. Zoll. 3. Nr. 68.

²⁾ Oesterr. Neue Beiträge I. Beil. II. S. IV. Tunsfeld war, wie Schlüsselfeld, ein Reichslehen, wie aus der Urk. vom 25. Juli 1342 hervorgeht, in welcher die Gebrüder Peter, Herman und Eberhard v. Tunsfeld unter Vermittelung des Konrad v. Libsperg, Marghard v. Sedendorf und Ulrich v. Lauffenholz wegen Schlüsselfeld, welches ihr Herr Konrad von Slüzzelberg von dem allergewaltigsten Kaiser Ludwig von Rom hat, einen Burgfrieden abschließen, soweit der Markt zu Tunsfeld begriffen hat, aber ohne Geuert an was unser Herr Herr Cunrad von Slüzzelberg freyheits und rechts hat von Sluzzelsfeldt, als er vnz verlihen und geben hat. l. c. Nr. III. Es ist z. B. unbekannt, wann diese Reichsherrschaft an die Herrn v. Schlüsselberg gekommen ist, vielleicht zu Anfang des XIV. Jahrhunderts. Damals entstand wohl auch der neue Ort Schlüsselfeld, der von jetzt an wohl der Hauptort dieser Reichsherrschaft gewesen sein wird. Mit Konrad's Tode hätte dieselbe an das Reich heimfallen sollen; bis aber Kaiser Karl IV. zum ruhigen Besitz der Regierung kam und volle Macht im Reiche erlangte, war es in den beginnenden Unruhen den Bischöfen von Bamberg und Würzburg gelungen, diese Herrschaft sich anzueignen. Oesterr. l. c. S. 3. 8.

Am 25. Juni 1337 bekennen die Brüder Ludwig und Friedrich Grafen von Dettingen zu Nördlingen, daß sie dem Grafen Ludwig von Dettingen, dem Sohne Friedrichs, die Tochter des Grafen Heinrich von Schaumburg, Imagina, innerhalb zehn Jahren zur Ehe geben. Zeugen: Graf Ludwig von Dettingen der Ältere, Konrad von Slizzelberch, Burggraf Johann von Nürnberg, ihr Oheim und Ludwig von Hohenlohe, ihr Oheim.¹⁾ Am 4. Januar 1338 nimmt Kaiser Ludwig zu München das Kloster Ebrach in seinen Schutz und gibt demselben den Abt Heinrich von Fulda, den Burggrafen Johann von Nürnberg, den Luz von Hohenlohe und den Konrad von Sluzzelberch²⁾ zu Schirmern.³⁾

Am 9. Juli 1342 bekennt Conrad von Schlüsselberg, daß Gundloch Marschall von Dietrichsdorff und Hans von Guttenberg an ihn gewiesen worden sind, um wegen mehrer Güter Recht zu suchen, welche beide als Bamberger Lehen empfangen haben wollen. Auf Geheiß sitzt Ulrich von Rufenbach zu Gericht und sprechen die Urteiler Kunrat von Planknuels, Ottrand von Eschenaum, Eyring von Wirzburg, Heinrich und Fritz von Wachsenstein, Fritz von Planknuels, Otto von Rufenbach, Johann von Critans, Hermann Groß, Eberhard von Wambach und andere ehrbare Leute die bestrittenen Lehen dem Johann von Guttenberg zu. Siegler ist Chunrat von Schlüsselberg.⁴⁾

Bald nachher rief der Schutz, welchen eine große Anzahl des Adels in Franken den Juden gegen Entrichtung eines sehr namhaften Schutzgeldes gewährte, viele Aufregung hervor. Kaiser Ludwig hat unter anderem am 5. Februar 1343 den Burggrafen Johann von aller Schuld gegen eine

¹⁾ Mon. Zoll. 5. Nr. 44. Urk. ob der Enns. 6. Nr. 238.

²⁾ In R. b. 7. 204 führt er den Namen Schlüsselfeld.

³⁾ Mon. Zoll. 5. Nr. 48. Böhm. R. Ludwig Reg. Nr. 1881.

⁴⁾ Guttenbg. Arch.

große Anzahl von Juden losgesagt und denselben geboten, alle Briefe, welche sie von dem Burggrafen haben, herauszugeben.¹⁾ Diese Maßregel gab zu vielen Reklamationen Anlaß. Die Schlüsselberger Juden verfielen, weil sie sich weigerten, sich dem kaiserlichen Gebote zu fügen, in die Acht des burggräflichen Landgerichtes zu Nürnberg. Als aber Konrad von Schlüsselberg fortfuhr, seine Juden in Schutz zu nehmen, erkannte der Burggraf Albert am 10. Juni 1343 von Landgerichtswegen, derselbe dürfe seine hinterlässigen Juden weder haften, noch hofen, eßen oder trenken, weil sie wegen seines Bruders Johann II in der Acht des Landgerichtes seien; soferne aber Konrad von Schlüsselberg, sein Oheim, gegen dieses Gebot handle, solle der Burggraf Johann gegen ihn das nämliche Recht haben, welches ihm gegen die geächteten Juden zustehe.²⁾ Es war wohl nur eine Folge dieses Erlasses, daß sich Konrad in der bald nachher begonnenen Fehde der Städte gegen den Burggrafen und den Bischof Otto von Würzburg mitbetheiligt hat.

Uebergehend zu dem Güterbesitz des Konrad von Schlüsselberg, so hat derselbe, wie bereits S. 54 erwähnt, am 26. Mai 1307 mit seinem Vetter Gottfried jene Güter zu Bechenndorf, welche Konrad von Beulendorf von ihnen zu Lehen hatte, geeignet.³⁾ Dieselben waren ein Bestandteil der Herrschaft Senftenberg bei Bamberg. Schon am 2. Juli ejusd. verkauft dieser Konrad v. Beulendorf mit seiner

¹⁾ Mon. Zoll. 3. Nr. 109.

²⁾ l. c. Nr. 113. R. b. 7. 371. Riedel 1. 267. Nach dem Hohenlohe'schen Rechtsbuch S. 241 fuit steura Iudaeorum in officio Hochsteten arbitraria et ad gratiam Episcopi. Hierzu ferner: Domum quam inhabitavit Heinricus dapifer (de Rotenbach S. 236), sitam intra castrum ibidem (Bbg.) predictus dom. Leupoldus Episc. comparavit, quam nunc Samuel judeus inhabitat, dans VII libr. hall. et est liber ab alia steura danda. l. c. 242.

³⁾ R. b. 5. 117.

Frau Kunegunda dieselben Güter mit Zustimmung des Gottfried und Konrad v. Schlüsselberg dem Dekan von S. Maria in Teuerstadt Friedrich und dem Can. daselbst Boppo Groß.¹⁾ Am 30. November ejusd. bekennen die Gebr. Ulrich, Heinrich und Werner, Söhne des Boppo Groß, Hermann und Eberhard, Söhne des Eberh. Groß, daß sie von ihrem gnädigen Herrn Chunrad von Sluzzelberch und seinen Erben dessen Burg zu dem Rabenstein mit getreuer Hand tragen sollen, daß Konrad ferner den gen. Brüdern Ulrich, Heinrich und Werner drei Lehen zu Weitmannsgefezze, die Mühle unter dem „Schlüsselberg“ und eine Gült auf einer Hube Mynreinsperch (Mirsberg), sowie dem Hermann und Eberhard eine Hube und ein Lehen zu Hasselprunne, endlich dem Ulrich und Heinrich die andere Hube in demselben Dorfe und ein Lehen mit der Burg zu Lehen gegeben habe, wobei dieselben erklären, sie wollten keinen anderen Herrn nehmen als ihn oder wer Waischenfeld,²⁾ die Burg erbt. Siegler: Otto von Orlamünde. Friedrich von Truhendingen. Chunrat von Sluzzelberch.³⁾

Am 11. August 1311 wurde Konrad von dem Bischof Wulfing mit dem castrum Bezenstein belehnt.⁴⁾ Am 5. März 1312 verkauften Konrad Graf von Behingen und seine Hausfrau Elisabeth demselben ihre halbe Burg zu Reideck, welche ihres Schwagers Gottfried von Sluzzelberg

¹⁾ l. c. 119.

²⁾ cf. S. 103. die wegen der Juden erteilte Begünstigung.

³⁾ l. c. 125. Deßterr. Rabenst. S. 19. Nr. IV. Tüchersfeld S. 10. 48. Reigenstein. Orlam. Reg. 123. Lib. privil. Bbg. A. 2. f. 40.

⁴⁾ Hoffm. Annal. bei Lubwicz. t. 187. Usserm. 167. Wulfingus episc. profitetur, quod, grata et fidelia seruicia, que nobis vir Conradus de Sluzzelberg et nostre eccl. sepius exhibuit, eidem castrum nostrum Betzenstein, nobis et eccl. nrae jure jpothecario attinens, in feodum contulimus. Hambg. Privil. Buch. 1480 f. 56.

rechtes Eigen war.¹⁾ Am 7. September ejusd. beurkundet R. Johann von Böhmen den von ihm auf Veranlassung des frater Diether Rude, procurator des Klosters Brunnbach, dahin ergangenen Rechtspruch, daß dieses Kloster der Klage ledig sein soll, welche Gernot Rotbus um das Dorf Ebenot bei ihm erhoben hat; wolite derselbe das Kloster dafür weiter ansprechen, so soll das vor dem geistlichen Gerichte geschehen. Nach einem anderen Briefe ähnlichen Inhaltes bekundet Gern. Rotbus, daß er das Dorf Ebenot von Konrad von Schlüsselberg zu Lehen trage, sowie daß vor Fortsetzung der Klage vor weltlichen oder geistlichem Gerichte noch zu erweisen sei, daß der Schlüsselberger das Dorf zu rechtem Lehen haben soll. Der König gebietet daher dem Woppo von Eberstein, das Kloster Brunnbach nach Maßgabe der erlassenen Gerichtsbriege bei dem Besitze dieses Dorfes gegen G. Rotbus zu schützen.²⁾

Am 24. Juli 1313 verkauft Konrad von Beulendorf mit Zustimmung seiner Söhne die zwei Lehen auf dem Berg zu Kaltenebelsfeld und den dazu gehörigen Zehnt an den Abt Eberhard und den Konvent des Klosters S. Michael auf dem Mönchsberg zu Bamberg und bekennt dabei, daß sein Herr Chunrat von Schlüsselberch diese Güter mit Ausnahme zweier Acker, welche im Stumpf gelegen sind, dem

¹⁾ R. b. 5. 219. Die halbe Burg Weided war wohl der Gräfin zur Ausstattung gegeben worden. Nunmehr besaß Konrad diese Burg allein. Oesterr. Weided. 3. 8. und Nr. III. Gegen das Jahr 1312 ist Walther gen. Stübig als Vogt Konrads zu Weided, wohl einer der ältesten Burgmänner daselbst. Nach dem Aussterben der Schlüss. bleiben die Stübig dort als Burgmänner des Stiftes Bamberg und kommen Otto, Wernher und Johann Stübig als solche im Saalbuch des Bischofs Friedrich vor. Oesterr. Weided. 5. 8. Der Bischof Leopold verleiht dem Otto Stübig eine Hofstatt und einen Garten zu Preshfeld, welchen bisher foger precario modo von Konrad inne hatte. l. c. Beil. III. 5. XV. Oesterr. l. c.

²⁾ Böhmer Reg. imp. 5. 294 Nr. 356 – 358. Böhmer. R. Ludwig. Reg. Add. I. Nr. 357. 5. 294. Erben Reg. Boh. 3. Nr. 101. 5. 43.

Kloster geeignet habe.¹⁾ Am 17. Juli 1315 verleiht Friedrich von Blankenfels dem Hermann von Brun, Swiger von Windheim und Eberhard von Heiberg seine Güter zu Lankendorf (vielleicht Rankendorf), welche er von dem Stifte Bamberg zu Lehen hat; dieselben sind dem Konrad von Schlüsselberg um 500 Pfd. Heller verpfändet.²⁾ Im Jahre 1317 übergibt Walter von Sedendorf dem Bischof Gottfried von Würzburg einen Hof zu Tottenheim, welcher dem edlen Manne von Schlüsselberg zu Lehen geht.³⁾

Um das erw. Jahr 1317 besitzt dominus C. de Sluzzelberg folg. Stift Würzburg. Lehen, welche im Gebiete des Stiftes Bamberg liegen: zu Gunzendorf unam curiam,⁴⁾ zu Preßfeld jus patronatus cum suis pertinenciis et decimam ibidem.⁵⁾ Am 18. März 1319 eignet Burggraf Friedrich seinem lieben Oheim Konrad v. Schlüss seine Güter zu Gutenbiegen (Einöde im A. G. Ebermannstadt), welche bisher bei ihm zu Lehen gingen.⁶⁾ Am 19. September 1323 belehnt K. Ludwig zu München den Konrad v. Schlüss. mit dem Dorfe Weizendorf und allen Reichslehen im Umkreise von zwei Meilen des Schlosses Bezenstein.⁷⁾ Der Besitz dieses Lehens muß indeß auf Hindernisse gestoßen sein; denn am 9. August 1324 verzichtet Elzabet, weil. Berthold des Freien und jetzt Friedrich Pleissings eheliche Wirtin, dem Bischof Heinrich und dem Gotteshaue zu Bamberg gegenüber auf alle Ansprüche und Rechte an dem Dorfe zu Wiedeck und an den Gütern zu Weizendorf, wobei

¹⁾ R. b. 5. 261.

²⁾ Hamb. Priv. Buch. 1430. f. 54.

³⁾ Deherr. Rücklaß in Bbg. Arch.

⁴⁾ h. B. Oberjr. 54. E. 31.

⁵⁾ l. c. 39.

⁶⁾ Hamb. Privil. l. c. Mon. Zoll. 8. Nr. 183.

⁷⁾ Oesele coll. script. boio. t. 744. Böhmer R. Ludwig Reg. Nr. 627. Conradus Schlüsselbergius ea bona, quae Weizendorfi et Wiedecci hactenus per vim possederat, ecclesiae Bbg. a 1321 libere dimisit. Ludwig script Bbg. t. 190. Usserm. 159. 406.

Konrad von Schlüsselberg Siegler dieser Urkunde ist.¹⁾ Am folgenden Tage, 10. August 1324 verzichtet Konrad auf alle Ansprüche zu Wibech und an die Güter zu Waigendorf und sichert dem Bischof Heinrich von Bamberg zu, er werde ihn an dem Genuße dieser Güter nicht mehr hindern.²⁾

Am 9. Januar 1323 überläßt Konrad ein Viertel des Zehntes zu Gasseldorf (bei Streitberg) der Frau Christin, ehelicher Wirtin des Walthers von Streitberg; dasselbe soll auch auf ihre Erben übergehen.³⁾ Am 4. März 1324 gibt Eberhart Hirse seinem gnädigen Herrn Cunrad von Schlüsselberg und dessen Erben die vier Lehen zu Ebermannstadt, welche er von ihm gekauft hatte, um die nämliche Summe zurück.⁴⁾

Am 24. März 1324 geloben Walthers und Heinrich von Streitberg, daß sie, falls sie nach dem Tode ihres Herrn von Schlüsselberg ihren Teil an Streitberg verkaufen sollten, ihren Vettern Ulrich, Heinrich und Friedrich von Streitberg 60 Mark Silber oder 3 Pfd. Heller für die Mark bezahlen wollen. Zeuge: ihr gnädiger Herr Konrad von Schlüsselberg.⁵⁾ Im Jahre 1342 wird Heinrich von

¹⁾ R. b. 6. 141. Loosh. 3. 100.

²⁾ Bamb. Privil. 1460. S. 54. Nach der Schlüss. Teilungseinkunft v. 12. Mai 1349 sollte Fritz Pleßink das Gut zu Wibech auf Lebensdauer fortbehalten.

³⁾ l. o.

⁴⁾ R. b. 6. 127.

⁵⁾ Reg. des Geschl. Aufsch. Nr. 65. Bemerkt wird, daß sich in einem Würzb. Lehenbuch folg. Vortrag befindet: Bercht de Stritberg miles tenet in feodo castrum Stritberg — una cum Ullrico patruo suo 1303. Ullr. de Stritberg tenet mediam castri Stritberg 1303. H. B. Oberfr. 21. 2. 39. Eigentümer waren sonder Zweifel die Schlüsselberg; für die ihnen geleisteten Dienste verliehen sie denen v. Streitberg Teile der Burg.

Streitberg für ein Darlehen von 250 Pfd. Heller, welche ihm Bischof Leopold vorstreckt, Diener des Stiftes und will ihm mit seinem Viertel von Streitberg gewarten, jedoch unbeschadet des Konrad von Schlüsselberg.¹⁾ Am 29. November 1343 erhalten die Brüder Ulrich, Albrecht, Heinrich, Konrad und Hermann von Aufseß die Burghut der Burg Streitberg als Amtleute des Grafen Heinrich von Henneberg, welcher sie wohl aus der Schlüsselberg. Erbschaft — wahrscheinlich des 1308 oder 1313 verstorb. Konrad — durch Kauf an sich gebracht hatte.²⁾ Die Urkunde des Grafen von Henneberg über Verleihung der Burghut zu Streitberg lautet, wie folgt: zu dem ersten sollen sie unsre gesworne Ampfleuthe vß vnsem Theile des Huses zu Streitberg, daß des von Schlüsselberg gewest ist, also bescheidenlichen. Daß wir vnder den vorgenanten funf Gebrudern einen, welchen wir woln, suln vnd mügen neme zu einem Amptman vß daß vorgenante hus, der sal auch uns Browen Zuthen,³⁾ vnser ehichen Wirtin, vnd allen vnsern erben, thochtern und Sunen getreulich gewarten als ein igelich Amptmann finen reichten Hern vnd Browen mit truwen billiche gewarten sal die Herrschaft zu Henneberg inne hat.⁴⁾

Am 19. Oktober 1344 befundet Kaiser Ludwig zu Würzburg, daß er auf die Bitte des Konrad von Schlüsselberg und der von Streitberg an Rittersn und Knechten erfahren und gesprochen hat, wie man einen Burgfrieden hal-

¹⁾ Oesterr. Streitberg. S. 3. 4. Im Jahre 1359 nennt sich ein Heinrich von Streitberg „zu dem Greifenstein“, sowie 1365 „Boyt zu Obersenfienberg“. h. B. Bbg. II. 37. 43. R. b. 8. 423. Demselben sind mithin auch andere Burgen vom Stifte anvertraut worden.

²⁾ Etwas näheres ist bez. des Erwerbes von Streitberg seitens des Grafen nicht bekannt.

³⁾ Zutta, eine Tochter des Markgrafen Hermann v. Brandenburg, verm. mit Graf Heinrich von Henneberg.

⁴⁾ Schultes Cob. Land. Gesch. Urk. S. 75. Gesch. d. Frhrn. v. Aufseß. S. 55.

ten soll. Soweit der Burgfriede geht, soll keiner den andern gefährlich schädigen, weder inner noch außer des Burgfriedens, sondern ihn von der Burgmauer aus wehren, soweit Stegreiff Armbrust geht und schießt, oder wie man sich vereinbart. Die Theilhaber an der Burg Streitberg sollen den Burgfrieden beschwören, wenn sie zu ihren Tagen kommen. Burkleut, Thürmer und Wächter sollen beidenteil gemeinsam sein und Jedermann soll zu seinen Rechten warten und schwören.¹⁾ Um die Zeit des von dem Kaiser beurkundeten Burgfriedens hat Konrad von Schlüsselberg den Anteil des Heinrich von Streitberg an der genannten Burg käuflich erworben und war damit (angeblich) dieselbe völlig Eigentum desselben geworden.²⁾ Daß Konrad am 5. März 1312 von der Tochter des Gottfried v. Schlüsselberg, der Gräfin Elisabeth von Behingen, die halbe Burg Neideck, in nächster Nähe der Burg Streitberg, käuflich erworben hat und von da an Alleinbesitzer der Burg war, wurde schon S. 81 erwähnt; 1349 hat sich darüber ein Streit erhoben.³⁾

Am 29. August 1329 entscheidet Konrad gegen Hermann, Herrn Kunne Sohn von Ponzendorf, Ritter und seinen Bruder, daß der halbe Zehnt zu Wehden (wohl Bamberg) den Bürgern Hermann und Fritz Zollner zu Bamberg und dem Gundloch Meier lehenweise gehört.⁴⁾ Kon-

¹⁾ Oesterr. Streitberg. S. 4. et. S. 11. 17. Weich Sechzig Urk. des R. Ludwig. S. 71. Loosh. S. 214. Es ist nicht bekannt, ob der Graf Henneberg damals noch Theilbesitzer gewesen ist.

²⁾ Oesterr. Streitbg. 5.

³⁾ Meusel Dynasten von Schlüsselbg. I. 175.

⁴⁾ h. B. Bbg. 10. 106. Am 6. Dez. 1329 überlassen Gräfin Elisabeth und ihr Ehegatte dem Herrn Konrad alle ihre Güter und Leute, welche Gottfr. v. Schl. zu Prozelten gehabt hat, mit allen Ansprüchen an das Bis:um und den Bischof von Bamberg. Geöffn. Arch. 2. 146. 169.

rad hatte um jene Zeit auch Ansprüche auf die Dettingen'sche Burg Dornberg; als nämlich Graf Ludwig von Dettingen diese Burg nebst der Stadt Ansbach am 22. März 1331 mit Leuten und Gütern dem Burggrafen Friedrich um 23 000 Pfd. Heller verkauft hat, wurde darauf hingewiesen, daß dem Käufer, soferne sich etwa finden sollte, die Burg sei dem von Schlüsselberg oder dem von Schellklingen ¹⁾ verpfändet, die betr. Summe angerechnet werden soll. Gleicher Vorbehalt ist in der Urk. vom 27. September 1331 gemacht. ²⁾ Am 13. Januar 1338 bekennt Heinrich von Wallenfels, daß er seinen Zehnt zu Seubelsdorf seinem Vetter Hans Wallenfels für 60 Pfd. Heller verpfändet habe, wobei er noch vorbringt: Ich soll ime den Zehndt eignen von meinem Herrn von Schlüsselberg. ³⁾

Die Burg Greiffenstein war nur teilweise Eigentum Konrads; denn am 24. September 1339 bekennen Walthar von Streitperch und seine Wirthin Suffch, Heinrich von Streitperch und seine Wirthin Adelheit, Gevettern, dann die Gebr. Chunrat und Hans von Streitperg, daß sie von dem Bischof Leupold 1000 Pfd. Heller erhalten haben und ihm und seinem Stifte dafür ihre zwei Drittel der Burg zu Greiffenstein aufgegeben haben, welche bisher ihr Eigentum waren, der Bischof Leupold aber ihnen jetzt zu Lehen gegeben hat. ⁴⁾ Im Frühjahr 1345 hat Konrad von Schlüsselberg seinen Anteil an dieser Burg dem Stifte Bamberg um 60 Pfd. Heller verkauft. ⁵⁾ Einige Güter zu Brunn

¹⁾ Ohne Zweifel ein Hohenlohe; 1318 lebt Albertus de Hohenloch dietus de Schelklingen. R. b. 5. 377.

²⁾ l. c. 6. 363. 385. Mon. Zoll. 2. Nr. 671. 680.

³⁾ R. b. 7. 205. h. B. Bq. 23. 108.

⁴⁾ Loosh. 5. 161.

⁵⁾ Jßd S. 140. Notandum quod dictarum impensarum pro custodia castri dom. Episcopus tertiam partem et dominus de Plawen tertiam partem et residuam tertiam partem dat Henri-

prope castrum Greiffenstein werden am 3. März 1343 von Gertraud, der Wittwe des Konrad Zollner, dem Domkapitel zu Bamberg um 72 Pfd. Heller überlassen, damit von dem Ertrage derselben das Brod zu den Hostien der Stadt Bamberg angeschafft werde.¹⁾ Etwa im Jahre 1340 verkaufen Mengoz von Aufseß und seine Wirtin Katharina ihre Güter zu Sachsendorf (N. O. Pottenstein) mit Zubehör, welche von dem edlen Manne Cunrath von Schlüsselberg zu Lehen rühren, an die Brüder Friedrich und Johannes von Guttenberg und haften ihnen für Entwehrung. Siegler Mengoz von Aufseß.²⁾ Im Jahre 1339 verkaufen Eiring und Konrad von Wirsberg von Langendorf ihr Dorf Dreindorf bei Leugast um 104 Pfd. Heller an das Kloster Langheim. Bald darauf nahm Eberhard von Weisfenfeld dieses Dorf als ein Lehen, welches er von seinem Herrn Konrad von Schlüsselberg habe, bei dem kais. Hofgerichte in Anspruch. Der Ordensbruder des gen. Klosters, Heinrich von Streitberg wendete ein, das Dorf sei als ein lediges (frei eigenes) gekauft worden und das Kloster habe die nützliche Gemähre desselben länger, ohne alle Ansprache als es Landesrechtes sei, gehabt. Der kais. Hofrichter Luz von Hohenloch erkannte, am 21. März 1341 zu Werde anstatt des römischen Kaisers Ludwig zu Gericht sitzend, Bruder Heinrich solle seine Angabe mit einem Eide wahr machen.³⁾

Konrad von Schlüsselberg hat, dem Beispiele seiner

aus de Streitperg. Lib. privil. Bbg. A. 3 f. 40. Das Hohenz. Rechtsbuch bemerkt c. 1348: Notandum quod dom episcopus habet in castro Greiffenstein quatuor partes, et Henricus de Streitperg miles duas partes. predictarum quatuor partium dom. episcopi una fuit quondam Chunradi de Schlüsselberg. Hohenz. Rechtsb. 87. Stumpf bist. Arch. 2. 83.

¹⁾ Oesterr. Neue Beitr. 6. 21. 46.

²⁾ Guttenbg. Arch. Gesch. d. Frhrrn. v. Aufseß. S. 50.

³⁾ Geöff. Arch. 2. 4. 327.

Vorfahren folgend, schon bei Lebzeiten den Klöstern in der Umgegend seiner Herrschaften viele Zuwendungen gemacht.

Am 27. April 1332 hat er den Chorherrn von S. Maria und Gangolf zu Bamberg (Teuerstadt) die von ihm zu Lehen gehenden und von denselben um 80 Pfd. Heller gekauften zwei Güter seines Dieners Ulrich Tappenheimer zu Dürrenbrunn (bei Heiligenstadt) geeignet.¹⁾ Am 23. November 1330 hat Graf Friedrich von Castell dem Kloster S. Michael zu Bamberg eine von ihm zu Lehen gehende Hube zu Stubeichen (Stübig bei Schäßlig) auf die Bitte seines Oheims Konrad v. Schlüß. geschenkt.²⁾ Am 24. Januar 1335 hat Graf Friedrich wiederum auf Bitte seines lieben Oheims und des Heinrich von Beulendorf dem Gotteshause von S. Michael zwei Güter zu Stubeichen, welche der gen. Beulendorfer von ihm zu Lehen gehabt und ihm aufgetragen hat, geeignet.³⁾

Am 27. März 1314 eignet Konrad auf Bitte des Heinrich von Stein Güter zu Niederheid, welche derselbe zu Lehen hatte, dem Stifte S. Stephan zu Bamberg, nachdem ihm derselbe einen Weinberg unterhalb der Burg Zeil abgetreten und sofort als Lehen verliehen erhalten hat.⁴⁾ Am 14. April 1321 schenkt Konrad zwei Lehen zu Niederheid, welche Konrad Stieber und Ulrich Tappenheimer von ihm nach Lehenrecht besaßen hatten, auf deren Ansinnen dem Stifte S. Stephan.⁵⁾ Gerade über diese zwei Güter kam es zwischen Konrad und dem gen. Stifte zum Streite, welcher am 2. Juni 1337 von dem Bischof Leupold in Gegenwart und mit Gerichtshülfe seiner Lehensritterschaft auf der Burg zur

¹⁾ Loosb. 3. 129. Cop. S. Gangolf. 1. 80.

²⁾ R. b. 6. 349. Mon. Cast. Nr. 325.

³⁾ h. B. Bbg. 16. 111.

⁴⁾ l. c. 19. 18. cf. 7. 165.

⁵⁾ l. c. 19. 19.

Altenburg zu gunsten des Stiftes entschieden wurde.¹⁾ Am 15. Juli 1329 hat Konrad auf die Bitte des Wolfram Gohmann einen Wald, gelegen in der Mark zwischen Desdorf und Weippersdorf, das Helmbreichslehen genannt, dem S. Katharina Frauenspital zu Forchheim zu eigen gegeben.²⁾

Wie schon Konrads Vater Eberhard III am 24. März 1294 dem Kloster Heilsbrunn einen Hof zu Urach (Murach) überlassen hatte,³⁾ so übertrugen demselben am 28. April 1302 Gottfried und Konrad einen weiteren Hof zu Urach, welchen bisher Rudeger von ihnen zu Lehen gehabt hat.⁴⁾ Etwa im Jahre 1311 haben Ludwig der Ältere Graf von Dettingen in seinem und seines Sohnes Ludwig, sowie des Gottfried von Heideck Namen, und Konrad von Schlüsselberg auf die Bitte des Wolfram von Urach einen weiteren Hof zu Urach, gen. Herrn Wolframshof, dem gen. Kloster zu Eizen gegeben, nachdem sie zum Ersatz dessen Güter zu Brunn erhalten hatten.⁵⁾

In ganz hervorragender Weise wurde das Kloster Langheim von Konrad mit Gütern bedacht. Am 13. Nov. 1311 ist derselbe neben anderen Zeuge, daß Albert Jörtsch von Thurnau und seine Söhne ihren Hof zu Dölnz und zwei Güter zu Dorfmenge dem Kloster schenken.⁶⁾ Am 1. November 1312 eignet derselbe zu Lichtenfels zwei Teile der Rohrmühle im weißen Main, welche Heinrich der Ältere von Wirzburg von ihm zu Lehen gehabt hatte, auf dessen Verzicht diesem Kloster.⁷⁾ Am 23. Juli 1313 eignet der-

¹⁾ l. c. 19. 28. R. b. 7. 186 Loosb. 3. 528.

²⁾ Oesterr. Mithl. in Bbg. Arch.

³⁾ cf. S. 65.

⁴⁾ cf. S. 71.

⁵⁾ R. b. 5. 213.

⁶⁾ R. b. 5. 209. Mon. Zoll. 2. Nr. 486. h. B. Bbg. 23. 48. 49.

⁷⁾ l. c. 52. R. b. 5. 237.

selbe zu Redwiz auf Verzicht der Brüder Iring, Wolfram und Theodor von Redwiz den dritten Teil der Rohrmühle im weißen Main dem Kloster.¹⁾ An eben diesem 23. Juli eignet Konrad dem Kloster auf Verzicht des Eberhard von Kaufher eine namhafte Getraidegilt und eine Abgabe „Weyfath“ genannt, im Dorfe Neuthlein neben dem Hofe Hohenstadt,²⁾ ferner am 3. Februar 1318 auf Verzicht des Otnand von Kunstadt den großen und kleinen Zehnt zu Pfaffendorf bei Würgheim,³⁾ ebenso am 15. Februar ejusd. auf Verzicht des gen. Otnand den Zehnt zu Pfaffendorf bei Altenkunstadt.⁴⁾ Am 21. April 1324 eignet Konrad seine Güter zu Theelitz (alias Techlauze), welche die Stegnerischen Kinder von Kunstadt dem Kloster geschenkt hatten, diesem Kloster,⁵⁾ wobei befügt wurde, daß Otnand von Kunstadt seinen wüßt gelegenen Hof zu Stegnech bei Techlauz mit Zustimmung der Elisabeth, Ehefrau des verst. Albert Stegner, und mit Bewilligung des Konrad von Schlüsselberg schon am 8. Mai 1319 dem Kloster Langheim verkauft hatte.⁶⁾ Endlich am 5. Juni 1330 eignet er nach erfolgtem Verzicht des Dezelin von Weismain, des Sohnes des verst. von Turn, dessen Güter, und zwar eine Wiese in der Döluz (Töluz?) bei Weizbach, einen Acker, gen. Rinbeunth bei Weismain, sowie vier Aecker daselbst dem Kloster Langheim.⁷⁾

¹⁾ l. c. 270. h. B. Bbg. 23. 53. 54.

²⁾ l. c. 53.

³⁾ l. c. 67. R. b. 5. 375.

⁴⁾ h. B. Bbg. 23. 67.

⁵⁾ h. B. Bbg. 7. 159. 23. 81. R. b. 6. 132.

⁶⁾ l. c. 406. h. B. Bbg. 23. 71.

⁷⁾ l. c. 89. R. b. 6. 334. Am 4. Febr. 1352 betennt Bischof Friedrich (v. Hohenlohe), daß Heinrich von Waldfels den Zehnt zu Ragbau von der Herrschaft wegen des v. Schlüsselberg sel., seines Oheims dem Kloster geschenkt hat. R. b. 8. 235. h. B. Bbg. 24. 20. Zu bemerken ist, daß Stein Gesch. Frankens 2. 425 wohl irrig mittheilt, daß Bischof Friedrich am 26. Dezember 1351 gestorben ist.

Der meisten Zuwendungen hat sich ohne Zweifel das Cistercienser Frauenkloster Schlüsselau (Seppendorf), welches von Eberhard II von Schlüsselberg, wie schon erwähnt, etwa 1260 angefangen und gegen 1290 von Eberhard III weiter ausgebaut und in brauchbaren Stand gesetzt worden ist, welches zudem zwei Mitglieder des Schlüsselberg. Geschlechtes, Gisella und Anna, viele Jahre als hochangesehene Aebtissinnen gehabt und verehrt hat, von Seite des Konrad von Schlüsselberg zu erfreuen.

Am 5. Januar 1323 hat derselbe diesem Kloster seine Güter zu Rodechau, Wiesenndorf, Grub (vielleicht Neuhaus bei Adelsdorf), Niedergrub, Serlbach und Wentelberg,¹⁾ am 31. Mai 1324 alles Recht, welches er zu Uttstatt hat, sowie die Hube zu Oberndorf, welche Heinrich Truchseß von Neuwensdorf von ihm zu Lehen trug,²⁾ endlich am 26. Juli 1330 das Gut des Ulrich von Ensfels (Eisch, Eiske) zu Uttstatt völlig zu Eigen gegeben.³⁾ Am 16. Juni 1330 schenken Friedrich der Teczlein und Dietrich, der Koch, Bürger zu Forchheim, ihr Zinsgut zu Glemswerde mit Einwilligung ihres Herrn Cunrad von Schlüsselberg dem Kloster.⁴⁾ Am 5. Juni 1339 erteilen die Schöffen zu Nürnberg in der Streitjache des Klosters, vertreten durch Bruder Heinrich, Meister desselben, mit den Bürgern Ulrich und Bertholt Haller von Nürnberg wegen des Zehntes zu Rodweinsdorff⁵⁾ bei Schlüsselau, welcher dem Edelien Herrn Chunrat von Sluzzelberg zu Lehen geht, Urteil dahin, daß die Kinder des Johann Zollner sel. Bürger von Bamberg, diesen Zehnt aufzugeben haben, weil deren Vormund, die beiden Haller, denselben dem Kloster verkauft

¹⁾ R. b. 6. 80.

²⁾ l. c. 136.

³⁾ l. c. 339. cf. R. b. 8. 197.

⁴⁾ l. c. 335.

⁵⁾ Wohl Röbersdorf.

hat; dies sollen die Kinder auch thun, wenn sie zu ihren Tagen kommen.¹⁾

Dem Kloster Speinshart hat Konrad von Schlüsselberg schon am 29. September 1308 einen Hof zu Buchelberg, bisher von einem gewissen Partuns (wohl Parsberg) bewohnt, welchen die Edelen Ulrich und Friedrich von Bernstau verkauft haben, zu Eigen gegeben,²⁾ sowie ferner am 15. März 1339 den halben Hof zu Buchelberg, welchen Marquard von Erlwach dem Kloster abgetreten hatte.³⁾

Wenn wir schließlich das Leben des letzten Sprossen des Geschlechtes der Schlüsselberg überblicken, so war dasselbe ein ziemlich bewegtes und tatenreiches. Noch jung an Jahren kämpft derselbe 1304 in der Fehde des Grafen Warby mit dem Grafen Berthold von Henneberg bei Gauerstatt mit; gegen 1310 gab es wieder eine Fehde mit dem Bischof Wulfig von Bamberg. Als sich der Pfalzgraf Ludwig, Herzog von Bayern, seiner jugendlichen Vettern in Niederbayern gegen ihren mit dem Herzog Friedrich von Oesterreich verbündeten Adel tatkräftig annahm, eilt ihm Konrad aus dem fernen Franken zu Hülfe und trägt am 9. November 1313 bei Gamelsdorf mit seinen Reitern wesentlich zum Siege bei. Von nun an mit dem Pfalzgrafen aufs engste verbunden, gehört Konrad nach dem Tode des Kaiser Heinrich VII bei den Vorbesprechungen der

¹⁾ Oesterr. Mündl. im Hambg. Arch.

²⁾ l. c.

³⁾ R. b. z. Nov. 1358 erkennt Bollolt von Tann, Landrichter zu Sulzbach, auf dem Landgerichte zu Plech, zu Recht, daß der Propst des Klosters Speinshart nachgewiesen hat, Herr Gottfried von Schlüsselberg habe seinem Kloster den Hof zu Buchelberg — auf welchem Friedr. Schuler aufsteht, mit Gunst des Dietrich von Parsberg, welchen denselben Hof von des von Schlüsselberg wegen zu verleihen hatte — zu Eigen gegeben. Speinsh. Fund. Buch. f. 93. R. b. 8. 402.

Wahl des Nachfolgers zu den einflußreichsten Beratern des Pfalzgrafen und begleitet denselben am 14. Oktober zur Wahl eines neuen Königs nach Frankfurt. In dem alsbald beginnenden und viele Jahre fortgesetzten Kampfe des R. Ludwig mit dem Gegenkönig Friedrich, seinem alten Gegner, finden wir denselben stets auf Seite des Ersteren mitkämpfend, so bei Augsburg, Büchelsteden und am 19. September 1316 zu Eßlingen bei dem blutigen Reitergefechte im Neckar. Bei Ampfing und Mühlsteden war ihm am 28. September 1322 von dem König das große Reichsbanner anvertraut worden; sein und des Burggrafen Friedrich von Nürnberg mutiges Eingreifen in das Gefecht waren so wirksam, daß das Heer des Oesterreichers völlig aufgelöst und er selbst mit dem größten Teile seiner Ritterschaft gefangen genommen wurde.

Im Jahre 1327 schloß sich Konrad dem König Ludwig auf seinem Römerzuge an; nur nach schweren Kämpfen, insbesondere vor Mailand und Pisa, gelangte Ludwig endlich nach Rom und ließ sich dort am 17. Januar 1328 zum Kaiser krönen. Die vielen dort unter Buziehung Konrads als Zeugen errichteten Urkunden und Gnadenurlasse beweisen zur genüge, daß derselbe zu Rom zur engsten Umgebung des Kaisers gehört hat. Die Lage des letzteren war bald sehr kritisch, ja derselbe war bei der allmählig beginnenden Zügellosigkeit seines Heeres und den fortgesetzten Angriffen seiner stets wachsenden Feinde im Frühjahr 1329 zum Rückzug in die Lombardei gezwungen; am 28. Juni treffen wir ihn zu Pavia so entblößt von Mitteln, daß er von Konrad 6000 Gulden entlehnt.

Wenn wir nach diesem Rückblicke auf das Leben des Konrad von Schlüsselberg und dessen Schicksal in den nächsten Jahren zurückkehren, so mag dies in solchen ein ziemlich ereignisloses gewesen sein, wohl weil es dem Kaiser Ludwig

gelungen war, am 1. Juli 1340 für Franken ein Landfriedensbündnis zu stande zu bringen, welches bis zwei Jahre nach seinem Tode fortgelten sollte.¹⁾ Schon wenige Jahre später erhoben sich zu Würzburg Mißthelligkeiten zwischen dem Bischof Otto und seiner Bürgerschaft, weil deren Rat beschlossen hatte, daß kein Bürger einen Boden oder einen Keller an einen Geistlichen verkaufen oder vermieten soll, da letztere davon keine Steuer zahlen wollten. Während die genannte Stadt die Städte Rothenburg und Windsheim, sowie den Konrad von Schlüsselberg um Beistand gegen ihren Bischof anging,²⁾ schloß dieser am 15. April 1344 zu Pfarrkirchen bei Schweinfurt mit dem Grafen Heinrich dem Jüngeren von Henneberg und den Burggrafen Gebr. Johann und Albrecht von Nürnberg einen Bund zum gegenseitigen Schutz ihrer Lande und Leute gegen den Edlen Konrad von Schluszelberch und die Städte Würzburg, Nürnberg, Rothenburg und Windsheim.³⁾ Indesß kam schon am 20. Oktober ein Vergleich zu stande, wornach die beiderseitigen Rechte bleiben, indesß nur solche gelten sollten, worüber die Bürger Briefe haben.⁴⁾

Der Friede war nur von kurzer Dauer, das Landfriedensbündnis von 1340 war machtlos, die langjährigen, auf Verwandtschaft beruhenden, guten Beziehungen mit den Burggrafen von Nürnberg bestanden nicht mehr, ja es scheint beinahe, daß gerade diese auf eine Gelegenheit warteten, dem Schlüsselberger zu beweisen, daß die Macht auf ihrer Seite sei.

Etwa 1347 traf Konrad von Schlüsselberg Anstalten, das Thal zwischen seinen Burgen Reideck und Streitberg

¹⁾ Stein Gesch. Frankens. I. 350.

²⁾ I. c. 354.

³⁾ Mon. Zoll. 5. Nr. 120. Mon. h. 41. 54. R. h. 8. 11. Loosch. 5. 193.

⁴⁾ Stein I. 354. Theoph. Franken Gesch. v. Franken 1755. 6. 131.

und damit die Straße gegen Forchheim und Erlangen durch eine Mauer abzusperren und dort eine Maut anzulegen; indeß fehlt es an urkundlichem Material, aus welchem entschieden werden kann, ob Konrad hiezu berechtigt war. Da hieburch der Handel wesentlich beeinträchtigt wurde, zudem vielleicht die Befürchtung bestand, Konrad werde in Wälde das Geleitrecht durch das dortige Tal ansüben und damit seine herrschaftlichen Befugnisse über Gebühr ausdehnen, erhoben die Burggrafen dagegen, wie nach dem späteren Auftreten anzunehmen ist, Einsprache, zumal denselben von altersher das Geleitrecht über Erlangen nach Nürnberg bis an die Tore der Stadt Weißenburg zustand.¹⁾

Sehr bald verbündeten sich die Burggrafen Johann und Albrecht von Nürnberg²⁾ mit dem Bischof Albrecht (von Hohenlohe) zu Würzburg und dessen Bruder, dem Bischof Friedrich zu Bamberg,²⁾ und zogen 1347 gegen Konrad zu Feld. Fast scheint es, daß derselbe durch dieses Vorgehen überrascht wurde, wir erfahren auch nicht, daß ihm Freunde zu Hülfe gekommen sind. Zu schwach mußte er der Uebermacht weichen, ohne es auf einen Kampf in offener Feldschlacht ankommen zu lassen. Er zog sich daher in seine Burg Reideck zurück, obwohl er befürchten mußte, dort bald durch Mangel an Lebensmitteln zur Uebergabe gezwungen zu werden.

Das Schicksal wollte es anders; am 14. September 1347 wurde er, auf den Mauern seiner Burg stehend, von

¹⁾ Mon. Zoll. 6. Nr. 4:4 R. b. 12. 2. Lammers Gesch. von Erlangen. S. 31. Oesterr. Nebenst. S. 11. Reideck S. 3.

²⁾ Die Burggrafen sind Söhne des Burggr. Friedrich IV (gest. 1332), eines Bruders der Burggräfin Elisabeth, verm. mit Eberhard II, dem Vater des Konrad I; der in Urkunden oft vorkommende Beisatz „Oheim“ ist daher in sehr weitem Sinne gebraucht.

einer feindlichen Pleide, Steinschleuder, erreicht und schwer verwundet, sodaß er alsbald starb.¹⁾

So fiel Konrad von Schlüsselberg, der letzte Sprosse seines edlen Geschlechtes in seiner Burg, niemand erhob sich, um auf Grund der Landfriedensordnung von 1330 gegen den oder die Friedensstörer vorzugehen, keiner der früheren Kampfgenossen kam ihm zu Hülfe, der Kaiser, welchem er so viele Jahre und in so schweren Kriegen auf's treueste beigestanden hatte, war machtlos — die Sieger, von Niemand gehindert, besetzten rasch das Gebiet und die Burgen des verstorbenen Gegners — was, da die Erben, bezw. Schwieger söhne Konrads ziemlich entfernt von Franken lebten, um so leichter geschehen konnte, weil Kaiser Ludwig ihm schon am 11. Oktober 1347 im Tode gefolgt ist und sein Nachfolger König Karl IV geraumer Zeit bedurfte, bis er zur vollen Macht gelangte und Mittel besaß, Friedensstörer zur Ruhe zu bringen.

Konrad von Schlüsselberg wurde im Kloster Schlüsselau beigesetzt,²⁾ obwohl ein Gedenkstein für ihn nicht hergestellt

¹⁾ Item an. dom. 1300 vnd in dem 47 jar an des heil. creucztag als es erhoben ward, da ward der von Sluzzelberg erworfen auf Neydeck. Chron. deutsch. Städte. 1. 349. An dom. 1347 jar wart der von Schluszelberg erborfen mit einer pleiden, was an des heil. Creutztag, als es erhoben ward. l. o. Nürnberg. 4. 124. Ähnliche Nachrichten finden sich in den Annal. Henr. Rebdorf, abgedruckt in Böhmer Fontes rer. germ. 4. 531, sowie in Falkenstein antiqu. Nordgav. 3. 144. cf. b. B. Bbg. 19. 98. Im Liber antiqu. unter Burggraf Johann 1398 findet sich folg. Mitteilung: Die Beste Habenstein ist der Herrschaft (der Burggrafen) und ist an sie kommen von dem von Schlüsselberg, den dye vnd Neydeck dye Beste belagert hatte, dareynen derselbe von Schlüsselberg mit einer Pleiden erworffen wurde. Ähnliches befundet am 23. Januar 1408 Fritz Newerstetter, burggräfl. Amtmann zu Baiersdorf. Mon. Zoll. 6. Nr. 414.

²⁾ Loosb. 3. 275.

worden zu sein scheint; von seinen Töchtern wurde eine Gült von jährlich 40 Pfund Heller dort als ausgeschiedenes Seelgeräte für ihn bestimmt.¹⁾

Ronrad war zweimal verhehlicht und zwar

1. mit einer Frau, deren Geschlechtsname niemals in Urkunden genannt ist,²⁾
2. mit Agnes Gräfin von Württemberg; dieselbe war in erster Ehe mit dem Grafen Ulrich IX von Helfenstein, gest. 1326, vermählt.

Kaiser Ludwig bestätigt denselben am 20. Oktober 1331 zu Augsburg einen Anteil von 1200 Mark Silber an jenen 2000 Mark, für welche die Feste Spizenberg denen von Helfenstein von dem Reiche verpfändet war.³⁾ Aus dieser ersten Ehe der Gräfin Agnes — einer Tochter des Grafen Ulrich des Jüngeren (gest. 1344) und der Gräfin Sophie von Pfirt — stammt ein Sohn, Graf Ulrich XI von Helfenstein, welcher sich mit Beatrix von Schlüsselberg, Tochter Ronrads, noch zu Lebzeiten desselben verhehlicht hat.⁴⁾ In welchem Jahre Gräfin Agnes mit Ronrad zu einer zweiten Ehe schritt, ist nicht bekannt, jedenfalls geschah es nach 1331.⁵⁾

¹⁾ Wieland l. c. Reg. Nr. 39 und 4'.

²⁾ In Cohn Stammtafel Nr. 74 und 91 ist Leulandis von Bollern als erste Gemahlin des Ronrad III bezeichnet, während dieselbe Leul. mit Ronrad I von Schlüsselberg vermählt war. cf. S. 53.

³⁾ Böhmer Reg. Add. III. Nr. 3321. Stälin. S. 664. Böhmer *acta imp. selecta* Nr. 747.

⁴⁾ Auf ihre Tochter Anna Gräfin Helfenstein, gest. 1391, verm. mit Herzog Friedrich von Ted, ist zurückzukommen.

⁵⁾ Sie scheint nicht unvermögend gewesen zu sein, da sie am 27. März 1349 von den Grafen Eberhard und Heinrich von Werdenberg einen Hof zu Suntan um 2400 Pfd. Heller gekauft hat. B. h. S. 156.

Die verwitwete Agnes von Schlüsselberg¹⁾ hat bei ihrem Sohne, dem Grafen Ulrich XI viele Jahre gelebt und ist, 46 Jahre nach Konrads Tod, am 12. Februar 1373 gestorben.²⁾

Ihre Ehe mit Konrad blieb kinderlos, während aus dessen erster Ehe drei Töchter Richza, Agnes und Beatrix hervorgegangen sind.

13. Güterstand

des Konrad III von Schlüsselberg.

Als besonders wichtige Besitzungen Konrads sind folgende anzuführen:

1. Die Reichslehen, richtiger die Reichs-Pfandschaft im jetzigen N. G. Hersbruck, nämlich Tauchersreuth, Güntersbühl, Neuhof (Neunhof), Schöllnbach (N. G. Erlangen), Simmelberg, Gabelmühle, endlich wohl auch der große Forst bei Welden, sämtlich am 1. Januar 1279 dem Großvater Konrads, Ulrich III, von dem Kaiser Rudolf für 500 Pfd. Heller verpfändet,³⁾

2. die Reichsherrschaft Tunsfeld, später Schlüssel-
feld, von R. Ludwig in der Urkunde vom 25. Juli 1342 als eine Reichsherrschaft erklärt⁴⁾, zu welcher Otlaßdorf (Altelsdorf, wohl zu unterscheiden von Otlohesdorf, Abels-
dorf), Elsendorf, Rumbach, Wassenfelden und Stradenberg gehörten,

¹⁾ Der Benediktiner Oswald zu Abauien a. d. Brenz traf in ihrem Besitze die Handschrift des etwa 1270--1286 erschienenen Rechtsbuchs „Schwabenspiegel“ vor und fertigte 1356 eine lateinische Uebersetzung dieses laif. Landrechtes an. Sitzgeber. der laif. Akad. in Wien 1889. Bd. 119. X. 55. cf. München Gelehrter Anzeiger 1841 Nr. 130. S. 14.

²⁾ Agnes v. Schlöff. ist in Blaubeuren begraben. Sattler Gesch. d. Herzogt. Württ. 2. 84. 110. Sattler Württ. unter d. Grafen 1. 78. 102. Körber Gesch. d. Grajen Helfensf. S. 49.

³⁾ cf. S. 42.

⁴⁾ cf. S. 113.

3. die Beste Senftenberg¹⁾ mit Gütern zu Alten-
dorf, Buttenheim, Friesen, Gunzendorf, Hirschfeld, Kalten-
eggoldsfeld, Kemmern, Mistendorf, Pfaffendorf, Stadendorf,
Stübig, Tiefenpöhl und Zegendorf, sämtlich im A. G. Bam-
berg I, ferner zu Erlach, Röttmannsdorf, Sassenfarth,
Waißendorf, Wißech und Windeck im A. G. Bamberg II²⁾

4. die alte Dithlohesdorfer Herrschaft Adelsdorf,
A. G. Höchstädt, mit Gütern zu Eggolsheim,³⁾ Haid, (Nieder-
haid) Hallerndorf, Juncenhofen,⁴⁾ Neuses, Dösdorf, Schir-
neidl bei Eggolsheim, Seelbach, Utzstatt,⁴⁾ Weippersdorf
und Wiesendorf,

5. die Herrschaft Waischenfeld mit der neuen Burg
Schlüsselberg und dem Burgstall Schlüsselstein bei Ebermann-
stadt mit mehr oder minder namhaften Besitzungen zu Auf-
seß, Dreindorf, Dremuschel (Traumensel bei Ruggerdorf),
Ebermannstadt, Gasseldorf, Greifenstein, Gutteneben, Rug-
gendorf, Rankendorf, Reideck, Oberfellenndorf, Plankenstein,
Preßfeld, Rabeneck, Rotenstein, Sachsendorf, Streitberg, hiezu
Besitzungen im A. G. Dichtenfels zu Altenkunstadt, Caspauer
(Ragbau?), Iseling, Niederndorf, Reuthlein bei Höchstädt,
Seubelsdorf und zu Weiskrain in der Dölitz, im A. G. Regnitz
zu Bezenstein, Biberbach, Hasselbrunn, Hohen Wirsberg, Ra-
benstein, Weitmansgesezze, Willenberg, im A. G. Pottenstein,
die Orte Körbeldorf, Leubeß, Neundorf und Rüchenbach.⁵⁾

¹⁾ Die dort. Burg wurde im Bauernkrieg zerstört; eine reich
dotierte Kapelle, weithin sichtbar, erinnert noch immer an dieselbe.

²⁾ Ob gerade alle diese Ortschaften zu Senftenberg gehört
haben, ist nicht gewiß.

³⁾ Ekkolsheim medietas pertinet ad. dom. Chunradum de
Sluzzelberg ex impignoratione ab ecclesia. Copialb. des Bischofs
Friedrich S. 62.

⁴⁾ R. b. S. 197.

⁵⁾ Bezüglich sehr vieler, hier aufgezählter Orte war dem von
Schlüsselberg nur ein Pfandrecht für die Dauer des betr. Schuldver-
hältnisses eingeräumt; ob dasselbe bei allen 1347 noch bestanden hat,

Dabei ist zu bemerken, daß dem Reichsherrn von Schlüsselberg das Jagdrecht auf allen ihm gehörigen Besitzungen gehört hat und von ihm, sowie seinen Besitzvorfahren nach damaliger Anschauung und Übung im umfassendsten Maaße ausgeübt worden ist. Derselbe stand dabei, wie die S. 103 erwähnte Einigung von 1333 zeigt, mit den benachbarten Burggrafen auf einem ganz freundschaftlichen Fuße.¹⁾

Ueber die Art der Verwaltung der ziemlich zerstreut liegenden Schlüsselberg'schen Liegenschaften, den Ertrag derselben, die Verwertung des Getraides, Holzes, Wildes und dergl., die Zahl seiner Bediensteten, Tor- und Turmwächter, Söldner zc., endlich seinen ständigen oder vorübergehenden Aufenthaltsort ist uns nichts bekannt.

Das Rechtsbuch des Bischofs Friedrich von Hohenlohe (1343—1352) zu Bamberg von etwa 1348, von Probst ungewiß. Dabei wird bemerkt, daß bezüglich der Lage vieler Orte und deren Zuweisung an die dormal bestehenden Amtsgerichte, zumal mehrere derselben jetzt ganz andere Namen führen, keine Gewißheit besteht.

¹⁾ Ueber die Wildbahn in der Gegend von Baißensfeld erhob sich lange nach Konrads Tode Streit. Der bezüglich des Umfangs dieses Rechtes am 10. Oktober 1416 abgehörte Heinrich Groß der Ältere befandete hierüber, daß er von seinem verst. Vater bezüglich der Wildbahn auf der Boppenreut, der Treppenan und auf dem Zeibach erfahren habe, sein Herr von Schlüsselberg sel. sei um die Zeit der Brunst oft mit seinem ganzen Hof, mit Weib und Kindern auf die Boppenreuth über den Hohenbrunnen hi-gezogen und habe dort Haus und Jagd gehalten. Als einmal der Herr von Schlüsselberg auf gen. Brunnen zu Tische saß, sei unvermuthet ein Hirsch herbeigelaufen; da sei der Herr gleich aufgestanden und habe dem Hirsch in Begleitung seines Vaters nachgestellt. Arch. Desherr. Rücklaß im Abg. Arch. Die Burggrafen haben indeß von diesem Rechte keinen Gebrauch gemacht; Cunz Wambacher befundet wenigstens am gen. 10. Oktober, der Burggraf habe niemals auf der Herrschaft und der Wildbahn, welche von dem von Schlüsselberg an das Stijt gefallen sei, weder auf der Boppenreut, noch auf der Treppenan, noch auf dem Zeibach, Gebrauch gemacht. Desherr. l. c.

fessor Dr. Höfler 1852 herausgegeben, gibt neben Giebigkeiten der Bamberg. Stiftsgüter auch nicht wenige vormal's Schlüsselberg. Lehen mit ihrer Belastung bekannt.¹⁾

14. Die drei Töchter des Konrad III und deren Abfindung.

Die Ehegatten der drei Töchter Konrads, z. Bt. seines Ablebens wohl nicht zu Meideß anwesend, waren sonder Zweifel bestrebt, die Erbrechte ihrer Frauen auf die vorhandenen Eigengüter geltend zu machen; es war dies aber um so schwieriger, weil ihnen der Besitz des Verlebten bei dessen großen Umfang wohl kaum ausreichend bekannt war. So manches Eigengut, welches Konrad oder dessen Vorbesitzer als Lehen verliehen hatten, dürfte ihnen entgangen und bei Feststellung ihrer Erbquote nicht in Berücksichtigung gezogen worden sein. Dabei ist ferner beinahe anzunehmen, daß die in der Fehde obsiegenden Fürsten, schon um die gehabtten Unkosten zu decken, sofort die gesamten Gebietssteile des Verstorbenen in Besitz genommen haben, entschlossen, dieselben im Fall Angriffes zu verteidigen und den Töchtern Konrads möglichst wenig herauszugeben.

Dazu kam aber noch, daß König Karl IV, welcher erst am 11. Juli 1346, nach Absetzung des Kaiser Ludwig, zur Regierung gelangt war, zur kritischen Zeit noch nicht so

¹⁾ Hohenl. Rechtsb. z. B. Altendorf. S. 275. Bezenstein S. 162. Buttenheim. S. 275 318. 322. Ebermannstadt. S. 139. 181. 275. 291. Eggolsbrim. S. 192. 272. 275. 315. 321. Friesen. S. 90. 104. 131. 134. 136. Gasseidorf. S. 276. Greif-nstein. S. 87. 88. 150. Gunzendorf. S. 220. Forb. S. 132. 135. Misenhof. S. 65. Mischberg. S. 186. 187. Nankendorf. S. 244. Meideß. 275, 291. 311. Pfaffenndorf. S. 131. 135. Poppentromus. S. 78. Preshfeld. S. 193. 280. Rotenstein. S. 303. Sachsendorf. S. 154. 157. 309. Senftenberg. S. 315. 321. 372. Seubelsdorf. S. 77. Steinigwasser. S. 169. Schirneidl. S. 105. 320. Streitberg. S. 311. Waischenfeld. S. 72. 77. 84.

stark gewesen ist, dieser Okkupation energisch entgegen zu treten, ja daß er sogar den gen. Burggrafen von Nürnberg, zum Dank ihrer Unterstützung bei seiner Wahl zum König, die f. g. Reichslehen bei Hersbruck am 31. Oktober 1347 verliehen hat.

Leider ist das Urkundenmaterial, welches bisher bezüglich der zum Rücklaß Konrads gehörigen Besitzungen bekannt geworden ist, vorläufig noch sehr mager, sodaß es nicht möglich ist, sich in dieser Beziehung ein völlig klares Bild zu machen, zumal wohl auch so mancher bauerlicher Besitzer eines Schlüsselberger Lehens die Gelegenheit benützt haben mag, die obwaltende Lehensseigenschaft zu verschweigen und sich dadurch zu einem freien Besitzer zu machen.

Uebergehend zu den drei Töchtern Konrads, so war

1. Richza

schon frühzeitig, etwa 1326 mit dem Grafen Günther XVI von Schwarzburg zu Wachsenburg (geb. 1305, gest. 1354) vermählt;¹⁾ am 24. November 1326 bekunden nämlich beide Ehegatten, daß sie auf alles Eigengut ihres Vaters bezw. Ewehers Verzicht leisten, wobei sie versprechen, daß sie, wenn er sein Gut Jemand Anderem befehle, daran gebunden seien,²⁾ eine Erklärung, welche notwendig voraussetzt, daß Richza von ihrem Vater ausgestattet worden ist. Am 17. September 1339 gibt Graf Günther als Lehensherr seinen Konsens, daß Alheid, Wirtin des verst. Otto von Aufseß, den ihm lehenbaren Zehnt zu Aufseß nach Wort derer von Aufseß zum Genuß haben soll.³⁾ Augenscheinlich ist hier ein Lehen in Frage, welches Gräfin Richza von

¹⁾ König Geneal. v. Schwarzburg. Taf. 4. Cohn Geneal. Taf. 178.

²⁾ Hamb. Priv. Buch 1480 f. 61. Lib. priv. Bamb. a. 2. f. 48.

³⁾ R. b. 7. 259. b. B. Oberfr. 1. 1. 176. Aufseß Gesch. v. Aufß. S. 112.

ihrem Vater erhalten und in die Ehe mitgebracht hat, da nicht abzusehen ist, aus welchem anderen Anlasse Graf Günther in dem von seiner Heimat so entfernten Orte Aufseß einen Zehnt bejessen haben soll.

Anlangend den Erbfall, so geben Graf Günther und seine Wirtin Richza am 14. Februar 1348 eine Erklärung ab, daß sie dem Bischof Friedrich von Bamberg ihren Teil an Streitberg¹⁾ und was dazu gehört, sowie Waißchenfeld Burg und Stadt um 3000 Pfd. Heller verkauft haben und diese Orte acht Tage nach Walburgi dem Bischof übergeben werden. Weil aber Bischof Friedrich diesen Betrag nicht baar bezahlen kann, erklären die gen. Ehegatten ferner, daß sie den Anteil Konrads an Streitberg, sowie Burg und Stadt Waißchenfeld von dem Bischof um 3000 Pfd. gegen Rückkauf um die gleiche Summe gekauft haben, es sollen aber inzwischen beide Orte des Bischofs offenes Haus sein.²⁾

Schon drei Monate später am 9. Mai 1348 verkaufen zu Bamberg Graf Günther und seine Wirtin Richza, sowie Agnes von Plauen, Witwe des Heinrich von Plauen, dem gen. Bischof die Burg und Stadt Waißchenfeld (der verabredete Wiederverkauf), die Burg Reideck mit Wiesen und Aedern, den Teil von Streitberg und von Greifenstein, welcher dem verst. Konrad gehört hat, die Burg Rabeneck,³⁾ ferner Otelstorf und was dazu gehört, alles, was er dies- und jenseits der Regnitz gehabt hat, Viberbach, den

¹⁾ Am 10. Januar 1348 schließen die v. Streitberg mit dem Graien einen Burgfrieden ab, welcher mit dem Vertrag vom 9. Mai ejusd. außer Kraft trat. Oesterr. Streitberg. S. 6.

²⁾ Loosb. S. 216.

³⁾ Die Gebrüder Otto und Hermann von Rabenstein geloben 1353 den Burggrafen Johann und Albrecht mit ihrer Beise Rabeneck zu dienen. Mou. Zoll. S. Nr. 300. Dieselben haben mithin diese Befte erworben.

Bezenstein, Neunhof¹⁾ und die dazu gehörigen Dörfer, welche er von dem Reiche (im Pfandbesitz) hatte, um 14600 Pfd. Heller.²⁾ Am 3. April 1376 erkennen Graf Johann von Schwarzburg und sein Sohn Günther den am 9. Mai 1348 von dem Grafen Günther, ihrem Vater bezw. Großvater, und der Gräfin Richza mit dem Stifte Bamberg über einen Teil des Güternachlasses des verstorb. Konrad v. Schlüsselberg abgeschlossenen Kaufvertrag als zu Recht bestehend an.³⁾

Einige Jahre nachher entstanden zwischen dem Bischof Leupold und dem Grafen Günther von Schwarzburg, dessen Wachsenburg ist, nicht unerhebliche Streitigkeiten; es scheint, daß der Graf hierbei im Unrecht war, weil Kaiser Karl zu Braunau am 4. Oktober 1354 dem Bischof gestattet hat, alle Burgen und Festen, welche gegen ihn auf dem Gute seiner Kirche erbaut sind, abzubringen und zu zerstören, sowie sich gegen den Grafen Günther, wenn derselbe deshalb kriegen wollte, zu wehren.⁴⁾ Angeblich vor 1365 — es wird wohl früher gewesen sein — trat Graf Günther neuerlich mit Ansprüchen als Schlüsselberg'scher Erbe gegen das Stift auf und kam es zu viel Kämpfen, wobei viel Volks umkam oder in Gefangenschaft geriet, endlich soll es dem Burggrafen Friedrich, dem Grafen Heinrich von Truhendingen und dem Grafen Berthold von Henneberg 1365 gelungen sein, die streitenden Teile zu versöhnen.⁵⁾ Am 9. April 1376 bestätigt Bischof

¹⁾ Das am 1. Jan. 1279 für Ulrich von Schlüsselberg bezüglich des Betrags von 500 Pfd. Heller erteilte Pfandrecht bestand wohl noch fort. cf. S. 42.

²⁾ Hamb. Privil. Buch. 1480 f. 64. Stumpf hist. Arch. 2. 33. 79. Boockh. 3. 216. Graf Günther XVI. ist, wie erwähnt, 1354 gestorben. Cohn Taf. 178.

³⁾ Stumpfi l. c. Jüd Jahrb. 155. Die Gräfin Richza ist inzwischen mit Tod abgegangen.

⁴⁾ R. h. 8. 302.

⁵⁾ Schönb. u. Kreib. dipl. et script. h. germ. medii aevi. I, 243. cf. 239. 244.

Lamprecht dem Grafen Johann nicht nur das Burggut zu 20 Pfd. Geldes, welches ihm Bischof Friedrich 1365 verschrieben hatte, sondern sichert ihm und seinen Erben aus seiner Kammer jährlich 100 Pfund zu Lichtmeß zu einem Erbgut zu, wogegen derselbe die Burghut zu Kronach mit einem ehrbaren Rncht, welcher Wappensgenosse sein muß, als ein getreuer Burgmann zu besorgen verspricht.¹⁾ Im Jahre 1380 geriet Bischof Lamprecht wegen der erwähnten Erbschaft wieder mit dem Grafen von Schwarzburg in eine Fehde, welche indeß nach einigen Gesechten am 16. November 1380 durch Heinrich von Gera²⁾ wieder beigelegt wurde.³⁾

Für die Gräfin Richza, welche vor April 1376 gestorben ist, war, wie oben erwähnt wurde, s. B. im Kloster Schlüßelau ein Jahrtag „für Frau Rayzia von Schwarzburg am nächsten Tag nach dem Obersten (7. Januar)“ gestiftet worden.⁴⁾

¹⁾ Schönb. u. Kreibz. I. 247. Bemerkt wird, daß Burggraf Friedrich am 6. August 1377 die Stiftsfähigkeit des Grafen Johann von Schwarzburg, wie folgt, bestätigt: *agnovisse recolimus, quod dicti Johannis pater, Johannes comes de Swarzburg ex nobili Gunthero comite de Swarzburg et ex matre, filia Heinrici (recte Conradi) comitis (?) de Sluzzelberg, mater vero Johannis junioris predicti ex Boppone comite de Henneberg patre, ex matre vero filia comitis de Wertheim rite traxerint clarum ortum.* Mon. Zoll. 4. Nr. 365.

²⁾ Schon am 3. Mai 1348 hat Graf Günther von Schwarzburg seinem Eidam Heinrich von Gera, Herrn zu Lobenstein seine Lebenschaft, Bürger und Gebane, wie die von dem von Schlüßelberg sel. aus Franken und auf dem Bambergischen Gebirge an ihn und seine Eltern als freies Eigentum gekommen sind, erblich überlassen. Gera. Fürstl. Neuß. Arch. Lobensteiner Intellig. Blatt. II. 1794. S. 27. Welche Güter mögen hiermit gemeint sein?

³⁾ Würdinger Kriegsgesch. I. 101. Würb. Städtekrieg. S. 27. Am 11. Dez. 1380, 11. Jan. 1381 und 18. Juni 1382 schließen die fränkische Bischöfe neue Bündnisse mit den Grafen von Schwarzburg ab. Loosch. 3. 371. 372.

⁴⁾ Loosch. 3. 218.

2. Agnes.

Am 18. August 1333 hat Agnes mit Zustimmung ihres Ehemanns Heinrich VII von Plauen des Ältesten, des Langen, Herrn Heinrichs von Plauen (Sohn,¹⁾) auf alles erbliche Gut ihres Vaters Conrad von Sluzzelberg, einerlei ob Eigen oder Lehen, Verzicht geleistet. Zeugen sind: ihr Schwager Heinrich der Ältere, Vogt von Weida, Albrecht von Meiperg, Konrad von Milen, Ritter, Friedrich von Streitberg, Heinrich der Stiber, Heinrich der Grotz, Hermann von Mobschiedel, Ulrich von Rufenbach.²⁾

Daß Agnes am 9. Mai 1348, damals schon Witwe, zugleich mit ihrer Schwester Richza die Herrschaft Baißchenfeld, Reideck u. a. m. dem Bischof Friedrich von Bamberg um 14600 Pfd. Heller, soferne diejer Ziffer richtig ist, verkauft hat, wurde schon erwähnt; hievon wird ihr wohl ein Drittel von ca. 4866 Pfund gehört haben. Einige Jahre später ist Agnes mit dem Grafen Hermann von Weichlingen zu einer zweiten Ehe geschritten. Sie scheinen bemüht gewesen zu sein, den erwähnten Rauffschilling baar einzuziehen und sind zu diesem Zweck mit dem Domstift Bamberg in Unterhandlungen getreten und zwar mit Erfolg. Beide Ehegatten bekunden am 14. Juli 1352, daß sie die Beste Plankenstein (A.-G. Ebermannstadt) und die Herrschaft Schlüsselberg, welche ihnen von dem Bischof Friedrich für 4000 Pfund verpfändet waren — ein kleiner Teil ihres Rauffschillingsanteiles war wohl bezahlt oder anderweitig sicher gestellt — mit 1000 Pfd. von der Verpfändung frei geben. Der Rest von 3000 Pfd. soll in

¹⁾ Sohn Stammtafel Nr. 187.

²⁾ Lib. privill. Bamb. 2. 48 b Bamb. Privill. Buch. 1480. A. 2—3. rep. 27. S. 61. Schmidt. Urk. Buch d. Vögte v. Weida. 2. Nachtr. Nr. 70. S. 641. Heinrich v. Plauen hatte auch Anteil an der Burg Greifen: ein. cf. S. 123.

näher bestimmten Fristen ihnen zurückbezahlt werden; sind hievon 2000 Pfund bezahlt, so wird die Weste Plankenstein dem Stift frei übergeben; sollte aber dieser Betrag an den bestimmten Fristen nicht bezahlt werden, so hat der Bischof 400 Pfund Heller mehr zu bezahlen. Zahlt endlich der Bischof die letzten 1000 Pfund nicht rechtzeitig zurück, so hat derselbe an die Weichlingen 150 Pfd. mehr zu bezahlen.¹⁾

Graf Hermann ist vor 1376 gestorben; die Zeit des Ablebens seiner Hausfrau Gräfin Agnes ist nicht bekannt. Auch für diese war im Kloster Schlüßelau ein Jahrtag gestiftet; eine alte Aufzeichnung sagt hierüber: „Für Frau Anna (r. Agnes) Pechlich (v. Weichlingen) am dritten Tag nach Unserer Frauentag Wurzweih. (18. August).“

3. Beatriz.

Die dritte Tochter des Konrad von Schlüßelberg, Beatriz, war mit Ulrich XI dem Jungen Grafen von Helfenstein, einem Sohne des 1326 verstorbenen Grafen Ulrich und der Gräfin Agnes von Württemberg (in II. Ehe wie erwähnt, mit dem eben gen. Konrad III von Schlüßelberg verehelicht), verheiratet; die Zeit der Vermählung ist indeß nicht bekannt.

Erst im Jahre 1349 fand die Erledigung der Schlüßelberger Rücklassache mit dem Stifte Bamberg statt. Am 21. Februar 1349 bekunden nämlich Agnes von Helfenstein, Witwe des Konrad v. Schlüßelberg — sie führt also hier den Geschlechtsnamen ihres ersten Ehemanns Ulrich v. H. —, sowie Ulrich XI der Junge Graf von Helfenstein, endlich Beatriz, dessen Hausfrau, daß ihnen der Bischof Friedrich von jenem 3000 Pfund — also die gleiche Summe,

¹⁾ Hamb. Priv. Buch. 1480 f. 62. Loosb. 3. 217. Fast scheint es, daß der 1343 vereinbarte Kaufschilling sich nur auf 12000 Pfd. belaufen hat, man müßte denn annehmen, 2600 Pfd. seien baar bezahlt oder anderweitig sicher gestellt worden.

welche Graf Günther 1348 und Graf Weichlingen 1352 als Rauffschillingsanteil bezeichnet haben — den Betrag von 1500 Pfund Heller bezahlt hat, welche ihnen derselbe und sein Gotteshaus schuldig war.¹⁾

Die Gräfin Beatrig, bei welcher ihre Stief- und Schwiegermutter Agnes viele Jahre gelebt hat, ist am 24. Januar 1355 zu Königsbrunn gestorben.²⁾ Auch für Beatrig war, wie für ihre Schwestern, ein Jahrtag im Kloster Schlüssellau gestiftet worden; die betr. Aufschreibung lautet: „Für Frau Beatrig von Helfenstein am nächsten Tag nach der Verkörung (conversio Pauli) Pauls“, mithin 26. Januar.

Die Zeit des Ablebens des Grafens ist nicht bekannt, er mag vor 1361 gestorben sein.²⁾ Aus der Ehe stammt eine Tochter, Gräfin Anna von Helfenstein, gest. 1391, vermählt mit dem Herzog Friedrich von Teck, gest. 1390, auf welchen zurückzukommen sein wird.

15. Verfügung über die Güter des Konrad von Schlüsselberg.

König Karl IV hat sehr bald nach dem Ableben Konrads über einen Teil der Güter desselben verfügt, und zwar augenscheinlich ohne deshalb mit den Töchtern des Verstorbenen in Benehmen zu treten. Als er nämlich im Oktober 1347, nachdem wenige Wochen vorher auch Kaiser Ludwig gestorben war und er selbst trachten mußte, im Reiche endlich zur vollen Anerkennung seiner Würde zu gelangen, nach Nürnberg kam, wollten ihm die dortigen Burggrafen Johann und Albrecht nicht huldigen und ließen sich hierzu erst dann herbei, als er ihnen seinen Schutz verhiess und zusicherte, er werde sie bei ihren Rechten und Herrschaften belassen; dagegen versprachen die Burggrafen, ihm alle Zeit

¹⁾ l. c.

²⁾ Kertler Grafen Helfenst. 66. cf. 49. 60. 65. Stälin 3. 665.

als einem Römischen König gehorsam zu sein und ihm wider seine Feinde beizustehen.

In Anerkennung dieser Bereitwilligkeit, seine Regierung zu befestigen, schenkte der König den beiden Burggrafen von Nürnberg 14000 Mark Silbers¹⁾ und belehnte dieselben überdies am 31. Oktober 1347 „zu Feld vor Nürnberg“ mit den Lehenschaften, die der Edel man Chunrat von Sluzgelberch selige von dem Reiche gehabt hat auff den Dörfern zu dem Newenhof, zu Tauchensreut, zu Gunterspühel, zu Obern Schellenbach vnd zu Nyder Schellenbach, zu dem Hof zu dem Simbell Berge vnd zu der Gabel Mül, vnd die Habergülte in den Dörffern dar umb gelegen mit Gerichten.²⁾

Es sind dies jene Güter, welche K. Rudolf am 1. Januar 1279 dem Großvater Konrads, Ulrich III von Schlüsselberg, welchem er damals für geleistete Dienste 500 Pfund Heller schuldig geworden war, zur Sicherung in Pfandbesitz gegeben hatte.³⁾ Dieses Schuldverhältnis ist, und zwar ohne daß die nachfolgenden deutschen Könige und Kaiser eine hierauf Bezug habende Urkunde erlassen haben, unverändert fortbestehend auf Konrad und damit auch auf seine Erben und Töchter übergegangen. Ungeachtet dessen hat die Urkunde des K. Karl dieses obwaltende rechtliche Verhältnis einseitig verlassen und hat an die Stelle des ursprünglich gebildeten Pfandverhältnisses ein förmliches und klar bestimmtes Reichslehen gesetzt. Von einer Forderung an das Reich und einer Verpfändung von Reichsgütern für solche ist keine Rede mehr,¹⁾

¹⁾ Belzel K. Karl IV 1. 173.

²⁾ l. c. 183. 184. Mon. Zoll. 3. Nr. 178.

³⁾ cf. S. 42.

⁴⁾ Die Nichterwähnung der Forderung zu 500 Pfd. muß, zumal eine Urkunde über Tilgung derselben nicht vorhanden zu sein scheint, nicht wenig auffallen. Haben etwa die Erben von derselben keine Wissenschaft gehabt? Oder haben vielleicht die Burggrafen die Kosten der letzten Fehde den Erben gegenüber *compensando* geltend gemacht?

es geht vielmehr das Reichslehen völlig unbelastet auf die Burggrafen über.

Es wird hier nur noch beigelegt, daß Kaiser Karl zu Rom am 5. April 1355, dem Tage seiner Krönung zum Kaiser, obige Reichslehen den beiden Burggrafen Johann und Albrecht nochmals verliehen und bestätigt hat.¹⁾

Uebergehend zur Teilung der Schlüsselberg'schen Besitzungen durch die Bischöfe von Bamberg und Würzburg, sowie die gen. Burggrafen, so fand solche, nachdem die Töchter Konrads am 8. Mai 1348 und 21. Februar 1349 völlig abgefunden waren und sich die gen. Beteiligten in den Besitz dieser Güter gesetzt hatten, am 12. Mai 1349 zu Spahofen statt, wobei als Zeidinger Konrad von Giech, Bollant von Wisentau, Erkinger von Seinsheim, Burkard von Sedendorf und Burkart Horaus erscheinen und die Teilung betätigen.

Hiebei wurde Folgendes bestimmt:

1. Die beiden Bischöfe, Friedrich von Bamberg und Albrecht von Würzburg, erhalten die Besten Senftenberg und Lünnefeld (letzteres mit Ausnahme der Teile der von Lünnefeld an dieser Beste), ferner Ebermannstadt und Schlüsselfeld, diese jedoch nur in der Art, daß die zu denselben gehörigen Güter, Gülten, Fischwasser und Weiher in vier Teile geteilt werden sollen, von welchen je einer den Burggr. Johann und Albrecht gehören soll, diese indessen für ihre zwei Vierteile von den Bischöfen anderweitig entschädigt werden sollen.

¹⁾ Mon. Zoll. 3. Nr. 324. R. b. 8. 318. Burggraf Friedrich verkauft am 16. Jan. 1405 Tauchensreuth, O. und U. Schölenbach, sowie Simmelberg an den Bürger Berthold Pfünzing zu Nürnberg; sein Bruder Burggraf Johann genehmigt am 31. Mai ejusd. diese Veräußerung. Am 13. August 1405 wird Berth. Pfünzing von dem R. Ruprecht mit diesen Lehen belehnt. Mon. Zoll. 8. Nr. 271, 284 und 294.

2. Die beiden Burggrafen erhalten die Beste Rabenstein¹⁾ mit den dazu gehörigen Waldungen, während die dazu gehörigen Güter gleichfalls, wie vorstehend, geteilt werden sollen, ferner die Beste Bezenstein halb mit den Gütern, welche der Verlebte daran hatte, als er dieselbe mit dem Landgrafen von Leuchtenberg geteilt hat; soferne sich aber ergeben sollte, daß diese Hälfte ein Stift Bamberg. Lehen ist, so müssen die Burggrafen solche von dem gen. Stifte zu Lehen nehmen.
3. Die Burggrafen verzichten auf alle Ansprüche an die Besten Reideck, Streitberg, Greifenstein und Waischenfeld, sowie auf alle hiezu gehörigen Gülten und Leute.
4. Den Burggrafen verbleiben im voraus alle Güter halb, welche in das Gericht zu Neuenhof gehören und welche der von Schlüsselberg von dem Reiche in Pfandschaft gehabt hat; an dem anderen Halbteil sollen die Burggrafen zwei Vierteile, die beiden Bischöfe die anderen zwei Vierteile haben.
5. Die gebrochene Beste Rotenstein²⁾ soll ewig unaufgebaut bleiben; die dazu gehörigen Güter werden geteilt.
6. Das Gut zu Wibeck,³⁾ des Stiftes Bamberg Eigen, soll dem Fritz Blesfink auf Lebensdauer

¹⁾ Nach v. Eyb's Antunftsbuch ist von „Konrad v. Schlüsselburg“ an die Herrschaft kommen: Rabenstein, Bezenstein, Neuenhofe, Neuffel (r. Neufes), Putenhaim und Altenhof. Märker Antunftsbuch 1861. S. 29. Arch. f. österr. Gesch. Quellen. 6. 619. 621. Am 14. und 23. Juli 1329 verzichteten die Brüder Groß auf alle Rechte an die Beste Rabenstein. Oesterr. Rabenst. S. XIII B. b. S. 768. Spätere Eigentümer cf. Rabenst. 16.

²⁾ Vielleicht wurde Rotenstein in der letzten Fehde eingenommen und verwüstet.

³⁾ cf. S. 119.

bleiben, ebenso Hallerndorf, dann sollen aber beide dem Stifte gehören.

7. Zum Seelgeräte für den verstorbenen Konrad von Schlüsselberg soll zum Besten des Klosters Schlüsselau, wo derselbe begraben ist, eine Gült von jährlich 40 Pfd. Heller Zins ausgeschieden werden.¹⁾
8. Zur endgültigen Auseinandersetzung werden Erfinger von Seinsheim, Bollant von Wisentaw, Burkart Horuf, Konrad von Wydenberg und Wyger von Meyenberg als Schiedsrichter aufgestellt.²⁾

Es scheint, daß die Bischöfe von Bamberg und Würzburg geraume Zeit die gemeinschaftliche Verwaltung der ehemaligen Schlüsselberg'schen Herrschaften für zutreffend erachtet haben; indeß gingen dieselben, da manche dieser Besitzungen dem einen oder anderen zu ungünstig und bezw. entfernt gelegen waren, schon im Jahre 1359 daran, Aenderungen eintreten zu lassen und sich zu diesem Zwecke die nötigen Geldmittel zu verschaffen.

Am 7. Dezember 1359 bekundet Bischof Leupold von Bamberg, daß er, um das Kaufgeld zur Gewinnung der Besten des Edelen Mannes Konrad von Schlüsselberg, und zwar von Meibed, Waischenfeld, Senftenberg, dem Anteil desselben an Streitberg, Greifenstein und was zu Lunfeld gehört, zu erhalten, dem Kaiser Karl all seine Teile des Woldner Forstes innerhalb der Pegnitz gegen Sulzbach um 2100 Schoß großer Pfenn. Prager Münze

¹⁾ Bezüglich der Ausführung dieser Bestimmung ist auf die Urk. vom 25. Jan. 1350 zu verweisen. *Albertus episc. herbip. jus patronatus parochiae in Bretfeld monasterio Schlussselauensi speciatiter ob remedium quondam nob. Conradi de Schlüsselberg. dotatoris ejusdem monasterii, concedit. R. b. 8. 185. Loosch. 3. 245, Mon. b. 41. S. VI* Siehe die Urk. der Heiligin Anna und des Bischofs Friedrich von Bbg. vom 1. und 16. März 1350. *R. b. 8. 186, Mon. b. 41. S. VII.*

²⁾ *Mon. b. 41. 391. Mon. Zoll. 3. Nr. 224.*

verkauft und diesen Betrag bereits baar erhalten habe.¹⁾ Da aber diese Summe noch unzureichend war, sah sich Bischof Leupold veranlaßt, dem Kaiser am 26. November 1361 auch seine Besitzungen zu Erlangen um 2225 Pfund Heller käuflich zu überlassen.²⁾

Im August 1363 bekundet Bischof Albrecht von Würzburg, daß er dem Bischof Leupold den seinem Stifte gehörigen halben Teil der Beste Senftenberg um 2400 Pfd. Heller verkauft und diesen Betrag bezahlt erhalten habe.³⁾ Am 25. Februar 1368 veräußert Gerlach von Hohenlohe seinen Teil der Beste Lunfeld⁴⁾ dem Bischof Ludwig von Bamberg um 3600 Pfd. Heller.⁵⁾ Geraume Jahre später am 21. Februar 1384 verkauft Bischof Gerhard von Würzburg die Beste Niedersenftenberg, das Viertel des Dorfes Eggolsheim, sowie Ebermannstadt halb mit allen Zugehörungen dem Bischof Lamprecht von Bamberg um 2000 ungarische und beheimische Gulden.⁶⁾

Bald nachher kam es zwischen den Hochstiften Bamberg und Würzburg zu einem Tausche einiger vormalig Schlüsselberger Herrschaften. Nachdem nämlich dem Stifte Bamberg durch das Ableben der Grafen Konrad und Gottfried von Hohenlohe-Braunegg im Laufe des Jahres 1390 das beträchtliche Lehen Walderzheim u. a. heimgefallen

¹⁾ Privil. d. Krone Böhmen im Prag. Arch. f. 105. Lünig cod. Dipl. 1. 1211. Uszerm. 324. Loosch. 3. 231. Gegenurk. des Kaisers v. 17. April 1460. Pelzel R. Karl 2. 628. b. B. Bbg. 2. 628.

²⁾ Pelzel 2. 281. Böhmer (Huber) Reg. Reichsf. Nr. 359. Gegenurk. des Kaisers v. 23. Dez. 1361. R. b. 9. 51.

³⁾ Loosch. 3. 282.

⁴⁾ Die Grafen von Hohenlohe hatten keinen Erbanspruch an Lunfeld; Graf Gerlach muß also von einem seiner Vettern, dem Bischof Friedrich (gest. 1352) oder Albrecht (gest. 1372), einen Teil daselbst erhalten haben.

⁵⁾ R. b. 9. 194. Oesterr. Neue Beitr. 1. 9. Beil. V.

⁶⁾ R. b. 10. 128. Neue Beitr. 1. 14.

war, wurde am 23. November 1390 ein Gütertausch dahin vereinbart, daß das Stift Bamberg den bisherigen Würzburger Anteil an Niedersenftenberg und Ebermannstadt, sowie das ganze Amt Burgebrach, insoweit es nicht inzwischen an das Kloster Ebrach veräußert worden war, dagegen anderseits das Stift Würzburg den Bamberg. Anteil der Beste Tunfeld und des Marktes Schlüsselfeld, sowie die heimgefallenen Hohenlohe'schen Dörfer Walbersheim u. a. erhielt.¹⁾

Bezüglich des Anteiles, welcher den Burggrafen von Nürnberg im Vertrage vom 12. Mai 1349 überwiesen worden war, ist zu bemerken, daß im Jahre 1353 die Brüder Otto und Hermann gen. von Rabenstein den Burggrafen Johann und Albrecht versprochen haben, ihnen mit ihrer Beste Rabeneck zu dienen.²⁾ Am 6. Februar 1366 verkauft Burggraf Friedrich, Sohn des Burggrafen Johann, die Dörfer Friesen, Schirneidl, Stadenndorf und Mistendorf, teils Eigen, teils Lehen, an Konrad von Seckendorf um 1230 Pfd. Heller.³⁾ Am 10. Dezember 1400 kauft Konrad von Aufseß von dem Burggrafen Johann das Schloß Rabenstein mit Zugehörung, ausgenommen die Lehenschaften und auch das Burggut, welches der Burggraf für sich behält, mit dem Geding, in drei Jahren 900 Pfund zu verbauen und ihm mit demselben, als des Burggrafen offenes Haus zu dienen, wie seine anderen Diener.⁴⁾

Bezüglich der wohl mit der Herrschaft Schlüsselfeld

¹⁾ R. b. 10. 277. Mon. b. 44. 190.

²⁾ Mon. Zoll. 3. N. 300.

³⁾ R. b. 9. 141.

⁴⁾ l. c. N. 189. Am 19. Juni 1392 weist Bischof Gerhart von Würzburg den Ritter Dietrich von Vibra die 2500 Gulden, welche er demselben für die Wiedergabe des Schlosses Rabenstein schuldig geworden ist, auf seine Steuern und Beete zu Neustadt und Mellrichstadt an. R. b. 310.

und Lunfeld an den Bischof von Bamberg gelangten Besitzung Adelsdorf ist auf die Urkunde vom 26. Oktober 1377 zu verweisen, in welcher Bischof Lamprecht bekundet, daß der Bamberger Domherr Berthold Graf Henneberg, als Salman seines Vitters Ludwig von Henneberg sel., gleichfalls Domherrn zu Bamberg, von dessen hinterlassenen Gütern ein Gut zu Otelsdorf, worauf Konrad Walde geseffen ist und das zunächst an des . . . Meisters Hofstatt stößt, von dem damit belehnten Heinrich Holzperger gekauft hat. Dieser sandte es auf und bat zugleich mit dem gen. Berthold von Henneberg, dasselbe dem Kapitel zu einem Seelgeräte für Ludwig von Henneberg zu eignen. Bischof Lamprecht nahm das Gut auf und eignete es zum Seelgeräte, unter Verzicht auf sein Lehenrecht, jedoch unter Vorbehalt des Gerichtes und der Steuer, wenn er eine gemeine Landsteuer nehmen will.¹⁾

16. Nachträgliche Ansprüche auf die Güter des Konrad III.

Es wurde schon²⁾ erwähnt, daß die Gräfin Sophie von Zollern, Tochter des Konrad I von Schlüsselberg, im Jahre 1360 einen Anspruch auf sehr namhafte Güter ihres verstorbenen Vitters erhoben hat, sowie daß Karl IV deß-

¹⁾ R. b. 9. 384. Haas Slavenld 1. 228. Loosb. 3. 355. Am 12. Sept. 1322 befiehlt Papst Johann XXII, es sei dem Grafen Ludwig v. Henneberg eine Präbende in Bamberg zu verschaffen, obwohl er schon eine solche in Halberstadt hat. Loosb. 3. 83. Am 1. Febr. 1324 gestattet der Papst dem gen. Grafen Ludwig das Rüstleramt und Kanonikat in Halberstadt zu behalten. l. c. Am 23. August 1339 erfolgt die Ernennung des Berthold v. Henneberg, Sohn Heinrichs, zum Canonicus in Bamberg, indeß unbeschoren, weil er erst 7 Jahre alt ist, auf Vorschlag des custos Graf Heinrich. l. c. 159. cf. 275. 305. An. 1376 ob. Ludwicus de hennenberg. — Cal. V. ob. Ludw. de henneberg, vnde dat hermanus de Henneberg XII s hl. de Ottelsdorf. h. 2. Bbg. 7. 123.

²⁾ cf. S. 56.

halb die Burggrafen Albrecht und Friedrich von Nürnberg am 22. September 1360 zur Verantwortung aufgefordert hat. Der betr. Anspruch war völlig unbegründet. Am 14. Juni 1361 setzt das kaiserliche Hofgericht zu Budweis durch den Hofrichter des Kaisers, den Herzog Primissel von Teschen, den Burggrafen Friedrich von Nürnberg in Ruß und Gewähre von der Feste Rabenstein, dem Dorfe Altendorf, den zwei Höfen zu Buttenheim, den Dörfern Mistendorf, Neußes, Schirneidl und Griesen um 5000 Mark Silbers ein.¹⁾

Einige Jahre nachher wurden für einen direkten Nachkommen des Konrad III wieder Ansprüche auf dessen Güternachlaß erhoben. Der Herzog Friedrich von Teck, wohl 1352 mit der Gräfin Anna von Helfenstein, der Tochter des Grafen Ulrich (gest. 1361) und der Beatrix von Schlüsselfeld, verheiratet, trat 1367 bei dem kaiserlichen Hofgerichte gegen den Bischof Ludwig von Bamberg klagend auf, indeß ohne Erfolg. Denn am 24. März 1367 wies zu Nürnberg der kaiserliche Hofrichter Burggraf Burkard zu Magesburg, Graf von Hardeck, die von dem gen. Herzog Friedrich gegen den Bischof Ludwig erhobene Klage auf Herausgabe der Burg Reideck, der Stadt Ebermannstadt, der Burg Rotenstein, Burg Senftenberg und eines Theiles an der Feste Streitberg²⁾, sowie auf Otleinisdorf, das Amt Tunfeld und Schlüsselfeld zurück; soferne aber der Herzog von Teck etwas gegen den Bischof und das Stift Bamberg zu klagen habe, so soll er denselben vorladen und betagen.³⁾ Einige Jahre später wendete sich der Herzog an

¹⁾ Mon. Zoll 3. Nr. 479. R. b. 9. 41. Da hier nur von der Feste Rabenstein die Rede ist, dürfte sich dieser Erlaß auf die späterhin (6. Febr. 1366) an Konrad v. Seckendorf verkauften Objekte beziehen.

²⁾ Bellimons. cf. Ludwig script. Bbg. 1. 207.

³⁾ Oesterr. Neue Beitr. 1. 11. Urk. IV. Reideck C. 5. 3^{tes} Jahrb. 150.

den Kaiser Karl, welcher am 1. April 1376 zu Nürnberg den ihm vorgelegten Ausspruch des kais. Hofrichters Burkard Burggrafen von Magdeburg auf die oben aufgezählten Herrschaften und Befen vom 24. März 1367 bestätigte und zugleich erkannte, daß alle Abnehmung und Widerrufung der Klage Kraft haben und der Bischof Lamprecht bei seines Stiftes Landen, Leuten und Gütern von kaiserlicher Macht behalten werden soll.¹⁾

Bald darauf wurde dem Bischof Lamprecht mitgeteilt, Herzog Friedrich habe die gen. Burgen vor dem kaiserlichen Hofgericht erlangt und erklagt, wodurch sich derselbe veranlaßt sah, zu erklären, daß sei weder ihm, noch seinem Stifte verkündet worden, man habe ihn gar nicht vorgeladen, wie man einen Fürsten billig vorladen solle. Der Bischof trug deshalb darauf an, daß die Klage ihm und seinem Stifte nach dem Rechte zu keinem Schaden kommen soll. Am 17. April 1376 erkannte der kaiserliche Hofrichter Primissel Herzog von Teßchen zur Nürnberg zu Gericht sitzend nach Befragung der Ritter Weisker, daß, seitdem die Klage des Herzogs Friedrich von Teß nach Laut des vorgeschriebenen Briefes vom 24. März 1367 abgenommen sei, alles, was der Herzog bis auf diesen Tag erlangt habe, keine Kraft und Macht habe, es wäre denn, daß der Herzog von Teß den Bischof Lamprecht von Bamberg auf die dort näher bezeichneten Städte und Aemter vor dem kaiserl. Hofgericht belangt hätte, wie man es einem Fürsten thun soll.²⁾

Wohl um sich völlige Sicherheit zu verschaffen, daß der Herzog von Teß keinen begründeten Anspruch auf die erwähnten Güter habe, wendete sich das Stift nochmals an das kaiserliche Hofgericht; am 29. Mai 1377 erkannte zu Rothenburg der kaiserl. Hofrichter Heinrich Herzog von

¹⁾ Oesterr. I. c.

²⁾ Oesterr. I. c. 12. Urk. VI.

Schlesien und Herr zu Brieg auf die Anfrage des Bischofs Gerhart von Würzburg und Pflegers des Stiftes Bamberg (Bisch. Lampert hat sich der Regierung entschlagen), zu Recht, daß die dem Herzog Friedrich von Teck auf des Stiftes Bamberg Güter, welche Cunrad von Sluzzelberg hinterlassen hat, vor einigen Jahren erteilte Ruzgewähr kraftlos sei, weil der Anleitbrief binnen Jahr und Tag nicht verkündet wurde und der Anleiter hierüber auch nicht an das Gericht geschrieben hat.¹⁾

Nachdem die jüngste Tochter des Konrad III von Schlüsselberg, Beatriz, vermählt mit dem Grafen Ulrich von Helfenstein, am 21. Februar 1349 von dem Bischof Friedrich von Bamberg mit ihrem Ehegatten in Gegenwart ihrer Stiefmutter Agnes baar abgefunden war, stand auch der Tochter derselben Anna und deren Gemahl, dem Herzog Friedrich von Teck, auf den erwähnten Güterrücklaß kein Anspruch mehr zu.

¹⁾ R. b. 9. 376. Mon. b. 45. 191. Am 13. Okt. 1383 setzt der Hofrichter des R. Wenzel, Pr. wissel Herzog von Teschen den Bisch. Lamprecht in eine namhafte Anzahl ehemals Schlüsselb. Besitzungen in Ruz und Gewähr ein. R. b. 9. 121 Boosb. 5. 378.



Personen-Register.

Deutsche Kaiser u. Könige.

Heinrich II 11.
 Konrad II 1.
 Heinrich IV 12.
 Heinrich V 12.
 Konrad III 9. 14.
 Friedrich I 13. 15. 21.
 Philipp 21.
 Friedrich II 24.
 Konrad IV 13. 43.
 Rudolf 36—39. 42. 135. 146.
 Adolf 65.
 Albrecht 72. 79.
 Heinrich VII 28. 27. 77. 83. 86.
 87. 98. 101. 129
 Ludwig 75. 83. 88. 97. 100—115.
 119. 121. 124. 130. 133 bis
 135. 138. 145.
 Karl IV 43. 56. 60. 114. 133.
 138. 141. 145—147. 149. 150.
 152. 154.
 Wenzel 155.
 Ruprecht 147.

Baden.

Hermann, Markgraf 26.
 Rudolf 82.

Bayern.

Heinrich I (Niederb.) 38.
 Heinrich II (Niederb.) 106.
 Ludwig d. Strenge 34. 37. 42. 105.

Ludwig 72. 98. 100. 129. 130
 cf. Kaiser.
 Ludwig d. Brandenb. 107.
 Mathilde, L. Ludw. 109.
 Otto 12.
 Otto III 100.
 Rudolf I 72. 98. 104. 107.
 Ruprecht I 107. 113. 114.
 Ruprecht II d. Jüngere 114.
 Stephan I 100.

Böhmen (Luxemburg).

Balduin, Kurf. v. Trier 102. 106.
 107.
 Heinrich Graf 86.
 Heinrich VII König 77. 86.
 Johann König 86. 96. 102. 106.
 bis 108. 111. 114. 118.
 Ottokar König 42.

Brandenburg,

altan. Geschlecht.

Heinrich 108.

Burggrafen v. Nürnberg.

I. Fränk. Linie.

Adelheid, verh. Rapoto Grf. Or-
 tenbg. 48.
 Albrecht 43. 56. 116. 121. 132.
 140. 145. 147. 151. 153.
 Elisabeth, verh. Eberh. II von
 Schliffelbg. 89. 98.

Friedrich III 13. 30. 31. 34. 39.
41. 42. 44. 48. 49.

Friedrich IV (Rabolzbg.) 86. 98.
99. 106. 108. 113. 114. 119.
123. 130. 132.

Friedrich V 43. 113. 114. 141.
142. 147. 151. 153.

Konrad IV (Abenbg.) 34. 39. 53.
89. 91. 96. 99.

Konrad V 103. 113.

Johann I 37.

Johann II 43. 103. 113—116.
131—132. 140. 141. 145. 147.
151.

Leukardis cf. Schlüsselbg.

2. Schwäb. Linie.

Anna, Hebtissin 55.

Friedrich, d. alte Ritter 56 57.

Sophie, T. d. Konr. I v. Schlüß.
94. 95.

Kärnthen.

Heinrich, Herzog 77. 85. 111.

Limburg.

Adelheid, Herzogin, Gem. d. Kon-
rad Grafen Dachau 6.

Markgrafen von Meißen.

Dietrich der Bedrängte 21.

Friedrich 108.

Gertraud, Pfäzgr., Gem. d. Pfäzgr.

Hermann, Grafen von Höch-
stadt 16. 19. 32.

Hermann, Bisch. v. Würzburg. 16. 19

Nassau.

Albrecht, König 72. 79.

Elisabeth, verh. m. Gerh. von
Eppenstein 72.

Neapel.

Robert, König 101.

Herzog von Oesterreich.

Friedrich, König 101. 102. 106.

107. 109. 129. 130.

Heinrich 107. 110.

Leopold VII 27.

Leopold 106. 110.

Schlesien.

Bernhard, Herzog 106.

Heinrich, Herzog 50. 106. 154.

Wudeslaus, Bischof 50.

Markgrafen v. Schweinfurt und Ostfranken.

Beatriz, Gem. des Markgr. Hein-
rich 11.

Bertha (Alberada), Gem. des
Grafen Hermann v. Raßl 11.
12.

Berthold, Markgr. v. Ostfranken 11.

Butto (Burchard), Markgr. 11.

Elisa, Hebtissin zu Regensbg. 11.

Wifella, Gem. des Grafen Arnold
v. Dieffen 11.

Heinrich (Hegilo), Markgr. 11.

Judith, Gem. des Herzogs-Kuno
von Bayern 11.

Otto, Markgr. v. Ostfranken und
Herzog in Schwaben 11. 12.

Herzoge von Ted.

Anna 134. 145. 153—155.

Friedrich 134. 145. 153. 154.

Herzog von Teschen.

Primissel 153—155.

Grafen von Württemberg.

Agnes 111. 134. 144. 155. verm.
mit 1. Ulrich v. Helsenst. 144.

2. Konrad v. Schlüsselb. 97.

Eberhard 82. 110. 111.

Ulrich 111. 112.

Päpste.

Innocenz IV 48.
 Alexander V 50.
 Bonifatius VIII 69.
 Clemens V 55.
 Johann XXII 88. 89. 109. 152.

Erzbischöfe und Bischöfe.**Albano.**

Arnold de Auscio 89.

Bamberg.

Otto I — 3. 5. 14
 Egilbert — 4. 6—8.
 Eberhard — 8—10. 14—17.
 Hermann Meissen. 16. 19.
 Otto II Andechs. 19. 20.
 Thiemo — 21.
 Elbert Andechs. 23. 24. 26.
 27. 29.

Heinrich I — 28. 29. 31.
 32. 48—50.

Berthold Reiningen. 30. 32—35.
 37. 40. 41. 50. 51.

Wudslaus Schlesien. 50.

Arnold Solms. 33. 46. 65.
 68. 86.

Leopold I Gründlach. (35. 43) 68.
 84. 116.

Wulfing Stubenberg. 74. 75.
 85—88. 98. 99. 117. 129.

Ronrad v. Wied. }
 Ulrich v. Schlüsselberg. } 88. 89.

Johann Güttingen. 83. 89.

Heinrich Sternberg. 89. 119. 120.

Werintho Reicheneth. 83. 113.

Leopold II Egloffstein. 68. 71. 84.
 97. 118. 121. 123. 125.

Friedrich Hohenlohe. 59. 60. 118.
 127. 132. 136. 137. 140. 147.
 150. 155.

Leopold Nebenb. 56. 61. 141.
 149. 150.

Friedrich Hohenb. 61. 142. 149.

Ludwig Sachsen. 62. 63. 150. 153.

Lamprecht Brunn. 142. 150. 152.
 154. 190.

Brigen.

Ulrich Schlüsselberg 89.

Johann Güttingen 89.

Eichstädt.

Hildebrand Wörn. 67.

Ronrad Pfeffenhausen. 71.

Philipp Ratsamhausen. 86. 99.

Heinrich Schenk Reichen. 113.

Freising.

Johann Güttingen. 89.

Fulda.

Berthold Bienbach. 37.

Heinrich Reilenburg. 115.

Mainz.

Berner Eppenstein. 53.

Peter Aspelt. 81. 102.

Heinrich Birneburg. 114.

Passau.

Georgard Blaien. 40.

Wudslaus Schlesien. 50.

Regensburg.

Hartwig Ortenburg. 3.

Ronrad Teisbach. 24.

Heinrich Rotened. 38.

Leo Thundorfer. 41.

Nikolaus Stachowig. 86.

Salzburg.

Wudslaus Schlesien. 50.

Speyer.

Ronrad Tanne. 26.

Strasbourg.

Bruno. 8. 18.

Trier.

Balbain Fugemburg 102. 106 107.

Wärzburg.

Germann Lobdaburg. 27. 48.

Ering Reinstein. 52.

Konrad II Limberg. 36.

Berthold Henneberg. 36.

Berthold Sternberg. 37. 38.

Margold Neuenburg. 68. 96.

Gottfried II Hohenlohe 108. 119.

Albrecht Hohenlohe 59. 62. 132.

147. 149. 150.

Otto Wolfsteil. 116 131.

Gerhard Schwarzburg. 150. 151.

155.

Adelige u. andere Personen.

Abt Eberhard. 82.

Abenberg (Frensdorf Graf)

Adwig 14.

Konrad 39.

Napoto 5. 14. 16.

Adalbert Graf 3.

Adalbert Mag. 19.

Ahlitten v. Otto 41.

Albed v. Bereng. 9.

Albero Mag. 45.

Albert Can. 74.

Albert Vic. 70. 84.

Aman Konr. 58.

Andech, Blaffenberg, Dieffen,

Meran Graf.

Arnold 11.

Berthold 6. 9. 19.

Chuniza 7. 9.

Elbert. Bisch. 23. 24.

26. 27. 29.

Giffella 11.

Jubith 11.

Otto, Bisch. 19. 20.

Otto 23. 24. 31. 48.

Poppo 7. 9.

Reginboto 9.

Rafabach v. Gunder 5.

Winizo 5.

Raspach v. Christine 17.

Raspelt v. Peter, Erzb. 81. 102.

Aufieß v. Adelh. 139.

Albert 121.

Heinrich 121.

Germann 121.

Herold 1.

Katharina 121.

Konrad 121. 151.

Mengos 124.

Otto 99. 139.

Ulrich 121.

Balt Germ. L. O. W. 24.

Bappenheim Marsch v. Heintr. 98.

Barby Graf. Balzh. 71. 97. 98.
129.

Bebenburg v. Leop. Bisch. 56. 61.

Bedtal v. Gottfr. 98.

Beichlingen Graf Friedrich 7.

Germ. u. Agnes 143.

144. 145.

Bentheim v. Gerard 14.

Berner Friedr. 86.

Bernhold 93.

Bernstein v. Friedr 129.

Ulrich 129.

Beulendorf v. Heinrich 125.

Konrad 54. 116. 118.

Runig. 117.

Bibra v. Berth. 98.

Dietrich 151.

Heinrich 6.

— 74.

Bidenbach v. Adelh. 70.
 Gottfried 70.
 Philipp 70.
 Blassenberg (Andechs) Grf. Berthold 6.
 Chunizza 7. 9.
 Poppo 7.
 Blassenberg v. (Guttenberg) Nam. 32. 37.
 Bollhnce v. Friedr. 22.
 Botenstein v. Friedr 93.
 Botenstein v. Botho 11.
 Judith 11.
 Brand v. Luitp. 42.
 Rudeg. 42.
 Brauned (Hohen!) v. Andr. 98.
 Elis. 27. 30.
 Gebh. 96.
 Gottfried 37. 39. 41.
 58--61. 87. 91. 96. 99. 150.
 Heinrich 52.
 Kraft 41.
 Margar. 87.
 Braunsberg v. Bruno 72.
 Brennberg v. Bruno 38.
 Bruckberg v. Friedrich 65.
 Bruno, Bisch. 8. 18.
 Büren v. Heinr. 64.
 Burgebrach v. Franko 68.
 Burkard, Del. 68.
 Buttler 93.
 Castell Graf 38.
 Friedrich 125.
 Heinrich 39.
 Rupert 24.
 Chlubisdorf v. Grimmb. 10.
 Chremppinne 92.
 Chrobel 92.
 Chruosen 13.
 Chrusfare v. Eberh. 5 7. 10.

Heinrich 5. 7. 16.
 Reging 5. 7. 16.
 Chulsheim v. Kopp. 93.
 Chunstanz v. Mure 92.
 Cobhan (Cobh.) 85. 87.
 Chritans v. Joh. 115.
 Crozud Grf. Gunzel 24.
 Crusine v. 13.
 Gunstat v. Dtn. 54.
 Guntecke v. Ottilie 69.
 Wolfram 69.
 Dachau Gräfin Adelh. 6.
 Konrad 6. 14.
 Dachspach v. Adalb. 3.
 Damer 58.
 Deisth Grf. Werh. 26.
 Deschelin Ritter 170.
 Degelin 127.
 Dieffen Grf. cf. Andechs
 Dietrichsdorf Marsch. v. Gundloch 115.
 Düren v. Boppo 69.
 Wela 69.
 Dythenheim v. Ch. u. Dt. 34.
 Dytrich der Rauche 58.
 Eberhard, Abt 82. 118.
 Eberhard, Dompropst 2. 4.
 Eberlein 42.
 Eberstein Grf. Berth. Propst 51.
 Boppo 73. 78. 80. 81. 118.
 Gude 80. 81.
 Eberh. 26.
 Elise 73. 78.
 Heinr. 82.
 Gude 80. 81.
 Otto 28. 29.
 Wolfr. 73. 78.
 Egeschirre 66.
 Eggsdorf-Truchf. v. Elis. Nebt. 58. 94. 113.

Egilbert, Dompropst 1.
 Egloffstein v. Heinrich 99.
 Leupold Domh. 84. 113.
 Bischof. 58. 71. 97.
 Siboto 68.
 Einhart 70.
 Eisele (Bischof) v. Herm. 4.
 Ulrich 128.
 Ekert, Dehan 4.
 Eppenstein v. Elisabeth. 72.
 Gerh. 72.
 Recht. 67. 68.
 Werner, Erz. 53.
 Erlwach v. Marq. 129.
 Ernst, Abt 50.
 Eschenaw v. Otn. 115.
 Fellendorf v. Otto 71. 76.
 Frau v. 77.
 Flurhei Herm. 93.
 Fürstlich Thurn. Alb. 86. 93. 99.
 126.
 Rath. 86. 99.
 Frensdorf Graf cf. Abenbg.
 Friedrich, Def. 54. 117.
 Prior 92.
 Bogt 91.
 Gattenhofen v. Balzh. 97.
 Gera v. Heinrich 142.
 Giech v. Chun. 7.
 Erh. 35.
 Konr. Domh. 74. 84.
 85. 87. 88.
 Konrad 147.
 Reginboto 7. 9.
 Gissilbert, Dompropst 17.
 Gissila, Kusterin 23.
 Gleichen Graf. Ernst 21.
 Lampr. 21.
 Goltzmit 93.
 Goffe Heinrich 72.

Gogwinestein v. Poppo 5.
 Gotebold, Stiftsherr 21.
 Gogmann Wolfram 126.
 Graibach Graf. Berth. 98.
 Greifenstein v.
 Eberh. Ib 22. 24. 25.
 Eberh. II 23. 24. 31.
 40. 52. 55.
 Heinr. II 23. 24.
 Reging II 19. 20. 24. 26
 of. Othloh. u. Schlüsselb.
 Groß Eberh. 117.
 Heinrich 54. 112. 117.
 137. 143.
 Hermann 115. 117.
 Poppo 117.
 Ulrich 117.
 Werner 117.
 Gründlach v. Hedw. 39. 44. 45. 71.
 Herdeg. d. Welt. 31—33.
 41. 43—45. 71.
 Herdeg. d. Junge 71.
 Leubold, Propst 35. 43.
 68. 84.
 Margar. 87.
 Gruffen, Gruggen 14.
 Güttingen v. Joh. Bischof. 83. 89.
 Gundelfingen v. Eberh. 99.
 Konr. 99.
 Guntherum Frau 5.
 Guttenberg v. Friedrich 124.
 Johann 115. 124.
 of. Blassenbg.
 Habbsberg Graf. Alberada 11. 12. 13
 Hermann 11. 13.
 Otto 12.
 Haller Berth. 128.
 Ulrich 73. 128.
 Hannon Graf. Joh. 36.
 Hardeck Graf. Burt. 153,

Haut Brigitta, Abt. 70.
 Heccelstorf v. Otto 96.
 Heiberg v. Eberh. 119.
 Heided v. Gottfr. 65. 71. 99. 126.
 Heider Christ. 62.
 Heinrich 74.
 Heinrich, Abt 91.
 Dehan 50.
 Propst 48. 49. 51.
 Heldrit v. 77.
 Helfenstein Grf. Agnes 144.
 Anna 134. 145.
 Beatriz 134. 145. 153.
 155.
 Ulrich IX 134.
 Ulrich XI 134. 135. 144.
 153. 155.
 Hengstatt v. Walther 97.
 Henneberg Grf. 38.
 Berth. 21.
 Berth. Schlej. 87. 97.
 102. 129. 141.
 Berth. Bish. 36. 38.
 Berth. Domh. 152.
 Heinrich (Hartenbg.) 68.
 69. 73.
 Heinrich 32. 33. 121.
 131. 152.
 Herm. 31. 32. 36. 38.
 152.
 Jutha 121.
 Runeg. 68. 69. 72. 73.
 Ludwig 152.
 Margar. 36.
 Poppo 36. 38. 102.
 Henneberg Struphe Graf
 Poppo 21.
 Hergoltsbach v. Friedr. 3. 5.
 Hermann 19.
 Heselödorfer Hans 43.

cf. Heccelst.
 Hildenburch v. Adalb. 1.
 Thunem 1.
 Hilbrighausen Grf.
 Beatriz 11.
 Heinrich 11.
 Hirschberg Grf. v. Gebh. 72.
 Hulse Eberh. 120.
 Hirsutus Grf. Georg 79.
 cf. Raugraf
 Hirschhaide v. Friedr. 73.
 Hückstadt, Pfäzgr. Wertr. 16. 19. 32.
 Herm. 16.
 Hof v. Wertr. 70.
 Heinrich 70.
 Ulrich 76. 77. 93.
 Hoffmann 42.
 Hoyer 118.
 Hohenberg Mitgrf. Theob. 26.
 Witring, Dech. 63.
 Hohenfels v. Heinrich 47. 104.
 Konrad 47.
 Runeg. 45. 47. 77.
 Hohenlohe Grf.
 Adelheid 98. 99.
 Albert 122. 123.
 Albrecht, Bish. 59. 62.
 132.
 Crafft 41. 73. 99.
 Elisab. Witwe. Gottfr.
 63. 69. 78. 80 - 83.
 Elisab. Witwe. Konr. 72.
 78. 81. 82.
 Friedrich, Bish. 59. 60.
 132.
 Gebhard 96.
 Gerlach 150.
 Gottfr. 41. 60. 61. 68.
 69. 78. 79. 81. 82. 90. 150.
 Gottfr., Bish. 108. 119.
 11*

- Konr. 72. 78.
 Ludw. (Lup) 114. 115.
 124.
 Ulrich 96.
 Hohenstein v. Heinr. 35.
 Ulrich 93. 98.
 Hohentrüdingen v. Friedr. Bischof
 61.
 Holland Grf. Flor. 36.
 Margar. 36.
 Wilh. 36.
 Holzperger Heinr. 152.
 Holzschuher Leop. 93.
 Honer Ulrich, Vogt 73.
 Horuf Burk. 147. 149.
 Hüttenbach v. Engelb. 45.
 Hungerpercher 93.
 Hussen Eberh. 112.
 Inne v. Engelsch. 41.
 Heinr. 41.
 Irkutus of. Hirz.
 Jagd 103. 137.
 Juden 66. 93. 103. 115.
 Käßernburg Grf. Günther 21.
 Heinr. 21.
 Kammerstein v. Siegf. 72.
 Kastl Grf. f. Habebg.
 Kastl v. Walth. 85.
 Kagenelbogen Grf.
 Bertha 72.
 Berthold 72.
 Eberhard 72.
 Gerhard 72.
 Heilwig 72.
 Margr. (Grete) 72. 73.
 78—80.
 Wilh. 72. 78. 79.
 Kirchberg Gräfin 95.
 Knuto 65.
 Koch Dietr. 63. 128.
 Königswart Traut 105.
 Röttmansdorf v. Helb. 22.
 Rourad, custos 3.
 Ronrad, Graf 3.
 Ronrad, Probst 14.
 Rotbus Wernot 118.
 Rraz Friedr., Ritter 64.
 Rrögelstein, Frau v. 77.
 Runstat v. Otn. 54. 127.
 Runteche v. Ottil. 69.
 Wolfr. 69.
 Saim v. Adalb. 4.
 Bertha 4.
 Sauffenholz v. Ulr. 114.
 Seiningen Grf. Berth. Bischof. 30.
 32—36. 40. 41. 50. 51.
 Eberhard 27.
 Emich 35.
 Leuchtenberg Edgr. v.
 Gebb. 14. 26. 45. 65.
 Jutta 45. 46. 52. 53. 66.
 Marq. 14.
 Theob. 26.
 Ulrich 45. 46. 65. 98.
 102. 104. 105. 110. 113. 148.
 Leupold, Pfarr. 71.
 Leugmann Alb. 34.
 Lichtenberg v. Herm. Ryl. 104.
 Lichtenstein v. Christ. 85.
 Felic. 85.
 Karl 85.
 Layno 49. 85.
 Liebreich Heinr. 63.
 Liebißberg v. Berth. 38.
 Ronrad 114.
 Limburg, Herzogin Adelheid 6.
 Lobdaburg v. Hartm. 21.
 Herm. Bischof. 27. 48.
 Lorz Herm. 58.
 Lup Georg 82.

Lhebenharwe v. Chun. 49.
 Magdeburg Burggr. v. Burlard
 153. 154.
 Gebh. 21.
 Margraf Frater 92.
 Marschall Bappenh. v. Heint. 98.
 Marsch. Dietrichsd. v. Gund. 115.
 Marstaller Joh. Bogt 70.
 Mechtilb, Ronne 51.
 Reginhard 19.
 Remelsdorf v. Heinrich 6.
 Jutta 21.
 Konrad 6.
 Meran Herzog v. cf. Andech.
 Merenberg v. Eyfr. 32.
 Merminis v. Her. 77.
 Mewer Friedrich 113.
 Gundloch 122.
 Mehenberg v. Byg. 149.
 Milen v. Konr. 143.
 Modschiedel v. Fried. 76.
 Herm. 77. 112. 143.
 Mörn v. Sildeb. Bisch. 67.
 Montfort Grf. Elise 55. 56.
 Johanna 55.
 Willh. 55. 106.
 Motter Heint. 67.
 Mower v. Heinrich 72.
 Münzmeister Gottfr. 48.
 Müre v. 92.
 Mutichendorf (Ruggen) v. Starke
 103.
 Nassau Gräfin Elis. 72.
 Neiperg v. Albr. 143.
 Neudeder 93.
 Neuenburg v. Mangold, Bischof
 68. 96.
 Neunburg Grf. f. Dackau.
 Newansdorf Herm. Luchf. 68. 128.
 Newerstetter Frig 133.

Nießen v. Willenb. 49.
 Nippenburg v. Friedr. 112.
 Dettingen Gräfin Adelh. 99.
 Friedr. 115.
 Konrad 99.
 Ludw. 87. 115. 123. 126
 Orlamünde Grf. Beatriz 31.
 Herm. 108.
 Otto 33. 37. 85. 117.
 Siegr. 21.
 Ortenburg Grf. Adelh. 48.
 Hartw. Bisch. 3.
 Otto 49.
 Rapoto, Pfalzgraf 48.
 Ortlieb Heinrich 93.
 Oswald, Rönch 135.
 Othlohesdorf v. Cuno 30.
 Eberh. Ia 3. 4. 16.
 Heint. I 3. 4. 16.
 Juditha 2. 18.
 Luitold 2. 18.
 Reingot I 3. 4. 16.
 Reingot II 19. 20.
 Ulrich I, Propst 3. 6.
 10. 17. 20.
 Ulrich II 17. 20. 21.
 22. 30.
 Ottelfingen v. Heint. 97.
 Oudalrich 3.
 Pappenheim cf. Marschall.
 Parkuns 129.
 Parsberg v. Dietr. 74. 129.
 Paulendorf cf. Deulen.
 Payer 93.
 Pero can. 4.
 Pewendorf v. Frig 92.
 Pfersfeld v. Friedr. 77.
 Senfr. 73.
 Pfinzing Berth. 147.
 Pfirt Gräfin Sophie 134.

- Plaien v. Gebh. Bish. 40.
 Plankenfels v. Friedr. 115. 119.
 Herm. 93.
 Konrad 115.
 Plauen Grf. Agnes 140. 143.
 Heinr. 108. 123. 140.
 143.
 Pleßfink 60.
 Elis. 119.
 Friedr. 119. 120. 148.
 Pommersfelden v. Truchseß
 Lunz 62.
 Porsenbrunn Herm. 30.
 Potenstein Heinrich 113.
 Prattensteiner 42.
 Prun v. Herm. 119.
 Punsendorf v. Herm. 122.
 Runo 122.
 Rabenstein Herm. 93. 140. 151.
 Otto 140.
 Raugraf Georg 75. 79.
 Margar. 79.
 Raufcher v. Eberh. 127.
 Redwiz v. Fring 127.
 Theod. 127.
 Wolfr. 127.
 Regelo, Stiftsherr 4.
 Reichenel Schenk v. 42.
 Berintha, Bish. 83.
 Reinstein v. Fring, Bish. 52.
 Reut Schenk v. Wolfr. 33.
 Reynold Heinr. 60.
 Richoltesheim v. Agnes 68.
 Graft 68.
 Petrißa 68.
 Riederer v. Joh. 80.
 Rienen Grf. Bertha 72.
 Gerh. 37.
 Ludw. 37. 52.
 Thom. 72.
 Rietfeld v. Konr. 9.
 Rindsmaul Luz. 48.
 Risen Konr. 77.
 Roppol v. Schulz. 93.
 Rotenbach v. Heinr. 116.
 Rotened v. Heinr. Bish. 38.
 Rotenhan Schenk v. Ludw. 48. 50.
 Rotenstein v. Friedr. 25.
 Margh. 25.
 Wid. 25.
 Rouzelin, Propst 41.
 Rubeger 126.
 Rüden Dietrich 118.
 Konr. 81.
 Wipr. 80.
 Rügerietz v. Orth. 98.
 Rufenbach v. Otto 115. 143.
 Ulrich. 112. 115.
 Rycheshofen v. Gottfr. 98.
 Sulza v. 98.
 Satteler 93.
 Saumen 93.
 Sawberch v. Heinr. 112.
 Sago, Notar 76.
 Schaumburg Grf. Heinr. 115.
 Herm. (16) 114.
 Imag. 115.
 Schaumberg v. Eberh. 48.
 Schellkingen (Hohenl.) v.
 Albert 123.
 Schellenberg v. Heinr. Defan 85.
 Schenk Gerbesh. Gottfr. 82.
 Reihen. v. Heinr. 42.
 113.
 Heinr. Bish. 113.
 Reut v. Wolfr. 33. 90.
 Rotenb. v. Ludw. 48.
 Schlüsselberg v. Friedr. 38. 90.
 Schlüsselberg v. cf.
 Greiffenst. u. Otlohesch.

- Adelheid 42. 43. 47.
 77.
 Agnes (Blauen) 140.
 143.
 Agnes (Bürtt.) 111.
 134. 135. 144. 145.
 Albert I. Propst 25.
 29—32. 34—36. 47.
 Albert II. 45. 46. 66.
 89. 90.
 Anna, Weib. 37. 63. 94.
 95. 128.
 Beatriz (Scl.) 135.
 144. 145. 153.
 Berthold 66. 67. 96.
 Eberhard Ib 24. 26—
 28. 30. 40. 47. 52.
 Eberhard II 25. 29.
 51—40. 52. 53. 55. 91. 92.
 98. 128.
 Eberhard III. 35. 39.
 44—46. 64—67. 96—98.
 126. 128.
 Elisabeth (Braun.) 27.
 30.
 (Montfort) 55. 56.
 (Rehing.) 67. 71—73.
 76. 79—83. 117. 122.
 (Soll.) 59.
 (Gem. Konr. II) 54.
 91. 93.
 Friedrich I 22. 24.
 Friedrich II (38) 66.
 77. 90.
 Gisella, Weib. 55. 39.
 40. 91. 93. 94. 128.
 Godesfridus 78.
 Gottfried I. 29. 31. 52.
 Gottfried II 45—47.
 53—55. 65. 67—76. 81. 83.
 84. 86. 90. 91. 97. 99. 116.
 117. 122. 126. 129.
 Günther I.
 Hedwig 39. 44. 45. 71.
 Heinrich III. L. S. 67.
 96. 97.
 Jutta 45—47. 52. 53.
 56.
 Konrad I 39. 52. 53.
 55. 57. 60. 62—67. 71. 73.
 90. 91. 99. 132. 134. 152.
 Konrad II 53—55. 57.
 60. 63. 90—94. 97. 103.
 Konrad III. 43. 54. 56.
 57. 59. 64—67. 70. 71. 73.
 81. 83. 90. 96. 97.
 Kunigunda 45. 47. 77.
 Leutardis 55—57. 62.
 63. 91. 99. 134.
 Margareth 72. 73. 78
 bis 80.
 Mechtild 67. 69. 73.
 76. 78.
 Richza 139—142.
 Sophie 56—57.
 Ulrich I u. II cf. Otho.
 Ulrich III 29—37. 39.
 40. 45. 47. 52. 53. 64. 65.
 84. 89. 135. 141. 146.
 Ulrich IV, Propst 45.
 64. 66. 70. 73—77. 84—90.
 Schön Herm. 61.
 Schonnenbrunnen v. Gertr. 41.
 Otto 41.
 Schorn Herm. 58.
 Schüler Friedr. 129.
 Schwarzbürg Graf. Günth. 139 bis
 142. 145.
 Johann 141—142.
 Otto 84.

Nitzha 139—143.
 Schweinfurt of. Markgrafen.
 Schweningen v. Albr. 85.
 Sedendorf v. Burt. 147.
 Konr. 151. 153.
 Wargh. 114.
 Walthar 119.
 Seinsheim v. Erf. 147. 149.
 Senftenberg Utr. 67. 75. 86.
 Seppendorf v. Herm. 76.
 Sewelt v. Friedr. 21.
 Heinrich 72.
 Skowenberg of. Schaumburg.
 Sletine v. Babo 23.
 Slicher Heinrich 23.
 Marq. 24.
 Smid Ulrich 58.
 Solms v. Arnold, Bischof 33. 46.
 65. 68. 86.
 Spanheim Grf. Heinrich 98.
 Speet Heint. 87.
 Stachwitz v. Rif. Bischof 86.
 Stabeln v. Herold 28.
 Stegner Alb. 127.
 Elis. 1 27.
 Stein v. Heinrich 125.
 Stennid v. Konrad 27.
 Sternberg v. Berth. Bischof. 37. 38.
 Heint. Propst 35. 51. 89.
 Stieber Heint. 143.
 Konr. 54. 73. 91. 99.
 112. 125.
 Runig. Abt. 33.
 Stolzenrode v. Eberh. 65.
 Streitberg v. Adelb. 123.
 Albrag 41.
 Berth. 120.
 Christ. 120.
 Friedr. 41. 63. 112.
 120. 143.

Hans 123.
 Heinrich, Abt. 61.
 Heinrich 120—124.
 Konr. 123. 125.
 Osanna, Abt. 64.
 Suffey 123.
 Ulrich 120.
 Walth. 120. 123.
 Struphe Grf. Hennebg. 21.
 Stubich (Stübig) Joh. 118.
 Otto 118.
 Walth. 118.
 Bernh. 118.
 Stubenberg v. Wulfing, Bischof. 74.
 75. 85. 88. 98. 99.
 Stürin Burt. 112.
 Stuhse Konr. 45.
 Sulzbach Grf. 13.
 Berenger I 12.
 Berenger II 12.
 Gebh. II 12. 13.
 Tagensdorf of. Tuch.
 Tagestetten v. Adalb. 3.
 Tann v. Heint. Dech. 84. 85. 108.
 Wolf 128.
 Tanne v. Konr. Bischof. 26.
 Tannenberg v. Phil. 91.
 Tappenheimer Utr. 125.
 Teczlein Friedr. 128.
 Teisbach v. Konr. Bischof. 24.
 Tenzel 42.
 Thieno, Propst 4.
 Tobhan Konr. 85. 87.
 Trimberg v. Konr. Bischof. 36.
 Truchseß Baldoltsch. Cuno 96.
 Eggendorf Elise, Abt.
 58. 94. 113.
 Newandsch. Heint. 128.
 Herm. 68.
 Pommersfeld. Cuntz 62.

Truhendingen Grf. 49.
 Beatriz 31.
 Friedr. 31. 49. 85. 98.
 99. 102. 108. 117.
 Friedr. Propst 52.
 Heintr. 141.
 Trugham v. Wering. 5.
 Tuchsandorf (Tagensdöf.) v. Otto
 66. 73. 76. 77. 84.
 Tunfeld v. Eberh. 114.
 Heintr. 68.
 Herm. 114.
 Peter 114.
 Turn v. 127.
 Tyrol Grf. Alb. 20.
 Ulimbach v. Gßß 81.
 Ulrich Amtm. 98.
 Mag. 87.
 Vlc. 87.
 Sogt 61. 67. 75. 86.
 Ungelter 58.
 Urad v. Rüdig. 71. 126.
 Wolfr. 126.
 Ussinheim v. Konrad 80.
 Bakendorf v. Eberh. 34.
 Konr. 34.
 Dito 34.
 Behingen Grf. Elis. 67. 71. 72.
 73. 76—83. 117. 122.
 Konr. 72. 79—83. 117.
 122.
 Belindorf cf. Jellendf.
 Bestenberg v. Alb. 87.
 Bihrit v. Herm. 27.
 Bitrlin Dietr. 58.
 Birneburg v. Heintr. Bisch. 114.
 Biskonti Galeazzo 109.
 Boit von Weida Heintr. 108. 143.
 Bolkelsdorf v. Herm. 89.
 Marq. 89.

Otto 89.
 Sehcz 89.
 Bolklein, Abt 85.
 Baischenfeld v. 103.
 Eberh. 124.
 Balbbot Friedr. 43.
 Balbe Konr. 152.
 Waldeg v. of. Leuchtenb. 11.
 Baldensfels v. Eberh. 33.
 Heinrich 127.
 Ballensfels Hans 123.
 Heintr. 123.
 Ballenrode v. Runeg. Abt. 64. 65.
 Balliburen (Düren) v. Poppo 69.
 Balrab Frater 77.
 Bamberger Cunz 137.
 Grh. 115.
 Banimbach v. Heintr. 77.
 Wart v. Ulrich 84.
 Wartperch Gräfin Adelh. 6.
 Weida cf. Boit.
 Weilnau v. Gude 80.
 Weisenburg v. Ulrich 98.
 Werdenberg Grf. 134.
 Wertheim Grf.
 Elis. (Eberst.) 73. 78.
 Elis. (Hohenl.) 41. 68.
 69. 78—80.
 Elis. (Hohenl.) 68. 72.
 78.
 Runeg. (Henneberg) 68.
 69. 72. 73.
 Mecht. (Schlöff.) 67 bis
 69. 73. 76. 78. 79.
 Poppo 67. 78. 80. 81.
 142.
 Rudolf 67—69.
 Wichjenstein v. Fritz 115.
 Heinrich 115.
 Leup. 86.

Wil (Hohenbg.), Dech. 63.
 Wieden v. Eberh. 23.
 Wiesendorf v. Wolfr. 7.
 Wiglin 91.
 Wiken Runeg. 66.
 Wilhelm, Cardinal 88.
 Wiltperg Grf. C. 78.
 Windheim v. Swiger 119.
 Winger v. Rath. 27.
 Wirsberg v. Eyr. 115. 124.
 Heintr. 126.
 Konr. 34. 124.
 Wisen v. Heinrich 108.
 Wisentau v. 77.
 Holl 147. 149.
 Wiskenfeld v. Mtr. 26.
 Witting (Grf. Hohenbg.), Dech. 63.

Wolfersdorf Friedr. 62.
 Wolfskeel v. Otto, Bisch. 116.
 Wolfsperg v. Eberh. 20.
 Wudeslaus, Bisch. 50.
 Wnkendorf cf. Balendf.
 Wydenberg v. Konr. 149.
 Ympnen Frau 93.
 Zollern Grf. Anna, Hebt. 94. 95.
 Friedr. 56. 94.
 Sophie 56. 152.
 Zollner Friz 122.
 Gertr. 124.
 Herrm. 122.
 Johann 128.
 Konrad 124.
 — 60.



Orts-Register.

- Abenberg 14. 39. 99.
 Adel 67. 71.
 Adelsdoldeßpach 8.
 Adelsdorf 1. 2. 18. 25. 30. 62.
 76. 99. 100. 128. 135. 136. 152.
 Ahausen 27. 135.
 Ahornbach 75.
 Aisch 1.
 Aisch Gl. 1. 3. 58. 63.
 Albano 88.
 Albershofen 113.
 Alipach 4.
 Altenbuch 79. 81.
 Altenburg bei Bamberg 126.
 Altendorf 75. 136. 148. 155.
 Altentunstat 127. 136.
 Altersbach 5.
 Altvelt 67.
 Amberg 98.. 102. 104. 114.
 Ampfing 106. 130.
 Ansbach 123.
 Archshofen 96. 97.
 Arnstein 108.
 Arnstetten 108.
 Aschaffenburg 70. 114.
 Aslabach 5.
 Aslech, Berg 50.
 Attelsdorf 135.
 Aitersee 17. 20. 84.
 Auerbach 29. 105. cf. Urb.
 Zoll 46.
 Aufseß 23. 136. 139. 140.
 Augsburg 82. 105. 130. 134.
 Aurach 72. 126.
 Avignon 88. 89. 109.
 Baiersdorf 133.
 Balbersheim 150. 151.
 Bamberg 9. 14. 15. 24. 28. 34 bis
 36. 51. 66. 68. 71. 88. 118.
 122. 124. 128. 137. 140. 152.
 Münze 35. 49.
 Zoll 48.
 Bachhofen 58. 61.
 Beilngries 98. 99.
 Bernburg 4.
 Bestenhaide 81.
 Bettinheim 69.
 Bpenstein 56. 81. 117. 119. 136.
 138. 141. 148.
 Biberbach 136. 140. 141.
 Billungstrent 7.
 Birbach (Birkach) 23.
 Bischofsheim 53.
 Blaubeuern 135.
 Bödigheim cf. Bettin.
 Bologna 84.

- Boppenreut 137. 138.
 Botenstein 6. 29. cf. Bott.
 Brachpach 1.
 Brand 42.
 Brandenburg 108.
 Brappach 39.
 Braunau 141.
 Breitenbrunn 82.
 Bretsfeld cf. Preysf.
 Brieg 155.
 Brigen 89.
 Brud cf. Brulle.
 Brunn 124. 126.
 Buch (Alt u. Neu) 79.
 Buchelberg cf. Buchel.
 Buchvelt 59. 61.
 Bundesvelt cf. Paugsf.
 Budweis 153.
 Büchel 105.
 Bürgen 66.
 Büttbaid 70.
 Buchtritt 70.
 Buonconvento 102.
 Burckthal 6.
 Burg 66.
 Burgebrach 66. 151.
 Burggauß cf. Gub.
 Burglunstat 76.
 Burgscheidung 65.
 Bursersdorf 15.
 Buttenheim 54. 66. 74—76. 91.
 136. 138. 148. 153.
 Caspauer 136. 138. 141.
 Cella 51.
 Cham 11.
 Cheminate (Remnat) 16.
 Chrusenrein 9.
 Chrusine 12.
 Chulshheim 93.
 Chunstanz 92.
 Cili (Zeit) 50.
 Clispental 10.
 Codelle 32.
 Crusni 11.
 Dabbandorf 34.
 Debering 1.
 Dieprethesdorf 4.
 Dieffen 20.
 Dietrichsdorf 5.
 Dölnz (Dölnitz) 99. 126. 127. 136.
 Dörlesberg 69.
 Donauwörth 108.
 Dorfmengeu 99. 126.
 Doringstadt 50.
 Dornberg 123.
 Dreindorf 124. 136.
 Dremuschel 136.
 Dreuschendorf 67. 75.
 Drogenstruit 6.
 Droschenreut 76.
 Drosendorf 19.
 Dürrenbrunn 124.
 Dufansreut 42.
 Ebelsfeld 41.
 Ebenot 118.
 Ebermannstadt 26. 56. 65. 76.
 103. 104. 119. 120. 136. 138.
 147. 150. 151. 153.
 Eberspach 87.
 Eberstein 37.
 Ebrach Fl. 71.
 Ebzendorf 28.
 Edenberg 41.
 Edenhaid 43.
 Edenreut 76.
 Egenreuth 51.
 Eger 26. 104.
 Geleite 104.
 Eggolzheim 29. 75. 76. 93. 136.
 138. 150.

Eichele 67. 71.
 Eichenbühl 76.
 Eichstädt 67. 71. 78. 79.
 Eischvelt 92.
 Elbersberg cf. Elwinsbg.
 Elsdorf 58. 65. 76.
 Elmangen 90.
 Elsendorf 65. 135.
 Erhardsdorf 35. 135.
 Erlenbolde 81.
 Erlangen 45. 132. 135. 150.
 Erlbach 91.
 Erle 60. 63. 136.
 Erle 75.
 Eschenbach 91. 105.
 Eslingen 104. 105. 130.
 Elwinsberg 55. 61. 74. 76.
 Eßelskirchen 15.
 Eßtal 8.
 Falkenberg 46
 Falkenstein 104.
 Fechenbach 80.
 Feulesbach 21.
 Flechsdorf 41.
 S. Florian 40.
 Forckheim cf. Borch.
 Fortschwind 59.
 Frankfurt 75. 105. 130.
 Freising 89.
 Friedenhausen 4. 27.
 Friedrichsbrunn 85. 88.
 Friesen 23. 65. 136. 138. 151. 153.
 Fürstenseldbrud 106.
 Fürth 87.
 Fulda 37.
 Fullebach 6. 82.
 Füllensacksmühle 42.
 Gabelmühle 42. 43. 135. 146.
 Gamsdorf 101. 105. 129.
 Garstenthal 50.

Gasseldorf 120. 136. 138.
 Gauerstatt 98. 129.
 Gaustatt 24.
 Geilenreut 75.
 Geißbach 127.
 Gerlachshausen 21. 69.
 Gersdorf 65.
 Giesburg 7.
 Gies 9. 108.
 Girsberg 27.
 Glesswerde 63.
 Glesswerde 128.
 Gohwein 29. 63. 76. 77. 81.
 86.
 Greifenstein 19. 56. 81. 123. 124.
 136. 138. 140. 142. 143. 148.
 149.
 Greiß 65.
 Gröningen 107. 110—112.
 Groß Buchfeld 59. 61.
 Grub 5. 6. 10. 25. 128.
 Gruntanne 6.
 Gützel 108.
 Gunterbühl 42. 135. 146.
 Gunzendorf 75. 119. 136. 138.
 Guttenebigen 119. 136.
 Habberg 12.
 Haid 58. 136.
 Halberstadt 152.
 Hallerndorf 76. 136. 149.
 Hallstadt 21.
 Hammelburg 38.
 Harmsheim 53.
 Haselberg (Hastl) 67. 71. 79. 81.
 Haselbrunn 117. 136.
 Hasbach 67. 71. 79.
 Hausen 81. 82.
 Hautsmor (Hbg.) 51.
 Heibelberg 113.
 Heidenfeld 80.

Heil. Kreuzwertheim 80.
 Heiligenstadt 124.
 Heilbronn 3.
 Hemau 98.
 Herbersmühle 42.
 Hertsdorf 58.
 Heroldsberg 42. 43.
 Hersbrud 43. 135. 139.
 Hertschelsdorf 35.
 Hilbritshausen 11.
 Hirschaid 75. 136.
 Hochstadt a./M. 40. 136.
 Hochstadt a./N. 62. 65. 116.
 Hof 108.
 Hohenmirsberg 76 136.
 Hohenstadt 127.
 Hohenstein 43.
 Holland, Graffh. 36.
 Holzhausen 35.
 Horb 138.
 Huchelheim 5.
 Hummelsberg 17. 18.
 Hunger 76.
 Indmaré 46.
 Inn Fl. 106.
 Iphofen 5.
 Iseling 54. 135.
 Jiovestadt 9.
 Jungenhofen 58. 68. 136.
 Kadolzburg 99.
 Kärnthen 85.
 Kago we 32.
 Kaltenegolbsfeld 75. 118. 136.
 Kabbau 127. 136.
 Kabbwang 90.
 Kemmern 136.
 Kerfeld 78.
 Ketschendorf 70. 74. 75. 84.
 Klausberg 76.
 Kleutowe 84. 108.

Koblenz 102.
 Koburg 97.
 Kölpig 4.
 Königsbrunn 145.
 Körbeldorf 76. 105. 136.
 Kötel 32.
 Köttweinsdorf 22. 91. 136.
 Kofolowe 21.
 Konstanz 92.
 Kogendorf 23.
 Kradenberg 135.
 Kremß 27.
 Kreussen 10—18. 103.
 Kreuzwertheim 80.
 Kronach 11. 14. 35. 142.
 Kronach Fl. 6.
 Kriß 76.
 Kullersheim 76.
 Kunimundesdorf 23.
 Langeln 24.
 Langendorf 119.
 Langendorf 124.
 Lauf 54. 73.
 Lech Fl. 106.
 Lengfeld 103.
 Leischendorf 76.
 Leisten 65. 74.
 Leubes 105. 136.
 Leugast 124.
 Leupdorf 76.
 Lindenhart 23.
 Lindenowe 14.
 Litenuels 7. 126.
 Lobenstein 142.
 Lochvelt 34.
 Lorch 102.
 Luitprech 6.
 Lutenbach 68.
 Lyon 48.
 Magdeburg 21.

Railand 109. 130.
 Rain Fl. 50. 126. 127.
 Rainburg 71. 97.
 Rainsondheim 39. 44.
 Rainz 53. 76. 102.
 Ramindorf 76.
 Rannstorff 6.
 Rarburghausen 51. 78.
 Rarhsfeld 42.
 Rarpach 82.
 Rasbach 6. 68.
 Rassenheim 81.
 Rassing 99.
 Rattichlojen 17.
 Reilrichsstadt 151.
 Remelsdorf 6 46. 49. 76.
 Renegebur 68.
 Rergentheim 69. 83. 97.
 Richelsbach 87.
 Richelfried 81.
 Rirsberg 6. 29. 75. 117. 138.
 Ristendorf 136. 138. 151. 153.
 Rodas 86.
 Rösbach 69.
 Ronza 109.
 Roosburg 101. 105.
 Rosebach 69.
 Ruchl 3.
 Rühldorf 76. 106. 130.
 Rühlhausen 27. 108.
 Rülrichsberg cf. Rirsberg.
 München 115. 119.
 Rünnerstadt 36.
 Rurensberg 92.
 Rurharts 76.
 Ruggendorf 76. 103. 136.
 Rynreinsperch 117.
 Rabburg 11. 167.
 Ranfendorf 119. 136. 138.
 Rassing 72.

Razzabe 69. 72. 82.
 Reapel 86.
 Redar Fl. 130.
 Reided 54. 56. 59. 75. 81. 118.
 122. 131—133. 136. 138. 140.
 143. 148. 149. 153.
 Reuenbuch 79. 81.
 Reuenhof 42. 135. 141. 146. 148.
 Reuhaus 46. 96. 108. 128.
 Reufkirchen 71. 80. 97.
 Reunndorf 105. 136.
 Reufes 4. 66. 136. 148. 153.
 Reustadt a./M. 44. 151.
 Riederndorf 21. 136.
 Riebergrub 128.
 Riederhaid 125. 136.
 Riedersteinach 37.
 Rieften 49.
 Rittenau 98.
 Rörslingen 115.
 Rordhausen 108.
 Rürnberg 24. 36. 87. 41. 42. 60.
 72. 73. 83. 86. 87. 92. 93.
 104. 112. 114. 116. 128. 131.
 132. 145. 146. 153. 154.
 Ruesäge cf. Reufes.
 Obernburg 70.
 Oberndorf 85. 128.
 Oberveldorf 61. 63. 136.
 Odiland 27.
 Oesdorf 126. 136.
 Ofes 23.
 Oppenheim 37.
 Ofingefesze 73.
 Otelsdorf 30. 62. 63.
 Otlassdorf 76. 99. 135. 140. 153.
 Otlohesdorf 1. 2. 4. 18. 135. 136.
 152.
 Parfstein 104.
 Passau 5. 40.

Paupfeld 65.
 Pavia 110. 130.
 Pegnitz 46. 105. 136.
 Pegnitz Fl. 14. 9.
 Petersaurach 65.
 Pfaffendorf 127. 136. 138.
 Pfaffenmünster 38. 90.
 Pfarrkirchen bei Schweinf. 131.
 Pfersfeld 84.
 Pfreimd Fl. 107.
 Pichelberg cf. Buchel.
 Pirrcich 92.
 Pifa 108. 110. 130.
 Planenstein 136. 143. 144.
 Pfaffenburg 54.
 Plech 129.
 Pottenstein 6. 29. 105. 124.
 Prag 50.
 Prant 42.
 Preßat 104.
 Preßfeld 59. 60. 76. 118. 119.
 136. 138. 149.
 Projelsten 68. 69. 78—83. 122.
 Pruel 42.
 Prulle 42.
 Puchelberg 74. 129.
 Püchenbach 105. 136.
 Püheln 105. 130.
 Pülenbojen Kl. 47.
 Pyhrn 40.
 Rabened 56. 136. 140. 151.
 Rabenstein 56. 117. 133. 136. 148.
 151. 153.
 Raffoltingen 40.
 Rambach 135.
 Ramsental 76.
 Rattelsdorf 15.
 Redendorf 45. 68. 85.
 Rednitz Fl. 71.
 Redwitz 127.

Regensburg 3. 4. 11. 15. 41. 48.
 65. 82. 104. 107.
 Regnitz 91. 140. (108).
 Reichebach 71.
 Reichenberg 31.
 Reitebuch 71.
 Reut 27. 98.
 Reutern (Met.) 86.
 Reuthlein 127. 136.
 Reutlingen 56. 114.
 Richoltesheim 68.
 Ried 27.
 Rinbeunth 127.
 Röbersdorf cf. Rodwein.
 Roda 4. 6.
 Rodschau 128.
 Rodlein 41.
 Rodweinsdorf 75. 128.
 Rohrmühle 126. 127.
 Rom 50. 86. 92. 109. 110. 114.
 130. 147.
 Rotaşa 6.
 Rotenberg 87.
 Rotenbuch 67.
 Rotenburg a. T. 131. 154.
 Rotenstein 56. 136. 138. 148.
 153.
 Rudiger Leben 51.
 Rudental 19.
 Sachsendorf 76. 124. 136. 138.
 Sachsenuar 63.
 Salzburg 101. 106.
 Salze 36.
 Sampach 64.
 Sassenfahr 63. 136.
 Schallbrun 81.
 Schambach 3.
 Schelbirndorf 18.
 Schellenbach cf. Schöllen.
 Schepfliz 49. 108. 125.

Schöding 65.
 Schirnadel 93. 136. 138. 151.
 153.
 Schlüsselau Rl. 33. 39. 58. 59.
 77. 128.
 Schlüsselberg 22. 25. 26. 67. 103.
 112. 117. 136. 143.
 Schlüsselburg 103. 112.
 Schlüsselfeld 56. 113. 114. 135.
 147. 151. 153.
 Schlüsselstein 26. 136.
 Schneid 61. 71.
 Schönbbrunn 81.
 Schöllenbach D. II. 42. 42. 146.
 147.
 Schwabtal 7.
 Schwarzach 38.
 Schwarzenthal 46.
 Schweigolzhart 76.
 Schweinsfurt 11. 131.
 Scranvelt 81.
 Seibotenreut 8.
 Seidenhof D. II. 74. 75.
 Seilingen 84.
 Sempt Fl. 101.
 Sendelbach 87.
 Senftenberg 56. 75—77. 86. 116.
 121. 136. 138. 147. 149. 153.
 Seppendorf 33. (76) 128.
 Serlbach 128. 136.
 Seubelsdorf 123. 136. 138.
 Seufling 61. 75. 76.
 Sewelt 21.
 Simbellenberg 135. 146. 147.
 Sirlendorf 32.
 Slagemarsdorf 17. 20.
 Sleten 85.
 Sreit cf. Schneid.
 Sonderried 70.
 Sonfeld Rl. 35. 41.

Spedfeld 48.
 Speier 105.
 Spei ergau 79.
 Speffart 67. 71. 79.
 Spital 40.
 Spigenberg 134.
 Stadendorf 66. 75. 136. 151.
 Stadelhofen 76.
 Stedenbühl 46. 75.
 Stegach 127.
 Steiningwaffer 56. 52. 66. 138.
 Stelzenrot 62.
 Stierberg 76.
 Stöck 62.
 Straubing 38. 90.
 Streitberg 44. 56. 97. 120—122.
 131. 136. 138. 140. 148. 149.
 153.
 Stubiang 32.
 Stubeichen (Stübia) 125. 136.
 Stürmen 86.
 Stufenberg 108.
 Sulburg 81.
 Sulmansbachhofen 113.
 Sulzbach 129.
 Sulztal 5.
 Sunnantha 8.
 Suntan 134.
 Suntheim 39. 43. 44. 47. 64.
 Tambach 14.
 Tangrindel 8. 98.
 Taugersreut 135. 146. 147.
 Tauschendorf 34.
 Tschlauge 127.
 Teuchendorf 67. (75).
 Tezwithorf 10.
 Theelitz 127.
 Thünfeld 56. 113. 114. 135. 138.
 147. 149—151. 153.
 Thurnau 86. 126.

Eburndorf 105.
 Tiefenpölg 66. 136.
 Torkispur 69.
 Tottenheim 119.
 Trainmensef 136.
 Traisdorf 10.
 Trausnig 107.
 Treppenau 137.
 Treutzingen 92.
 Trient 109.
 Trier 106.
 Truppach 76.
 Tulba 38. 39.
 Tumbach 6.
 Tunfeld cf. Thünfeld.
 Tuscendorj 34.
 Udmig 32.
 Ulu 87.
 Unter Projekten 82.
 Seichendorf 74.
 Stürmig 86.
 Zunißbad 70.
 Uraß (Muraß) 29. 65. 71. 126.
 Urbach cf. Auerbach.
 Urdorf 5.
 Urstatt 60. 128. 136.
 Velben 42. 43. 135. 149.
 Veldorf j. Obervel.
 Veggendorj 86.
 Vihrit 27.
 Villach 30.
 Vilß Fl. 77.
 Vilßed 29.
 Vilßhofen 37.
 Volkmanndorf 101.
 Volkstsdorf 90.
 Vorðheim 29. 62. 63. 65. 126.
 128. 132.
 Kathar. Spit. 71. 126.
 Wachsenburg 139. 141.

Waischenfeld 22. 23. 25. 26. 29.
 56. 103 117. 124. 136—138.
 140. 146—149.
 Waigendorj 119. 120. 136.
 Walbed 104.
 Wallthurn 69.
 Warperch 77.
 Wartperch 6. 99.
 Wasserfelden 135.
 Wasserlos 34.
 Weiganz 76.
 Weigelschhofen 3.
 Weinheim 102.
 Weipperndorf cf. Wyp.
 Weismain 34. 40. 127. 136.
 Weißenburg 98. 132.
 Weitmanßgef. 117. 136.
 Welehendorj 16.
 Welterndorf 6.
 Wentelberg 128.
 Werde 127.
 Wertheim 73. 78 82.
 Wejenhofen 15.
 Wegigintal 73.
 Weybed 63.
 Weyprechdorf cf. Wypers.
 Wibibach 67. 71.
 Wichstein 6.
 Wiede j. Wehd. 119. 120. 136.
 Wiedeich 71.
 Widderhofen 3.
 Wiedersbach 98.
 Wien 39. 41. 42. 72.
 Wiesenndorf 128. 136.
 Willenberg 105. 136.
 Willibalmistorj 18.
 Winded 120. 136.
 Windischletten 85.
 Windßheim 131.
 Winger 48.

Wischenfeld cf. Weich.
 Wisherad (Wysch) 50.
 Wittelbach (Wittb.) 67. 71.
 Woffendorf 40.
 Wohlmanseges 71. 75.
 Wolramshof 126.
 Wolfsbach 66.
 Würzheim 127.
 Würzburg 8. 21. 48. 52. 59. 108.
 121. 131.
 Wyleldorf 63. 130.
 Wyperldorf 62. 63. 126. 136.
 Wyjendorf 62. 63. 128.
 Zaunsbach 70. 75. 116.
 Zegendorf 54. 75. 136.
 Zeibach 137.
 Zeil 50. 125.
 Zentbechhofen 113.
 Zibebodenriut 8.
 Zigenchendorf 23.
 Zochenbrunnen 137.
 Zucha 8.

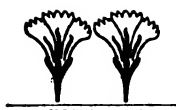
Klöster und Stifte.

Ahausen 27. 135.
 Albersbach 5. 27.
 Altdach (Nieder) 15.
 Asbach 17. 84.
 Michaffenburg 70.
 Bamberg
 Eccl. cath. 9. 17.
 Georgs Alt. 4. 8. 10. 22.
 Peters Alt. 3. 4. 7. 10.
 Regibien Spit. 6. 25.
 Armen Spit. 21.
 Barfüßer 92.
 Franzist. 27. 30.
 Fratr. minor. 76.
 Rath. Spit. 66.
 S. Jakob 2. 4. 21. 24.
 83. 35. 49. 64.

S. Maria auf d. Berg
 9. 23. 54. 76.
 S. Maria in Teuerstadt
 (Gangolf) 14. 17. 25.
 35. 51. 52. 54. 117. 125.
 S. Michael 4—8. 10.
 14. 15. 17—19. 21. 24. 27.
 67. 70. 75. 85. 118. 125.
 S. Stephan 21. 43. 51.
 73.—75. 77. 85—87. 113. 125.
 Stuhlsbrüder 85. 86.
 S. Theod. 9. 16. 19.
 32. 45. 49. 51. 64. 65. 74.
 84. 97.
 Banj 10. 16. 19. 28.
 Bergen 43.
 Brunnbach 68—70. 73. 76. 78.
 118.
 C. Durlard (Bjbg.) 8.
 Dieffen 20.
 Ebrach 14. 39. 41. 43. 44. 47.
 64. 66. 72. 76. 90. 92. 115.
 Ellwangen 90.
 Ensdorf 15. 37.
 S. Emeran (Hgsbg.) 41.
 S. Florian 40.
 Forchheim, Rathar. Spit. 71. 126.
 Frauenaurach 76. 92. 113.
 Fürstfeld 106.
 Fulda 37.
 Gerlachshiem 69.
 Kleinl (Traun-kr.) 27.
 Gnadenberg 38.
 Heilbronn 3. 16. 65. 71. 76. 91.
 92. 126.
 Himmelthal 76.
 Kremsmünster 41.
 Langheim 14. 15. 82. 84. 40. 44.
 54. 61. 76. 92. 99. 124. 126.
 127.

Rainz 53. 76.
 Rarburghausen 78.
 Marienburghausen 51. 40.
 Rickelfeld 15. 20. 46.
 Roebach Johann. Spit. 69.
 Raffach 82.
 Nieder Altsaid 15.
 Rürnberg Prädik. 92.
 Oberhofen 20.
 Pfaffenmünster 88. 90.
 Pforte 21.
 Prüfening 3. 15.
 Pülenhofen 47.
 Pybrn 40.
 Regensburg cf. 11.
 S. Emer. 41.

Alte Kap. 48. 49.
 Rath. Spit. 65.
 Reichersberg 10
 Salzburg 41.
 Schlüßfelau 83. 39. 40. 55—65.
 70. 71. 74—77. 91. 95. 99.
 113. 128. 133. 142. 144.
 Schwarzach 9.
 Sonnenfeld 35. 41.
 Speinshart 74. 129.
 Tulba 39.
 Wehra 4.
 Waldjassen 26. 46. 110
 Wilhering 50.
 Würzburg cf. S. Buth.
 Wylherath 50.



Geschledeg.

Eberhard Ia **Irish I**
 v. Otlohesdorf. 1114—1143.
 v. Ehrtsfare. 1136—1143.

Meinge
 v. Otlohesdorf.
 v. Griffenstein.

Heinrich II
 v. Griffenstein. 1215—1223.

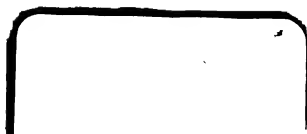
Eberhard II **Irish II**
 v. Schlüßelberg. 1248—1283. v. Schlüßelberg. 1248—1283.
 Elisab. v. Zollern. 1280. Hedwig. 1280—1295.

Conrad I **Elisella** **Eberhard** **Adelheid** **Kunegunda**
 1265 + 1308. Nebtiffin. 1283 +, 1308. 1293—1310.
 Peukardis v. Zollern. 1260 + 1309. Conrad v. Hohmsfeld.
 1273. † vor 1310.

Conrad II **Elisabeth** **Sophie** **Elisabeth** **Friedrich**
 1307 + 1313. † vor 1307. 1360. 1278—1331. 1296—1308.
 Elisabeth 1307. Wilhelm Grf. Montfort. 1307. Friedrich v. Zoller † 1377. v. Graf Behingen. 1306—1323.

Anna
 Nebtiffin von
 Schlüßelau.
 † vor 1319.

Beatrice
 † 1355.
 Ulrich Grf. Helfenstein.
 † vor 1361.



Widener Library



3 2044 098 664 246

